

Wissenschaftliche Begleitstudie

des

Forschungsprojekts Sozialdienste Südtirol 2030

Identifikation und Analyse von Entwicklungsnotwendigkeiten
und wissenschaftliche Begleitstudie zum Landessozialplan

Institut für Public Management

Eurac Research

30. August 2021

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
1 Übersicht der Treffen und Besprechungen.....	10
2 Rollenverteilung und Aufgaben im Projekt	20
2.1 Auftraggeber.....	20
2.2 Steuerungsgruppe	21
2.3 Projektleiter	21
2.4 Projektmitarbeiter*innen.....	22
2.5 Expert*innen	22
3 Identifikation und Analyse von Entwicklungsnotwendigkeiten	23
4 Bereich Senioren und Pflege	27
4.1 Wissenschaftliche Prognosen	29
4.1.1 Seniorenwohnheime	29
4.1.2 Tagespflegeheime	33
4.1.3 Begleitetes und betreutes Wohnen	36
4.1.4 Hauspflege.....	37
4.1.5 Essen auf Rädern	41
4.1.6 Seniorenmenschen	44
4.1.7 Pflegegeld	46
4.1.8 Betreuung von pflegebedürftigen Senioren	49
4.2 Online-Umfrage	52
4.3 Ergebnisse der Workshops	62
4.3.1 Arbeitsgruppe 1: Wie soll in Zukunft der Mix aus Diensten und Geldleistungen gestaltet werden?	63
4.3.2 Arbeitsgruppe 2: Wie kann eine nachhaltige Finanzierung der Dienste und Leistungen gewährleistet werden?	68
4.3.3 Arbeitsgruppe 3: Wie kann die Pflege in der Familie zukünftig noch besser unterstützt werden?	72

4.3.4	Arbeitsgruppe 4: Wie kann eine hochwertige Pflege und Betreuung durch professionelles Personal und privat beschäftigte Personen sichergestellt werden?	77
4.3.5	Arbeitsgruppe 5: Wie kann selbstbestimmtes Wohnen im Alter sichergestellt werden?.....	81
4.4	Politische Handlungsspielräume	85
4.4.1	Bereich Pflegeleistungen.....	100
4.4.2	Bereich Personal.....	108
4.4.3	Bereich Finanzierung.....	114
4.5	Internationale Good Practice-Beispiele Bereich Senioren und Pflege.....	125
4.5.1	Österreich.....	125
4.5.2	Deutschland.....	126
4.5.3	Niederlande.....	129
5	Bereich Kinder- und Jugendschutz	132
5.1	Wissenschaftliche Prognosen	133
5.1.1	Wohneinrichtungen für Minderjährige.....	133
5.1.2	Landeskleinkinderheim	135
5.1.3	Tagesstätten für Minderjährige	137
5.1.4	Familiäre Anvertraung.....	139
5.1.5	Adoption.....	141
5.2	Online-Umfrage	142
5.3	Ergebnisse der Workshops	157
5.3.1	Arbeitsgruppe 1: Wie kann Prävention im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes gestärkt werden?	158
5.3.2	Arbeitsgruppe 2: Wie kann sichergestellt werden, dass auch in Zukunft genügend qualifizierte Fachkräfte im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes zur Verfügung stehen?	163
5.3.3	Arbeitsgruppe 3: System der bestehenden Angebote und Dienste im Kinder- und Jugendschutz	168
5.3.4	Arbeitsgruppe 4: System der bestehenden Angebote und Dienste im Kinder- und Jugendschutz	174

5.4	Politische Handlungsspielräume	179
6	Bereich Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen	194
6.1	(Inter)Nationale Erkenntnisse, Entwicklungstrends und Good Practice-Beispiele .	200
6.1.1	Obdachlose.....	203
6.1.2	Sinti und Rom	204
6.1.3	Geflüchtete Personen	205
6.1.4	Frauen in schwierigen Situationen.....	207
6.2	Online-Umfrage	208
6.2.1	Frauen in schwierigen Situationen.....	210
6.2.2	Obdachlose.....	216
6.2.3	Sinti und Rom	222
6.2.4	Geflüchtete Personen	230
6.2.5	Prävention in den Bereichen Sinti und Rom, Flüchtlinge und Obdachlose	237
6.3	Ergebnisse der Workshops	253
6.3.1	Arbeitsgruppe 2: System der bestehenden Angebote und Dienste im Bereich der sozialen Inklusion von Obdachlosen	255
6.3.2	Arbeitsgruppe 3: Frauen in schwierigen Situationen.....	261
6.3.3	Arbeitsgruppe 4: Sinti und Rom	266
6.3.4	Arbeitsgruppe 5: Geflüchtete Personen	275
6.4	Politische Handlungsspielräume	281
6.4.1	Obdachlose.....	282
6.4.2	Frauen in schwierigen Situationen.....	284
6.4.3	Sinti und Rom	288
6.4.4	Geflüchtete Personen	291
7	Bereich Dritter Sektor.....	292
7.1	(Inter)Nationale Erkenntnisse, Entwicklungstrends und Good Practice-Beispiele .	299
7.2	Online-Umfrage	304
7.2.1	Rolle der öffentlichen Verwaltung, des Dritten Sektors und der gewinnorientierten Unternehmen im Sozialwesen	306

7.2.2	Leistungsangebot gewinnorientierter Unternehmen	310
7.2.3	Einbindung des Dritten Sektors in die Planung und Gestaltung des Angebots an Sozialleistungen.....	311
7.2.4	Forschung und Innovation	317
7.2.5	Kommunikation und Netzwerkarbeit.....	320
7.2.6	Freiwillige und bezahlte Mitarbeiter*innen	326
7.3	Ergebnisse der Workshops	337
7.3.1	Arbeitsgruppe 1: Wie sieht die Zukunft der privaten Organisationen im Sozialbereich aus?	339
7.3.2	Arbeitsgruppe 2: Wie sieht die Zukunft der Freiwilligenarbeit, Gemeinwesenarbeit und Selbsthilfegruppen aus?	344
7.3.3	Arbeitsgruppe 3: Welcher Mix aus Sach- und Dienstleistungen von öffentlichen und privaten Anbietern soll den Bürger*innen in Zukunft zur Verfügung stehen?	347
7.3.4	Arbeitsgruppe 4: Eigenverantwortung, Wahlfreiheit und Partizipation der Betroffenen	350
7.3.5	Arbeitsgruppe 5: Wie soll in Zukunft die Governance des Sozialwesens aussehen: Entwicklung des Dritten Sektors und Rolle der öffentlichen Verwaltung	354
7.4	Politische Handlungsspielräume	359
7.4.1	SWOT-Analyse der privaten Organisationen im Sozialbereich	360
7.4.2	Governance-Strukturen des Südtiroler Sozialwesens.....	361
7.4.3	Welfare-Mix.....	363
7.4.4	Akkreditierungssystem.....	364
7.4.5	Öffentliches Vergabewesen	365
7.4.6	Finanzierung über Beiträge	367
7.4.7	Wahlmöglichkeiten und Wahlfreiheiten.....	369
7.4.8	Gemeinwesenarbeit, Freiwilligenarbeit (Ehrenamt) und Selbsthilfegruppen.	370
8	Bereich Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen	371
8.1	Entwicklungstrends und wissenschaftliche Prognosen.....	371
8.1.1	Entwicklungstrends im Bereich Menschen mit Behinderungen	371

8.1.2	Prognosen im Bereich Wohnen.....	376
8.1.3	Entwicklungstrends im Bereich Menschen mit psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen	380
8.1.4	Prognosen im Bereich Beschäftigung und Tagesbegleitung	382
8.2	Online-Umfrage	386
8.2.1	Methodische Anmerkungen zur qualitativen Auswertung am Beispiel des Bereiches Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen	388
8.2.2	Ergebnisse der Umfrage	392
8.3	Ergebnisse der Workshops	411
8.3.1	Arbeitsgruppe 1: Wohnen	413
8.3.2	Arbeitsgruppe 2: Arbeitsbeschäftigung, Dienste zur sozialpädagogischen Tagesbegleitung, niederschwellige Dienste	418
8.3.3	Arbeitsgruppe 3: Freizeit, Barrierefreiheit, Mobilität	422
8.3.4	Arbeitsgruppe 4: Wahlfreiheit, Teilhabe, Eigenverantwortung.....	426
8.4	Politische Handlungsspielräume	432
Tabellenverzeichnis		439
Abbildungsverzeichnis.....		443
Literatur- und Quellenverzeichnis		458
Anhangsverzeichnis		463

Einleitung

Öffentliche Verwaltungen stehen fortwährend vor der Herausforderung, sich den sich ändernden gesellschaftlichen, rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Dies kann die Entwicklung strategischer Planungsinstrumente, die als Grundlage politischer Entscheidungen dienen, bis hin zu langfristigen und tiefgreifenden Verwaltungsreformen und Paradigmenwechsel bedeuten. Solche Reformprozesse treten weltweit auf, wenngleich ihre Auslöser, Zielsetzungen, Inhalte, Methoden und Ergebnisse sehr unterschiedlich ausfallen können. Eine Begleitstudie zur systematischen Erarbeitung eines Landessozialplans mit Hilfe von wissenschaftlichen Methoden kann deshalb einen großen Mehrwert für die wissenschaftliche Gemeinschaft, aber auch die involvierten Praktiker, darstellen.

Die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts steht vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel bringt Veränderungen auf allen Ebenen mit sich, insbesondere aber im Bereich des Sozialwesens, der Fürsorge und Wohlfahrt sowie der Vorsorge und Altersabsicherung. Die Südtiroler Landesregierung hat auf diesen Trend frühzeitig reagiert und mithilfe externer wissenschaftlicher Unterstützung in den letzten 25 Jahren drei Sozialpläne erstellt und umgesetzt. Im Jahr 2019 hat die Landesregierung mit der Ausarbeitung eines neuen Landessozialplans begonnen (Mitteilung Landespresseamt vom 02.08.2019, <http://www.provinz.bz.it/news/de/news.asp?art=629050>).

Aus wissenschaftlicher Sicht ist Südtirols administrative und politische Verwaltung des Sozialbereichs demnach ein dynamisches und damit äußerst interessantes Forschungsfeld. Das Institut für Public Management der Eurac Research begleitet und dokumentiert deshalb die Ausarbeitung des Landessozialplans im Rahmen eines Forschungsprojekts:

- 1) **Datenanalyse und Prognosen:** Ausgehend von der historischen Entwicklung und der aktuellen Situation im Sozialwesen Südtirols sollen die **zukünftigen Anforderungen an das Sozialwesen** sowie qualitativ hochwertige, aber auch effiziente und effektive Möglichkeiten der Erbringung öffentlicher Leistungen, analysiert werden. Die Prognosen und Hochrechnungen stützen sich dabei auf die anstehenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur durch den demografischen Wandel und die daraus resultierenden Anforderungen an das Sozialwesen. In Zeiten knapper werdender öffentlicher Ressourcen sollen dabei **aus wissenschaftlicher Sicht Prioritäten und Entwicklungsschwerpunkte für die zukünftige Gestaltung des Sozialbereichs** identifiziert werden.

- 2) **Umfassende Recherche zu Erfolgsbeispielen in Mitteleuropa:** Die Begleitstudie umfasst außerdem die **Erhebung von Erfolgsbeispielen (Good Practices)** und analysiert diese im Hinblick auf die Nützlichkeit und Machbarkeit für Südtirol.

- 3) **Analyse der partizipativen Prozesse:** Ein weiterer Teil der Begleitstudie betrifft den Ansatz, den Landessozialplan auf breiter Basis unter Einbeziehung von Organisationen und Diensten aus dem Bereich Soziales zu erarbeiten (Mitteilung Landespresseamt vom 02.08.2019, <http://www.provinz.bz.it/news/de/news.asp?art=629050>): Regelmäßige Treffen und Workshops mit Expert*innen der zuständigen Fachabteilungen der Provinz, weiteren lokalen Interessensvertreter*innen sowie aus dem etablierten Netzwerk der Eurac Research dienen dazu, den Planungsprozess des Landes aus externer Sicht zu evaluieren. Eurac Research hat zudem die Moderation der Workshops mit Expert*innen aus der Praxis der Fachbereiche des Landessozialplans übernommen. (Die wissenschaftliche Begleitstudie basiert also zum einen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und zum anderen auf der Analyse konkreter partizipativer Prozesse.)

- 4) **Zusammenführung der Erkenntnisse:** In einem letzten Schritt erfolgt der Abgleich der Ergebnisse aus dem partizipativen Prozess (3) mit den identifizierten Prioritäten und Entwicklungsschwerpunkten aus wissenschaftlicher Sicht (1 und 2).

Insgesamt bedarf es einer systematischen und umfassenden Projektdokumentation gemäß wissenschaftlichen Standards. Das generierte Wissen wird außerdem auf Tagungen, Kongressen und mittels Publikationen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Am Ende dieses vierstufigen Forschungsprozesses steht die Erarbeitung einer **wissenschaftlichen Publikation mit Entwicklungsprognosen, Szenarien und Modellen der zukünftigen Anforderungen im Sozialbereich sowie Ressourcenplanung und Handlungsoptionen** für Südtirol. Durch den Fokus der Forschung auf die konkrete Situation in Südtirol können die Erkenntnisse der Lokalverwaltung unmittelbar als fundierte Grundlage zur datengestützten Entscheidung über die zukünftige Ausrichtung des Sozialwesens des Landes dienen. Darüber hinaus befindet sich Südtirol hinsichtlich des demografischen Wandels in einer vergleichbaren Situation mit vielen anderen Ländern, insbesondere den auf den Prinzipien eines modernen Sozialstaats aufbauenden westlichen Demokratien Europas. Durch die wissenschaftliche Aufbereitung und Publikation der Forschungsergebnisse können die gewonnenen Erkenntnisse auch über unsere Landesgrenzen hinaus einen positiven Beitrag zur Erarbeitung und Ausgestaltung strategischer Planungsinstrumente insbesondere im Sozialbereich leisten.

Die COVID-19-Pandemie hat zu einer Änderung der Prioritäten und des Zeitplans des Projekts geführt. Zum einen haben die Sozialdienste ihre Anstrengungen auf die Bewältigung der akuten Krisensituation gelegt. Zum anderen ist ein umfangreicher partizipativer Prozess mit Einbindung der Stakeholder in Treffen und Workshops nicht wie geplant möglich. Nichtsdestotrotz ist eine möglichst breite Inklusion der Beteiligten für die Planung von großer Wichtigkeit, weshalb die Landesverwaltung einen Aufschub des Projekts beschlossen hat. Der erste Workshop im Bereich *Senioren und Pflege* konnte in Präsenzform an der Eurac organisiert werden. Die weiteren Workshops mussten hingegen in virtueller Form abgehalten werden.

Diese Begleitstudie fasst den Projektverlauf aus wissenschaftlicher Sicht zusammen und gibt einen Überblick über Treffen und Besprechungen, durchgeführte Recherchen, Analysen und Auswertungen und die Erkenntnisse aus den Workshops.

1 Übersicht der Treffen und Besprechungen

Datum und Teilnehmer*innen	Themen und Inhalte
03.04.2019 Waltraud Deeg, Luca Critelli, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Sonja Vigl	Im Rahmen des Treffens am 03.04.2019 im LH 12 wurde besprochen, inwieweit das Institut für Public Management der Eurac Research die Ausarbeitung des neuen Landessozialplans unterstützen kann.
20.05.2019 Peter Decarli	Teilnahme an der Pressekonferenz Älter werden in Südtirol, bei der Soziallandesrätin Deeg gemeinsam mit Ressortdirektor Luca Critelli und ASWE-Direktor Eugenio Bizzotto Daten und Zahlen zu den Pflegeleistungen und anderen Leistungen und Diensten für Senioren in Südtirol präsentiert hat.
06.09.2019 Waltraud Deeg, Luca Critelli, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli	1. Treffen der Steuerungsgruppe Landessozialplan zur Besprechung der Vorgaben, Inhalte, Ausarbeitung und Zeitplan des Landessozialplans.
19.09.2019 Luca Critelli, Michela Trentini, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli	Abstimmungstreffen mit Ressortdirektor Critelli und Abteilungsdirektorin Trentini zur Besprechung, Ausgestaltung und Vorbereitung der Ausarbeitung des neuen Landessozialplans.
25.09.2019 Peter Decarli	Treffen mit Mitarbeiter*innen der Abteilung 24 sowie des ASTAT zur Erhebung von Daten und Statistiken des Sozialbereichs.
17.10.2019 Luca Critelli, Michela Trentini, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli	Abstimmungstreffen mit Ressortdirektor Critelli und Abteilungsdirektorin Trentini zur Besprechung der bisherigen Analysen und Auswertungen sowie des weiteren Vorgehens im Forschungsprojekt.
21.11.2019 Luca Critelli, Michela Trentini, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli	Abstimmungstreffen mit Ressortdirektor Critelli und Abteilungsdirektorin Trentini zur Besprechung der bisherigen Analysen und Auswertungen sowie des weiteren Vorgehens im Forschungsprojekt.
12.12.2019 Luca Critelli, Michela Trentini, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli	Abstimmungstreffen mit Ressortdirektor Critelli und Abteilungsdirektorin Trentini zur Besprechung der bisherigen Analysen und Auswertungen sowie des weiteren Vorgehens im Forschungsprojekt.

06.09.2019 Waltraud Deeg, Luca Critelli, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli	2. Treffen der Steuerungsgruppe Landessozialplan zur Besprechung des Projektstands und Zeitplans sowie Definition der Rahmenbedingungen der offiziellen Auftaktveranstaltung am 31.01.2020.
28.01.2020 Michela Trentini, Brigitte Waldner Mayr, Alexander D'Andrea, Petra Frei, Ute Gebert Mantinger, Peter Decarli	Treffen mit den Amtsdirektor*innen der Abteilung 24 zur Vorabinformation über das Projekt und die Auftaktveranstaltung sowie Ausblick auf die geplanten Workshops mit Expert*innen aus der Praxis.
31.01.2020	Kick-off / Auftaktveranstaltung zum Landessozialplan Landesrätin Deeg sowie Ressortdirektor Critelli und Abteilungsdirektorin Trentini präsentieren Projekt zur Ausarbeitung des neuen Landessozialplans ca. 150 geladenen Stakeholdern. Eurac Research stellt den Veranstaltungsort und übernimmt Moderation und Dokumentation der Veranstaltung.
06.02.2020 Brigitte Waldner Mayr, Alexander D'Andrea, Helga Mahlke, Peter Decarli	Arbeitstreffen zur Vorbereitung des ersten Workshops mit Expert*innen aus der Praxis des Bereichs Senioren und Pflege.
18.02.2020 Brigitte Waldner Mayr, Alexander D'Andrea, Helga Mahlke, Peter Decarli	Arbeitstreffen zur Vorbereitung des ersten Workshops mit Expert*innen aus der Praxis des Bereichs Senioren und Pflege.
09.04.2020 Waltraud Deeg, Luca Critelli, Michela Trentini, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Brigitte Waldner Mayr, Alexander D'Andrea, Petra Frei, Ute Gebert Mantinger, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli, Ines Simbrig	Videokonferenz zur Erhebung des Ist-Stands sowie Besprechung des weiteren Vorgehens im Forschungsprojekt Sozialplanung vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie.

16.04.2020 Waltraud Deeg, Luca Critelli, Michela Trentini, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Brigitte Waldner Mayr, Alexander D'Andrea, Petra Frei, Ute Gebert Mantinger, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli, Ines Simbrig	2. Videokonferenz zur Klärung der Projektrollen sowie Fragen von Seiten der Amtsdirektor*innen und Vorstellung der wissenschaftlichen Prognosen durch Eurac Research.
21.04.2020 Waltraud Deeg, Luca Critelli, Michela Trentini, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli, Ines Simbrig	Treffen der Steuerungsgruppe Landessozialplan zur Besprechung der Vorgaben, Zielsetzung und Inhalt des Landessozialplans, des Projektplans sowie der Ziele und des Designs der Workshops.
21.05.2020 Petra Frei, Sabine Krismer, Maria Teresa Cecarelli, Peter Decarli	Videokonferenz mit Amtsdirektorin Frei und ihren Mitarbeiter*innen zur Präsentation, Besprechung und Vertiefung der Prognosen des Amtes für Kinder- und Jugendschutz und soziale Inklusion.
27.05.2020 Ute Gebert, Daniela Dalla Costa, Lorella Franchi, Peter Decarli	Videokonferenz mit Amtsdirektorin Gebert und ihren Mitarbeiter*innen zur Präsentation, Besprechung und Vertiefung der Prognosen des Amtes für Menschen mit Behinderungen.
02.07.2020 Ute Gebert, Daniela Dalla Costa, Lorella Franchi, Peter Decarli	Videokonferenz mit Amtsdirektorin Gebert und ihren Mitarbeiter*innen zur Präsentation, Besprechung und Vertiefung der Prognosen des Amtes für Menschen mit Behinderungen.
09.07.2020 Hubert Rienzner, Josef Bernhart, Peter Decarli	Videokonferenz mit Dr. Rienzner zur Erörterung der Möglichkeiten einer Einbindung der Stakeholder des Sozialwesens über Online- Communities und virtuelle Workshops.
24.07.2020 Michela Trentini, Josef Bernhart, Peter Decarli, Ines Simbrig	Wöchentlicher Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini zur Konkretisierung der Workshops.

31.07.2020 Waltraud Deeg, Luca Critelli, Michela Trentini, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli, Ines Simbrig	Abstimmungstreffen mit Landesrätin Deeg, Ressortdirektor Critelli und Abteilungsdirektorin Trentini zur Besprechung der Organisation des Workshops „Senioren und Pflege“ inkl. Umfrage vor dem Workshop sowie Inhalte und Moderation der Arbeitsgruppen.
20.08.2020 Luca Critelli, Michela Trentini, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli, Ines Simbrig	Treffen der Steuerungsgruppe Landessozialplan zur Besprechung der Organisation und Inhalte des Workshops „Senioren und Pflege“ sowie der Rolle von Ines Simbrig als Kümmerin.
28.09.2020	Workshop „Senioren und Pflege“ in Eurac Research Nach Grußworten durch Landesrätin Deeg sowie Vorstellung des Projekts Landessozialplan durch Abteilungsdirektorin Trentini, präsentieren die Amtsdirektor*innen Waldner und D'Andrea den Ist-Stand und Eurac Research die wissenschaftlichen Prognosen (Decarli) sowie Ergebnisse der Vorab-Umfrage (Simbrig). Anschließend diskutieren die ca. 70 Teilnehmer*innen in fünf Arbeitsgruppen mit Moderation durch Eurac Research über die zukünftige Ausrichtung des Landessozialplans.
02.10.2020 Petra Frei, Sabine Krismer, Peter Decarli, Ines Simbrig	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Frei und Frau Krismer zur Vorbereitung des Workshops „Kinder- und Jugendschutz“.
14.10.2020 Daniela Dalla Costa, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Frau Dalla Costa zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen“.
22.10.2020 Luca Critelli, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli, Ines Simbrig	Videokonferenz der Steuerungsgruppe Landessozialplan zur Nachbesprechung des Workshops „Senioren und Pflege“ und Planung der nächsten Workshops.
23.10.2020 Petra Frei, Sabine Krismer, Peter Decarli, Ines Simbrig	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Frei und Frau Krismer zur Vorbereitung des Workshops „Kinder- und Jugendschutz“.
30.10.2020 Michela Trentini, Petra Frei, Sabine Krismer, Peter Decarli, Ines Simbrig	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini, Amtsdirektorin Frei und Frau Krismer zur Vorbereitung des Workshops „Kinder- und Jugendschutz“.

05.11.2020 Petra Frei, Sabine Krismer, Ines Simbrig	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Frei und Frau Krismer zur Vorbereitung des Workshops „Kinder- und Jugendschutz“.
13.11.2020 Petra Frei, Sabine Krismer, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Frei und Frau Krismer zur Vorbereitung des Workshops „Kinder- und Jugendschutz“.
13.11.2020 Luca Critelli, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli, Ines Simbrig	Videokonferenz der Steuerungsgruppe Landessozialplan zur Vorbereitung des Workshops „Kinder- und Jugendschutz“, Terminplanung der Workshops 3, 4 und 5, Klärung des Prozesses zur Verabschiedung des Landessozialplans sowie Verschiebung von Projektaktivitäten in das Jahr 2021.
20.11.2020 Petra Frei, Sabine Krismer, Peter Decarli	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Frei und Frau Krismer zur Vorbereitung des Workshops „Kinder- und Jugendschutz“.
04.12.2020 Michela Trentini, Petra Frei, Sabine Krismer, Peter Decarli, Ines Simbrig	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini, Amtsdirektorin Frei und Frau Krismer zur Vorbereitung des Workshops „Kinder- und Jugendschutz“.
10.12.2020	Workshop „Kinder- und Jugendschutz“ in digitaler Form. Nach Grußworten durch Landesrätin Deeg sowie Vorstellung des Projekts Landessozialplan durch Abteilungsdirektorin Trentini präsentiert Amtsdirektorin Frei den Ist-Stand und Eurac Research die wissenschaftlichen Prognosen (Decarli) sowie Ergebnisse der Vorab-Umfrage (Simbrig). Anschließend diskutieren die ca. 60 Teilnehmer*innen in 4 Arbeitsgruppen mit Moderation durch Eurac Research über die zukünftige Ausrichtung des Landessozialplans.
18.12.2020 Luca Critelli, Liliana Di Fede, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Peter Decarli, Ines Simbrig	Videokonferenz der Steuerungsgruppe Landessozialplan zur Nachbesprechung des Workshops „Kinder- und Jugendschutz“ und Planung der nächsten Workshops.
08.01.2021 Michela Trentini, Petra Frei, Maria-Teresa Cecarelli, Nadja Schuster, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini, Amtsdirektorin Frei, Frau Cecarelli und Frau Schuster zur Vorbereitung der Workshops „Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen“ und „Dritter Sektor“.

15.01.2021 Petra Frei, Brigitte Waldner, Maria-Teresa Cecarelli, Nadja Schuster, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit den Amtsdirektorinnen Frei und Waldner, Frau Cecarelli und Frau Schuster zur Vorbereitung des Workshops „Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen“.
15.01.2021 Luca Critelli, Michela Trentini, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Ines Simbrig, Peter Decarli	Videokonferenz der Steuerungsgruppe Landessozialplan zur Nachbesprechung des Workshops „Kinder- und Jugendschutz“, Vorbereitung der Workshops „Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen“ und „Dritter Sektor“ und des Landessozialplans.
20.01.2021 Ute Gebert, Daniela Dalla Costa, Veronika Joas, Jennifer Salcher, Magdalena Hofer, Peter Decarli	Abstimmungstreffen mit Vertreter*innen blinder und sehbehinderter Menschen zur Besprechung der Maßnahmen zur Inklusion von Betroffenen beim Workshop „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“.
22.01.2021 Michela Trentini, Brigitte Waldner, Petra Frei, Maria-Teresa Cecarelli, Daniela Dalla Costa, Sarah Godino, Nadja Schuster, Georg Leimstädtner, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini, den Amtsdirektorinnen Frei und Waldner, Frau Cecarelli, Frau Dalla Costa, Frau Schuster, Frau Godino und Herrn Leimstädtner zur Vorbereitung der Workshops „Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen“ und „Dritter Sektor“.
25.01.2021 Nadja Schuster, Ines Simbrig, Peter Decarli	Abstimmungstreffen mit dem Fachamt zur Ausarbeitung der Umfrageteile zu „Sinti/Rom“ und „Geflüchtete“ des Workshops „Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen“.
26.01.2021 Michela Trentini, Sarah Godino, Peter Decarli	Abstimmungstreffen zur Besprechung und Abstimmung der Datengrundlage für den Workshop „Dritter Sektor“.
29.01.2021 Michela Trentini, Petra Frei, Brigitte Waldner, Maria-Teresa Cecarelli, Ute Gebert, Sarah Godino, Nadja Schuster, Georg Leimstädtner, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini, den Amtsdirektorinnen Frei und Waldner, Frau Cecarelli, Frau Schuster, Frau Godino, Frau Gebert und Herrn Leimstädtner zur Vorbereitung der Workshops „Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen“ und „Dritter Sektor“.

02.02.2021 Michela Trentini, Brigitte Waldner, Petra Frei, Verena Moser, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini und den Amtsdirektorinnen Frei, Waldner und Moser zur Vorbereitung des Workshops „Dritter Sektor“.
03.02.2021 Verena Moser, Daniela Dalla Costa, Ute Gebert, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Moser, Frau Dalla Costa und Frau Gebert zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“.
05.02.2021 Petra Frei, Brigitte Waldner, Maria-Teresa Cecarelli, Nadja Schuster, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit den Amtsdirektorinnen Frei und Waldner, Frau Cecarelli und Frau Schuster zur Vorbereitung des Workshops „Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen“.
12.02.2021 Michela Trentini, Petra Frei, Verena Moser, Sarah Godino, Georg Leimstädtner, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini, den Amtsdirektorinnen Frei und Moser, Frau Godino und Herrn Leimstädtner zur Vorbereitung des Workshops „Dritter Sektor“.
12.02.2021 Waltraud Deeg, Luca Critelli, Michela Trentini, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Ines Simbrig, Peter Decarli	Videokonferenz der Steuerungsgruppe Landessozialplan zur Planung und Vorbereitung des Workshops „Dritter Sektor“.
19.02.2021 Michela Trentini, Brigitte Waldner, Petra Frei, Verena Moser, Sarah Godino, Georg Leimstädtner, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini, den Amtsdirektorinnen Frei, Waldner und Moser, Frau Godino und Herrn Leimstädtner zur Vorbereitung des Workshops „Dritter Sektor“.

22.02.2021	Workshop „Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen“ in digitaler Form. Nach Grußworten durch Landesrätin Deeg sowie Vorstellung des Projekts Landessozialplan durch Abteilungsdirektorin Trentini präsentieren die Amtsdirektorinnen Frei und Waldner den Ist-Stand und Eurac Research (inter)nationale Erkenntnisse und Denkanstöße (Decarli) sowie Ergebnisse der Vorab-Umfrage (Simbrig). Anschließend diskutieren die ca. 60 Teilnehmer*innen in 4 Arbeitsgruppen mit Moderation durch Eurac Research über die zukünftige Ausrichtung des Landessozialplans.
26.02.2021 Michela Trentini, Brigitte Waldner, Petra Frei, Sarah Godino, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini, den Amtsdirektorinnen Frei und Waldner und Frau Godino zur Vorbereitung des Workshops „Dritter Sektor“.
05.03.2021 Michela Trentini, Verena Moser, Sarah Godino, Georg Leimstädtner, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini, Amtsdirektorin Moser, Frau Godino und Herrn Leimstädtner zur Vorbereitung des Workshops „Dritter Sektor“.
09.03.2021 Verena Moser, Daniela Dalla Costa, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Moser und Frau Dalla Costa zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“.
11.03.2021 Daniela Dalla Costa, Peter Decarli	Abstimmungstreffen mit dem Fachamt zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“.
12.03.2021 Michela Trentini, Verena Moser, Daniela Dalla Costa, Sarah Godino, Georg Leimstädtner, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini, Amtsdirektorin Moser Frau Dalla Costa, Frau Godino und Herrn Leimstädtner zur Vorbereitung des Workshops „Dritter Sektor“.
12.03.2021 Michela Trentini, Verena Moser, Daniela Dalla Costa, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Abteilungsdirektorin Trentini, Amtsdirektorin Moser und Frau Dalla Costa zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen“.

11.03.2021 Daniela Dalla Costa, Lorella Franchi, Peter Decarli	Abstimmungstreffen mit dem Fachamt zur Abstimmung der Datengrundlage des Workshops „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“.
18.03.2021	Workshop „Dritter Sektor“ in digitaler Form. Nach Grußworten sowie Vorstellung des Projekts Landessozialplan durch Ressortdirektor Critelli präsentiert Abteilungsdirektorin Trentini den Ist-Stand und Eurac Research (inter)nationale Erkenntnisse und Denkanstöße (Decarli) sowie Ergebnisse der Vorab-Umfrage (Simbrig). Anschließend diskutieren die ca. 80 Teilnehmer*innen in 5 Arbeitsgruppen mit Moderation durch Eurac Research über die zukünftige Ausrichtung des Landessozialplans.
19.03.2021 Verena Moser, Daniela Dalla Costa, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Moser und Frau Dalla Costa zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“.
19.03.2021 Luca Critelli, Michela Trentini, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Kurt Promberger, Ines Simbrig, Peter Decarli	Videokonferenz der Steuerungsgruppe Landessozialplan zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen“ sowie Besprechung des wissenschaftlichen Zwischen- und Endberichts und Landessozialplan.
26.03.2021 Verena Moser, Daniela Dalla Costa, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Moser und Frau Dalla Costa zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“.
07.04.2021 Verena Moser, Daniela Dalla Costa, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Moser und Frau Dalla Costa zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“.
09.04.2021 Verena Moser, Daniela Dalla Costa, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Moser und Frau Dalla Costa zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“.
16.04.2021 Verena Moser, Daniela Dalla Costa, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Moser und Frau Dalla Costa zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“.

20.04.2021 Daniela Dalla Costa, Verena Egger, Peter Decarli	Coaching durch Frau Egger für die Präsentation in einfacher Sprache bei der Vorabinformation der Vertreter*innen von People First.
22.04.2021 Verena Moser, Daniela Dalla Costa, Karin Pfeifer, Robert Mumelter, Andrea Birrer, Herbert Öhrig, Ines Simbrig, Peter Decarli	Treffen mit der Selbstvertretungsgruppe für Menschen mit Lernschwierigkeiten "People First" zur Vorabpräsentation des Ist-Stands und der wissenschaftlichen Prognosen des Workshops „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“ in einfacher Sprache.
23.04.2021 Verena Moser, Daniela Dalla Costa, Ines Simbrig, Peter Decarli	Jour Fixe mit Amtsdirektorin Moser und Frau Dalla Costa zur Vorbereitung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“.
28.04.2021	Workshop „Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“ in digitaler Form. Nach Grußworten durch Landesrätin Deeg sowie Vorstellung des Projekts Landessozialplan durch Abteilungsdirektorin Trentini präsentiert Amtsdirektorin Moser den Ist-Stand und Eurac Research die wissenschaftlichen Prognosen (Decarli) sowie Ergebnisse der Vorab-Umfrage (Simbrig). Anschließend diskutieren die ca. 80 Teilnehmer*innen in 4 Arbeitsgruppen mit Moderation durch Eurac Research über die zukünftige Ausrichtung des Landessozialplans.
30.04.2021 Luca Critelli, Michela Trentini, Liliana Di Fede, Georg Leimstädtner, Kurt Promberger, Josef Bernhart, Ines Simbrig, Peter Decarli	Videokonferenz der Steuerungsgruppe Landessozialplan zur Nachbesprechung des Workshops „Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen“ sowie Besprechung des wissenschaftlichen Zwischen- und Endberichts und Landessozialplan.

Tabelle 1-1: Übersicht der Treffen und Besprechungen

2 Rollenverteilung und Aufgaben im Projekt

Die Definition der Projektstruktur mit klarer Verteilung der Rollen und Aufgaben ist essenziell für die gute Zusammenarbeit und erfolgreiche Umsetzung. Untenstehende Grafik zeigt eine typische Projektstruktur und Rollen:

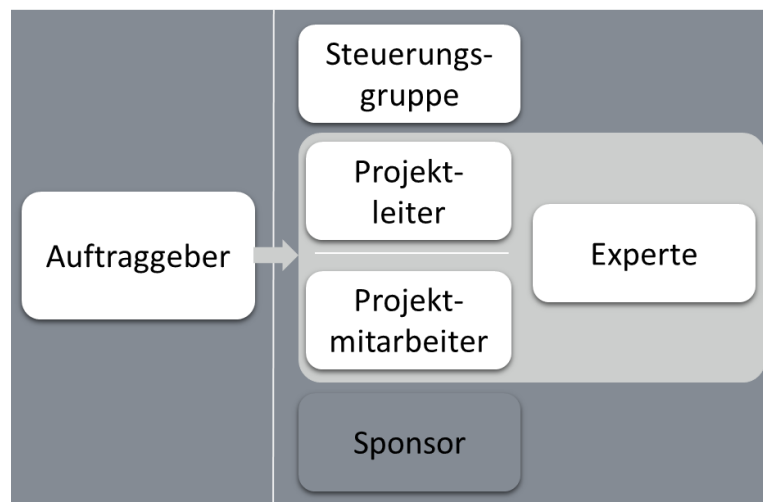


Abbildung 2-1: Rollenverteilung und Aufgaben im Projekt

Die Rollenverteilung und Aufgaben der einzelnen Projektpartner*innen wurden in der Videokonferenz vom 16.04.2020 präsentiert und diskutiert:

2.1 Auftraggeber

Der Auftraggeber ist der **Initiator des Projekts** und hat in dieser Rolle umfassende Leitungs- und Steuerungsaufgaben:

- Ernennet den Projektleiter und legt dessen Kompetenzen fest
- Verantwortlich für die Bereitstellung von Ressourcen im Projekt (z.B. Einbindung von Abteilungen)
- Erteilt die Projektfreigabe
- Nimmt Meilensteine und Projektergebnisse ab
- Übernimmt den Vorsitz in der Steuerungsgruppe

Im Rahmen der Entwicklung des zukünftigen Landessozialplans wird diese Rolle der **Landesrätin Waltraud Deeg** zuteil.

2.2 Steuerungsgruppe

Die Steuerungsgruppe bildet den Lenkungsausschuss des Projekts und nimmt damit die Rolle des **obersten beschlussfassenden Gremiums** mit folgenden Aufgaben ein:

- Unterstützt Projektleitung und -mitarbeiter*innen bei der Planung und Steuerung des Projekts
- Überwacht Projektfortschritt und -ergebnisse
- Löst projektübergreifende Probleme
- Priorisiert und trifft Entscheidungen, die außerhalb der Kompetenz des Projektleiters liegen

Die Mitglieder der Steuerungsgruppe sind **Landesrätin Waltraud Deeg** (die in ihrer Rolle als Auftraggeber auch den Vorsitz der Steuerungsgruppe innehat), **Liliana Di Fede** (Direktorin des BSB - Betrieb für Sozialdienste Bozen), **Georg Leimstädtner** (Geschäftsführer des Dachverbands für Soziales und Gesundheit EO) und **Ressortdirektor Luca Critelli** (Ressort Familie, Senioren, Soziales und Wohnbau). Vertreter*innen der Eurac Research nehmen ebenfalls an den Treffen der Steuerungsgruppe teil, um über Projektstand und Umsetzung zu berichten.

2.3 Projektleiter

Die Projektleitung übernimmt die **Führung des operativen Projektteams** und ist verantwortlich für die Planung, Steuerung und Überwachung des Projekts. Die Aufgaben des Projektleiters umfassen:

- Gesamtverantwortung für Zielerreichung und Projektergebnisse
- Fachlicher Vorgesetzter der Projektmitarbeiter*innen
- Repräsentiert das Projekt nach innen und außen (z.B. Stakeholder-Management)

Bei der Erarbeitung des zukünftigen Landessozialplans obliegt diese Rolle einem Führungsduo bestehend aus **Ressortdirektor Luca Critelli** (Ressort Familie, Senioren, Soziales und Wohnbau) und **Abteilungsleiterin Michela Trentini** (Abteilung 24. Soziales).

2.4 Projektmitarbeiter*innen

Die Projektmitarbeiter*innen sind ebenfalls Teil des Projektteams und erfüllen **administrative Aufgaben** und sind **im Projekt operativ tätig**. Darunter fällt insbesondere:

- Verantwortlich für die Umsetzung von Arbeitspaketen bzw. (Teil)-Aufgaben
- Sie berichten dem Projektleiter über Arbeitsfortschritte, Risiken, Soll-Ist-Abgleiche

Bei den Projektmitarbeiter*innen handelt es sich in der Regel um organisationsinternes Personal. Bei der Erarbeitung des zukünftigen Landessozialplans nehmen deshalb die Bediensteten der **Ämter der Abteilung 24** eine Schlüsselrolle ein. Hinzu kommt die **Eurac Research**, die in diesem Projekt nicht nur die Rolle der begleitenden Expert*innen einnimmt, sondern aktiv in die operativen Tätigkeiten eingebunden ist.

2.5 Expert*innen

Die letzte Rolle ist jene der Expert*innen, die bei Bedarf zum Projekt hinzugezogen werden. Dabei kann es sich um externe (z.B. **Fachleute mit ausgewiesener Expertise**) oder interne Expert*innen (z.B. Vorgesetzte, die zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen können) handeln, die folgende Aufgaben erfüllen:

- Berät den Projektleiter, z.B. bei der richtigen Vorgehensweise oder bei der Auswahl der Mittel
- Berät bei Bedarf auch Projektmitarbeiter*innen oder Projektteam

Im Rahmen des Projekts zur Entwicklung des zukünftigen Landessozialplans ist diese Rolle der **Eurac Research** zuzuordnen.

3 Identifikation und Analyse von Entwicklungsnotwendigkeiten

Zentraler Aspekt des Forschungsprojekts Sozialdienste Südtirol 2030 ist die wissenschaftliche Analyse der zukünftigen Anforderungen an das Sozialwesen. Die Prognosen und Hochrechnungen stützen sich dabei auf die anstehenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur durch den demografischen Wandel und die daraus resultierenden Anforderungen an das Sozialwesen.

Die hier angeführten Prognosen entsprechen dem Stand 05.06.2020 und wurden an die jeweiligen Fachämter rückgespiegelt. Im Rahmen dieses Austausches hat sich die Notwendigkeit gezeigt, die Hochrechnungen teilweise anzupassen, zu verfeinern und zu ergänzen. Dazu wurden von den Fachämtern zusätzliche Daten bereitgestellt.

Grundlage der Berechnung bildet die prognostizierte Entwicklung der Wohnbevölkerung der ASTAT¹:

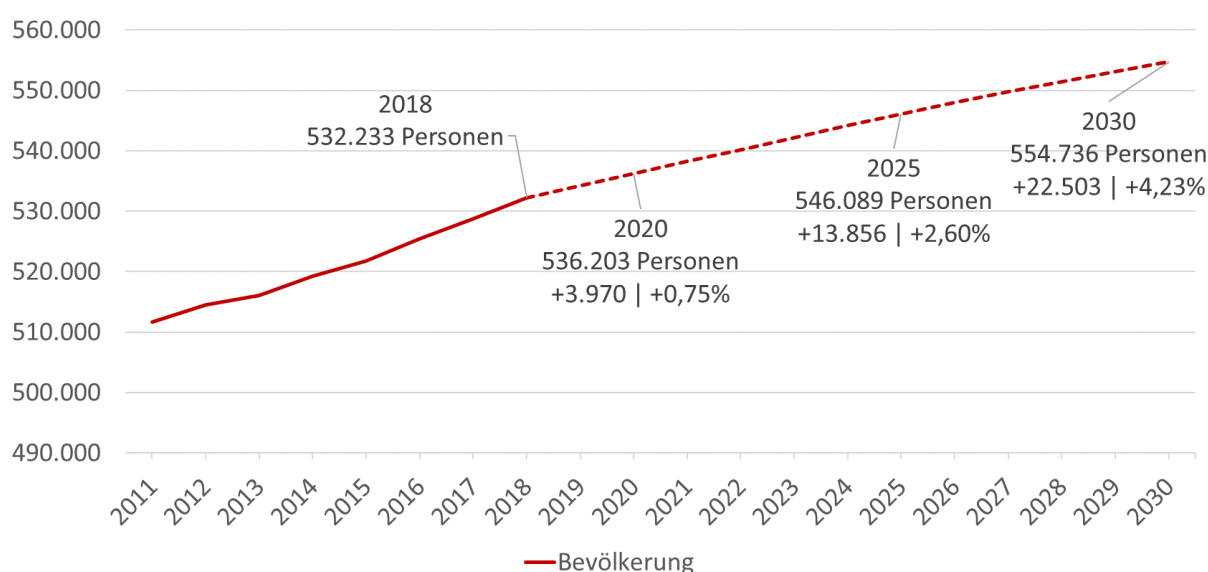


Abbildung 3-1: Prognose der Entwicklung der Wohnbevölkerung

¹ Theoretisch Grundlage und Methodik siehe: Landesinstitut für Statistik – ASTAT (2014a). Für das Forschungsprojekts Sozialdienste Südtirol 2030 wurden von der ASTAT detaillierte Bevölkerungsprognosen unterteilt in einjährige Altersklassen zur Verfügung gestellt.

Je nach untersuchtem Dienst oder Leistung wird die Prognose angepasst und für die entsprechende(n) Altersklasse(n) berechnet. Beispielsweise ist für den **Bereich Senioren** und Pflege vielfach die Entwicklung der Einwohner*innen im Alter ab 75 Jahren ausschlaggebend:

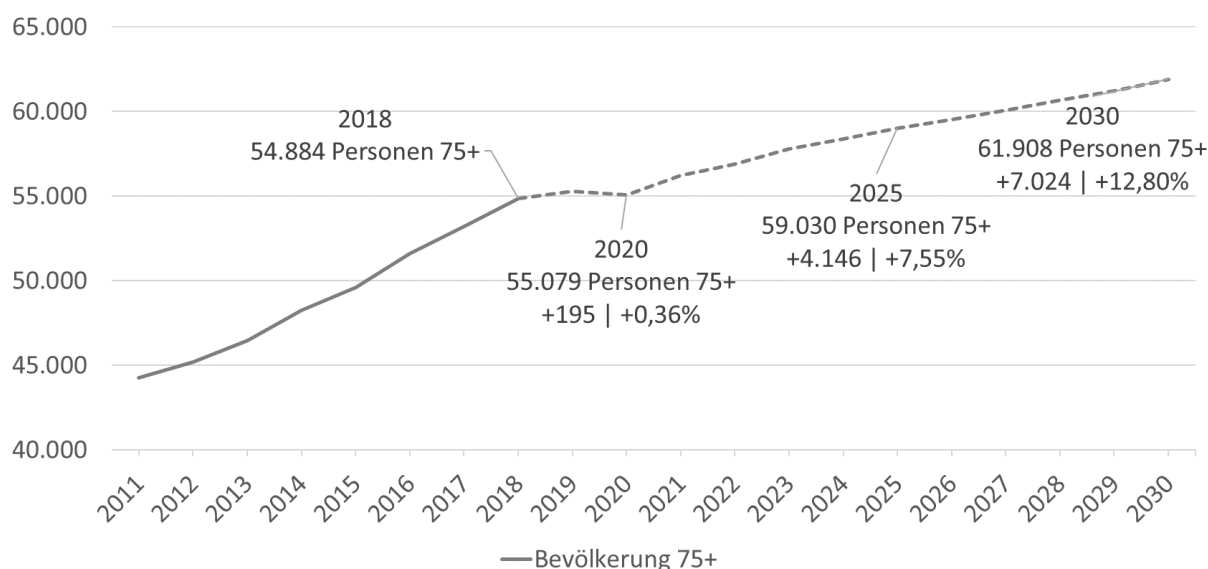


Abbildung 3-2: Prognose der Entwicklung der Altersklasse 75+

Die deutlich stärkere Zunahme dieser höheren Altersklasse im Vergleich zur Entwicklung der Gesamtbevölkerung ist auf den demografischen Wandel zurückzuführen. Diese Entwicklung ist der Grund für die Notwendigkeit detaillierter Analyse, denn die sich ändernde Bevölkerungsstruktur wird zwangsläufig zu Änderungen in den Nutzergruppen der sozialen Dienste und Leistungen führen. Die Prognosen sollen dazu dienen, Entwicklungsnotwendigkeiten zu identifizieren, um auch in Zukunft qualitativ hochwertige und an die Nutzerbedürfnisse angepasste Dienste und Leistungen anbieten zu können.

Der demografische Wandel hat nicht nur Auswirkungen auf die höheren Altersklassen: Für den **Bereich der Minderjährigen** (also im Alter von 0 bis 17 Jahren) ist – trotz steigender Gesamtbevölkerung – eine stagnierende bzw. leicht rückläufige Entwicklung prognostiziert.

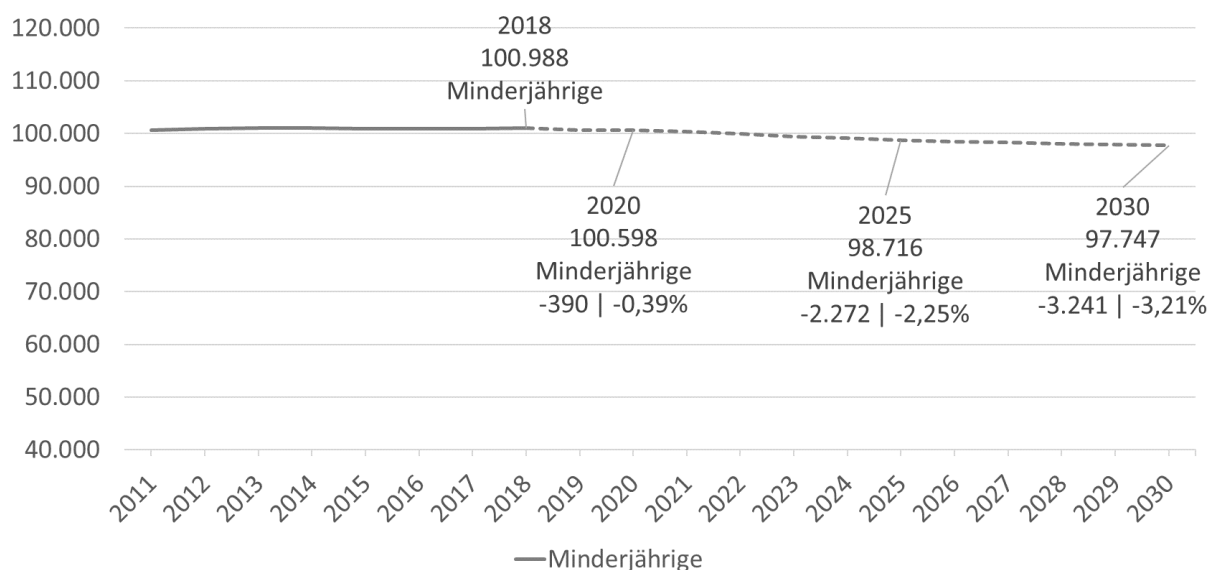


Abbildung 3-3: Prognose der Entwicklung der Minderjährigen (Altersklasse 0-17)

Dies beeinflusst insbesondere die wissenschaftlichen Prognosen im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes.

Die Dienste und Leistungen des **Bereichs Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen** richten sich hingegen primär an die Altersklasse der 18- bis 65-jährigen.

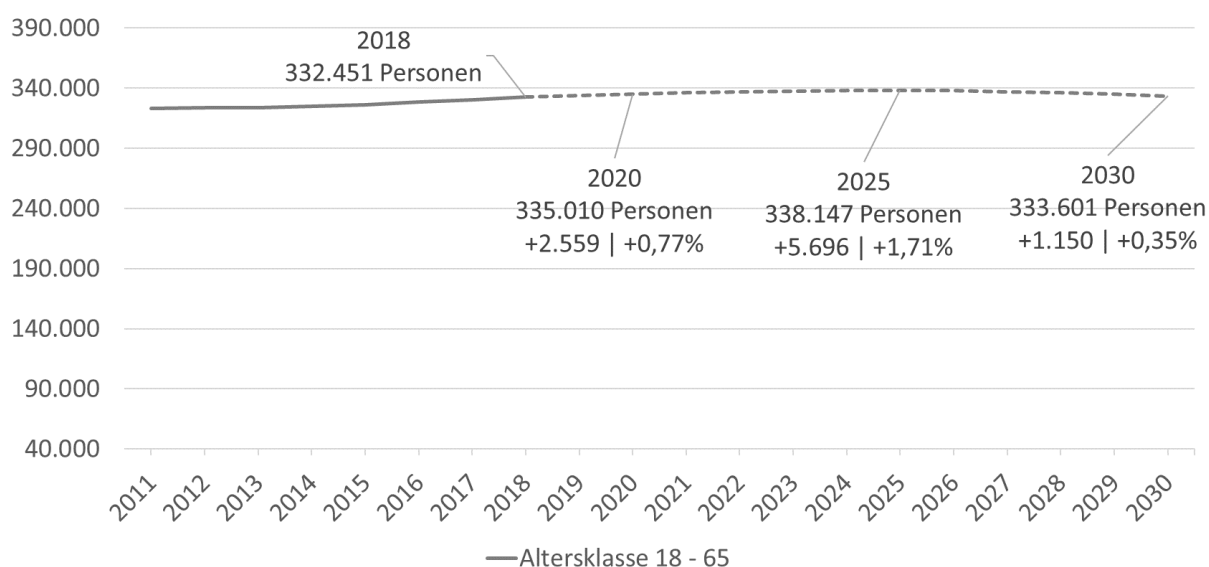


Abbildung 3-4: Prognose der Entwicklung der Altersklasse 18-65

Ähnlich dem Bereich der Minderjährigen ist auch für diese Altersklasse ein relativ flacher Verlauf der Bevölkerungsentwicklung prognostiziert.

4 Bereich Senioren und Pflege

Folgende Grafik gibt einen Überblick über das vielfältige Leistungsangebot für ältere Menschen.

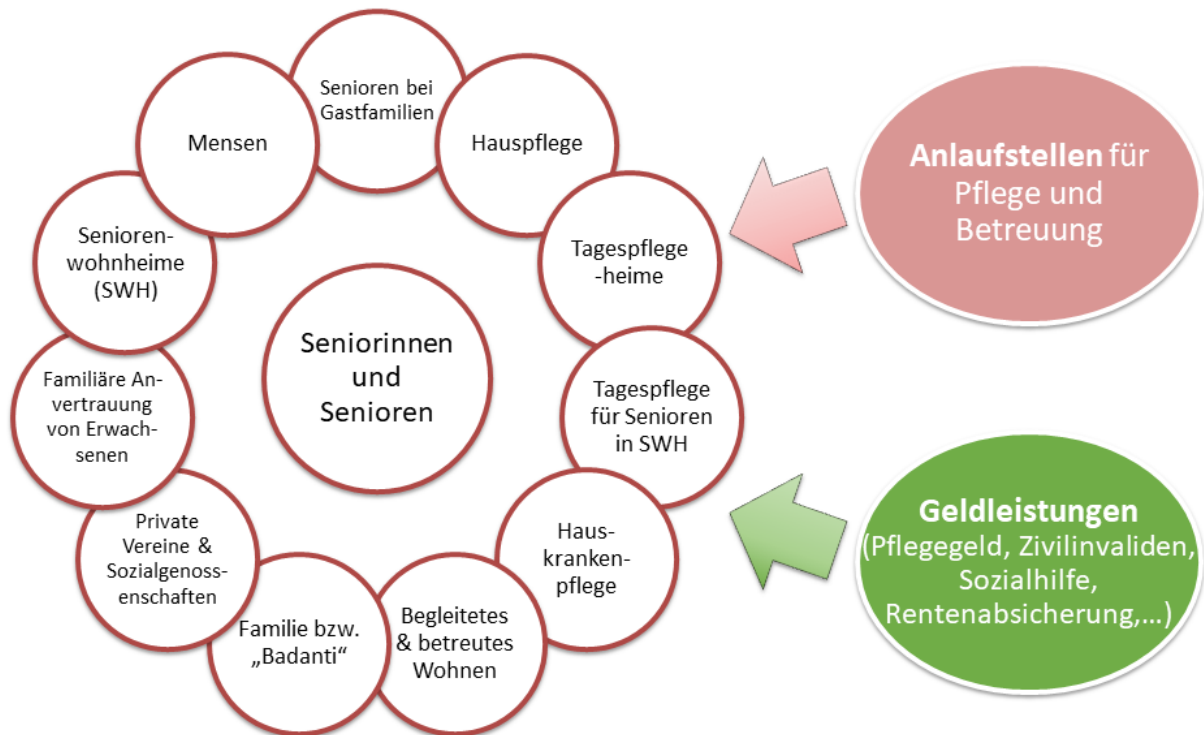


Abbildung 4-1: Dienste und Leistungen für Senioren

Für die zentralen Dienste und Leistungen wurden von Eurac Research Prognosen über die Entwicklung der betreuten Personen bzw. Plätze in den Einrichtungen erstellt.

Die Dienste und Leistungen werden heute zum großen Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über den Finanzierungsbeitrag aus dem Landessozialfonds für ausgewählte Dienste und Leistungen:

	Anzahl Einrichtungen	Betten Plätze	Betreute Personen	Stunden Leistungen	Personal VZÄ	Finanzierung Landessozialfonds
Seniorenwohnheime	76	4.369	4.397		4.018,2	100.494.576,36 €
Tagespflegeheime	13	162			46,3	1.878.833,26 €
Begleitetes Betreutes Wohnen	16	218				
Hauspflege: zu Hause			5.683	301.803	350,8	9.438.203,77 €
Hauspflege: Tagesstätte			6.827	38.033	30,2	953.239,15 €
Hauspflege: Essen auf Rädern			2.692	380.700		386.363,61 €
Senioren Mensen	11	441		69.010		233.086,50 €

Tabelle 4-1: Landessozialfonds - Finanzierung ausgewählter Dienste und Leistungen des Bereichs Senioren und Pflege (Stand: 2018)²

Daraus lässt sich der **Finanzierungsbeitrag je Leistungseinheit** aus dem Landessozialfonds berechnen, indem die jeweilige Finanzierung durch die entsprechenden Plätze bzw. Stunden und Leistungen dividiert wird:

	Betten Plätze	Stunden Leistungen	Finanzierung Landessozialfonds	Finanzbeitrag pro Platz bzw. Leistung
Seniorenwohnheime	4.369		100.494.576,36 €	23.001,73 €
Tagespflegeheime	162		1.878.833,26 €	11.597,74 €
Begleitetes Betreutes Wohnen	218			
Hauspflege: zu Hause		301.803	9.438.203,77 €	31,27 €
Hauspflege: Tagesstätte		38.033	953.239,15 €	25,06 €
Hauspflege: Essen auf Rädern		380.700	386.363,61 €	1,01 €
Senioren Mensen	441		233.086,50 €	528,54 €
113.384.302,65 €				

Tabelle 4-2: Landessozialfonds - Finanzierungsbeitrag je Leistungseinheit ausgewählter Dienste und Leistungen des Bereichs Senioren und Pflege (Stand: 2018)

² Waldner (2020)

Dieser Finanzierungsbeitrag pro Platz bzw. Leistung wird Abschnitt 4.1 für die Prognosen des zukünftigen Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds herangezogen. Dabei sollten zusätzlich zur Entwicklung aufgrund der steigenden Nachfrage gemäß den Prognosen auch die **jährlichen Kostensteigerungen** berücksichtigt werden:

Zum einen ist von einer überdurchschnittlich hohen **Reallohnentwicklung** im Pflegebereich auszugehen. Die hohe Personalintensität des Pflegesektors ermöglicht zudem weniger Rationalisierungsmaßnahmen, wie sie in anderen Wirtschaftssektoren üblich sind. Dadurch wird die **Produktivitätsentwicklung** des Bereichs niedriger als die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung ausfallen, was zu einem relativen Kostenanstieg führt.³ Schlussendlich ist aufgrund des demografischen Wandels und der höheren Lebenserwartung von einer **steigenden Zahl Hochbetagter mit multimorbiden und dementiellen Erkrankungen** auszugehen, die kostenintensivere Pflege benötigen.⁴ Vergleichbare Studien gehen daher von einer durchschnittlichen **Stückkostensteigerung** der Leistungen und Dienste von **jährlich 2%** aus,⁵ die auch den Prognosen zugrunde gelegt wird.

4.1 Wissenschaftliche Prognosen

4.1.1 Seniorenwohnheime

Die Seniorenwohnheime bieten älteren Menschen ein geeignetes Wohn- und Lebensumfeld. Die 76 Seniorenwohnheime in Südtirol mit insgesamt ungefähr 4.400 Betten werden entweder als öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste (ÖBPB), von der Bezirksgemeinschaft, der Gemeinde oder privat geführt.

Die zentrale Kennzahl zur Abbildung der Versorgungslage bildet die Versorgungsdichte an Pflegeheimbetten. Diese stellt die Anzahl an Plätzen in den Seniorenwohnheimen bezogen auf

³ Famira-Mühlberger & Firgo (2018)

⁴ Kingston et. al (2018)

⁵ Famira-Mühlberger & Firgo (2018)

die Bevölkerung bzw. Altersklasse dar und soll sich laut Plan auf 8,9 Plätze je 100 Einwohner*innen ab 75 Jahren belaufen.

In den letzten Jahren ist die Altersklasse 75+ jedoch verhältnismäßig stärker gewachsen als die Zahl der Pflegebetten, sodass sich die Versorgungsdichte im Jahr 2018 statt des Zielwerts von 8,9 auf 8,0 Plätzen je 100 Einwohner*innen ab 75 Jahren belief.

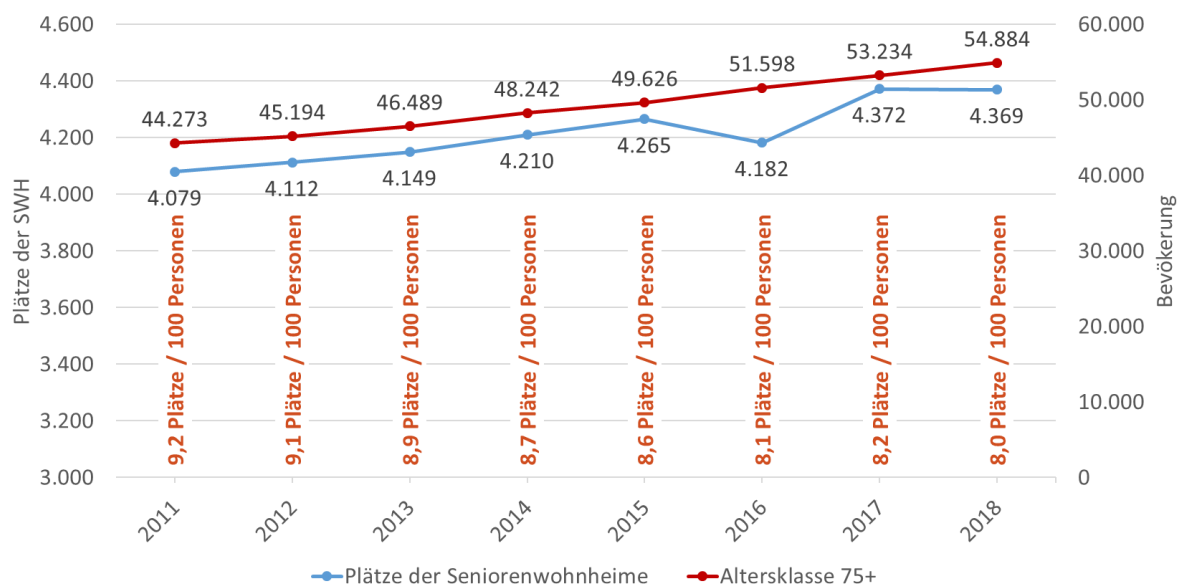


Abbildung 4-2: Entwicklung der Versorgungsdichte der Seniorenwohnheime

Aus diesem Grund wurden zwei Prognosen des zukünftigen Bedarfs an Plätzen in den Seniorenwohnheimen berechnet. Zum einen bei Beibehaltung der Versorgungsdichte von 8,0 des Basisjahrs 2018, zum anderen bei gradueller Erhöhung der Versorgungsdichte bis zur Wiedererreicherung des Zielwerts von 8,9 Plätzen im Jahr 2030.

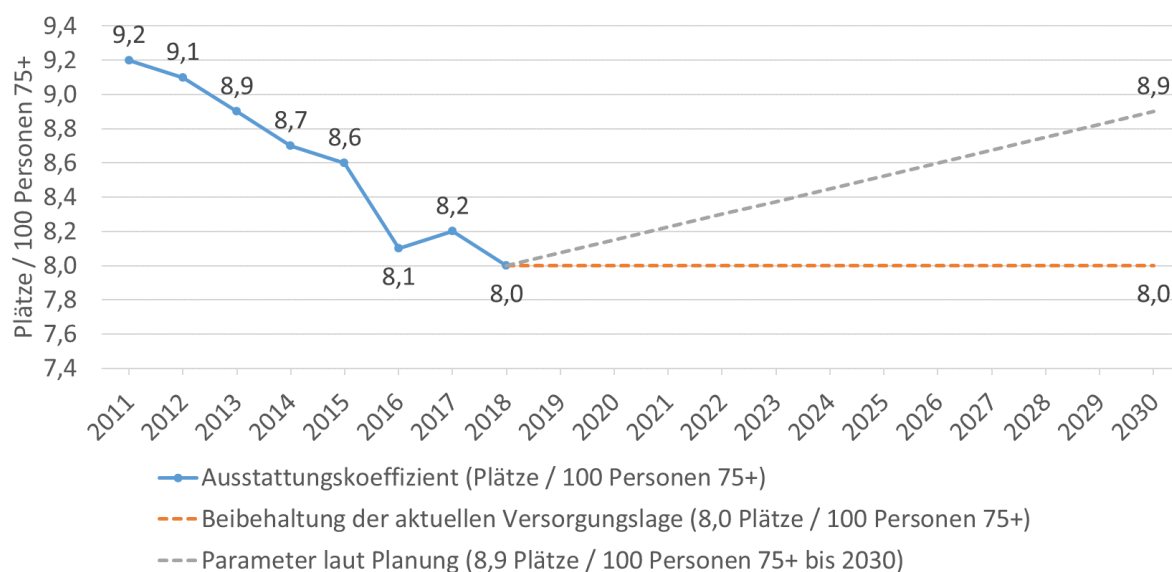


Abbildung 4-3: Annahmen zur zukünftigen Entwicklung der Versorgungsdichte der Seniorenwohnheime

Daraus lassen sich folgende Prognosen zur Entwicklung der Plätze der Seniorenwohnheime sowie des Personals (bei Beibehaltung des Personalschlüssels von 1,09 Plätzen pro Vollzeitäquivalent des Basisjahrs 2018) ableiten:

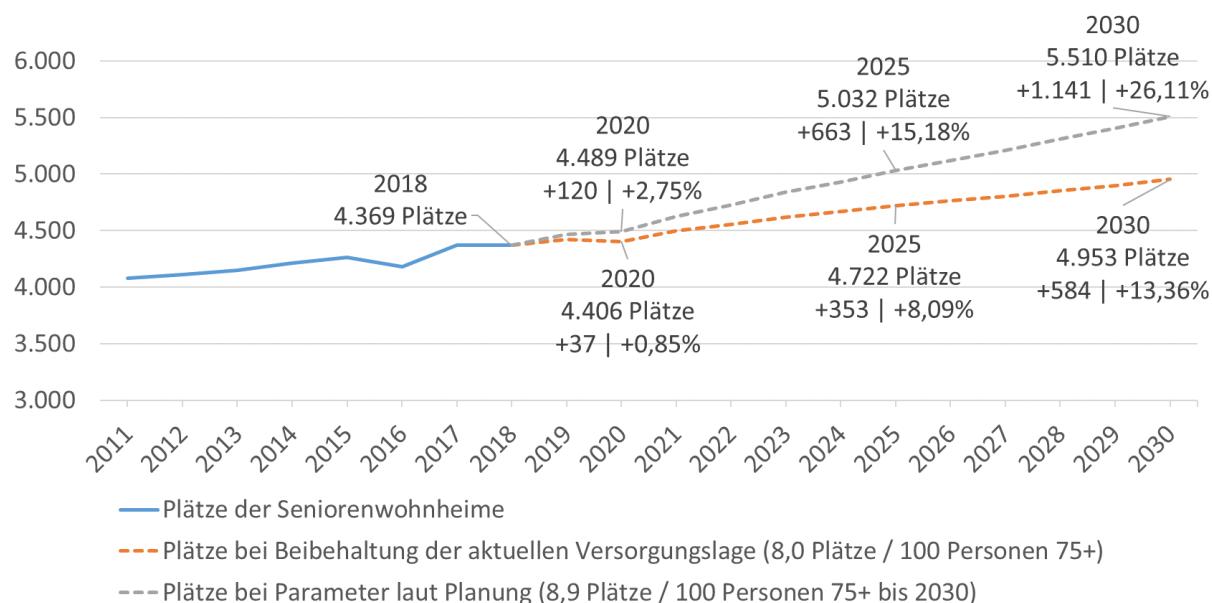


Abbildung 4-4: Prognose der Plätze der Seniorenwohnheime

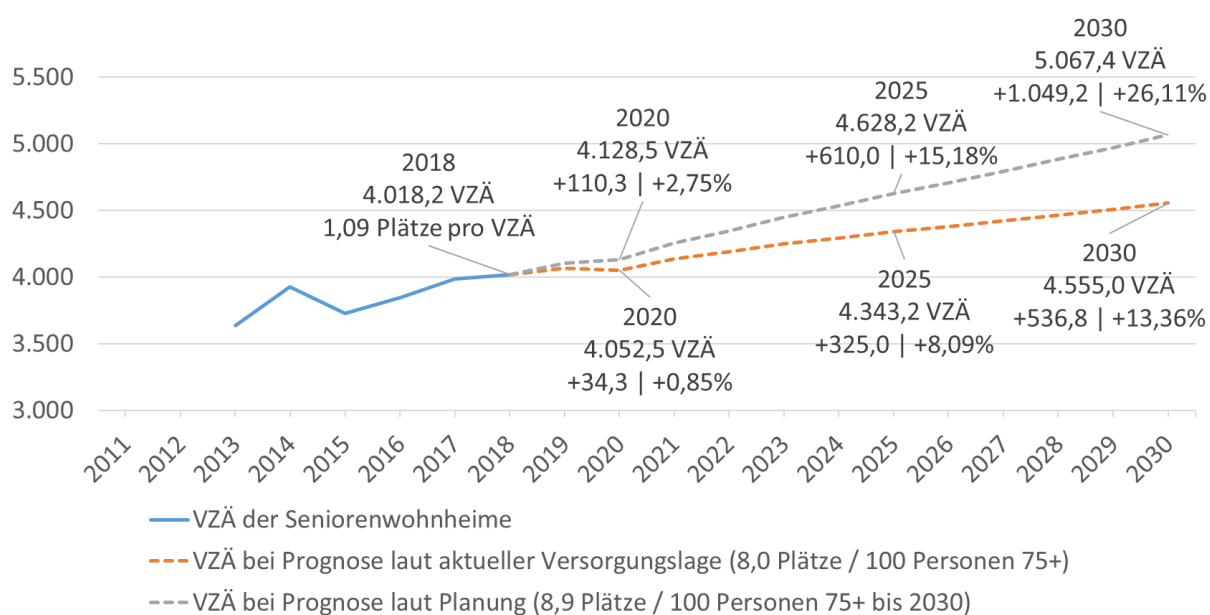


Abbildung 4-5: Prognose der Vollzeitäquivalente der Seniorenwohnheime

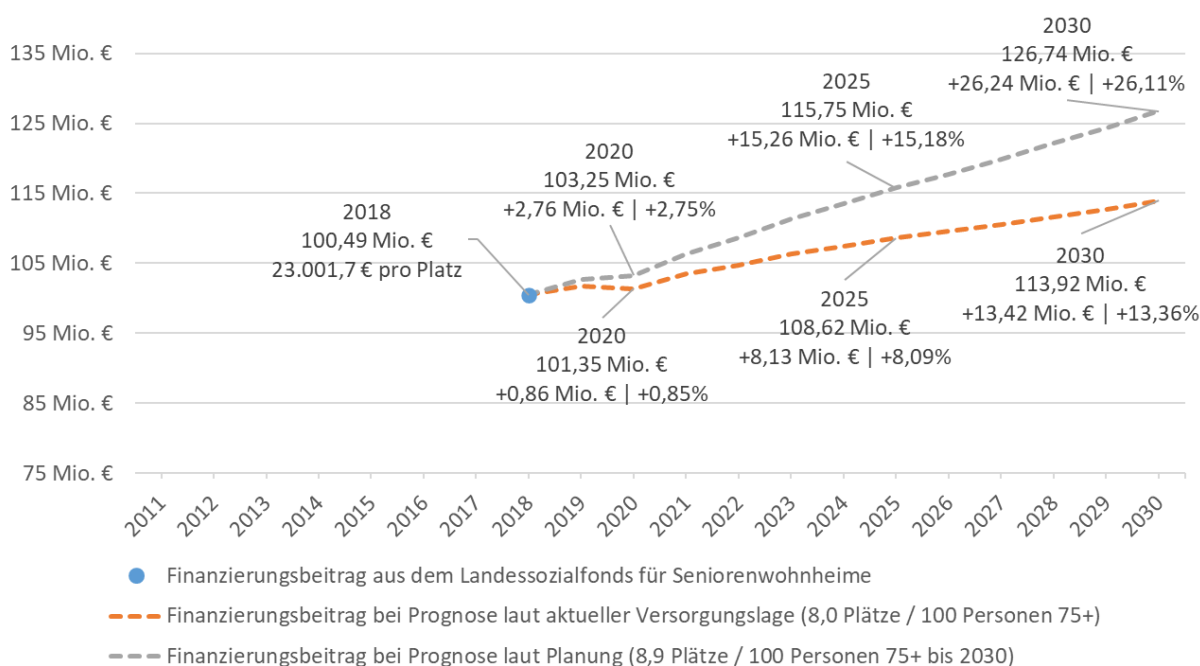


Abbildung 4-6: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Seniorenwohnheime ohne Kostensteigerung

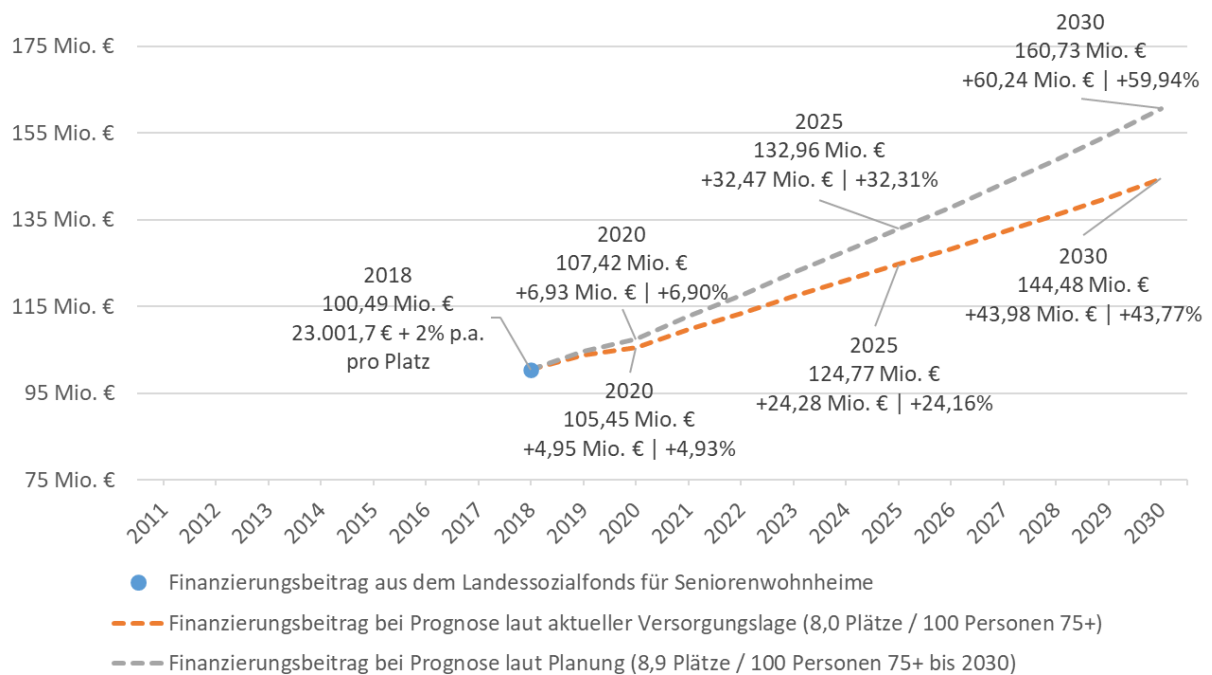


Abbildung 4-7: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Seniorenwohnheime bei Kostensteigerung von jährlich 2%

4.1.2 Tagespflegeheime

Tagespflegeheime nehmen untertags Senioren auf, die nicht mehr allein in ihrer eigenen Wohnung bleiben können oder eine Betreuung benötigen, die weder über Dritte noch über die Hauspflege erbracht werden kann.

Die Aufnahmekapazität liegt bei 8 bis 25 Personen je Tagespflegeheim. Im Jahr 2018 boten die 13 Tagespflegeheime insgesamt 160 Plätze. Wie bei den Seniorenheimen wird die Versorgungslage anhand der Plätze je 1.000 Einwohner*innen ab 75 Jahren berechnet.

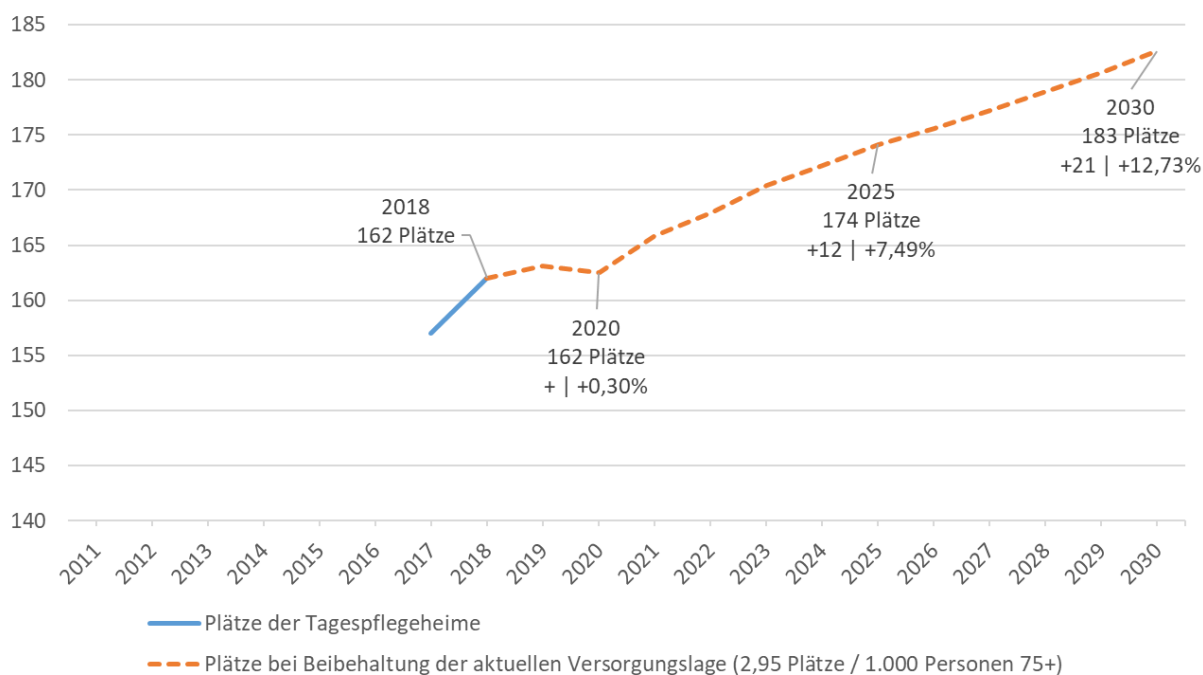


Abbildung 4-8: Prognose der Plätze der Tagespflegeheime

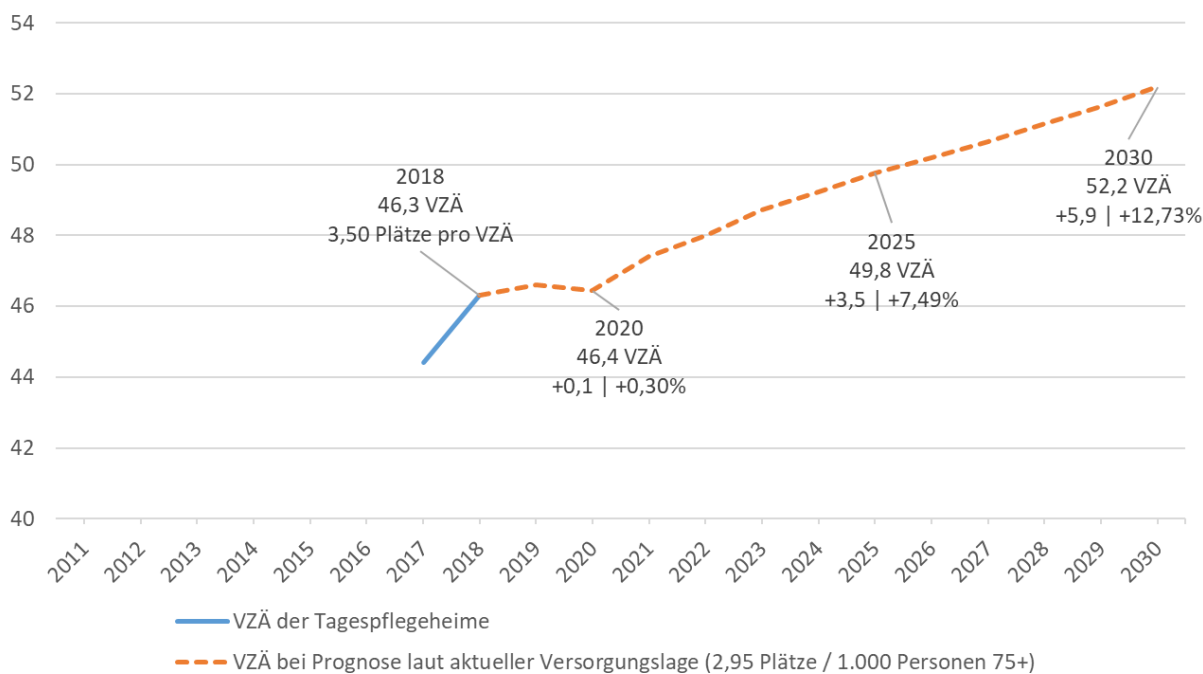


Abbildung 4-9: Prognose der Vollzeitäquivalente der Tagespflegeheime

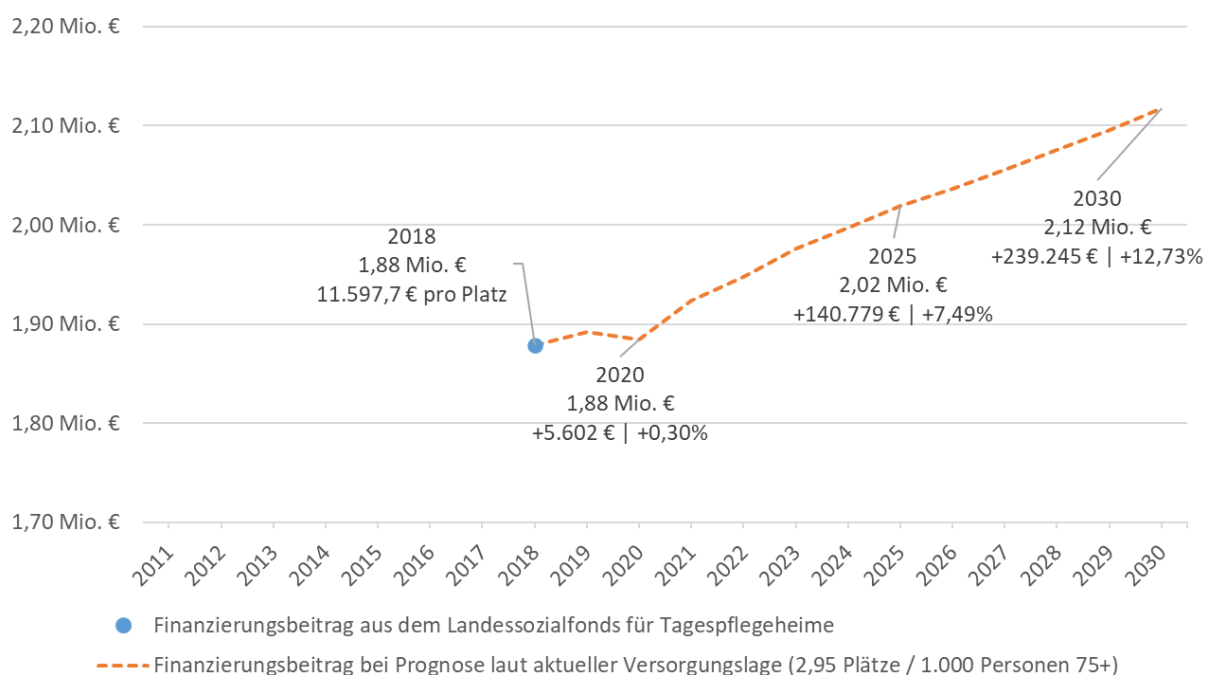


Abbildung 4-10: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Tagespflegeheime ohne Kostensteigerung

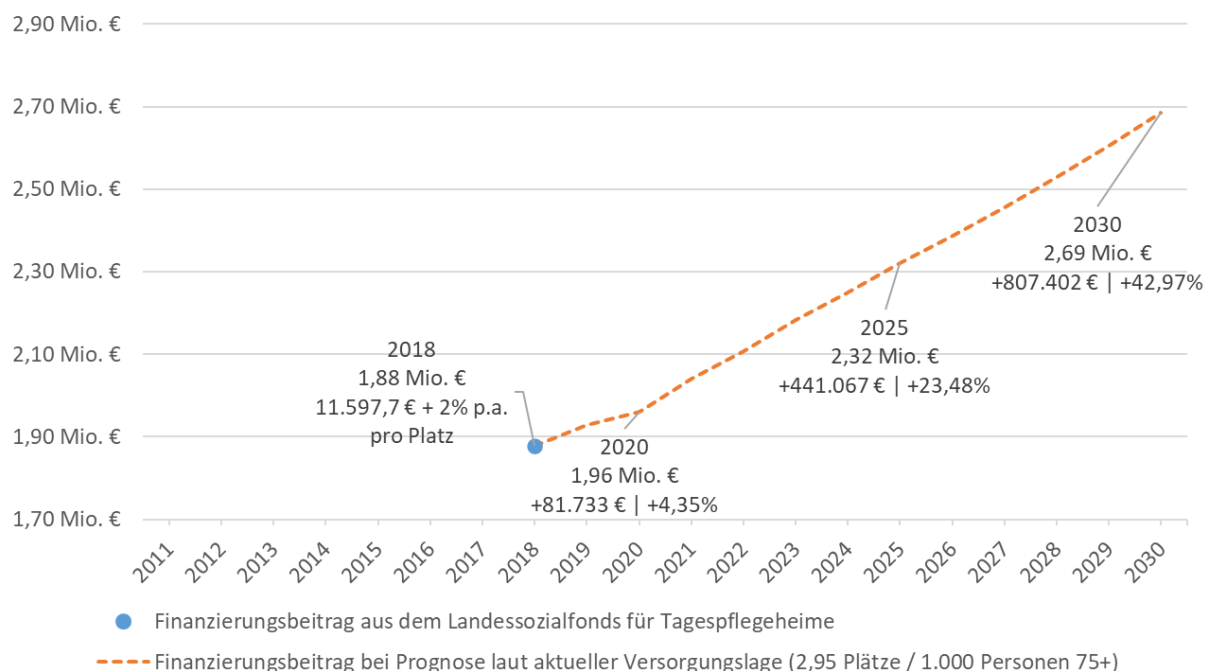


Abbildung 4-11: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Tagespflegeheime bei Kostensteigerung von jährlich 2%

4.1.3 Begleitetes und betreutes Wohnen

Der Dienst richtet sich an selbstständige Personen oder solche, deren Pflegebedarf der ersten oder zweiten Stufe entspricht. Ziel ist es, die Bewohner*innen mit bekannten, vertrauten und vor allem ihren Fähigkeiten angemessenen Tätigkeiten aktiv und vital zu halten.

Im Jahr 2018 boten die 16 Strukturen insgesamt 198 Plätze an. Dieser Dienst richtet sich auch an jüngere Personen, weshalb die Versorgungslage anhand der Plätze je 1.000 Einwohner*innen ab 65 Jahren berechnet wird.

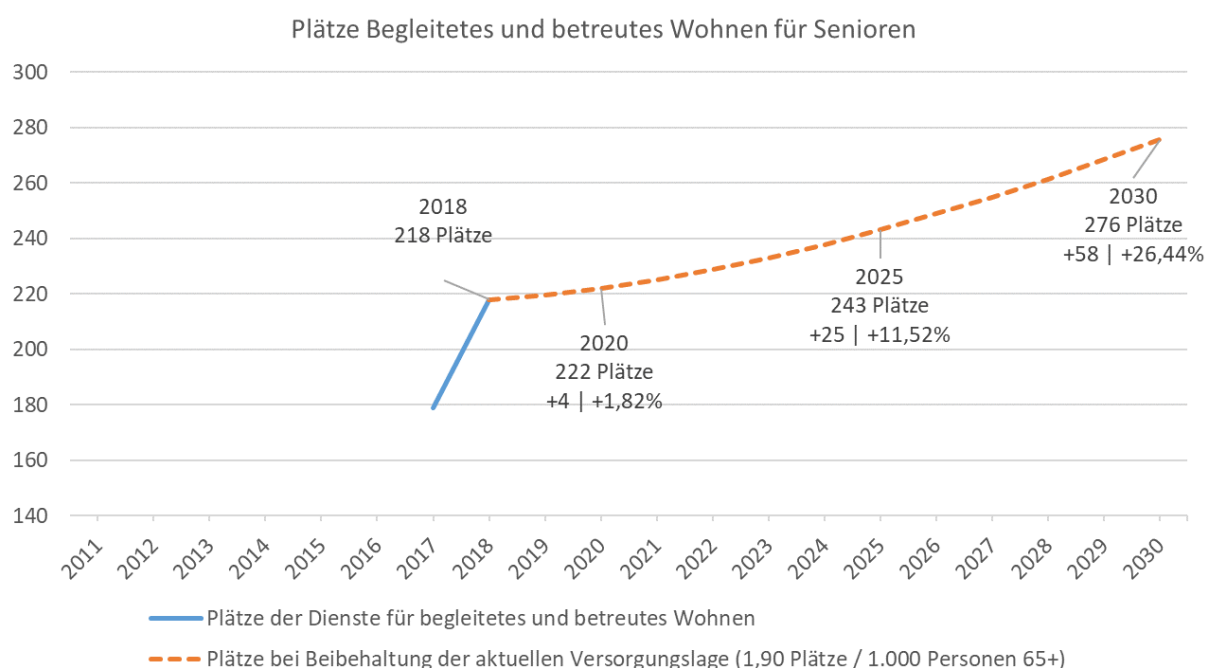


Abbildung 4-12: Prognose der Plätze des begleiteten und betreuten Wohnens

4.1.4 Hauspflege

Die Hauspflege bietet Beratung, Vorbeugung und Hilfestellungen am Wohnort und in Tagesstätten an. Ungefähr 2/3 der pflegebedürftigen Personen in Südtirol werden heute ambulant zu Hause betreut und versorgt und nur 1/3 in einem Seniorenwohnheim. Die Hauspflege steht bedürftigen Personen jeden Alters zur Verfügung, weshalb die Versorgungslage in Form von Stunden oder Leistungen je 100 Einwohner*innen aller Altersklassen berechnet wird.

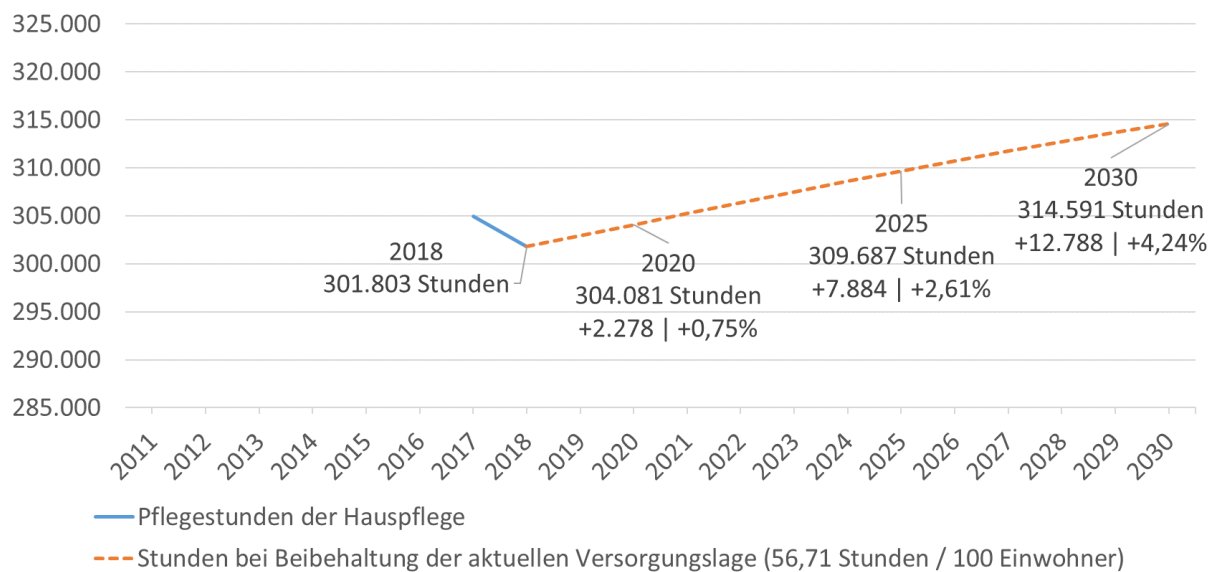


Abbildung 4-13: Prognose der Pflegestunden der Hauspflege

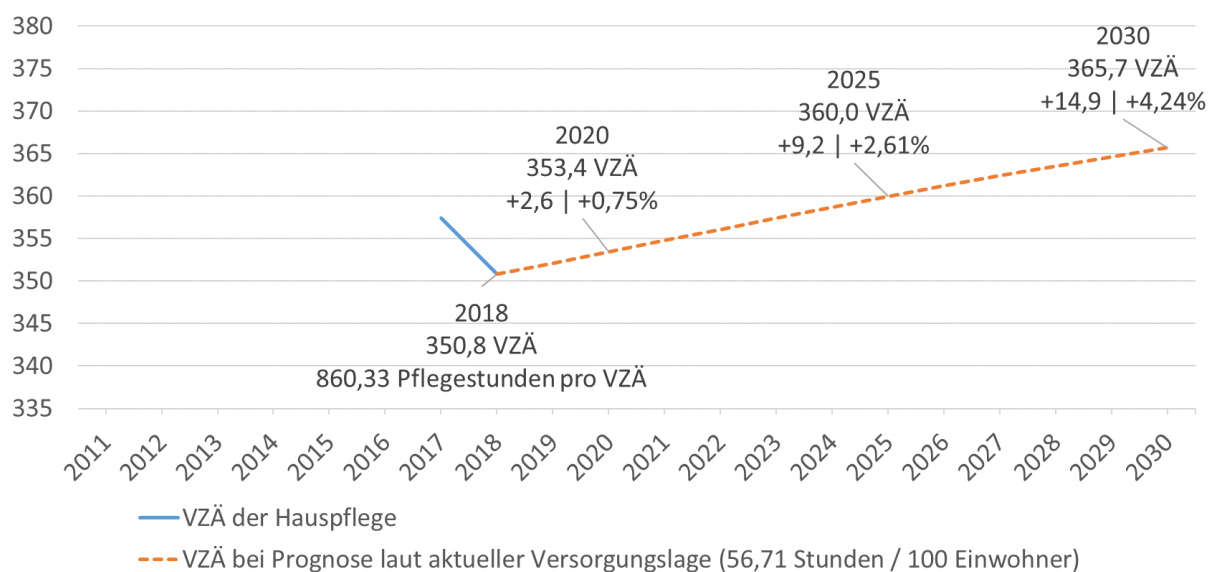


Abbildung 4-14: Prognose der Vollzeitäquivalente der Hauspflege

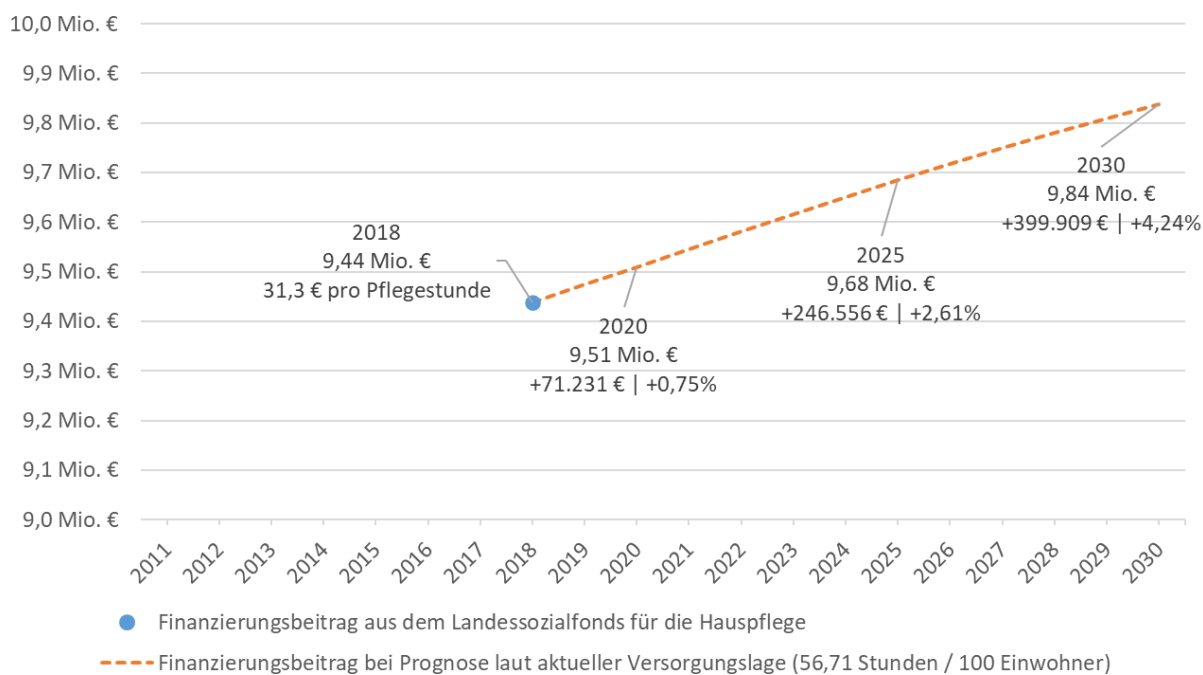


Abbildung 4-15: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für die Hauspflege ohne Kostensteigerung

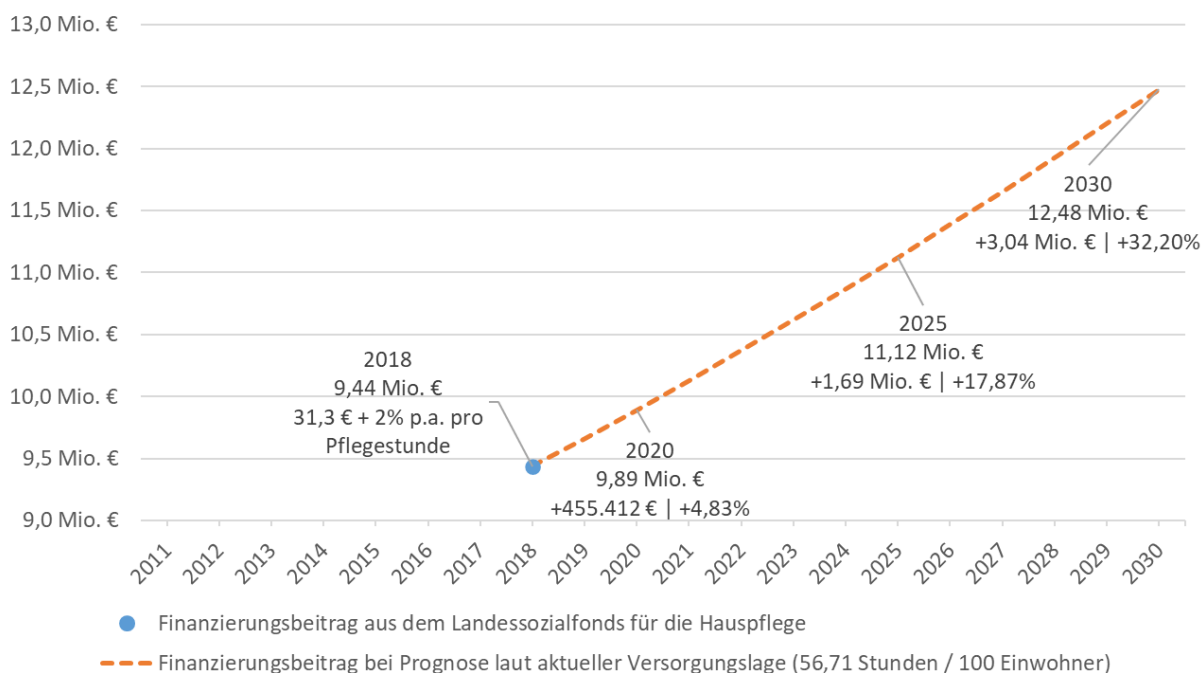


Abbildung 4-16: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für die Hauspflege bei Kostensteigerung von jährlich 2%

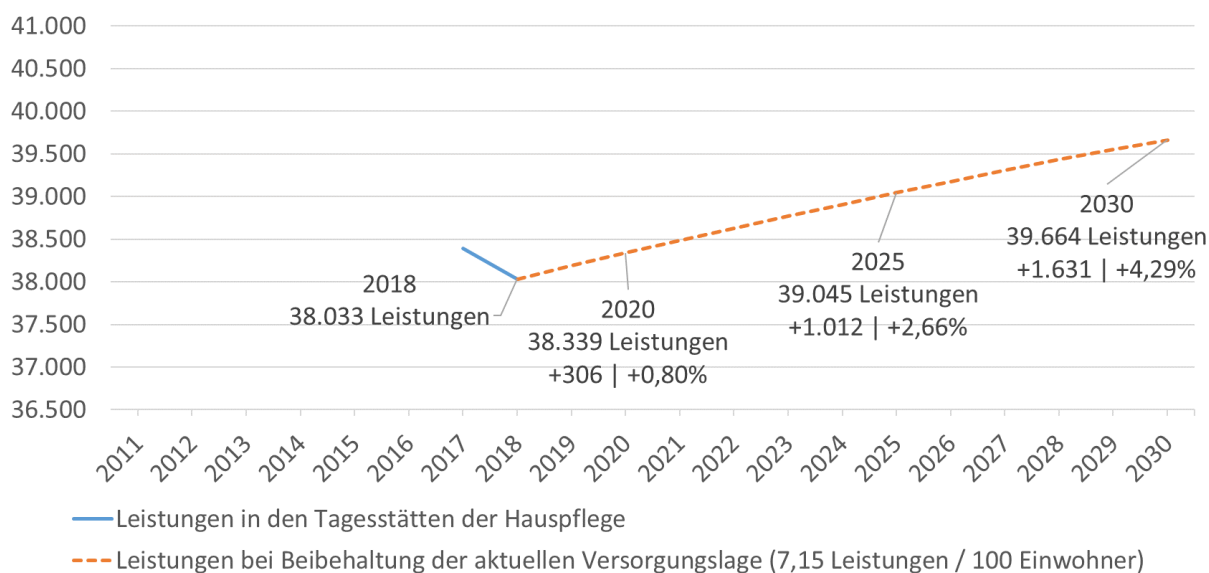


Abbildung 4-17: Prognose der Leistungen in den Tagesstätten der Hauspflege

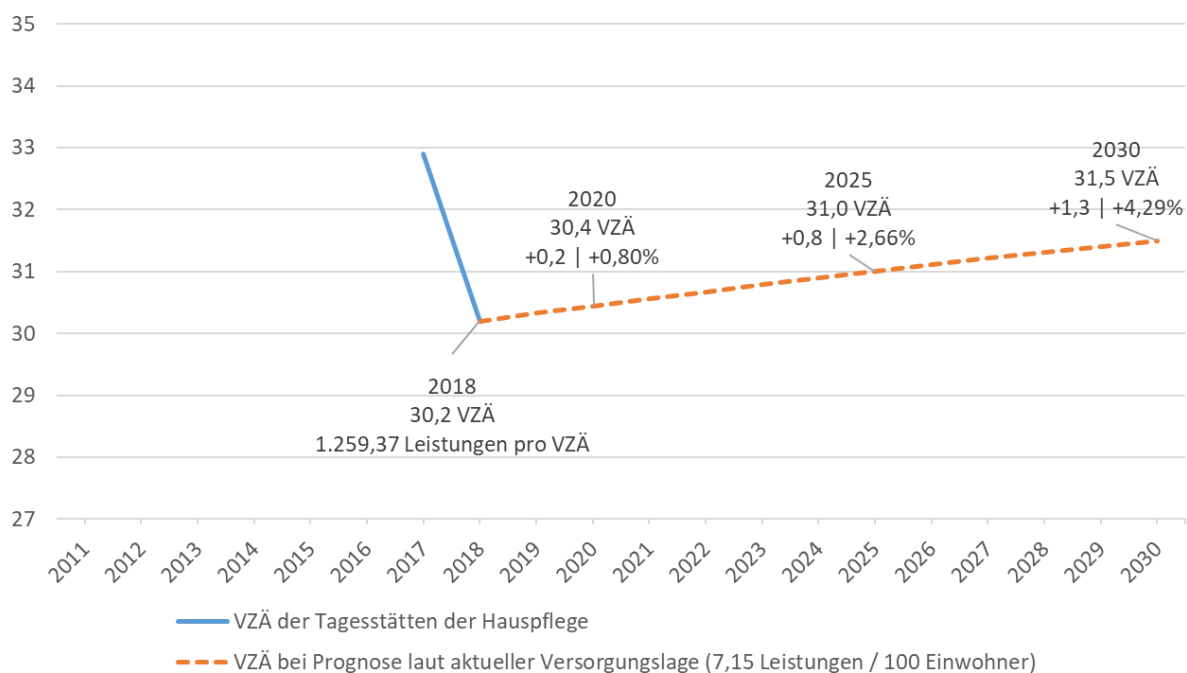


Abbildung 4-18: Prognose der Vollzeitäquivalente der Tagesstätten der Hauspflege

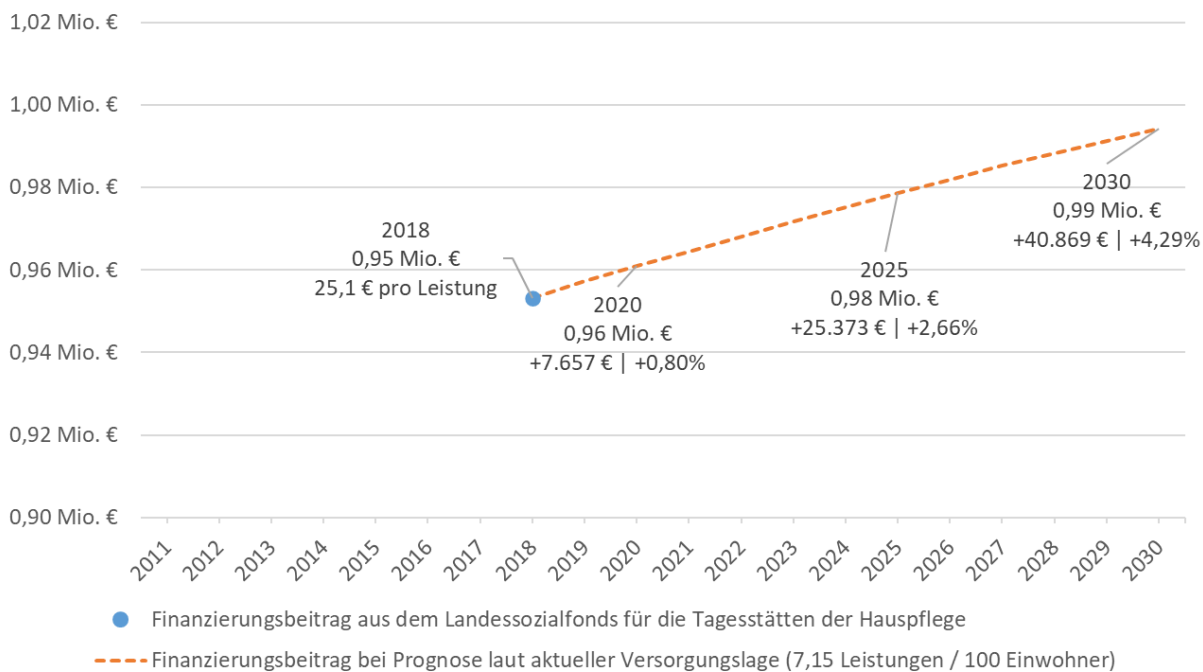


Abbildung 4-19: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für die Tagesstätten der Hauspflege ohne Kostensteigerung

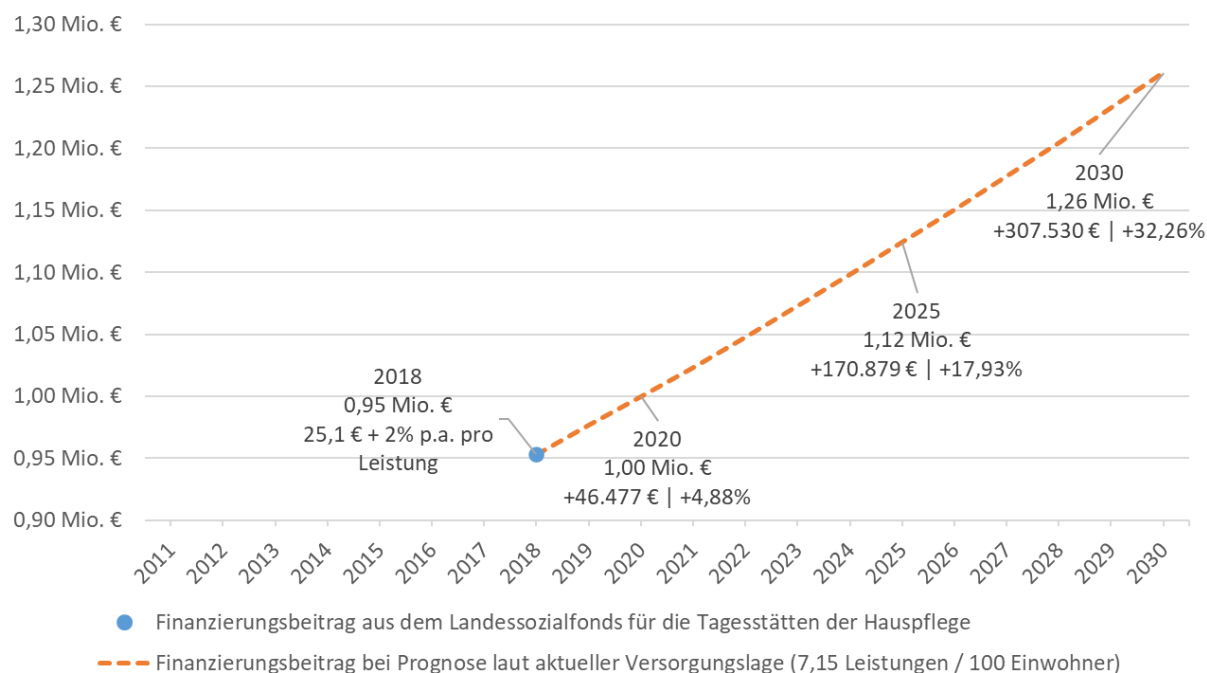


Abbildung 4-20: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für die Tagesstätten der Hauspflege bei Kostensteigerung von jährlich 2%

4.1.5 Essen auf Rädern

Die nicht-stationären Angebote, die sich in erster Linie an Senioren wenden, werden durch den Dienst Essen auf Rädern abgerundet. 2018 nahmen insgesamt 2.692 Personen den Dienst in Anspruch. In ganz Südtirol wurden 380.700 Essen verteilt. Die Bedeutung des Dienstes für Senioren wird dabei aus den Nutzerstatistiken deutlich: 93,16% der Nutzer*innen sind 65 Jahre und älter, 81,84% fallen in die Altersklasse 75+.

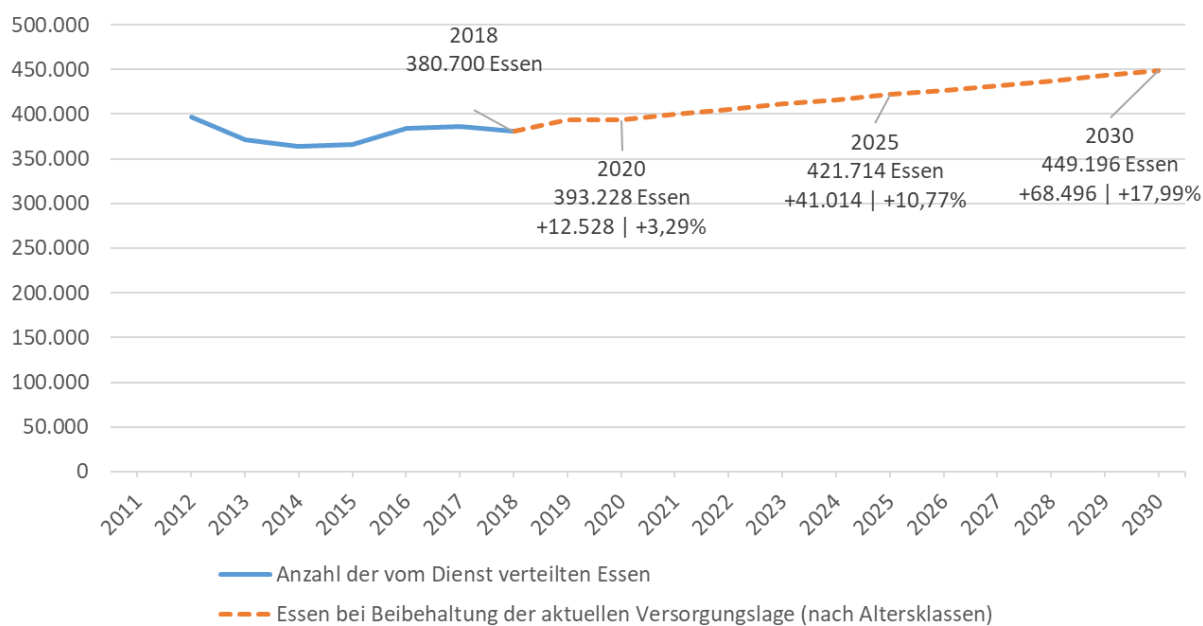


Abbildung 4-21: Prognose der vom Dienst Essen auf Rädern verteilten Essen

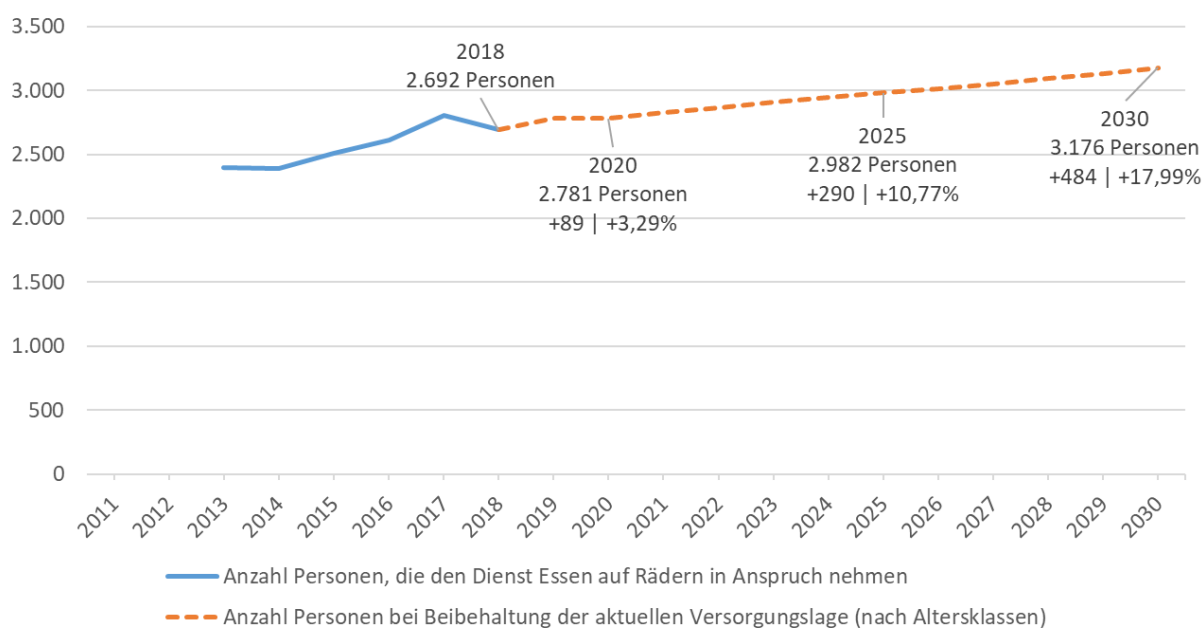


Abbildung 4-22: Prognose der Personen, die den Dienst Essen auf Rädern in Anspruch nehmen

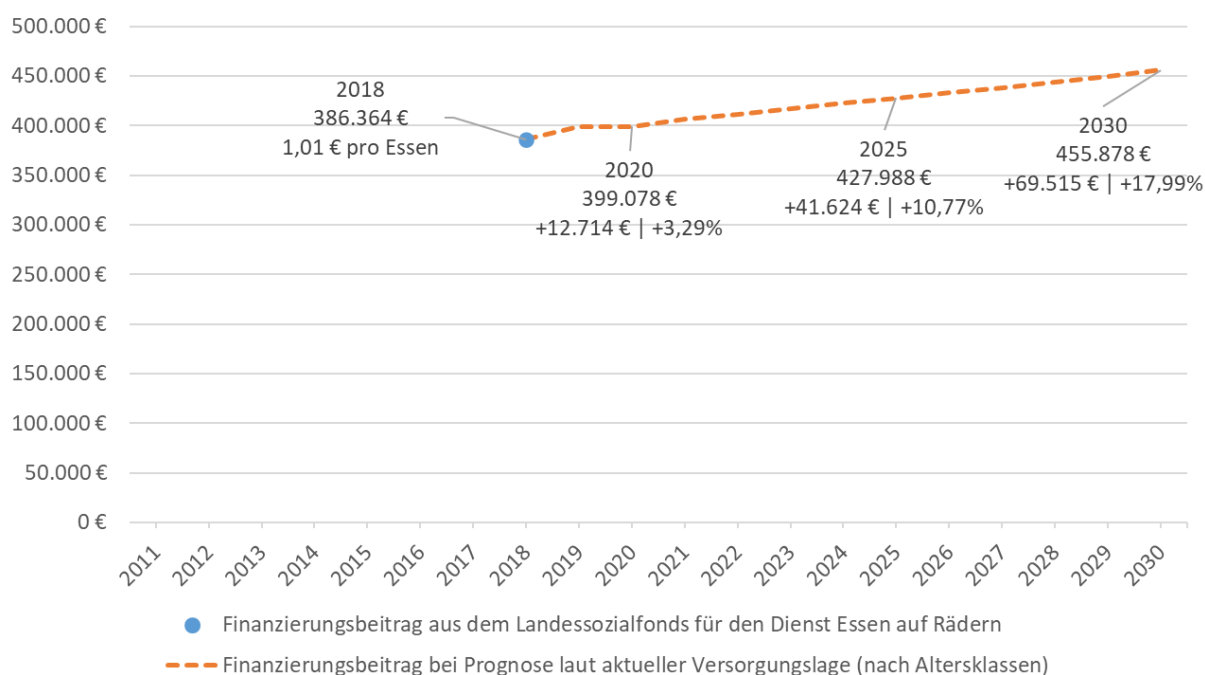


Abbildung 4-23: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für den Dienst Essen auf Rädern ohne Kostensteigerung

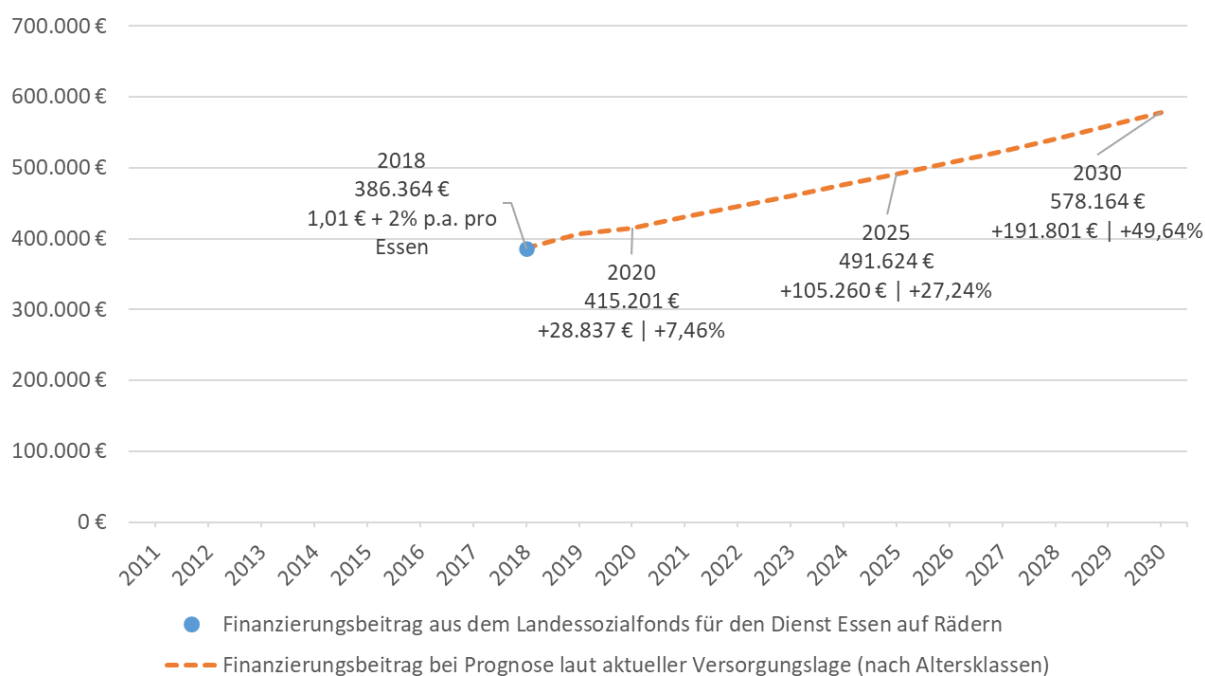


Abbildung 4-24: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für den Dienst Essen auf Rädern bei Kostensteigerung von jährlich 2%

4.1.6 Seniorenmenschen

Die Mensen richten sich insbesondere an Personen über 60 Jahre, die nicht mehr in der Lage sind, sich einmal am Tag selbstständig mit einer seniorenrechtlichen Mahlzeit zu versorgen.

Im Jahr 2018 boten die elf Mensendienste insgesamt 441 Plätze. Die Versorgungslage wurde anhand der Zielgruppe im Verhältnis zu den Personen der Altersklasse ab 60 Jahren berechnet.

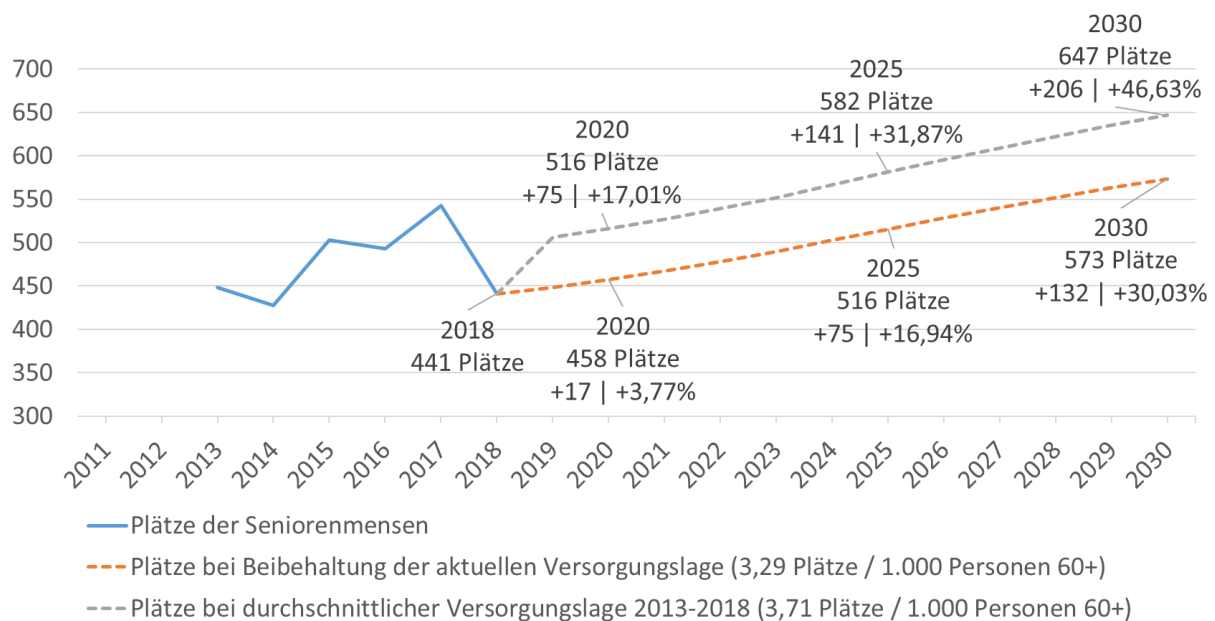


Abbildung 4-25: Prognose der Plätze der Seniorenmenschen

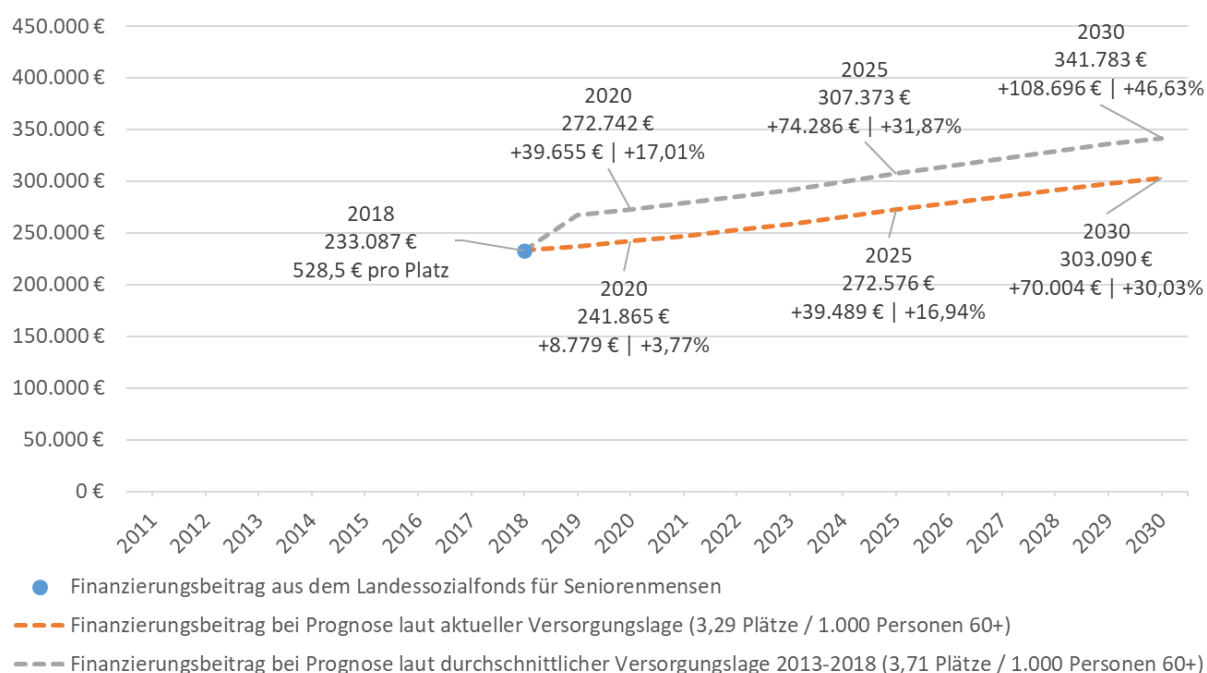


Abbildung 4-26: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Seniorenmenschen ohne Kostensteigerung

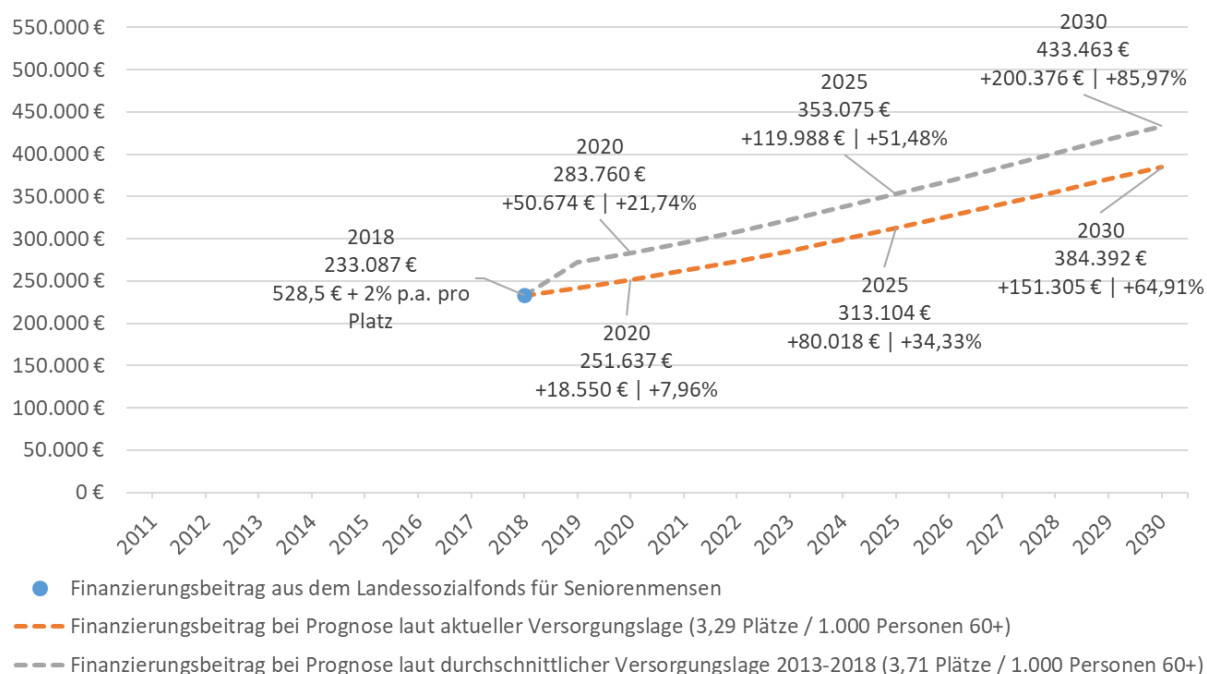


Abbildung 4-27: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Seniorenmenschen bei Kostensteigerung von jährlich 2%

4.1.7 Pflegegeld

Das Pflegegeld ist ein finanzieller Beitrag des Landes Südtirol, der an pflegebedürftige Personen ausbezahlt wird. Mit dem Pflegegeld kann die pflegebedürftige Person Helfer*innen und Hilfsmittel für die eigene Betreuung und Pflege bezahlen. Das Pflegegeld kann in Form von Geld und teilweise auch in Form von Sachleistungen gewährt werden; diese Sachleistungen werden Dienstgutscheine genannt.

Es gibt kein Mindest- oder Höchstalter für den Antrag auf Pflegegeld und die Einkommens- und Vermögenssituation wird für den Antrag auf Pflegegeld nicht berücksichtigt.

Grundlage der Prognosen bildet der Pflegebedarf je Altersklasse:

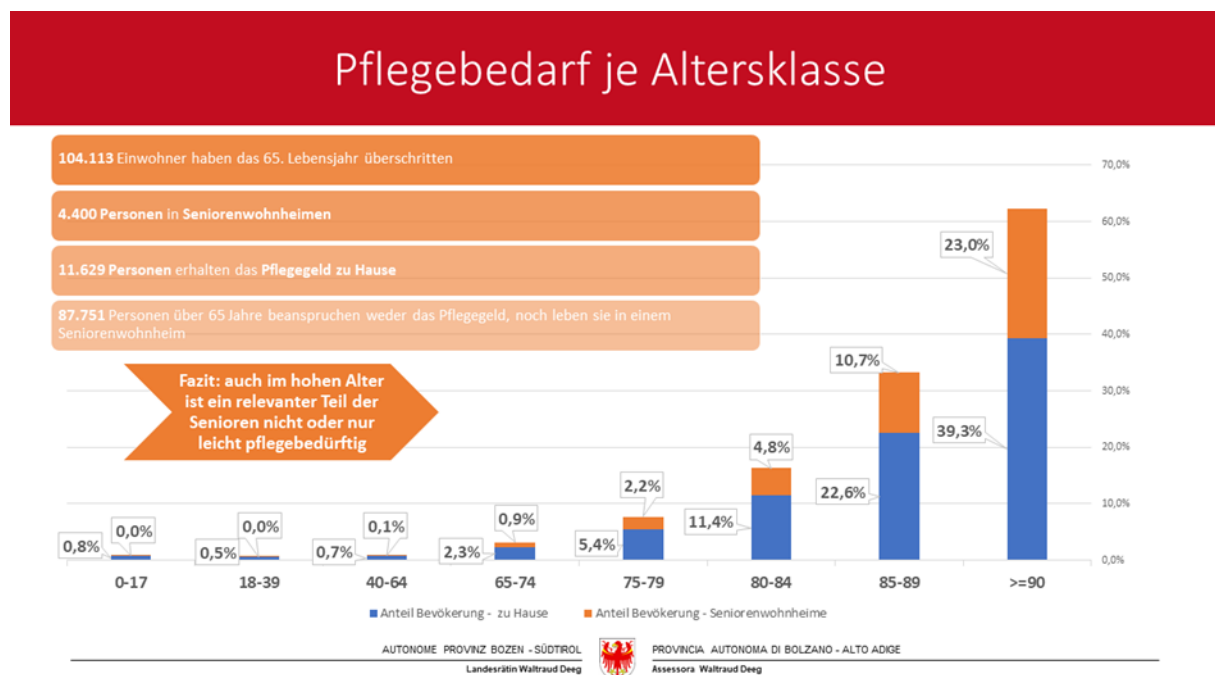


Abbildung 4-28: Pflegebedarf je Altersklasse⁶

Aus der Abbildung 4-28 lässt sich die zugrundeliegende Datentabelle ableiten, die die Grundlage für die weiteren Analysen bildet:

⁶ Deeg (2019)

Altersklasse	Personen in Seniorenwohnheimen	Personen, die das Pflegegeld zu Hause erhalten
0-17	1	762
18-39	16	717
40-64	209	1.301
65-74	423	1.138
75-79	516	1.248
80-84	758	1.787
85-89	1.109	2.340
>=90	1.366	2.336
	4.398	11.629

Tabelle 4-3: Pflegebedarf je Altersklasse⁷

Die angeführten 11.629 Personen, die das Pflegegeld erhalten und noch zuhause leben, zeigen die Situation im Monat Dezember 2018 auf. Für die erste Prognose wird angenommen, dass sich die Zahl der Pflegegeldempfänger*innen in den verschiedenen Monaten nicht signifikant unterscheidet und die Daten des Monats Dezember demnach als durchschnittliche Anzahl der Empfänger*innen pro Monat angenommen werden können.

⁷ Eigene Darstellung auf Basis von: Deeg (2019)

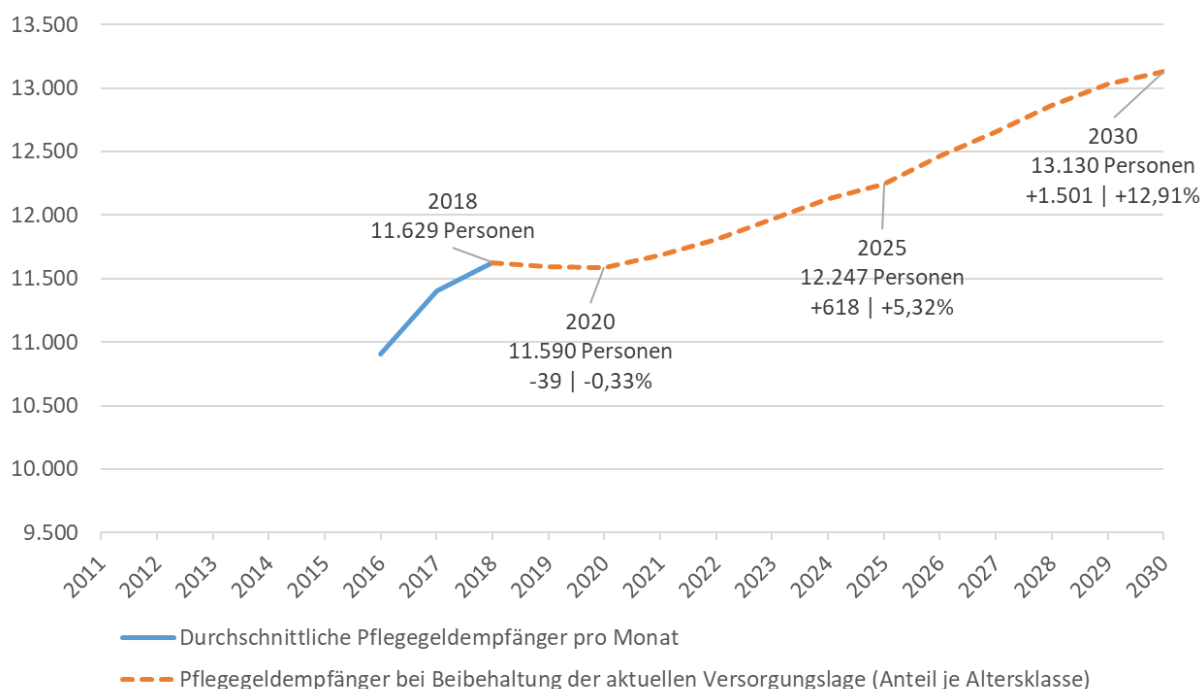


Abbildung 4-29: Prognose der durchschnittlichen Pflegegeldempfänger*innen pro Monat

Darüber hinaus lässt sich eine Hochrechnung anhand aller Personen, die im Jahr 2018 mindestens einmal Pflegegeld bezogen haben, erstellen. Dieser ganzjährige Ansatz ermöglicht es auch, die Summe des ausgeschütteten Pflegegeldes zu prognostizieren.

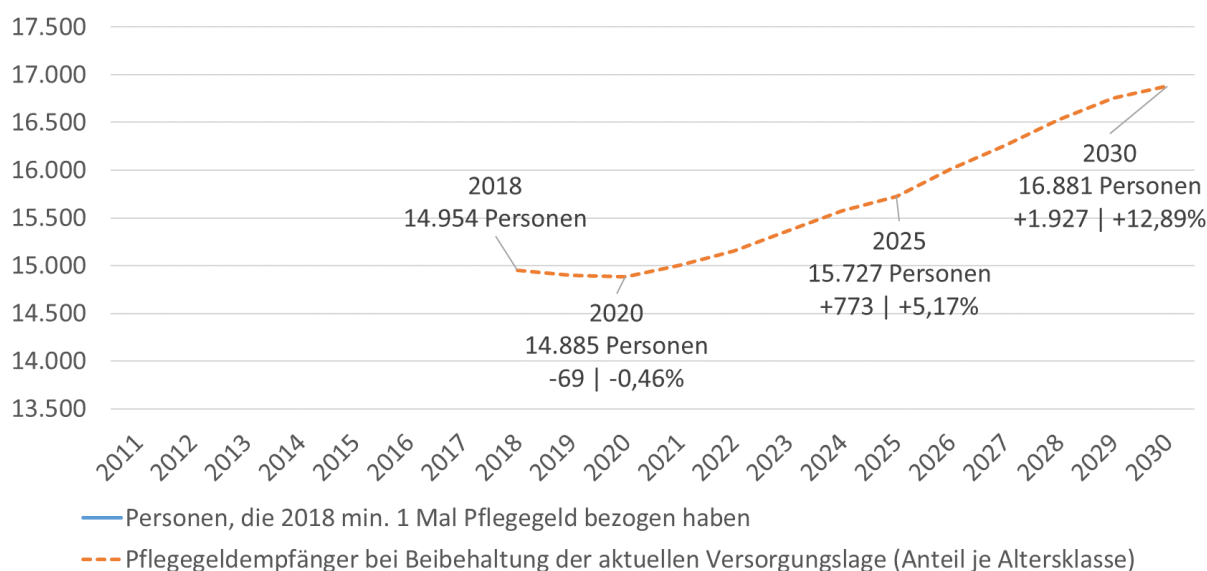


Abbildung 4-30: Prognose der Pflegegeldempfänger*innen des gesamten Jahres

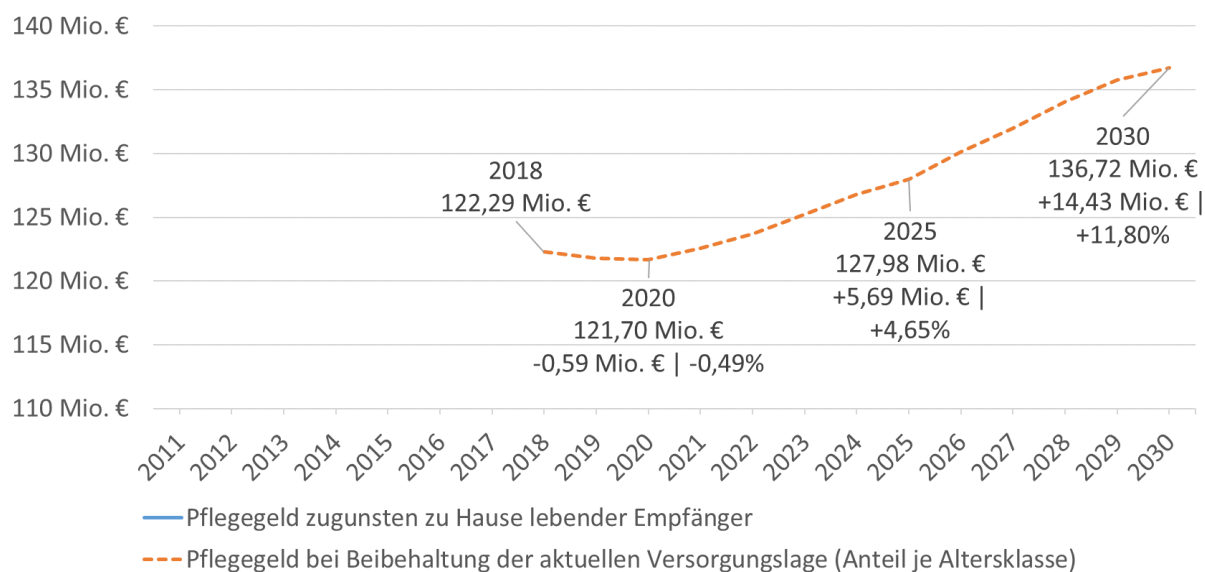
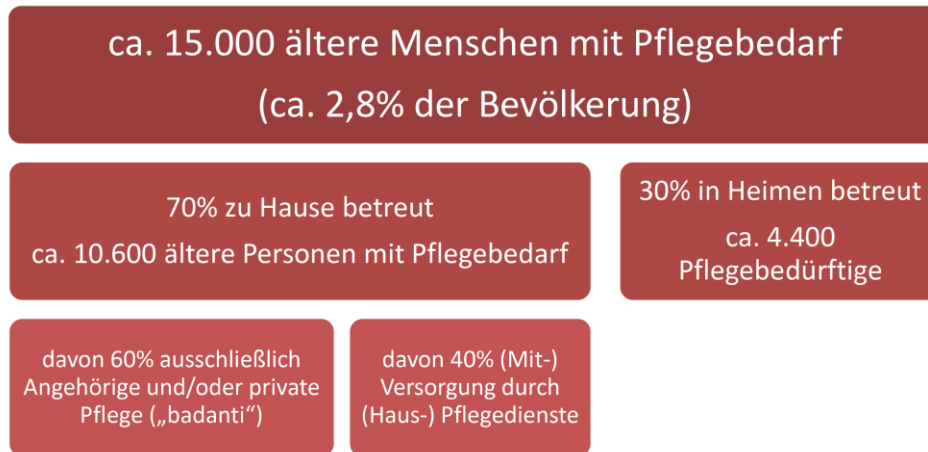


Abbildung 4-31: Prognose des Pflegegelds zugunsten zu Hause lebender Empfänger*innen

4.1.8 Betreuung von pflegebedürftigen Senioren

Im Zusammenhang mit dem Pflegebedarf je Altersklasse hat das Land Südtirol Schätzungen zur Betreuung von pflegebedürftigen Senioren veröffentlicht:

Betreuung von pflegebedürftigen Senioren



AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL
Landesrätin Waltraud Deeg

PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE
Assessora Waltraud Deeg

Abbildung 4-32: Betreuung von pflegebedürftigen Senioren (Jahr 2018)⁸

Es ist anzunehmen, dass die *ca. 10.600 älteren Personen mit Pflegebedarf*, die zu Hause betreut werden, sich wie folgt zusammensetzen:

- Zu Hause lebende Pflegegeldempfänger, die das 65. Lebensjahr überschritten haben
8.849 Personen (vgl. Tabelle 4-3: Pflegebedarf je Altersklasse)
- Zu Hause lebende Personen mit Pflegebedarf, die kein Pflegegeld beziehen
Differenz der ca. 10.600 älteren Personen mit Pflegebedarf und den 8.849 Pflegegeldempfänger*innen: 1.751 Personen

Entscheidend ist dabei das Verhältnis zwischen den Pflegegeldempfänger*innen und jenen älteren Personen, die zwar einen Pflegebedarf haben, aber kein Pflegegeld beziehen. Im Basisjahr 2018 liegt dieses Verhältnis bei ca. 20%, d.h. auf die Zahl der Pflegegeldempfänger*innen wird 20% aufgeschlagen, um die Gesamtzahl der älteren Personen mit Pflegebedarf, die zu Hause betreut werden, zu ermitteln.

⁸ Deeg (2019)

Die ca. 4.400 in Heimen betreuten Pflegebedürftigen entsprechen hingegen in etwa den Plätzen der Seniorenwohnheime (siehe Abschnitt 4.1.1).

Zieht man die wissenschaftlichen Prognosen der Pflegegeldempfänger sowie der Plätze der Seniorenwohnheime (bei Beibehaltung der aktuellen Versorgungslage von 8,0 Plätze / 100 Personen 75+) heran, so lässt sich für das Jahr 2030 folgender Betreuungsbedarf für pflegebedürftigen Senioren prognostizieren:

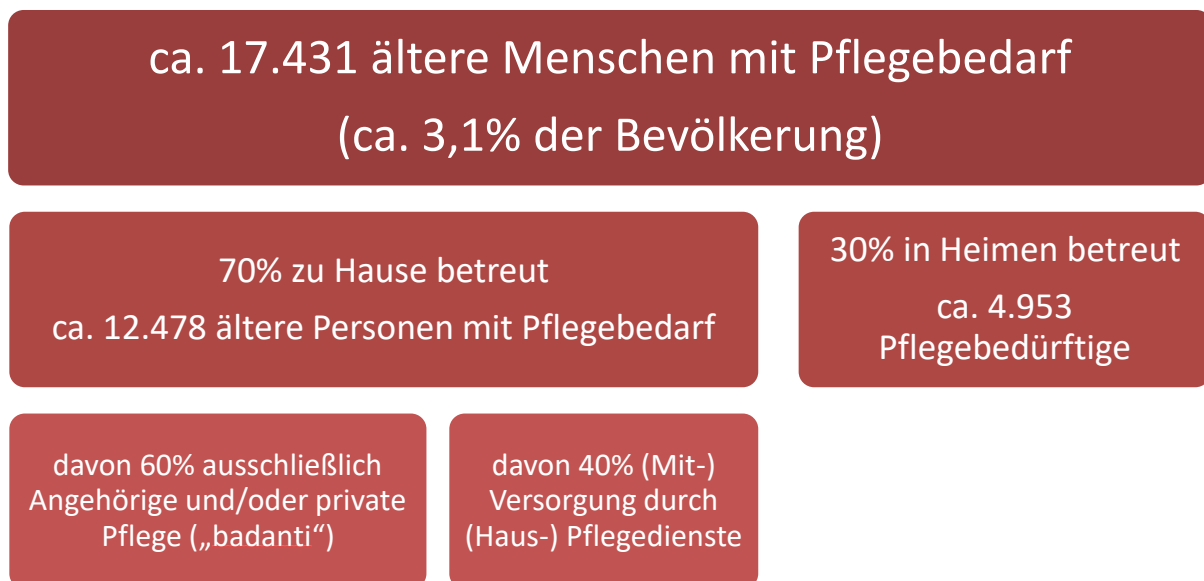


Abbildung 4-33: Prognose der Betreuung von pflegebedürftigen Senioren (Jahr 2030)

Hervorzuheben ist dabei nicht nur der zu erwartende absolute Anstieg von älteren Menschen mit Pflegebedarf, sondern vor allem auch die Relation zur Gesamtbevölkerung. Demnach werden im Jahr 2030 ca. 3,1% der Bevölkerung im Vergleich zu den 2,8% des Basisjahrs 2018 einen Pflegebedarf aufweisen. Dies ist eine direkte Folge des demografischen Wandels und der Alterung der Gesellschaft.

Aufgrund des demografischen Wandels und der Änderungen unserer Gesellschaft wie sinkende Haushaltsgrößen und steigende Frauenerwerbsquote ist zudem fraglich, ob auch in Zukunft 60% der zu Hause betreuten Personen ausschließlich Angehörige und/oder private Pflege („Badanti“) betreut werden können. Der Abschnitt 4.4.1.2 *Handlungsfeld informelle Pflege* vertieft diese Thematik.

4.2 Online-Umfrage

Um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen und das allgemeine Stimmungsbild als Diskussionsgrundlage der Workshops heranziehen zu können wurde den Stakeholdern ein Zugangslink zu einer Online-Umfrage zugesandt.

Beim Fragebogen des Bereichs Senioren und Pflege handelte es sich um einen gemeinsam von den Vertreter*innen der Wissenschaftlichen Begleitung (Institut für Public Management der Eurac Research) mit den Vertreter*innen der zuständigen Landesämter in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe des Projektes konzipierten Online-Erhebungsbogen mit insgesamt 16 Fragen, darunter auch 9 offene Fragen und vorab zugesandtem Zugangslink.

Die von Eurac Research im System Opinio realisierte Umfrage bestand konkret aus den Bereichen Angebotspalette und Dienste, Umfang der Angebotsformen und Finanzierung, System des Pflegegeldes, Pfl egetätigkeiten der Familien und privaten Haushaltshilfen („Badanti“) sowie Good Practice-Beispiele. Der Link für den Zugang wurde über die offizielle Email-Adresse der zuständigen Landesrätin an zahlreiche von Seiten der jeweiligen Landesämter und -abteilung ausgewählte Organisationen, Stakeholder und Personen im Feld übermittelt und angeregt, den Link an interessierte Personen weiterzuleiten.

Die Ergebnisse der Befragung (inkl. quantitativer Daten) wurden von der Eurac Research neben den wissenschaftlichen Prognosen als „Vorab-Umfrage“ in den jeweiligen Arbeitsgruppen (ca. eine Woche später bei insgesamt fünf AGs im Bereich Senioren und Pflege) zur Diskussion gestellt.

Insgesamt haben 60 Personen die Umfrage abgerufen, jedoch haben nur 38 Personen den Fragebogen auch (teilweise) ausgefüllt. Aus diesem Grund hat die Steuerungsgruppe im Anschluss an den Workshop entschieden, den Fragebogen erneut auszusenden. In diesem zweiten Durchgang haben 100 Personen die Umfrage abgerufen und 49 Personen (teilweise) ausgefüllt, sodass sie in der Auswertung berücksichtigt werden konnten. Für die folgende Auswertung wurden diese beiden Durchgänge zusammengefasst und gemeinsam bewertet. Die Teilnehmer*innen der Befragung machten von der Möglichkeit einer auch qualitativen Antwort umfassend Gebrauch. In der nachfolgenden Tabelle sind die insgesamt 224 Statements entsprechend den einzelnen Themenbereichen aufgeschlüsselt.

Bereich	Anzahl Statements
Angebotspalette und Dienste	48
Umfang der Angebotsformen und Finanzierung	40
System des Pflegegeldes	22
Pflegetätigkeiten der Familien und privaten Haushaltshilfen („Badanti“)	91
Good Practice-Beispiele	23

Tabelle 4-4: Übersicht über die Anzahl der Statements zu den Fragen mit offen gehaltener Antwortmöglichkeit im Fragebogen (nach Themenbereichen aggregiert)

Bei der Auswertung der offenen Fragen mussten einige wenige der Antworten (z.B. Platzhalter wie „X“ oder Zahlen) ausgeschieden werden, weil sie nicht eindeutig interpretierbar waren.

Die methodischen Anmerkungen zur qualitativen Auswertung werden am Beispiel des Bereiches „Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen“ im Abschnitt 8.2.1 erläutert.

Die Abfrage der Daten zur Person zeigen, dass sich hauptsächlich Mitarbeiter*innen sozialer Dienstleister an der Umfrage beteiligt haben. Auffallend ist der hohe Anteil an Führungskräften.



Abbildung 4-34: Welcher Organisation gehören Sie an?

Welche Funktion bekleiden Sie?

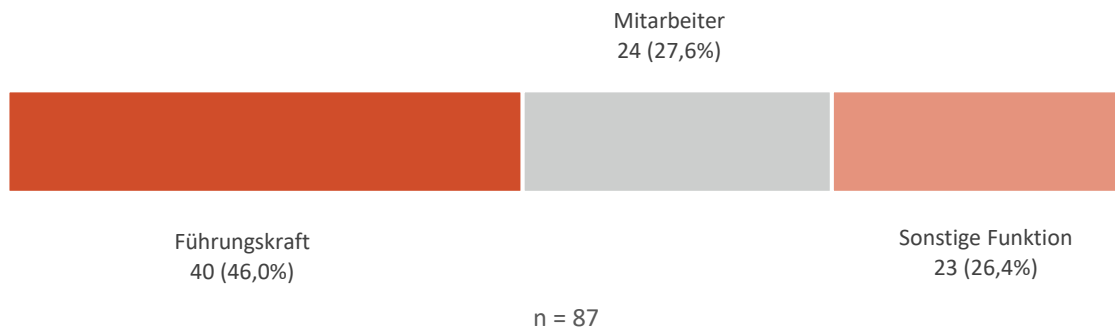


Abbildung 4-35: Welche Funktion bekleiden Sie?

Eine Mehrheit der Befragten hält eine **Anpassung der Angebotspalette** für notwendig:

Sind Ihrer Meinung nach Anpassungen an der Angebotspalette des Bereichs Pflege und Senioren nötig?

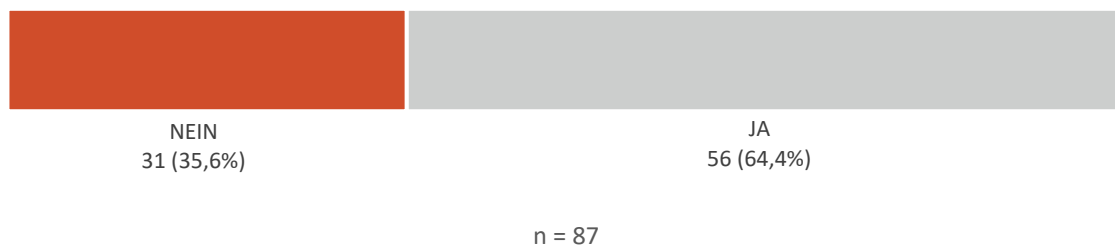


Abbildung 4-36: Sind Ihrer Meinung nach Anpassungen an der Angebotspalette des Bereichs Pflege und Senioren nötig?

Nach den **Ergänzungen** befragt, die sich die Praxisexpert*innen in Zukunft für Angebote und Dienste vorstellen, wurden die meisten Nennungen in den Bereichen Wohnen (17 Nennungen), ambulante Leistungen (14 Nennungen) und weitere lokal verfügbare Unterstützungs- und Freizeitangebote (10 Nennungen) gemacht. Zudem wurde betont, dass die Integration und Vernetzung von verschiedenen Angeboten und Diensten wichtig sei (z.B. „Hauspflege und Hauskrankenpflege von einem Träger organisiert“).

Einige Dienste wurden von den Teilnehmer*innen als nicht mehr zeitgemäß benannt (bei der Umfrage waren Mehrfachantworten möglich). Hier ist allerdings die vergleichsweise geringe

Zahl der Antworten zu beachten – die Mehrzahl der Teilnehmer*innen hat diese Frage nicht beantwortet, also keine Dienste als nicht mehr zeitgemäß eingestuft.

Welche der heutigen Dienste sind nicht mehr zeitgemäß?

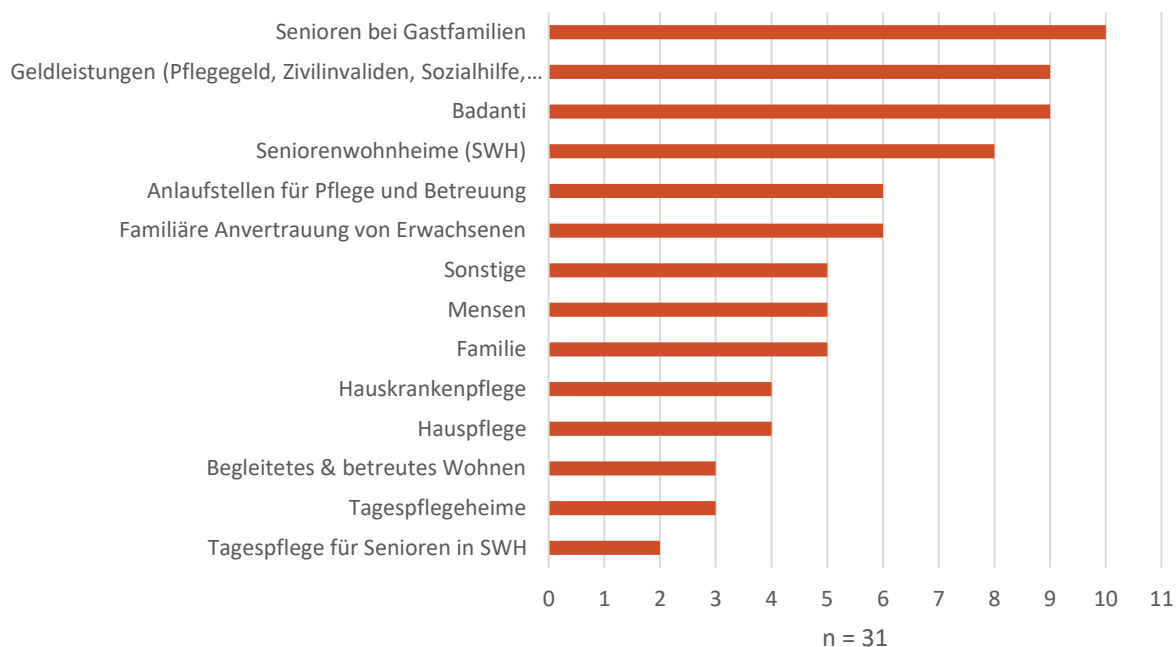


Abbildung 4-37: Welche der heutigen Dienste sind nicht mehr zeitgemäß?

Was den Umfang der Angebotsformen und Dienste anbelangt, so überwiegt in allen Bereichen der Wunsch, das Leistungsniveau zu halten oder auszubauen.

Umfang der Angebotsformen und Dienste

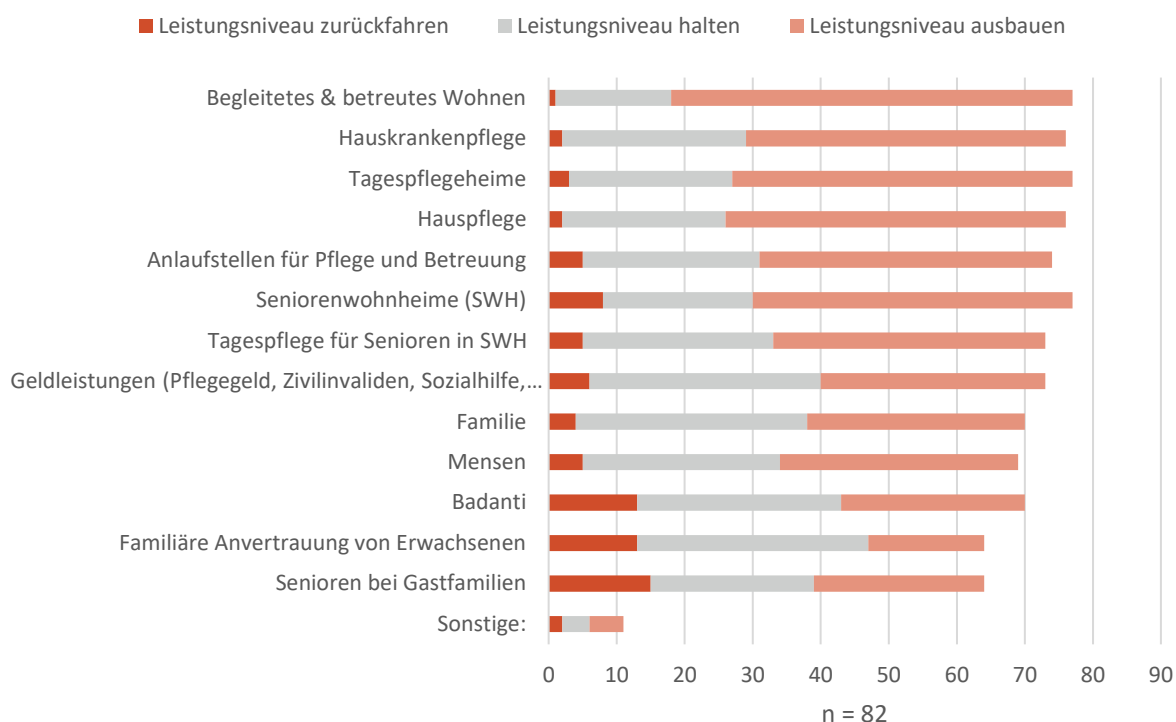


Abbildung 4-38: Umfang der Angebotsformen und Dienste

Als **Finanzierungsquelle des Ausbaus der Leistungen** wurden in erster Linie *zusätzliche öffentliche Mittel*, aber auch eine *Anpassung des Personalschlüssels*, genannt (Mehrfachantworten möglich).

Durch welche Maßnahmen soll ein Ausbau der Leistungen finanziert werden?

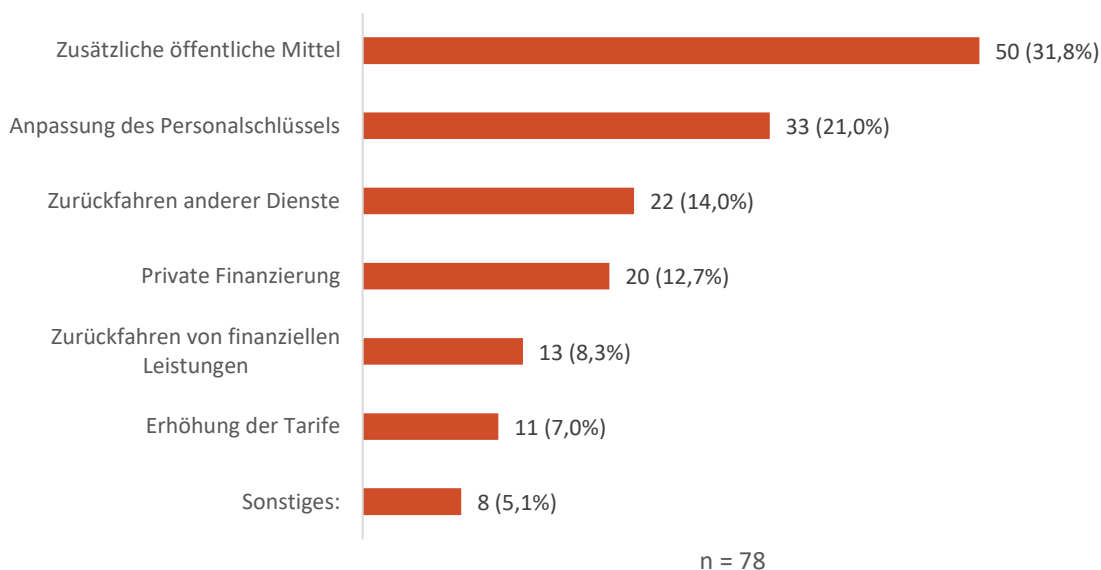


Abbildung 4-39: Durch welche Maßnahmen soll ein Ausbau der Leistungen finanziert werden?

Es gab nur einige (11) zusätzliche Einträge bei der Mehrfachauswahlfrage zur **Finanzierung eines Leistungsausbaus**, die sich aufteilen lassen in Vorschläge zu organisatorisch-strukturellen Maßnahmen, finanzielle Maßnahmen sowie weitere konkrete Einzelmaßnahmen (z.B. „ESF-Projekte“).

Die Frage nach **Anpassungen der Leistungen innerhalb der bestehenden Angebotsformen und Dienste** hält sich die Waage.

Sollten innerhalb der bestehenden Angebotsformen und Dienste bestimmte Leistungen/Leistungspakete angepasst werden?

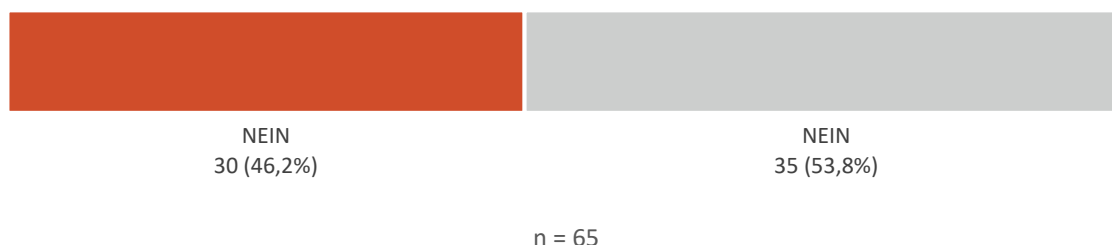


Abbildung 4-40: Sollten innerhalb der bestehenden Angebotsformen und Dienste bestimmte Leistungen/Leistungspakete angepasst werden?

Bei der Frage, **welche Anpassungen** bei bestehenden Diensten und Angeboten vorgenommen werden sollten, wurden die meisten Nennungen (12) zur Integration von verschiedenen Diensten gemacht sowie zu ambulanten Diensten (9 Nennungen, z.B. „7-Tage Woche in der Hauspflege“).

Die Mehrheit der Befragten sieht keine Notwendigkeit von Änderungen am heutigen **System des Pflegegelds**.

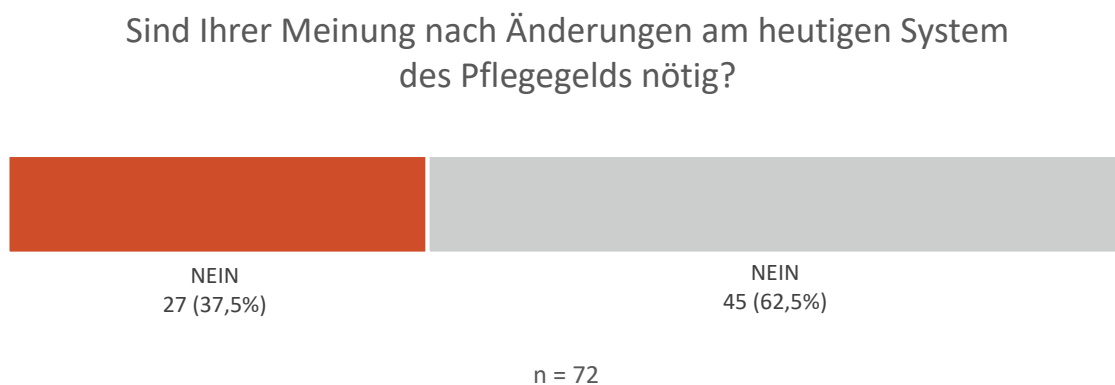


Abbildung 4-41: Sind Ihrer Meinung nach Änderungen am heutigen System des Pflegegelds nötig?

Allerdings befürwortet die Mehrheit der Teilnehmer*innen eine zumindest teilweise Ersetzung der Geldzahlungen durch Gutscheine sowie eine stärkere und kontinuierlichere Kontrolle des Einsatzes und Anspruchs auf Pflegegeld:

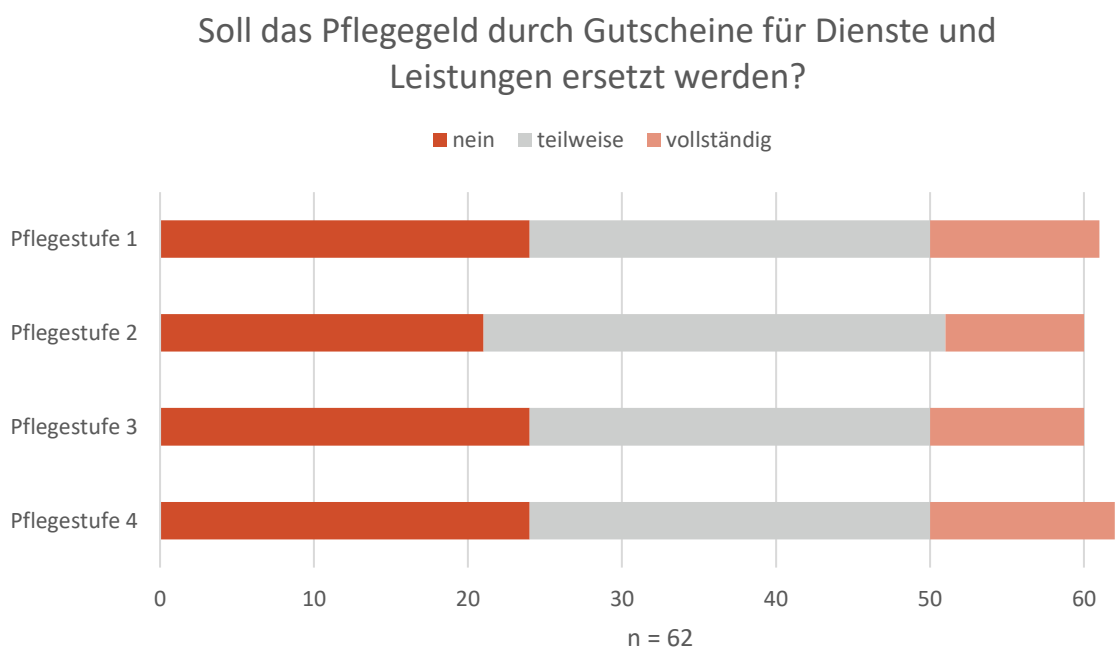


Abbildung 4-42: Soll das Pflegegeld durch Gutscheine für Dienste und Leistungen ersetzt werden?

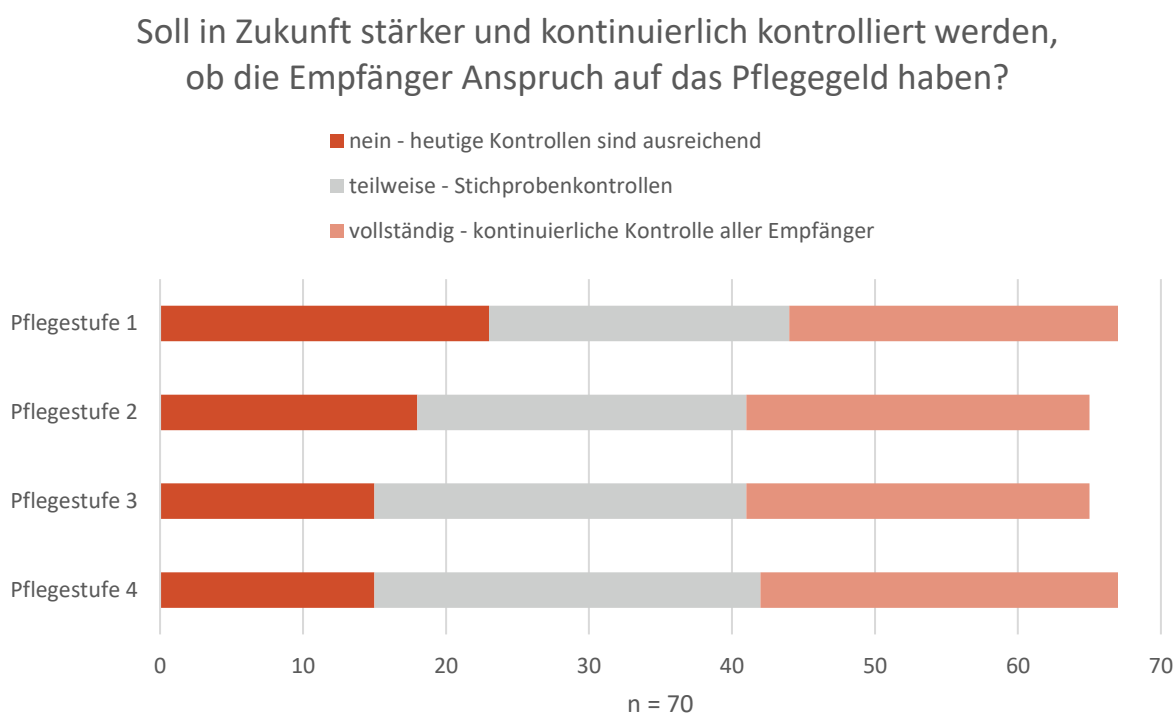


Abbildung 4-43: Soll in Zukunft stärker und kontinuierlich kontrolliert werden, ob die Empfänger*innen Anspruch auf das Pflegegeld haben?

Soll in Zukunft stärker und kontinuierlich kontrolliert werden, wofür das Pflegegeld ausgegeben wird?

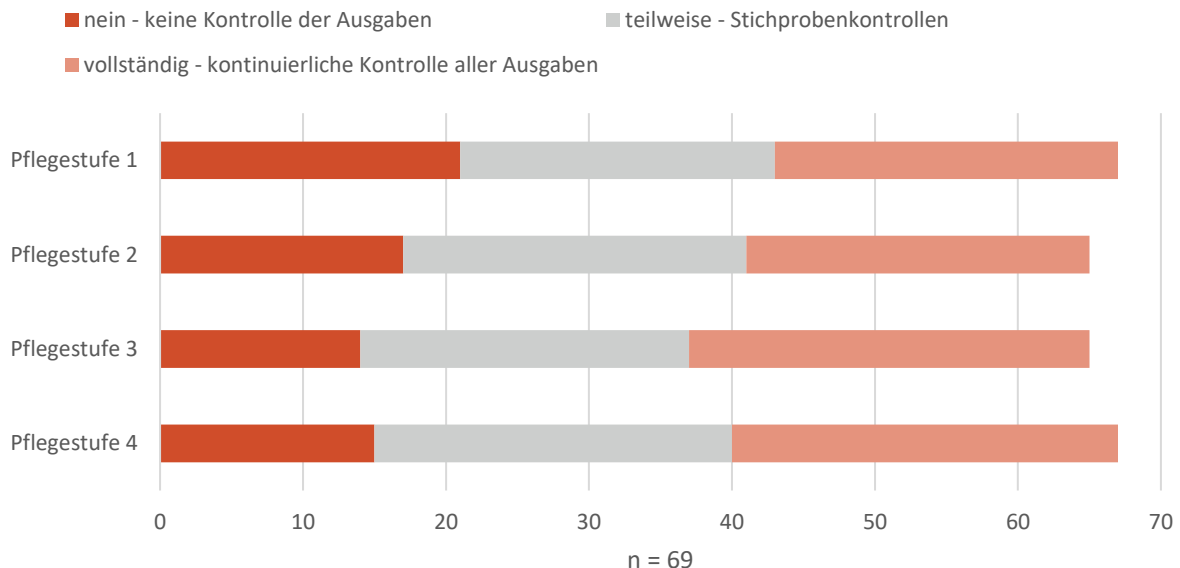


Abbildung 4-44: Soll in Zukunft stärker und kontinuierlich kontrolliert werden, wofür das Pflegegeld ausgegeben wird?

Zusätzlich zu den quantitativen Auswahlmöglichkeiten wurden beim Thema **Pflegegeld** vor allem Anmerkungen zu den Pflegestufen (7 Nennungen) gemacht: Es wurde z.B. eine Diskrepanz zwischen Pflegestufen und Pflegebedarf festgestellt, für eine höhere Anzahl von Stufen plädiert sowie eine genauere Erhebung und auch häufigere Neubewertung des Bedarfs befürwortet.

Abschließend hatten die Teilnehmer*innen die Möglichkeit, **Meinungen, Vorschläge und Rückmeldungen** in einer Reihe von offenen Fragen einzubringen:

Wie kann die Pflgetätigkeit der Familien und Angehörigen aufrechterhalten bzw. ausgebaut und gestärkt werden?

Auf diese Frage haben 50 Personen geantwortet. Die wichtigsten Maßnahmen, die genannt wurden, waren mehr ambulante und stationäre Angebote als Entlastung (20 Nennungen), Beratungs- und Begleitungsangebote (um zum Beispiel Überlastung und psychischen Problemen vorzubeugen, 15 Nennungen) sowie finanzielle Unterstützung, beispielsweise in Form von Sozialversicherungs- und Rentenbeiträgen für privat Pflegende (14 Nennungen).

Haben Sie konkrete Ideen oder Ansätze für den Bereich der privaten Haushaltshilfen / „Badanti“?

Auf die Frage, welche Veränderungen bezüglich (ausländischer) **Hauspflegekräfte** eventuell nötig sind, kristallisierte sich in den Antworten heraus, dass vor allem deren verstärkte Aus- und Weiterbildung als wichtig erachtet wurde, beispielsweise Pflege- oder Sprachkurse (19 Nennungen). Eine Vielzahl an Befragten war außerdem der Meinung, dass eine zentrale und koordinierte Erfassung und Vermittlung der Pflegekräfte wichtig sei (15 Nennungen) – damit würden auch gleichzeitig deren Kontrolle erhöht sowie ihre Arbeitsbedingungen verbessert werden (ebenfalls Punkte, die von den Befragten als Ansatzpunkte betont wurden). Insgesamt haben auf diese Frage 41 Personen geantwortet.

Gibt es Good Practice-Modelle oder andere innovative Lösungen, die Ihrer Meinung nach Potential für Südtirol haben?

Die Abschlussfrage zu **Good Practices**, die auch für Südtirol Potential haben könnten, ergab eine kleine Sammlung an Ideen für die Bereiche Wohnen sowie Pflege und Unterstützung, die konkretesten waren die folgenden:

- „Projekt **Sonnenstrahl** Vinschgau“ (186678), Interregprojekt Italien – Schweiz zu niederschwelliger Assistenz und Unterstützung im ländlichen Raum
- „Forum Prävention“ (189039)
- „spezielle **Zentren für Alzheimer-Patienten** wie ein kleines Dorf (wie in Holland), in dem die Person ein fast normales Leben führen kann“ (200303)
- „in Deutschland gibt es interessante **Wohnkonzepte** für Senioren“ (186704)
- „**Mehrgenerationenhaus** der Stiftung St. Elisabeth in Liebenau“ (200374)
- „**Rete Anziani, Servizio di Pronto Emergenza Anziani** (ESF-Projekt, das von 2000 bis 2015 vom ASSB verwaltet und dann eingestellt wurde“ (201254)
- „ESF-Projekt **Seniornet** ... ebenfalls vom ASSB eingestellt“ (201254)
- „**Seniorengenossenschaften** in der Schweiz und in Deutschland“ (200506)
- „soziale **Wohnungs- und Quartiersgenossenschaften** in Deutschland“ (200506)
- „In Deutschland und Österreich gibt es ein **Onlineportal** für alle Fragen, die die Pflege betreffen“ (201367)

4.3 Ergebnisse der Workshops

Die Workshops mit Expert*innen aus der Praxis des jeweiligen Bereichs bilden einen zentralen Bestandteil des Forschungsprojekts. Ziel dieser Expertengespräche ist es, in Form von Fokusgruppen längere und vertiefende Fachdiskussionen zu führen, um die Wünsche und Notwendigkeiten für die Ausrichtung des zukünftigen Landessozialplans aus der Praxis zu erheben.

Die Workshops der einzelnen Bereiche setzen sich dabei aus einem allgemeinen Teil mit Impulsreferaten und einen in mehrere Arbeitsgruppen gegliederten Diskussionsteil zusammen. Im Rahmen der Impulsreferate präsentiert das bzw. die zuständigen Fachämter der Provinz den Ist-Stand und Eurac Research die wissenschaftlichen Prognosen (siehe Kapitel 4.1) sowie Ergebnisse der Vorab-Umfrage (siehe Kapitel 4.2). Diese Informationen dienen als Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppen. Eurac Research übernimmt die Moderation und Dokumentation des gesamten Workshops und der einzelnen Arbeitsgruppen. In den Arbeitsgruppen werden themenspezifische Fragestellungen, die von dem bzw. den Fachämtern in Zusammenarbeit mit Eurac Research ausgearbeitet wurden, behandelt. Im Bereich „Senioren und Pflege“ wurden folgende Themen behandelt:

- **Arbeitsgruppe 1: Wie soll in Zukunft der Mix aus Diensten und Geldleistungen gestaltet werden?**

Wie soll in Zukunft das Zusammenspiel von Transferleistungen und Diensten gestaltet werden? Welche Leistungen/Dienste müssen verstärkt angeboten werden, welche sind weniger notwendig, welche könnten anders gestaltet werden, welche könnten neu eingeführt werden?

- **Arbeitsgruppe 2: Wie kann eine nachhaltige Finanzierung der Dienste und Leistungen gewährleistet werden?**

Welche Maßnahmen und Änderungen sind notwendig und sinnvoll, um die Finanzierung der Pflege im Alter nachhaltig abzusichern?

- **Arbeitsgruppe 3: Wie kann die Pflege in der Familie zukünftig noch besser unterstützt werden?**

Die Familie bildet heute eine wesentliche Säule der Pflege und Betreuung. Welche Maßnahmen/Unterstützungen sind vor dem Hintergrund des demografischen und gesellschaftlichen Wandels notwendig, um diese Tätigkeit weiterhin zu ermöglichen? Welche Alternativen gibt es zur Pflege in der Familie?

- **Arbeitsgruppe 4: Wie kann eine hochwertige Pflege und Betreuung durch professionelles Personal und privat beschäftigte Personen sichergestellt werden?**

Wie können zukünftig die notwendigen Personalressourcen gewährleistet werden? Welches Zusammenspiel kann es zwischen professionellem Personal und den anderen Akteuren der Pflege geben? Wie kann eine angemessene Pflege in den verschiedenen Settings sichergestellt werden?

- **Arbeitsgruppe 5: Wie kann selbstbestimmtes Wohnen im Alter sichergestellt werden?**

Welche Unterstützung und Betreuung braucht es, um Menschen das selbstständige Leben zu Hause oder in anderen Wohnformen möglichst lange zu ermöglichen?

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden in der Folge in Form von Ergebnisprotokollen präsentiert.

4.3.1 Arbeitsgruppe 1: Wie soll in Zukunft der Mix aus Diensten und Geldleistungen gestaltet werden?

Die Arbeitsgruppe 1 befasst sich mit folgenden zwei Hauptfragen:

- 1) Wie soll in Zukunft das Zusammenspiel von Transferleistungen und Diensten gestaltet werden?
- 2) Welche Leistungen/Dienste müssen verstärkt angeboten werden, welche sind weniger notwendig, welche könnten anders gestaltet werden, welche könnten neu eingeführt werden?

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Vor- und Nachteile von Sach- und Dienstleistungen oder Transferzahlungen

Sach- und Dienstleistungen

Vorteile	Nachteile
• Hohe Professionalität (übersichtlich und organisiert, gute Steuerung) • Flächendeckender Dienst (Angebote auch in der Peripherie) • Leistbar für die Nutzer*innen (Tarifsystem) • Garantierte Qualität • Aufdeckung der Schwarzarbeit	• Knappe / begrenzte Kapazitäten • Mangelnde Vernetzung (insb. zwischen Sozialbereich und der Sanität) • Personalmangel (Mangel an qualifiziertem Personal insb. im öffentlichen Bereich) • Geringe Flexibilität • Kosten für die Organisation der Dienste • Bürokratie • Begrenztes / eingeschränktes Angebot • Bevormundung der Bürger*innen • Zeitmangel

Transferzahlungen

Vorteile	Nachteile
• Freiheit und mehr Flexibilität für die Betroffenen (individuelle Leistungen, Betroffene können Dienste selbst wählen) • Selbstbestimmte Lebensführung • Weniger Bürokratie • Kostengünstiger (für die öffentliche Hand) • Neue Angebote und Berufsbilder • Stärken das Familienbudget	• Personalmangel (Mangel an qualifiziertem Personal am Markt) • Mangelnde Kontrolle der Pflege • Risiko der Schwarzarbeit • Mangelnde / nicht garantierte Verfügbarkeit • Höhere Belastung der (pflegenden) Angehörigen

Tabelle 4-5: Arbeitsgruppe 1 - Vor- und Nachteile von Sach- und Dienstleistungen oder Transferzahlungen

Leistungsmix

Als nächstes wurden den Expert*innen folgende Fragen gestellt und die Nennungen mithilfe der jeweiligen Symbole gesammelt:

- Welche Leistungen/Dienste sollen (unverändert) weiterhin angeboten werden? **+**
- Oder in einer anderen Form angeboten werden? **~**
- Welche könnten gestrichen werden? **-**
- Welche fehlen?

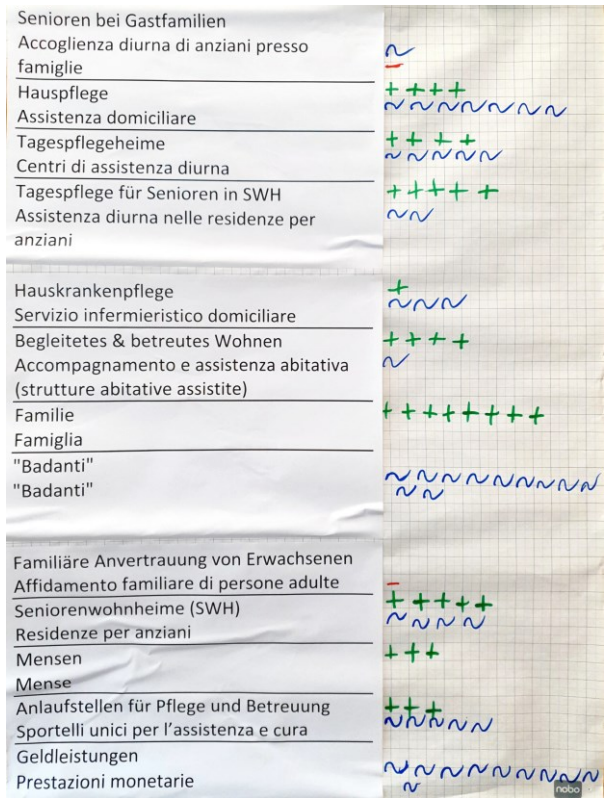
Bestehende Dienste und Leistungen	Fehlende Dienste und Leistungen
	• Differenziertes Angebot im Bereich der Tagespflegeheime ○ für Menschen mit Demenz ○ für psychisch Kranke • Tagesbetreuung zu Hause • Private Zusatzgeldleistungen • Einfache Haushilfeleistungen • Einkommensabhängige Transferzahlungen / Pflegegeld • Besondere Betreuungsformen in SWH, insb. im Bereich Kurzzeitpflege • Einheitliche Bezugsperson im Sozialen für Betroffene (Case Management) • Schaffung einer „sozialen Patientenkarte“ mit zentralen Meldedaten der Betroffenen • Nutzung der Pflegegelds zur Information und Aufklärung der Betroffenen • Akkreditierung der „Badanti“ • Stärkung des Ehrenamts und Vorgabe einer Struktur • Beseitigung territorialer Unterschiede

Tabelle 4-6: Arbeitsgruppe 1 - Bestehende und fehlende Dienste und Leistungen

Insbesondere im Bereich der „*Badanti*“ sowie der *Geldleistungen* sehen die Expert*innen großes Potential, aber auch Handlungsbedarf für die Zukunft:

- Für die „*Badanti*“ sind Möglichkeiten der Ausbildung und Professionalisierung zu schaffen. Auch eine Akkreditierung könnte angedacht werden, um Qualitätsstandards garantieren zu können.
- Bei den *Geldleistungen* wurden insbesondere vermehrte Kontrollen angeregt. Eine Möglichkeit könnte auch der verstärkte Einsatz von Dienstgutscheinen sein. Breiten Konsens fand auch der Vorschlag, Geldleistungen an das Einkommen (und Vermögen) der Betroffenen zu koppeln.

Öffentliche und private Leistungen

Im nächsten Themenblock wurden folgende Fragen diskutiert:

- **Wer soll in Zukunft die Leistung erbringen?**
- **Rein öffentliche oder private Anbieter? Oder ein Mix?**
- **In welchen Bereichen / für welche Dienste und Leistungen sollte der private Markt vermehrt geöffnet und genutzt werden (○), welche sind der öffentlichen Hand vorzubehalten (□)?**

Dienste und Leistungen	Diskussion
	• Zentral ist die Zusammenarbeit zwischen den Diensten – sowohl öffentlich als privat. Die öV muss die Steuerung und Koordinierung übernehmen • Private Einrichtungen bieten mehr Flexibilität • Privatrechtliche Träger sind öffentlich bezuschusst. Sie haben Vorteile bei Personalaufnahme und Einkäufen – was aber auch zu einer nicht gerechtfertigten Konkurrenz mit den öffentlichen Einrichtungen führen kann • Eine ausgewogene Verteilung der Dienste auf dem Territorium muss sichergestellt werden • Private Träger sollen öffentliche Dienste ergänzen • Dabei sind die Akkreditierung und Kontrolle entscheidend: die Steuerung muss durch die öffentliche Hand erfolgen, mit Fokus auf die Qualität der Dienste und Leistungen

Tabelle 4-7: Arbeitsgruppe 1 - Öffentliche und private Dienste und Leistungen

Die Fachexpert*innen sehen Möglichkeiten für eine stärkere private Leistungserbringung insb. im Bereich des *begleiteten und betreuten Wohnens*, der *Tagespflegeheime*, der *familiären Anvertrauung von Erwachsenen* sowie der *Mensen*. Jedenfalls öffentlich geführt werden – und zukünftig eine zentrale Rolle in der Koordinierung und Kontrolle der Sozialdienste einnehmen – sollen die *Anlaufstellen für Pflege und Betreuung*.

Transferleistungen, Pflegegeld und Kontrolle

Im Zentrum der Diskussion steht das Pflegegeld und die Frage, ob zukünftig eine stärkere Kontrolle notwendig ist und wie eine solche ausgestaltet sein könnte, insb. in Form einer Ausgabenkontrolle oder Leistungskontrolle.

- Momentan findet eine vereinfachte lückenhafte Leistungskontrolle statt, die alle 3 Jahre mit Vorankündigung durchgeführt wird und eine Momentaufnahme zeigt.
- Bei ca. 15.000 Empfänger*innen des Pflegegelds ist die Bürokratie und der Kontrollaufwand sehr groß.
- Es sollen vermehrt Gutscheine anstelle von Geldmitteln ausgegeben werden, die auch bei akkreditierten Unternehmen eingelöst werden können.
- Auch öffentliche Dienste sollten kontrolliert werden, z.B. durch Beschwerdesysteme.

Abschließende Wortmeldungen:

- Das Bedarfs- und Angebotsspektrum muss aufeinander abgestimmt werden.
- Es braucht ein Case Management im Sozialbereich: eine Ansprechperson (Case Manager), der die Betroffenen langfristig begleitet und unterstützt.
- Es muss ein Weg gefunden werden, um das Pflegegeld zu steuern und es gerecht einzusetzen.
- Qualitätskontrolle muss zukünftig verstärkt erfolgen – z.B. über Akkreditierung.
- Heute hat die Pflege in der Gesellschaft einen niederen Stellenwert – hoffentlich führt der demografische Wandel auch zu einem Umdenken, denn die Pflege wird zur Herausforderung der Zukunft.

4.3.2 Arbeitsgruppe 2: Wie kann eine nachhaltige Finanzierung der Dienste und Leistungen gewährleistet werden?

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Ist das heutige Finanzierungsmodell mit großem Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand zukunftsfähig?

Sechs von neun Teilnehmer*innen sind der Meinung, dass das **heutige Finanzierungsmodell zukunftsfähig** ist:

- Es ist dann zukunftsfähig, wenn die Politik **Leistungsstandards** (im Sinne von **Minimumstandards**) definiert, mit denen die Bevölkerung rechnen kann. Vielfach besteht der Eindruck, dass heute zu viel finanziert wird.
- Es ist dann zukunftsfähig, wenn **Anreize** gesetzt werden, damit die Personen möglichst lange **selbständig** bleiben („Hilfe zur Selbsthilfe“).

- Es ist mittelfristig zukunftsfähig, da sich die Pflegebedürftigkeit erst später einstellt, wodurch die Dynamik der demographischen Entwicklung abgeschwächt wird. In Zukunft müssen die Bürger*innen auch **stärker selbst vorsorgen und einen Beitrag leisten**.
- Es ist dann zukunftsfähig, wenn die Pflegesicherung in eine **Pflegeversicherung** umgewandelt wird. Bürger*innen sollen stärker beteiligt werden und mehr Wahlmöglichkeiten haben.
- Um es aufrecht zu erhalten ist **Kostentransparenz und Kostenwahrheit** notwendig. Darüber hinaus muss die Politik die **Leistungsstandards** definieren. Weiters ist eine **Gleichbehandlung öffentlicher und privater (nicht gewinnorientierter) Träger** erforderlich.

Drei von neun Teilnehmer*innen sind der Meinung, dass das **heutige Finanzierungsmodell nicht zukunftsfähig** ist:

- Es kann nicht weitergeführt werden, da die **Leistungen nicht ausgewogen** sind. Die Finanzierung hängt davon ab, welche **Standards** definiert werden. Familien (pflegende Angehörige) leisten heute schon sehr viel. Durch das bestehende Finanzierungsmodell wird das **Anspruchsdenken** der Bevölkerung gefördert. Dies führt zu einer Systemüberforderung. Darüber hinaus gibt es **zu wenige Anreize** für die Übernahme von mehr Eigenverantwortung.
- Es kann nicht aufrechterhalten werden und die **Leistungen** müssen **überdacht** werden.
- Eine Familie muss heute nicht vorsorgen, um einen zukünftigen Pflegebedarf im Alter zu decken. Alle müssten **verpflichtet** werden, **Geld anzusparen und stärker vorzusorgen**.
- Im heutigen System steht der Versorgungsgedanke und nicht der **Vorsorgegedanke** im Vordergrund. Es gibt **wenige Anreize** im Alter selbständig zu bleiben. Heute gilt das Prinzip: „Je weniger man auf sich schaut, desto mehr Geld bekommt man!“. Dieses Prinzip muss umgekehrt werden.
- Vor der Einführung der Pflegesicherung (Pflegefonds) haben die Menschen vorgesorgt (Rücklagen gebildet). Nach der Einführung wurden diese Reserven wieder abgebaut.

Ist eine stärkere private Beteiligung an den Kosten denkbar (notwendig)?

Eine **stärkere private Beteiligung an den Kosten** wird als **notwendig** erachtet, daher:

- Stärkung des Vorsorgegedankens
- Anpassung der Tarife

Wie könnte eine stärkere private Beteiligung an der Finanzierung ausgestaltet werden?

Sind die bisher einkommens- oder vermögensabhängigen Tarife und Beteiligungen an der Finanzierung längerfristig haltbar?

Einkommens- bzw. vermögensabhängige Gestaltung der Tarife ist **notwendig** und als eine Säule der Finanzierung des Sozialsystems **auch längerfristig haltbar**.

- Notwendigkeit von Tarifen, da Italien ein Steuersystem hat, das die Steuerhinterziehung fördert. Personen deklarieren kein Einkommen, nehmen aber öffentliche Leistungen in Anspruch. **Steuersystem und Steuerhinterziehung** stellen ein **Problem** für Tarife dar.
- Für die Ermittlung des Einkommens und des Vermögens gibt es **unterschiedliche Verfahren / Methoden** (Modell 730, ISEE, EEVE).
- Mehr **Verwaltungsvereinfachung**.

Ist ein ausgeglichenes nachvollziehbares Tarifsystem bereits gegeben?

Das Tarifsystem ist **nachvollziehbar, aber nicht ausgeglichen**. Empfehlung für den Sozialplan: **Überprüfung und Anpassung der Tarife**.

- Tarife stellen jenen Geldbetrag dar, den Private für die Inanspruchnahme einer Sozialleistung **zu entrichten haben**.
- Vielfach kennen die Bürger*innen die Vollkosten der Sozialleistungen nicht und häufig ist auch der **Kostendeckungsgrad der Tarife nicht bekannt**. Manche Tarife sind kostendeckend und manche nicht.
- Im Gegensatz zur Sanität gibt es im Sozialwesen Tarife. Dieser Umstand ist für die Bürger*innen nicht ganz begreiflich.

Braucht es ein besser ausgewogenes Tarifsystem zwischen privat, ambulant, teilstationär oder stationär?

Eindeutig „Ja“

Soll mehr differenziert werden zwischen Tarifen/Einrichtungen?

Mehr Differenzierung und folgende Punkte bei der Tarifgestaltung berücksichtigen:

- Der Tarif sollte **nur die Standardleistung** umfassen und nicht Zusatzleistungen. Die Politik hat die **Standardleistungen zu definieren!**
- Wie **hoch** sind die **Kosten** der Leistungserbringung? Voraussetzung dafür ist **Kostenwahrheit und Kostentransparenz!**

Ist in Zukunft eine einkommensabhängige Staffelung des Pflegegelds denkbar?

Es **überwiegen die negativen Effekte** einer einkommens- bzw. vermögensabhängigen Staffelung des Pflegegeldes.

- Besonders der **bürokratische Aufwand**, der damit einhergeht. Sie ist zwar „sozial gerechter“, aber vom Verwaltungsaufwand (EVEE müsste modifiziert und mehr Kontrollen durchgeführt werden) unverhältnismäßig.
- Die Einkommens- bzw. Vermögenssituation kann „**verschleiert**“ werden. Dadurch entstehen **Ungleichbehandlungen**.
- Das **Pflegegeld reicht nur zum Teil**, um den Pflegebedarf von Personen zu finanzieren.
- Evtl. eine stärkere – ausgabenneutrale – **Differenzierung der Pflegestufen** (z.B. von 4 auf 6). Dadurch könnte das Pflegegeld individueller an den Pflegebedarf angepasst werden.
- Welche Sozial- bzw. Pflegeleistungen können mit dem Pflegegeld eingekauft werden?
- Für die **Finanzierung der Seniorenheime** macht es keinen Unterschied, in welcher Pflegestufe sich die Heimbewohner*innen befinden. Alle Senioren haben die gleiche Chance auf einen Heimplatz (unabhängig von der Pflegestufe).
- Die **Tarife für die Seniorenheime sind günstiger** als die Tarife für das begleitete und betreute Wohnen. Dadurch ist die Unterbringung in einem Seniorenheim attraktiver.

Ist in Zukunft ein Zusatzpflegefonds in Analogie zum Pensplan denkbar/notwendig?

Eine **Beantwortung der Frage ist erst dann möglich**, wenn ein **konkreter Vorschlag** über die inhaltliche Ausgestaltung des Zusatzpflegefonds vorliegt.

- Positiv: dass Privatpersonen Geld zweckgebunden und möglicherweise steuerbegünstigt ansparen können, das im Bedarfsfall zur Verfügung steht und für die Finanzierung von Pflegeleistungen zu verwenden ist. Auf diese Weise könnte die „**Eigenverantwortung**“ **gestärkt** werden.
- Kritisch: dass mit dem Zusatzpflegefonds das Finanzierungssystem **noch unübersichtlicher** wird. Einerseits der steuerfinanzierte Pflegefonds (Pflegesicherung) und andererseits der beitragsfinanzierte Zusatzpflegefonds (Pflegeversicherung) -> Gefahr, dass die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an das Sozialwesen noch weiter steigen.
- Gegenwärtig ist noch unklar, ob der beitragsfinanzierte Zusatzpflegefonds als **Ergänzung oder anstelle des steuerfinanzierten Pflegefonds** errichtet wird. Löst der Pflegezusatzfonds den Pflegefonds langfristig ab?
- Privatpersonen **bezahlen doppelt** (einerseits Einkommens- bzw. Lohnsteuer und andererseits der Beitrag zum Zusatzpflegefonds).

Soll in der Finanzierung weiterhin zwischen privaten gemeinnützigen und gewinnorientierten Unternehmen unterschieden werden?

Auch in der Zukunft **muss klar** zwischen privaten gemeinnützigen und gewinnorientierten Unternehmen **unterschieden** werden, d.h. dass gewinnorientierte Unternehmen im Sozialbereich vom Land keine Beiträge bekommen (werden).

- In Südtirol sind bis heute (offiziell) **keine gewinnorientierten Seniorenheime zugelassen**.
- **Gewinnorientierte** Unternehmen erhalten im Sozialbereich **keine Finanzierung bzw. keine Beiträge**.
- **Gewinnorientierte** Unternehmen im Sozialbereich sind **nicht erwünscht** (schlechte Erfahrungen im Bereich Nahverkehr) und die Steuerung sollte bei der öffentlichen Verwaltung bleiben.
- Die Einbeziehung von **gewinnorientierten** Unternehmen in die Bereitstellung von Sozialleistungen würde evtl. **EU-weite Ausschreibungen** erforderlich machen -> Gefahr, dass italienische Unternehmen den Zuschlag bekommen. Dies gilt es zu vermeiden.
- Die Finanzierung von **privaten gemeinnützigen** Unternehmen erfolgt **weiterhin über Beiträge**.

Soll es in Zukunft eine Verschiebung von Investitionsbeiträgen der öffentlichen Hand hin zu Beiträgen für laufende Ausgaben geben, womit die Einrichtung die Investitionen dann selbst decken muss?

Die **Trennung** in Investitionsbeiträge und Beiträge für die laufenden Ausgaben soll **beibehalten** werden. Denkbar ist die **Verschiebung der Ausgaben für kleinere Investitionen in die laufenden Ausgaben**.

4.3.3 Arbeitsgruppe 3: Wie kann die Pflege in der Familie zukünftig noch besser unterstützt werden?

Auch in Zukunft soll die Familie eine zentrale Säule des Pflegesystems in Südtirol sein. Sind Sie einverstanden? Ist das realistisch?

- Die Familie sollte weiterhin eine zentrale Säule des Pflegesystems sein, aber ohne externe Hilfe ist dies nicht möglich.
- Aus verschiedenen Gründen ist dies nicht realistisch (die durchschnittliche Lebenserwartung steigt; Aufkommen von komplexeren Krankheitsbildern, welche eine professionelle und interdisziplinäre Betreuung erfordern; berufstätige Frauen, mit Kindern...).

- Die **Familie** kann nicht nur **als Pflegeressource** genutzt, sondern muss unterstützt werden. Manchmal geht es der Familie (caregiver) schlechter als dem*der Patient*in.
- Das **Konzept Familie** muss **neu überdacht** werden: nur Verwandtschaftsbeziehungen? Oder eher nachbarschaftliche Beziehungen, soziale Gemeinschaft? Es besteht Bedarf eines **sozialen Unterstützungsnetzwerkes, sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich**.
- Der Hauspflagedienst von wenigen Stunden pro Woche ist nicht ausreichend.
- Es ist notwendig, zu einer **Kontinuität des gesamten Pflegeprozesses** zu kommen, keine Summierung von Leistungen, die manchmal schlecht miteinander verknüpft sind (Probleme bei der Verbindung).
- Oft fällt die Pflege auf die Frau zurück. Dies kann negative Auswirkungen sowohl auf individueller (hohe physische und psychische Belastung; Probleme bei der Vereinbarkeit von der Betreuung pflegebedürftigen Eltern, der Kinderbetreuung, der Arbeit; Aussetzung der Arbeit und Freistellung; Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt) als auch sozialer (Arbeitsmarkt, nicht angereifte Rente, Armut im Alter) Ebene nach sich ziehen.
- **Die Pflege betrifft die gesamte Gesellschaft.** Nicht nur Frauen. Die Anzahl der **älteren Menschen ohne eine unterstützende Familie wird in Zukunft zunehmen**.

Wie kann die Qualität der Pflege in der Familie sichergestellt werden?

- Es ist an der Zeit, die Wichtigkeit der **Eigenverantwortung** zu erkennen. Heute bin ich gesund, aber was ist mit morgen?
- Es ist notwendig, rechtzeitig ein **Netz von sozialen Beziehungen aufzubauen**. Die Menschen müssen jemanden haben, dem sie vertrauen können. Die Pflege der Beziehungen baut **Vertrauen** auf.
- Selbstbestimmte Pflege
- Individualisierte Pflege
- **Miteinbeziehen der Familie** in die Festlegung der Pflegeziele und die Bewertung der Ergebnisse
- **Erhebung des Pflegebedarfs, Dokumentation und abgestimmter Pflegeplan**
- **Beratung, Unterstützung und Schulung** für Familienangehörige und Hauspflegekräfte („Badanti“)
- Einige **kostenlose Dienste** (z.B. Beratung)
- **Öffentliche und private Dienste**
- Kontrolle der Qualität der Dienste (z.B. Hauspflegekräfte bzw. „Badanti“)
- **Kombination mehrerer Dienste** (z. B. Hauspflegekräfte bzw. „Badanti“, Sozialdienste, Pflagedienst)

Sollte die Unterstützung für pflegende Angehörige geändert werden oder ist das derzeitige Angebot an Leistungen/Diensten für die Bedürfnisse pflegender Angehöriger ausreichend?

Das derzeitige Angebot entspricht in vielerlei Hinsicht nicht den Bedürfnissen von Caregivern:

- Hohe physische und psychische Belastung des Caregivers
- Dienste greifen erst ein, wenn Familien mit dem Problem überfordert sind: Wie kann man unausgesprochene Bedürfnisse frühzeitig erkennen?
- Soziale Stigmatisierung von Krankheit und Gebrechlichkeit
- Es stehen zwar Informationen zur Verfügung, aber meist sind diese unzureichend: oft erhält man Informationen erst verspätet.
- Die Pflege wird nicht anerkannt.
- Schlechte Koordination/Integration von Diensten und daraus resultierende Versorgungslücken
- Schlechte bzw. unzureichende finanzielle Unterstützung für die Caregiver

Welche Maßnahmen sind notwendig, um pflegende Familien zu unterstützen?

- Ein starkes **Netzwerk** und ein Anlaufpunkt für die Koordination der öffentlichen Dienste sind erforderlich.
- Verbindung zwischen informeller und formeller Pflege
- **Gesamtbewertung** der Bedürfnisse der pflegebedürftigen älteren Person und der pflegenden Familie
- Unterstützen der **Aufteilung des Pflegepensums**, auch in Betracht auf die Geschlechterrollen, auf behördlicher, Informations-/Sensibilisierungs- und finanzieller Ebene
- **Vorsorge/Prävention** vs. Pflege
- Mehr **Proaktivität** auf Seiten der Fachleute
- Sensibilisierung der **Rolle der Gemeinschaft** (Überwindung der Stigmatisierung von Krankheit und Alter)
- **Beratung, Unterstützung und Schulung** für pflegende Angehörige
- **Soziale Absicherung** für die Caregiver
- Sensibilisierung für **Eigenverantwortung**, die eigene Zukunft und Prävention (z.B. Wohnmodelle, soziale Absicherung, soziales Netz)
- Mehr **Kontrolle** durch Stärkung des formellen/informellen Betreuungsnetzwerks
- Unterstützung der **ehrenamtlichen Tätigkeit**
- Unterstützung von **Forschung und Innovation**, innovative Versorgungsmodelle schaffen

ZUSAMMENFASSUNG DER INPUTS UND VORSCHLÄGE	
Themenbereich	Input / Vorschläge
Ansatz/Vorgehen	• Systemische Sicht auf soziale Fragen • Stärkung von formellen und informellen Unterstützungsnetzwerken (z. B. intergenerationelle Unterstützung, soziale Gemeinschaft) • Den Schwerpunkt vom Patienten bzw. der pflegebedürftigen Person auf die Familie legen • Stärkung der Verwaltung von Einzelfällen (<i>case management</i>) • Vom Reagieren zur Proaktivität der Beteiligten (Prävention vs. Pflege) • Prävention und Eigenverantwortung für die Zukunft • Aufwertung der Pflege und der pflegenden Berufe • Kampf gegen die Genderstereotypen (z.B. „Die Pflege ist den Frauen vorbehalten.“) und soziale Stigmatisierung (Krankheit, Gebrechlichkeit etc.)
Koordination von sozialen Diensten und Gesundheitsdiensten	• Abstimmung und Koordination zwischen professioneller und privater Pflege (integrierter Pflegeplan) • Ausweitung und Koordination von teilstationären und häuslichen Diensten • Ausweitung des Pflegedienstes durch Beratung und Betreuung von Hauspflegekräften („Badanti“) (kostenlose Dienste oder Voucher) • Stärkung des familiären Unterstützungsnetzwerkes • Pflegeprozess in seiner Gesamtheit vs. Einzelleistungen • Mehr Berührungspunkte zwischen formeller und informeller Pflege
Forschung und Innovation	• Investitionen in soziale und sozio-sanitäre Forschung und Innovation • Innovative Projekte zur Unterstützung der Familien • Modelle / bewährte Verfahren („Good practice“) auf nationaler und internationaler Ebene
Information / Sensibilisierung	• Eigenverantwortung und Prävention (Sozialversicherung, Wohnen, Freiwilligenarbeit...) • Wert der Sozial- und Gesundheitsberufe

	• Rolle der Gesellschaft bei der Unterstützung der Familie und der älteren Menschen • Aktives Altern • Aufteilung der Pflege in Bezug auf die Geschlechter
Schulung, Unterstützung und Beratung	• Schulung der Hauspflegekräfte („Badanti“) • Ausbildung für die Jugend • Schulung, Unterstützung und Beratung der Caregiver
Ehrenamtliche Tätigkeit	• Organisation und Koordination • Unterstützung • Ehrenamtlich tätige ältere Menschen
Informelles soziales Netzwerk	• Sozialpakt zwischen den Generationen bzw. intergenerationelle Unterstützung • Präventiver Ansatz: Aktive ältere Menschen profitieren von der Beteiligung am sozialen Netzwerk für ihre Zukunft • Förderung von sozialen Netzwerken zur Vertrauensbildung • Gezielte und professionelle Unterstützung für Gemeinwesenarbeit, Nachbarschaftshilfe etc. vor allem in urbanen Gebieten
Hauspflegekräfte („Badanti“)	• Von der Provinz verwaltetes Berufsverzeichnis der Hauspflegekräfte („Badanti“) • Ausbildung der Hauspflegekräfte („Badanti“) verwaltet von der Provinz • Koordination der Hauspflegekräfte („Badanti“)
Finanzierung und Förderung	• Kombination aus öffentlich, privat und non profit • Sozialversicherung, Rentenversicherung • Bezahlte Freistellung für Männer • Finanzielle Unterstützung: Beseitigung von Unzulänglichkeiten (z.B. Zahnprothesen)

Tabelle 4-8: Arbeitsgruppe 3 - Zusammenfassung der Inputs und Vorschläge

4.3.4 Arbeitsgruppe 4: Wie kann eine hochwertige Pflege und Betreuung durch professionelles Personal und privat beschäftigte Personen sichergestellt werden?

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Der erste Teil bezieht sich auf folgende zwei Fragestellungen:

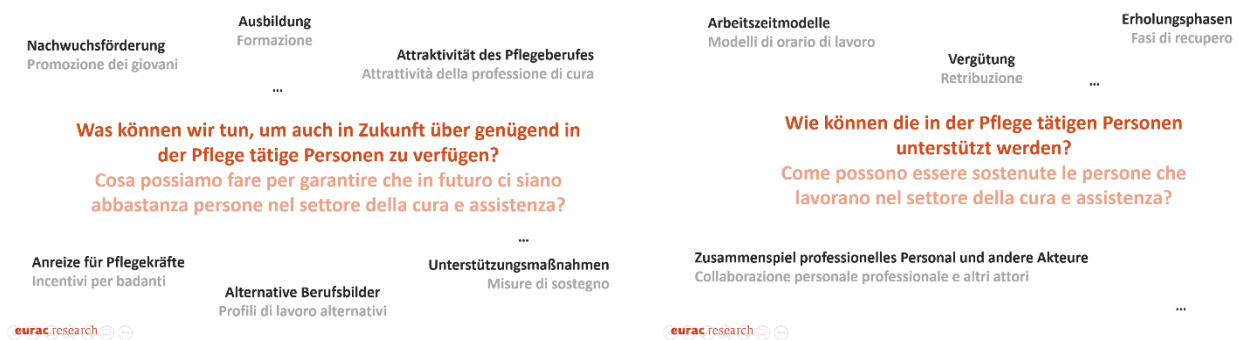


Abbildung 4-45: Arbeitsgruppe 4 – Fragestellungen des ersten Teils

Ausbildung:

- Ausbildung muss realistisches Bild vermitteln und zielorientiert sein.
- Mehr Praxisbezug und Expertenunterricht.
- Ausbau berufsbegleitender Berufsbilder.
- Anreize (auch finanziell) für Seniorenwohnheime, um Auszubildende berufsbegleitend einzustellen.
- Flexiblere Gestaltung der Ausbildung, weniger rigide in der Organisation (Einschreibungen, Mindestalter, dezentrale Ausbildung, Privatisten).
- Fokus auf Entwicklungen im Sozialbereich und auf Beziehungsarbeit legen.
- Von Bedürfnissen der Senioren ausgehen, um Personal auszubilden.
- Grundlinien der Ausbildung der deutschen (Hannah Arendt) und italienischen Fachschule (Levinas) müssen sich treffen: Inhalte harmonisieren (Levinas: vermittelt mehr Kompetenz und Praxis, Hannah Arendt ist sehr psychologisch angelehnt), auch Benennung vereinheitlichen.
- Ausbildung auf gutem Niveau halten, nicht ständig daran schrauben. Kontinuität wichtig, „nicht ständig Löcher stopfen“.
- Ausbildung (der „Grundstock“) sollte für alle gleich sein, ist anzupassen.
- In Südtirol ist System anders als im restl. Italien, dies muss bei Berufsbildern beachtet werden.

- Schaffung einer Stelle an der Claudiana, damit Abbrecher der Krankenpfleger-Ausbildung aufgefangen werden können.
- Die Ausbildung der Krankenpfleger*innen ist zu stark auf das Krankenhaus/die Sanität ausgerichtet. Nach der Grundausbildung braucht es eine entsprechende Spezialisierung.
- Anerkennung ausländischer Studientitel erleichtern; Praktiker in Kommission aufnehmen.

Nachwuchsförderung / Attraktivität des Pflegeberufes / Vergütung:

- An Image von Sozialberufen arbeiten, diese gut vermarkten. Klare Darstellung der Realität des Berufes ohne Sozial-Romantik und Klischees. Der Blick von außen ist auch wichtig.
- Mit Sensibilisierung schon in Volks-, Mittel- und Oberschulen beginnen.
- Gerechte Entlohnung und Karrieremöglichkeiten schaffen.
- Hohes Arbeitspensum ist finanziell zu honorieren.
- Lohngerechtigkeit ist der Schlüssel für die Aufwertung des Berufes.
- Gefahr der Abwanderung in andere Sozialberufe (zu Hauspflege, Integration, Menschen mit Beeinträchtigung) durch Änderung des Pflegeschlüssels abwenden.
- Handlungs- und Gestaltungsspielraum schaffen.
- Möglichkeit schaffen, dass Menschen innerhalb der sozialen Berufe wechseln/umsteigen können.
- Entlastungsmaßnahmen anschauen.

Weitere wichtige Themen:

- Mehr Wertschätzung dem Sozialen entgegenbringen, da es sich um systemrelevante Berufe handelt.
- Grundsätzliche Frage: Welchen Wert haben Senioren in unserer Gesellschaft? Dies spiegelt sich auch in der Wertschätzung der Mitarbeiter*innen wider (Änderung des Pflegeschlüssels auch symbolisch dafür, da somit älteren Menschen mehr Zeit und Wert gegeben wird).
- Gleichwertigkeit zwischen sozialen und Gesundheitsberufen schaffen, auch der Austausch ist sehr wichtig.
- Notwendigkeit der Orientierung an den Sozialdiensten im Territorium wurde von Seiten der Sanität durch den Covid-19-Notstand erkannt.
- Eigene Lohnverhandlungen für Sozialberufe, Wichtigkeit eines eigenen Bereichs im Kollektivvertrag.

- Sozialberufe müssen mehr einfordern (weil systemrelevante Berufe). Es braucht Interessensvertretungen, sich ein Beispiel nehmen an der Wirtschaft, am Tourismus und eine Mess-Kultur schaffen.
- Hierarchie zwischen den Berufsbildern ist ein Problem. Mehr Zusammenarbeit und den Menschen in den Mittelpunkt stellen.
- Palette an Berufen anschauen und annähern: Mix ist wichtig, es braucht nicht nur Top-Ausgebildete.
- Zweisprachigkeit stellt Hürde dar, ist diese noch zeitgemäß?
- Gewinnung von Erwachsenen für den Pflegeberuf (z.B. mit finanzieller Unterstützung), auch Potenzial der Migrant*innen dafür erkennen.
- Bedingungen schaffen, um Frauen nach Mutterschaft wieder zurückzuholen.
- Informelle Netzwerke fördern und Freiwillige/Ehrenamtliche nicht vergessen.
- Nahversorgung ausbauen, da für Senioren wichtig. Auch Seniorenmenschen wichtig, da dort alle zusammenkommen.

Konkrete Maßnahmen:

- Flexiblere Gestaltung der Ausbildung, weniger rigide in der Organisation.
- Senkung Mindestalter von 26 Jahren für berufsbegleitende Ausbildung.
- Dezentrale Ausbildung durch Webinare und berufsbegleitend (Nutzung der Technologien!).
- Ermöglichung der Teilnahme an Abschlussprüfungen als Privatist*in.
- Möglichkeit schaffen, in den Seniorenwohnheimen Personal berufsbegleitend aufzunehmen (ähnlich wie Lehrlingsystem, Teilzeitformen für Mütter, Ausbildung durch Webinare).
- Um Gefahr der Abwanderung in andere Sozialberufe (zu Hauspflege, Integration, Menschen mit Beeinträchtigung) abzuwenden muss der Pflegeschlüssel angepasst werden.
- Vergütung anpassen: Arbeitspensum muss finanziell honoriert werden.
- An Image der Sozialberufe arbeiten; Soziales muss mehr einfordern.

Die nächste Fragestellung, die diskutiert wurde, bezieht sich auf das System der „Badanti“ (übersetzt: (private) Hauspflegekräfte).

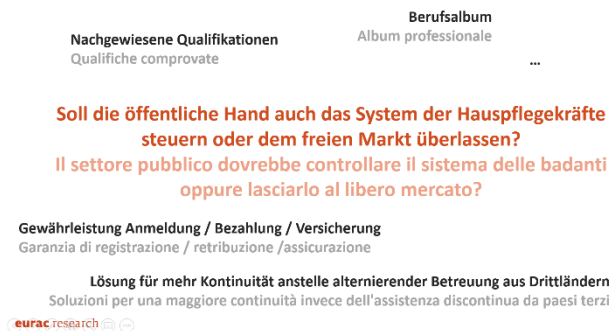


Abbildung 4-46: Arbeitsgruppe 4 – Fragestellungen des zweiten Teils

- Preisdumping im Bereich Hauspflege aufgrund (zu) vieler Anbieter (Genossenschaften und Firmen) zu beobachten; aber grundsätzlich muss man froh sein, dass es hier die privaten Anbieter gibt.
- Hier muss von einem Berufsverzeichnis gesprochen werden und nicht von einem „Album“. Wording ist anzupassen.
- Die öffentliche Hand kann nicht in den ganzen Bereich eingreifen, aber Kontrollen sind notwendig (Beispiel Österreich). Eine Zertifizierung für Badanti sollte es geben.
- Zentrale Stelle für Badanti schaffen, um Wildwuchs zu verhindern und beide Seiten zu schützen. Die Menschen müssen wissen, wer die Badante ist und welche Ausbildung sie hat.
- Vermittlung der Badanti nach Bedürfnissen der Senioren.
- Eintragung der Badanti und der Firmen, die im Bereich tätig sind, in ein Verzeichnis, dessen Kriterien ein gewisses Maß an Erfahrung bzw. Ausbildung voraussetzen. Auch Firmen/Genossenschaften, die Badanti vermitteln, haben oftmals wenig Kompetenzen.
- Pflegelandschaft wird bunter: Interesse des Landes muss sein, zu wissen, wer im Land tätig ist.
- Es fehlt die Möglichkeit von Seiten der Sozialdienste, bei einer schlechten Badante zu intervenieren und diese Zusammenarbeit zu kontrollieren.
- Hauskrankenpflege als Verbindungsglied? Doch dieser Dienst hat keinen Spielraum dafür.
- Angehörige und Badanti müssen professionell geführt werden.

Konkrete Maßnahmen:

- Schaffung einer zentralen Stelle.
- Berufsverzeichnis schaffen, um Pflegelandschaft transparenter zu machen: Kriterien für Mindestvoraussetzungen definieren.
- Professionelles Personal kann als Tutor für Badanti fungieren (ist in manchen Fällen in der Praxis schon der Fall).
- Badanti sollten in Fallbesprechungen durch Hauspflegedienst mit einbezogen werden. Auf diese Weise erhält der Hauspflegedienst auch einen Einblick in die Situation (Kontrolle).
- Es braucht Anlaufstelle/zuständige Person im Sprengel.

4.3.5 Arbeitsgruppe 5: Wie kann selbstbestimmtes Wohnen im Alter sichergestellt werden?

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Soll das Prinzip „ambulant vor stationär“ in der Angebotsgestaltung in Zukunft umgesetzt werden?

Es braucht einen Ausbau von Diensten in beiden Bereichen. Jede Person sollte zwischen ambulanter und stationärer Versorgung sowie teilstationären Formen / Zwischenformen wählen können:

- Ambulant **vor** stationär (v.a. in Bezug auf den Lebensverlauf)
- Ambulant **und** stationär.

Wie kann sichergestellt werden, dass Senioren möglichst lange zu Hause wohnen können?

Barrierefreies Wohnen

- Das **Angebot an barrierefreien (Miet-)Wohnungen** vergrößern, sodass Senioren z.B. eher bereit sind, innerhalb ihrer Nachbarschaft umzuziehen
- Die derzeitigen **finanziellen Fördermöglichkeiten** für Anpassungen von Bestandsbauten beibehalten
- Mehr **Fachberatungen** zu rechtlichen und planerischen Themen für ältere Menschen anbieten

- Mehr **intensive und persönliche Aufklärung und Sensibilisierung**, um ältere Menschen rechtzeitig zur Auseinandersetzung mit dem Thema Wohnen im Alter zu motivieren

Wie kann sichergestellt werden, dass Senioren mit hoher Lebensqualität zu Hause wohnen können?

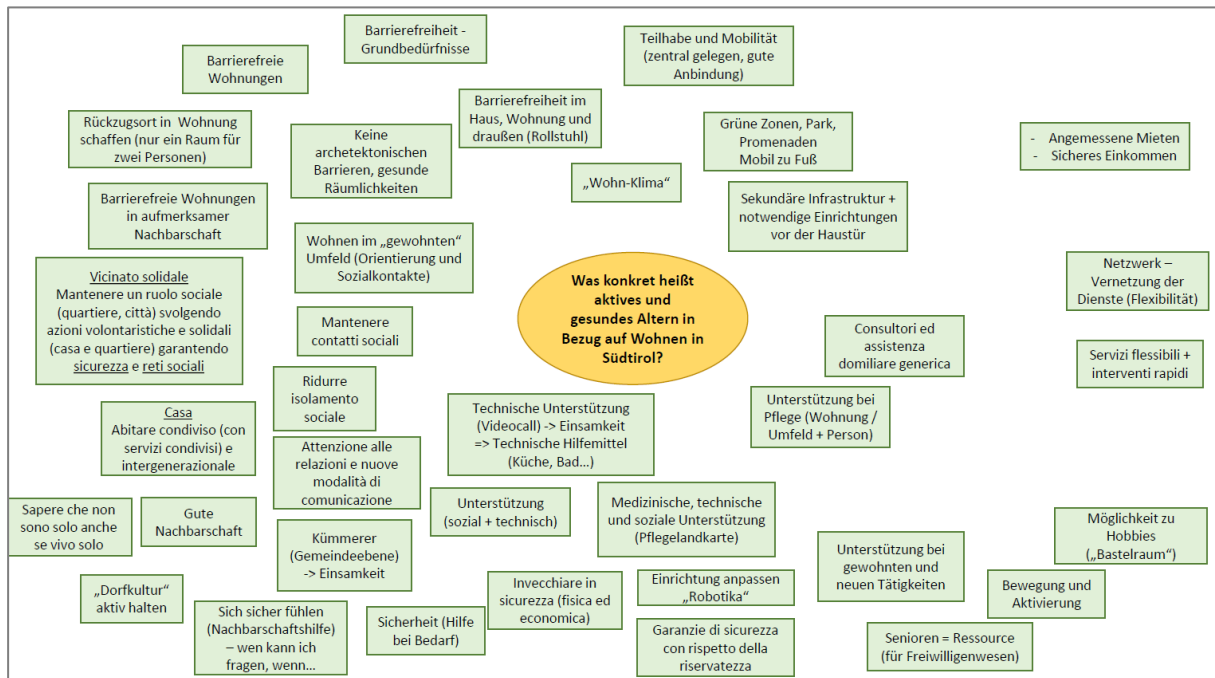


Abbildung 4-47: Arbeitsgruppe 5 - Was konkret heißt aktives und gesundes Altern in Bezug auf Wohnen in Südtirol?

(Alternative) Wohnformen

- **Wohnanlagen mit Gemeinschaftsräumen + Dienstleistungen**
 - Dienstleistungsangebote in übersichtlicher Form, z.B. Katalogen, anbieten
- Ein*e Bewohner*in / Familie steht als Ansprechpartner*in / „Kümmerer*in“ zur Verfügung
- **Begleitetes und betreutes Wohnen:** Zuerst den lokalen Bedarf der Senioren erfassen, bevor Service angeboten oder Strukturen gebaut werden
- **Mehrgenerationenhäuser:** gemeinsam mit motivierten Menschen und passenden Gebäuden planen und umsetzen
- **Wohnbaugenossenschaften:** Förderung von engagierten Initiativen ist weiterhin wichtig. Um die Qualität von Wohnkonzepten zu gewährleisten, Bauprojekte ausschreiben, auf die sich Genossenschaften bewerben müssen
- **Mietwohnen:** Mietwohnen aufwerten und lokal Stellhebel bewegen, z.B. GIS-Befreiung

Umsetzung in Südtirol bisher schwierig:

- **Finanzierungsmodell Erbpacht** (zeitlich begrenzte Nutzungsrecht einer Immobilie für 70-99 Jahre)
- **Seniorenwohngemeinschaften** (mit – zugekaufter – ambulanter Betreuung)
- **Studierende wohnen bei Senioren** (verbilligte Mieten im Ausgleich für Dienstleistungen)
- Mehr **Partizipation** bei Planung und Bedarfserhebungen ausüben
- Derzeitige **Zersplitterung** in den Zuständigkeiten abbauen, mehr **Transparenz** bzgl. Finanzierungen von Projekten schaffen

Benötigte Dienste und Leistungen

- Mehr **Flexibilität** in der Nutzung und bessere **Bedarfsausrichtung** teilstationärer Dienstleistungen, z.B. bessere Erreichbarkeit, ausgedehntere Nutzungszeiten / Öffnungszeiten, Ansiedelung von Tagespflege auch im Seniorenwohnheim
- **Nach Krankenhausaufenthalten** bedarfsgerecht ein ambulantes Netz zur Verfügung stellen und stationäre Übergangspflege besser planen
- Mehr **Präventionsaktivitäten** in sozio-sanitärer Zusammenarbeit
- Rechtzeitige **Sensibilisierung und Motivierung** von Menschen, die noch nicht hochaltrig sind, sich mit dem Wohnen im Alter und ihren Wünschen dazu auseinander zu setzen
- **Vereinheitlichung und Durchlässigkeit von Trägerstrukturen** bzgl. ambulanter und teilstationärer Leistungen
- **Hauspflegekräfte**, aber auch **Pflege durch (weibliche) Familienangehörige** sichern
- Schaffung eines **Pflegemarkts** (öffentliche und akkreditierte private / non-profit Dienstleister), in dem Dienstleistungen **schnell und passgenau** erbracht werden
- **Rangordnungen** für öffentlich angestellte Pflegekräfte auf Aktualität überprüfen

Technologien zur Unterstützung

- **Erwerb von Basiskompetenzen** im Umgang mit dem **Internet** fördern
- **Ansprechpartner*innen** über technische Kanäle verfügbar machen, bei denen sich Senioren bei Ängsten melden können oder die sich bei ihnen melden
- Geräte der **Medizintechnik** (z.B. Übermittlung von Vitaldaten) oder **Online-Konsultationen** mit Ärzt*innen einsetzen

Gemeinden und lokale Strukturen

- **Lokale Angebote** bündeln und **Informationen** darüber zur Verfügung stellen
- Regelmäßiges **Monitoring** und **Bedarfserhebungen** durch Gemeinden

- Mehr Engagement von Gemeinden in Bezug auf **sozialen Wohnbau / leistbare Mietwohnungen**
- Mehr Zusammenarbeit von Gemeinden **mit anderen Akteuren** (z.B. Gesundheitsbezirk)
- Intensive und rechtzeitige **Sensibilisierungen** zum Wohnen im Alter und zum selbstbestimmten Leben

Zusammenfassung:

- **Transversale Finanzierungen, Vernetzung** von Diensten, mehr **Zusammenarbeit** von Organisationen
- Mehr **Flexibilität für die Nutzer*innen** von Diensten
- Mehr **Unterstützung für pflegende Familien** durch Tagespflegeheime und Kurzzeitpflege
- Mehr **Beratung**, um Nutzerbedürfnisse zu verstehen
- Ein **breites Netzwerk (360°) um einen älteren Menschen** aufbauen
- Mehr **Prävention** (Gesundheitsprävention, aber auch Einsatz von Technologien)
- Mehr **Sensibilisierungsaktivitäten** zum Thema Wohnen im Alter
- Mehr **Informationen** zum Thema Wohnen im Alter
- **Neue Wohnformen** fördern und unterstützen
- Solidarität fördern

4.4 Politische Handlungsspielräume

Dieses Kapitel zeigt strategische Handlungsoptionen in Form von Maßnahmen auf, die aus der Analyse der aktuellen und historischen Daten, den wissenschaftlichen Prognosen und Good Practice-Beispielen, der Auswertung der Online-Befragungen und den Workshop-Ergebnissen abgeleitet werden können. Es obliegt der Politik bzw. politikvorbereitenden Verwaltung, eine Auswahl zu treffen und im Rahmen des Landessozialplans als strategische Ausrichtung der zukünftigen pflegepolitischen Maßnahmen festzulegen.

Soll das heutige **Finanzierungsmodell mit großem Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand** beibehalten werden?

Handlungs- option	Finanzierungsmodell wird beibehalten	Finanzierungsmodell wird verändert
Ansätze und Auswirkungen	- Die Politik muss Leistungsstandards (im Sinne von Minimalstandards) definieren, mit denen die Bevölkerung rechnen kann - Es müssen Anreize gesetzt werden, damit die Personen möglichst lange selbständig bleiben („Hilfe zur Selbsthilfe“) Kostentransparenz und Kostenwahrheit und eine Gleichbehandlung öffentlicher und privater (nicht gewinnorientierter) Träger ist erforderlich	Im heutigen System steht der Versorgungsgedanke und nicht der Vorsorgegedanke im Vordergrund. Es müssen nicht nur Anreize geschaffen, sondern die Menschen auch dazu verpflichtet werden, Geld anzusparen und stärker vorzusorgen: - Die Leistungen müssen überdacht werden - Die Tarife müssen angepasst werden - Es müssen Anreize gesetzt werden, damit die Personen möglichst lange selbständig bleiben („Hilfe zur Selbsthilfe“) - Die Pflegesicherung soll in eine Pflegeversicherung umgewandelt werden. Bürger*innen sollen stärker beteiligt werden und mehr Wahlmöglichkeiten haben

Tabelle 4-9: Soll das heutige Finanzierungsmodell mit großem Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand beibehalten werden?

Soll das heutige Tarifsysteem beibehalten werden oder sind Anpassungen nötig?		
Handlungs- option	Tarifsysteem wird beibehalten, evtl. aber optimiert	Tarifsysteem wird angepasst
Ansätze und Auswirkungen	Das derzeitige Tarifsysteem ist ausgeglichen und nachvollziehbar. Es braucht keine grundlegende Änderung, Optimierungspotential besteht aber: • Steuersystem und Steuerhinterziehung stellen ein Problem für Tarife dar • Die Ermittlung des Einkommens und Vermögens müssen mehr vereinheitlicht werden • Verwaltungsprozesse müssen vereinfacht werden	Das Tarifsysteem ist nachvollziehbar, aber nicht ausgeglichen. Eine Überprüfung und Anpassung der Tarife ist nötig: • Es braucht ein besser ausgewogenes Tarifsysteem zwischen privat, ambulant, teilstationär und stationär • Die Vollkosten der Sozialleistungen und der Kostendeckungsgrad der Tarife müssen transparenter gemacht werden • Ein höherer Kostendeckungsgrad muss angestrebt werden • Zwischen Tarifen/Einrichtungen soll mehr differenziert werden und der Tarif sollte nur die Standardleistung umfassen und nicht Zusatzleistungen • Die Politik muss die Standardleistungen definieren

Tabelle 4-10: Soll das heutige Tarifsysteem beibehalten werden oder sind Anpassungen nötig?

Sollen in Zukunft vermehrt **Sach- und Dienstleistungen** angeboten oder die Menschen durch **Transferzahlungen** unterstützt werden?

Handlungs- option	Es werden vermehrt Sach- und Dienstleistungen angeboten	Es werden vermehrt Transferzahlungen geleistet
Vorteile	• Hohe Professionalität (übersichtlich und organisiert, gute Steuerung) • Flächendeckender Dienst (Angebote auch in der Peripherie) • Leistbar für die Nutzer*innen (Tarifsystem) • Garantierte Qualität • Aufdeckung der Schwarzarbeit	• Freiheit und mehr Flexibilität für die Betroffenen (individuelle Leistungen, Betroffene können Dienste selbst wählen) • Selbstbestimmte Lebensführung • Stärkung des Familienbudgets • Weniger Bürokratie • Kostengünstiger (für die öffentliche Hand) • Neue Angebote und Berufsbilder
Nachteile	• Knappe / begrenzte Kapazitäten • Personalmangel (Mangel an qualifiziertem Personal insb. im öffentlichen Bereich) • Bürokratie • Bevormundung der Bürger*innen • Geringe Flexibilität • Begrenztes / eingeschränktes Angebot • Kosten für die Organisation der Dienste	• Personalmangel (Mangel an qualifiziertem Personal am Markt) • Mangelnde Kontrolle der Pflege • Mangelnde / nicht garantierte Verfügbarkeit • Höhere Belastung der (pflegenden) Angehörigen • Risiko der Schwarzarbeit

Tabelle 4-11: Sollen in Zukunft vermehrt Sach- und Dienstleistungen angeboten oder die Menschen durch Transferzahlungen unterstützt werden?

Soll die **Pflege in der Familie** auch in Zukunft zentrales Standbein der Pflegesicherung in Südtirol sein?

Handlungs- option	Die Pflege in der Familie bleibt ein zentrales Standbein	Die Pflege verlagert sich mehr zu Formen außerhalb der Familie
	Ansätze und Auswirkungen	
	Ja – aber die Familie muss unterstützt und die Qualität sichergestellt werden: • Netzwerkarbeit im Sozialen mit zentraler Koordinations- und Anlaufstelle für die Betroffenen • Beratung, Begleitung und Ausbildung der pflegenden Familienangehörigen • Unterstützung durch professionelle Pflegedienstleistungen • Bessere Schnittstellen zwischen formaler / professioneller Pflege und informeller Pflege zu Hause • Mehr Unterstützung für pflegende Familien durch Tagespflegeheime und Kurzzeitpflege • Case Management mit proaktiver Unterstützung der Betreuten und pflegenden Familienangehörigen • Sensibilisierung und Aufwertung der Pflege in der gesellschaftlichen Wahrnehmung • Soziale Absicherung der pflegenden Familienangehörigen • Bessere und geschlechtergerechte Verteilung der Pflege innerhalb der Familie fördern • Mehr Kontrollen, um die Qualität der Pflege sicherstellen zu können	Auf Grund verschiedener Faktoren ist die Fortführung der Pflege in der Familie wie heute nicht realistisch (höhere Lebenserwartung, komplexere Krankheitsbilder, die professionelle Betreuung nötig machen, höherer Anteil an berufstätigen Frauen, ...). Welche Alternativen gibt es? • Stärkere Einbindung der Gesellschaft über die unmittelbare Familie hinaus • Die (öffentlichen) Dienste und Leistungen im Sozialen müssen noch stärker ausgebaut werden • Aufwertung der Pflegekräfte und des Pflegeberufs in der gesellschaftlichen Wahrnehmung • Fokus auf und Unterstützung der Hauspflegekräfte („Badanti“): ○ Erfassung in einem öffentlichen Berufsverzeichnis ○ Aus- und Weiterbildung durch die Provinz

Tabelle 4-12: Soll die Pflege in der Familie auch in Zukunft zentrales Standbein der Pflegesicherung in Südtirol sein?

Soll das in der Pflege tätige Personal zukünftig stärker als heute unterstützt werden?		
Handlungs- option	Das Personal wird zukünftig stärker unterstützt	Das Niveau der bisherigen Unterstützung wird beibehalten
Ansätze und Auswirkungen	• Mehr Wertschätzung dem Sozialen entgegenbringen, da es sich um systemrelevante Berufe handelt ○ Mehr Wertschätzung für Senioren, was zu mehr Wertschätzung der Mitarbeiter*innen führt (Änderung des Pflegeschlüssels auch symbolisch dafür, da somit älteren Menschen mehr Zeit und Wert gegeben wird) ○ Gleichwertigkeit zwischen Sozial- und Gesundheitsberufen schaffen, auch Austausch sehr wichtig ○ Es braucht Interessensvertretungen ähnlich der Wirtschaft oder dem Tourismus • Palette an Berufen annähern: ○ Mix ist wichtig, es braucht nicht nur Top-Ausgebildete ○ Hierarchie zwischen den Berufsbildern ist ein Problem. Mehr Zusammenarbeit und den Menschen in den Mittelpunkt stellen ○ Zweisprachigkeit stellt Hürde dar, ist diese noch zeitgemäß? • Eigene Lohnverhandlungen für Sozialberufe, Wichtigkeit eines eigenen Bereichs im Kollektivvertrag • Bedingungen schaffen, um Frauen nach Mutterschaft wieder zurückzuholen	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 4-13: Soll das in der Pflege tätige Personal zukünftig stärker als heute unterstützt werden?

Soll die **Ausbildung** des in der Pflege tätigen Personals abgeändert und angepasst werden?

Handlungs- option		
	Die Ausbildung wird angepasst	Die Ausbildung wird nicht angepasst
Ansätze und Auswirkungen	• Von Bedürfnissen der Senioren ausgehen, um Personal auszubilden • Fokus auf Entwicklungen im Sozialbereich und auf Beziehungsarbeit legen • Ausbildung muss realistisches Bild vermitteln und zielorientiert sein: ○ Mehr Praxisbezug und Expertenunterricht ○ Ausbau berufsbegleitender Ausbildung (ähnlich Lehrlingssystem) ○ Ausbildung auf gutem Niveau halten, aber nicht ständig daran schrauben. Kontinuität ist wichtig, „nicht ständig Löcher stopfen“ • Flexiblere Gestaltung der Ausbildung, weniger rigide Organisation: ○ Senkung Mindestalter von 26 Jahren für berufsbegleitende Ausbildung ○ Dezentrale Ausbildung durch Webinare und berufsbegleitend (Nutzung der Technologien!) ○ Ermöglichung der Teilnahme an Abschlussprüfungen als Privatist*in • Ausbildung (der „Grundstock“) sollte für alle gleich sein, ist anzupassen: ○ Grundlinien der Ausbildung der deutschen (Hannah Arendt) und italienischen Fachschule (Levinas) müssen sich treffen ○ Die Ausbildung der Krankenpfleger*innen ist zu stark auf das Krankenhaus/die Sanität ausgerichtet. Nach der Grundausbildung braucht es eine entsprechende Spezialisierung ○ Schaffung einer Stelle an der Claudiana, damit Abbrecher der Krankenpfleger-Ausbildung aufgefangen werden können • Anerkennung ausländischer Studientitel erleichtern; Praktiker in Kommission aufnehmen • Gewinnung von Erwachsenen für den Pflegeberuf (z.B. mit finanzieller Unterstützung), auch Potenzial der Migrant*innen dafür erkennen	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 4-14: Soll die Ausbildung des in der Pflege tätigen Personals abgeändert und angepasst werden?

Soll die **Nachwuchsförderung des in der Pflege tätigen Personals** gesteigert bzw. die **Attraktivität des Pflegeberufes** erhöht werden?

Handlungs- option	Die Nachwuchsförderung wird gesteigert und die Attraktivität des Pflegeberufs erhöht	Die Nachwuchsförderung bleibt beim jetzigen Niveau, die Attraktivität wird nicht erhöht
Ansätze und Auswirkungen	• Am Image von Sozialberufen arbeiten, diese gut vermarkten. Klare Darstellung der Realität des Berufes ohne Sozial-Romantik und Klischees. Blick von außen auch wichtig • Sensibilisierung schon in Volks-, Mittel- und Oberschulen beginnen • Gerechte Entlohnung und Karrieremöglichkeiten schaffen • Arbeitspensum muss finanziell honoriert werden • Gefahr der Abwanderung in andere Sozialberufe (zu Hauspflege, Integration, Menschen mit Beeinträchtigung) durch Änderung des Pflegeschlüssels abwenden • Handlungs- und Gestaltungsspielraum schaffen • Möglichkeit schaffen, dass Menschen innerhalb der sozialen Berufe wechseln/umsteigen können • Entlastungsmaßnahmen schaffen	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 4-15: Soll die Nachwuchsförderung des in der Pflege tätigen Personals gesteigert bzw. die Attraktivität des Pflegeberufes erhöht werden?

Soll die öffentliche Hand in Zukunft das System der **Hauspflegekräfte („Badanti“)** steuern oder dem freien Markt überlassen?

Handlungs- option	Die öffentliche Hand steuert das System der Hauspflegekräfte	Der freie Markt steuert das System der Hauspflegekräfte
Ansätze und Auswirkungen	• Berufsverzeichnis schaffen, um Pflegelandschaft transparenter zu machen: Kriterien definieren für Mindestvoraussetzungen • Schaffung einer zentralen Anlaufstelle (im Sprengel): ○ Beide Seiten schützen. Die Menschen müssen wissen, wer die Hauspflegekraft ist und welche Ausbildung sie hat ○ Vermittlung der Hauspflegekräfte nach Bedürfnissen der Senioren ○ Kontrolle und Möglichkeit der Intervention durch die Sozialdienste im Bedarfsfall • Professionelles Personal soll als Tutor für Hauspflegekräfte fungieren • Hauspflegekräfte sollten in Fallbesprechungen durch Hauspflegedienst mit einbezogen werden	• Die öffentliche Hand kann nicht in den ganzen Bereich eingreifen, aber Kontrollen sind notwendig (Beispiel Österreich). Eine Zertifizierung für Hauspflegekräfte sollte es geben • Preisdumping im Bereich Hauspflege aufgrund (zu) vieler Anbieter (Genossenschaften und Firmen) zu beobachten; aber grundsätzlich muss man froh sein, dass es hier die privaten Anbieter gibt • Pflegelandschaft wird bunter: Interesse des Landes muss sein, zu wissen, wer im Land tätig ist

Tabelle 4-16: Workshop Senioren und Pflege Soll die öffentliche Hand in Zukunft das System der Hauspflegekräfte („Badanti“) steuern oder dem freien Markt überlassen?

Soll das Pflegegeld in Zukunft einkommens- und vermögensabhängig gestaffelt werden?		
Handlungs- option	Keine einkommens- und vermögensabhängige Staffelung	Einkommens- und vermögensabhängige Staffelung
	In der Arbeitsgruppe überwiegen die negativen Effekte einer einkommens- bzw. vermögensabhängigen Staffelung des Pflegegeldes. • Besonders der bürokratische Aufwand ist unverhältnismäßig • Die erste Stufe des Pflegegelds kann rein rechtlich nicht von Einkommen und Vermögen abhängig gemacht werden • Die Einkommens- bzw. Vermögenssituation kann verschleiert werden. Dadurch entstehen Ungleichbehandlungen • Alternative zur Einführung einer Einkommens- und Vermögensabhängigkeit: eine stärkere (ausgabenneutrale) Differenzierung der Pflegestufen (z.B. von 4 auf 6) • Geldleistungen wie das Pflegegeld sind beizubehalten – dürfen aber auch nicht missbraucht werden. Strengere Kontrollen der Bedürftigkeit und Verwendung des Pflegegelds sind auch ohne einkommens- und vermögensabhängige Staffelung notwendig	Einkommens- und Vermögensabhängigkeit würde folgende Rahmenbedingungen mit sich bringen: • Strengere Kontrollen des Pflegegelds sind jedenfalls (d.h. auch ohne einkommens- und vermögensabhängige Staffelung) notwendig. In diesem Rahmen kann auch die Kontrolle der finanziellen Situation realisiert werden • Kontrolle würde dem Verwaltungspersonal zufallen und nicht den Pflegekräften

Tabelle 4-17: Soll das Pflegegeld in Zukunft einkommens- und vermögensabhängig gestaffelt werden?

Soll in Zukunft ein Zusatzpflegefonds in Analogie zum Pensplan realisiert werden?		
Handlungs- option	Ein Zusatzpflegefonds wird eingerrichtet	Es wird kein Zusatzpflegefonds eingerrichtet
Ansätze und Auswirkungen	• Privatpersonen können Gelder zweckgebunden und (möglicherweise) steuerbegünstigt ansparen • Eigenverantwortung wird gestärkt	• Das Finanzierungssystem würde noch unübersichtlicher • Es gibt keine Einigung darüber, wie ein Zusatzpflegefonds realisiert werden soll: Beitragsfinanzierte Zusatzpflegefonds als Ergänzung oder anstelle des steuerfinanzierten Pflegefonds? Löst der Pflegezusatzfonds den Pflegefonds langfristig ab? • Erwartungen der Bürger*innen an das Sozialwesen würden noch weiter steigen

Tabelle 4-18: Soll in Zukunft ein Zusatzpflegefonds in Analogie zum Pensplan realisiert werden?

Sollen in Zukunft **gewinnorientierte Unternehmen zum Pflegemarkt zugelassen** bzw. mit privaten gemeinnützigen Unternehmen gleichgestellt werden (insb. hinsichtlich öffentlicher Finanzierung / Beiträge)?

Handlungs- option	Es werden gewinnorientierte Unternehmen zugelassen bzw. gleichgestellt	Gewinnorientierte Unternehmen werden nicht zugelassen bzw. gleichgestellt
Ansätze und Auswirkungen	• Potential für zusätzliche Ressourcen (Finanzen, Plätze, Personal) • Potential für Entlastung der öffentlichen Mittel	• Gewinnorientierte Unternehmen im Sozialbereich sind nicht erwünscht (in Südtirol sind bis heute (offiziell) keine gewinnorientierten Seniorenheime zugelassen) • Gewinnorientierte Unternehmen erhalten im Sozialbereich keine Finanzierung bzw. keine Beiträge und dies soll auch in Zukunft so bleiben • Die Einbeziehung von gewinnorientierten Unternehmen in die Bereitstellung von Sozialleistungen würde evtl. EU-weite Ausschreibungen erforderlich machen

Tabelle 4-19: Sollen in Zukunft gewinnorientierte Unternehmen zum Pflegemarkt zugelassen bzw. mit privaten gemeinnützigen Unternehmen gleichgestellt werden?

Soll das **selbstbestimmte Wohnen im Alter Zuhause** in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?

Handlungs- option	Das selbstbestimmte Wohnen wird stärker ausgebaut und gefördert	Das selbstbestimmte Wohnen wird nicht stärker ausgebaut und gefördert
	Ansätze und Auswirkungen	
	Ja – es gilt sicherzustellen, dass Senioren möglichst lange und mit hoher Lebensqualität zu Hause wohnen können. Dies kann durch folgende Maßnahmen erreicht werden: • Angebot an barrierefreien Wohnungen vergrößern • Unterstützende Dienste und Leistungen anbieten • Technologien zur Unterstützung etablieren • Gemeinden einbinden und lokale Strukturen ausbauen Es sollen bedarfsgerecht alternative Wohnformen geschaffen bzw. ausgebaut werden: • Wohnanlagen mit Gemeinschaftsräumen + Dienstleistungen ○ Dienstleistungsangebote in übersichtlicher Form, z.B. Kataloge, anbieten ○ Ein*e Bewohner*in / Familie steht als Ansprechpartner*in / „Kümmerer*in“ zur Verfügung • Begleitetes und betreutes Wohnen Zuerst den lokalen Bedarf der Senioren erfassen, bevor Service angeboten oder Strukturen gebaut werden • Mehrgenerationenhäuser Gemeinsam mit motivierten Menschen und passenden Gebäuden planen und umsetzen Weitere Stellhebel: • Wohnbaugenossenschaften: Förderung von engagierten Initiativen ist weiterhin wichtig. Um die Qualität von Wohnkonzepten zu gewährleisten, z.B. Bauprojekte ausschreiben, auf die sich Genossenschaften bewerben müssen • Mietwohnen: Mietwohnen aufwerten und lokal Stellhebel bewegen, z.B. GIS-Befreiung	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 4-20: Soll das selbstbestimmte Wohnen im Alter Zuhause in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?

Soll das barrierefreie Wohnen in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?		
Handlungs- option	Das barrierefreie Wohnen wird stärker ausgebaut und gefördert	Das barrierefreie Wohnen wird nicht stärker ausgebaut und gefördert
Ansätze und Auswirkungen	• Das Angebot an barrierefreien (Miet-) Wohnungen vergrößern, sodass Senioren z.B. eher bereit sind, innerhalb ihrer Nachbarschaft umzuziehen • Mehr Fachberatungen zu rechtlichen und planerischen Themen für ältere Menschen anbieten • Mehr intensive und persönliche Aufklärung und Sensibilisierung, um ältere Menschen rechtzeitig zur Auseinandersetzung mit dem Thema Wohnen im Alter zu motivieren	• Die derzeitigen finanziellen Fördermöglichkeiten für Anpassungen von Bestandsbauten beibehalten

Tabelle 4-21: Soll das barrierefreie Wohnen in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?

Sollen Dienste und Leistungen zur Unterstützung des selbstbestimmten Wohnens in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?

Handlungs- option	Dienste und Leistungen werden stärker ausgebaut und gefördert	Dienste und Leistungen werden nicht stärker ausgebaut und gefördert
Ansätze und Auswirkungen	Die folgenden Maßnahmen sollten ausgebaut und gefördert werden: • Transversale Finanzierungen, Vernetzung von Diensten, mehr Zusammenarbeit von Organisationen • Mehr Flexibilität in der Nutzung und bessere Bedarfsausrichtung teilstationärer Dienstleistungen, z.B. bessere Erreichbarkeit, ausgedehntere Nutzungszeiten / Öffnungszeiten, Ansiedelung von Tagespflege auch im Seniorenwohnheim • Nach Krankenhausaufenthalten bedarfsgerecht ein ambulantes Netz zur Verfügung stellen und stationäre Übergangspflege besser planen • Mehr Präventionsaktivitäten in sozio-sanitärer Zusammenarbeit • Vereinheitlichung und Durchlässigkeit von Trägerstrukturen bzgl. ambulanter und teilstationärer Leistungen • Hauspflegekräfte, aber auch Pflege durch (weibliche) Familienangehörige sichern • Einen Pflegemarkt schaffen (öffentliche und akkreditierte private / non-profit Dienstleister), in dem Dienstleistungen schnell und passgenau erbracht werden	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 4-22: Sollen Dienste und Leistungen zur Unterstützung des selbstbestimmten Wohnens in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?

Sollen Technologien zur Unterstützung des selbstbestimmten Wohnens (und der Umgang damit) in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?

Handlungs- option	Technologien sollten mehr eingesetzt und gefördert werden	Technologien sollten nicht mehr eingesetzt und gefördert werden
Ansätze und Auswirkungen	• Erwerb von Basiskompetenzen im Umgang mit dem Internet fördern • Ansprechpartner*innen zur Verfügung stellen, die die technischen Lösungen ergänzen und bei denen sich Senioren bei Ängsten melden können oder die sich bei ihnen melden • Geräte der Medizintechnik (z.B. Übermittlung von Vitaldaten) oder Online-Konsultationen mit Ärzt*innen einsetzen	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 4-23: Sollen Technologien zur Unterstützung des selbstbestimmten Wohnens (und der Umgang damit) in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?

Sollen Gemeinden stärker eingebunden und lokale Strukturen zur Unterstützung des selbstbestimmten Wohnens in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?

Handlungs- option	Gemeinden werden mehr eingebunden und lokale Strukturen werden ausgebaut	Gemeinden werden nicht stärker eingebunden und lokale Strukturen nicht weiter ausgebaut
Ansätze und Auswirkungen	• Lokale Angebote bündeln und Informationen darüber zur Verfügung stellen • Regelmäßiges Monitoring und Bedarfserhebungen durch Gemeinden • Mehr Engagement von Gemeinden in Bezug auf sozialen Wohnbau / leistbare Mietwohnungen • Mehr Zusammenarbeit von Gemeinden mit anderen Akteuren (z.B. Gesundheitsbezirk) • Intensive und rechtzeitige Sensibilisierungen zum Wohnen im Alter und zum selbstbestimmten Leben auf Gemeindeebene / lokaler Ebene durchführen	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 4-24: Sollen Gemeinden stärker eingebunden und lokale Strukturen zur Unterstützung des selbstbestimmten Wohnens in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?

Der folgende Abschnitt zeigt strategische Handlungsoptionen in Form von Maßnahmen auf, die aus der Analyse der Daten, der Auswertung der Online-Befragungen und den Workshop-Ergebnissen abgeleitet werden können. Es obliegt der Politik bzw. politikvorbereitenden Verwaltung, eine Auswahl zu treffen und im Rahmen des Landessozialplans als strategische Ausrichtung der zukünftigen pflegepolitischen Maßnahmen festzulegen.

4.4.1 Bereich Pflegeleistungen

4.4.1.1 Handlungsfeld stationäre Pflege

Stationäre Einrichtungen für Senioren, allen voran die Seniorenwohnheime, bieten älteren Menschen ein geeignetes Wohn- und Lebensumfeld. Die derzeit ungefähr 4.400 Betten der 76 Seniorenwohnheime Südtirols bilden einen fundamentalen Bestandteil der Betreuung und Pflege von älteren Menschen und werden dies auch in Zukunft tun.

Aufgrund des überproportional hohen Anstiegs der Altersklasse 75+ durch den demografischen Wandel war die Versorgungsdichte an Pflegeheimbetten in den letzten Jahren rückläufig. Mit 8,0 Plätzen je 100 Einwohner*innen ab 75 Jahren (Stand 2018) liegt sie deutlich unter dem Zielwert von 8,9 Plätze des vorhergehenden Landessozialplans.

Dieses erste Handlungsfeld sieht demnach einen **überproportional starken Ausbau der stationären Pflegeeinrichtungen** vor, sodass nicht nur die aktuelle Versorgungslage gehalten, sondern bis 2030 der **Zielwert von 8,9 Plätzen in Seniorenwohnheimen je 100 Einwohner*innen ab 75 Jahren** wieder erreicht wird.

Um diesen Zielwert zu erreichen, sehen die wissenschaftlichen Projektionen auf Grundlage der prognostizierten Entwicklung der Altersklasse 75+ bis 2030 einen Ausbau auf **5.510 Plätze** vor. Das entspricht einem **Zuwachs von 1.141 Plätzen** oder 26,11% im Vergleich zur Ausgangssituation im Jahr 2018.

Natürlich bedarf es auch der entsprechenden **Pflegekräfte** zur Betreuung der älteren Menschen. Bei Beibehaltung des Personalschlüssels von 1,09 Plätzen pro Vollzeitäquivalent des Basisjahrs 2018 ergibt sich daraus eine prognostizierte Steigerung des Personalbedarfs der Seniorenwohnheime von 4.018 Vollzeitäquivalenten (2018) auf **5.067 Vollzeitäquivalente im Jahr 2030**. Dies entspricht einem **Anstieg um 1.049 Vollzeitäquivalenten** – und der daraus

resultierenden Notwendigkeit der Nachwuchsförderung und Attraktivierung des Pflegeberufs (siehe Abschnitt 4.4.2 Bereich Personal).

Für dieses Szenario spricht ein kontinuierlicher **Rückgang des Potentials der informellen Pflege** – und damit einhergehend eine größere Nachfrage nach professionellen Pflege- und Betreuungsdiensten:⁹

- Der demografische Wandel bringt eine „doppelte Alterung“ der Bevölkerung mit sich, d.h. dass die Zahl der älteren Menschen nicht nur absolut, sondern auch in Relation zur jüngeren Bevölkerung wächst.
- Die sinkende Haushaltsgrößen und steigende Frauenerwerbsquote führen ebenfalls zu einer geringeren Zahl an Personen, die potenziell die informelle Pflege übernehmen können.

Die Online-Umfrage sowie der Workshop mit Praxisexpert*innen des Bereichs haben gezeigt, dass eine **Anpassung des Personalschlüssels**, also Erhöhung der Plätze pro Vollzeitäquivalente, angedacht werden könnte. Dadurch könnte der projektierte Personalanstieg abgemildert und dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

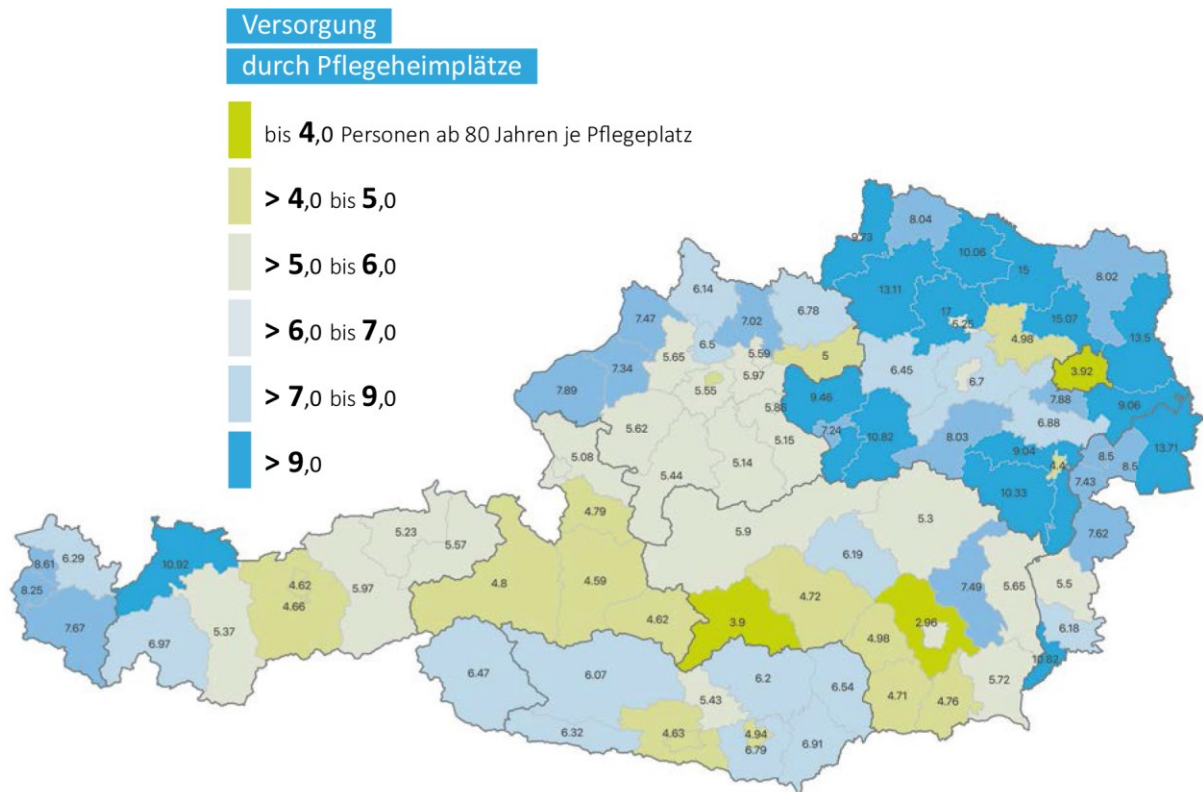
Generell hat die Einbindung der Praktiker aber wenig Zuspruch zu diesem Szenario des überproportional starken Ausbaus der stationären Pflege gezeigt. Eine Reduzierung wurde allerdings auch nicht propagiert, vielmehr war die vorwiegende Meinung, die aktuelle Versorgungslage beizubehalten. Bei einer **Versorgungsdichte von 8,0 Plätzen** je 100 Einwohner*innen ab 75 Jahren ergibt einen prognostizierten **zusätzlichen Bedarf von 584 Plätzen** im Jahr 2030. Umfangreiche Investitionen im Bereich der stationären Pflege scheinen also jedenfalls nötig. Dies deckt sich auch mit internationalen Erkenntnissen, wonach alternative Pflegeformen den Nachfrageanstieg nach stationärer Pflege abschwächen und zeitlich verzögern, aber nicht verhindern können.¹⁰

Auch im internationalen Vergleich scheint Südtirols aktuelle Versorgungsdichte von 8,0 Plätzen je 100 Einwohner*innen ab 75 Jahren durchaus angemessen. Österreich

⁹ Famira-Mühlberger & Firgo (2018)

¹⁰ Famira-Mühlberger & Firgo (2018)

beispielsweise misst die Versorgung durch Pflegeheimplätze in Form von Personen ab 80 Jahren je Pflegeplatz:



Stand: Ende 2018; für Oberösterreich und Salzburg: 2017

Quellen: erstellt mit dem Rauminformationssystem des RH;
Datengrundlagen: Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen;
Statistik Austria; Länder

Abbildung 4-48: Versorgung durch Pflegeheimplätze in Österreich¹¹

Die Versorgungslage auf Bezirksebene reicht dabei von rund drei Personen ab 80 Jahren pro Pflegeheimplatz in Graz-Umgebung bis zu rund 17 Personen ab 80 Jahren pro Pflegeheimplatz in Krems-Land.¹² Rechnet man Südtirols 4.369 Plätzen in den Seniorenwohnheimen (Jahr 2018) auf die 31.941 Einwohner ab 80 Jahren um, so ergibt sich eine Versorgungslage von **7,31 Personen ab 80 Jahren je Pflegeplatz**. Damit befindet sich Südtirol im Mittelfeld der österreichischen Bezirke.

¹¹ Rechnungshof Österreich (2020)

¹² Rechnungshof Österreich (2020)

4.4.1.2 Handlungsfeld informelle Pflege

Die informelle Pflege älterer Menschen durch Familienangehörige bildet ein zentrales Standbein der heutigen Pflegesicherung in Südtirol. Eine Analyse der Pflegegeldempfänger*innen zeigt beispielsweise, dass ca. 70% der Personen mit Pflegebedarf zu Hause und lediglich 30% in Heimen betreut werden.¹³ Aufgrund verschiedener Faktoren kann jedoch nicht ohne weiteres von einem Fortbestand der informellen Pflege im heutigen Ausmaß ausgegangen werden.

Zentrale Messgröße in diesem Bereich ist die **intergenerationelle Unterstützungsrate**.¹⁴ Sie stellt die potenziell pflegebedürftige Altersklasse 85+ den 50- bis 64-Jährigen – also der Personengruppe, die in der Regel die informelle Pflege übernimmt – gegenüber.

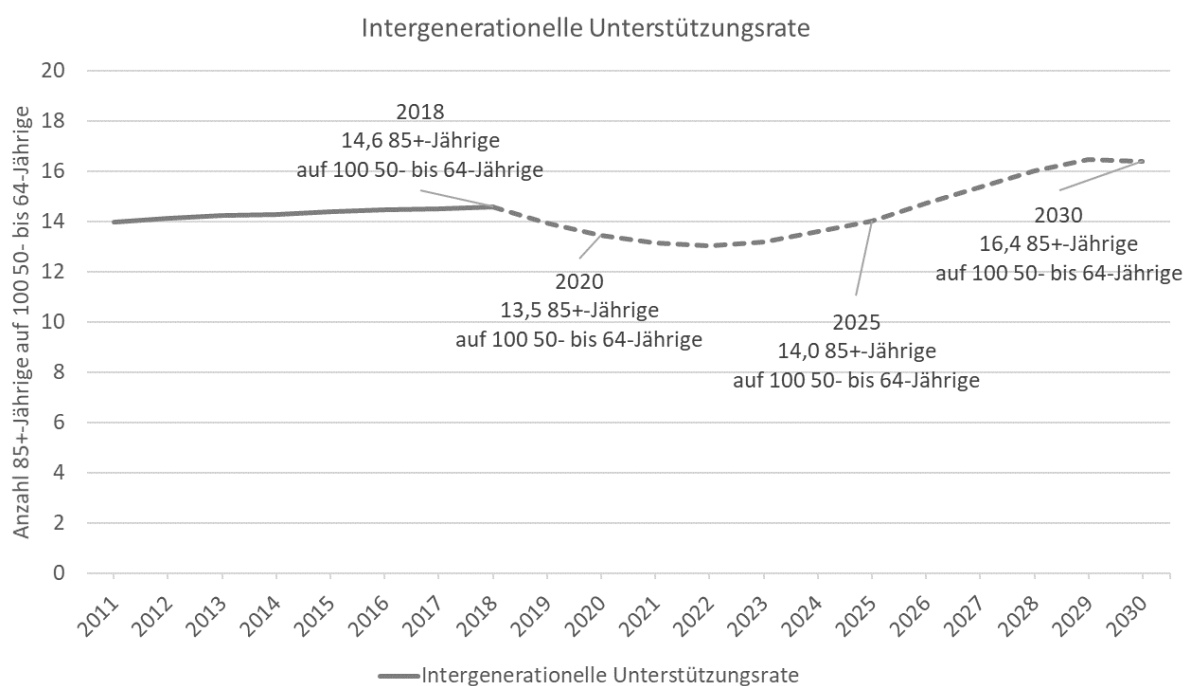


Abbildung 4-49: Prognose der Entwicklung der intergenerationellen Unterstützungsrate

Im Basisjahr 2018 standen 100 Personen der vornehmlich informelle Pflege leistenden Gruppe der 50- bis 64-Jährigen 14,59 potenziell pflegebedürftige Personen der Altersklasse 85+

¹³ Deeg (2019)

¹⁴ Famira-Mühlberger & Firgo (2018)

gegenüber. Bis **2030** kann ein **Anstieg der intergenerationellen Unterstützungsrate auf 16,41** prognostiziert werden. Der temporäre Rückgang der Unterstützungsrate in obenstehender Grafik ist auf die Übersterblichkeit während des Zweiten Weltkrieges zurückzuführen.

Ohne Anpassungen und Intervention ist demnach von einem **Rückgang des Potentials der informellen Pflege** auszugehen. Verstärkt wird dieser Trend durch folgende Faktoren:¹⁵

- Der demografische Wandel bringt eine „doppelte Alterung“ der Bevölkerung mit sich, d.h. dass die Zahl der älteren Menschen nicht nur absolut, sondern auch in Relation zur jüngeren Bevölkerung wächst.
- Die sinkende Haushaltsgrößen und steigende Frauenerwerbsquote führen ebenfalls zu einer geringeren Zahl an Personen, die potenziell die informelle Pflege übernehmen können.
- Die höhere Lebenserwartung und komplexere Krankheitsbilder machen vermehrt eine professionelle Betreuung nötig.

Dieses Handlungsfeld sieht demnach die **besondere Förderung der informellen Pflege und Unterstützung der pflegenden Familien** vor. Indem Familien besonders unterstützt und die Qualität der Pflege sichergestellt wird, soll die zentrale Rolle der informellen Pflege auch in Zukunft erhalten bleiben.

Insbesondere die Workshops mit den Praxisexpert*innen haben verschiedene Ansätze aufgezeigt, die im Rahmen dieses Szenarios verfolgt werden sollten:

Als fundamental haben die Praxisexpert*innen den Ausbau und die Verbesserung der **Netzwerkarbeit** im Sozialen hervorgehoben. Dazu gilt es, eine **zentrale Koordinations- und Anlaufstelle** für die Betroffenen einzurichten, die die Beratung, Begleitung und Ausbildung der pflegenden Familienangehörigen übernimmt bzw. vermittelt. Hierzu empfiehlt sich ein **Case Management**-Ansatz mit proaktiver Unterstützung der Betreuten und pflegenden Familienangehörigen, aber auch zum kontinuierlichen Austausch und der Kontrolle, um die **Qualität der Pflege** sicherstellen zu können.

¹⁵ Famira-Mühlberger & Firgo (2018)

Neben dieser zentralen Betreuungs- und Koordinationsfunktion obliegt es der öffentlichen Hand in diesem Szenario, die Unterstützung der Familien durch **professionelle Pflegedienstleistungen** auszubauen.

Dazu sollte ein **Ausbau der Hauspflege und Hauskrankenpflege** eingeplant werden. Im Rahmen dieses Szenarios sollte der Ausbau dabei über die projizierte Nachfragesteigerung von ca. 4% hinausgehen (vgl. Abschnitt 4.1.4). Ziel sollte vielmehr sein, dass die personelle und ressourcentechnische Ausstattung der Hauspflege es ermöglicht, den pflegenden Familien proaktiv Beratung, Vorbeugung und Hilfestellungen am Wohnort sowie in den Tagesstätten anbieten zu können.

Des Weiteren sollte mehr Unterstützung und **Entlastung für pflegende Familien** durch **Tagespflegeheime** und **Kurzzeitpflege** realisiert werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass den pflegenden Angehörigen genügend Erholungsphasen zur Verfügung stehen, um die informelle Pflege auch langfristig bewältigen zu können. Es gilt also, die Tagesheim- sowie Kurzzeitpflegeplätze stärker als projiziert auszubauen (vgl. Abschnitt 4.1.2).

Diese Maßnahmen können aber nur dann die informelle Pflege langfristig absichern, wenn ein Prozess zur **Sensibilisierung und Aufwertung der Pflege in der gesellschaftlichen Wahrnehmung** angestoßen wird. Ein wesentlicher Schritt dazu ist die **soziale Absicherung** der pflegenden Familienangehörigen. Diese Maßnahmen wirken nicht nur unmittelbar, sondern sollen auch indirekt zu einer besseren und **geschlechtergerechten Verteilung der Pflege** innerhalb der Familie beitragen.

4.4.1.3 Handlungsfeld Pflege in alternativen Formen außerhalb der Familie

Der durch den demografischen Wandel zu erwartende starke Anstieg an pflegebedürftigen älteren Menschen wird in den kommenden Jahren durch stationäre Dienste alleine schwer zu bewältigen sein. Gleichzeitig ist das Potential für informelle Pflege – heute zentrales Standbein der Pflegesicherung in Südtirol – aufgrund diverser Faktoren rückläufig. Insbesondere die „doppelte Alterung“ der Bevölkerung (absolut und in Relation zur jüngeren Bevölkerung) sowie sinkende Haushaltsgrößen und steigende Frauenerwerbsquote führen dazu, dass in Zukunft weniger Familien die Pflege ihrer älteren Angehörigen übernehmen können.

Dieses Handlungsfeld sieht demnach die Entwicklung und den stärkeren Ausbau von **Pflege in alternativen Formen außerhalb der Familie** und als Alternative zur stationären Unterbringung in Seniorenwohnheimen vor.

Hierzu sollte eine zweigleisige Strategie verfolgt werden. Zum einen soll ein möglichst langer selbstständiger Verbleib zu Hause gefördert werden. Zum anderen sollen alternative Formen der Unterbringung und Betreuung gestärkt und gefördert werden.

Um es den älteren Menschen zu ermöglichen, ihr Leben möglichst lange und **selbstbestimmt zu Hause** führen zu können, sollten entsprechende Unterstützungsmaßnahmen und -dienste stärker ausgebaut werden. Dazu zählen Einrichtungen wie **Tagesstätten** und **Seniorenmenschen**, die den älteren Menschen einen Fixpunkt geben und gleichzeitig Unterstützung und seniorengerechte Verpflegung bereitstellen. Gekoppelt werden sollte dieser Ansatz an eine **stärkere Einbindung der Gesellschaft** über die unmittelbare Familie hinaus, sodass ältere Menschen im Alltag – z.B. beim Einkaufen oder anderen Besorgungen – die nötige Unterstützung erfahren.

Ein selbstständiges Wohnen zu Hause ist jedoch nur bis zu einem gewissen Punkt möglich. Deshalb sollten auch **alternative Formen der Unterbringung und Betreuung** ausgebaut und gefördert werden. Darunter fallen neue Wohnformen wie das **begleitete und betreute Wohnen** – ein stationärer Dienst, der aber weniger pflegeintensiv als die Unterbringung in einem Seniorenwohnheim ist.

Der Fokus dieses Szenarios sollte aber auf der Pflege zu Hause durch **professionelle Hauspflegekräfte („Badanti“)** liegen. Diese leisten bereits heute einen wesentlichen Beitrag zur Pflegesicherung in Südtirol. Die trotz der großen gesellschaftlichen Bedeutung leider oftmals prekäre Situation der Hauspflegekräfte und der damit einhergehende Mangel an statistischen Daten erschweren genaue Analysen in diesem Bereich. Die Zahl der Hauspflegekräfte kann daher nur geschätzt werden. Die AFI-Studie *Das Pflegegeld in Südtirol: Stand. Entwicklungen. Perspektiven.*¹⁶ beruft sich beispielsweise auf die Altersstudie *Senioren-Dasein in Südtirol*. Demnach nehmen 3,3% der Personen über 65 Jahren und 16% der Personen über 85 Jahren die ständige Betreuung einer Hauspflegekraft in Anspruch.¹⁷ Für das Jahr **2018** ergaben sich daraus rechnerisch **5.507 Hauspflegekräfte** – eine Zahl, die in den Workshops

¹⁶ Untermaier (2016)

¹⁷ Landesinstitut für Statistik – ASTAT (2014b)

von den Praxisexpert*innen als realistisch, wenn auch eher konservativ geschätzt, eingestuft wurde.

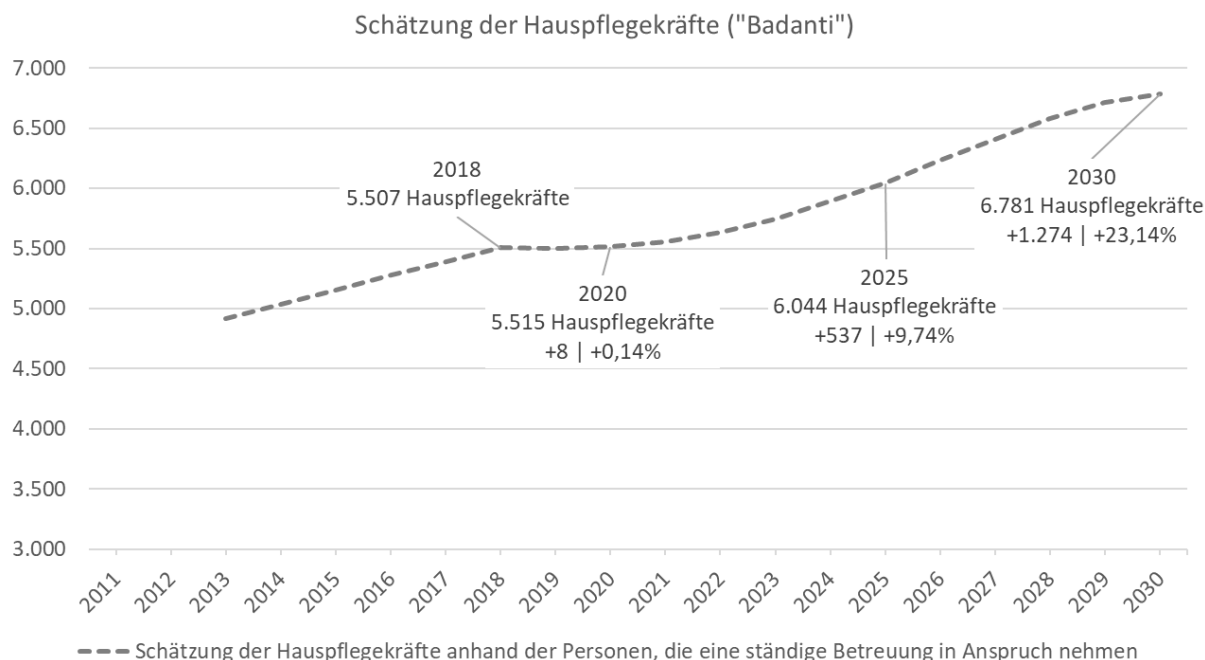


Abbildung 4-50: Schätzung und Prognose der Hauspflegekräfte

Die entsprechende Hochrechnung zeigt, dass die Zahl der Hauspflegekräfte bei gleichbleibender Versorgungslage **bis zum Jahr 2030 auf 6.781 ansteigen** wird.

Für die Zukunft sollte von politischer Seite die Grundsatzentscheidung getroffen werden, ob das System der Hauspflegekräfte wie bisher dem freien Markt überlassen oder die öffentliche Hand stärker steuernd eingreifen wird. Wobei von den Praxisexpert*innen im Rahmen der Workshops auch im ersten Fall weitreichendere Kontrollen der Hauspflegekräfte und eventuell eine Zertifizierung durch die öffentliche Hand als notwendig erachtet wurden. Der vorrangige Wunsch war jedoch eine **stärkere Steuerung des Systems der Hauspflegekräfte** durch die öffentliche Hand.

In erster Linie sollte ein **Berufsverzeichnis** geschaffen werden, um die Pflegelandschaft transparenter zu machen und Kriterien und Mindestvoraussetzungen für Hauspflegekräfte festzulegen. Allein die bessere Kenntnis über den Umfang und damit die Bedeutung der Hauspflegekräfte würde einen großen Mehrwert darstellen. Das vordergründige Ziel eines solchen Verzeichnisses ist aber, gewisse Qualitätsstandards zu garantieren sowie die Anforderungen und Erwartungen aufzuzeigen, um so beide Seiten zu schützen.

Darüber hinaus sollte eine **zentrale Anlaufstelle** angedacht werden, die im Sprengel angesiedelt werden sollte und eine Vermittlung der Hauspflegekräfte nach Bedürfnissen der Senioren leistet. Dies ermöglicht der öffentlichen Hand die implizite Kontrolle sowie Möglichkeit der Intervention durch die Sozialdienste im Bedarfsfall. Gleichzeitig wird die Vernetzung der Hauspflegekräfte mit den öffentlichen Pflegekräften ermöglicht, sodass Fachkräfte als Tutor für Hauspflegekräfte fungieren können.

4.4.2 Bereich Personal

4.4.2.1 Handlungsfeld Unterstützung und Förderung des Personals

Das Pflegesystem ist ein sehr personalintensiver Bereich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wichtigste Ressource und sollen in Zukunft noch stärker unterstützt werden. Die Expert*innen aus der Praxis des Bereichs haben an dieser Forderung in der Online-Umfrage, vor allem aber in den Diskussionen der Arbeitsgruppen, keinen Zweifel gelassen. Der demografische Wandel führt nicht nur zu einem Anstieg der zu betreuenden Personen, sondern unmittelbar damit verknüpft auch zu einem Nachfrageanstieg an Pflegepersonal.

Die nachstehende Grafik fasst die projizierte Personalentwicklung in Vollzeitäquivalenten der Dienste *Seniorenwohnheime* (Prognose laut aktueller Versorgungslage von 8,0 Plätze / 100 Personen 75+), *Tagespflegeheime*, *Hauspflege* und *Tagesstätten der Hauspflege* zusammen.

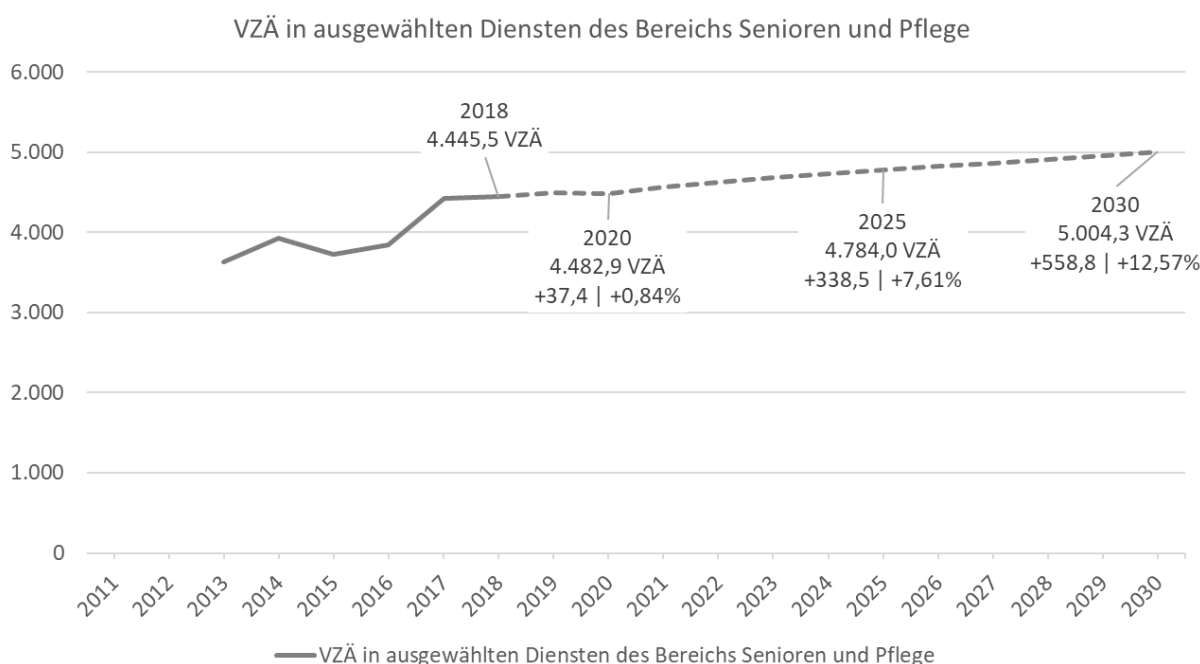


Abbildung 4-51: Prognose der Vollzeitäquivalente für ausgewählte Dienste des Bereichs Senioren und Pflege

Damit umfasst die Analyse nicht alle Bediensteten im Bereich Senioren und Pflege, bildet aber auf Grundlage der verfügbaren Daten ein breites Spektrum der Pflegeleistungen ab. Die prozentuelle Veränderung zum Basisjahr 2018 kann demnach als Approximation der zu erwartenden Personalentwicklung im gesamten Bereich der Senioren und Pflege herangezogen werden.

Unter Berufung auf das **Gesamtpersonal der Sozialdienste** laut Pressekonferenz der Landesrätin Deeg vom 20. Mai 2019¹⁸ von **6.832 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2018** ist bei einem prognostizierten Anstieg um 12,57% von einem Personalbedarf von **7.690,78 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2030** auszugehen. Dies entspricht einem zusätzlichen Personalbedarf im Ausmaß von 858,78 Vollzeitäquivalenten.

Anzumerken ist, dass es sich bei dieser Analyse nicht um eine Prognose im engeren Sinn, sondern um eine **Projektion** handelt: Die aktuelle Versorgungslage ausgedrückt in Plätzen pro Vollzeitäquivalent wird konstant gehalten – etwaige künftige Anpassungen der Pflegeinzidenzen aufgrund von Politikänderungen werden nicht berücksichtigt.

¹⁸ Deeg (2019)

Um dem drohenden Personalmangel zu begegnen, gilt es nicht nur, die Nachwuchsförderung (Handlungsfeld 4.4.2.2) und Ausbildung (Handlungsfeld 4.4.2.3) neuen Personals anzukurbeln, sondern insbesondere auch, die **bereits im Dienst befindlichen Fachkräfte bestmöglich zu unterstützen.**

Gehaltsanpassungen bilden dabei sicherlich einen wichtigen Faktor und die Praxisexpert*innen in den Workshops fordern beispielsweise eigene Lohnverhandlungen für Sozialberufe sowie einen eigenen Bereich im Kollektivvertrag.

Aus wissenschaftlicher Sicht ist von einer **überdurchschnittlich hohen Reallohnentwicklungen** für den Bereich Senioren und Pflege auszugehen bzw. eine solche erforderlich, um einer abzusehenden relativen Verknappung des Pflegepersonals (höhere Zahl älterer Menschen im Verhältnis zu potenziellen Pflegekräften) zu begegnen. Zentrale Kennzahl dieser gesellschaftlichen Pflegekapazität ist die **Abhängigenquote**: Sie drückt das Verhältnis zwischen den 65+-Jährigen – also potenziell pflegebedürftigen ältere Menschen – und den 20- bis 64-Jährigen – also Menschen im erwerbsfähigen Alter und damit potenzielle Pflegekräfte – aus.¹⁹

¹⁹ Famira-Mühlberger & Firgo (2018)

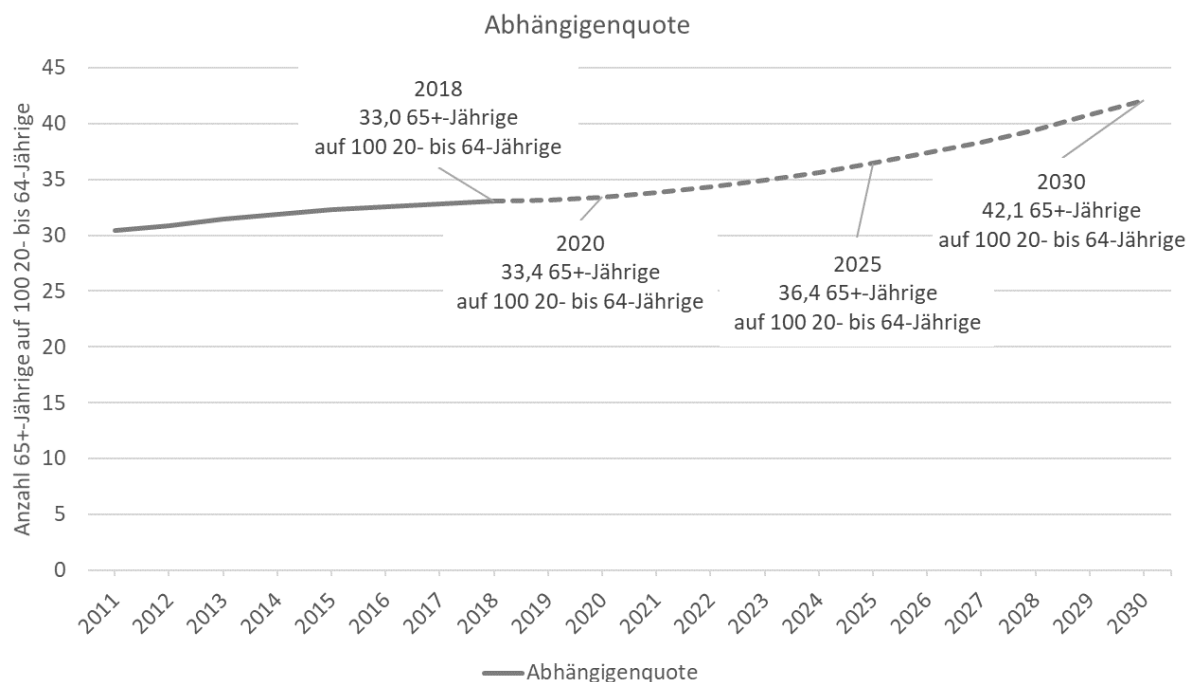


Abbildung 4-52: Prognose der Entwicklung der Abhängigenquote

Während im Basisjahr 2018 100 potenziellen Pflegekräften im Alter von 20 bis 64 Jahren 33,04 potenziell pflegebedürftige Personen der Altersklasse 65+ gegenüberstanden, so wird die Abhängigenquote bis 2030 auf 42,09 ansteigen. Es gilt also, die Attraktivität des Pflegeberufs sicherzustellen und auszubauen, um so den Nachfrageanstieg bewältigen zu können. Neben Gehaltsanpassungen haben die Expert*innen aus der Praxis in den Workshops dazu auch non-monetäre Verbesserungsvorschläge aufgezeigt:

Insbesondere wünschen sich die Praxisexpert*innen **mehr Wertschätzung** für den Sozialbereich, die Betreuten und natürlich auch die Mitarbeiter*innen. Die Corona-Krise hat die Wichtigkeit der Pflege als **systemrelevanten Beruf** aufgezeigt und sollte nun auch dauerhaft in der Gesellschaft verankert werden. Dies gilt für die gesamte Palette an Berufen im Sozialen, denn die Pflege erfordert nicht nur top ausgebildete Fachkräfte. Auch intern muss das Hierarchiedenken zwischen den Berufsbildern aufgebrochen und durch ein System der Zusammenarbeit, bei dem die Pflegebedürftigen im Mittelpunkt stehen, ersetzt werden.

Des Weiteren sollte die **Gleichwertigkeit zwischen sozialen und Gesundheitsberufen** nicht nur geschaffen, sondern auch in der Praxis umgesetzt und gelebt werden. Ein vielversprechender Ansatz aus den Arbeitsgruppen scheint die Etablierung einer **Interessensvertretung für den Sozialbereich**, ähnlich wie es sie in der Wirtschaft oder im Tourismus gibt.

Gleichzeitig sollte die Nachwuchsförderung (Handlungsfeld 4.4.2.2) und Ausbildung (Handlungsfeld 4.4.2.3) angepasst und verbessert werden, um den zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein.

4.4.2.2 Handlungsfeld Nachwuchsförderung und Attraktivität des Pflegeberufes

Parallel zur Unterstützung und Förderung des Personals (Handlungsfeld 4.4.2.1), die in erster Linie auf die Bedürfnisse der bereits in der Pflege tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzielen, ist eine Attraktivierung des Pflegeberufs nötig, um den zukünftigen Personalbedarf decken zu können.

Am **Image der Sozialberufe** muss gearbeitet und **Nachwuchsförderung** betrieben werden, um auch in Zukunft genügend Personen von Pflegeberufen überzeugen zu können und dem drohenden Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken.

Neben allgemeinen finanziellen Anreizen wurde von den Praxisexpert*innen in den Workshops insbesondere auch eine **gerechte Entlohnung** gefordert, die das Arbeitspensum finanziell honoriert.

Neben monetären Anreizen sollten auch **Karrieremöglichkeiten** geschaffen und die Entwicklung der Mitarbeiter*innen gefördert und **Handlungs- und Gestaltungsspielraum** eingeräumt werden. Zu den Entwicklungsmöglichkeiten und Karrierechancen gehört auch die Möglichkeit zum **Wechsel bzw. Umstieg innerhalb der sozialen Berufe**. Allerdings sollte auch die Belastung angeglichen werden, z.B. durch eine Änderung der Pflegeschlüssel, sodass eine exzessive Abwanderung in andere Sozialberufe (wie Hauspflege, Integration, Menschen mit Beeinträchtigung) vermieden werden kann.

Schlussendlich gilt es, mit der **Sensibilisierung** für die Vorteile der Pflegeberufe schon in **Volks-, Mittel- und Oberschulen** zu beginnen.

4.4.2.3 Handlungsfeld Ausbildung

Ein zentrales Handlungsfeld zur Ergänzung der Unterstützung und Förderung des Personals (Handlungsfeld 4.4.2.1) und Nachwuchsförderung (Handlungsfeld 4.4.2.2) ist die Ausbildung insbesondere der Pflegekräfte.

Um der steigenden Nachfrage nach Personal in Bereich der Senioren und Pflege gerecht zu werden, muss die **Ausbildung angepasst** werden, um den heutigen und zukünftigen Gegebenheiten und Anforderungen gerecht zu werden.

Über diese Notwendigkeit waren sich die Expert*innen aus der Praxis bei den Workshops einig. Die Diskussion hat auch Ansatzpunkte aufgezeigt, wie die Ausbildung im Bereich Pflege und Senioren in Zukunft angepasst und verbessert werden kann. Als allgemeiner Ansatz wurde gefordert, in der Personalausbildung (noch stärker) von den **Bedürfnissen der Senioren auszugehen**. Dazu ist entscheidend, dass die Ausbildung ein **realistisches Bild** des Alltags in der Pflege vermittelt. Dies kann durch mehr **Praxisbezug und Expertenunterricht** und einer verstärkt **berufsbegleitenden Ausbildung** ähnlich dem Lehrlingssystem erreicht werden.

Mit den Anpassungen der Ausbildung soll auch sichergestellt werden, dass es **einheitliche Grundlinien und Grundlagen** für den gesamten Bereich gibt. Dies erfordert insbesondere eine Angleichung der Grundlinien der deutschen (Hannah Arendt) und italienischen Fachschule (Levinas). Zudem sollte die Ausbildung der **Krankenpfleger*innen** den Bereich der Senioren und Pflege stärker thematisieren und nicht nur auf die Arbeit im Krankenhaus bzw. der Sanität abzielen.

Auch aus organisatorischer Sicht sind Anpassungen möglich, um die Ausbildung in Zukunft flexibler und weniger rigide zu gestalten und den Zugang zum Pflegeberuf zu erleichtern. Die Praxisexpert*innen haben dazu in den Arbeitsgruppen die **Senkung des Mindestalters von 26 Jahren** für berufsbegleitende Ausbildung, **dezentrale technologiegestützte Ausbildungsformen** wie Webinare sowie die Öffnung der Abschlussprüfungen auch für **Privatisten** gefordert. Gleichzeitig gelte es, Hürden aus dem Weg zu räumen, indem beispielsweise die **Anerkennung ausländischer Studientitel** erleichtert wird.

Schlussendlich sollten nicht nur junge Berufseinsteiger*innen, sondern auch **Erwachsene für den Pflegeberuf gewonnen werden**. Dies kann beispielsweise durch finanzielle Unterstützung erfolgen, es sollten aber auch entsprechende Ausbildungen und Umschulungen angeboten werden. Insbesondere sollte auch das Potenzial der **Migrant*innen** erkannt werden. Dies kann nicht nur dazu beitragen, zugewanderte Personen voll in die Gesellschaft zu integrieren, sondern auch die Zukunft unserer Gesellschaft abzusichern.

4.4.3 Bereich Finanzierung

Die Handlungsfelder der Bereiche *Pflegeleistungen* und *Personal* ergänzen sich gegenseitig und müssen parallel verfolgt werden, um den zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden. Auch im Bereich der Finanzierung schließen sich die Handlungsfelder zwar nicht gegenseitig aus, erfordern aber sehr wohl eine politisch-strategische Entscheidung und Priorisierung.

Sollte der Landessozialplan beispielsweise die Beibehaltung des heutigen Finanzierungsmodells mit großem Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand vorsehen, bedeute das natürlich keinen vollständigen Verzicht auf private Beteiligung an den Kosten. Umgekehrt bedeutet eine Entscheidung für höhere private Kostenbeteiligung auch keine absolute Einstellung der öffentlichen Finanzierung des Bereichs Senioren und Pflege. Allerdings sind dies strategische Grundsatzentscheidungen, die die Ausgestaltung der Dienste und Leistungen sowie deren Ressourcenausstattung grundlegend prägen können.

Zunächst gilt es, den Umfang der öffentlichen Finanzierung des Bereichs Senioren und Pflege abzustecken. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über den Finanzierungsbeitrag aus dem Landessozialfonds für ausgewählte Dienste und Leistungen:

	Anzahl Einrichtungen	Betten Plätze	Betreute Personen	Stunden Leistungen	Personal VZÄ	Finanzierung Landessozialfonds
Seniorenwohnheime	76	4.369	4.397		4.018,2	100.494.576,36 €
Tagespflegeheime	13	162			46,3	1.878.833,26 €
Begleitetes Betreutes Wohnen	16	218				
Hauspflege: zu Hause			5.683	301.803	350,8	9.438.203,77 €
Hauspflege: Tagesstätte			6.827	38.033	30,2	953.239,15 €
Hauspflege: Essen auf Rädern			2.692	380.700		386.363,61 €
Senioren Mensen	11	441		69.010		233.086,50 €

Tabelle 4-25: Landessozialfonds - Finanzierung ausgewählter Dienste und Leistungen des Bereichs Senioren und Pflege (Stand: 2018)²⁰

Daraus lässt sich der **Finanzierungsbeitrag je Leistungseinheit** aus dem Landessozialfonds berechnen, indem die jeweilige Finanzierung durch die entsprechenden Plätze bzw. Stunden und Leistungen dividiert wird:

	Betten Plätze	Stunden Leistungen	Finanzierung Landessozialfonds	Finanzbeitrag pro Platz bzw. Leistung
Seniorenwohnheime	4.369		100.494.576,36 €	23.001,73 €
Tagespflegeheime	162		1.878.833,26 €	11.597,74 €
Begleitetes Betreutes Wohnen	218			
Hauspflege: zu Hause		301.803	9.438.203,77 €	31,27 €
Hauspflege: Tagesstätte		38.033	953.239,15 €	25,06 €
Hauspflege: Essen auf Rädern		380.700	386.363,61 €	1,01 €
Senioren Mensen	441		233.086,50 €	528,54 €
113.384.302,65 €				

Tabelle 4-26: Landessozialfonds - Finanzierungsbeitrag je Leistungseinheit ausgewählter Dienste und Leistungen des Bereichs Senioren und Pflege (Stand: 2018)

²⁰ Waldner (2020)

Dieser Finanzierungsbeitrag pro Platz bzw. Leistung erlaubt eine Hochrechnung der zu erwartenden Kosten, wenn die wissenschaftlichen Prognosen aus Abschnitt 4.1 zugrunde gelegt werden.

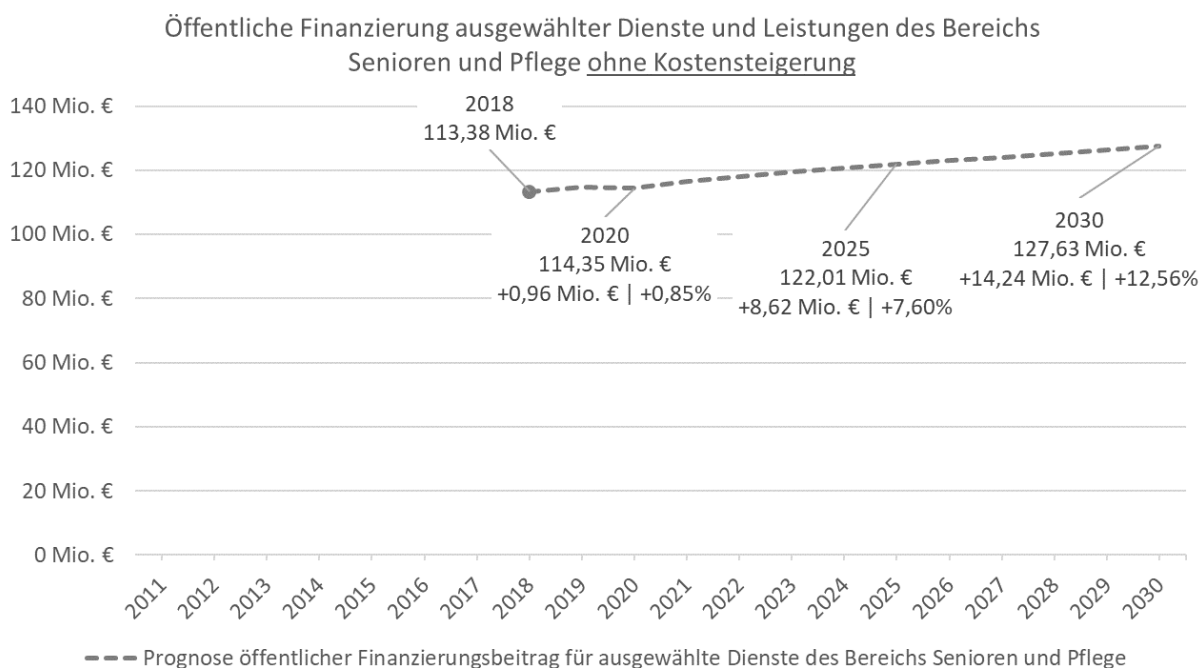


Abbildung 4-53: Prognose des öffentlichen Finanzierungsbeitrags für ausgewählte Dienste des Bereichs Senioren und Pflege ohne Kostensteigerung

Zusätzlich zur Entwicklung aufgrund der steigenden Nachfrage gemäß den Prognosen sollten auch die **jährlichen Kostensteigerungen** berücksichtigt werden:

Zum einen ist von einer überdurchschnittlich hohen **Reallohnentwicklung** im Pflegebereich auszugehen (vgl. Handlungsfeld 4.4.2.1 Unterstützung und Förderung des Personals). Die hohe Personalintensität des Pflegesektors ermöglicht zudem weniger Rationalisierungsmaßnahmen, wie sie in anderen Wirtschaftssektoren üblich sind. Dadurch wird die **Produktivitätsentwicklung** des Bereichs niedriger als die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung ausfallen, was zu einem relativen Kostenanstieg führt.²¹ Schlussendlich ist aufgrund des demografischen Wandels und der höheren Lebenserwartung

²¹ Famira-Mühlberger & Firgo (2018)

von einer **steigenden Zahl Hochbetagter mit multimorbiden und dementiellen Erkrankungen** auszugehen, die kostenintensivere Pflege benötigen.²² Vergleichbare Studien gehen daher von einer durchschnittlichen **Stückkostensteigerung** der Leistungen und Dienste von **jährlich 2%** aus,²³ die auch der nachfolgenden Analyse zugrunde gelegt wird.

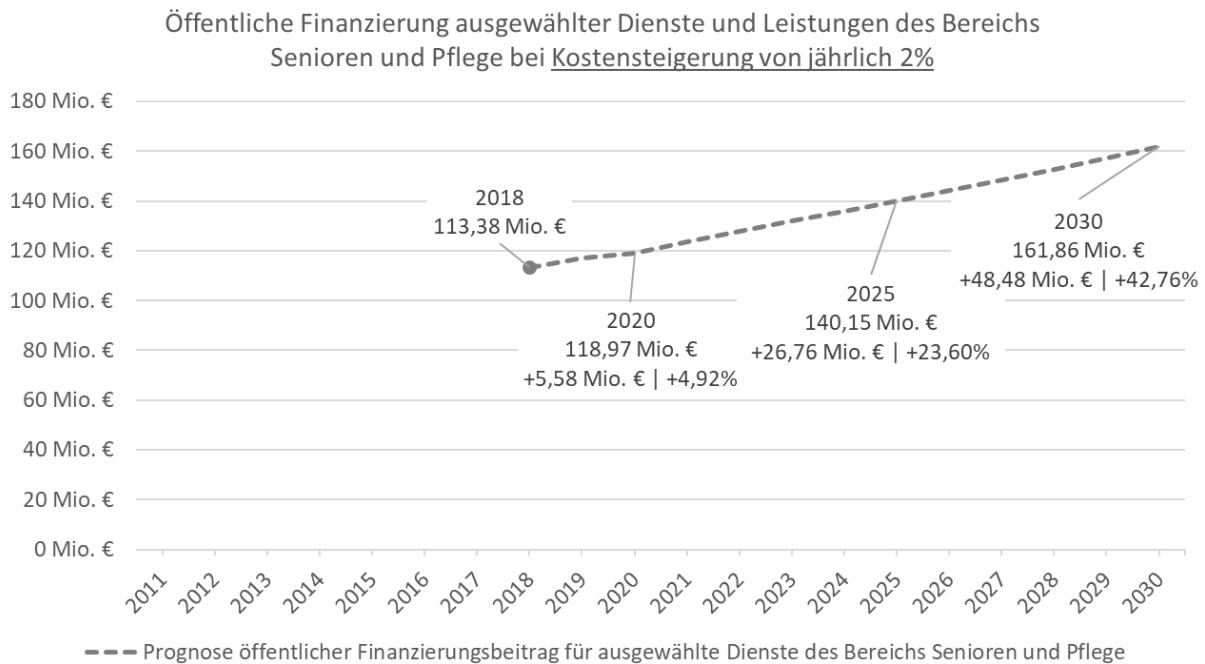


Abbildung 4-54: Prognose des öffentlichen Finanzierungsbeitrags für ausgewählte Dienste des Bereichs Senioren und Pflege bei Kostensteigerung von jährlich 2%

Den zweiten Teil der öffentlichen Finanzierungen des Bereichs Senioren und Pflege bilden die **Transferzahlungen**, allen voran das Pflegegeld zugunsten zu Hause lebender Empfänger*innen:

²² Kingston et. al (2018)

²³ Famira-Mühlberger & Firgo (2018)

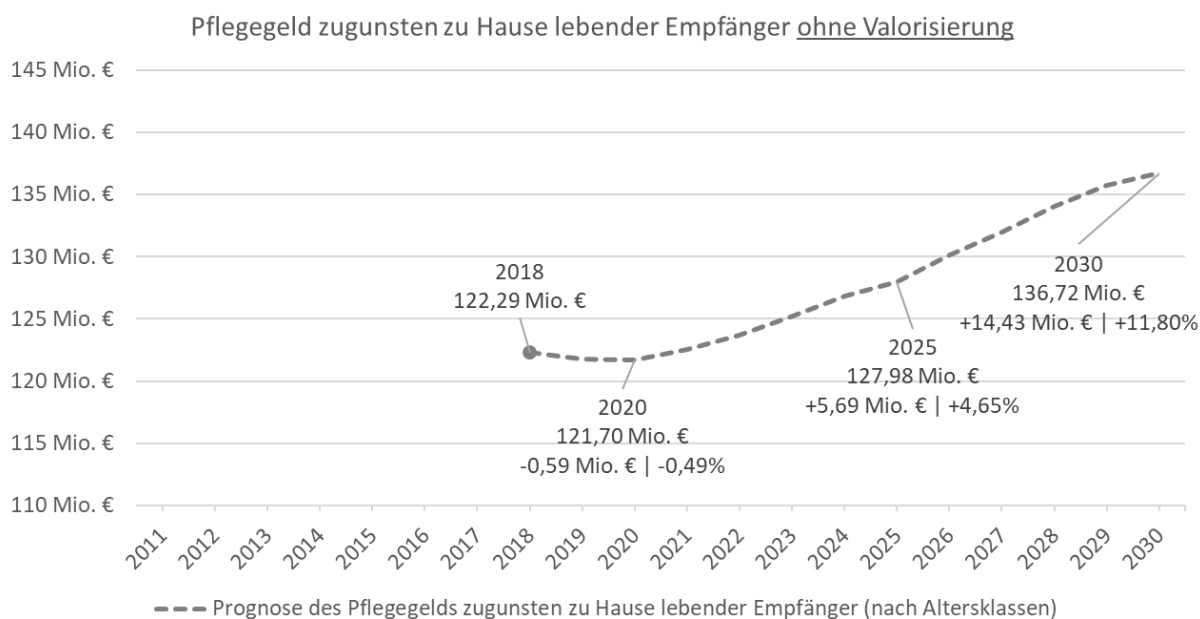


Abbildung 4-55: Prognose des Pflegegelds zugunsten zu Hause lebender Empfänger*innen ohne Valorisierung

Auch beim Pflegegeld ist es möglich, eine **Valorisierung** einzurechnen, um die zukünftigen Kosten besser abschätzen zu können. Allerdings erfolgt eine umfassende Anpassung des monatlichen Pflegegeldtarifs nicht regelmäßig. Die Höhe des Pflegegeldes der Stufen 2 bis 4 wurde in den letzten Jahren konstant gehalten. Lediglich die erste Stufe – die an gesamtstaatliche Vorgaben gebunden ist – wurde regelmäßig aufgewertet. Seit 2013 wurde die erste Pflegestufe jährlich zwischen 1 € (+ 0,18% zum Vorjahr) und 4 € (+ 0,73% zum Vorjahr) erhöht. Im Schnitt wurde die **Pflegestufe 1 jährlich um 2,1 € oder 0,38%** im Vergleich zum Vorjahr aufgewertet. Rechnet man diese durchschnittliche prozentuelle Valorisierung der ersten Pflegestufe ein, so ergibt sich folgendes Bild:

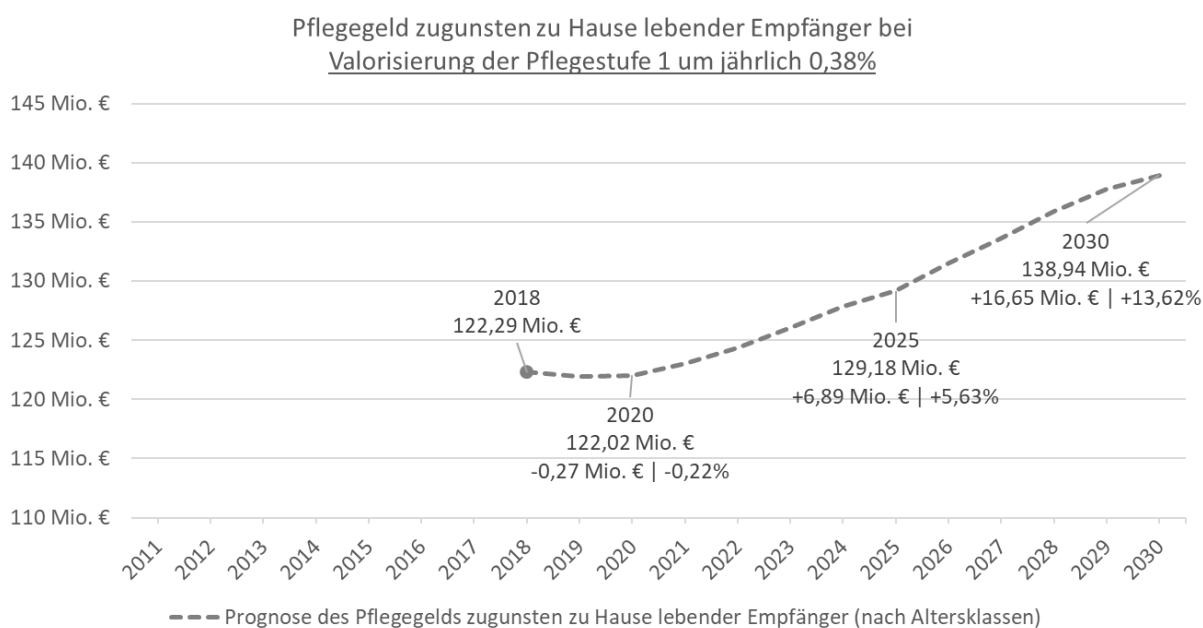


Abbildung 4-56: Prognose des Pflegegelds zugunsten zu Hause lebender Empfänger*innen inkl. Valorisierung der Pflegestufe 1

Die Finanzierung der öffentlichen Hand für die zentralen Dienste des Bereichs Senioren und Pflege sowie das Pflegegeld als wichtigste Transferzahlung lag im **Basisjahr 2018** demnach in Summe bei **235,67 Mio. €**.

Eine **Projektion auf Basis des heutigen öffentlichen Finanzierungsbeitrags** je Leistungseinheit für den prognostizierten Nachfrageanstieg (vgl. Abschnitt 4.1 Wissenschaftliche Prognosen) ergibt für das **Jahr 2030** eine erwartete öffentliche Finanzierung von **264,35 Mio. €**. Dies entspricht einem zusätzlichen Finanzbedarf von 28,67 Mio. € bzw. einem Zuwachs um 12,17% im Vergleich zum Basisjahr.

Realistischer scheint jedoch, **Kostensteigerungen** bei der Leistungserbringung sowie die **Valorisierung des Pflegegelds** – zumindest der Pflegestufe 1 – in der Kostenprojektion zu berücksichtigen. Damit ergibt sich für das **Jahr 2030** eine erwartete öffentliche Finanzierung von **300,81 Mio. €**. Dies entspricht einem zusätzlichen Finanzbedarf von 65,13 Mio. € bzw. einem Zuwachs um 27,64% im Vergleich zum Basisjahr.

Anzumerken ist, dass es sich bei diesen Hochrechnungen nicht um Prognosen im engeren Sinn, sondern um **Projektionen** handelt: Die aktuelle Versorgungslage der Dienste und Leistungen

sowie des Pflegegelds wird konstant gehalten – etwaige künftige Anpassungen der Pflegeinzidenzen aufgrund von Politikänderungen werden nicht berücksichtigt.

4.4.3.1 Handlungsfeld Finanzierungsmodell mit großem Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand

Das heutige Finanzierungsmodell des Bereichs Senioren und Pflege baut auf einem großen Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand auf. Die Analyse zentraler Dienste und Leistungen sowie Transferzahlungen des Bereichs zeigen einen **öffentlichen Finanzierungsbeitrag von 235,67 Mio. €** im Basisjahr 2018 (vgl. 4.4.3 Bereich Finanzierung). Bereits im heutigen System leisten die Empfänger*innen und Nutzer*innen der Dienste einen Beitrag zu deren Finanzierung. Dieser erfolgt über ein Tarifsystem und ist an die finanziellen Möglichkeiten der Personen gebunden. Die private Beteiligung ist im heutigen System allerdings vergleichsweise gering.

Die Workshops mit den Expert*innen aus der Praxis liefern Argumente für die Beibehaltung des heutigen Systems mit großem Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand:

Das derzeitige **Tarifsysteem** sei ausgeglichen und nachvollziehbar. Es braucht keine grundlegende Änderung, Optimierungspotential besteht aber. Zentrale Aufgabe der Politik ist es, **Leistungsstandards** im Sinne von **Minimalstandards** zu definieren, mit denen die Bevölkerung rechnen kann. Damit verbunden ist die Forderung nach **Kostentransparenz und Kostenwahrheit**, sodass nicht nur die öffentliche Verwaltung, sondern auch die Bürger*innen sich der Kosten von Diensten und Leistungen bewusst werden. Gleichzeitig ermöglicht die Kenntnis der Kostenstruktur auch eine **Gleichbehandlung öffentlicher und privater (nicht gewinnorientierter) Träger** bei der Finanzierung.

Zur Stärkung und Absicherung des Tarifsystems sollte die **Ermittlung des Einkommens und Vermögens vereinheitlicht** werden. Ein einheitliches und klares System kann dabei helfen, die **Verwaltungsprozesse zu vereinfachen**. Zudem soll dadurch die Einkommens- und Vermögenssituation möglichst vollständig und korrekt erfasst und der private Finanzierungsbeitrag im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sichergestellt werden.

Schlussendlich haben sich die Expert*innen der Workshops auch bei Beibehaltung des bestehenden Finanzierungsmodells dafür ausgesprochen, dass Anreize gesetzt werden, damit Personen im Sinne einer „**Hilfe zur Selbsthilfe**“ möglichst lange selbständig bleiben.

Analog zur weitreichenden öffentlichen Finanzierung der Dienste und Leistungen sieht dieses Handlungsfeld auch die Beibehaltung des **Pflegegelds** in seiner heutigen Form, d.h. **ohne einkommens- und vermögensabhängige Staffelung**, vor.

Laut den Praxisexpert*innen wäre der **bürokratische Aufwand** zur Kontrolle der finanziellen Situation der Pflegegeldempfänger*innen unverhältnismäßig. Die Einkommens- bzw. Vermögenssituation kann **verschleiert** werden. Dadurch würden **Ungleichbehandlungen** bei einer einkommens- und vermögensabhängigen Staffelung entstehen. Vielmehr werden strengere **Kontrollen der Bedürftigkeit und Verwendung des Pflegegelds** gefordert, um dem Missbrauch von Geldleistungen entgegenzuwirken. Als Alternative zur Einführung einer Einkommens- und Vermögensabhängigkeit wurde eine **stärkere Differenzierung der Pflegestufen (z.B. von 4 auf 6)** angeregt.

Eine weitere Option, die derzeit politisch diskutiert wird, ist die Einführung eines **Zusatzpflegefonds** in Anlehnung an das Modell des Zusatzrentenfonds.²⁴ Entsprechend der Maxime eines großen öffentlichen Finanzierungsanteils wird die Einrichtung eines Zusatzpflegefonds in diesem Handlungsfeld abgelehnt. Die Expert*innen aus der Praxis haben im Rahmen der Workshops ins Feld geführt, dass durch einen solchen Fonds das **Finanzierungssystem noch unübersichtlicher** würde. Zudem sei nicht geklärt, wie ein solcher Zusatzpflegefonds realisiert werden soll. Würde ein solcher beitragsfinanzierter Fonds als Ergänzung des steuerfinanzierten Pflegefonds dienen oder diesen langfristig ablösen? In jeden Fall ist davon auszugehen, dass die Erwartungen und Ansprüche der Bürger*innen an das Sozialwesen steigen würden.

4.4.3.2 Handlungsfeld Finanzierungsmodell mit stärkerer privater Beteiligung

Im heutigen Finanzierungsmodell steht der Versorgungsgedanke (durch die öffentliche Hand) im Vordergrund. Während die öffentliche Hand weiterhin eine bedeutende Rolle in der Finanzierung des Bereichs Pflege und Senioren spielen muss, sieht dieses Handlungsfeld eine Abkehr von diesem Grundsatz vor. Stattdessen soll der **Vorsorgegedanke** im Mittelpunkt stehen: Es müssen nicht nur **Anreize** geschaffen, sondern die Menschen auch dazu **verpflichtet** werden, **Geld anzusparen** und für die eigene Zukunft **stärker vorzusorgen**.

²⁴ Dolomiten (2020)

Neben der allgemeinen Notwendigkeit des Überdenkens und der Anpassung von Leistungen sowie der Förderung der Selbstständigkeit und „Hilfe zur Selbsthilfe“ betreffen die Vorschläge der Praxisexpert*innen aus den Workshops vor allem das **Tarifsystem**: Das heutige Tarifsystem sei **nachvollziehbar, aber nicht ausgeglichen**. Eine **Überprüfung und Anpassung der Tarife** wird gefordert. In erster Linie gilt es, die Vollkosten der Sozialleistungen zu ermitteln und gemeinsam mit dem jeweiligen Kostendeckungsgrad durch die Tarife transparent zu machen. Das Ziel im Rahmen dieses Handlungsfelds ist natürlich, einen **höheren Kostendeckungsgrad durch die Tarife** anzustreben.

So soll ein **besser ausgewogenes Tarifsystem** entstehen, das stärker zwischen Tarifen und Einrichtungen differenziert. Insbesondere sollten durch den Tarif nur **Standardleistungen** – deren Definition der Politik obliegt – abgedeckt werden. Über diese Standardleistungen hinausgehende Zusatzleistungen sollten hingegen rein privat finanziert werden.

Zusammenfassend sieht dieses Handlungsfeld vor, dass die Pflegesicherung in eine **Pflegeversicherung** umgewandelt wird. Die Bürger*innen sollen stärker an der Finanzierung beteiligt werden, aber auch mehr Wahlmöglichkeiten haben. In diesem Zusammenhang sollte auch das **Pflegegeld** in Zukunft **einkommens- und vermögensabhängig** gestaffelt werden. Dadurch soll eine stärkere und gerechtere Beteiligung an den Kosten der Standardleistungen erzielt werden. Gleichzeitig sollte ein **Zusatzpflegefonds** eingerichtet werden, der es Privatpersonen ermöglicht, Gelder zweckgebunden und (möglicherweise) steuerbegünstigt anzusparen. Dadurch sollen in Zukunft Zusatzleistungen finanziert und die Eigenverantwortung der Betroffenen gestärkt werden.

4.4.3.3 Handlungsfeld Fokus auf Sach- und Dienstleistungen

Dieses und das folgende Handlungsfeld 4.4.3.4 Fokus auf Transferzahlungen stellen die alternativen Herangehensweisen für die zukünftige Ausrichtung des Sozialwesens im Bereich Senioren und Pflege dar. Wie bei der Gewichtung des Finanzierungsmodells zwischen öffentlichem und privatem Finanzierungsanteil handelt es sich nicht um eine absolute Entscheidung, wohl aber um strategische Leitlinien für die Zukunft. Für beide Optionen haben die Expert*innen aus der Praxis in den Workshops Vorteile, die es zu nutzen, aber auch Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, aufgezeigt.

Wie die Analysen im Abschnitt 4.4.3 gezeigt haben, ist die Höhe der öffentlichen Finanzierung von (ausgewählten) Sach- und Dienstleistungen (113,38 Mio. €) sowie für das Pflegegeld (122,29 Mio. €.) als wichtigste Transferzahlung im Basisjahr 2018 vergleichbar.

Dieses Handlungsfeld sieht vor, dass in Zukunft öffentliche Mittel vermehrt für die **Finanzierung bzw. das Angebot von Sach- und Dienstleistungen** anstelle von Transferzahlungen eingesetzt werden.

Laut den Expert*innen aus der Praxis haben von der öffentlichen Hand angebotene Sach- und Dienstleistungen den Vorteil einer hohen und garantierten **Professionalität und Qualität** durch die unmittelbare Steuerung. Da die öffentliche Hand mit ihrem Angebot keine Gewinnabsicht verfolgt, kann zudem ein **flächendeckender Dienst** mit Angeboten auch in der Peripherie sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang fordern die Praxisexpert*innen, dass in Zukunft **Angebote auf lokaler Ebene gebündelt und koordiniert** werden. Insbesondere sollte z.B. Sensibilisierung für das Thema Wohnen im Alter betrieben und letztlich auch konkret angeboten werden, was lokal gewünscht wird. Die Expert*innen aus der Praxis sehen die Rolle und Verantwortungsübernahmen hierfür stark bei den **Gemeinden**.

Durch das **Tarifsystem** sind die Sach- und Dienstleistungen zudem für die Nutzer*innen leistbar. Ein gesamtwirtschaftlicher Vorteil entsteht durch die Aufdeckung bzw. Reduzierung von Schwarzarbeit oder unrechtmäßigem Bezug bzw. Verwendung von Transferzahlungen.

Neben den Vorteilen sehen die Praxisexpert*innen auch Herausforderungen, wenn die öffentliche Hand das Angebot von Sach- und Dienstleistungen forciert. In erster Linie sind die **Ressourcen und Kapazitäten begrenzt**. Der drohende Personalangel (siehe 4.4.2 Bereich Personal) verstärkt sich bei einem überproportionalen Ausbau der Dienste und Leistungen zusätzlich. Im Rahmen dieses Handlungsfelds sollte also umso entschiedener in Unterstützung und Förderung des Personals (Handlungsfeld 4.4.2.1), Ausbildung (Handlungsfeld 4.4.2.3) und Attraktivierung des Pflegeberufs (Handlungsfeld 4.4.2.2) investiert werden. Gleichzeitig sollten auch die anderen Kapazitäten, wie beispielsweise die Plätze in der stationären Pflege (Handlungsfeld 4.4.1.1), ausgebaut werden.

Neben dem Ausbau der Kapazitäten sollte im Rahmen dieses Handlungsfelds durch **Entbürokratisierung** und größerer **Flexibilität** sowohl beim Zugang als auch bei den angebotenen Sach- und Dienstleistungen selbst den klassischen Nachteilen des öffentlichen Sektors im Vergleich zur Privatwirtschaft entgegenwirkt werden.

4.4.3.4 Handlungsfeld Fokus auf Transferzahlungen

Dieses und das vorhergehende Handlungsfeld 4.4.3.3 Fokus auf Sach- und Dienstleistungen stellen die alternativen Herangehensweisen für die zukünftige Ausrichtung des Sozialwesens im Bereich Senioren und Pflege dar. Wie bei der Gewichtung des Finanzierungsmodells zwischen öffentlichem und privatem Finanzierungsanteil handelt es sich nicht um eine absolute Entscheidung, wohl aber um strategische Leitlinien für die Zukunft. Für beide Optionen haben die Expert*innen aus der Praxis in den Workshops Vorteile, die es zu nutzen, aber auch Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, aufgezeigt.

Wie die Analysen im Abschnitt 4.4.3 gezeigt haben, ist die Höhe der öffentlichen Finanzierung von (ausgewählten) Sach- und Dienstleistungen (113,38 Mio. €) sowie für das Pflegegeld (122,29 Mio. €) als wichtigste Transferzahlung im Basisjahr 2018 vergleichbar.

Dieses Handlungsfeld sieht vor, dass in Zukunft öffentliche Mittel vermehrt für **Transferzahlungen zugunsten von pflegebedürftigen Personen** anstelle der Finanzierung von Sach- und Dienstleistungen eingesetzt werden.

Grundgedanke dieses Handlungsfelds ist es, dass die Empfänger*innen von Transferzahlungen mit diesen Geldmitteln ihren Pflegebedarf durch Angebote am Markt abdecken. Dies soll den Betroffenen mehr **Flexibilität** und größtmögliche Freiheit bieten, da sie sich ihr Leistungsbündel selbst nach ihren individuellen Bedürfnissen zusammenstellen können. Die Betroffenen profitieren so von einer möglichst **selbstbestimmten Lebensführung** und die Transferzahlungen tragen zur Stärkung des Familienbudgets bei.

Allerdings birgt ein stärkerer Fokus auf Transferzahlungen auch gewisse Risiken, die im Rahmen dieser Handlungsempfehlung gemanagt werden müssen. Allen voran erfolgt die Steuerung und Kontrolle durch die öffentliche Hand nur indirekt und es sollten besondere Anstrengungen unternommen werden, um die **Qualität der Dienste und Leistungen** sicherzustellen. Auch die auf die hinreichende Verfügbarkeit von Sach- und Dienstleistungen in der Peripherie sollte geachtet werden. In diesem Zusammenhang fordern die Praxisexpert*innen, dass in Zukunft **Angebote auf lokaler Ebene gebündelt und koordiniert** werden – auch wenn diese nicht von der öffentlichen Hand selbst angeboten werden. Gleichzeitig sollten die **Kontrollen** bezüglich des unrechtmäßigen Bezugs bzw. Verwendung von Transferzahlungen intensiviert werden.

Das Thema des drohenden **Personalmangels** im Pflegebereich ist auch im Privatsektor nicht ausgeschlossen, kann durch flexiblere Handhabung – etwa dem Verzicht auf die

Zweisprachigkeit – aber abgemildert werden. Schlussendlich können die Vorteile der Flexibilität in der Zusammenstellung der individuellen Leistungen auch zu einer höheren Belastung der (pflegenden) Angehörigen führen. Hier sollte entsprechende Unterstützung und Betreuung vorgesehen werden.

4.5 Internationale Good Practice-Beispiele Bereich Senioren und Pflege

Dieser Abschnitt fasst den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Recherchen zu internationalen Beispielen der Organisation, Ausgestaltung und strategischen Planung im Bereich Senioren und Pflege zusammen.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die Studie *Aktuelle und künftige Versorgungsfunktion der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste in Österreich* des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO). Der Ansatz und die Herangehensweise dieser Studie bilden den zentralen Ansatzpunkt für das Forschungsprojekt Sozialdienste Südtirol 2030.

4.5.1 Österreich

Der Ansatz des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) bildet den wissenschaftlichen Rahmen für das Forschungsprojekt Sozialdienste Südtirol 2030.

Das WIFO untersucht die derzeitige und künftige Bedeutung von Pflege- und Betreuungsdiensten in Österreich vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und möglicher politischer Maßnahmen zur Veränderung des Versorgungsmix. In der Studie wird der zu erwartende zukünftige Leistungsumfang mobiler Dienste und der Pflegedienste projiziert. Zudem werden anhand von vier Politikszarien (Verschiebung des Versorgungsmix zugunsten der stationären Pflege, der 24-Stunden-Betreuung und der mobilen Dienste, relative Erhöhung des Potentials für informelle Pflege) die Auswirkungen von strategischen Entscheidungen und Zielsetzungen durch die Entscheidungsträger des Sozialwesens aufgezeigt und so eine wertvolle Datengrundlage als Unterstützung bei der Entscheidungsfindung geschaffen.

Dabei hat das WIFO folgende wesentliche Bestimmungsfaktoren des künftigen Umfangs der Pflege- und Betreuungsdienste in Österreich identifiziert:

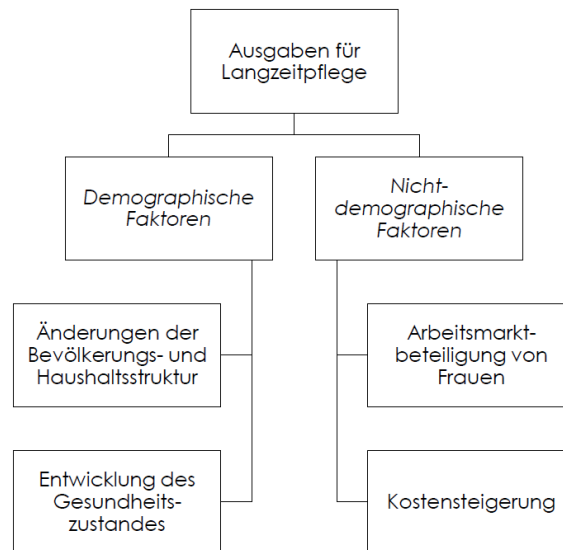


Abbildung 4-57: Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Ausgaben für Pflegedienstleistungen²⁵

Die Hochrechnung erfolgt dabei für die öffentlichen Ausgaben für Pflegedienstleistungen, die Jahressumme der Betreuten der Dienste und Leistungen sowie das Pflegepersonal in Vollzeitäquivalenten. Das Hauptszenario projiziert dabei die zu erwartende Entwicklung, wenn die aktuelle Pflegesituation fortgeschrieben wird. Die vier Politikszenerarien zeigen hingegen auf, welche Auswirkungen pflegepolitische Maßnahmen, welche den Versorgungsmix verändern, auf die Entwicklungen der mobilen Dienste sowie der Pflegedienste haben könnten.

4.5.2 Deutschland

Im Bereich Pflege gibt es mehrere Ansätze, die in Deutschland bereits praktiziert werden und die für Südtirol ebenfalls einen Mehrwert in der Pflegepraxis bieten könnten.

Bereits im Siebten Altenbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017) wird die herausragende Wichtigkeit von Kommunen beim „Aufbau

²⁵ Famira-Mühlberger & Firgo (2018)

und der Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ beschrieben. Als erstes Tool soll daher die sogenannte **Pflegestrukturplanung** für Gemeinden (Kommunen) genannt werden. Das Bundesland Rheinland-Pfalz ist vor 10 Jahren mit Modellprojekten zu den Pflegestrukturplänen in Gemeinden gestartet und hat diese nun im Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur festgeschrieben. Die umfangreiche Arbeitshilfe für Kommunen²⁶, die im Juni 2019 für Rheinland-Pfalz in der dritten Auflage herausgegeben wurde, beschreibt auf Seite 10 die Ziele der Pflegestrukturplanung:

„Mit der gesetzlichen Verpflichtung zur Pflegestrukturplanung wurde ein inhaltlicher Aspekt umgesetzt, der auf pflegerische Dienstleistungen und bürgerschaftliches Engagement im Vor- und Umfeld der Pflege zielt. Zugleich sollen die einzelnen Leistungen durch gute Strukturen miteinander verbunden sein. Sie sollen ineinandergreifen und ein Kontinuum der Hilfestrukturen bilden. Gute Pflege baut auf vernetzte Systeme mit guten Schnittstellen, das von der Familienhilfe über das Engagement im Wohnumfeld, ambulante und stationäre Dienstleistungsangebote fließend einbindet. Dreh- und Angelpunkt sollte dabei der Pflegestützpunkt sein.“

Ein Pflegestrukturplan umfasst konkret folgende Punkte²⁷:

- Ermittlung des vorhandenen Bestands an Einrichtungen und Dienstleistungen
- Prüfung, ob ein quantitativ und qualitativ ausreichendes sowie wirtschaftliches Versorgungsangebot in den einzelnen Leistungsbereichen unter Berücksichtigung der Trägervielfalt besteht
- Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur
- Einbeziehung komplementärer Hilfen im Vor- und Umfeld der Pflege, Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements, Entwicklung neuer Formen pflegerischer Angebote

Dieses ganzheitliche, umfassende und auf langfristige Wirkung angelegte Planungswerkzeug, das auf jede ländliche oder städtische Gemeinde angepasst werden kann, könnte auch für Südtirol viele nützliche Impulse bieten. Mit den territorialen Anlaufstellen für Pflege und Betreuung hat Südtirol bereits die Koordinierungsstellen geschaffen, die unter dem Begriff

²⁶ Servicestelle für kommunale Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung (2019)

²⁷ Kreisverwaltung Germersheim (oJ)

„Pflegestützpunkte“ auch bei der (Umsetzung der) deutschen kommunalen Strukturplanung eine zentrale Rolle spielen.

Im Bereich Pflege für Menschen mit Demenz wurde in den Jahren 2014-2017 ein Modellprojekt im Auftrag des deutschen Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen mit dem Titel „**DeTaMAKS** – Nicht-medikamentöse Aktivierungsmaßnahme für Menschen mit Demenz in der Tagespflege mit telefonischer Angehörigen-Kurzintervention zur Stärkung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“²⁸ durchgeführt. Die Maßnahme umfasst vier Komponenten:

- 1) Eine soziale Aufwärmrunde
- 2) (Sensor)motorische Aktivierung
- 3) Kognitive Stimulation
- 4) Aktivierung von Aktivitäten des täglichen Lebens

Inzwischen wurde der Ansatz in einer randomisierten und kontrollierten Studie²⁹ getestet und die wissenschaftlichen Ergebnisse weisen eindeutig darauf hin, dass er die kognitive Funktionsfähigkeit von Menschen mit leichter Demenz sowie ihre Fähigkeit, den Alltag zu bewältigen, verbessert und dies bei gleichzeitiger Kosteneinsparung (durchgeführte Kosten-Effektivitäts-Analyse).

DeTaMAKS könnte somit eine wissenschaftlich fundierte Ergänzung zum in Italien entwickelten Ansatz „Sente-Mente“³⁰, der bereits in Südtirol Beachtung findet³¹, für Menschen im frühen Stadium der Demenz sein.

Zum wichtigen Thema **Wohnen im Alter** gibt es das Modellprogramm „Gemeinschaftlich wohnen, selbstbestimmt leben“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend³², in dessen Rahmen 29 innovative und beispielgebende Projekte gefördert wurden. Das Modellprogramm, das 2019 zu Ende ging, hatte drei Förderschwerpunkte:

- 1) Selbständige Lebensführung älterer und hochaltriger Menschen

²⁸Gräbel (2017)

²⁹ Steinbeisser et. al (2020)

³⁰ Letizia Espanoli (oJ)

³¹ Alzheimer · Südtirol · Alto Adige (2019)

³² Reimer et. al (2020)

- 2) Bezahlbares Wohnen, besonders für Menschen mit niedrigem Einkommen
- 3) Generationengerechte Wohnumgebung, Vielfalt und Inklusion

Für jeden Schwerpunkt gibt es mehrere ausgewählte Good Practices in ganz Deutschland. Diese zeigen, wie zum Beispiel alte Gebäude umgenutzt werden können, wie ein Mix aus Personen verschiedener Hintergründe in den Wohnprojekten hergestellt werden kann, welche Dienstleistungen einem Wohnprojekt angegliedert werden können und wie strukturschwache Gemeinden oder Gebiete in den Blick gerückt werden können.

In Südtirol wird das private Wohnen im Alter zum Beispiel bereits kompetent von der „Arche im KVV“ betreut, einem nicht-gewinnorientiertem Verein, der Wohnberatungen für Senioren (z.B. zum Abbau architektonischer Barrieren) anbietet und Wohnbaugenossenschaften unterstützt. Einen wichtigen lokalen Stakeholder stellt außerdem die 2016 gegründete Genossenschaft „Wohnen im Alter“³³ dar, die mit Mitgliedern wie dem Südtiroler Gemeindenverband, Coopbund oder dem Weißen Kreuz ein wichtiger Partner bei der Umsetzung von Projekten wäre. Auch ein Großteil der deutschen Modellprojekte setzt auf selbstbestimmtes Engagement von privaten Personen und Gruppen und wiederum auch auf den Einbezug der Gemeinden, so dass viele Ideen auch in Südtirol z.B. mit Hilfe der genannten Organisationen aufgegriffen werden könnten.

4.5.3 Niederlande

In den Niederlanden nutzten im Jahr 2018, bei einer Gesamtbevölkerung von 18.2 Millionen, 588.620 Menschen die lokale Hauspflege. Pro Monat gibt es durchschnittlich 304.000 Nutzer*innen. Von allen Nutzer*innen waren 75% über 67 Jahre alt. Die durchschnittlichen Kosten pro Person belaufen sich auf € 6.200, die Gesamtausgaben betragen insgesamt € 3,6 Milliarden.³⁴

Ein sehr erfolgreicher Anbieter dieser Pflege ist die im Jahr 2007 gegründete Organisation "Buurtzorg", mit heute 15.000 Mitarbeiter*innen.³⁵ Ihr Konzept unterscheidet sich von den anderen Anbietern, indem es auf ein sehr schlankes Management (28 Angestellte in der

³³ Wohnen im Alter (oJ)

³⁴ Vektis (2020)

³⁵ Buurtzorg Nederland (oJ)

Zentrale) setzt und viele kleine, selbstverwaltete Teams von vier bis zwölf hochqualifizierten Pflegerinnen und Pflegern vorsieht. Diese Teams kümmern sich um 50 bis 60 bedürftige Personen in einer bestimmten Nachbarschaft. Der Klient erhält die gesamte Leistung von ein oder zwei Mitarbeiter*innen, wobei jede Mitarbeiter*in sowohl Betreuung als auch Pflege ausführt. Bei einem konventionellen Anbieter ruft der Kunde hingegen die Zentrale der Hauspflege an, um einen bestimmten Pflegedienst zu buchen; die verschiedenen Dienste werden dann von unterschiedlichen Mitarbeiter*innen ausgeführt. Bei "Buurtzorg" stehen nicht die Pflegedienste, sondern der Klient im Mittelpunkt. Bei einem ersten Termin identifiziert die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter zusammen mit dem Klienten die Bedürfnisse, wobei verschiedene Aspekte berücksichtigt werden: Selbständigkeit beibehalten oder verbessern, Unterstützung vom informellen Netzwerk, benötigte häusliche Pflege und benötigte Hilfe bei der Organisation des formellen Netzwerks. Dank dieses Konzepts sind sowohl die Mitarbeiter*innen als auch die Klienten zufriedener. Es ist zeiteffizienter und die Qualität der Betreuung ist höher, unter anderem da der Klient bei unterschiedlichen Mitarbeiter*innen sein Situation nicht immer wieder neu erklären muss.

Das niederländische Gesundheitsministerium hat mehrere Studien durchführen lassen, in denen "Buurtzorg" mit anderen Anbietern verglichen wurde (Ernst & Young, 2009) (KPMG, 2015). Ernst & Young zeigt, dass "Buurtzorg" nur 40% der verschriebenen Stunden benötigt, um das Ziel zu erreichen, im Gegensatz zu anderen Anbietern, die 70% verwenden.³⁶ Laut KPMG benötigen die Klienten von „Buurtzorg“ im Durchschnitt 108 Stunden Pflege pro Jahr, im Gegensatz zum nationalen Durchschnitt von 168 Stunden. Der Stundensatz von "Buurtzorg" ist höher als bei anderen Anbietern. Dennoch liegen die durchschnittlichen Kosten (€ 6.248) für diese geleisteten Stunden pro Kunde deutlich unter dem nationalen Durchschnitt (€ 7.995). Bezieht man jedoch auch die Folgekosten mit ein, so zeigt sich, dass insbesondere die Kosten der kurativen Pflege (Hausarzt und Krankenhaus) bei "Buurtzorg" höher sind als bei anderen Anbietern. KPMG konkludiert, dass "Buurtzorg" eine sehr hohe Qualität der Pflege bietet (bei der erfahrenen Qualität: an siebter Stelle von 360 untersuchten Organisationen) – und das bei unterdurchschnittlichen Kosten (€ 15.357 vs. €15.856 pro Person und Jahr).³⁷ Im Gegensatz zu KPMG schätzt Ernst & Young, dass in den Niederlanden jedes Jahr fast 2 Milliarden eingespart werden könnten, wenn alle Organisationen der Hauspflege die Ergebnisse von Buurtzorg erreichen würden. Ernst & Young betonen aber

³⁶ Ernst & Young (2009)

³⁷ KPMG (2015).

auch, dass es sich nur um eine theoretische Schätzung handelt und dass die Annahmen und Schlüsselzahlen gründlich überprüft werden müssen.

5 Bereich Kinder- und Jugendschutz

Folgende Grafik gibt einen Überblick über die Dienste und Leistungen für Minderjährige.

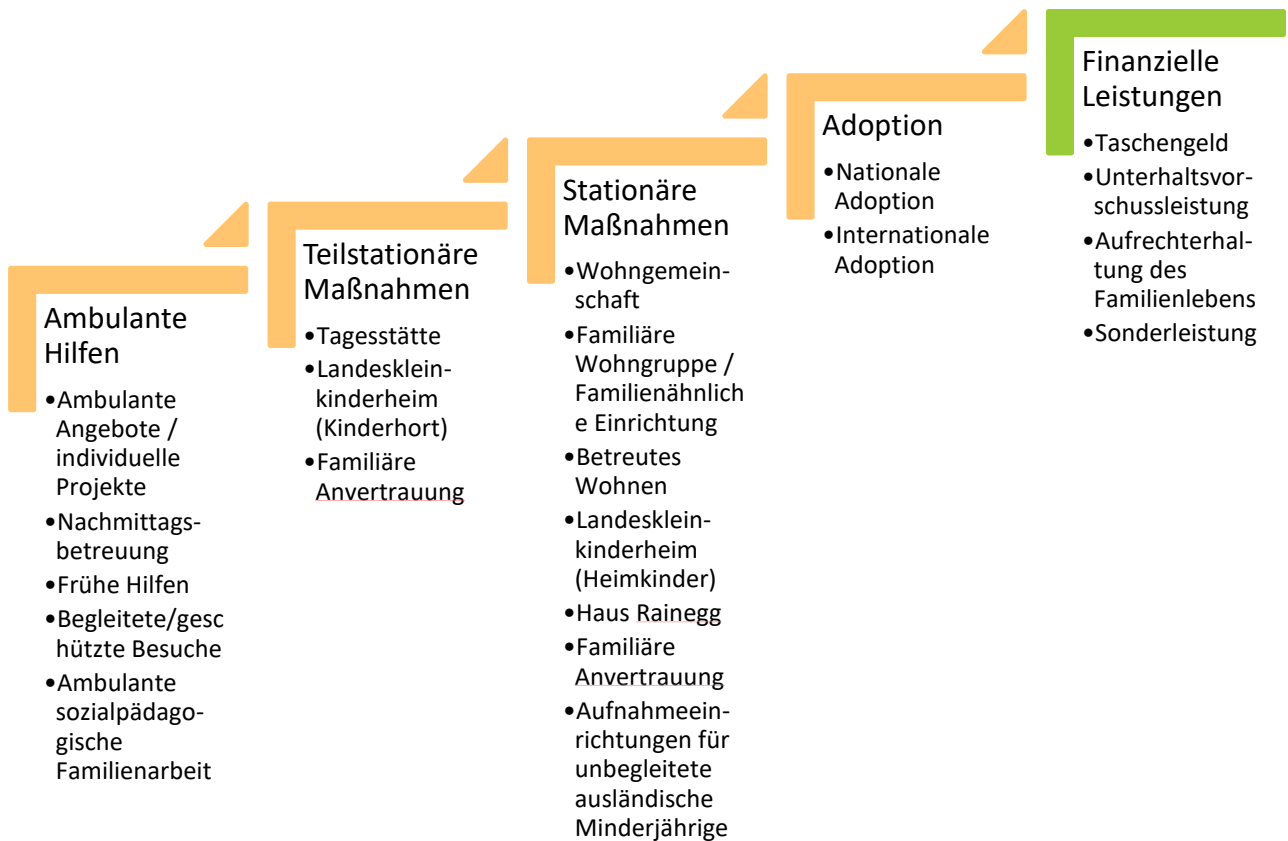


Abbildung 5-1: Dienste und Leistungen im Bereich Kinder- und Jugendschutz

Für die zentralen Dienste und Leistungen wurden von Eurac Research Prognosen über die Entwicklung der betreuten Personen erstellt.

5.1 Wissenschaftliche Prognosen

5.1.1 Wohneinrichtungen für Minderjährige

Bei den Wohneinrichtungen handelt es sich um stationäre Einrichtungen zum Schutz von Minderjährigen. Der Sammelbegriff umfasst verschiedene Angebotsformen: die Wohngemeinschaften, die familienähnlichen Einrichtungen/familiären Wohngruppen sowie das betreute Wohnen.

Die Wohneinrichtungen für Minderjährige werden beinahe ausschließlich von privaten Organisationen geführt. In erster Linie handelt es sich dabei um Sozialgenossenschaften und Vereine mit der nötigen Führungsgenehmigung, um diese Dienstleistungen im Auftrag der öffentlichen Verwaltung anbieten zu können.

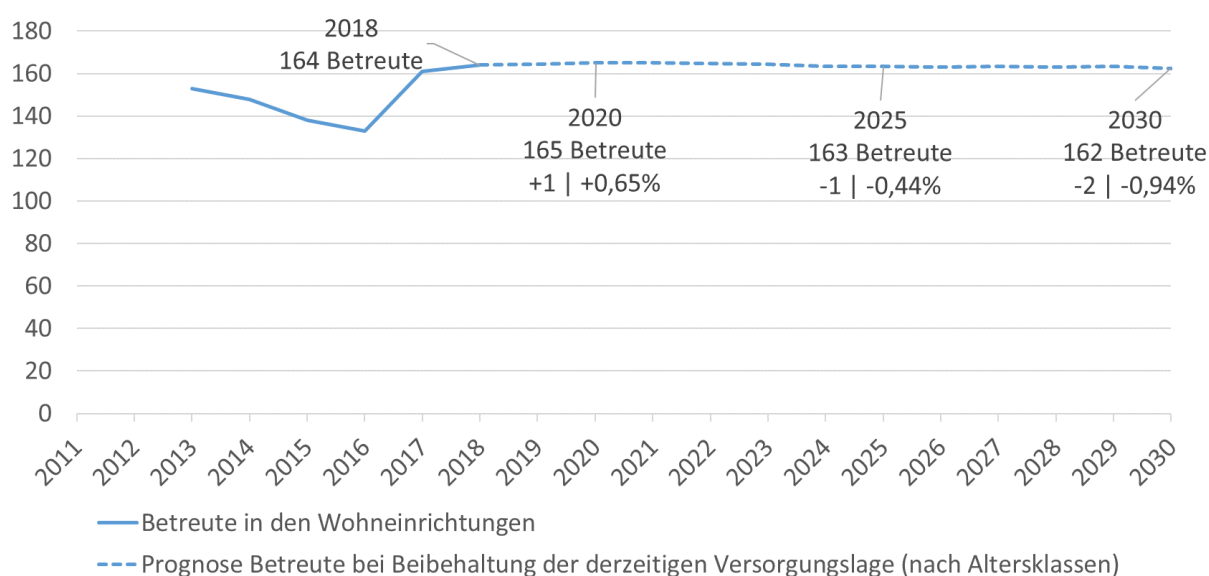


Abbildung 5-2: Prognose der Betreuten der Wohneinrichtungen

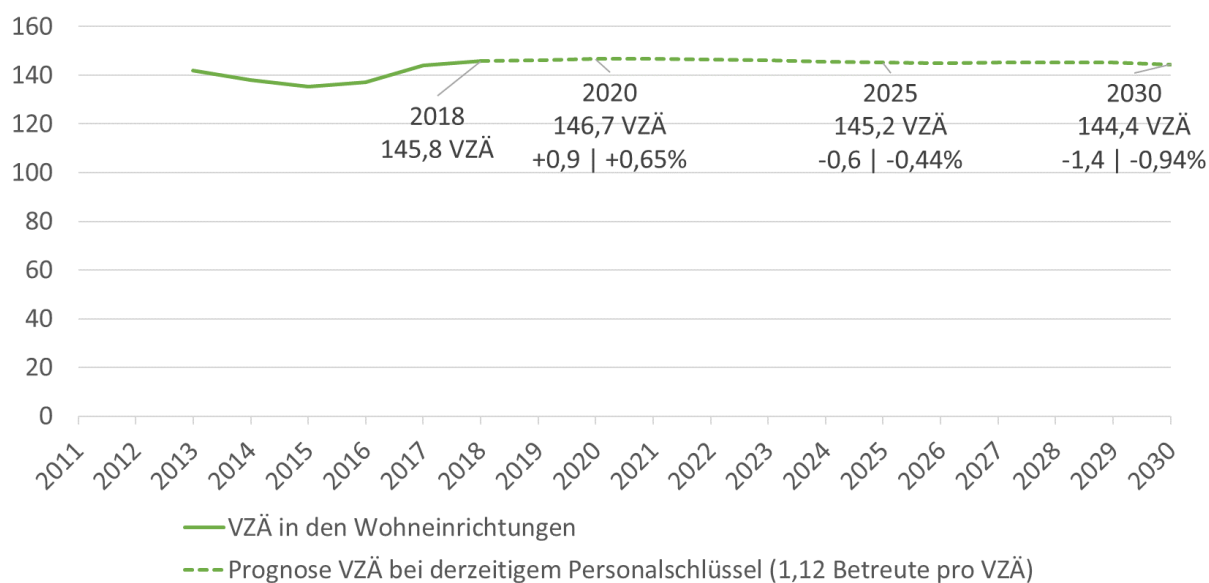


Abbildung 5-3: Prognose der Vollzeitäquivalente der Wohneinrichtungen

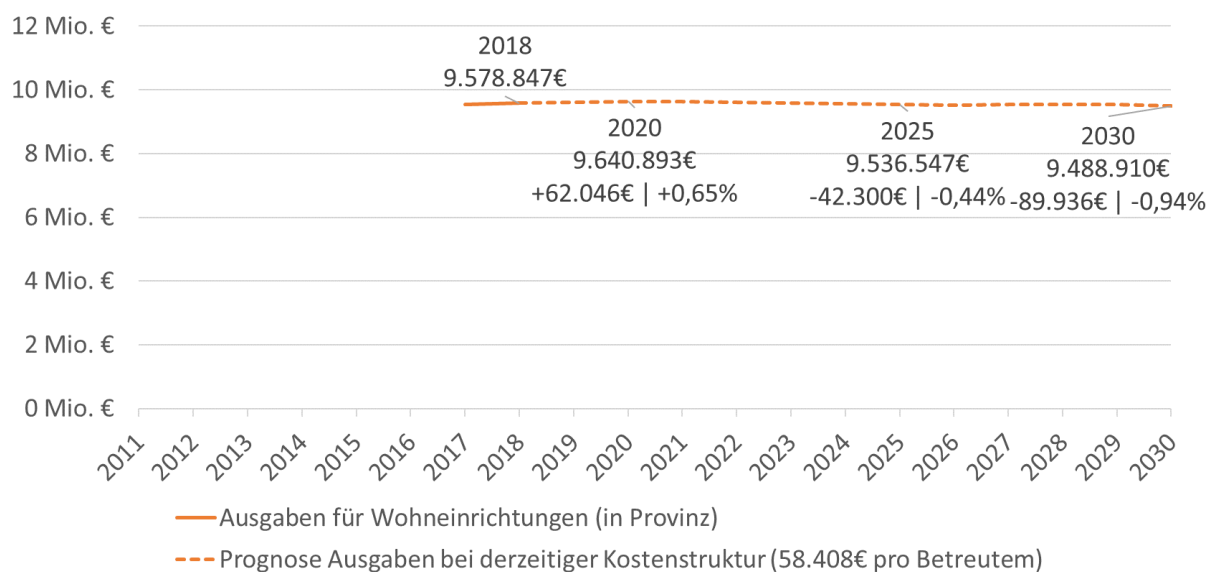


Abbildung 5-4: Prognose des öffentlichen Finanzierungsbeitrags der Wohneinrichtungen

5.1.2 Landeskleinkinderheim

Das Landeskleinkinderheim ist eine stationäre Einrichtung für werdende Mütter, Mütter mit Kleinkindern von 0 bis 3 Jahren sowie Kleinkinder ohne Mütter in Notsituationen. Ziel der Einrichtung ist der Schutz der Minderjährigen und die Förderung und Unterstützung der Elternschaft sowie die Entwicklung der elterlichen Kompetenzen. Das Landeskleinkinderheim ist die einzige Einrichtung für Minderjährige, die direkt vom Land geführt wird.

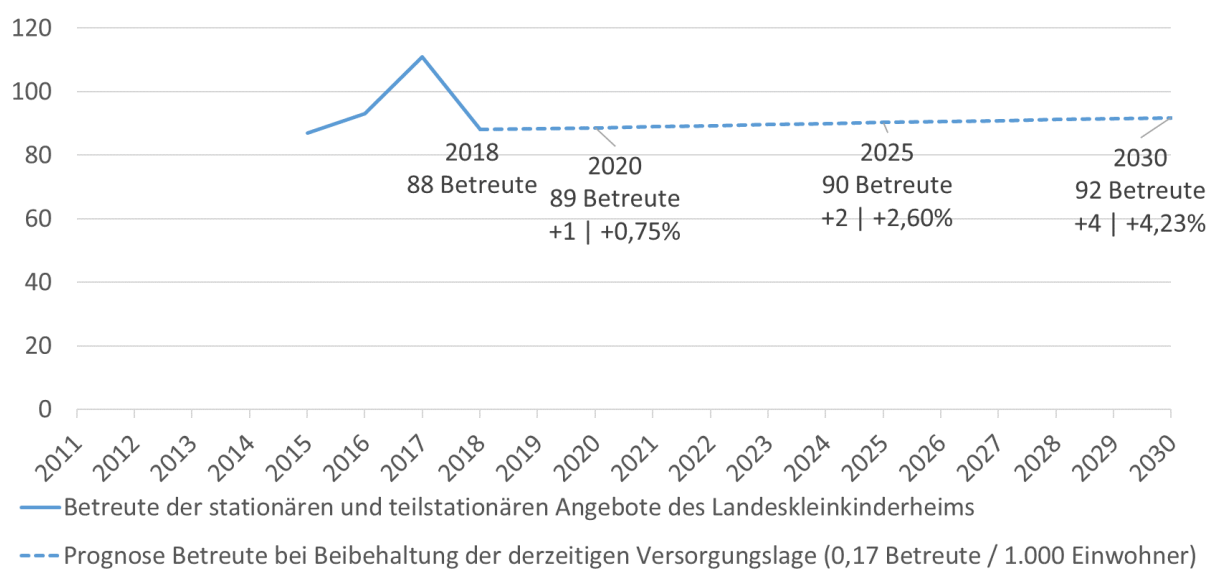


Abbildung 5-5: Prognose der Betreuten des Landeskleinkinderheims

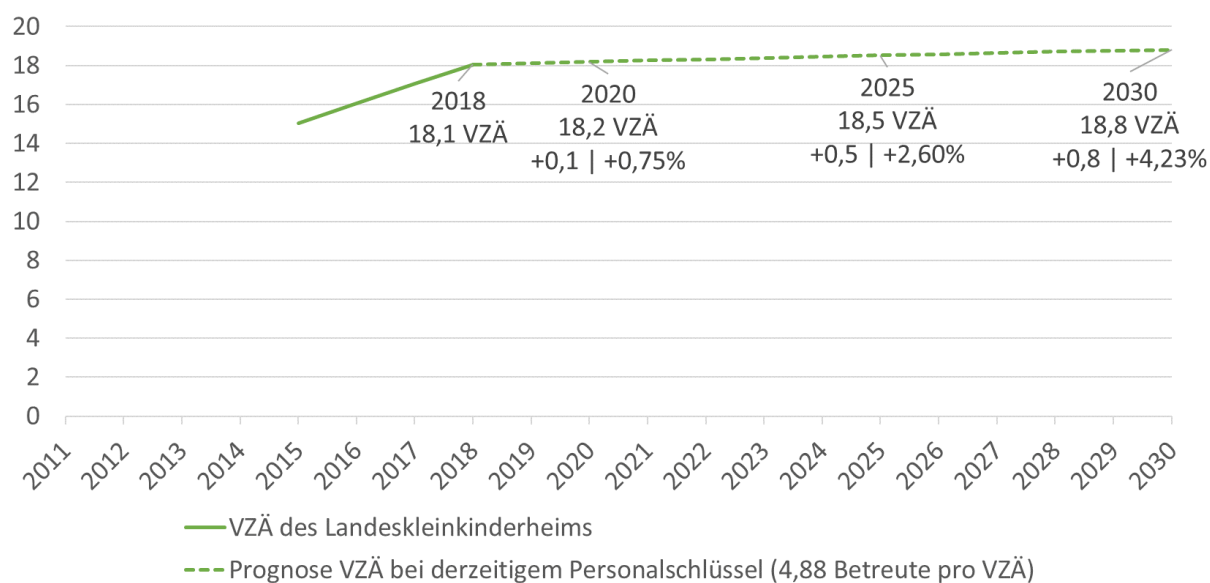


Abbildung 5-6: Prognose der Vollzeitäquivalente des Landeskleinkinderheims

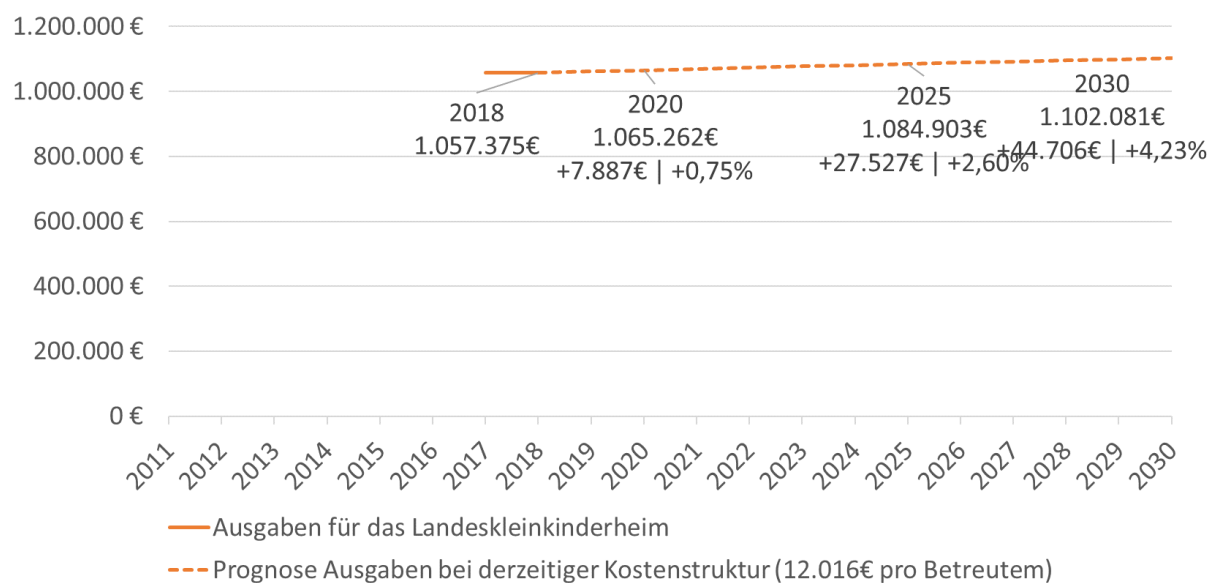


Abbildung 5-7: Prognose der öffentlichen Finanzierung des Landeskleinkinderheims

5.1.3 Tagesstätten für Minderjährige

Tagesstätten sind teilstationäre Einrichtungen zur vorübergehenden Aufnahme und Betreuung von Minderjährigen in schwierigen Situationen. Sie bieten Erziehung und Betreuung während eines festgelegten Zeitraumes am Tage.

Wie die Wohneinrichtungen werden auch die Tagesstätten hauptsächlich von privaten Vereinen und Genossenschaften im Auftrag der öffentlichen Verwaltung geführt.

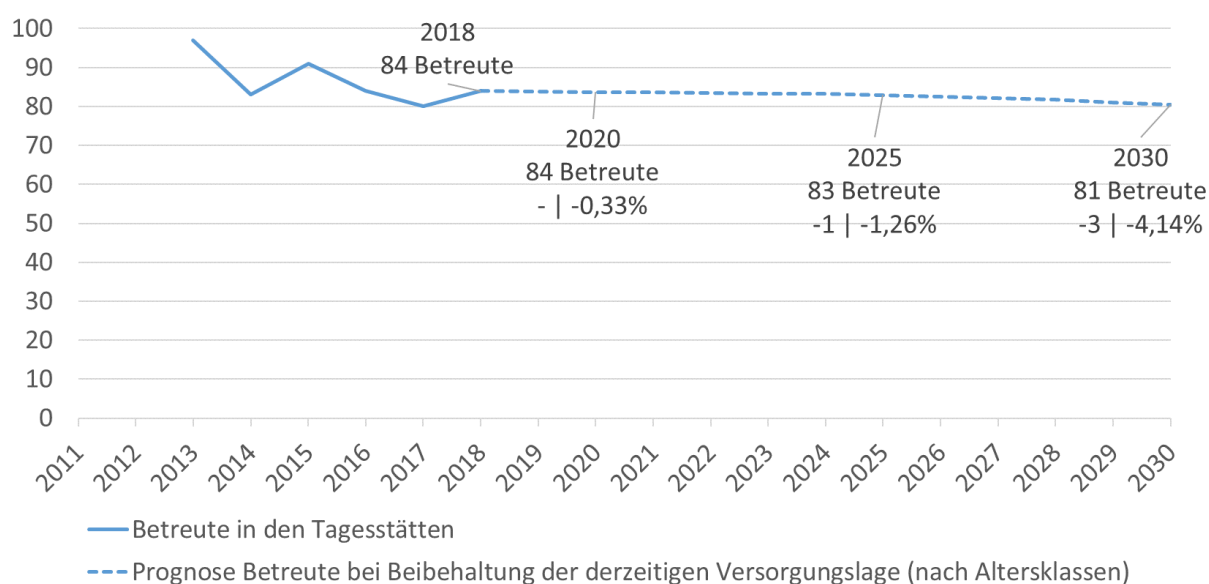


Abbildung 5-8: Prognose der Betreuten der Tagesstätten

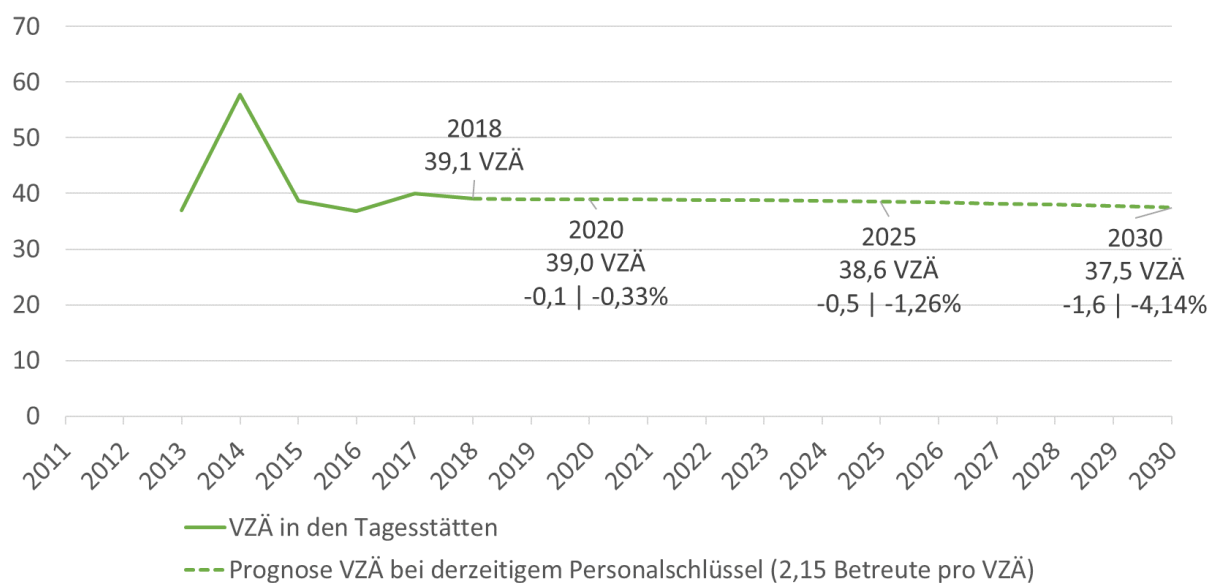


Abbildung 5-9: Prognose der Vollzeitäquivalente der Tagesstätten

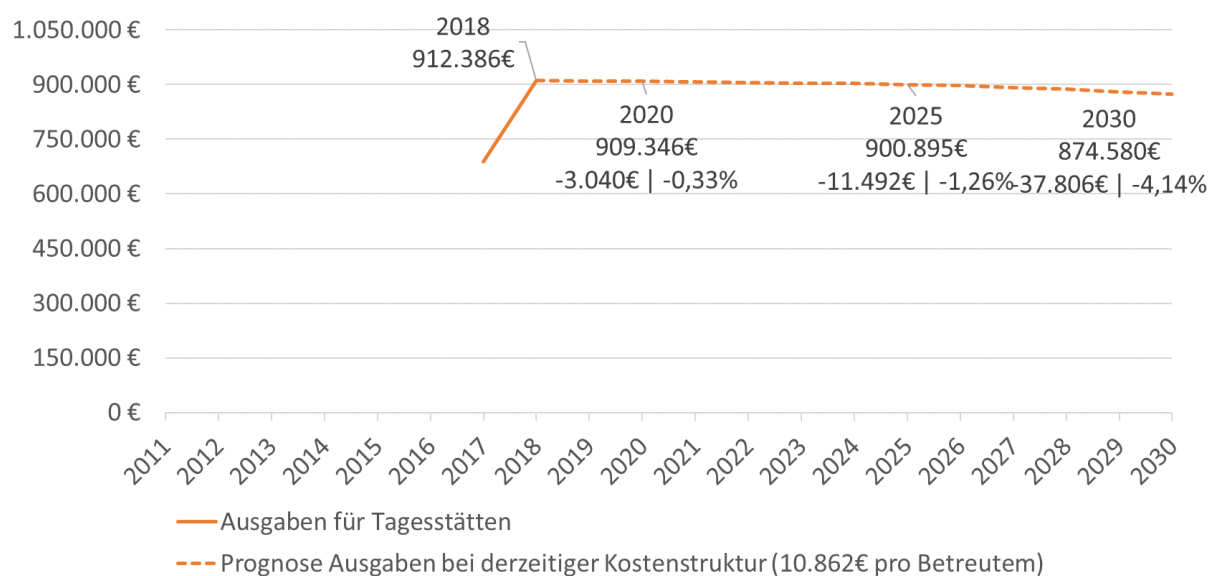


Abbildung 5-10: Prognose des öffentlichen Finanzierungsbeitrags der Tagesstätten

5.1.4 Familiäre Anvertraung

Bei der familiären Anvertraung handelt es sich um eine zeitlich begrenzte Unterstützung für Eltern und ihre Kinder. Dabei werden Minderjährige, denen ein geeignetes familiäres Umfeld fehlt, für einen begrenzten Zeitraum in einer Pflegefamilie aufgenommen.

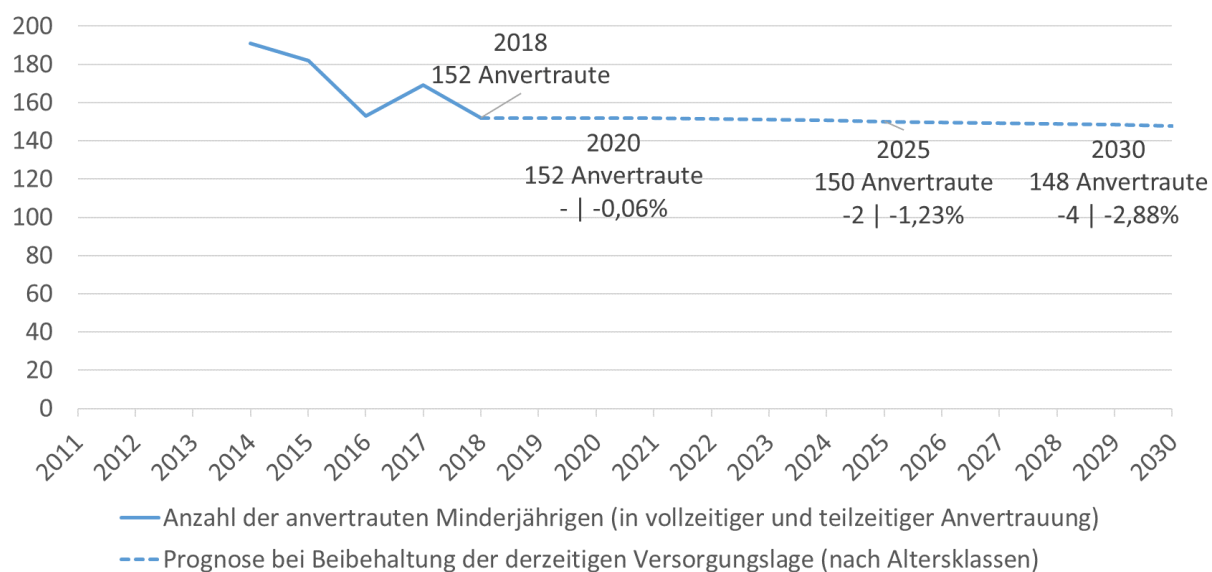


Abbildung 5-11: Prognose der Anzahl der anvertrauten Minderjährigen

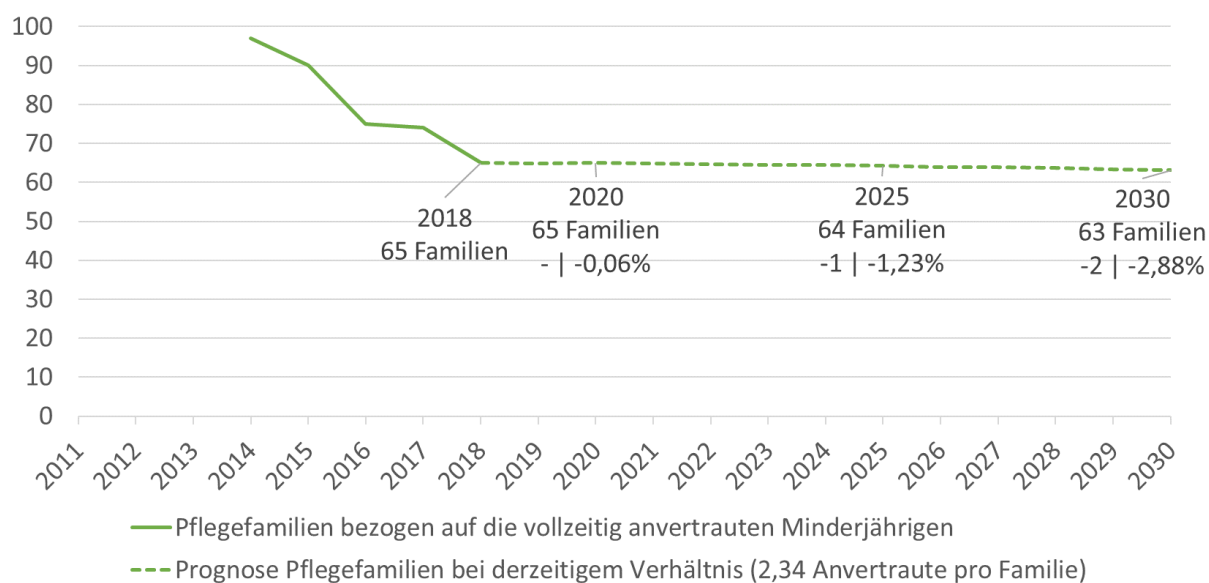


Abbildung 5-12: Prognose der Pflegefamilien bezogen auf die vollzeitig anvertrauten Minderjährigen

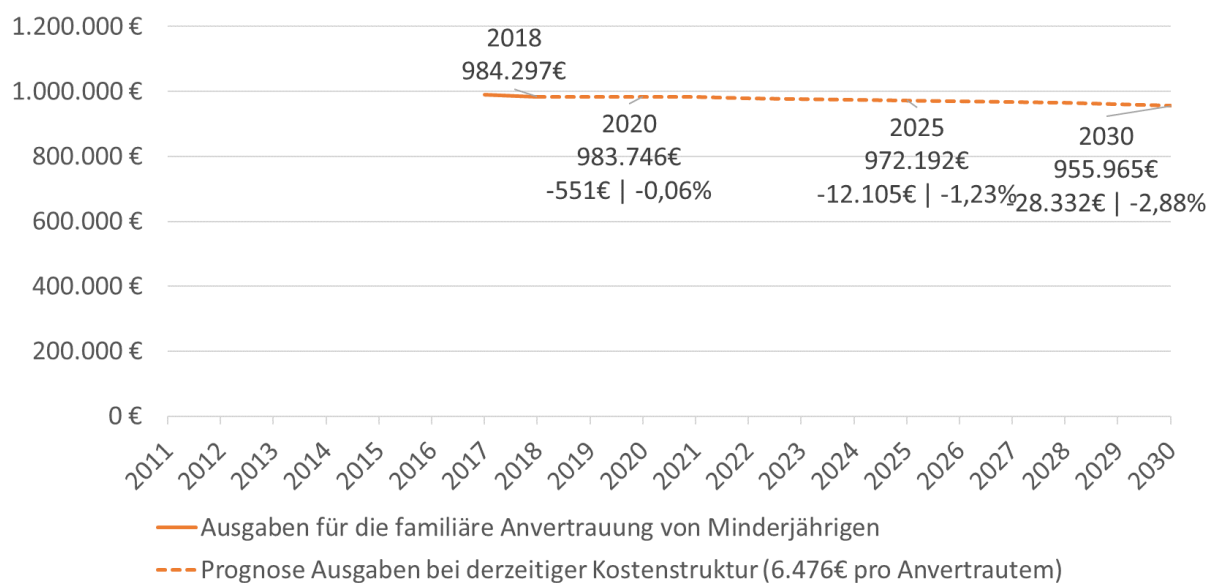


Abbildung 5-13: Prognose des öffentlichen Finanzierungsbeitrags für die familiäre Anvertrauung

5.1.5 Adoption

Im Auftrag des Landes führt der Betrieb für Sozialdienste Bozen die Dienststelle Adoption Südtirol. Diese wickelt die nationalen und internationalen Adoptionen ab und begleitet und betreut die Familien.

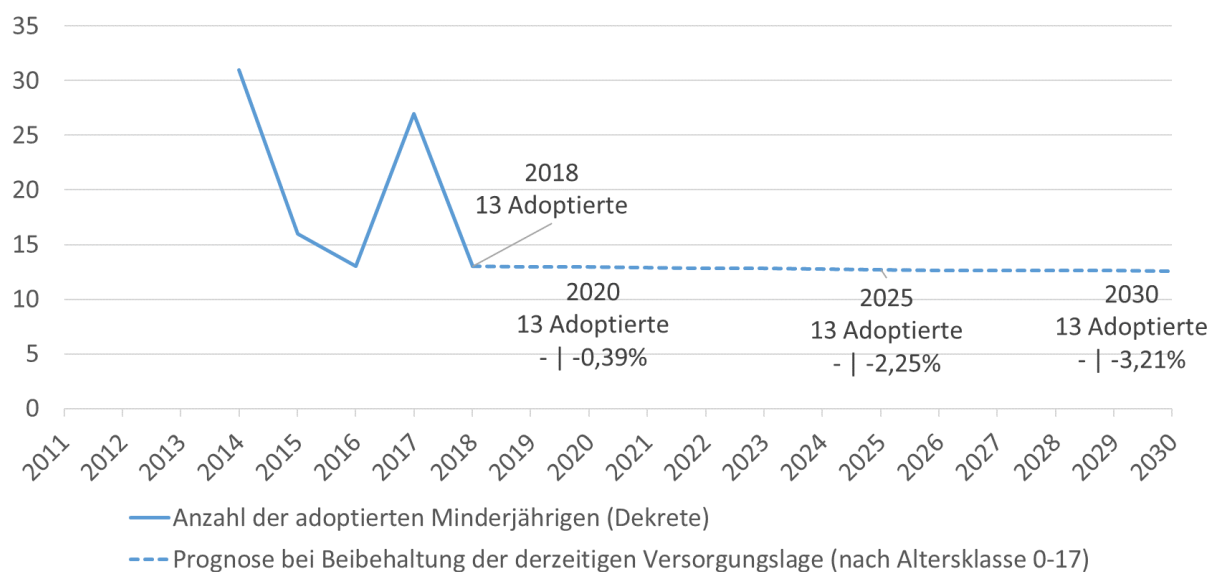


Abbildung 5-14: Prognose der nationalen und internationalen Adoptionen

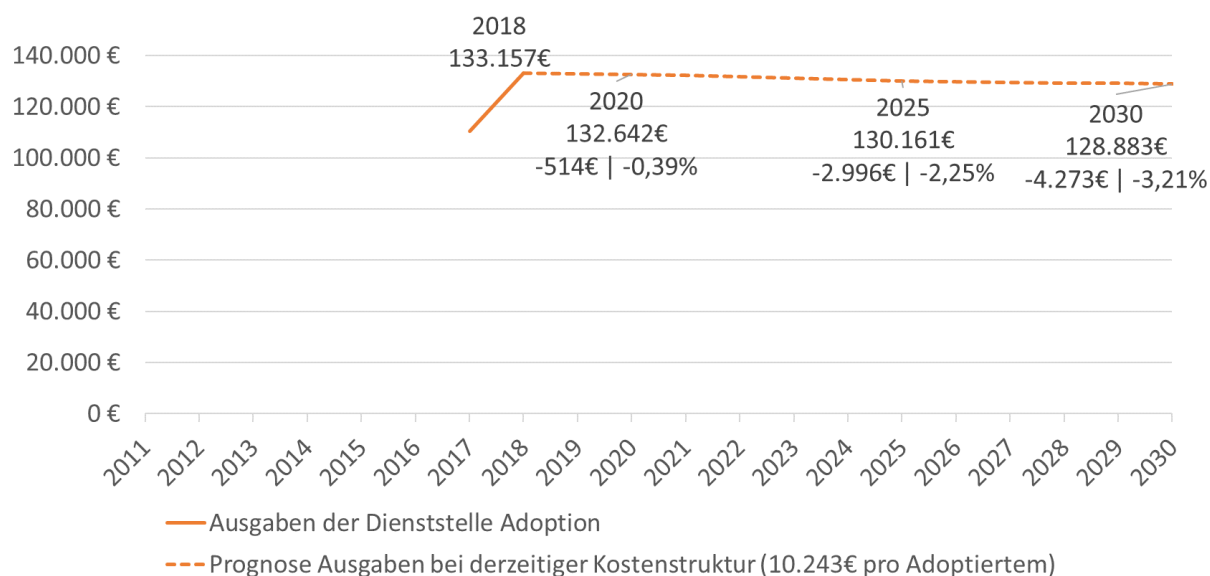


Abbildung 5-15: Prognose der Ausgaben der Dienststelle für Adoption Südtirol

5.2 Online-Umfrage

Um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen und das allgemeine Stimmungsbild als Diskussionsgrundlage der Workshops heranziehen zu können wurde den Stakeholdern ein Zugangslink zu einer Online-Umfrage zugesandt.

Beim Fragebogen des Bereichs Kinder- und Jugendschutz handelte es sich um einen gemeinsam von den Vertreter*innen der Wissenschaftlichen Begleitung (Institut für Public Management der Eurac Research) mit den Vertreter*innen des zuständigen Landesamtes in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe des Projektes konzipierten Online-Erhebungsbogen mit insgesamt 22 Fragen, darunter auch 12 offene Fragen und vorab zugesandtem Zugangslink.

Die von Eurac Research im System Opinio realisierte Umfrage bestand konkret aus den Bereichen Angebotspalette und Dienste, Umfang der Angebotsformen und Finanzierung, Schutz-/Kontrollfunktion vs. Prävention, Fachkräfte im Kinder- und Jugendschutz sowie Good Practice-Beispiele und allgemeine Wünsche und Ideen für den Bereich. Der Link für den Zugang wurde über die offizielle Email-Adresse der zuständigen Landesrätin an zahlreiche von Seiten der jeweiligen Landesämter und -abteilung ausgewählte Organisationen, Stakeholder

und Personen im Feld übermittelt und angeregt, den Link an interessierte Personen weiterzuleiten.

Die Ergebnisse der Befragung (inkl. quantitativer Daten) wurden von der Eurac Research neben den wissenschaftlichen Prognosen als „Vorab-Umfrage“ in den jeweiligen Arbeitsgruppen (ca. eine Woche später bei insgesamt vier AGs im Falle des Kinder- und Jugendschutzes) zur Diskussion gestellt.

Insgesamt haben 324 Personen die Umfrage abgerufen und 202 Personen (teilweise) ausgefüllt, sodass diese in der Auswertung berücksichtigt werden konnten. Die Teilnehmer*innen der Befragung machten von der Möglichkeit einer auch qualitativen Antwort umfassend Gebrauch. In der nachfolgenden Tabelle sind die insgesamt 951 Statements entsprechend den einzelnen Themenbereichen aufgeschlüsselt.

Bereich	Anzahl Statements
Angebotspalette und Dienste	125
Umfang der Angebotsformen und Finanzierung	201
Schutz-/Kontrollfunktion vs. Prävention	335
Fachkräfte	142
Good Practice-Beispiele, Wünsche und Ideen	148

Tabelle 5-1: Übersicht über die Anzahl der Statements zu den Fragen mit offen gehaltener Antwortmöglichkeit im Fragebogen (nach Themenbereichen aggregiert)

Bei der Auswertung der offenen Fragen mussten einige wenige der Antworten (z.B. Platzhalter wie „X“ oder Zahlen) ausgeschieden werden, weil sie nicht eindeutig interpretierbar waren.

Die methodischen Anmerkungen zur qualitativen Auswertung werden am Beispiel des Bereiches „Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen“ im Abschnitt 8.2.1 erläutert.

Die Abfrage der Daten zur Person zeigen, dass sich hauptsächlich Mitarbeiter*innen sozialer Dienstleister an der Umfrage beteiligt haben. Auffallend ist der hohe Anteil an Führungskräften.

Welcher Organisation gehören Sie an?

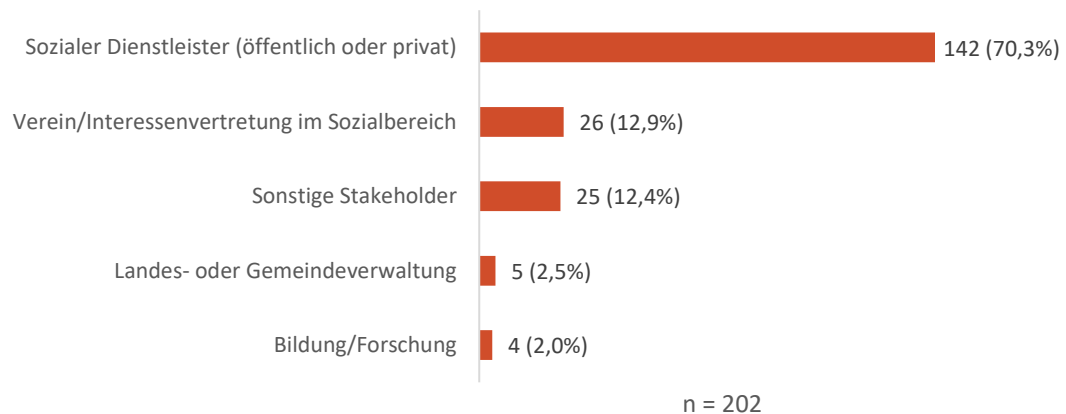


Abbildung 5-16: Welcher Organisation gehören Sie an?

Welche Funktion bekleiden Sie?

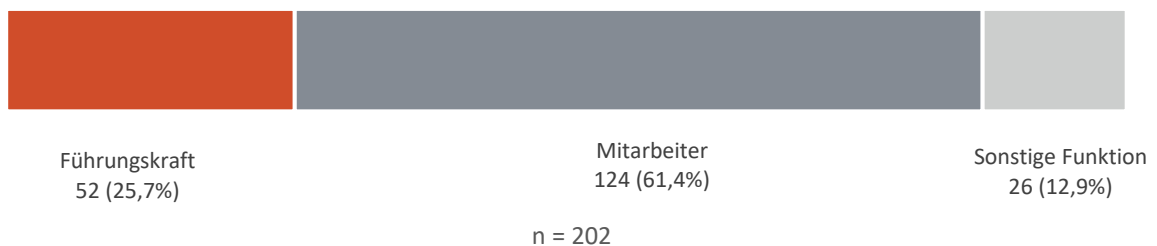


Abbildung 5-17: Welche Funktion bekleiden Sie?

Bei der Frage, ob das **Angebot ausreichend am Bedarf orientiert** ist, sind die Meinungen ausgeglichen:

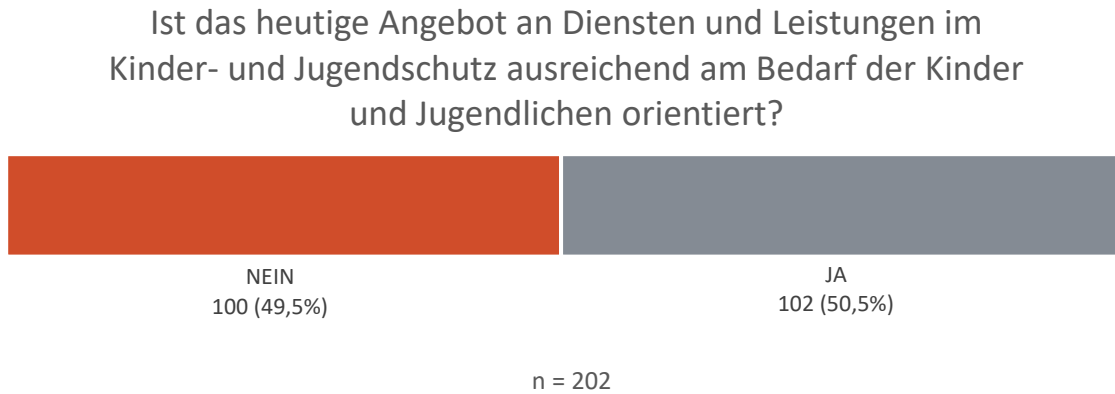


Abbildung 5-18: Ist das heutige Angebot an Diensten und Leistungen im Kinder- und Jugendschutz ausreichend am Bedarf der Kinder und Jugendlichen orientiert?

Was den **Umfang der Angebotsformen und Dienste** anbelangt, so überwiegt in allen Bereichen der Wunsch, das Leistungsniveau zu halten oder auszubauen.

In Bezug auf welche Maßnahme ist es notwendig, Anpassungen des Angebotes vorzunehmen?

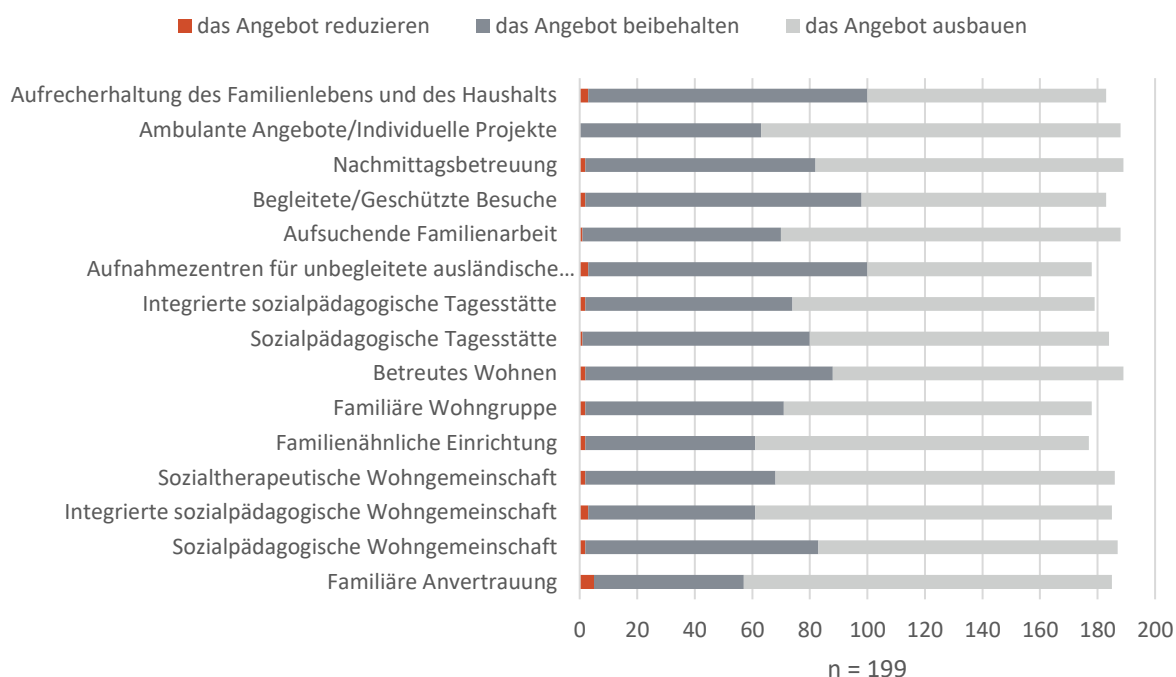


Abbildung 5-19: In Bezug auf welche Maßnahme ist es notwendig, Anpassungen des Angebotes vorzunehmen?

Auf die Frage „**Beschreiben Sie in Bezug auf die Maßnahmen, die Ihrer Meinung nach reduziert werden sollten, welche Anpassungen notwendig wären**“ gab es insgesamt 13 Stellungnahmen. Gleich fünf Befragte sprachen sich gegen die Familiäre Anvertrauung bzw. andere familienähnliche Maßnahmen aus. Eine Person sprach sich kritisch gegenüber den sozialpädagogischen Tagesstätten aus, weil dadurch soziale Ausgrenzung gefördert werde. Zwei Personen äußerten sich auch kritisch gegenüber der Aufrechterhaltung des Familienlebens und des Haushaltes von betroffenen Personen, hier würde oft zu lange gewartet und die Betroffenen sollten eher in eine Teilzeit-Tagespflege kommen. Wobei sich eine Anmerkung für eine stärkere Zusammenarbeit mit den Jugendzentren ausspricht. Eine Anmerkung spricht sich für eine bessere Koordinierung der Dienste aus.

Insgesamt 153 Befragte nahmen zur Frage „**Beschreiben Sie in Bezug auf die Maßnahmen, die Ihrer Meinung nach ausgebaut werden sollten, welche Anpassungen notwendig wären**“ Stellung. Elf Personen sind der Meinung, dass es eher eine qualitative Anpassung der Maßnahmen bedarf und diese vielfältiger und individuell angepasst werden müssen. 47 Personen merkten an, dass es vor allem an Personal und Ressourcen mangelt, um die bestehenden Dienste auch entsprechend anbieten zu können. 21 sprechen sich besonders für

einen Ausbau der sozialpädagogischen Maßnahmen aus. 15 Personen finden, dass sozialtherapeutische Maßnahmen auszubauen sind. 14 Befragte sind der Meinung, dass begleitete Besuche anzubieten sind, momentan fehlt dazu das Personal. 17 wiederum wünschen einen Ausbau der Nachmittagsbetreuung (bzw. Freizeitbetreuung) besonders mit Blick auf berufstätige Eltern. 15 Personen finden, dass vor allem individuelle Projekte für Jugendliche gefördert werden müssen. Einen Ausbau der teilstationären und stationären, vor allem aber der ambulanten psychiatrischen Betreuung, erachten sieben Personen als wichtig. Ein Ausbau der stationären (15) und teilstationären (3) Dienste sowie mehr betreutes Wohnen (7) wird ebenfalls gefordert. 33 Personen sprechen sich für eine Stärkung der Pflegefamilien aus. Diese müssen stärker finanziell unterstützt werden, um das Angebot auch erweitern zu können. Zehn Personen sprechen sich für eine aufsuchende Familienarbeit aus, welche ebenfalls präventiv wirkt. Damit zusammenhängend wird der Ausbau von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Familienlebens gefordert (7). Zehn Personen sehen die Notwendigkeit des Ausbaus von familienähnlichen Strukturen in den Bezirken als notwendig.

Als **Finanzierungsquelle des Ausbaus des bestehenden Angebots** wurden in erster Linie *zusätzliche öffentliche Mittel* gefolgt von der *Anpassung des Personalschlüssels* und der *Zusammenlegung von Angeboten* genannt (Mehrfachantworten möglich).

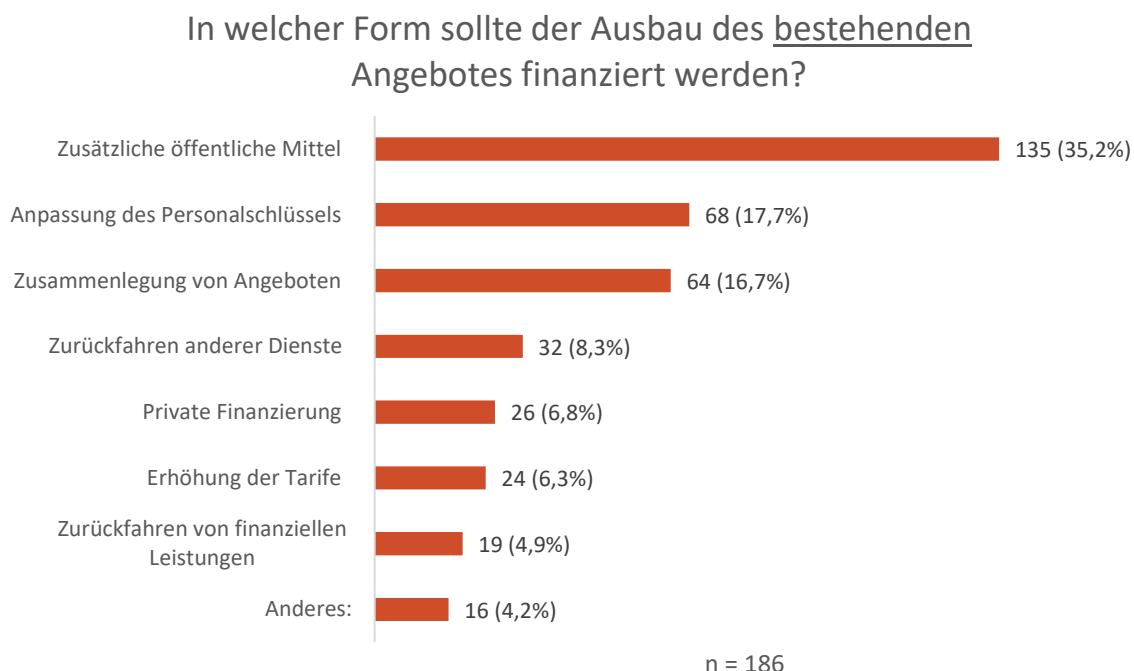


Abbildung 5-20: In welcher Form sollte der Ausbau des bestehenden Angebotes finanziert werden?

Die Personen, die mit „Anderes“ geantwortet haben, schlagen folgende Formen der Finanzierung des Ausbaus des bestehenden Angebotes vor: Sieben Personen sehen in organisatorischen und strukturellen Maßnahmen (Bürokratieabbau) Möglichkeiten, um eine bessere Finanzierung der Dienste zu ermöglichen. Fünf Personen sprechen sich hier für eine Umverteilung von privilegierten Gruppen bzw. von anderen Budgetstellen (bspw. Wirtschaftsförderung) aus, um den Kinder- und Jugendschutz zu fördern.

In Zukunft sollten laut den Befragten insbesondere *Unterstützungsmaßnahmen für Care Leavers* und Angebote für spezifische Gruppen wie *Minderjährige mit einer Drogenproblematik* und *Kinder von 3 bis 6 Jahren* ausgebaut werden.

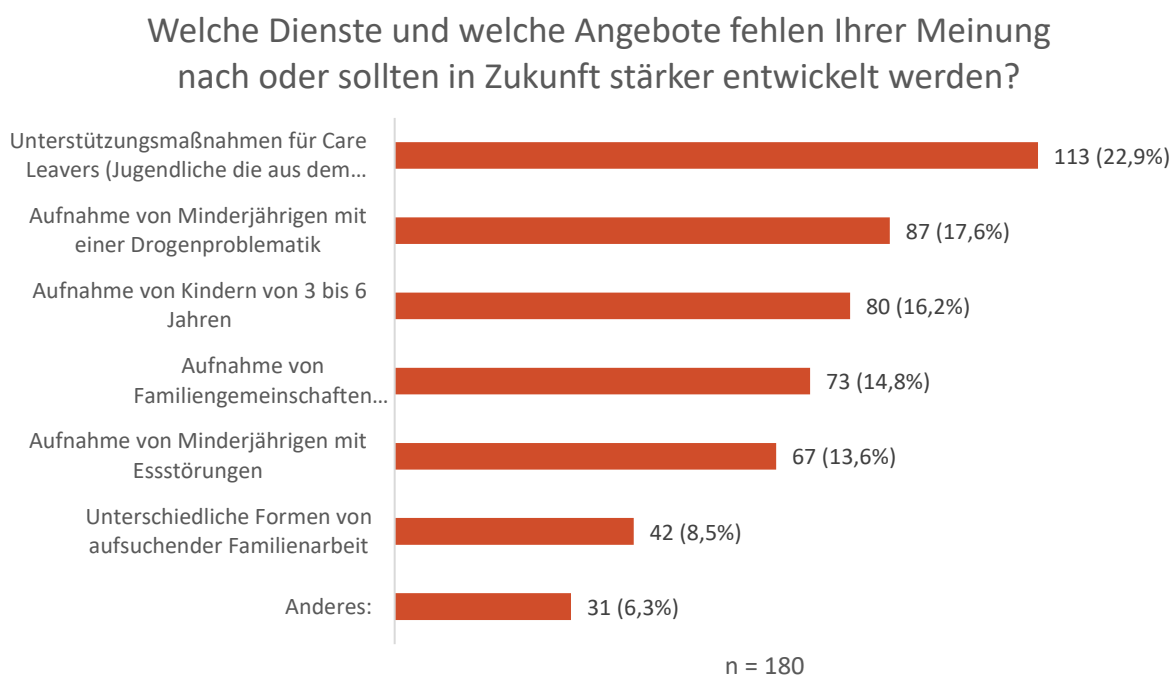


Abbildung 5-21: Welche Dienste und welche Angebote fehlen Ihrer Meinung nach oder sollten in Zukunft stärker entwickelt werden?

26 Personen gingen auf die Unterfrage „**Beschreiben Sie, welche Formen von aufsuchender Familienarbeit fehlen oder in Zukunft stärker entwickelt werden sollten**“ näher ein. Sechs Personen sprechen sich hier für die Einführung von Familienhilfe (nach österreichischem Vorbild) aus. Vier für eine aufsuchende Jugendarbeit, die individuelle Ansätze ermöglicht. Ebenfalls vier Personen sprechen sich für eine Alltags- und Erziehungsunterstützung aus, drei

für Unterstützung bei konfliktreichen Trennungen. Ebenfalls drei Befragte sprechen sich für ein differenziertes und zugeschnittenes Angebot aus.

31 Personen gaben zusätzlich offene Statements zur Frage „**Welche Dienste und welche Angebote fehlen Ihrer Meinung nach oder sollten in Zukunft stärker entwickelt werden?**“ ab: Je vier Personen sprechen sich für Maßnahmen für Minderjährige mit Behinderung (zu wenige Einrichtungen für jüngere) bzw. Maßnahmen für ältere Jugendliche / junge Erwachsene (Einrichtungen für 18- bis 25-jährige) aus. Je drei für Elternarbeit (Projekte zur elterlichen Erziehungshilfe) und Maßnahmen für Minderjährige mit Drogenproblemen (es fehlen die Strukturen). Weitere Anmerkungen betreffen Maßnahmen für Alleinerziehende (2), Nachmittagsbetreuung (1) und den strukturellen Kinder- und Jugendschutz (1).

Der Ausbau des zukünftigen Angebots soll dabei in erster Linie durch *zusätzliche öffentliche Mittel* gefolgt von der *Zusammenlegung von Diensten* finanziert werden.

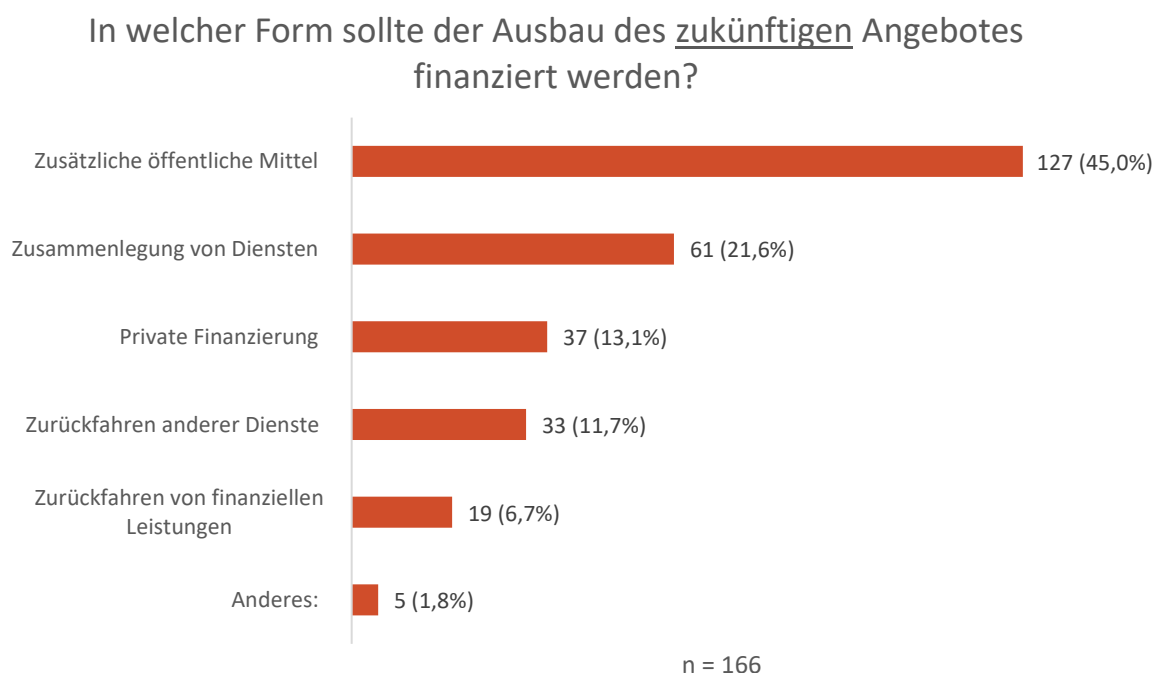


Abbildung 5-22: In welcher Form sollte der Ausbau des zukünftigen Angebotes finanziert werden?

Zehn Personen gaben zusätzlich offene Statements zur Frage „**In welcher Form sollte der Ausbau des zukünftigen Angebotes finanziert werden?**“ ab: Hier werden die Antworten zur Finanzierung des gegenwärtigen Angebots zum Teil wiederholt (Umverteilung von

privilegierten Gruppen, Bürokratieabbau). Einzelnen genannt werden das Ermöglichen von Kostenteilung (bzw. -übernahme) von Familien, welchen dies möglich ist. Sowie Crowdfunding und die Ablehnung der Auslagerung der Fachambulanz.

66 Personen beantworteten die Frage „**Wie sollte in Zukunft der Angebotsmix durch öffentliche und private Träger gestaltet werden?**“. 17 davon sind der Meinung, dass es insbesondere mehr Zusammenarbeit bedarf. Damit können Synergien geschaffen und einem Konkurrenzdenken entgegengewirkt werden. Acht Personen sind der Meinung, der private Sektor sollte ausgebaut werden, da diese Anbieter viel flexibler arbeiten können als die öffentliche Hand. Sechs Personen finden, dass die Kommunikation und der Austausch zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen verbessert werden müsste. Acht Personen sind hingegen der Meinung, dass das gegenwärtige Zusammenspiel zwischen öffentlichen und privaten Organisationen gut funktioniert. Sechs Personen sehen die Notwendigkeit, dass der Angebotsmix durch eine öffentliche Stelle koordiniert werden muss.

Tendenziell sehen die Befragten ein **Spannungsfeld zwischen der Schutz-/Kontrollfunktion und der Prävention** im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes.

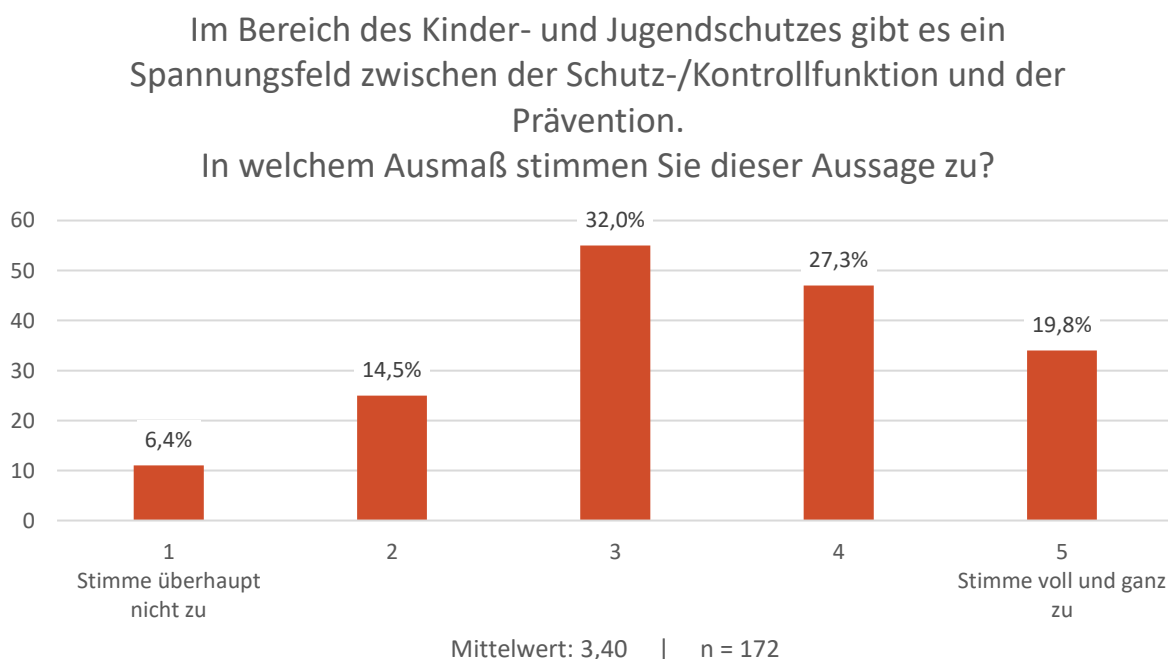


Abbildung 5-23: Gibt es ein Spannungsfeld zwischen der Schutz-/Kontrollfunktion und der Prävention?

Insgesamt haben 97 der Befragten ihre Bewertung des Spannungsfelds begründet:

Personen, die **kein Spannungsfeld** sehen (Antwort 1 oder 2 auf die vorhergehende Frage):

- 19 Personen sind der Meinung, dass Schutz/Kontrolle und Prävention integrale Bestandteile der Sozialarbeit sind und unbedingt zusammengehören bzw. bestehen müssen, um eine erfolgreiche Arbeit zu gewährleisten.
- Zehn Personen sind der Meinung, dass die Kontroll-/Schutzfunktion auch eine Form der Prävention ist, da solche Kontrollmaßnahmen auch präventiv wirken.

Personen, die ein **Spannungsfeld** sehen (Antwort 4 oder 5 auf die vorhergehende Frage):

- 17 Personen sind der Meinung, dass die Präventionsarbeit stärker ausgebaut werden muss und dieser Aspekt des Kinder- und Jugendschutzes eine vorrangige Rolle spielt.
- Sieben Personen sind der Meinung, dass Präventionsarbeit ohnehin auch als Kontrolle wahrgenommen wird.
- Zehn Personen sind der Meinung, dass für effektive Präventionsarbeit nicht genug Ressourcen vorhanden sind und den Mitarbeitern oft nur das „Feuer löschen“ bleibt.

Heute liegt der Fokus gemäß den Befragten tendenziell auf der Schutz-/Kontrollfunktion:

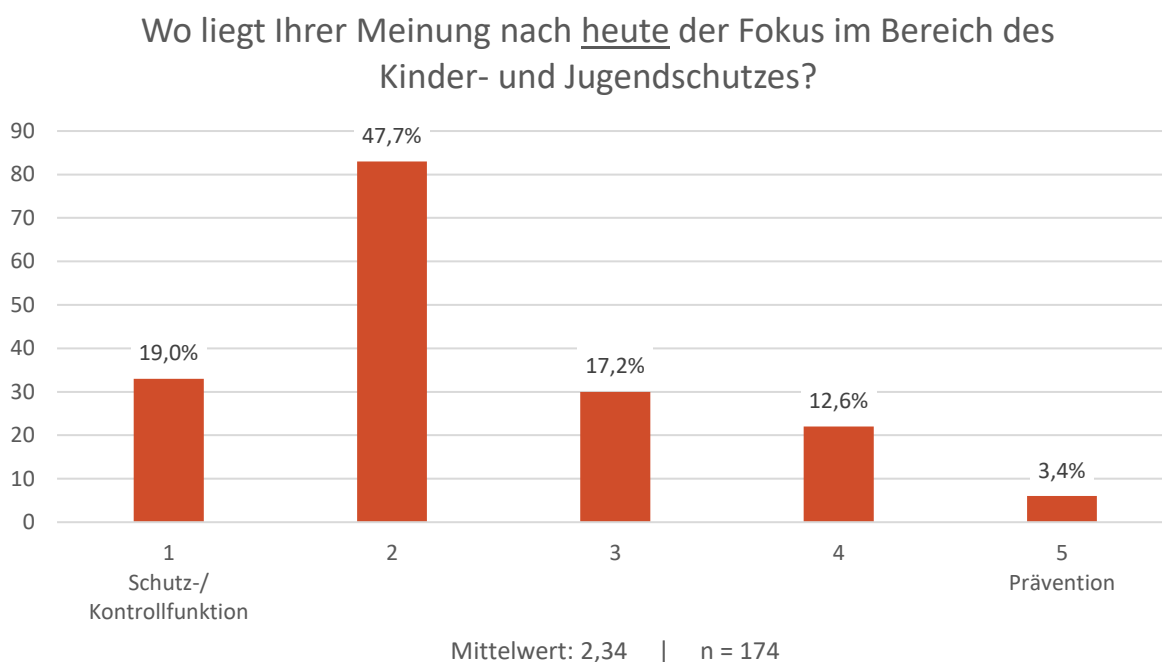


Abbildung 5-24: Umfrage Kinder- und Jugendschutz – Wo liegt Ihrer Meinung nach heute der Fokus im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes?

Gleichzeitig spricht sich die überwiegende Mehrheit dafür aus, dass die Prävention in Zukunft gestärkt und ausgebaut werden soll.

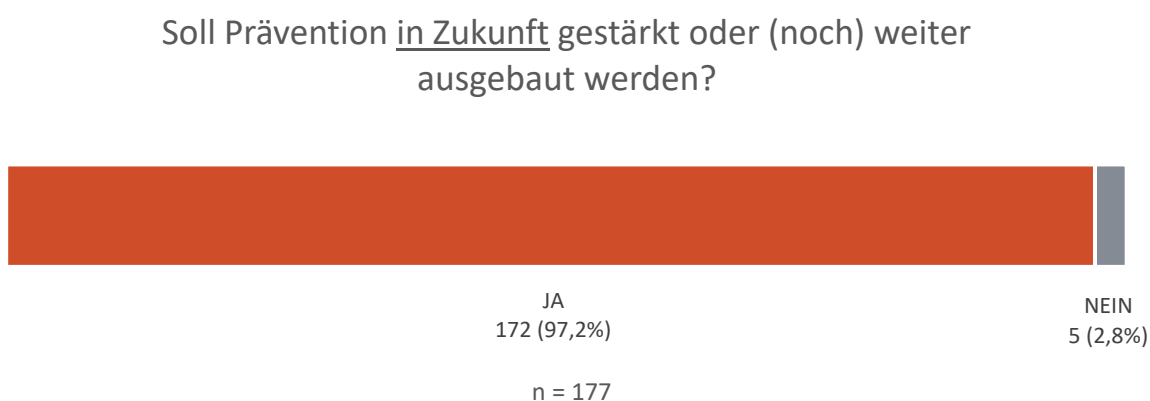


Abbildung 5-25: Soll Prävention in Zukunft gestärkt oder (noch) weiter ausgebaut werden?

134 Personen beantworteten die offene Frage **„Was ist notwendig, um die Prävention in der täglichen Arbeit im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes zu stärken?“**. 27 Personen sind der Meinung, dass es insbesondere mehr Ressourcen / Personal braucht, um die Präventionstätigkeit des Kinder- und Jugendschutzes zu stärken: Beim gegenwärtigen Personalstand fehlt schlichtweg die Zeit. 23 Personen sind der Meinung, dass besonders in Schulen und Kindergärten Präventionsarbeit geleistet werden muss und auch die Zusammenarbeit gestärkt werden muss. Weiter 16 Personen sprechen davon, dass die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Dienste verstärkt werden muss. Laut 19 Personen wäre es wichtig, mehr bzw. neue Aktionen, Initiativen und Projekte zu lancieren, um die Fachkräfte zu unterstützen (niederschwellige Interventionen, Zusammenarbeit mit Integrationsfamilien, Streetwork etc.). 15 Personen finden, dass die Präventionsarbeit unbedingt auch die Arbeit mit Eltern bzw. der ganzen Familie einschließen muss. Auch bei dieser Frage geben 13 Personen an, dass mehr Ressourcen / Personal benötigt werden, um die Arbeit im Kinder- Jugendschutz zu stärken.

Auf die offene Frage **„Welche Maßnahmen und Angebote braucht es oder gilt es im Bereich der Prävention auszubauen?“** antworteten 90 Personen. Am öftesten (22) gaben die Befragten an, dass es einer besseren Zusammenarbeit und Vernetzung der verschiedenen Akteure (Sozialdienste, Schule, Sanität usw.) bedarf. Besonders die Zusammenarbeit mit bzw. in Schulen und Kindergärten wird von 12 Personen als Ansatzpunkt für den Ausbau der Präventionsarbeit gesehen. Auch als wichtig empfinden 14 Personen vermehrt Angebote für Eltern (aufsuchende Familienarbeit, Schreiambulanz, Elternschulungen usw.). Weitere Nennungen sind: Mehr Öffentlichkeitsarbeit (9) und Sensibilisierungsmaßnahmen (8), der Ausbau ambulanter Angebote und Freizeitangebote (Sport, künstlerisch, musikalisch) (8), Maßnahmen der Früherkennung (5) und mehr niederschwellige Angebote (bspw. aufsuchende Sozialarbeit) (8).

Die Mehrheit der Befragten glaubt, dass durch den Ausbau der Prävention die Schutzmaßnahmen zurückgehen werden:

Glauben Sie, dass durch verstärkte Prävention die Schutzmaßnahmen zurückgehen werden?

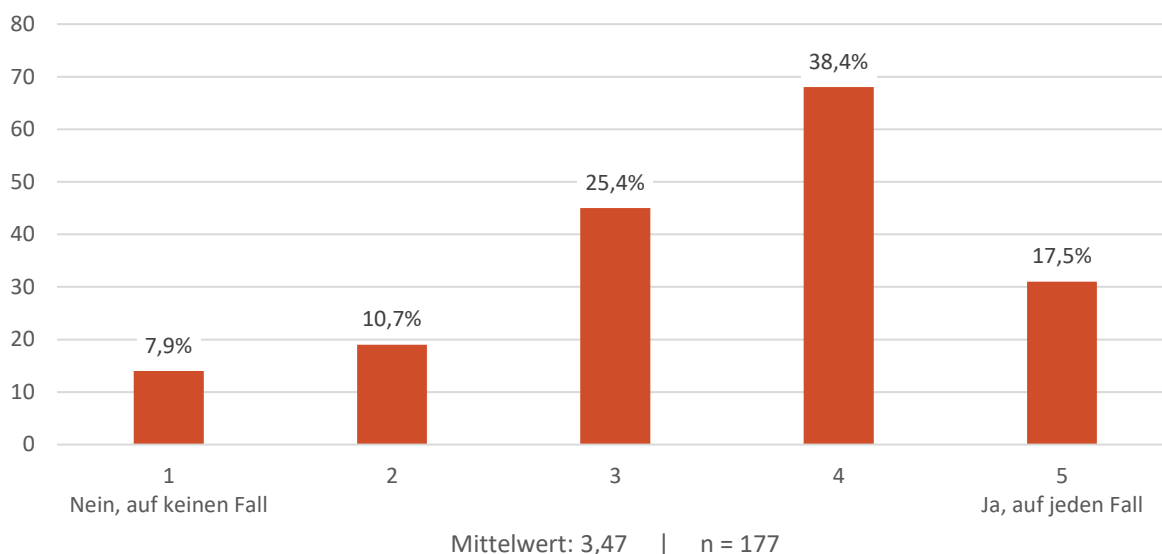


Abbildung 5-26: Glauben Sie, dass durch verstärkte Prävention die Schutzmaßnahmen zurückgehen werden?

Tendenziell erwarten die Befragten auch, dass durch verstärkte Prävention finanzielle Mittel frei werden:

Glauben Sie, dass durch verstärkte Prävention finanzielle Mittel frei werden?

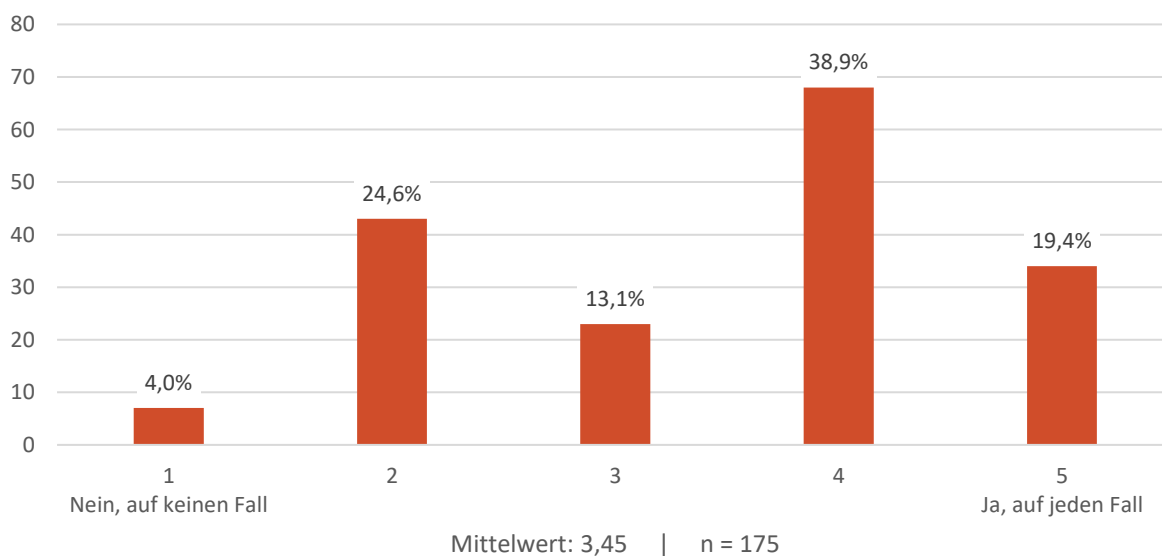


Abbildung 5-27: Glauben Sie, dass durch verstärkte Prävention finanzielle Mittel frei werden?

Der überwiegende Teil der Befragten sieht bereits heute einen **Fachkräftemangel im Kinder- und Jugendschutz**. In Zukunft verstärkt sich diese Befürchtung noch.

Gibt es Ihrer Meinung nach aktuell einen Mangel an Fachkräften im Kinder- und Jugendschutz?

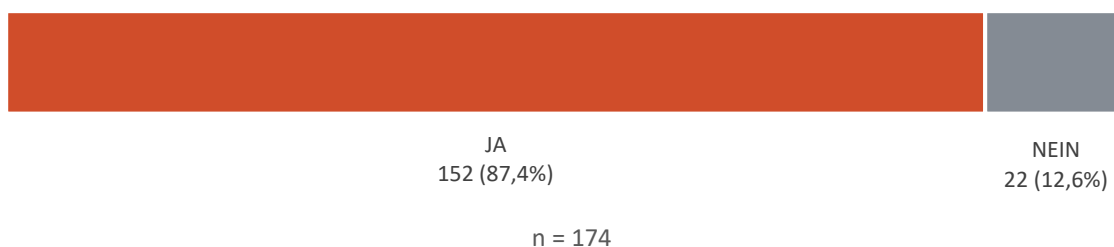


Abbildung 5-28: Gibt es Ihrer Meinung nach aktuell einen Mangel an Fachkräften im Kinder- und Jugendschutz?

Befürchten Sie in Zukunft einen Mangel an Fachkräften im Kinder- und Jugendschutz?

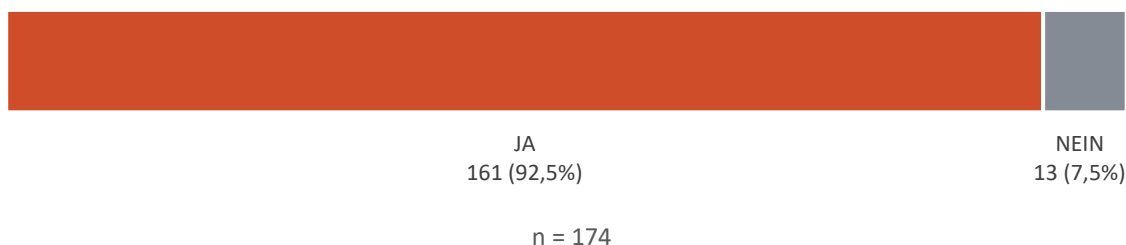


Abbildung 5-29: Befürchten Sie in Zukunft einen Mangel an Fachkräften im Kinder- und Jugendschutz?

Die Frage „**Wie kann sichergestellt werden, dass in Zukunft genügend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen?**“ beantworteten insgesamt 142 Personen. Die meisten Antworten (60) forderten eine bessere Bezahlung der Mitarbeiter*innen in sozialen Berufen. 43 Personen sprechen sich für generell bessere Arbeitsbedingungen aus (mehr Teamarbeit, mehr Urlaubstage aufgrund der psychischen Belastung, mehr Unterstützung aus der Sanität). Die Erweiterung des Weiterbildungsangebots und eine Verbesserung der Ausbildung (fachspezifischer, Spezialisierungen) halten 45 Befragte für wichtig. Eine höhere Wertschätzung und mehr Anerkennung – nicht monetär, sondern gesellschaftlich und von den anderen Diensten – halten 23 Personen für wichtige Maßnahmen, um den Bestand an qualifizierten Fachkräften zu sichern.

Auf die offene Frage **„Gibt es Best Practice-Beispiele oder andere innovative Lösungen im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes, die Ihrer Meinung nach Potential für Südtirol haben?“** haben 63 Personen geantwortet. Bekannt ist besonders die Risikoeinschätzung von Lüttringhaus (9 Nennungen). Weiters werden genannt:

- Frühe Hilfen
- Projekt PIPPI (Universität Padova)
- Bootcamp (Kinder / Jugendliche auf der Alm)
- Die Arbeit der Jugendämter in Deutschland in multidisziplinären Teams
- Schreiambulanz
- Peer Education
- Niederschwellige Angebote
- WIR- Projekt
- Netzwerk der Sozialpädagogischen Dienste (CRAIS)

Bei **„Wünsche und Ideen für die Entwicklung des Kinder- und Jugendschutzes in Südtirol“** gaben insgesamt 77 Personen Anregungen ab. Hier sind es besonders Maßnahmen in der Arbeitsorganisation, welche die Befragten für wichtig erachten (25). Zur Sprache kommen hier bspw. eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Diensten, eine stärkere Integration von Sozial- und Gesundheitswesen und einheitliche Modelle, Standards und Vorgehensweisen. Einen Paradigmenwechsel hin zu einem stärkeren Fokus auf die Präventionsarbeit halten elf Befragte für wünschenswert. Weitere Wünsche betreffen eine Verbesserung des Aus- und Weiterbildungsangebots (6), eine stärkere Einbeziehung aller Bürger*innen (bspw. Stärkung des Freiwilligenwesens) (6) sowie einen Ausbau/Erweiterung des Angebots einiger Dienste (6) (bspw. stationäre Dienste für Minderjährige, Streetworker).

5.3 Ergebnisse der Workshops

Die Workshops mit Expert*innen aus der Praxis des jeweiligen Bereichs bilden einen zentralen Bestandteil des Forschungsprojekts. Ziel dieser Expertengespräche ist es, in Form von Fokusgruppen längere und vertiefende Fachdiskussionen zu führen, um die Wünsche und Notwendigkeiten für die Ausrichtung des zukünftigen Landessozialplans aus der Praxis zu erheben.

Die Workshops der einzelnen Bereiche setzen sich dabei aus einem allgemeinen Teil mit Impulsreferaten und einen in mehrere Arbeitsgruppen gegliederten Diskussionsteil zusammen. Im Rahmen der Impulsreferate präsentiert das bzw. die zuständigen Fachämter der Provinz den Ist-Stand und Eurac Research die wissenschaftlichen Prognosen (siehe Kapitel 5.1) sowie Ergebnisse der Vorab-Umfrage (siehe Kapitel 5.2). Diese Informationen dienen als Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppen. Eurac Research übernimmt die Moderation und Dokumentation des gesamten Workshops und der einzelnen Arbeitsgruppen. In den Arbeitsgruppen werden themenspezifische Fragestellungen, die von dem bzw. den Fachämtern in Zusammenarbeit mit Eurac Research ausgearbeitet wurden, behandelt. Im Bereich „Kinder- und Jugendschutz“ wurden folgende Themen behandelt:

- **Arbeitsgruppe 1: Wie kann Prävention im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes gestärkt werden?**

Soll Prävention in Zukunft gestärkt werden? Lässt sich Prävention im Kinder- und Jugendschutz überhaupt umsetzen und wie? In welchen Bereichen braucht es stärkere Prävention? Welche Präventionsansätze könnten/sollten umgesetzt werden? Wie kann ein stärkerer präventiver Ansatz finanziert werden?

- **Arbeitsgruppe 2: Wie kann sichergestellt werden, dass auch in Zukunft genügend qualifizierte Fachkräfte im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes zur Verfügung stehen?**

Sind die Berufsbilder im Kinder- und Jugendschutz attraktiv (z.B. betreffend Gehalt, Gender, Unterschiede Berufsbilder)? Sind die Ausbildung und die Vorbereitung der Fachkräfte auf die Arbeit in diesem Bereich angemessen? Was braucht es, um Burnout und Turnover bei den Mitarbeiter*innen vorzubeugen bzw. zu reduzieren? Welche Rahmenbedingungen braucht es, damit die Mitarbeiter*innen im Kinder- und Jugendschutz (noch) besser arbeiten können?

- **Arbeitsgruppe 3 und 4: System der bestehenden Angebote und Dienste* im Kinder- und Jugendschutz: Ist das aktuelle Angebot bedarfsgerecht ausgerichtet bzw. welche Anpassungen und/oder Neuerungen sind zukünftig notwendig?**

Ist das heutige Angebot ausreichend bedarfsorientiert ausgerichtet? Was fehlt noch bzw. sollte gestärkt oder angepasst werden? Wie sollte in Zukunft der Angebotsmix durch öffentliche und private Träger gestaltet werden? Wie soll zukünftig die Vernetzung zwischen den Diensten und Angeboten, insbesondere die sozio-sanitäre Vernetzung, ausgestaltet werden? Wie kann die Finanzierung des Angebotes im Kinder- und Jugendschutz zukünftig sichergestellt werden?

*stationäre und teilstationäre Dienste (inkl. familiäre Anvertraung), ambulante Angebote, Adoption

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden in der Folge in Form von Ergebnisprotokollen präsentiert.

5.3.1 Arbeitsgruppe 1: Wie kann Prävention im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes gestärkt werden?

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Soll Prävention in Zukunft gestärkt werden?

Einstimmig Ja

Zunächst kurze **Definition** – was meinen wir mit Prävention?

- **Primäre P.** (Entstehung von Problemen verhindern)
- **Sekundäre P.** (ein Problem früh identifizieren)
- **Tertiäre P.** (Schaden besteht bereits, Vorbeugen von Verschlimmerung / weiterer Schäden)

Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe wird es (zeitlich) nur möglich sein, über primäre, maximal sekundäre Prävention zu diskutieren. Die primäre Prävention ist auch die, die im Moment am wenigsten stattfindet.

In welchen Bereichen braucht es stärkere Prävention?

Prävention kann auf verschiedenen Ebenen stattfinden:

- Einzel- / Fallarbeit
- Gruppenarbeit
- Gemeinwesenarbeit
- Auf gesellschaftlicher Ebene

1) Prävention sollte konkret vor allem **mehr auf Gruppen- und Gemeinwesenebene** stattfinden. Statt nur der Einzelfall muss das System in den Blick genommen werden.

2) Prävention muss **von der gesellschaftlichen Ebene her** gedacht werden:

- Auf gesellschaftlicher Ebene muss **Inklusion** (Kinder mit Migrationshintergrund, Behinderungen...), **Demokratiebildung** und **Partizipation** eine hohe Wichtigkeit eingeräumt werden.
- Der **Landessozialplan** sollte auch festschreiben, was auf gesellschaftlicher Ebene (in Bezug auf Prävention) gewollt wird → landesweite Strategie
- Der Landessozialplan sollte zum Thema Prävention gemeinsam mit dem **Familienförderungsplan** der Familienagentur (mit Prävention beauftragt) sowie dem **Landesgesundheitsplan** gedacht und entwickelt werden

Mit welchen Personengruppen sollte mehr präventiv gearbeitet werden?

✓ Arbeit mit den Eltern

Wird als fundamentaler Ansatzpunkt von Präventionsarbeit betrachtet, da Probleme von einer Generation zur nächsten übertragen werden.

✓ Arbeit mit den (Klein)Kindern

✓ Arbeit mit Jugendlichen

Wo soll Prävention stattfinden?

✓ Überall dort wo Kinder und Jugendliche aber auch ihre Eltern „sowieso sind“ (Kindergarten, Hort, Nachmittagsbetreuung...)

✓ In Schulen

- Schulerfolg ist wegweisend für den weiteren Lebensweg des Kindes / Jugendlichen
- Lehrer*innen müssten hierzu einbezogen, gestärkt und weitergebildet werden

✓ Bei der Nachmittagsbetreuung

✓ In Jugendzentren

✓ In Beratungsstellen

- Deren Arbeit müsste dann besser bekannt gemacht werden, z.B. von den Jugendgerichten systematisch bei Trennungsfällen empfohlen werden
- Außerdem bräuchten sie mehr Personal

- ✓ **In den Sprengeln**
 - Diese brauchen zur Präventionsarbeit aber mehr Personal
- ✓ **In den Pflegefamilien**
 - In den Pflegefamilien findet Prävention statt, es braucht daher viel mehr

Was genau könnten Präventionsansätze sein?

Die Zusammenarbeit von Akteuren auf lokaler Ebene verbessern

- Auf **lokaler** Ebene kennt man sich persönlich, nur so wird Zusammenarbeit konkret und effektiv
- Es sollte eine **lokale Koordinierungsstelle** geben
- Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren ist auch wichtig, wenn man nicht nur den „Einzelfall“, sondern den ganzen Kontext des Kindes / Jugendlichen einbeziehen möchte
- Durch Zusammenarbeit kann man auch verhindern, dass Probleme eskalieren, weil zu spät eingeschritten wird
- Netzwerke sollten auch konkret gemeinsam Projekte durchführen oder Fälle „bearbeiten“ – nur so füllt sich die Zusammenarbeit konkret und bewirkt etwas (nur durch Treffen von Arbeitsgruppen ist es nicht getan)
- Vor allem auch die **Sanitätssprengel** sollten Teil des lokalen Netzwerks sein
- Wenn die Sozial- und Sanitätssprengel vor Ort und gut vernetzt sind, ist es egal, an wen eine Person sich wendet, das Problem wird in jedem Fall weitergeleitet
- Die lokale Zusammenarbeit kann auch grenzüberschreitend sein, z.B. Terra Raetica (Vinschgau, Graubünden, Tiroler Oberland)

Ansätze für Eltern

- **Konfliktbewältigung**, insbesondere bei **Trennungen**
- Arbeit mit gewalttätigen Vätern
- **Gewaltprävention** (mitemlebte Gewalt, direkte Gewalt physisch und psychisch (inkl. Vernachlässigung))
- **Patchworkfamilien** und deren Probleme mehr in den Blick nehmen („klassische“ Familie ist generell als einziges Lebenskonzept heute nicht mehr zeitgemäß)
- Mehr **psychologische** Beratung
- **Kompetenzen** der Eltern stärken
- **Ressourcen** der Eltern stärken, ressourcenorientiert denken und vorgehen
- „**Spazi neutri**“, in denen positive Erfahrungen gemeinsam mit den Kindern gesammelt werden können
- **Peer education** (Mütter für Mütter, Eltern für Eltern...)

Ansätze für Jugendliche

- **Resilienz und psychische Gesundheit stärken** (wird manchmal auch „Suizidprävention“ genannt)
- Arbeit zum Thema „**(Partner)Beziehungen führen**“
- **Gewaltprävention**, z.B. auch sexualisierte Gewalt (online)
- Die **Akzeptanz von Diversität** bei Kindern und Jugendlichen fördern, Homophobie, Rassismus und Abwertung von Frauen / Mädchen entgegenwirken
 - Den Umgang miteinander zum Thema machen und üben
- Gegen **soziale Isolation** vorgehen
- **Peer education** (zwischen Kindern / Jugendlichen mit Migrationshintergrund...)
- Für Jugendliche, die in kein System passen, braucht man sehr flexible Ansätze

Beispiele / Good Practices, die bereits angewendet werden und mehr verbreitet werden sollten:

- Zusammenarbeit über **Interreg-Projekte** (und so auch Finanzierungen erhalten) → Vinschgau
- **Frühe Hilfen** werden als absolut wichtig gesehen und sollten ausgebaut werden. Sie haben ein großes Potential, den Präventionscharakter mehr in die Sprengel zu tragen
- Sozialarbeiter gehen bereits in die **Kindergärten**, dort erreichen sie auch direkt die Eltern (u.U. auch auf informelle Art)
- In Bozen gibt es bereits eine **zentrale Ansprechperson** im Sprengel eines Viertels, die sowohl alle öffentlichen als auch privaten Möglichkeiten kennt
- **Informations- und Sensibilisierungskampagnen** wären in verschiedenen Bereichen hilfreich, um Angebote breiter bekannt zu machen. Es gibt immer noch viel Unwissenheit – viele Menschen denken, dass sie kein Recht auf Hilfe haben
- Es gibt bereits viele gute Angebote, man sollte von ihnen ausgehen und sie auch weiter stärken

Wie kann zukünftig mehr Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Familien gewährleistet werden?

- Man erreicht alle Personengruppen **automatisch über Gruppen- und Gemeinwesenprojekte**. Diese können jedoch nur entwickelt und durchgeführt werden, wenn mehr personelle Ressourcen zur Verfügung stehen
- Partizipation bedeutet auch, dass man diese **nicht nur als Alibi** durchführt, sondern Anregungen und Ideen dann auch weiterträgt und umsetzt. Der ganze Prozess ist aufwändig: Informationen geben, Informationen abholen, weitergeben und umsetzen
- Mehr Beteiligung erhält man, wenn man **aktiv zu den Personen hinget** – in Schulen, Kindergärten, Vereine, Jugendzentren...
- Partizipation ist vor allem dann möglich, wenn Eskalationen von Situationen vermieden werden, weil **frühzeitig eingeschritten** wird (weil Akteure lokal zusammenarbeiten)

Sollen Dienste und Leistungen wieder durch Sprengel mehr „hereingeholt“ werden (z.B. aufsuchende Angebote), z.B. um mehr Präventionsarbeit zu ermöglichen?

Es gibt hierzu verschiedene Meinungen / Wortmeldungen:

- Dies kann nicht ganz eindeutig beantwortet werden – für die verschiedenen Bezirke funktioniert vielleicht Verschiedenes (ist eine strategische Überlegung)
- Der „**richtige Mix**“ zwischen öffentlichen und privaten Anbietern muss gefunden werden
- Vorteile der privaten Anbieter: sie sind flexibler und Flexibilität wird sehr oft benötigt
- Die Auslagerung von Aufgaben braucht es auch, um überlasteten Sprengeln wenigstens etwas Luft zu verschaffen (und dann z.B. mehr Prävention ausführen zu können)
- Die **Beschreibung** der benötigten Dienstleistungen muss genauer und die **Vergleichbarkeit** von öffentlichen und privaten Leistungen muss besser gewährleistet werden – wenn hier eine gleiche Qualität geleistet und sichergestellt werden kann, ist es unerheblich, ob öffentliche oder private Stellen die Leistung durchführen
- Die Sprengel sollten wieder mehr Präventionsaufgaben „hereinholen“ um z.B. breiter aufgestellt zu sein
- Sprengel müssen evtl. auch **reorganisiert** werden (Überprüfen wo im Moment wirklich die Prioritäten liegen). Man braucht eine genaue Planung im Bereich Prävention. Die Sprengel sollten genauere Präventionsaufgaben bekommen
- Die **Beteiligung der Sprengelmitarbeiter*innen** bei solchen Planungsprozessen ist sehr wichtig für das Vertrauen

Wie kann ein stärkerer präventiver Ansatz finanziert werden?

- Erfahrungen haben gezeigt, dass man durch präventive Arbeit **teure Heimunterbringungen reduzieren** kann
- Präventionsarbeit bei den **Eltern** zahlt sich langfristig gesehen bei den Kosten für die Kinder aus
- **Über Koordinierung und Zusammenarbeit** lassen sich Synergien schaffen, sodass mit den gleichen Mitteln mehr erreicht werden könnte
- Finanzierung hat auch mit politischer Priorisierung zu tun – will man aus dem Landeshaushalt mehr Finanzen der Prävention zuteilen?

5.3.2 Arbeitsgruppe 2: Wie kann sichergestellt werden, dass auch in Zukunft genügend qualifizierte Fachkräfte im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes zur Verfügung stehen?

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landessozialplan genannt wurden.

1. Fachkräftemangel: Sind die Berufsbilder im Kinder- und Jugendschutz attraktiv?

- Zur Stärkung der Berufsbilder müssen die **Wertschätzung, Arbeitsbedingungen, die finanzielle Vergütung und die Ausbildung angeschaut und angepasst** werden. Die umfangreiche Aus- und Fortbildung steht nicht in Relation mit der Vergütung.
- **Gender:** Es ist ein von Frauen dominierter Beruf („Helferberuf“); Männer sind hier oft nur im Management zu finden. Es bräuchte mehr Männer auch als Rollenvorbilder. Die Vergütung in den Sozialberufen bietet wenig Anreize, um auch mehr Männer zu motivieren (ungleiche Bezahlung Frauen-Männer).
- **Stärkere Vernetzung der territorialen Dienstleister mit den Universitäten** notwendig. Uni Bozen ist sehr bemüht, Leute aus der Praxis reinzuholen und gemeinsam die Ausbildung zu koordinieren. Bei **Praktika ist es aber oft schwierig, Begleiter*innen für Praktikant*innen zu finden** (Schwierigkeit, Ressourcen zur Verfügung zu stellen). Die Studierenden tun sich daher schwer einschätzen zu können, ob sie in diesem Bereich arbeiten möchten.
- **Ausbildung müsste spezifischer sein und Themen vertiefen.** Das Arbeiten mit schwierigen und komplexen Situationen (Gewalt, Aggression u.a.) sowie die veränderten Bedürfnisse (auch bezüglich Kontrolle und Absicherung) muss auch berücksichtigt werden.
- Die **Tarife der privaten sozialen Träger müssen verbessert/angepasst** werden, auch damit diese Träger eine Planungssicherheit haben (ist sehr wichtig!). Beispiel: wenn EOS oder La Strada geschlossen werden müssten aus Spargründen, hätten wir sehr große Probleme!
- **Klar definieren was „Jugendschutz“ bedeutet,** auch für Mitarbeiter*innen und Studierende muss klar sein welche Ansprüche der Beruf stellt.
- Man sollte erst **mit einer gewissen Erfahrung im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes arbeiten können** (z.B. in Österreich ist 30 Jahre das Mindestalter);
- Wichtig, die **Aufgaben, Kompetenzen und Rollen der Sozialassistent*innen und Sozialpädagog*innen genau zu klären.** Die Berufsbilder müssen gestärkt werden und **auf territorialer Ebene angeglichen** werden.
- Es ist wichtig, im **Team** (Austausch mit Kolleg*innen) und **projektbezogen** (nicht nur im Notfall) zu **arbeiten** sowie ein **Netzwerkssystem zu schaffen** (mehr Synergien).

- Nur **für Notfall zu arbeiten, fördert Burnout**, den Mitarbeiter*innen **fehlt es an Erfolgserlebnissen**.
- Frage der Qualifikation ist natürlich wichtig. Kinder- und Jugendschutz ist nur eines der Themen der Grundausbildung an der Uni Bozen. Eine **zusätzliche Weiterbildung und Spezialisierungen sind wichtig!**
- Es **fehlt der psychologische Aspekt im Bereich Jugendschutz**, es braucht auch Psycholog*innen, die in diesem Bereich tätig sind und mit Sozialpädagog*innen und Sozialassistent*innen zusammenarbeiten. Psycholog*innen müssten auch beim Sozialdienst angestellt werden.
- Die **Sozialdienste sind viel mehr alleingelassen und überfordert mit der Komplexität** und einem hohen Turnover beim Personal ausgesetzt.
- Frage, **wie erfahrene Mitarbeiter*innen gehalten werden können**, ist wichtig. Der **Austausch zwischen junge*n Kolleg*innen und älteren Kollegen*innen** ist wichtig.
- **Sozialassistent*innen haben wenig Möglichkeiten, Prävention zu machen**. Die Arbeit ist mittlerweile mehr auf die Ausarbeitung /Durchführung von Dekreten beschränkt.
- Wie ist der **Schlüssel Sozialassistent*innen/Einwohner*innen pro Gemeinde?** Die Überforderung ist sehr groß. Hauptthematiken sind ausländische Familien und konfliktreiche Trennungen.

Zusammenfassung und konkrete Maßnahmen

- ❖ Finanzielle Vergütung, Arbeitsbedingungen und Ausbildung (auch bezüglich Funktionsebenen) anpassen, sind wichtig für die Stärkung der Berufsbilder.
- ❖ Anpassung der Tarife für mehr Planungssicherheit vor allem der privaten Träger.
- ❖ An Wertschätzung und Stellenwert der Sozialberufe arbeiten.
- ❖ Erhöhung der Gehälter und fachliche Anerkennung steigern auch Attraktivität für Männer.
- ❖ Erfahrene Mitarbeiter*innen halten und den Austausch mit den jüngeren Mitarbeiter*innen fördern.
- ❖ Stärkere Vernetzung zwischen Berufswelt und Universitäten (Bedürfnisse des Territoriums).
- ❖ Klarere Beschreibung der Aufgaben und Kompetenzen von Sozialassistent*innen und Sozialpädagog*innen.
- ❖ Genauere Definition des Jugendschutzes: was versteht man darunter, wer hat welche Aufgabe/Rolle.
- ❖ Abbau der Komplexität (vor allem hinsichtlich der Bürokratie).
- ❖ Teamarbeit und Projektarbeit stärken und Netzwerke bzw. Synergien schaffen.
- ❖ Sozialbereich arbeitet derzeit eher in Notversorgung; eine Trennung zwischen Notversorgung und Standardversorgung ist wichtig.

2. Sind genügend Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Einschulungsmöglichkeiten vorhanden?

- Südtirol hat **gute Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen**.
- Weiterbildungen und Spezialisierungen müssen sich **auch im Gehalt widerspiegeln**.
- Wichtig ist, dass **Angebot und finanzielle Mittel weiterhin zur Verfügung gestellt werden**. Der öffentliche Bereich hat hier sehr viele Möglichkeiten. Die Ausbildung im privaten Bereich sollte unterstützt werden, dieser hat mehr Schwierigkeiten.
- Best Practice-Beispiele in den verschiedenen Bezirken sollten untereinander ausgetauscht werden bspw. „Einarbeitungsmappe“ (enthält die Grundkenntnisse, die jemand je nach Rolle haben muss – Sprengel Mals/Schlanders).
- Eine **Unterstützung der (neuen) Mitarbeiter*innen ist auch in den Jahren danach** wichtig. Dies hängt aber stark vom Team ab (unterschiedliche Kulturen, Arbeitsbedingungen). Eine Vereinheitlichung ist hier notwendig.
- **Fortbildungsprogramm individuell und bedarfsorientiert gestalten und auch örtlich anbieten**. Hier liegt großes Potenzial. Die Mitarbeiter*innen müssen abgeholt werden, wo will man hin mit den Kompetenzen, in welche Richtung will man sich entwickeln?
- **Austausch zwischen und unter den öffentlichen und privaten Anbietern fördern**, um die Arbeit zu vereinheitlichen.
- Weiterbildungen im Kinder- und Jugendschutz müssen auch die **Themen Aggressivität und Gefahren berücksichtigen**, denen man ausgesetzt ist. Es ist wichtig hier eine Stütze zu bekommen.
- Die Weiterbildung ist in der **Dienststelle für Personalentwicklung der Abteilung 24** gut untergebracht. Mit ihnen **gemeinsam** soll das **Angebot bedarfsgerecht gestaltet** werden.
- **Private Anbieter vernetzen sich untereinander, um Synergien zu schaffen** und den Bedarf an Weiterbildung teilweise abzudecken. Dies soll in Zukunft so weitergetragen werden.

Zusammenfassung und konkrete Maßnahmen

- ❖ Mindestalter bzw. bestimmtes Maß an Erfahrung wichtig, um im Kinder- und Jugendschutz arbeiten zu können.
- ❖ Gutes Niveau der Ausbildung und Weiterbildung halten, Angebot und finanzielle Mittel weiterhin zur Verfügung stellen.
- ❖ In Ausbildung erschwerte Bedingungen berücksichtigen (Gewalt, sexuelle Gewalt, Aggressivität, Gefahren im Allgemeinen).
- ❖ Weiterbildung und Spezialisierungen auch finanziell anerkennen.
- ❖ Themenspezifische Weiterbildung bedarfsorientiert anbieten.
- ❖ Ausbildung/Weiterbildung am Arbeitsplatz (vor Ort) anbieten.
- ❖ Einschulung: Lokale Good Practices verbreiten.
- ❖ Enge Begleitung durch ältere Kolleg*innen wichtig.

3. Wie kann die hohe Burnoutrate / hoher Turnover bei den Mitarbeiter*innen im Kinder- und Jugendschutz gemildert werden?

- **Zu viel Verantwortung und zu wenig Unterstützung...** Auch Führungskräfte brauchen Unterstützung (Schutz der Mitarbeiter*innen). Verantwortung muss vergütet werden.
- Die Frage ist, **wie kommt es zum Burnout?** Inwieweit werde ich unterstützt? Haben immer Probleme/komplexe Situationen zu lösen. Auch die **Vorgesetzten müssen aufmerksamer sein und aktiv eingreifen.**
- Die **Organisation muss die Wichtigkeit des Themas erkennen** und sensibel reagieren (Supervision, auf Probleme der Mitarbeiter*innen bzw. auf deren Emotionen eingehen).
- **Thema nicht tabuisieren**, Burnout kann private und berufliche Gründe haben.
- Auch **Sozialarbeiter*in selbst hat die Verantwortung, sich mit dem Thema und mit den eigenen Emotionen auseinanderzusetzen.**
- Bei Gleichstellungsthematiken und auch bei Burnout wird im öffentlichen Bereich eine **psychologische Beratung zur Verfügung** gestellt.
- Man muss sich **viel früher organisieren** (z.B. mit Krankenpfleger*innen in der Pädiatrie sprechen, um Probleme frühzeitig zu erkennen). Dies verhindert Burnout.
- **Bereits in der Ausbildung muss man sich mit dem Thema befassen.**
- **Mit guter Teamarbeit kann man gut entgegenwirken/auffangen.** Intervision, gegenseitige Unterstützung, hier wichtig.
- Interdisziplinäres Team: Es gibt eine Supervision, aber in traumatischen Fällen (z.B. Suizid) ist es **wichtig, sich danach zu treffen und gemeinsam darüber zu sprechen!**
- Der*die **Sozialarbeiter*in sollte gegenüber dem Jugendgericht eine aktivere Rolle einnehmen** und auch versuchen die „Sprache“ der Behörden zu verstehen (Sozialdienst sagt, „ich lasse den Richter entscheiden“...).
- **Zusammenarbeit mit den Behörden** (Jugendarbeit / Jugendgericht / Staatsanwaltschaft / Polizei) **muss verstärkt werden**, auch zwischen den Bezirken.
- **Treffen mit Staatsanwält*innen**, um zu verstehen, wie Anträge geschrieben werden sollen (und Hilfe von Psycholog*innen).
- Grundsätzlich: Warum „hohe“ Burnout-Rate, gibt es Zahlen, woher stammt diese Aussage? Burnout und Turnover sollten getrennt behandelt werden.

Zusammenfassung und konkrete Maßnahmen

- ❖ Zu viel Verantwortung und zu wenig Unterstützung.
- ❖ Nach den Ursachen von Burnout suchen. Vorgesetzte müssen aufmerksamer sein und aktiv eingreifen.
- ❖ Wichtigkeit des Themas erkennen und nicht tabuisieren. Aber auch Selbstverantwortung des*der Mitarbeiters*in.
- ❖ Mit guter Teamarbeit kann man gut entgegenwirken/auffangen. Gegenseitige Unterstützung wichtig (Intervision).
- ❖ Interdisziplinäres Team, um die Problematiken zu bewältigen.

- ❖ Auch in Ausbildung berücksichtigen.
- ❖ Fälle präventiv richtig verteilen: zu viel Nähe schadet, zu viel Distanz aber auch!

4. Welche Rahmenbedingungen würde es noch brauchen, damit die Mitarbeiter*innen im Kinder- und Jugendschutz (noch) besser arbeiten können?

- **Zusammenarbeit Sozialdienst-Jugendgericht-Staatsanwaltschaft muss besser werden:** auch sprachlich (Fachjargon) oft eine Problematik. Gemeinsame Richtlinien definieren, Gespräche wieder aufnehmen und mehr Zeit investieren.
- **Ordnungshüter** sind oft Retter in letzter Sekunde, sie **müssen einbezogen werden**. Diskussionsbedarf besteht!
- **Netzwerkarbeit findet nicht statt.**
- Sprachen der verschiedenen Institutionen muss man kennen und diskutieren, eine Differenzierung ist wichtig. Man hat Projektionen (in andere Berufe), die nicht stimmen. **Für gemeinsame Sprache ist es wichtig, dass man die Sprache des anderen versteht** (z.B. Polizeibericht).
- **Gewalt/sexuelle Gewalt** darf auch **in der Aus- und Weiterbildung nicht vernachlässigt werden**. Viele Mitarbeiter*innen kommen damit nicht zurecht. Arbeitsinstrumente fehlen da teilweise; mehr mit Frauenhäusern reden zum Beispiel.
- Die **Rolle der Schulen ist wichtig** für den Schutz von Minderjährigen. Es gibt gute Beispiele für Zusammenarbeit und Prävention.

Zusammenfassung und konkrete Maßnahmen

- ❖ Zusammenarbeit aller Akteure fördern (Sozialdienst-Jugendgericht-Staatsanwaltschaft): gemeinsame Richtlinien, Gespräche aufnehmen. Aktivere Rolle für Sozialarbeiter*innen in der Zusammenarbeit mit dem Jugendgericht.
- ❖ Auch Einbeziehung der Ordnungshüter wichtig.
- ❖ Netzwerke schaffen.
- ❖ Gemeinsame (Fach)Sprache wichtig, aber differenzieren. Sprache der anderen Institution kennen!
- ❖ Wichtige Rolle der Schulen im Jugendschutz: Bestehende Good Practices anschauen.

5.3.3 Arbeitsgruppe 3: System der bestehenden Angebote und Dienste im Kinder- und Jugendschutz

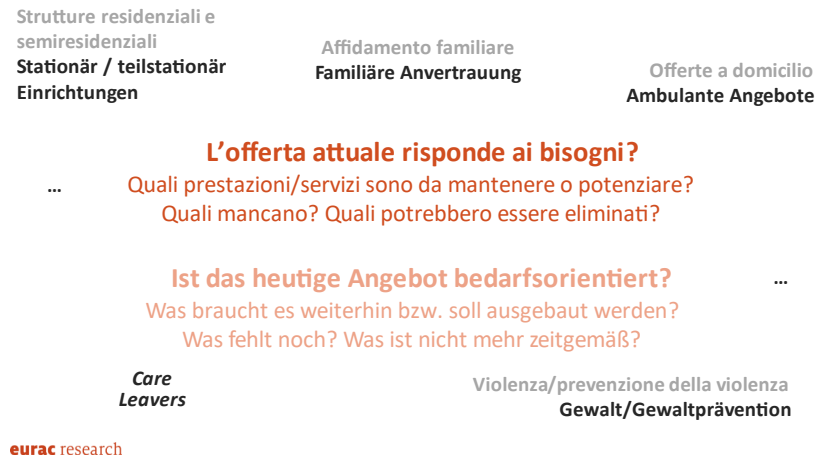


Abbildung 5-30: Arbeitsgruppe 3 - Ist das heutige Angebot bedarfsorientiert?

Stationäre/Teilstationäre Einrichtungen

- Mangel an **stationären Betreuungsstrukturen** (39 Minderjährige außerhalb der Provinz). Dies ist zurückzuführen auf a) das Fehlen von Strukturen, die für Minderjährige mit schweren Krankheitsbildern geeignet sind; b) die Verlegung außerhalb der Provinz aufgrund der Notwendigkeit eines Ortswechsels.
- Mangel an stationären Einrichtungen für die **Altersgruppe 3-6**. Überlegungen zur Unterbringung in der Provinz oder außerhalb der Provinz.
- Mangel an Einrichtungen für **Jugendliche mit Substanzenabhängigkeit**. Überlegungen zur Unterbringung in der Provinz oder außerhalb der Provinz.
- Mangel an **spezialisierten Einrichtungen für multiproblematische Minderjährige**.
- Schwierigkeiten für **Minderjährige mit Verhaltensstörungen**.
- Mangel an Betreuungsstrukturen für **Minderjährige mit Behinderung**.
- In der Kinderpsychiatrie ist es schwierig, **Rehabilitationseinrichtungen** für autistische Kinder und Jugendliche oder Minderjährige mit kognitiven Beeinträchtigungen zu finden.
- **Vorschlag für einen dauerhaften runden Tisch** zur Diskussion, Überwachung, Bewertung, Anpassung laufender Projekte, um effektiver und effizienter auf neue Herausforderungen (z.B. unerfasste Kinder und Jugendliche, sozialer Rückzug, Care Leaver) zu reagieren – sowie zur Prävention, um gemeinsam die zukünftigen Bedürfnisse zu definieren.
- Eine Unterbringung der Kinder und Jugendlichen ist nicht ausreichend, bereits **von Beginn** an muss eine **Reintegration mitgeplant** werden. Ein innovatives Beispiel der außerhäuslichen Betreuung (Deutschland), das auf der Zusammenarbeit zwischen

- Jugendamt/privaten Vereinen und dem Austausch zwischen Eltern (Elterntraining) basiert.
- Verstärkung der **Unterstützung der Eltern** nach der Unterbringung in einer Einrichtung
- Bedarf an einer **Arbeitsgruppe mit der Sanität**, Austausch mit Fachleuten aus dem Gesundheitswesen.
- **Notfallmanagement am Wochenende** (z.B. sofortiger Umzug): kein Dienst außer Polizei und Jugendanwaltschaft.
- **Nachmittagsbetreuung**: Es bedarf eines vermehrten Abgleichs und besserer Abstimmung zwischen der Familienagentur und dem Amt für Kinder- und Jugendschutz, um **für die problematischsten Minderjährigen Formen der Betreuung** zu finden (nicht nur Hausaufgaben, sondern auch Kontrolle und anderes).
- **Erzieher*innen in der Schule**: Es ist notwendig, z.B. im Sozialplan, pädagogische Maßnahmen zu definieren, um sicherzustellen, dass die Kinder und Jugendlichen wissen, wie man miteinander umgeht.

Familiäre Anvertrauung

Aktuelle Kritikpunkte	Lösungsvorschläge
○ Das aktuelle System zur Begleitung von Pflegefamilien (familiäre Anvertrauung) ist in vielerlei Hinsicht mangelhaft/unzureichend: ○ die Leitlinien zur Begleitung der Familien bestehen, es fehlen die Bedingungen zur Umsetzung; ○ uneinheitliche Betreuung der Minderjährigen/der Herkunftsfamilie/Pflegefamilie; Beratung, Schulung und Entlohnung der familiären Anvertrauung; ○ Bewertung der familiären Anvertrauung; ○ mangelhafte Thematisierung der Minderjährigen mit dem Risiko eines „doppelten Verlassenwerdens“ und/oder einer verzögerten Rückführung in die Familie; ○ Problematische Rückführung in die Familie.	○ Kontinuierliche und multidimensionale Begleitung der familiären Anvertrauung, welche Folgendes umfasst ○ Psychologische Unterstützung, ○ Beratung, ○ Sensibilisierung/Stärkung der Rolle, ○ Ausbildung, ○ Bewertung, ○ Verwaltung der Rückführung des Pflegekindes in die Familie. ○ Projekt bei dem Familien andere Familien begleiten. ○ Bezirksübergreifender Dienst, der den Pflegeprozess (alle Phasen) begleitet und angemessene Lösungen für die Familien in einer sich verändernden Gesellschaft findet. ○ Stärkung der zentralen Rolle der Bewertung der familiären Anvertrauung (Die Pflege von stark vorbelasteten Kindern und Jugendlichen „brennt“ Pflegefamilien aus).

○ In Bezug auf die Abdeckung und die Funktionalität des Dienstes gibt es zwischen den Bezirken große Unterschiede (z.B. das Wipptal ist komplett unterversorgt).	○ Öffentliche Sensibilisierung zum Thema Pflegschaft begleitet von einer allgemeinen Stärkung des Dienstes. ○ Interkulturelle Mediator*innen für Minderjährige mit Migrationshintergrund (Zunahme der Migration).
○ In den Bezirken ist das Personal oft nicht ausreichend und es fehlt an qualifizierten Expert*innen (z.B. Psycholog*innen).	
○ Die Zusammenarbeit zwischen den Bezirken ist dürftig und daraus folgt eine uneinheitliche Verwaltung der Fälle.	
○ Die den familiären Anvertrauungen zustehende wirtschaftliche Entschädigung steht nicht im Verhältnis zu dem geforderten Arbeitseinsatz.	
○ Auslagerung des Dienstes aufgrund von Engpässen auf dem Gebiet.	
○ Wachsender Rückgang von Pflegefamilien (familiäre Anvertraung)	

Tabelle 5-2: Arbeitsgruppe 3 - Familiäre Anvertraung

Ambulante Angebote

- Notwendigkeit der **Professionalisierung der pädagogischen Unterstützung von Eltern**.
- Notwendigkeit einer **Verbindung der erzieherischen Betreuung der Minderjährigen mit der Unterstützung der Eltern**.
- Bedarf an **spezialisiertem Gesundheitspersonal** zur Beurteilung der Erziehungsfähigkeit.
- **KOFA-Modell (Kompetenzorientierte Familienarbeit) in der Schweiz**: verschiedene Pakete von Dienstleistungen mit anfänglicher Diagnostik (erster Monat sehr intensive Beobachtung, bis zu viermal pro Woche), gefolgt von einem halbjährlichen Projekt zur Zielsetzung (Familie und Minderjährige).
- Dienst der **Heimerziehung**: Das Angebot an Stunden (Mo-Fr 8-17) entspricht nicht der Nachfrage (insbesondere an den Wochenenden).
- **Regelungsbedarf bei Trennungen** angesichts unklarer Zielsetzungen, notwendiger Interventionen, z. B. bei berufstätigen Eltern, Situationen der Uneinigkeit über das Sorgerecht (derzeit kein Sorgerecht, wenn die Eltern nicht beide einverstanden sind).
- Ausbau der **Kompetenzen zum Umgang mit konfliktreichen Situationen bei getrennten Paaren**.
- Neubewertung des „**Street work**“, um problematische Minderjährige abzufangen, die nicht gemeldet wurden. Notwendigkeit einer **einheitlichen Regelung auf Landesebene** (derzeit von Gemeinden oder privaten Verbänden organisiert).

Care Leavers

- Für Kinder und Jugendliche, die in Gemeinden außerhalb des Bezirkes untergebracht sind, ist es notwendig, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung einer Normalsituation bei der **Rückführung in die Familie** zu schaffen.
- Weiterführung von Projekten mit **Minderjährigen mit Migrationshintergrund ohne Begleitung über die Volljährigkeit hinaus** (oft fehlt die Zustimmung des jungen Erwachsenen, der dann das Hilfenetzwerk verlässt).
- Das Gesundheitswesen (**Psychiatrie**) kann Patient*innen bis zum Alter von 21 Jahren begleiten, dann erfolgt der **Übergang** zur Erwachsenenpsychiatrie. Tatsächlich nehmen Jugendliche diesen Dienst oft nicht weiter in Anspruch. Ein früherer Wechsel könnte den*die Patient*in mit den nachfolgenden Diensten in Kontakt bringen und ein Verlassen der Unterstützungsmaßnahmen verhindern.
- **Ausbau der frühzeitigen Arbeit mit Familien**, um heikle und schwer wiederherstellbare Situationen (gewalttätige Jugendliche etc.) zu vermeiden.
- **Peer-to-Peer-Modell** für Kinder und Jugendliche, die die Gemeinschaft verlassen.

Gewalt/Gewaltprävention

- Gewalt gegen Frauen und Minderjährige als Zeugen von Gewalt. Problem der Wiedereingliederung von betreuten Frauen in das soziale Gefüge: "Übergangs"-Strukturen werden benötigt (Hopping von Einrichtungen).
- **Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen**, damit Gewalt in ihren verschiedenen Formen erkannt werden kann.
- Wichtigkeit der **Sensibilisierung in Schulen**.
- **Erzieher*innen und Lehrer*innen Hilfsmittel** zur Verfügung stellen, um **Anzeichen frühzeitig erkennen** zu können.
- **Verstärkte Sensibilisierung und Unterstützung aller Beteiligten** im Hinblick auf die Prävention.
- **Minderjährige aus anderen Kulturen**: Die Prävention und die Arbeit mit der Familie müssen gestärkt werden.
- Wie können Familien, die Kinder unabsichtlich vernachlässigen, besser begleitet werden?
- Verbesserung der **Zusammenarbeit mit der Neuropsychiatrie und psychologischen Diensten**.
- Im öffentlichen Sektor sind die **Wartezeiten** für Interventionen bei Minderjährigen **zu lang**: ein schnelleres System der psychologischen Beratung für Kinder und Jugendliche/Familien ist notwendig.
- Unterschiedliche Formen von Gewalt (z.B. psychische Gewalt beispielsweise durch die Mutter).
- **Kurse für gewalttätige Eltern**.



Abbildung 5-31: Arbeitsgruppe 3 - Akteure – Angebotsmix – Vernetzung

Angebotsmix durch Sprengel und private Organisationen

- Die Zusammenarbeit zwischen öffentlich, privat und non-profit fördert die **Entwicklung neuer Ideen, Kreativität und die Bündelung von Ressourcen**.
- Bedarf an einem Netzwerk, um „doppioni“ (gleiche Dienstleistungen werden doppelt angeboten) oder Konkurrenzkampf von Diensten zu vermeiden.
- Die **vorgelagerte Aufteilung zwischen öffentlich und privat** ist ein Hindernis für die öffentlich-private Zusammenarbeit (z.B. Gelder, die nur für den privaten oder den öffentlichen Bereich vorgesehen sind).
- Das **öffentliche Auftragsvergabeverfahren** muss überarbeitet werden, um konstruktiv und legal mitzuarbeiten.
- **Schulungen** zur öffentlich-privaten Zusammenarbeit sind erforderlich.
- Das **Outsourcing** einiger Dienstleistungen ist sinnvoll, allerdings muss darauf geachtet werden, dass das erworbene Know-how und Wissen nicht verloren gehen: Erweiterung sowie Stärkung der Zusammenarbeit.
- Eine Reaktivierung der **Diskussionstische** zu den Hauptthemen des Sozialplans auf der Grundlage einheitlicher Richtlinien für die gesamte Provinz wäre angebracht.
- **Verstärkte institutionelle Koordinierung**, um Unterschiede zwischen den Bezirken zu reduzieren.
- Es ist notwendig, dass Personen mit Entscheidungsbefugnis an den **gemischten Arbeitsgruppen** teilnehmen, damit es zu einer Umsetzung der Ideen kommt.
- **Gemeinsame Weiterbildung, regelmäßige Fortbildung und Spezialisierung** der Mitarbeiter*innen.
- Um Kontinuität für Projekte zu gewährleisten, braucht es im Falle von Mitarbeiterwechsel **Protokolle**.

Sozio-sanitäre Vernetzung

- Bedarf eines **integrierten Netzwerkes von Diensten** mit **klaren Zuständigkeiten und Kompetenzbereichen** (auch innerhalb desselben Gesundheitsdienstes).
- Jeder Bezirk arbeitet unterschiedlich. Die Zusammenarbeit im Bereich des Sozialen und des Gesundheitswesens ist ein gebietsgebundenes Thema.
- **Beurteilung** von besonders problematischen **Erziehungsfähigkeiten**: Es ist notwendig, ein sozio-sanitäres Team zu bilden.
- In Bezug auf verschiedene Dienste gibt es in einigen Bezirken immer noch große Widerstände (Dienst für Abhängigkeitserkrankungen, Psychiatrie...). Dort ist die Weitergabe von **Informationen** auf ein Minimum reduziert und geschieht manchmal nur auf Anfrage der Staatsanwaltschaft.
- Einen Teil des **Sozialplans** der sozio-sanitären Vernetzung widmen.
- **Vorzeigbeispiele** der Integration (Ambulanz für psychosoziale Gesundheit im Entwicklungsalter mit Berufspädagog*innen, Ärzt*innen, Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen).
- Es ist schwierig, sich vor den Familien als Team zu präsentieren: Im sozio-sanitären Bereich **fehlt die Idee, gemeinsam für die Familie als Einheit zu arbeiten**.

Zusammenarbeit mit Schulen

- Die Dienste müssen Lehrer*innen unterstützen, damit Problemfälle **frühzeitig erkannt** werden.
- **Regelmäßige Fortbildung der Lehrkräfte** in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirk und anderen spezialisierten Diensten, um eine Kontinuität der Maßnahmen zu gewährleisten.
- **Fixe bezirks-/schulbezogene Arbeitsgruppen funktionieren gut.**
- **Gemeinsame Schulungen** zu bestimmten Themen sind **erforderlich**.
- Absichtserklärung der Staatsanwaltschaft **zur Zusammenarbeit mit den Schulen**.
- Verstärkung der **Präventionsarbeit** auch mit Kindern und Jugendlichen.
- Gute **Zusammenarbeit zwischen der Schule und der Jugendstaatsanwaltschaft** (Schulungen mit dem Ziel, abweichendes Verhalten zeitnah zu korrigieren).
- Die **Lehrkräfte** müssen mit sozialen Diensten in Verbindung stehen.
- Einführung der Figur des*r **Psychologen*in auch in deutschen Schulen**.
- Psycholog*innen in Schulen, die auch für den Gesundheitsbereich ausgebildet sind.

Qualität der Dienste

- Koordinierung der Dienste.
- Klarheit der Zuständigkeiten.

- Eingliederung von Diensten.
- Gemeinsame Schulungen.
- Termingerechte Erbringung von Diensten und Leistungen (z.B. Meldungen an die Staatsanwaltschaft).
- Fairere Vertragsbedingungen.
- Finanzierung auf Basis von öffentlich-privaten Partnerschaftsmodellen.

Finanzierung der Dienste

- Dienste nicht nur in monetärer Hinsicht finanzieren, sondern in die Schaffung neuer Dienste investieren (z.B. **bezirksübergreifende Pflegefamilien, multiprofessionelles Team zur Beurteilung der elterlichen Fähigkeiten, *shared services***).
- Überprüfung des **Auftragsvergabeverfahrens**, das auf die niedrigsten Kosten ausgerichtet ist, wodurch aber die Servicequalität beeinträchtigt werden kann.
- Verbesserung der **öffentlich-privaten Partnerschaft bzw. Zusammenarbeit**
- Die **Investition in die Akkreditierung** von Diensten ermöglicht ein gewisses Maß an Kontrolle von Seiten der Öffentlichkeit.

5.3.4 Arbeitsgruppe 4: System der bestehenden Angebote und Dienste im Kinder- und Jugendschutz

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Ist das heutige Angebot bedarfsorientiert?

Was braucht es weiterhin bzw. soll ausgebaut werden? Was fehlt noch? Was ist nicht mehr zeitgemäß?

In der Vorabumfrage haben die Hälfte der Befragten angegeben, dass das heutige Angebot ausreichend am Bedarf der Kinder und Jugendlichen orientiert sei. Während die Teilnehmer*innen zustimmen, dass viele Bereiche bedarfsgerecht organisiert sind, sieht die große Mehrheit der Teilnehmer*innen die Notwendigkeit, das **Angebot auszubauen**:

- **Prävention** ist sehr wichtig und soll ausgebaut werden. Dazu gilt es, die (Personal)Ressourcen aufzustocken. Ein Ansatz ist die Sensibilisierungsarbeit in Kita und Kindergarten sowie den Ruf der Sprengel zu ändern, sodass die Bürger*innen sich nicht nur in Notsituationen an diese wenden.

- Es fehlen spezifische Angebote für **Kleinkinder im Alter von 3 bis 6** Jahren. Eine spezifische stationäre Unterbringung für diese Altersklasse – auch in Pflegefamilien – wird gefordert.
- Generell sollte es eine **Professionalisierung der Pflegefamilien** geben. Neben einer (höheren) Vergütung sollen Ausbildung, Altersabsicherung und Krankenversicherung vorgesehen werden. Pflegefamilien seien kostengünstiger und besser geeignet als Einrichtungen.
- Das Angebot soll auch **zeitlich ausgedehnt** werden: Eine Nachmittagsbetreuung für Kinder, Angebote am Abend für Jugendliche sowie Angebote am Wochenende sind anzudenken. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum.
- Generell soll das Angebot in der **Peripherie** gestärkt werden. Dabei kann es sinnvoll sein, diese nicht auf Ebene der einzelnen Gemeinden, sondern der Sprengel anzusiedeln.
- Einzelne Forderungen betrafen Angebote für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen, für die Altersklasse 14 bis 18 Jahre, die Realität und Wohnsituation von alleinerziehenden Frauen, niederschwellige Angebote und flexible, auf die Betreuten zugeschnittene Individualprojekte.

Ist das heutige Angebot der einzelnen Bereiche bedarfsorientiert?

Was braucht es weiterhin bzw. soll ausgebaut werden? Was fehlt noch? Was ist nicht mehr zeitgemäß?

Stationäre / teilstationäre Einrichtungen

- Es braucht spezifische Einrichtungen (Wohngemeinschaften) für **Kinder im Alter von 3 bis 6**.
- Spezifische Einrichtungen für Jugendliche mit **Drogenproblemen** sind anzudenken. Allerdings stellt sich die Frage, ob Südtirol groß genug für ein solches Angebot ist oder ob an der Unterbringung außerhalb Südtirols festgehalten werden soll. Auch mehr Flexibilität in den bestehenden Einrichtungen wurde angeregt, um die Durchmischung der Betreuten zu fördern und eine Konzentration von Problemfällen zu vermeiden.
- Die **sozialtherapeutische und sozialpädagogische Betreuung** ist auszubauen, um der Komplexität in diesem Bereich gerecht zu werden.
- Die **flächendeckende Verfügbarkeit von Tagesstätten** – nicht nur in den Städten, sondern auch in der Peripherie – wird gefordert.
- Der Bedarf an einer **längerfristigen Unterbringung für Frauen mit Kindern** steigt.
- Die Betreuung **unbegleiteter ausländischer Minderjähriger** ist auszubauen. Zum einen bedarf es mehr Spezialisten für **Ethnopsychologie und Trauma-Psychologie** zur

Betreuung der Jugendlichen, aber auch ausländischer Mütter, idealerweise in ihrer Muttersprache. Zum anderen fehlt es an **Lehrstellen, Praktika und Fortbildungen**.

- Die **Frühen Hilfen** sind auszubauen, um Schwierigkeiten frühzeitig zu erkennen. Dazu sind **niederschwellige Anlaufstellen** nötig, die Hilfestellung bieten.

Familiäre Anvertrauung

- Pflegefamilien bieten **Kostenvorteile** gegenüber der Fremdunterbringung.
- Pflegefamilien sollen **professioneller und besser begleitet und betreut** werden. Dazu braucht es mehr (personelle) Ressourcen in den Sozialdiensten.
- Pflegefamilien selbst sollen professionalisiert werden: Aufnahme von Minderjährigen nicht nur aus Berufung, sondern die Qualität durch **professionelle Ausbildung und Bezahlung** absichern.
- Es sollte eine **Altersvorsorge und Krankenversorge** für Pflegefamilien geben.

Ambulante Angebote

- Es ist wichtig, dass die **aufsuchende Familienarbeit** in Notsituationen (Krankheit, Unfall, usw.) **schnell aktiviert** werden kann.
- Bestehende Angebote wie **begleitete Besuche sind gut**, aber es fehlen vielfach die (personellen) Ressourcen, um sie mehrmals die Woche anbieten zu können.
- Als Ansatz wird eine **Mischung aus professionellem Personal und Freiwilligen** vorgeschlagen – allerdings müssen Freiwillige sehr gezielt eingesetzt werden.
- Vor allem **niederschwellige Arbeiten** sollen verstärkt durch Freiwillige abgedeckt werden – z.B. bei der Unterstützung im Alltag wie die Organisation eines Handwerkers.
- Insbesondere für berufstätige Betreute ist es wichtig, das Angebot auszuweiten und nicht nur zu Bürozeiten anzubieten.

Care Leavers

- Eine **Nachbetreuung** von Care Leavern **ist nötig**. Das gilt sowohl für Jugendliche als auch für Mütter mit Kindern.
- Ziel ist die **Unterstützung der Menschen in der Wahrnehmung ihrer Rechte**.
- Die Beziehung sollte fortgeführt werden durch die **gleiche Bezugs- und Vertrauensperson**.
- Für die Nachbetreuung und Begleitung fehlen heute allerdings häufig die Ressourcen – die **Finanzierung** muss gesichert werden.
- Sonderfall: Jugendliche, die aus dem System hinausfallen, weil sie **nicht mit den Institutionen / der Autorität zu tun haben wollen**. Hier können verstärkte Jugendzentren oder Streetworker einen Lösungsansatz bieten.

Deinstitutionalisierter Bereich

- Der deinstitutionalisierte Bereich umfasst das Gemeinwohl, Frühförderung und Bildung auf dem Territorium sowie niederschwellige Angebote.
- Die Dienste sollten nicht nur ein paar Stunden zur Verfügung stehen, sondern die Sozialarbeit soll mehr **in die Gesellschaft integriert** werden, z.B. durch betreute Spielplätze oder lebendige Nachbarschaft.
- Ungleichheiten sollten ausgeglichen werden, sodass die **Bildungsschere** nicht zu sehr auseinanderklafft und die **Bildungsangebote** sollten **kostenlos** für Kinder sein.

Wie sollte in Zukunft der Angebotsmix durch öffentliche und private Träger gestaltet werden?

Wie soll zukünftig die Vernetzung zwischen den Diensten und Angeboten, insbesondere die sozio-sanitäre Vernetzung, ausgestaltet werden?

Angebotsmix durch Sprengel und private Organisationen

- Der Mix zwischen öffentlich und privat wird **positiv** gesehen:
 - Vorteile Private: Innovation und Flexibilität
 - Vorteile Öffentliche Institutionen: Durchsetzungskompetenz und rechtliche Kompetenz
- Allerdings hat der öffentliche Bereich eine **Doppelfunktion: Kontrollfunktion & Geldgeber**.
Eine klare Differenzierung zwischen dem geldgebenden und ausführenden Aspekt ist nötig.
- Es besteht der Eindruck, dass in der Praxis ein umfassendes **Case Management** fehlt – in anderen Ländern der Standard.
- **Interkulturelle Mediator*innen** sollen in Zukunft verstärkt eingebunden und nicht nur in den Sprengeln, sondern auch in privaten Einrichtungen durch die öffentliche Hand finanziert werden.

Sozio-sanitäre Vernetzung und Zusammenarbeit mit Schulen

- Die Angebote ergänzen sich, aber es braucht Vernetzung. Die **Vernetzung klappt unterschiedlich gut** und soll ausgebaut und gestärkt werden.
- Netzwerkarbeit braucht professionelle **Moderation und Zeit** – diese muss in den Berufsbildern der Sprengel eingeplant werden.
- Innerhalb der verschiedenen **Sprengel** ist es wichtig zur **Gleichwertigkeit** zu finden – die Maßnahmen müssen vergleichbar sein.

- Bei der **sozio-sanitären Vernetzung** muss das Vorurteil ausgeräumt werden, dass die Sozialarbeiter*innen unterstützende Tätigkeit ausüben. Es braucht eine **Zusammenarbeit auf Augenhöhe**.
- Die **Zusammenarbeit mit den Schulen** ist besonders wichtig, da so **Risikosituationen früher erkannt** werden können.
- Durch Lehrerwechsel muss die Zusammenarbeit **immer wieder aufs Neue angestoßen** werden.
- Eine gute **Zusammenarbeit mit der Direktorin / dem Direktor** ist dabei ausschlaggebend und eine **Formalisierung** der Zusammenarbeit kann helfen.
- Besonders gut funktioniert die Zusammenarbeit mit Schulen, in denen ein*e **Schulsozialpädagog*in** tätig ist. Diese Rolle sollte in allen Schulen oder Schulsprengeln vorgesehen werden.
- **Gemeinsame Fortbildungen** des Schul- und Sozialpersonals fördern die Zusammenarbeit.

Qualität der Dienste

- **Supervision** und **Fortbildung** sind ausschlaggebend für die Qualität der Dienste.
- Nur bei **konventionierten Diensten** ist die **Fortbildung abgesichert**.
- In den privaten Bereichen sollte **Fortbildung beim Kostenaspekt berücksichtigt** werden.
- **Individuelle Supervision** ist wichtig, um persönliche individuelle Unterstützung zu erhalten und Burnout vorzubeugen.
- Mehr Qualität kann mit **ausreichendem Personal** besser garantiert werden.
- Auch die **Präventionsarbeit** kommt oft zu kurz – es fehlt das Personal bzw. die Zeit.

Finanzierung der Dienste

- **Sozialsprengel** soll als **Basisdienst** für alle zugänglich und offen sein – d.h. kostenlos und auch **keine Leistungsangebote gegen Bezahlung**.
- In einer solidarischen Gesellschaft ist die **Grundversorgung unbedingt erforderlich**.
- Im **privaten Bereich** sind gewisse Angebote kostenlos und andere gegen Bezahlung denkbar und auch heute schon Praxis. Dies kann aber auch zu Ausgrenzung führen.
- Die (öffentliche) **Finanzierung rechnet sich** – insbesondere im Bereich der Prävention, da Folgekosten vermieden werden können (**SROI** - social return on investment).

Abschließende Wortmeldungen:

- Die Sozialdienste, vor allem im Kinder- und Jugendbereich, sind eine **Investition in die Zukunft**.
- **Prävention** ist bei den Kleinen anzufangen für die Zukunft der Gesellschaft.
- Die **Eigeninitiative** muss gefördert werden.
- **Supervision und Begleitung der Fachkräfte** ist wichtig. Sozialassistent*innen wechseln sehr oft, da sie zu wenig begleitet werden und deshalb den Bereich schnell wieder verlassen. Erfahrene Fachkräfte sollten neue begleiten.
- **Freiwilligenarbeit und Flexibilität** sind wichtig und setzen voraus, sich auch an andere anzupassen.
- **Good Practice-Beispiele** aus Südtirol und den Nachbarländern sollen vermehrt einbezogen werden.

5.4 Politische Handlungsspielräume

Dieses Kapitel zeigt strategische Handlungsoptionen in Form von Maßnahmen auf, die aus der Analyse der aktuellen und historischen Daten, den wissenschaftlichen Prognosen und Good Practice-Beispielen, der Auswertung der Online-Befragung und den Workshop-Ergebnissen abgeleitet werden können. Es obliegt der Politik bzw. politikvorbereitenden Verwaltung, eine Auswahl zu treffen und im Rahmen des Landessozialplans als strategische Ausrichtung der zukünftigen Maßnahmen im Kinder- und Jugendschutz festzulegen.

Zudem werden die Überlegungen des Amts für Kinder- und Jugendschutz und soziale Inklusion zu den einzelnen Themenfelder angeführt. Diese decken sich zum Teil mit den Ergebnissen der Workshops, aber es sind auch noch zusätzliche Inputs aufgrund des täglichen Austausches des Fachamtes mit den Diensten vor Ort eingeflossen.

Allgemeine und themenübergreifende Zielsetzung ist dabei die Schaffung eines **Landesgesetzes im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe** (wo auch noch mal genauer definiert wird, was dort alles hineinfällt).

Soll **Prävention** im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes in Zukunft gestärkt werden?

Handlungs- option	Prävention wird in Zukunft gestärkt	Prävention wird nicht weiter gestärkt
Ansätze und Auswirkungen	Der Fokus der Diskussion lag auf der primären Prävention (Entstehung von Problemen verhindern). Die folgenden Maßnahmen sollten ausgebaut und gefördert werden: • Prävention muss ausgehend von der gesellschaftlichen Ebene gedacht werden und vor allem mehr auf Gruppen- und Gemeinwesenebene stattfinden • Die Arbeit mit den Eltern ist fundamentaler Ansatzpunkt für Prävention, da Probleme von einer Generation zur nächsten übertragen werden • Prävention soll überall dort stattfinden, wo Kinder und Jugendliche aber auch ihre Eltern „sowieso sind“ (Kindergarten, Hort, Nachmittagsbetreuung, Schule, Sprengel, Beratungsstellen, ...) • Die Zusammenarbeit von Akteuren auf lokaler Ebene muss verbessert werden. Dafür sollte es eine lokale Koordinierungsstelle geben • Es gilt, besondere Ansätze für Eltern und Jugendliche zu verfolgen • (Lokale) Good Practice-Beispiele müssen aufgegriffen und mehr verbreitet werden • Frühe Hilfen werden als absolut wichtig gesehen und sollten ausgebaut werden. Sie haben großes Potential, den Präventionscharakter mehr in die Sprengel zu tragen Finanzierung der Prävention: • Erfahrungen haben gezeigt, dass man durch präventive Arbeit teure Heimunterbringungen reduzieren kann • Präventionsarbeit bei den Eltern zahlt sich langfristig gesehen bei den Kosten für die Kinder aus • Über Koordinierung und Zusammenarbeit lassen sich Synergien schaffen, sodass mit den gleichen Mitteln mehr erreicht werden kann	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 5-3: Soll Prävention im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes in Zukunft gestärkt werden?

Das Amt für Kinder- und Jugendschutz und soziale Inklusion gibt folgende **Handlungsempfehlungen im Bereich Prävention und Gemeinwesenarbeit**:

- Präventionsarbeit, Projekte mit präventivem Charakter und Gemeinwesenarbeit fördern die **Zusammenarbeit** und folglich die **Vernetzung der Dienste, Einrichtungen und Institutionen sowie der Professionisten vor Ort** in den Einzugsgebieten. Eine verstärkte Investition in Prävention und Gemeinwesenarbeit trägt langfristig dazu bei, den **Sozialsprengel als niederschwelligen und der Bevölkerung nahestehenden Ort** zu stärken (so wie dies bereits in einigen Sozialsprengeln oder betreffend bestimmte Bereiche wie der finanziellen Sozialhilfe der Fall ist). Gleichzeitig sollte das Ziel darin bestehen, **Hürden und Stigmata sowie mögliche Ängste in der Bevölkerung** sowie den Diensten und Einrichtungen im Zugang zum Sozialsprengel und insbesondere zu bestimmten Bereichen (sozialpädagogische Grundbetreuung) **abzubauen**.
- *„Der Fokus der sozialpädagogischen Grundbetreuung in der Arbeit mit den Familien und Minderjährigen liegt nicht nur in der Schutzfunktion, sondern vor allem auch in der Prävention. Diese beiden primären Kompetenzen schließen einander nicht aus, sondern integrieren sich dahingehend, dass darauf hingearbeitet wird, die Familien in ihrer Verantwortlichkeit soweit zu unterstützen, dass sie ihre elterlichen Aufgaben und Pflichten weiterhin erfüllen können und dadurch dem Recht des Kindes in der eigenen Familie aufwachsen zu können Rechnung getragen wird. Das Ziel besteht darin, das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu verwirklichen sowie Benachteiligungen abzubauen und die Schaffung bzw. Erhaltung positiver Lebensbedingungen für die Minderjährigen und ihre Familien zu unterstützen.“* (aus: Leitfaden Sozialpädagogische Grundbetreuung für Minderjährige, S. 3-4)
„Es ist Aufgabe der sozialpädagogischen Grundbetreuung Projekte zur Prävention und zur Entwicklung des Gemeinwesens auszuarbeiten und umzusetzen. Die Fachkräfte bringen aufgrund des unmittelbaren Kontaktes zu den Klienten die aktuellen Entwicklungen der Bedürfnisse und Problemlagen der Bevölkerung des territorialen Einzugsgebietes in Erfahrung. Sie können somit auch Aussagen über das Wohlbefinden der Bevölkerung und möglicher Entwicklungstrends treffen sowie die Erarbeitung geeigneter Maßnahmen anregen und mittragen. Es geht auch darum, die Bevölkerung zu sensibilisieren und zu aktivieren, damit sie sich für eine Verbesserung der Lebensqualität einsetzen.“ (aus: Leitfaden Sozialpädagogische Grundbetreuung für Minderjährige, S. 12-13)
 Es gilt somit, den Bereich der **sozialpädagogischen Grundbetreuung in den Aufgabenbereichen der Prävention und Gemeinwesenarbeit zu fördern und zu stärken**.

Dazu bedarf es einerseits ausreichend Personal und Ressourcen (vor allem zeitlicher Natur), gleichzeitig aber auch die **Möglichkeit der Fachkräfte zur Teilnahme an konkreten Schulungen und Weiterbildungen**, die diese Tätigkeiten fördern und unterstützen. Zusätzlich zu den bereits genannten Zielen ist davon auszugehen, dass dies unmittelbar dazu beiträgt, die Zufriedenheit und die Motivation der Mitarbeiter*innen der sozialpädagogischen Grundbetreuung zu stärken und dadurch das Risiko von Turnover (häufigem Mitarbeiter*innenwechsel) und Burnout vorzubeugen, da sich die Fachkräfte nicht nur ausschließlich um „schwierige“ Situationen „kümmern“ müssen. Auch kann davon ausgegangen werden, dass durch konkrete Präventions- und Gemeinwesenarbeit aus langfristiger Sicht die Familien frühzeitiger erreicht werden (siehe vorhergehender Punkt). Dies würde sich wiederum positiv auf das allgemeine *Commitment* der Fachkräfte auswirken und unter anderem dazu beitragen, die Arbeit im Sozialsprengel und konkret in der sozialpädagogischen Grundbetreuung wieder attraktiver und ansprechender zu gestalten sowie wieder mehr Personen für diese Professionen zu gewinnen.

- **Durch die Investition in Prävention und Gemeinwesenarbeit** kann folglich aus langfristiger Sicht auch von einer **Kosteneinsparung** in der Begleitung der einzelnen Situationen (z.B. in Hinblick kostenintensiver Hilfepläne) ausgegangen werden. Je früher gemeinsam mit den Familien gearbeitet werden kann, desto weniger (aufwendige) Interventionen braucht es vielleicht später.
- Die **Stärkung bereits bestehender Best Practice-Beispiele und Erfahrungen** der Prävention und Gemeinwesenarbeit in den Sozialsprengeln (der sozialpädagogischen Grundbetreuung) sowie **die Förderung des gegenseitigen Lernens**.
- Die Förderung und Stärkung der **Netzwerkarbeit** und folglich der **Vernetzung (Synergien)** zwischen den Diensten, Einrichtungen und Institutionen sowie der Professionisten vor Ort in den Einzugsgebieten, vor allem auch der **sozio-sanitären Vernetzung**, die noch häufig mit Hürden (z.B. aus Sicht des Datenschutzes, betreffend die Möglichkeit einer gemeinsamen Dokumentation) verknüpft ist.
- Die **Miteinbeziehung und Partizipation der Fachkräfte** der Sozialsprengel und konkret der sozialpädagogischen Grundbetreuung **sowie der Familien und Jugendlichen** (z.B. *Care Leavers*) als Expert*innen für ihre Situation in Bezug auf landesweite Projekte, Zielentwicklungen, (politische) Entscheidungsprozesse usw.
- Die **Förderung von Arbeitsmodellen und Ansätzen** (z.B. PIPPI), die den **Präventionscharakter und die Mitgestaltung der Familien** im Hilfsprozess in den

Vordergrund stellen, indem diese in die landesweiten Leitfäden aufgenommen werden und die Fachkräfte der sozialpädagogischen Grundbetreuung die Möglichkeit erhalten, sich zu diesen Modellen und Ansätzen weiterzubilden.

- Die **Theorie (Forschung/Universität) und Praxis** müssen näher zueinanderkommen.

Sollen **Dienste und Leistungen durch Sprengel wieder mehr „hereingeholt“** werden, z.B. um mehr Präventionsarbeit zu ermöglichen?

Handlungs- option	Dienste und Leistungen sollen durch Sprengel mehr „hereingeholt“ werden	Dienste und Leistungen sollen nicht „hereingeholt“ werden
	Diese Frage kann nicht eindeutig beantwortet werden – der „richtige Mix“ zwischen öffentlichen und privaten Anbietern muss gefunden werden. Zudem braucht es lokal angepasste Ansätze – für die verschiedenen Bezirke funktioniert vielleicht Verschiedenes.	
Ansätze und Auswirkungen	• Die Sprengel sollten wieder mehr Präventionsaufgaben „hereinholen“ um breiter aufgestellt zu sein • Sprengel müssen evtl. auch reorganisiert werden (überprüfen, wo im Moment wirklich die Prioritäten liegen) und genauere Präventionsaufgaben bekommen • Die Beteiligung der Sprengelmitarbeiter*innen bei solchen Planungsprozessen ist sehr wichtig für das Vertrauen	• Vorteile der privaten Anbieter: sie sind flexibler und Flexibilität wird sehr oft benötigt • Die Auslagerung von Aufgaben braucht es auch, um überlasteten Sprengeln wenigstens etwas Luft zu verschaffen (und damit z.B. mehr Prävention betreiben zu können) • Die Beschreibung der benötigten Dienstleistungen muss genauer und die Vergleichbarkeit von öffentlichen und privaten Leistungen muss besser gewährleistet werden

Tabelle 5-4: Sollen Dienste und Leistungen durch Sprengel wieder mehr "hereingeholt" werden, z.B. um mehr Präventionsarbeit zu ermöglichen?

Soll das im Kinder- und Jugendschutz tätige **Personal** zukünftig stärker als heute unterstützt werden?

Handlungs- option	Das Personal wird zukünftig stärker unterstützt	Das Niveau der bisherigen Unterstützung wird beibehalten
Ansätze und Auswirkungen	• Zur Stärkung der Berufsbilder müssen die Wertschätzung, Arbeitsbedingungen, die finanzielle Vergütung und die Ausbildung überprüft und ggf. angepasst werden • Wichtig ist, die Aufgaben, Kompetenzen und Rollen der Sozialassistent*innen und Sozialpädagog*innen genau zu klären • Gender: Es ist ein von Frauen dominierter Beruf – es bräuchte mehr Männer als Rollenvorbilder. Die Vergütung in den Sozialberufen bietet jedoch wenig Anreize, um auch mehr Männer zu motivieren • Die Sozialdienste werden zu wenig unterstützt, sind überfordert mit der Komplexität und einem hohen Turnover beim Personal ausgesetzt ○ Nur für den Notfall zu arbeiten fördert Burnout, den Mitarbeiter*innen fehlt es an Erfolgserlebnissen → Prävention und Frühe Hilfen fördern ○ Zu viel Verantwortung und zu wenig Unterstützung vermeiden ○ Nach den Ursachen von Burnout suchen und des Themas nicht tabuisieren ○ Abbau der Komplexität (vor allem hinsichtlich der Bürokratie) ○ Mit guter Teamarbeit entgegenwirken – gegenseitige Unterstützung ist wichtig (Intervision) ○ Auch die Vorgesetzten müssen aufmerksamer sein und aktiv eingreifen ○ Thema Burnout bereits in der Ausbildung berücksichtigen • Teamarbeit und Projektarbeit stärken und Netzwerke bzw. Synergien schaffen • Zusammenarbeit mit den Behörden (Jugendarbeit / Jugendgericht / Staatsanwaltschaft / Polizei) muss gestärkt werden, auch zwischen den Bezirken	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 5-5: Soll das im Kinder- und Jugendschutz tätige Personal zukünftig stärker als heute unterstützt werden?

Das Amt für Kinder- und Jugendschutz und soziale Inklusion gibt folgende **Handlungsempfehlungen zur Unterstützung der Fachkräfte:**

- Eine Stärkung der **finanziellen Anerkennung für soziale Berufe** im Allgemeinen, insbesondere für Fachkräfte, die im gerichtlichen Kontext (im konkreten Kinder- und Jugendschutz) tätig sind.
- Die **Beschreibung der Berufsbilder**, die in der sozialpädagogischen Grundbetreuung tätig sind, und der damit zusammenhängenden **Aufgaben und Tätigkeiten**, die auch im Rahmen der universitären Ausbildung vermittelt werden.
- Die **Sicherstellung geeigneter Rahmenbedingungen**: dies reicht von einer guten Einarbeitung/Begleitung der Fachkräfte, über die Möglichkeit des Besuches regelmäßiger Fort- und Weiterbildungen, die Förderung des Austausches innerhalb des Teams der sozialpädagogischen Grundbetreuung (Intervision) und des Austausches zwischen den Sozialsprengeln (im Sinne des voneinander Lernens).
- **Bestimmte Tätigkeiten und Aufgaben** (z.B. im Zusammenhang mit dem konkreten Kinder- und Jugendschutz) werden **nicht sofort beim Arbeitseinstieg** übernommen oder nur mit Begleitung einer erfahrenen Fachkraft und/oder erst nachdem eine konkrete Einschulung/Spezialisierung erfolgt ist.
- Der Ausbau des Angebotes von **Fort- und Weiterbildung vor Ort** in den einzelnen Einzugsgebieten.
- Die Stärkung von **Supervisionsangeboten** (Team- und Fallsupervision) sowie von Einzelsupervision für die Fachkräfte.
- Die Förderung **interdisziplinärer Fort- und Weiterbildungen** stärkt die sozio-sanitäre Integration, fördert das gegenseitige professionelle Verständnis und trägt dazu bei, eine gemeinsame Sprache zu entwickeln.

Soll die **Aus- und Weiterbildung** des im Kinder- und Jugendschutz tätigen Personals abgeändert und angepasst werden?

Handlungs- option	Die Aus- und Weiterbildung wird angepasst	Die Aus- und Weiterbildung wird nicht angepasst
Ansätze und Auswirkungen	• Südtirol hat gute Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Die Weiterbildung ist in der Dienststelle für Personalentwicklung der Abteilung 24 gut untergebracht. Mit ihnen gemeinsam soll das Angebot bedarfsgerecht gestaltet werden • Weiterbildungen und Spezialisierungen müssen sich auch im Gehalt widerspiegeln • Die Ausbildung im privaten Bereich sollte stärker unterstützt werden – auch mit finanziellen Mitteln • Fortbildungsprogramme individuell und bedarfsorientiert gestalten und auch örtlich anbieten • Aus- und Weiterbildung am Arbeitsplatz (vor Ort) anbieten • Weiterbildungen im Kinder- und Jugendschutz müssen auch die Themen Aggressivität und Gefahren berücksichtigen, denen man ausgesetzt ist • Good Practice-Beispiele in den verschiedenen Bezirken sollten untereinander ausgetauscht werden – z.B. „Einarbeitungsmappe“ des Sprengels Mals/Schlanders	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 5-6: Soll die Aus- und Weiterbildung des im Kinder- und Jugendschutz tätigen Personals abgeändert und angepasst werden?

Soll die **Nachwuchsförderung** des im Kinder- und Jugendschutz tätigen Personals gesteigert bzw. die **Attraktivität des Berufes** erhöht werden?

Handlungs-option	Die Nachwuchsförderung wird gesteigert und die Attraktivität des Berufs erhöht	Die Nachwuchsförderung bleibt beim jetzigen Niveau, die Attraktivität wird nicht erhöht
Ansätze und Auswirkungen	• Klar definieren, was „Kinder- und Jugendschutz“ bedeutet – Studierenden muss klar sein, welche Ansprüche der Beruf stellt • Stärkere Vernetzung der territorialen Dienstleister mit den Universitäten notwendig. Uni Bozen ist sehr bemüht, Leute aus der Praxis reinzuholen und gemeinsam die Ausbildung zu koordinieren • Praktika anbieten und mehr (personelle) Ressourcen für die Betreuung von Praktikant*innen einplanen • Ausbildung muss spezifischer werden und Themen vertiefen. Das Arbeiten mit schwierigen und komplexen Situationen (Gewalt, Aggression u.a.) sowie die veränderten Bedürfnisse (auch bezüglich Kontrolle und Absicherung) müssen berücksichtigt werden • Die Einarbeitung, Betreuung und Unterstützung neuer Mitarbeiter*innen durch erfahrene Kolleg*innen muss ausgebaut werden • Man sollte erst mit einer gewissen Erfahrung im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes arbeiten können (z.B. in Österreich ist 30 Jahre das Mindestalter)	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 5-7: Soll die Nachwuchsförderung des im Kinder- und Jugendschutz tätigen Personals gesteigert bzw. die Attraktivität des Berufes erhöht werden?

Ist das heutige Angebot im Kinder- und Jugendschutz bedarfsorientiert ausgerichtet?		
Handlungs-option	Die bestehenden Angebote und Dienste sollen ausgebaut werden	Die bestehenden Angebote und Dienste sollen unverändert beibehalten werden
Ansätze und Auswirkungen	In der Vorabumfrage haben die Hälfte der Befragten angegeben, dass das heutige Angebot ausreichend am Bedarf der Kinder und Jugendlichen orientiert sei. Während die Teilnehmer*innen zustimmen, dass viele Bereiche bedarfsgerecht organisiert sind, sieht die große Mehrheit der Teilnehmer*innen die Notwendigkeit, das Angebot auszubauen.	
	• Prävention ist sehr wichtig und soll ausgebaut werden. Dazu gilt es, die (Personal)Ressourcen aufzustocken. Ein Ansatz ist die Sensibilisierungsarbeit in Kita und Kindergarten sowie den Ruf der Sprengel zu ändern, sodass die Bürger*innen sich nicht nur in Notsituationen an diese wenden • Das Angebot soll auch zeitlich ausgedehnt werden: Eine Nachmittagsbetreuung für Kinder, Angebote am Abend für Jugendliche sowie Angebote am Wochenende sind anzudenken. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum • Generell soll das Angebot in der Peripherie gestärkt werden. Dabei kann es sinnvoll sein, diese nicht auf Ebene der einzelnen Gemeinden, sondern der Sprengel anzusiedeln	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>
Stationäre / teilstationäre Einrichtungen • Es fehlen spezifische Angebote für Kleinkinder im Alter von 3 bis 6 Jahren. Eine spezifische stationäre Unterbringung für diese Altersklasse – auch in Pflegefamilien – wird gefordert • Das Angebot an einer längerfristigen Unterbringung für Frauen mit Kindern ist auszubauen		

- Die Betreuung **unbegleiteter ausländischer Minderjähriger** ist auszubauen. Es braucht mehr Spezialisten für **Ethnopsychologie** und **Trauma-Psychologie**

Familiäre Anvertrauung

- Es braucht eine **Professionalisierung der Pflegefamilien**. Neben einer (höheren) Vergütung sollen Ausbildung, Altersabsicherung und Krankenversicherung vorgesehen werden
- Pflegefamilien bieten **Kostenvorteile** gegenüber der Fremdunterbringung

Ambulante Angebote

- Bestehende Angebote wie begleitete Besuche sind gut, sollten aber **mehrmals die Woche** angeboten werden
- Als Ansatz wird eine **Mischung aus professionellem Personal und Freiwilligen** vorgeschlagen

Care Leavers

- Eine Nachbetreuung von Care Leavern ist nötig. Die **Finanzierung** muss gesichert werden
- Die Beziehung sollte fortgeführt werden durch die **gleiche Bezugs- und Vertrauensperson**

Deinstitutionalisierter Bereich

- Das **Gemeinwohl, Frühförderung** und **Bildung** auf dem Territorium sowie **niederschwellige Angebote** sollten mehr in die Gesellschaft integriert werden, z.B. durch betreute Spielplätze oder lebendige Nachbarschaft

Tabelle 5-8: Ist das heutige Angebot im Kinder- und Jugendschutz bedarfsorientiert ausgerichtet?

Das Amt für Kinder- und Jugendschutz und soziale Inklusion gibt folgende **Handlungsempfehlungen im Bereich der Angebote und Maßnahmen:**

- Die Stärkung und der Ausbau der **aufsuchenden Angebote** (sei es für Einzelpersonen als auch für die gesamte Familie, sei es Familienarbeit als auch begleitete/geschützte Besuche), die von der sozialpädagogischen Grundbetreuung direkt oder in Konvention über externe Träger durchgeführt werden. Es ist notwendig, die verschiedenen Formen der **aufsuchenden Angebote genauer zu beschreiben und zu definieren**, um diese aufeinander abzustimmen sowie die notwendigen Rahmenbedingungen auf Landesebene festzulegen (die letzte Definition liegt bereits Jahre zurück). Weiters bedarf es einer **Abstimmung mit der Familienagentur** hinsichtlich der Freiwilligenprojekte in der Begleitung von Familien.
- Die Förderung von **Gruppenangeboten**, um Familien (Eltern, Kinder, Jugendliche) in belasteten Situationen aufzufangen (z.B. Gruppen für Kinder und Jugendliche getrennter Eltern oder psychisch kranker Eltern).
- Schaffung **niederschwelliger Begleitungsangebote** für Kinder und Jugendliche aus **sozial prekären Familien** (unter der Woche, an den Wochenenden, am Abend), um den Zugang zu den Kindern und Jugendlichen aufrecht zu erhalten und eventuelle Probleme frühzeitig(er) zu erkennen.
- **Begleitung der Jugendlichen in die Autonomie** (*Care Leavers*, die z.B. aus einer stationären Einrichtung „entlassen“ werden): durch geeignete Wohnangebote, Unterstützungsleistungen, Begleitung und Nachbetreuung.
- Maßnahmen zur Förderung der **Integration von Familien mit Migrationshintergrund** (auch in Form von Gruppenangeboten); die Förderung eines qualitativen Ausbaus der **kulturellen Mediation**.
- Die Schaffung eines Angebotes betreffend die psychologische/therapeutische Begleitung von Traumata **unbegleiteter ausländischer Minderjähriger**.
- **Familiäre Anvertrauung:** die Schaffung eines Angebotes **professionalisierter Pflegefamilien**, die Überarbeitung der Vergütung für Pflegefamilien, die Ausarbeitung einer landesweiten Vorgabe zur Begleitung der Pflegefamilien, die Überarbeitung des Landesgesetzes, die Einführung einer Unfallversicherung für Pflegefamilien.

- Die Schaffung eines Angebots an **stationären Plätzen für verhaltensauffällige Jugendliche** (sog. „Systemsprenger“) und für **Minderjährige mit Suchtproblematik**.
- Die Stärkung von **Streetwork-Initiativen**, um einen niederschweligen Zugang zu den Jugendlichen zu ermöglichen.
- Die Förderung von Initiativen und Maßnahmen zur **Vermeidung von Schulabbruch**.
- Die Erarbeitung eines Interventionsplanes zum **Schutz von Minderjährigen, die Opfer von Misshandlung und sexueller Gewalt** sind mit der Einrichtung einer Opferschutzstelle (Beratung und stationäre Aufnahme)

Wie sollte in Zukunft der **Angebotsmix** durch öffentliche und private Träger gestaltet werden?
Wie soll zukünftig die **Vernetzung** zwischen den Diensten und Angeboten, insbesondere die sozio-sanitäre Vernetzung, ausgestaltet werden?

Während eine rein **öffentliche oder private Trägerschaft** im Kinder- und Jugendschutz theoretische Optionen wären, so sind sie in der Südtiroler Realität nicht gewünscht. Der **Mix** zwischen öffentlich und privat wurde von den Teilnehmer*innen vielmehr positiv gesehen:

- Vorteile **Private**: Innovation und Flexibilität
- Vorteile **Öffentliche Institutionen**: Durchsetzungskompetenz und rechtliche Kompetenz

Ähnliches gilt für die **Vernetzung der Dienste und Angebote**, die fundamental für den Kinder- und Jugendschutz ist.

Diese Fragen führen demnach nicht zu Handlungsoptionen per se, die Workshops haben vielmehr **Ansätze für eine bessere zukünftige Ausgestaltung** der Angebote und Dienste aufgezeigt:

Ansätze und Auswirkungen

Angebotsmix durch Sprengel und private Organisationen

- Die öffentliche Hand hat eine **Doppelfunktion: Kontrollfunktion & Geldgeber**. Eine klare Differenzierung zwischen dem geldgebenden und ausführenden Aspekt ist nötig
- Ein umfassendes **Case Management** sollte zum Standardansatz werden

Sozio-sanitäre Vernetzung und Zusammenarbeit mit Schulen

- Netzwerkarbeit braucht professionelle **Moderation und Zeit** – diese muss in den Berufsbildern der Sprengel eingeplant werden
- Bei der **sozio-sanitären Vernetzung** braucht es Zusammenarbeit auf **Augenhöhe**
- Die Zusammenarbeit mit den **Schulen** ist besonders wichtig, da so Risikosituationen früher erkannt werden können
 - Die Rolle der **Schulsozialpädagog*in** sollte in allen Schulen oder Schulsprengeln vorgesehen werden
- **Gemeinsame Fortbildungen** fördern die Zusammenarbeit

Qualität der Dienste

- **Supervision** und **Fortbildung** sind ausschlaggebend für die Qualität der Dienste.
 - Fortbildung muss auch bei nicht konventionierten Diensten abgesichert und als Kostenaspekt berücksichtigt werden
- **Individuelle Supervision** ist wichtig, um persönliche individuelle Unterstützung zu erhalten und Burnout vorzubeugen
- Mehr Qualität kann mit **ausreichend Personal** besser garantiert werden

Finanzierung der Dienste

- **Sozialsprenkel** soll als **Basisdienst** für alle kostenlos zugänglich sein – d.h. **keine Leistungsangebote gegen Bezahlung**
- Im **privaten Bereich** sind Angebote gegen Bezahlung heute schon Praxis
- Die (öffentliche) **Finanzierung rechnet sich** – insbesondere im Bereich der Prävention, da Folgekosten vermieden werden können (SROI - social return on investment)

Tabelle 5-9: Wie sollte in Zukunft der Angebotsmix durch öffentliche und private Träger gestaltet werden?

6 Bereich Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen

Der Bereich der sozialen Inklusion umfasst die Handlungsfelder Obdachlosigkeit, Sinti und Rom sowie geflüchtete Personen. Hinzu kommt der Bereich der Frauen in schwierigen Situationen.

Folgende Grafik gibt einen Überblick über die Dienste und Leistungen für **Frauen in schwierigen Situationen**:



Abbildung 6-1: Dienste und Leistungen für Frauen in schwierigen Situationen³⁸

Das Phänomen der Ausbeutung in Südtirol ist schwer zu messen und in Zahlen zu fassen, die Daten des Projekts „Alba“ und die Eckdaten des Frauenhausdienstes vermitteln aber einen Eindruck der Situation:

³⁸ Frei (2021)

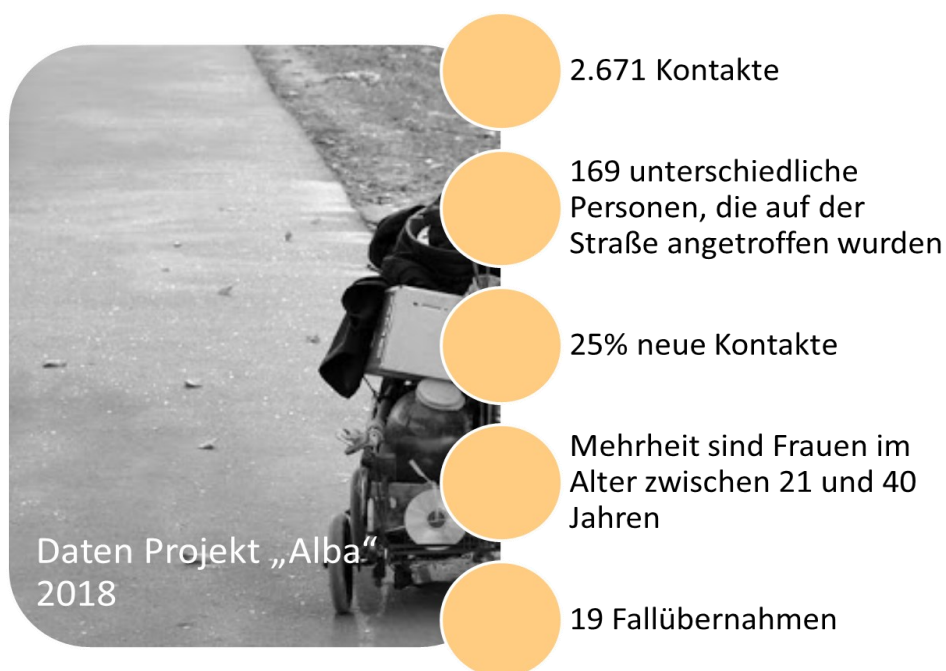


Abbildung 6-2: Frauen in schwierigen Situationen - Eckdaten des Projekt „Alba“³⁹

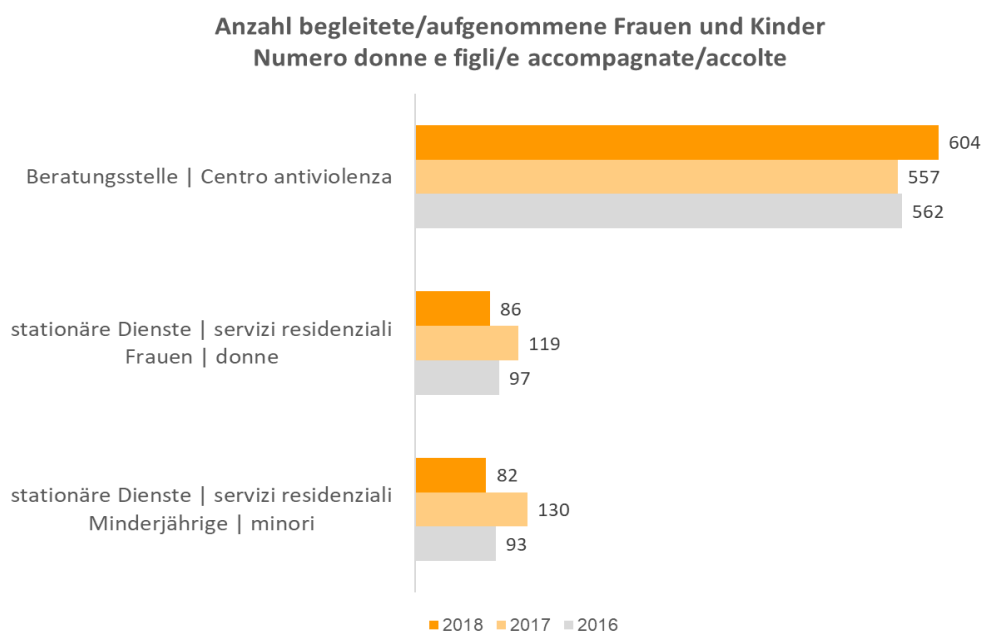


Abbildung 6-3: Frauen in schwierigen Situationen - Eckdaten des Frauenhausdienstes⁴⁰

³⁹ Frei (2021)

⁴⁰ Frei (2021)

Eine Vielzahl von Akteuren ist in Südtirol im Bereich der **Obdachlosigkeit** tätig:

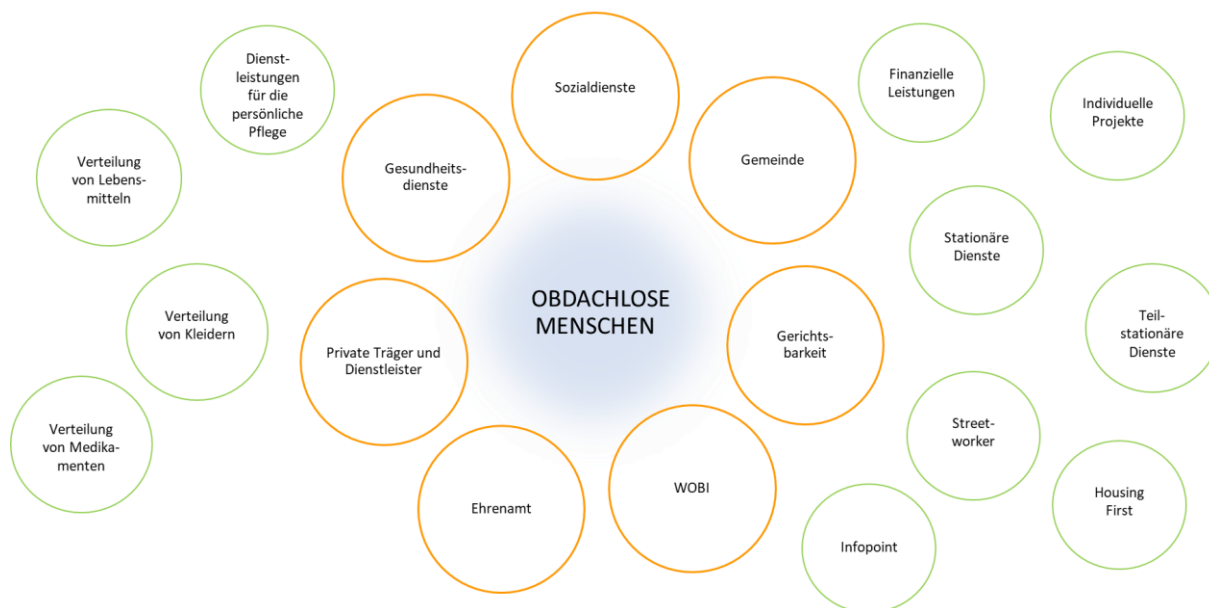


Abbildung 6-4: Obdachlose Menschen - Die Akteure⁴¹

Zur Unterstützung dieser Menschen wird in Südtirol neben *Housing First* ein *Stufenmodell an Maßnahmen und Leistungen* angeboten.

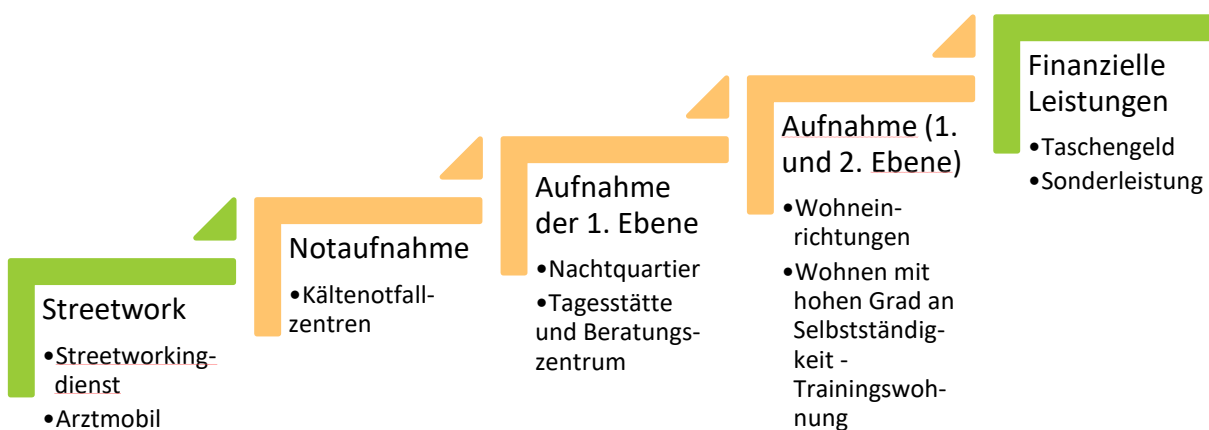


Abbildung 6-5: Obdachlose Menschen - Stufenmodell der Maßnahmen und Leistungen⁴²

⁴¹ Frei (2021)

⁴² Frei (2021)

Auch das Phänomen der Obdachlosigkeit in Südtirol ist schwer zu messen und in Zahlen zu fassen. Die Eckdaten der Streetworkingdienste vermitteln aber einen Eindruck der Situation:

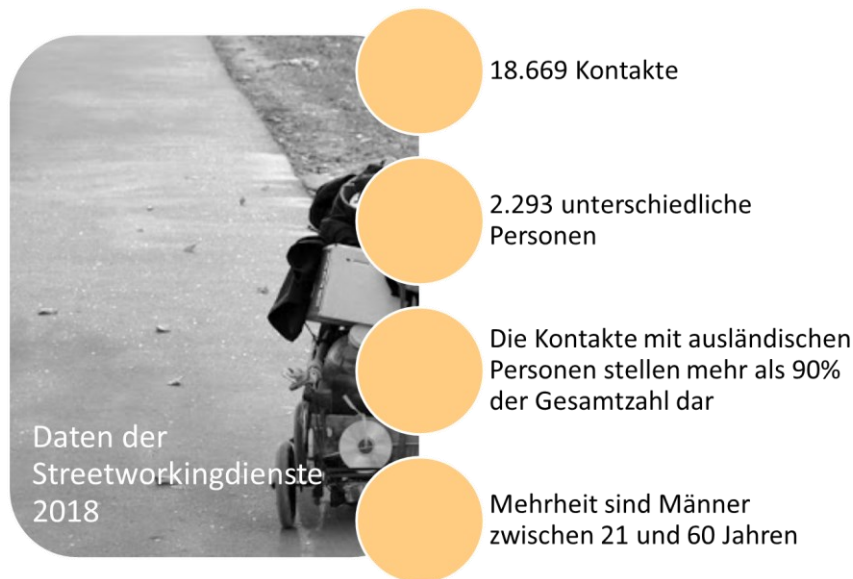


Abbildung 6-6: Obdachlose Menschen - Eckdaten der Streetworkingdienste⁴³

Sinti und Rom werden von Außenstehenden oft als eine Gruppe wahrgenommen. In Wirklichkeit handelt es sich aber um heterogene Gruppen mit bedeutenden Unterschieden:

- Die **Sinti**, welche in Südtirol leben, sind alle **italienische Staatsbürger*innen** und leben seit Generationen hier und haben eine enge Verbindung mit dem Territorium.
- Unter den **Rom** in Südtirol gibt es Personen mit italienischer Staatsbürgerschaft, mehrheitlich sind sie jedoch **EU- und vielfach auch Nicht-EU-Bürger*innen**.

In Südtirol leben geschätzt 1.000-1.200 Sinti und Rom. Die meisten leben in Privatwohnungen und Wohnungen des WOBI, es gibt aber auch sechs offizielle Wohnplätze, die ca. 130 Personen ein Zuhause bieten. Obwohl Sinti und Rom schon seit ca. 600 Jahren in Europa und auch in Südtirol leben, sind Vorurteile und Misstrauen noch immer eine große Herausforderung bei der sozialen Inklusion.⁴⁴

⁴³ Frei (2021)

⁴⁴ Waldner (2021)

Die letzte große Gruppe, die häufig von sozialer Exklusion betroffen ist, sind die **geflüchteten Personen**. Wie die Sinti und Rom werden auch diese Menschen von Außenstehenden häufig als eine Gruppe wahrgenommen. Innerhalb der Gruppe besteht aber große Heterogenität. Eine zentrale Unterscheidung ist jene zwischen Flüchtlingen und Asylbewerbern:

- **Flüchtlinge** sind Menschen, die aus ihrem Heimatland geflohen sind und deren **Flüchtlingsstatus** von dem Staat, in dem sie einen Asylantrag gestellt haben, **anerkannt** wurde.
- **Asylbewerber** sind Menschen, die in einem fremden Land um Asyl ersucht haben und deren **Asylverfahren noch nicht abgeschlossen** ist.

Wie in den anderen Bereichen der sozialen Inklusion kann die Zahl der Geflüchteten in Südtirol nur geschätzt werden. Anhaltspunkte bieten die Statistiken der Aufnahmezentren CAS (Centro di accoglienza straordinario).

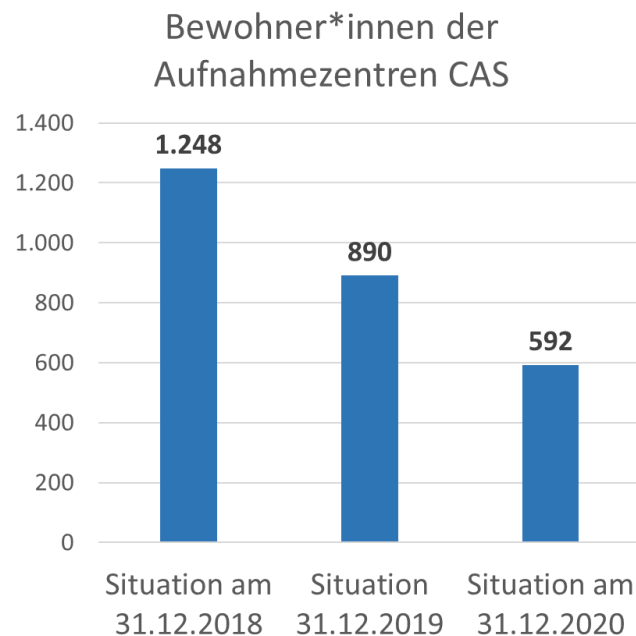


Abbildung 6-7: Geflüchtete Personen - Bewohner*innen der Aufnahmezentren CAS⁴⁵

⁴⁵ Waldner (2021)

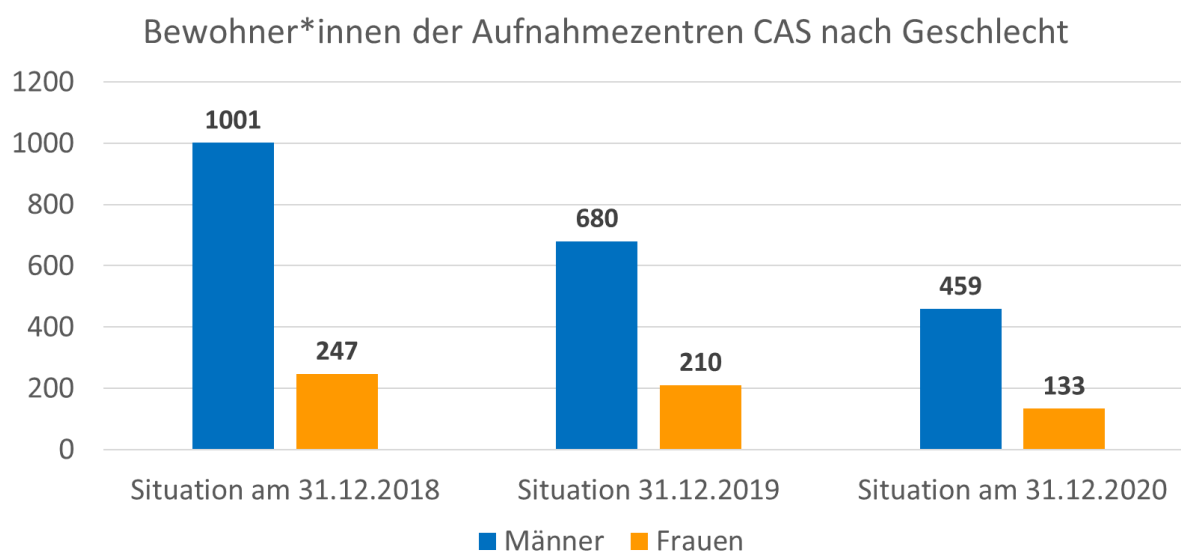


Abbildung 6-8: Geflüchtete Personen - Bewohner*innen der Aufnahmezentren CAS nach Geschlecht⁴⁶

Alle Bereiche der sozialen Inklusion haben gemein, dass die sozialen Leistungen vielfältig und divers sind. Dadurch kann der Umfang und insbesondere die Zielgruppe der Nutzer*innen nur abgeschätzt und nicht genau bestimmt werden. Aus diesem Grund können in diesem Bereich keine wissenschaftlich validen Prognosen erstellt werden. In der Folge werden stattdessen (inter)nationale Erkenntnisse und Entwicklungstrends aufgezeigt, anhand derer sich die zukünftige Entwicklung in Südtirol abschätzen lässt.

⁴⁶ Waldner (2021)

6.1 (Inter)Nationale Erkenntnisse, Entwicklungstrends und Good Practice-Beispiele

Einen allgemeinen Indikator der sozialen Inklusion bzw. Exklusion bilden die *von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen* einer Gesellschaft. Dabei handelt es sich um einen von Eurostat⁴⁷ definierten Indikator zur Messung der sozioökonomischen Lage der Bevölkerung.

Diese Kennzahl spiegelt die Summe der Personen als Anteil der Bevölkerung eines Landes wider, die:

- unter **erheblicher materieller Deprivation** leiden: sie sind nicht in der Lage, für grundlegende Güter und Dienste aufzukommen
- **armutsgefährdet** sind: ihr Einkommen liegt unterhalb von 60% des nationalen medianen Äquivalenzeinkommens
- in **Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit** leben: sie arbeiten weniger als 20% ihrer möglichen Erwerbstätigkeit

Personen, die sich gleichzeitig in mehreren dieser prekären Situationen befinden, werden dabei nur einmal gezählt.⁴⁸

Im europäischen Vergleich liegt Italien mit einem von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsanteil von 27,3% (Stand: 2018) an sechster Stelle. Damit schneidet Italien deutlich schlechter ab als der europäische Durchschnitt von 21,8% und insbesondere auch wie unsere nördlichen Nachbarn Deutschland (18,7%) und Österreich (17,5%).

⁴⁷ Eurostat (2021)

⁴⁸ Eurostat (2021)

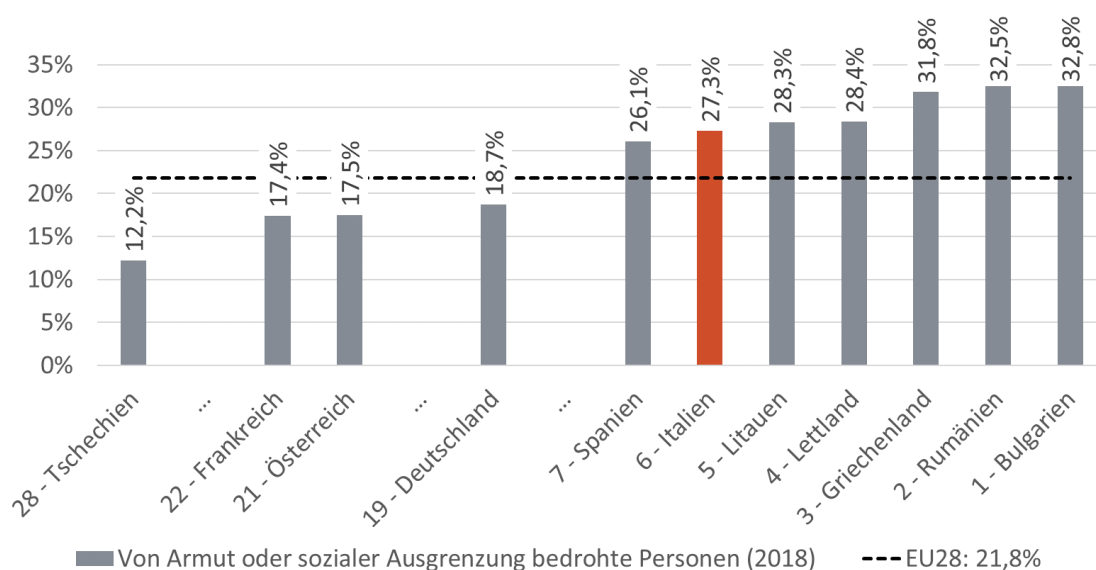


Abbildung 6-9: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen in Europa (Stand: 2018)⁴⁹

Innerhalb von Italien schneidet die Autonome Provinz Bozen – Südtirol mit einem von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsanteil von 12,9% am besten ab.

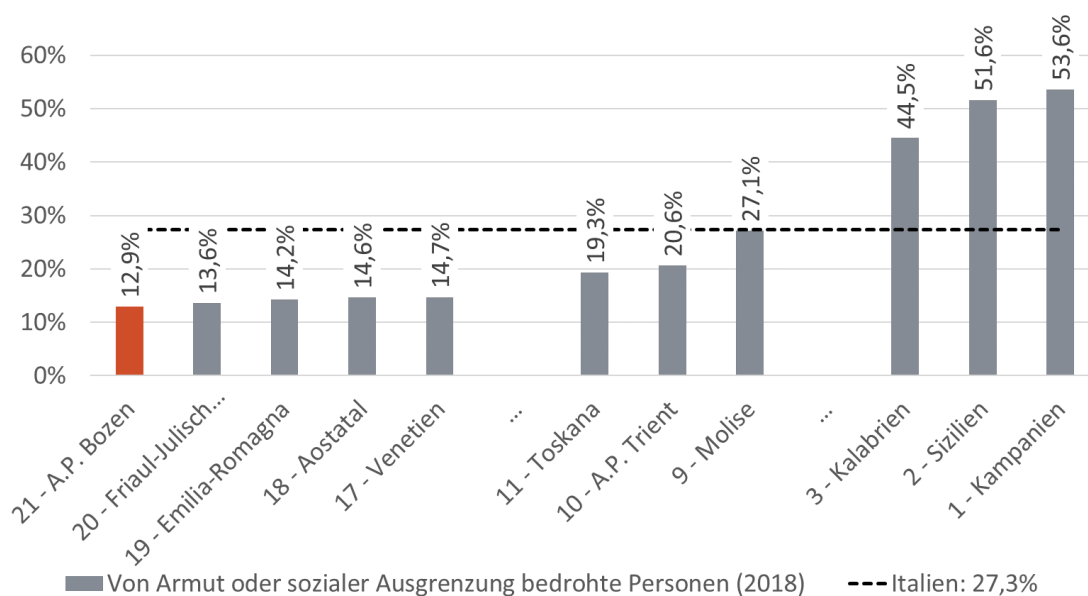


Abbildung 6-10: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen in Italien (Stand: 2018)⁵⁰

⁴⁹ Eigene Darstellung auf Basis von: Eurostat (2021)

⁵⁰ Eigene Darstellung auf Basis von: Eurostat (2021)

Allerdings zeigt die Entwicklung der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen einen negativen Trend: Im Zehnjahreszeitraum 2008-2018 ist der betroffene Bevölkerungsanteil in Südtirol um 1,1 Prozentpunkte gewachsen.

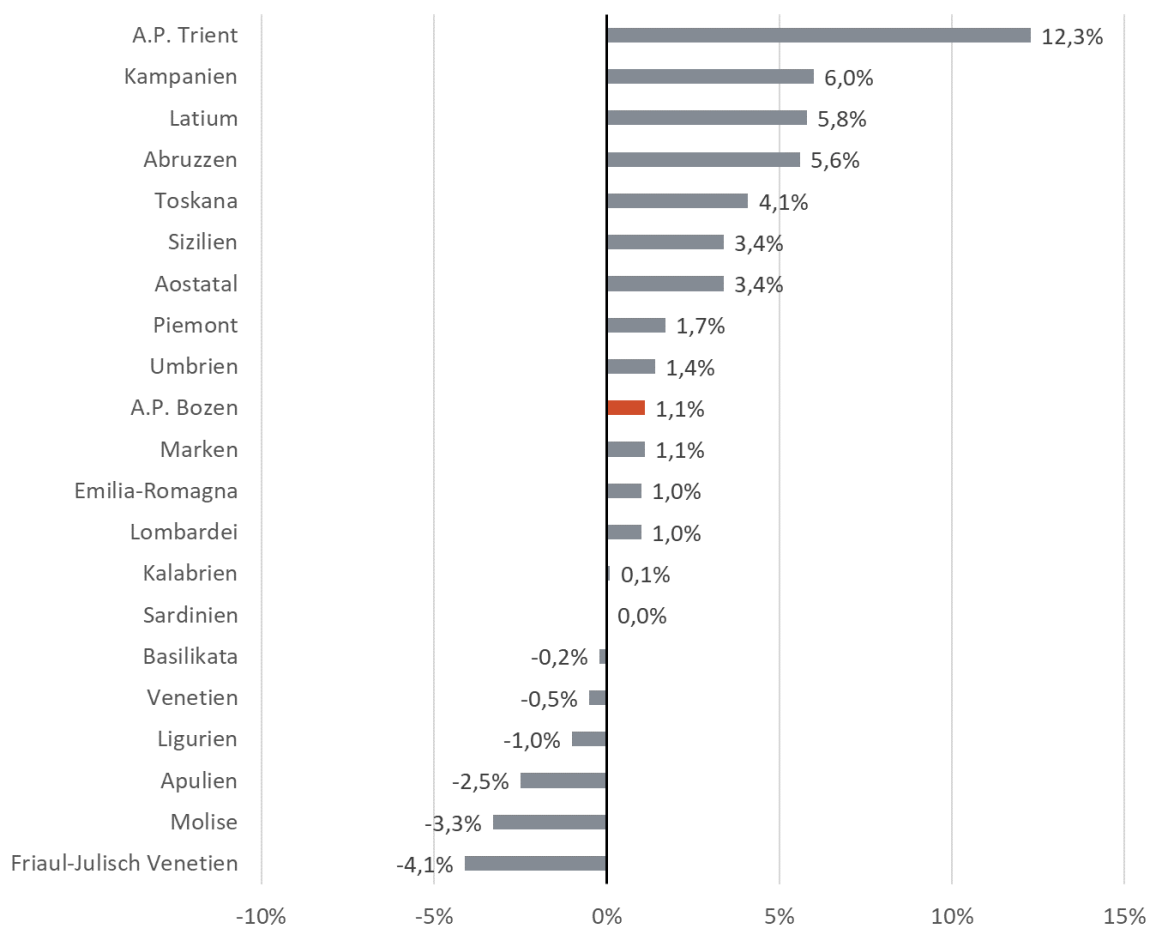


Abbildung 6-11: Entwicklung der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen im Zeitraum 2008-2018⁵¹

Vor diesem Hintergrund werden nun (inter)nationale Erkenntnisse, Entwicklungstrends und Good Practice-Beispiele in den einzelnen Bereichen der sozialen Inklusion beleuchtet.

⁵¹ Eigene Darstellung auf Basis von: Eurostat (2021)

6.1.1 Obdachlose

Die OECD hat die Thematik der Obdachlosigkeit in der kürzlich veröffentlichten Studie „Better data and policies to fight homelessness in the OECD“ beleuchtet.⁵² Schon aus dem Studientitel geht hervor, dass eine bessere Datengrundlage benötigt wird, um dem Phänomen Obdachlosigkeit und der daraus resultierenden sozialen Exklusion effektiver begegnen zu können.

Die Schlussfolgerungen der Studie spiegeln sich auch in der Situation in Südtirol wider und sollen Ausgangspunkt und Anreiz für zukünftige Verbesserungen bieten:



Obdachlosigkeit ist schwer zu messen



Obdachlosigkeit hat einen hohen persönlichen Preis – Obdachlose sterben bis zu 30 Jahre früher



Obdachlosigkeit hat verschiedene Formen – besonders die Zahl der **vorübergehend Wohnungslosen** wächst



Obdachlosigkeit wird diverser und betrifft häufiger **Frauen, Familien mit Kindern, Jugendliche, Migranten und Senioren**



Lösungen sollten an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden – **Prävention, Housing First, Überbrückungshilfen** für vorübergehende Wohnungslose

Tabelle 6-1: Obdachlose Menschen - Erkenntnisse und Ansätze der OECD⁵³

⁵² OECD (2020)

⁵³ OECD (2020)

6.1.2 Sinti und Rom

Vorurteile bilden in allen Bereichen ein Hindernis der sozialen Inklusion. Nicht nur die Erfahrungen in Südtirol, sondern auch nationale und internationale Studien belegen, dass dies auf die Gruppe der Sinti und Rom besonders zutrifft. Damit Integration gelingen kann, muss die Gleichbehandlung in folgenden Schlüsselfeldern sichergestellt werden:⁵⁴

- Bildung
- Beschäftigung
- Gesundheit
- Wohnraum

Die ganze Bedeutung des Phänomens Diskriminierung und Vorurteile wird aus der „Zweiten Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung“ ersichtlich.⁵⁵ Die nachstehende Grafik zeigt den Anteil der 7.875 befragten Sinti und Rom, die sich in den vergangenen 5 Jahren diskriminiert gefühlt haben:

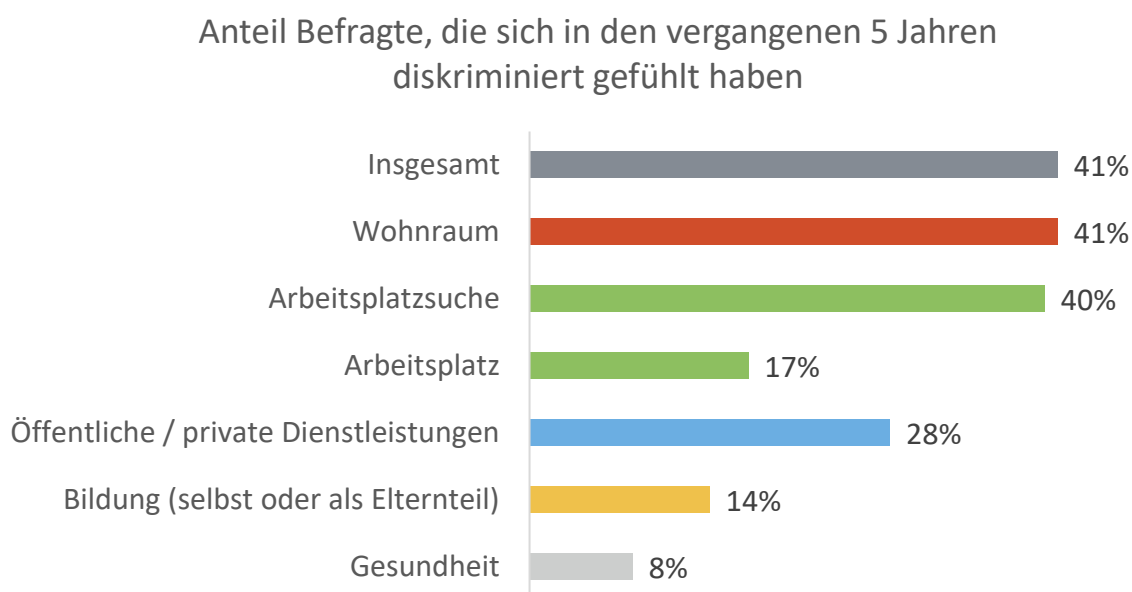


Abbildung 6-12: Sinti und Rom - Anteil Befragte, die sich in den vergangenen 5 Jahren diskriminiert gefühlt haben⁵⁶

⁵⁴ Strati, F. (2011)

⁵⁵ Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2018)

⁵⁶ Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2018)

Für Südtirol lässt sich ableiten, dass Diskriminierung und Vorurteilen vor allem in den Bereichen Wohnen und Arbeit entgegengewirkt werden muss, um eine bessere soziale Inklusion der Sinti und Rom zu erreichen.

6.1.3 Geflüchtete Personen

Die soziale Inklusion geflüchteter Personen konzentriert sich auf Migrant*innen und Flüchtlinge, die aus humanitären Gründen zu uns kommen. Nicht im Vordergrund stehen die (temporäre) Arbeitsmigration oder die Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung insgesamt. Genaue Zahlen und Daten sind in diesem Bereich schwierig, die Zahl der Asylwerber stellt aber einen guten Indikator für die Entwicklung der Flüchtlingsbewegung dar.

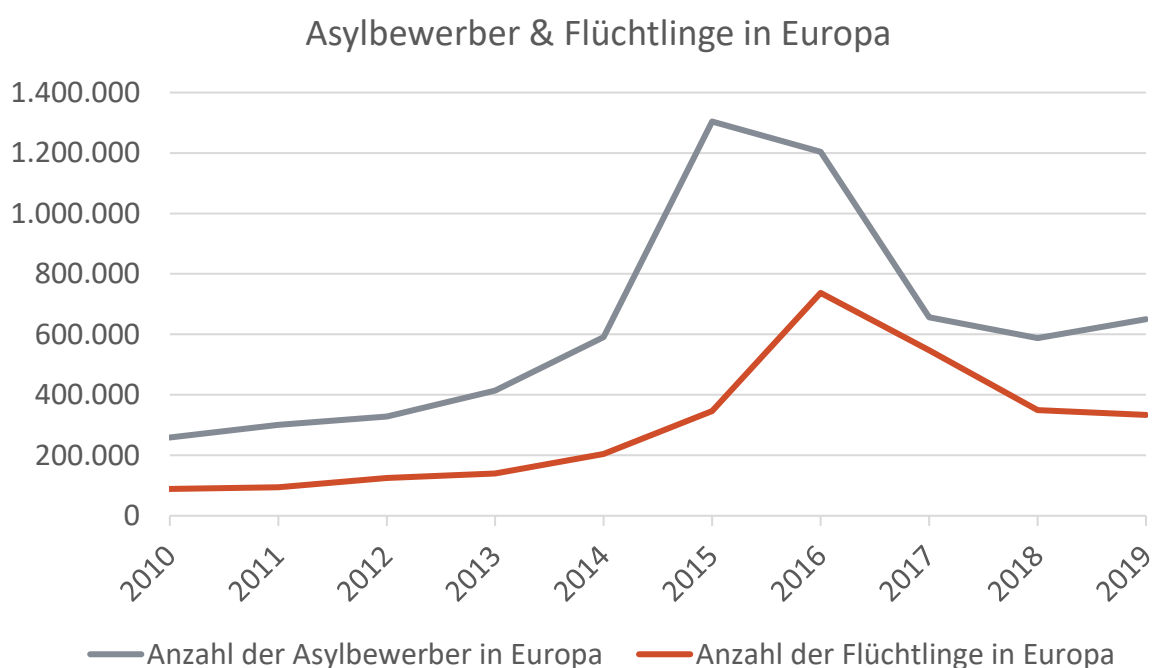


Abbildung 6-13: Geflüchtete Personen - Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge in Europa⁵⁷

Die Zahl der Asylbewerber lag demnach 2018 und 2019 ca. 50% unter dem Höchststand in der Flüchtlingswelle von 2015 und 2016. Damit hat sich die Zahl der Asylbewerber aber gleichzeitig auf einem doppelt so hohen Niveau wie vor der Flüchtlingswelle eingependelt.

⁵⁷ Eigene Darstellung auf Basis von: OECD (2021)

Auch in Italien ist die Zahl der Asylbewerber in der Flüchtlingswelle sprunghaft gewachsen, dann aber auch wieder deutlich gesunken.

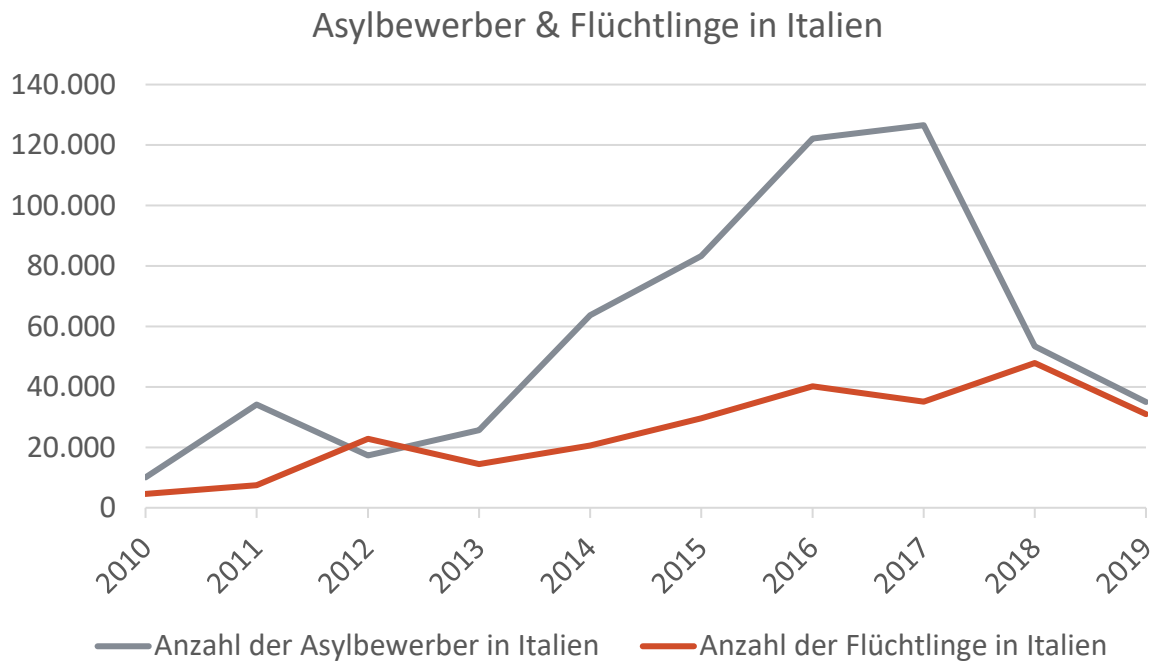


Abbildung 6-14: Geflüchtete Personen - Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge in Italien⁵⁸

Vor dem Phänomen dieses Zustroms gilt es, die geflüchteten Personen nicht nur in unsere Gesellschaft zu integrieren, sondern auch ihr Potential zu nutzen. Die OECD hat dazu mit der Studie „Unlocking the Potential of Migrants“ in einer länderübergreifenden Analyse Ansatzpunkte aufgezeigt, die auch für Südtirol von Relevanz sind:⁵⁹

- In einem Land mit alternder Bevölkerung ist Zuwanderung eine große Chance für die Zukunft der Gesellschaft
- Mehr als **50%** der Asylbewerber sind zwischen **18 und 34 Jahre** alt
- **Bildung am Arbeitsplatz** oder in **Berufsschulen** ist eine der effektivsten Methoden für die Integration junger Flüchtlinge

⁵⁸ Eigene Darstellung auf Basis von: OECD (2021)

⁵⁹ Jeon, S. (2019)

6.1.4 Frauen in schwierigen Situationen

Bemühungen zur sozialen Inklusion betreffen nicht nur Frauen in Gewaltsituationen, sondern alle vulnerablen Gruppen wie beispielsweise Frauen, die Opfer von Menschenhandel wurden oder einen Migrations- oder Fluchthintergrund aufweisen.

Besonderes Augenmerk sollte aber auf jenen Situationen liegen, wo die soziale Ausgrenzung im Verborgenen geschieht.

So zeigt beispielsweise die repräsentative Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“⁶⁰, für die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mehr als 10.000 Frauen befragt wurden, dass alle sozialen und ethnischen sowie Bildungs- und Altersgruppen von Gewalt und schwerer Misshandlung in Paarbeziehungen betroffen sind. Demnach ist das stereotype Bild von „der“ schwer misshandelten Frau eher kontraproduktiv. Vielmehr bedarf es laut der Studie Gewaltprävention mit Fokus auf:⁶¹

- Angebote für **ältere gewaltbetroffene Frauen**
- Angebote für Betroffene von **psychischer Gewalt**
- Frauen und Paare in **schwierigen sozialen Lagen**
- Frauen mit **Migrationshintergrund**
- Frauen in mittleren und **gehobenen Sozial- und Bildungsschichten**

Ein solcher weitgefasster Ansatz, der die soziale Inklusion von Frauen in schwierigen Situationen aller Gesellschaftsschichten umfasst, ist auch für Südtirol anzuraten.

Eng mit dem Thema Gewalt an Frauen verbunden ist der Bereich des **Menschenhandels**, oftmals in Verknüpfung mit **(Zwangs)Prostitution und sexueller Ausbeutung**. Studien zeigen, dass mindestens jede 10. Sexarbeiterin auf Beratung und Unterstützung im Rahmen einer beruflichen und persönlichen Neuorientierung angewiesen ist. Migrantinnen sind besonders schutzbedürftig, insbesondere wenn sie in rechtlicher Unsicherheit und prekären und ausbeuterischen Verhältnissen leben.⁶²

Auch dieses Themenfeld hat Relevanz für Südtirol und muss aktiv angegangen werden, um soziale Inklusion sicherzustellen.

⁶⁰ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014)

⁶¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014)

⁶² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015)

6.2 Online-Umfrage

Um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen und das allgemeine Stimmungsbild als Diskussionsgrundlage der Workshops heranziehen zu können wurde den Stakeholdern ein Zugangslink zu einer Online-Umfrage zugesandt.

Beim Fragebogen des Bereichs Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen handelte es sich um einen gemeinsam von den Vertreter*innen der Wissenschaftlichen Begleitung (Institut für Public Management der Eurac Research) mit den Vertreter*innen der zuständigen Landesämter in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe des Projektes konzipierten Online-Erhebungsbogen mit insgesamt 79 Fragen, darunter auch 50 offene Fragen und vorab zugesandtem Zugangslink.

Die von Eurac Research im System Opinio realisierte Umfrage bestand konkret aus den Bereichen bzw. Handlungsfeldern Frauen in schwierigen Situationen, Obdachlose, Sinti und Rom, geflüchtete Personen sowie Prävention in den Bereichen Sinti und Rom, Flüchtlinge und Obdachlose. Der Link für den Zugang wurde über die offizielle Email-Adresse der zuständigen Landesrätin an zahlreiche von Seiten der jeweiligen Landesämter und -abteilung ausgewählte Organisationen, Stakeholder und Personen im Feld übermittelt und angeregt, den Link an interessierte Personen weiterzuleiten.

Die Ergebnisse der Befragung (inkl. quantitativer Daten) wurden von der Eurac Research neben den wissenschaftlichen Prognosen als „Vorab-Umfrage“ in den jeweiligen Arbeitsgruppen (ca. eine Woche später bei insgesamt vier AGs im Falle des Bereichs Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen) zur Diskussion gestellt.

Insgesamt haben 295 Personen die Umfrage abgerufen und 143 Personen (teilweise) ausgefüllt, sodass diese in der Auswertung berücksichtigt werden konnten. Die Teilnehmer*innen der Befragung machten von der Möglichkeit einer auch qualitativen Antwort umfassend Gebrauch. In der nachfolgenden Tabelle sind die insgesamt 1.427 Statements entsprechend den einzelnen Themenbereichen aufgeschlüsselt.

Bereich	Anzahl Statements
Frauen in schwierigen Situationen	434
Obdachlose	261
Sinti und Rom	181
Geflüchtete	384
Prävention in den Bereichen Sinti und Rom, Flüchtlinge und Obdachlose	167

Tabelle 6-2: Übersicht über die Anzahl der Statements zu den Fragen mit offen gehaltener Antwortmöglichkeit im Fragebogen (nach Themenbereichen aggregiert)

Bei der Auswertung der offenen Fragen mussten einige wenige der Antworten (z.B. Platzhalter wie „X“ oder Zahlen) ausgeschieden werden, weil sie nicht eindeutig interpretierbar waren.

Die methodischen Anmerkungen zur qualitativen Auswertung werden am Beispiel des Bereiches „Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen“ im Abschnitt 8.2.1 erläutert.

Die Abfrage der Daten zur Person zeigen, dass sich hauptsächlich Mitarbeiter*innen sozialer Dienstleister an der Umfrage beteiligt haben. Auffallend ist der hohe Anteil an Führungskräften.

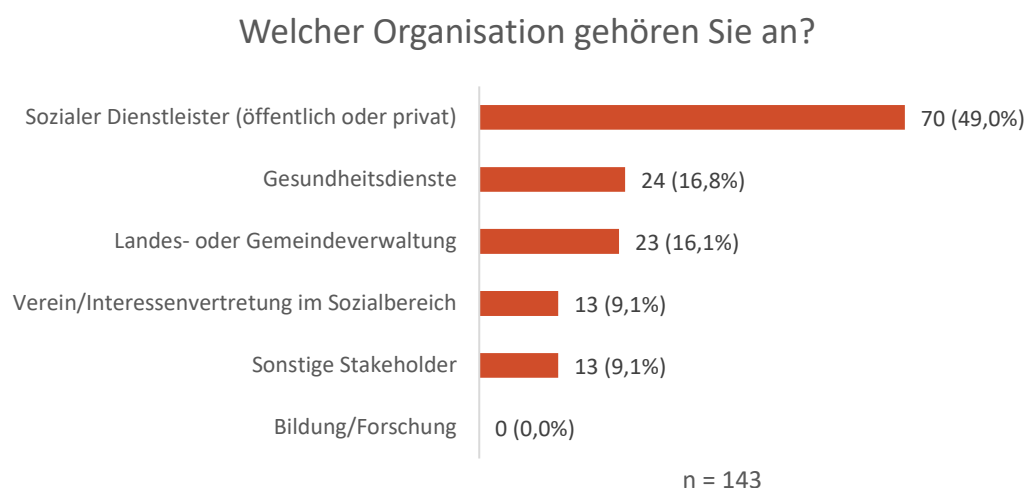


Abbildung 6-15: Welcher Organisation gehören Sie an?

Welche Funktion bekleiden Sie?

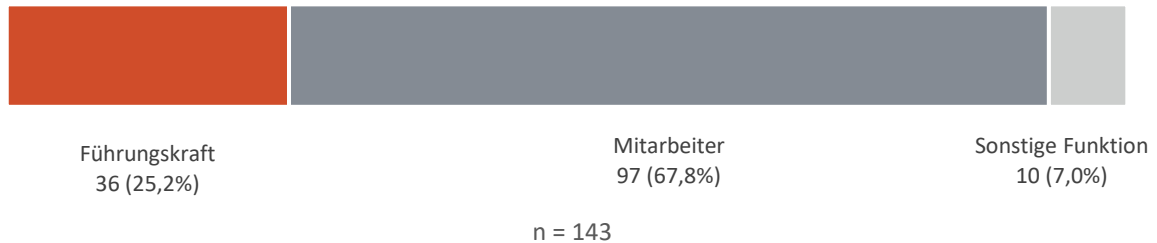


Abbildung 6-16: Welche Funktion bekleiden Sie?

6.2.1 Frauen in schwierigen Situationen

Die Frage, ob das **heutige Angebot zum Schutz von Frauen in schwierigen Situationen ausreichend am Bedarf orientiert** ist, wurde relativ ausgeglichen beantwortet. Die Tendenz geht aber dahin, dass das Angebot nicht ausreichend bedarfsorientiert ist.

Ist das heutige Angebot zum Schutz von Frauen in schwierigen Situationen ausreichend an ihrem Bedarf orientiert?

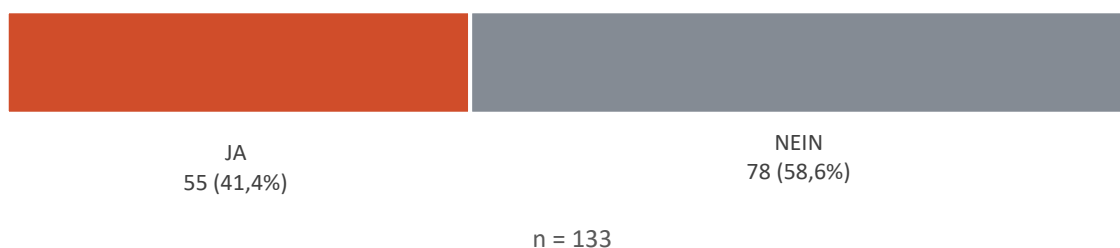


Abbildung 6-17: Ist das heutige Angebot zum Schutz von Frauen in schwierigen Situationen ausreichend an ihrem Bedarf orientiert?

Dies zeigt sich auch daran, dass in allen Bereichen der Wunsch überwiegt, das Leistungsniveau zu halten oder auszubauen.

In Bezug auf welche Maßnahme ist es notwendig, Anpassungen des Angebotes vorzunehmen?

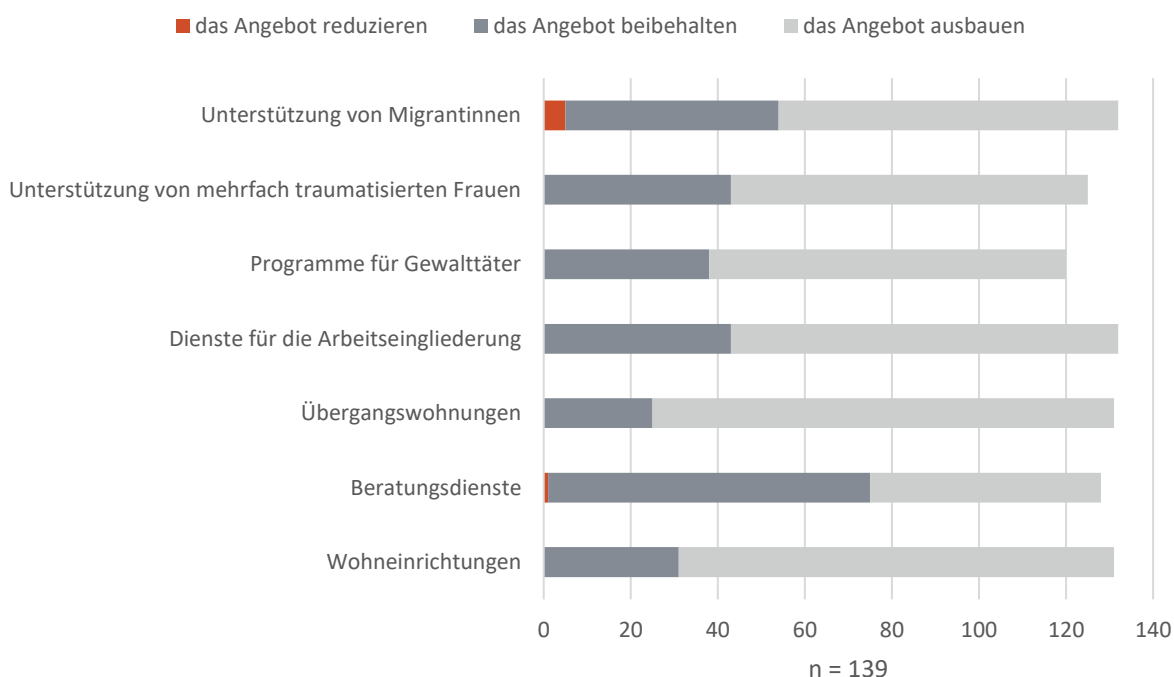


Abbildung 6-18: In Bezug auf welche Maßnahme ist es notwendig, Anpassungen des Angebotes vorzunehmen?

Hinsichtlich der offenen Frage, **welche Maßnahmen reduziert werden sollten**, gab es nur sieben Rückmeldungen und auch diese Befragten haben keine Kürzungen vorgeschlagen. Vielmehr wurde angemerkt, dass keine Reduzierungen vorzunehmen sind. Lediglich ein Vorschlag forderte die Reduzierung der Bürokratie und eine zielgerichtetere Dokumentation.

Mit 96 Antworten gab es auf die offene Frage, **welche Maßnahmen ausgebaut werden sollten**, sehr viel mehr Rückmeldungen. Anpassungen wurden im ganzen Spektrum gefordert. Konkret wünschen sich die Befragten beispielsweise mehr Plätze in den Einrichtungen für schutzbedürftige Frauen (9 Nennungen). Im **Bereich Wohnen** fordern die Befragten eine Erhöhung der Finanz- und Humanressourcen (5 Nennungen), den Ausbau des Angebots in der Peripherie (4 Nennungen) sowie eine Diversifizierung des Angebots. Insbesondere wurden Übergangseinrichtungen (12 Nennungen) und innovative Wohnformen wie etwa das Co-Housing (4 Nennungen), auch in Verbindung mit Projekten zur Arbeitsintegration oder des Wohntrainings (4 Nennungen) gefordert. In vier Fällen wurde auf die Notwendigkeit nach leistbarem Wohnraum, etwa durch den geförderten Wohnbau, verwiesen. Generell fordern die Befragten, dass das Unterstützungsangebot für Frauen schneller, flexibler, sichtbarer und zugänglicher werden muss, etwa durch die Anpassung oder den Ausbau der Beratungsdienste,

Anlaufstellen und Publikationen (34 Nennungen). Dazu ist unter anderem eine bessere Netzwerkarbeit der Dienste untereinander (12 Nennungen) nötig, um eine koordinierte Betreuung von Frauen in multiproblematischen Situationen sicherzustellen. 18 Personen geben an, dass ein Ausbau der Dienste und Angebote für die **Arbeitseingliederung** von Frauen notwendig ist. Beispielsweise sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die sozio-kulturelle Integration gefördert werden, aber Frauen auch bei der Arbeitssuche begleitet und unterstützt werden. Auch die Unterstützung von **Frauen mit Migrationshintergrund** soll ausgebaut werden (12 Nennungen), etwa durch verpflichtende Sprachkurse, Beratung und interkulturelle Mediation. Gleichzeitig sollen auch die Programme für gewaltbereite Männer ausgebaut werden (10 Nennungen), sowohl durch therapeutische Ad-hoc-Maßnahmen als auch durch verstärkte Prävention.

Die offene Frage nach einem Bedarf für eine **bessere oder andere Verteilung des Angebotes auf dem Landesgebiet** haben 62 der Befragten beantwortet. Die meisten dieser Personen sehen den Bedarf einer besseren Verteilung auf dem Territorium. Elf Befragte unterstreichen die Notwendigkeit einer besseren Verteilung der finanziellen und personellen Ressourcen und der Dezentralisierung bestimmter Dienste (z.B. Beratung, geschützte Übergangseinrichtungen, Anlaufstellen für Frauen in schwierigen Situationen).

Dafür ist die Stärkung der Netzwerkarbeit und eine effizientere und bessere Koordination des Angebots notwendig (6 Nennungen). Eine stärkere Kundenorientierung, die die Person in den Mittelpunkt stellt und der Abbau von bürokratischen Hürden (z.B. Zugangsvoraussetzungen) sind dabei die vorrangigen Ziele (12 Nennungen).

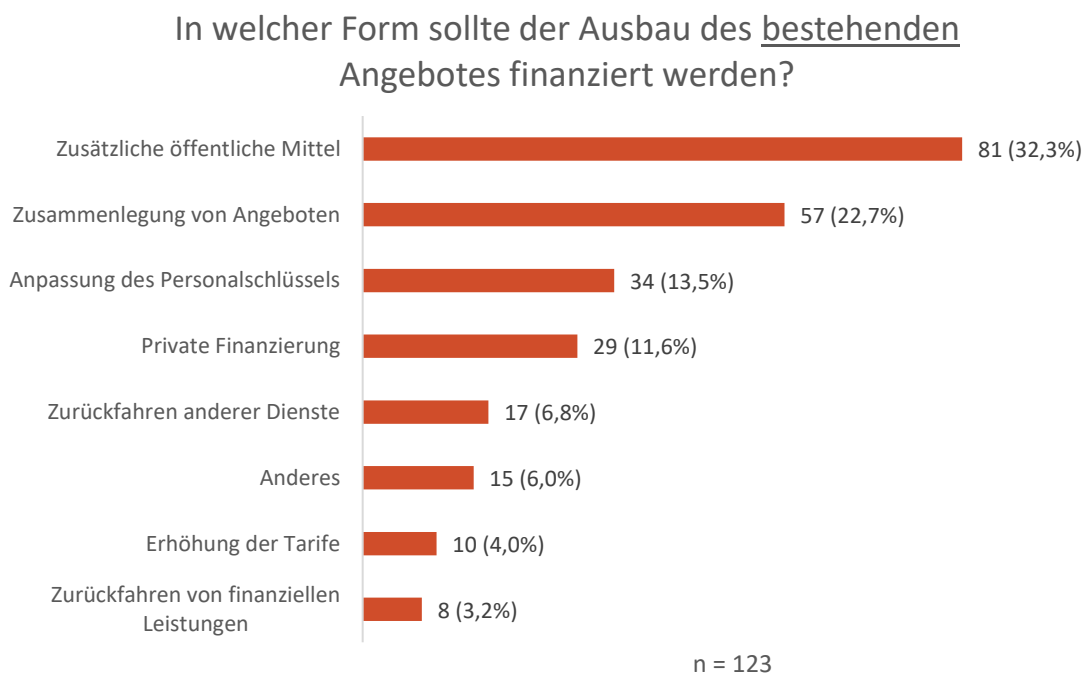


Abbildung 6-19: In welcher Form sollte der Ausbau des bestehenden Angebotes finanziert werden?

25 Personen haben zusätzliche Kommentare abgegeben, wie der Ausbau des bestehenden Angebots finanziert werden soll. Die Finanzierung kann durch zusätzliche öffentliche (3 Nennungen) oder private Mittel (2 Nennungen) erfolgen, aber auch durch die Stärkung und den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistern (2 Nennungen). Andere Vorschläge betreffen die bessere Nutzung aller Ressourcen des Territoriums (4 Nennungen), die Einbindung des Dritten Sektors (1 Nennung), die Umverteilung zwischen der öffentlichen Hand und dem Privatsektor (4 Nennungen), Rationalisierungsmaßnahmen (4 Nennungen), Sponsoring (5 Nennungen), das Ehrenamt (3 Nennungen) sowie Stiftungen (2 Nennungen).

Die offene Frage, **welche Dienste und Angebote fehlen oder in Zukunft stärker entwickelt werden sollten**, haben 70 der Befragten beantwortet. Grundsätzlich werden Verbesserungen in allen Bereichen gefordert. Besonders hervorzuheben ist aber der Bereich Wohnen (34 Nennungen), insbesondere der Zugang zu Wohnungen des WOBI nach dem Aufenthalt in Frauenhäusern. Des Weiteren soll die Unterstützung von Frauen in schwierigen Situationen ausgebaut werden (17 Nennungen), etwa durch psychologische Betreuung und Traumatherapie, Unterstützung bei der Erziehung sowie sprachliche und interkulturelle Mediation. Ebenfalls als zentral wird das Thema Arbeit angesehen, um die Autonomie der

Frauen sicherzustellen (12 Nennungen). Die Bildungslandschaft, insbesondere die Schulen, müssen für die Thematik sensibilisiert werden und die Gleichheit der Geschlechter sowie Prävention von Gewalt gegen Frauen aktiv thematisieren (10 Nennungen). Neben der Unterstützung von Frauen in schwierigen Situationen wurden auch feste Programme für gewalttätige Personen gefordert (5 Nennungen).

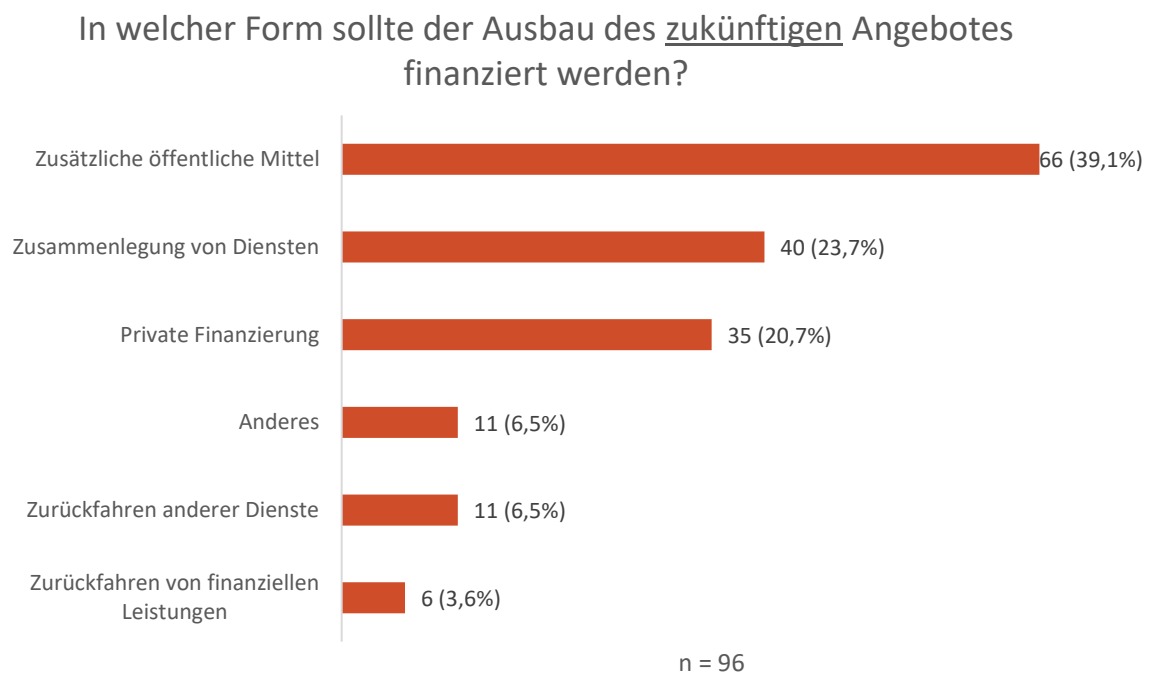


Abbildung 6-20: In welcher Form sollte der Ausbau des zukünftigen Angebotes finanziert werden?

18 Personen haben zusätzliche Kommentare abgegeben, wie der Ausbau des zukünftigen Angebots finanziert werden soll. Die Befragte sprechen sich für eine Umverteilung zwischen der öffentlichen Hand und dem Privatsektor (4 Nennungen), eine bessere Zusammenarbeit öffentlicher Anbieter mit privaten Dienstleistern (4 Nennungen) sowie mit dem Dritten Sektor (3 Nennungen) und die Stärkung des Ehrenamts (1 Nennung) aus. Auch wenn die Befragten Spielraum für Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen sehen (2 Nennungen), so werden in Zukunft doch mehr öffentliche (3 Nennungen) und private Mittel (3 Nennungen) benötigt.

Die offene Frage, **wie die Netzwerkarbeit verbessert werden könnte**, haben 75 Personen beantwortet. Die Befragten sehen Verbesserungspotential beim Informationsaustausch (20 Nennungen), der gemeinsamen Weiterbildung (7 Nennungen) und insbesondere der gemeinsamen Führung von Projekten (41 Nennungen), anstatt Frauen einfach nur von einem Dienst an den anderen zu vermitteln. Dazu werden periodische Arbeitstische, der kontinuierliche operative Austausch aller involvierten Personen, multidisziplinäre Mannschaften, ein Case Management-Ansatz, Absichtserklärungen und klare Richtlinien gefordert. Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben auch positive Möglichkeiten aufgezeigt und so wurden z.B. mehr Zoom-Meetings gefordert, um Fahrtkosten und Zeit einzusparen.

37 Personen haben **Best Practice-Beispiele oder andere innovative Lösungen** für den Bereich der Frauen in schwierigen Situationen angeführt. Beispielsweise wurden Projekte zur besseren Integration von Migrantinnen (www.integrazionemigranti.gov.it/EsperienzeSulTerritorio/Pagine/default.aspx) oder Kampagnen wie „Nein zu häuslicher Gewalt - Mut zum Gespräch am Arbeitsplatz“ (Bezirksamt Reinickendorf Berlin) genannt.

Hinzu kommen **Wünsche und Ideen für die Entwicklung der sozialen Inklusion von Frauen in schwierigen Situationen** in Südtirol. 43 Befragte haben Anregungen gemacht. Das meistgenannte Thema betrifft die Prävention und Sensibilisierung (12 Nennungen), gestützt auf eine Kultur des Dialogs, die aktive Bürgerbeteiligung und Sozial- und Geschlechtergerechtigkeit. Des Weiteren wünschen sich die Befragten mehr sozialen Zusammenhalt, etwa durch Selbsthilfegruppen (4 Nennungen), aber auch gezielte Schulungen und Weiterbildung (4 Nennungen) und die Nutzung von Social Media und dedizierten Apps, um über die unterschiedlichen Formen der Gewalt zu informieren. Acht Personen wünschen sich eine Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit von Frauen in schwierigen Situationen und vier Personen angemessene Unterkünfte für Frauen.

6.2.2 Obdachlose

Der Großteil der Befragten ist nicht der Meinung, dass das **heutige Angebot ausreichend am Bedarf der Obdachlosen orientiert** ist:

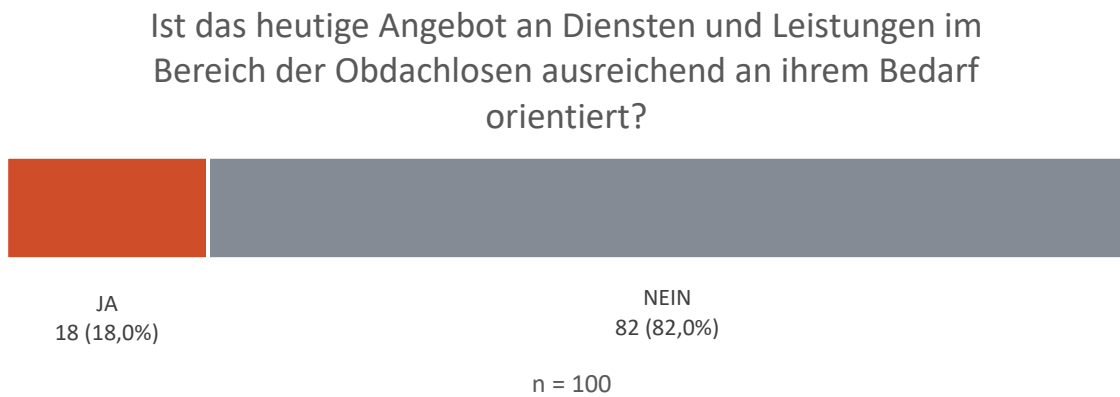


Abbildung 6-21: Ist das heutige Angebot an Diensten und Leistungen im Bereich der Obdachlosen ausreichend an ihrem Bedarf orientiert?

Dies zeigt sich auch daran, dass in allen Bereichen der Wunsch überwiegt, das Leistungsniveau zu halten oder auszubauen.

In Bezug auf welche Maßnahme ist es notwendig, Anpassungen des Angebotes vorzunehmen?

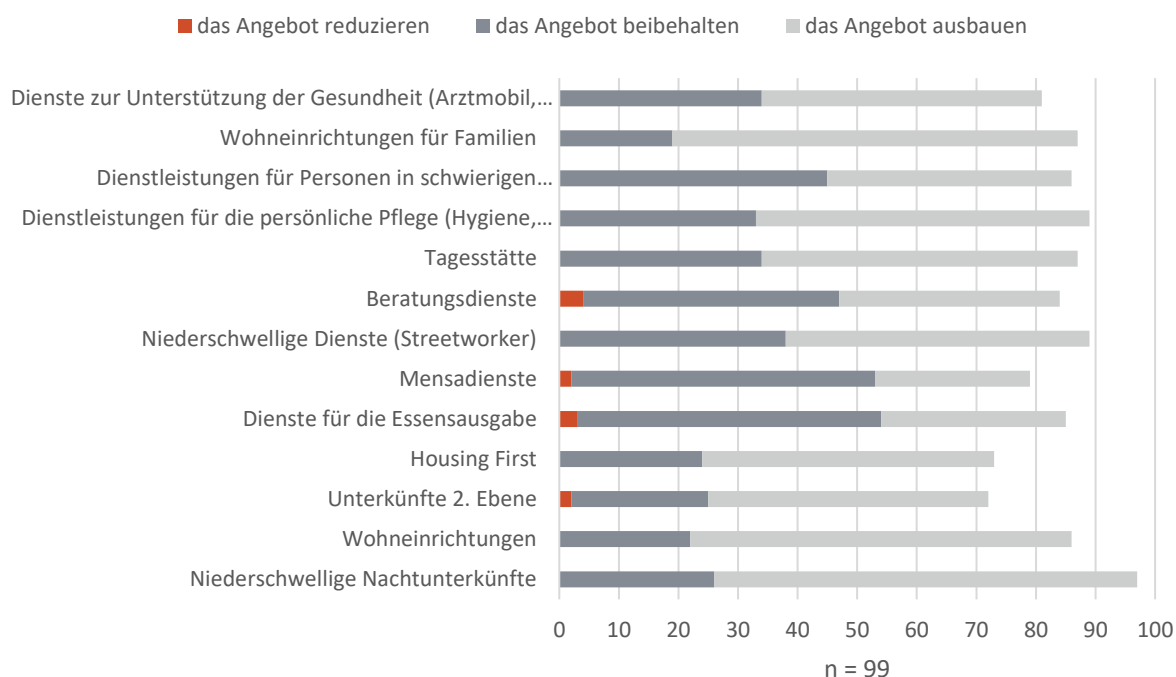


Abbildung 6-22: In Bezug auf welche Maßnahme ist es notwendig, Anpassungen des Angebotes vorzunehmen?

Elf der Befragten haben Kommentare abgegeben, welche **Anpassungen bei zu reduzierenden Maßnahmen** notwendig wären. Generell sprechen sich aber alle gegen eine Reduzierung aus (zwei Befragte führten dies explizit in ihrem Kommentar an). Einzig im Bereich der Essensausgabe sowie der Beratung sehen fünf Befragte den Bedarf der Zentrierung bzw. der Rationalisierung des Angebots, z.B. durch bessere Koordination der einzelnen Dienste.

Hingegen haben 54 Personen Vorschläge zur **Anpassung der auszubauenden Maßnahmen** gemacht. Zum einen wünschen sich die Befragten mehr Dienste für alle Zielgruppen im Bereich Tagesstätten, Hygienestationen und Aufbewahrungsstellen für persönliche Gegenstände (11 Nennungen) und im Bereich Nacht- bzw. Notunterkünfte (9 Nennungen). Unterstrichen wird auch die Wichtigkeit des Ausbaus von Wohnmöglichkeiten im Allgemeinen (12 Nennungen) sowie explizit des Housing First-Ansatzes (8 Nennungen). Zusätzlich sollen spezielle Einrichtungen für obdachlose Familien und Familien in schwierigen Situationen geschaffen werden (12 Nennungen). 16 Befragte äußerten Kommentare in Bezug auf grundsätzliche Anpassungen des Angebots, hauptsächlich bezüglich der Ressourcen (Ausbau Plätze, finanzielle Mittel, Personal, Ausbildung des Personals). Elf Befragte betonen in ihren

Kommentaren die Wichtigkeit, das Angebot zu dezentralisieren und im ganzen Territorium bzw. in der Peripherie anzubieten.

Der Ausbau des bestehenden Angebots soll dabei in erster Linie durch *zusätzliche öffentliche Mittel* und die *Zusammenlegung von Angeboten* finanziert werden (Mehrfachantworten möglich).

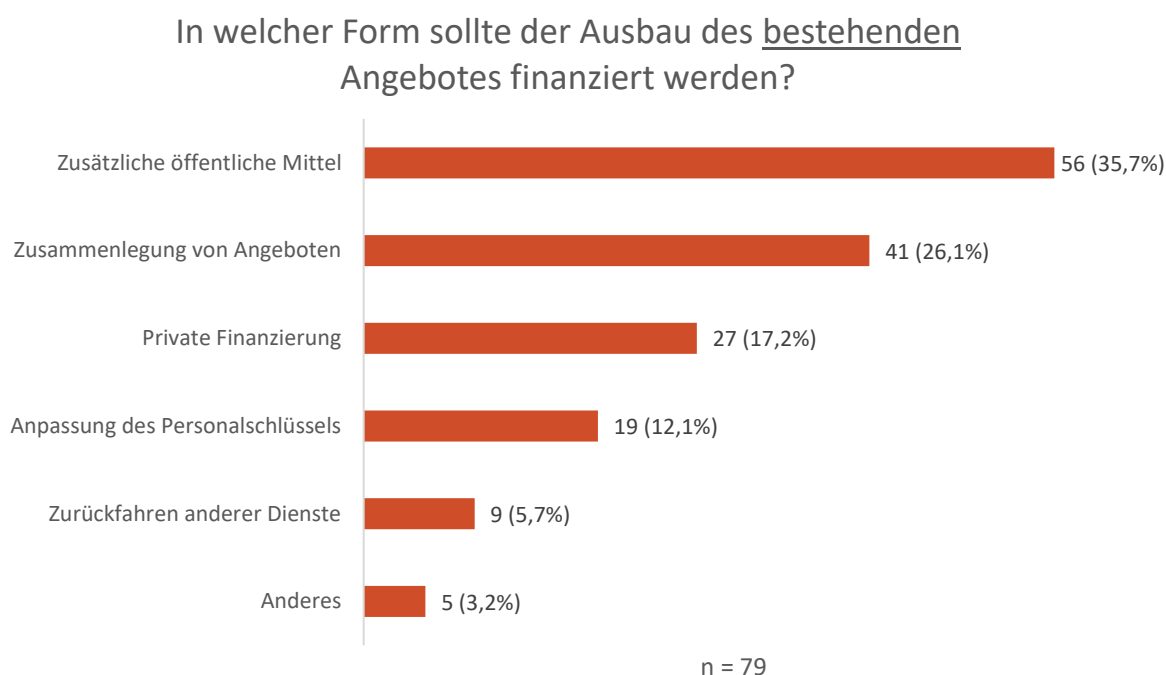


Abbildung 6-23: In welcher Form sollte der Ausbau des bestehenden Angebotes finanziert werden?

Die Antworten auf die Frage nach **fehlenden Angeboten** sind breit gefächert (Mehrfachantworten möglich). An erster Stelle steht aber die in den offenen Fragen angeregte *Aufnahme von Familien*.

Welche Dienste und welche Angebote fehlen Ihrer Meinung nach oder sollten in Zukunft stärker entwickelt werden?

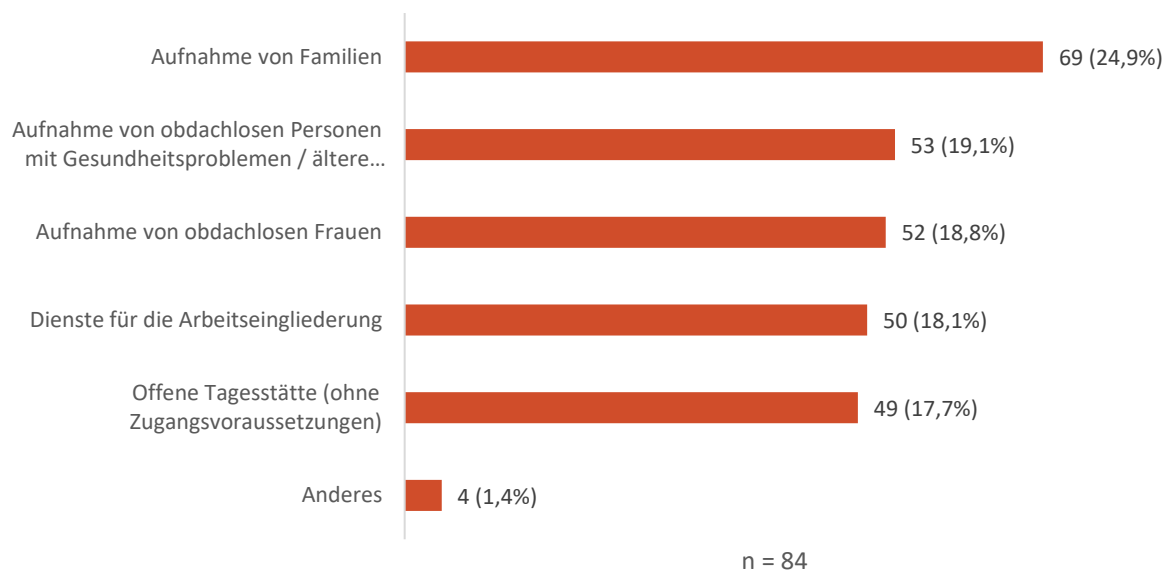


Abbildung 6-24: Welche Dienste und welche Angebote fehlen Ihrer Meinung nach oder sollten in Zukunft stärker entwickelt werden?

Sind die Tätigkeiten, die in den obgenannten Diensten angeboten werden, ausreichend oder zu viel?

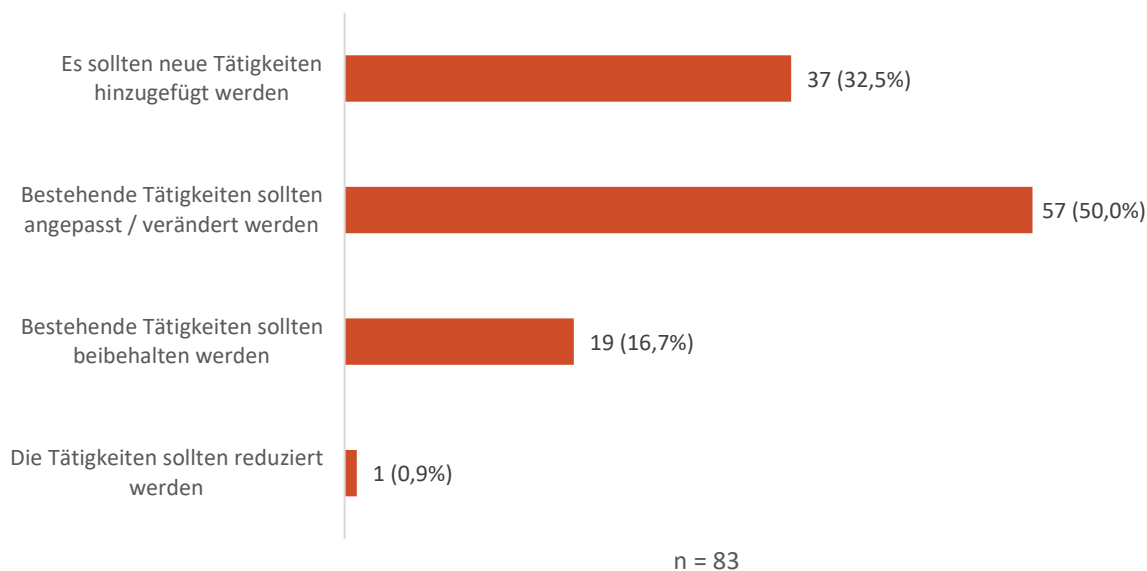


Abbildung 6-25: Sind die Tätigkeiten, die in den obgenannten Diensten angeboten werden, ausreichend oder zu viel?

26 Personen haben konkrete Vorschläge zur **Anpassung der Tätigkeiten und Dienste** des Bereichs gemacht. Beispielsweise wurden mehr Dienste an der Person (Hygiene, Gesundheit – N=4) sowie Tagesstätten (N=7) gefordert. Auch das Thema Wohnen ist zentral (Housing First, Übergangswohnungen, de-institutionalisierte Wohnmöglichkeiten – N=8). Die Dienste sollten für acht Befragte grundsätzlich angepasst werden, sowohl bezüglich der Bedürfnisse der Zielgruppen und der Territorien als auch bezüglich der Nachfrage.

Das zukünftige Angebot soll dabei in erster Linie durch *zusätzliche öffentliche Mittel* und der *Zusammenlegung von Angeboten* finanziert werden (Mehrfachantworten möglich).

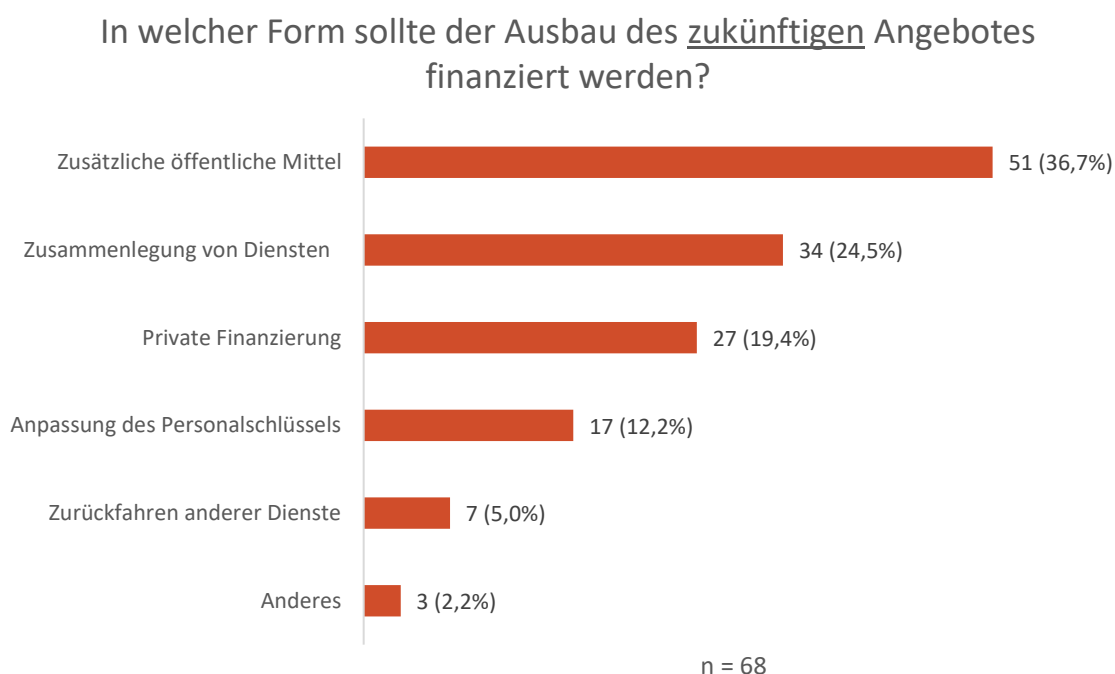


Abbildung 6-26: In welcher Form sollte der Ausbau des zukünftigen Angebotes finanziert werden?

Auf die Frage, ob **geänderte Aufnahmekriterien in Bezug auf die Nutzer*innen oder geänderte Öffnungszeiten der Einrichtungen** notwendig sind, haben 24 der Befragten geantwortet. Tendenziell sprechen sie sich für eine Anpassung der Kriterien bzw. eine Flexibilisierung des Angebotes aus, vor allem bezüglich der niederschwelligen Dienste (N=11). Für vier Befragte ist explizit eine Aufweichung der Zugangskriterien notwendig (bspw. für Migrant*innen ohne Aufenthaltsberechtigung oder für Personen ohne Wohnsitz). Drei Befragte sind der Meinung, die Zugangskriterien sollten beibehalten werden.

22 Personen haben sich zur Frage nach einer **Standardisierung der Aufnahmekriterien** geäußert und sich tendenziell dagegen ausgesprochen (N=13).

Auf die offene Frage nach dem **Bedarf für eine bessere oder andere Verteilung der Dienstleistungen auf dem Landesgebiet** haben 33 Personen geantwortet. Sie sprechen sich überwiegend für eine dezentrale Verteilung auf dem Land (N=24) und nicht nur in städtischen Gebieten aus. Dies soll beispielsweise durch kleinere Wohneinheiten und individuelle Begleitung realisiert werden. Eine Person hat angegeben, dass die öffentliche Hand dabei die Koordination übernehmen muss.

35 der Befragten haben Vorschläge zur **besseren Vernetzung zwischen den Diensten und zwischen dem Sozial- und Gesundheitsbereich** geäußert. Insbesondere wurde ein regelmäßiger Austausch zwischen den verschiedenen Diensten beispielsweise in Form eines runden Tisches, anhand von Workshops, Seminaren oder gemeinsamen Projekten gefordert (N=19). Sieben Befragte nannten hierzu die Wichtigkeit der Formalisierung dieser Zusammenarbeit beispielsweise durch eine Koordinierungsstelle, klare Regelungen sowie Vereinbarungsprotokolle. Ein weiterer Vorschlag betraf die Organisation von gemeinsamen Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen (N=5). Acht Befragte nannten hierzu explizit die verstärkte Zusammenarbeit im sozio-sanitären Bereich.

Best Practice-Beispiele oder andere innovative Lösungen mit Potential für Südtirol wurden von 16 Personen genannt. Die Vorschläge betrafen vor allem Wohnmöglichkeiten für obdachlose Menschen, wie die Projekte Housing First (N=4), Tiny-House und Co-Housing (N=1). Drei Befragte nannten den Erfolg von Projekten vor Ort mit Einbeziehung der lokalen Akteure und Bürger.

Zudem haben 13 Personen allgemeine **Wünsche und Ideen für die Entwicklung des Bereichs** geäußert. Die genannten Wünsche und Ideen sind sehr vielfältig. Zum einen geht es um die Anpassung des Angebotes (mehr Streetwork, Innovation, Inklusion in Arbeitsmarkt, spezifische Projekte abgestimmt auf die einzelnen Personen, Housing First, Wichtigkeit der Gesundheitsprävention, Einbeziehung der Bevölkerung u.a.) (N=10), zum anderen um eine gewisse Kontinuität bzw. Langfristigkeit von gestarteten Initiativen (N=2).

6.2.3 Sinti und Rom

Fast die Hälfte der Befragten gibt an, den **Unterschied zwischen Sinti und Rom hinsichtlich deren Staatsbürgerschaft** nicht zu kennen.

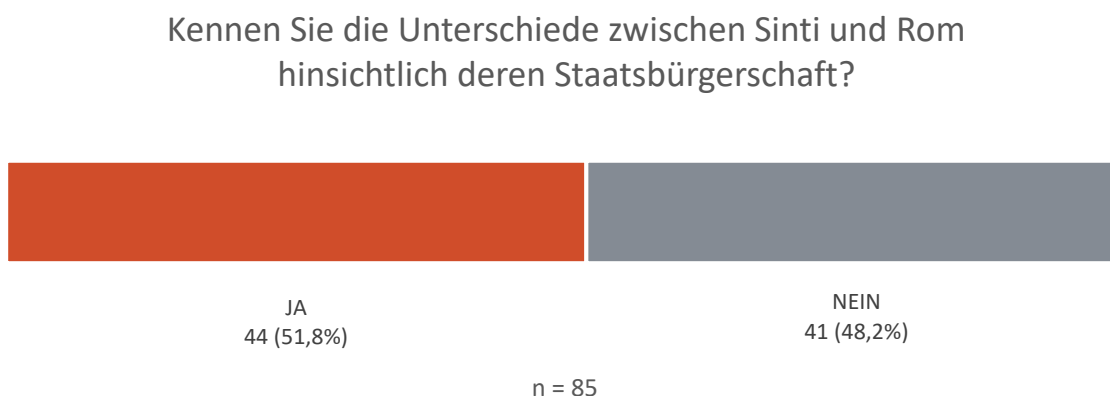


Abbildung 6-27: Kennen Sie die Unterschiede zwischen Sinti und Rom hinsichtlich deren Staatsbürgerschaft?

Die Mehrheit der Befragten findet, dass die **allgemeinen Angebotsformen und Dienste** ausreichen:

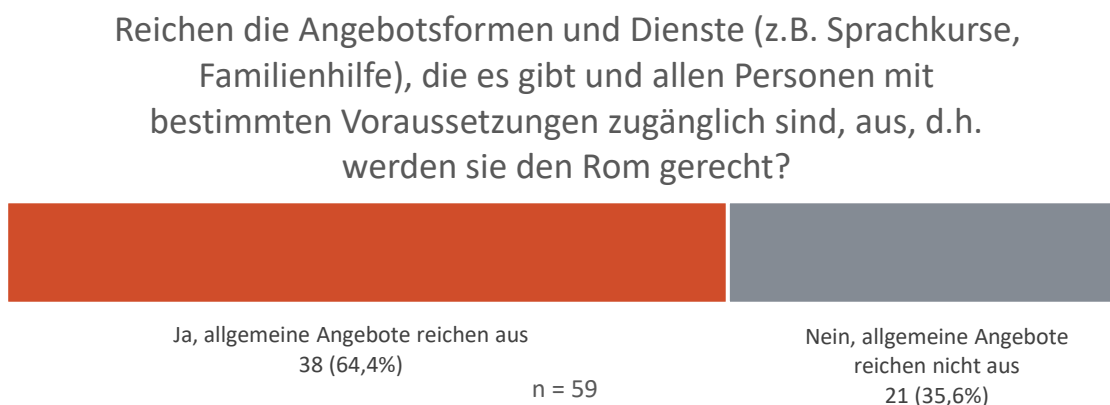


Abbildung 6-28: Reichen die Angebotsformen und Dienste (z.B. Sprachkurse, Familienhilfe), die es gibt und allen Personen mit bestimmten Voraussetzungen zugänglich sind, aus, d.h. werden sie den Rom gerecht?

Dennoch wünschen sich 49 Befragte **neue spezifische Angebotsformen und Dienste für Sinti und Rom** (Mehrfachantworten möglich).

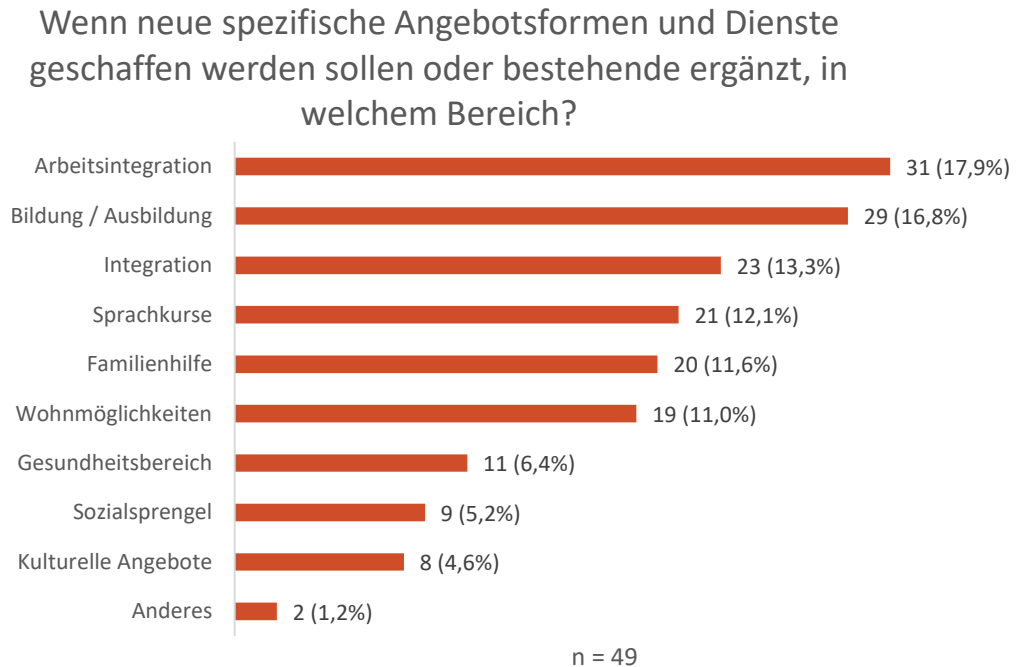


Abbildung 6-29: Wenn neue spezifische Angebotsformen und Dienste geschaffen werden sollen oder bestehende ergänzt, in welchem Bereich?

Die Themen, die unter *Anderes* angeführt wurden, betreffen einerseits die Integration in die Arbeitswelt (1 Nennung) und andererseits kulturelle Angebote mit besonderem Fokus auf die Traditionen der Sinti und Rom (1 Nennung).

Zudem spricht sich der Großteil dafür aus, innerhalb der Gruppe der Sinti und Rom spezifische **Angebote und Projekte für spezifische Personen** zu schaffen. Insbesondere fordern sie die Förderung der Schulbildung mit adäquater Unterstützung der Kinder (1 Nennung) und Freizeitangebote insbesondere für Frauen (1 Nennung).

Sollten für spezifische Personen innerhalb der Gruppe der Sinti und Rom spezifische Angebote und Projekte geschaffen werden?

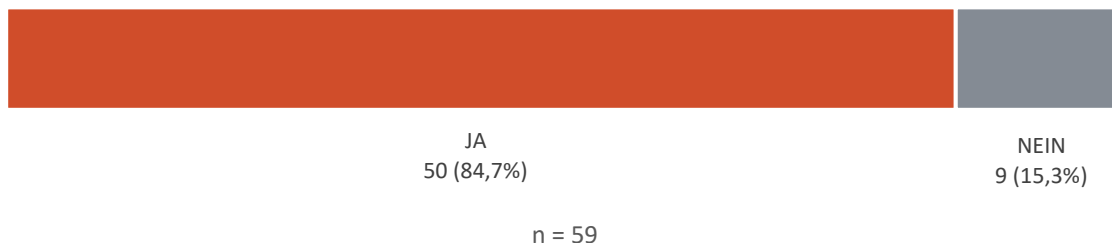


Abbildung 6-30: Sollten für spezifische Personen innerhalb der Gruppe der Sinti und Rom spezifische Angebote und Projekte geschaffen werden?

Wenn ja, für welche Personengruppen?

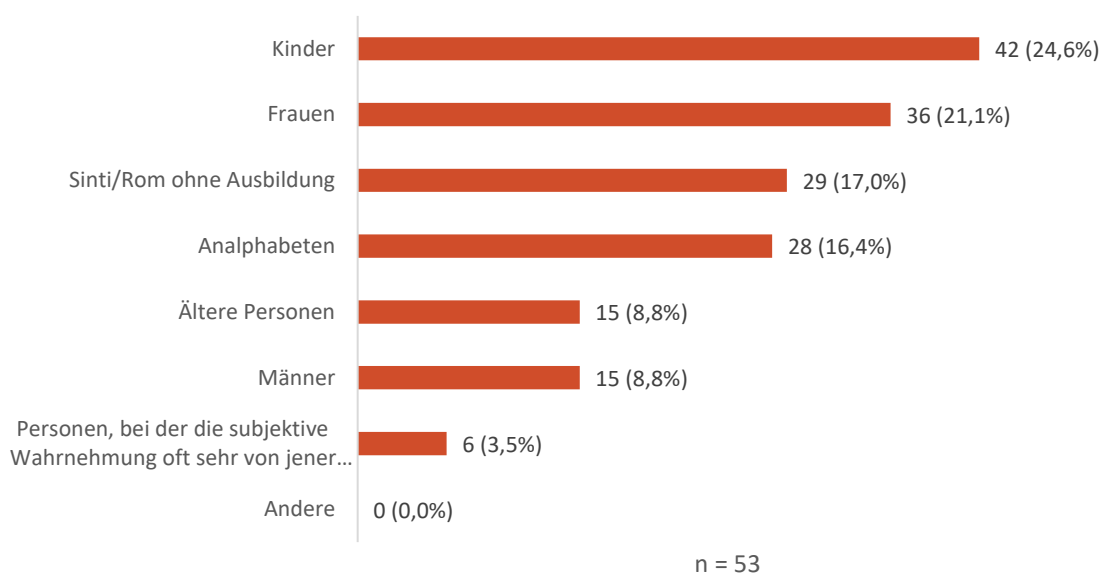


Abbildung 6-31: Wenn ja, für welche Personengruppen?

Eine knappe Mehrheit der Befragten spricht sich dafür aus, die **Methoden/Ansätze in der Sozialarbeit zu ändern, damit die Sinti/Rom besser erreicht werden.**

Reichen die Angebote aus und es müssen die Methoden/Ansätze in der Sozialarbeit geändert werden, damit die Sinti/Rom besser erreicht werden / sie die Angebote auch annehmen können?

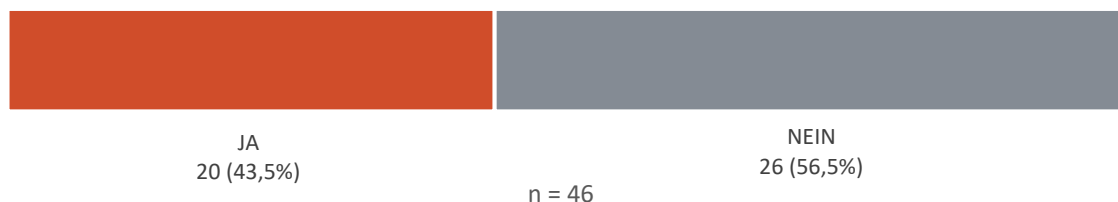


Abbildung 6-32: Reichen die Angebote aus und es müssen die Methoden/Ansätze in der Sozialarbeit geändert werden, damit die Sinti/Rom besser erreicht werden / sie die Angebote auch annehmen können?

Die zwölf Statements zum Thema führen beispielsweise an, dass Vorurteile auf beiden Seiten ausgeräumt, niederschwellige Angebote geschaffen und Beziehungsaufbau in den Vordergrund gerückt werden muss, damit Vertrauen entstehen kann. Dazu bedarf es den Befragten zufolge der Bereitschaft, zuzuhören und die geschichtlich-kulturellen Gegebenheiten der Sinti und Rom anzuerkennen.

Die Mehrheit der Befragten glaubt nicht, dass die **Mitarbeiter*innen der Sozialdienste für die Arbeit mit Sinti und / oder Rom ausreichend informiert, ausgebildet und vorbereitet** sind.

Sind die MitarbeiterInnen der Sozialdienste für die Arbeit mit Sinti ausreichend informiert, ausgebildet, vorbereitet?

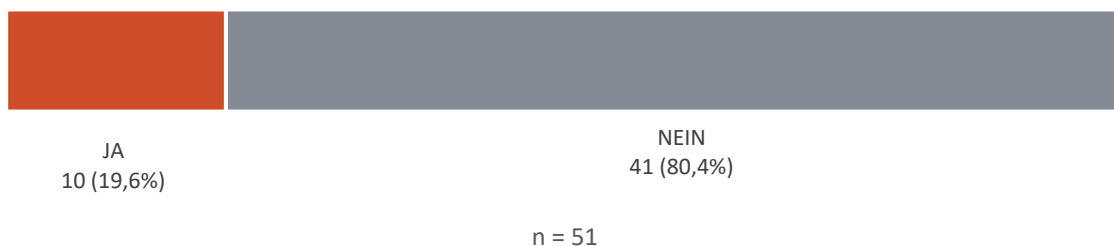


Abbildung 6-33: Sind die Mitarbeiter*innen der Sozialdienste für die Arbeit mit Sinti ausreichend informiert, ausgebildet, vorbereitet?

Sind die MitarbeiterInnen der Sozialdienste für die Arbeit mit Rom ausreichend informiert, ausgebildet, vorbereitet?

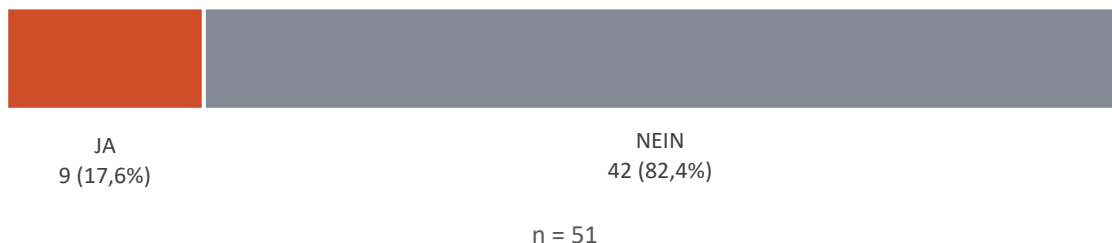


Abbildung 6-34: Sind die Mitarbeiter*innen der Sozialdienste für die Arbeit mit Rom ausreichend informiert, ausgebildet, vorbereitet?

Mehr Information, Ausbildung und Unterstützung wünschen sie sich dabei in allen Bereichen (Mehrfachantworten möglich):

Wenn nein, wo bräuchten sie mehr Information, Ausbildung, Unterstützung?

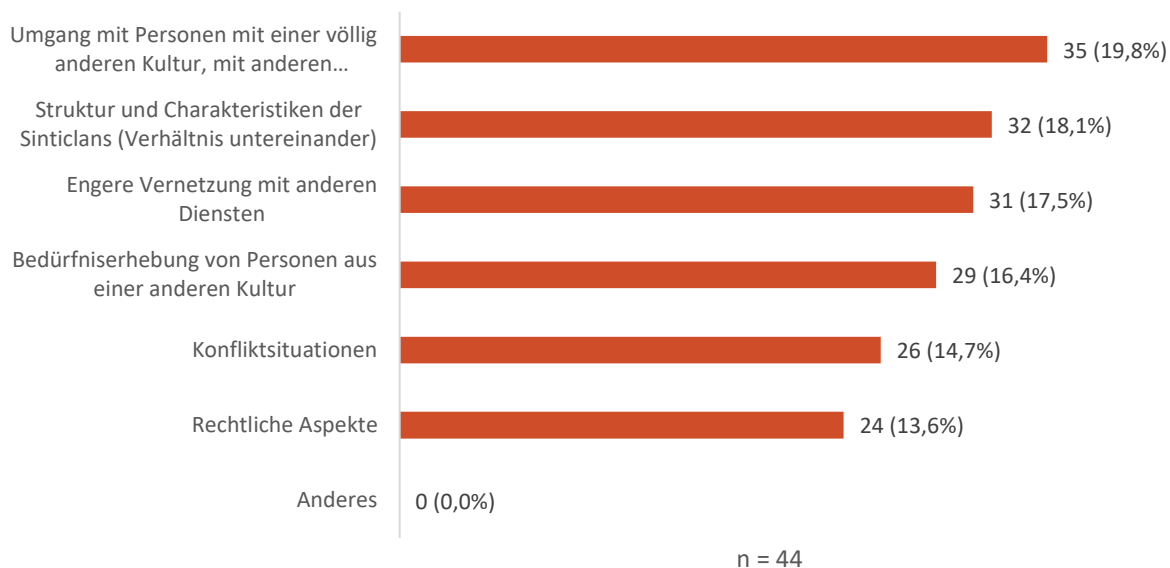


Abbildung 6-35: Wenn nein, wo bräuchten sie mehr Information, Ausbildung, Unterstützung?

Gleichzeitig spielen auch **objektive Rahmenbedingungen außerhalb des Sozialwesens** eine zentrale Rolle für das Gelingen der Sozialarbeit.

Spiele Ihrer Meinung nach auch objektive
Rahmenbedingungen außerhalb des Sozialwesens eine Rolle,
die gegeben sein oder geschaffen werden müssen, damit
Sozialarbeit gelingt?

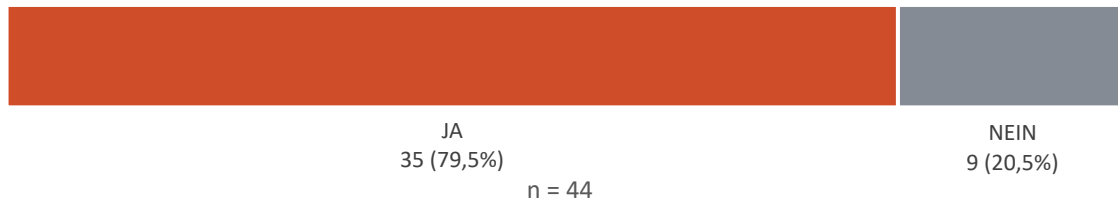


Abbildung 6-36: Spielen Ihrer Meinung nach auch objektive Rahmenbedingungen außerhalb des Sozialwesens eine Rolle, die gegeben sein oder geschaffen werden müssen, damit Sozialarbeit gelingt?

22 Personen haben Inputs zu den Rahmenbedingungen gegeben, die geschaffen werden müssen. Sie legen den Fokus auf alle die Person betreffenden Aspekte, insbesondere in der Sanität und Justiz (1 Nennung) und bei der Eingliederung und Integration in den Schulen (4 Nennungen) und der Arbeitswelt. Letzteres kann beispielsweise durch berufsbegleitende Aus- und Weiterbildungen mit der Unterstützung lokaler Betriebe (4 Nennungen) und die Schaffung angemessenen Wohnraums, insbesondere von „Microaree“ (5 Nennungen), der die Diversität und besonderen Bedürfnisse der Sinti und Rom berücksichtigt, erreicht werden. Um Vorurteile abzubauen (4 Nennungen) und den Mehrwert der Minderheit der Sinti und Rom hervorzuheben, ist die Sensibilisierung der Bevölkerung voranzutreiben. Es soll mehr Bewusstsein über ihre Geschichte und Kultur geschaffen werden (7 Nennungen) und die Sinti und Rom müssen bei sie betreffende Entscheidungen eingebunden werden (1 Nennung).

Dabei bedarf es **Angebote sowohl des privaten Sektors als auch der öffentlichen Hand:**

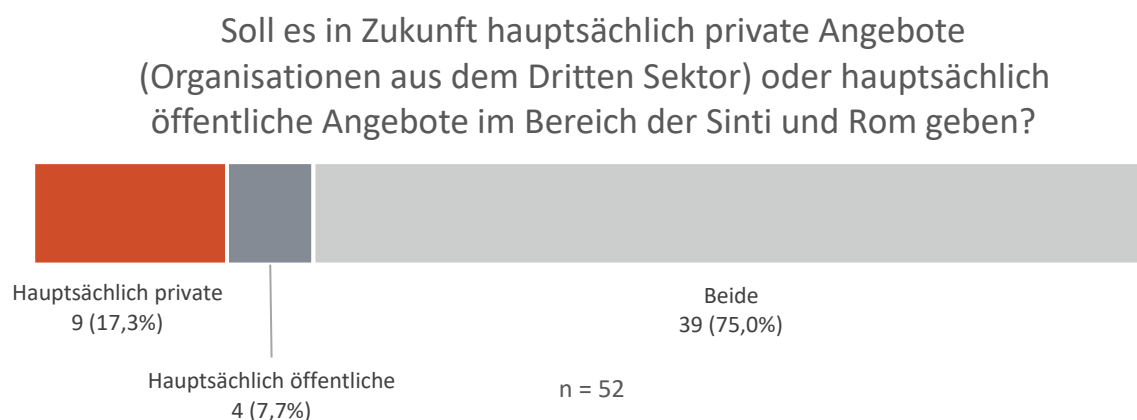


Abbildung 6-37: Soll es in Zukunft hauptsächlich private Angebote (Organisationen aus dem Dritten Sektor) oder hauptsächlich öffentliche Angebote im Bereich der Sinti und Rom geben?

Aus 18 der 32 Kommentare zum Thema geht klar hervor, dass sich die verschiedenen Akteure dadurch besser ergänzen können. Generell soll die öffentliche Hand dabei die Rolle des Garanten einnehmen und der private Sektor die notwendige Flexibilität beisteuern. Die administrativen Abläufe und die Bereitstellung von Diensten und Leistungen sollen dabei so schnell und unbürokratisch wie möglich erfolgen und sich auf zwischenmenschliche Beziehungen und nicht auf ein distanziertes Verhältnis zwischen den Bürgern und der Verwaltung stützen (3 Nennungen).

Die Befragten sehen ganz klar **Vorurteile in der Gesellschaft gegenüber Sinti und Rom.**

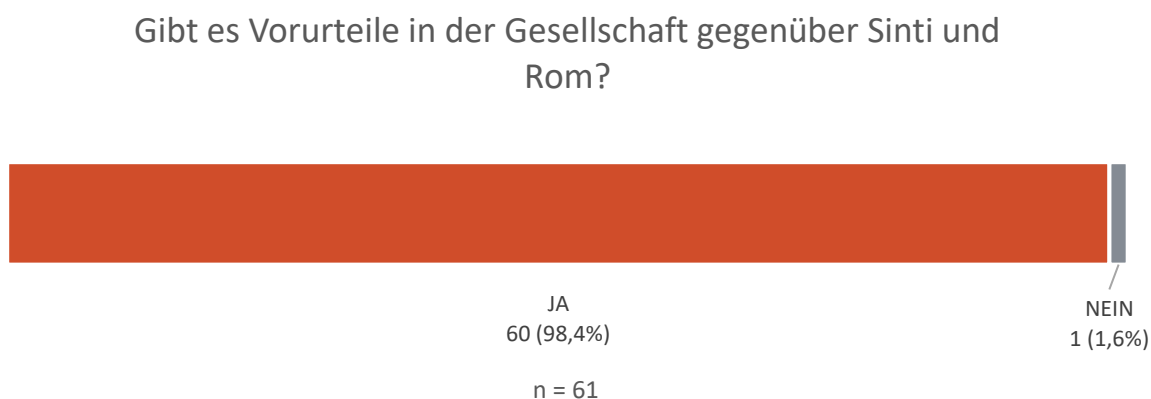


Abbildung 6-38: Gibt es Vorurteile in der Gesellschaft gegenüber Sinti und Rom?

41 der Befragten haben auch konkrete Beispiele für **Vorurteile in der Gesellschaft** angeführt. Beispielsweise, dass Sinti und Rom sich nicht integrieren wollen (6 Nennungen), die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht einhalten, die Landschaft verschandeln und der Schulpflicht nicht nachkommen (7 Nennungen). Oder dass sie stehlen und anderen kriminellen Aktivitäten nachgehen (13 Nennungen), keine Lust haben zu arbeiten und von der Sozialhilfe leben (18 Nennungen).

Von den Befragten haben 34 auch **Vorschläge** gemacht, **wie diese Vorurteile abgebaut werden könnten**. Das Stigma kann durch Zuhören, den Dialog, persönliche Bekanntschaften und Beziehungen sowie eine generelle Kultur der Akzeptanz von Unterschieden (12 Nennungen) abgebaut werden. Einen Beitrag leisten können Initiativen zur Information und kulturellen Sensibilisierung im weiten Sinne (17 Nennungen). Begleitet werden müssen diese Initiativen von konkreten Projekten zur sozialen Inklusion und Integration in den Arbeitsmarkt (7 Nennungen). Beispielsweise wurde eine bessere Schulbildung und Integration der Kinder bereits im Volksschulalter vorgeschlagen (1 Nennung).

Auf die offene Frage nach Beispielen, Einzelpersonen oder Projekten, wo Integration gelungen ist, haben 19 Befragte geantwortet. Als gelungene Integrationsbeispiele wurde die Eingliederung in den Betrieb für Sozialdienste Bozen über ein Praktikum und die Integration in Kondominien in Meran mit der Hilfe von Streetworkern genannt. Ein weiteres Erfolgsbeispiel ist die Umschulung und Weiterbildung in der „Microarea“ von Eppan mit der Unterstützung eines Fachpädagogen. Darüber hinaus wurde eine Vielzahl von kulturellen Initiativen realisiert und Sozialgenossenschaften haben einen wichtigen Beitrag geleistet. Entscheidend für das Gelingen der Integration ist der Dialog mit den Sinti und Rom und ihren Vertreter*innen.

6.2.4 Geflüchtete Personen

Die Betreuung und Unterstützung von Geflüchteten – und vor allem die Finanzierung der Dienste – fällt hauptsächlich in die staatliche Zuständigkeit. Der Großteil der Befragten findet allerdings, dass neben den staatlichen Grundförderungen auch lokale Gelder zur Verfügung gestellt werden sollen.

Sollen neben den staatlichen Grundförderungen auch lokale Gelder zur Verfügung gestellt werden, um die Integration so schnell wie möglich voranzubringen?

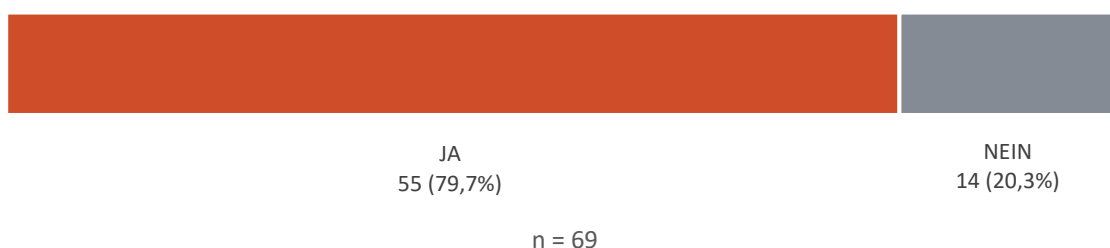


Abbildung 6-39: Sollen neben den staatlichen Grundförderungen auch lokale Gelder zur Verfügung gestellt werden, um die Integration so schnell wie möglich voranzubringen?

Zudem fordert die Mehrheit der Befragten **spezifische Sprachkurse für Geflüchtete**:

Reichen die Angebote an Sprachkursen, die allen Personen mit bestimmten Voraussetzungen zugänglich sind, aus, d.h. werden sie Geflüchteten gerecht?

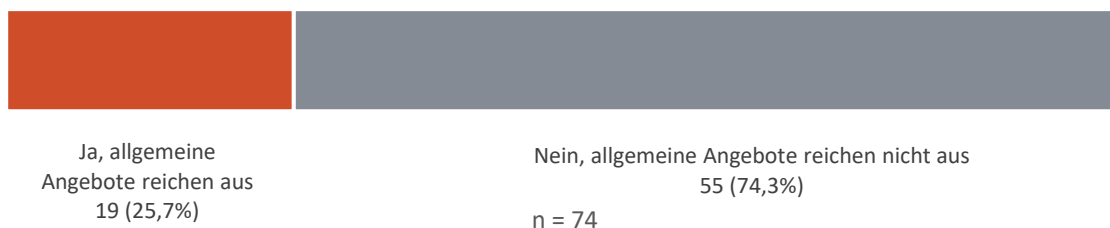


Abbildung 6-40: Reichen die Angebote an Sprachkursen, die allen Personen mit bestimmten Voraussetzungen zugänglich sind, aus, d.h. werden sie Geflüchteten gerecht?

Aufgrund des Salvini-Dekrets wurden Sprachkurse speziell für Geflüchtete gekürzt. Sollen daher lokal organisierte und finanzierte Sprachkurse mit professionellen Lehrkräften angeboten werden?

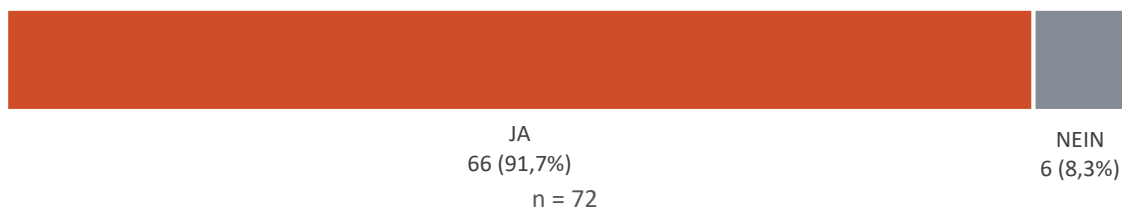


Abbildung 6-41: Aufgrund des Salvini-Dekrets wurden Sprachkurse speziell für Geflüchtete gekürzt. Sollen daher lokal organisierte und finanzierte Sprachkurse mit professionellen Lehrkräften angeboten werden?

Sprachkurse führen auch die Liste der Angebotsformen und Dienste an, in denen die Befragten neue Angebote oder Ergänzungen wünschen.

Sollen in den folgenden Bereichen neue Angebotsformen und Dienste geschaffen oder bestehende ergänzt werden?

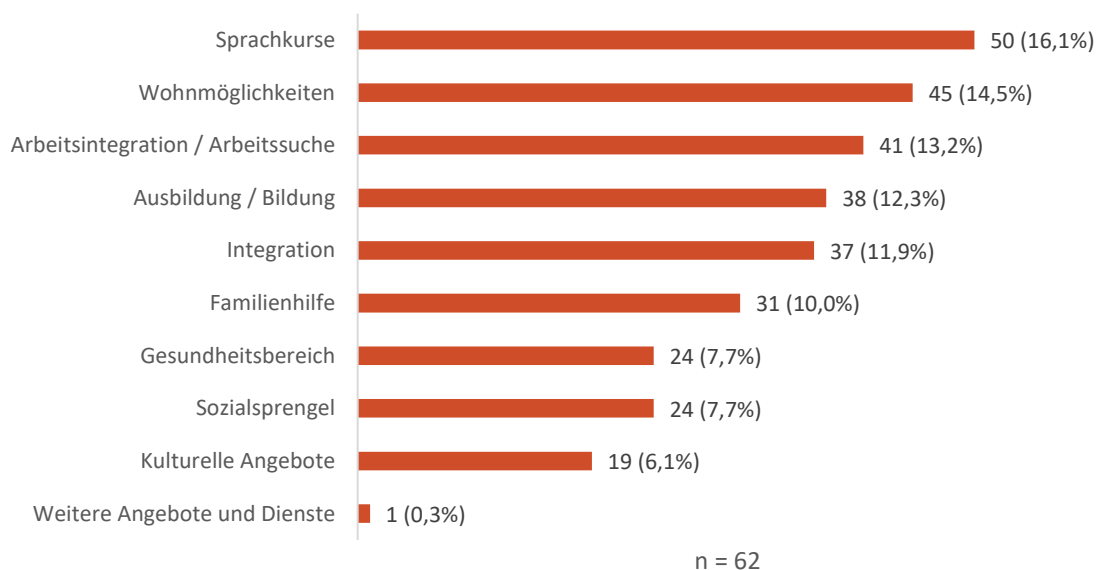


Abbildung 6-42: Sollen in den folgenden Bereichen neue Angebotsformen und Dienste geschaffen oder bestehende ergänzt werden?

Dabei gilt es nach Meinung der Befragten, spezifische **Angebote und Projekte für spezifische Personen** innerhalb der Gruppe der Geflüchteten zu schaffen – insbesondere für *Kinder*

(Sprachförderung N=5, Integrationsprojekte N=3, Zugang zu Freizeitangeboten N=2, Information/Prävention/Kinderschutz N=2, u.a.), *Frauen* (Information/Schutz/Stärkung Rolle der Frau N=3, Sprachkurse N=3, Einführung in Kultur/Integration N=2, professionelle Beratung/Begleitung N=2, u.a.), *traumatisierte Personen* (spezifische Therapiemöglichkeiten N=2, u.a.) und *Analphabeten* (Bildung/Kurse N=5, u.a.).

Sollten für spezifische Personen innerhalb der Gruppe der Geflüchteten spezifische Angebote und Projekte geschaffen werden?

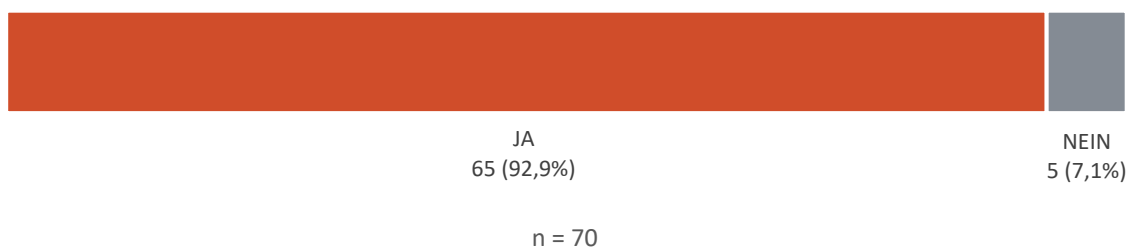


Abbildung 6-43: Sollten für spezifische Personen innerhalb der Gruppe der Geflüchteten spezifische Angebote und Projekte geschaffen werden?

Wenn ja, für welche Personengruppen?

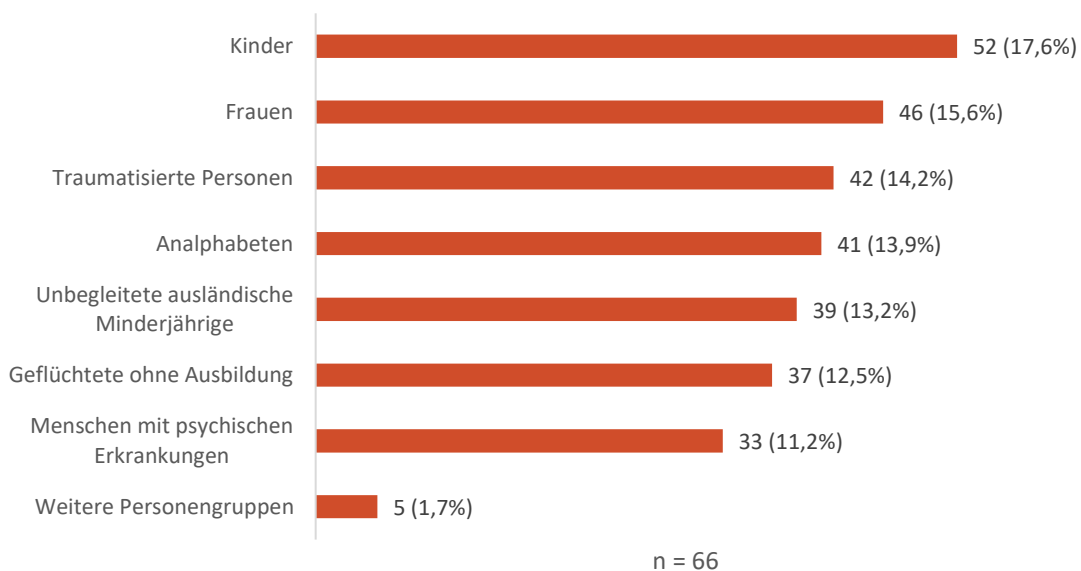


Abbildung 6-44: Wenn ja, für welche Personengruppen?

Eine knappe Mehrheit der Befragten spricht sich für einen **Änderung der Methoden/Ansätze in der Sozialarbeit** aus.

Reichen die bestehenden Angebote aus aber die Methoden/Ansätze in der Sozialarbeit müssen geändert werden, damit die Geflüchteten besser erreicht werden / sie die Angebote auch annehmen können?

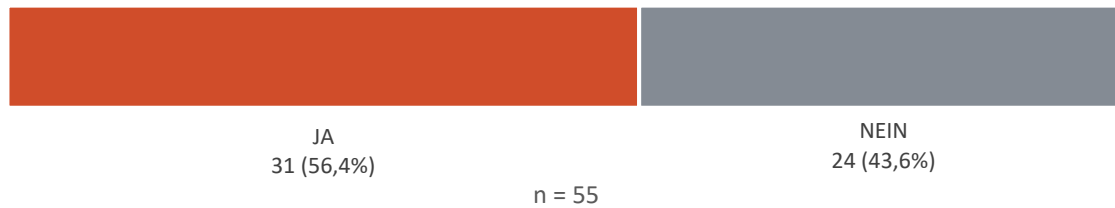


Abbildung 6-45: Reichen die bestehenden Angebote aus aber die Methoden/Ansätze in der Sozialarbeit müssen geändert werden, damit die Geflüchteten besser erreicht werden / sie die Angebote auch annehmen können?

21 Personen haben dazu auch konkrete Ansätze angeführt, etwa die Wichtigkeit der kulturellen Mediation, Bildung und Aufklärung zur besseren und gegenseitigen Integration (N=11), sowie ein verstärkter Austausch zwischen den Diensten (N=4).

Gleichzeitig gibt die große Mehrheit der Befragten an, dass die **Mitarbeiter*innen für die Arbeit mit Geflüchteten nicht ausreichend informiert, ausgebildet und vorbereitet** seien.

Sind die Mitarbeiter für die Arbeit mit Geflüchteten ausreichend informiert, ausgebildet, vorbereitet?

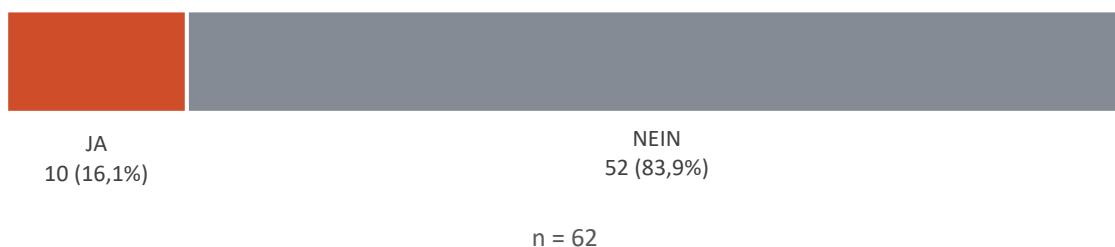


Abbildung 6-46: Sind die Mitarbeiter*innen für die Arbeit mit Geflüchteten ausreichend informiert, ausgebildet, vorbereitet?

Mehr Unterstützung wünschen sie sich dabei insbesondere im Umgang mit traumatisierten Personen sowie generell mit Personen mit einer völlig anderen Kultur und mit anderen Gepflogenheiten.

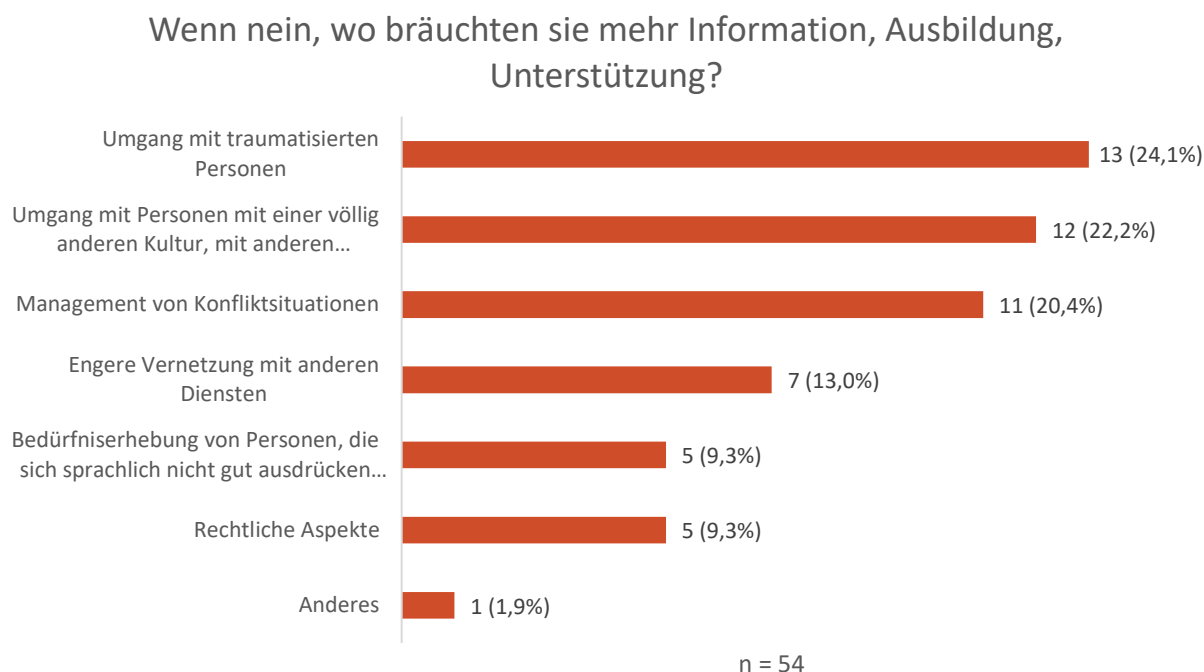


Abbildung 6-47: Wenn nein, wo bräuchten sie mehr Information, Ausbildung, Unterstützung?

Auf die offene Frage, wie **interdisziplinäre Zusammenarbeit und Projektarbeit im Bereich Geflüchtete** verstärkt werden könnten, haben 28 Personen geantwortet. Insbesondere wünschen sie eine bessere Koordination und Abstimmung der Anbieter, um Synergien zu schaffen (regelmäßige Treffen, Arbeitstische, anonyme Fallbesprechungen u.a., N=15). Acht Befragte nannten hierzu auch eine gemeinsame Aus- und Weiterbildung.

Gleichzeitig spielen auch **objektive Rahmenbedingungen außerhalb des Sozialwesens** eine zentrale Rolle für das Gelingen der Sozialarbeit.

Spielen Ihrer Meinung nach auch objektive Rahmenbedingungen außerhalb des Sozialwesens eine Rolle, die gegeben sein oder geschaffen werden müssen, damit Sozialarbeit gelingt?

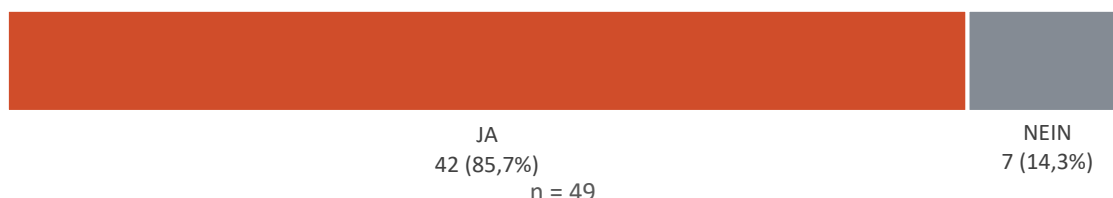


Abbildung 6-48: Spielen Ihrer Meinung nach auch objektiven Rahmenbedingungen außerhalb des Sozialwesens eine Rolle, die gegeben sein oder geschaffen werden müssen, damit Sozialarbeit gelingt?

Beispielsweise wurde mehr Offenheit (und Sensibilisierung) seitens der Bevölkerung (N=13) und seitens der Wirtschaft bzw. der Arbeitswelt (N=7) gefordert. Begegnungen sollen geschaffen werden, um Barrieren abbauen zu können. Aber auch die Wichtigkeit von Politik und Gesetzgebung (N=6) sowie einer strategischen Planung und Schaffung von Synergien (N=4) wurden angeführt. Auch das zentrale Thema Wohnen wurde fünf Mal genannt. Insgesamt haben 28 Personen Kommentare zu den Rahmenbedingungen abgegeben.

Dabei bedarf es **Angebote sowohl des privaten Sektors als auch der öffentlichen Hand:**

Soll es in Zukunft hauptsächlich private Angebote (Organisationen aus dem Dritten Sektor) oder hauptsächlich öffentliche Angebote im Bereich der Geflüchteten geben?

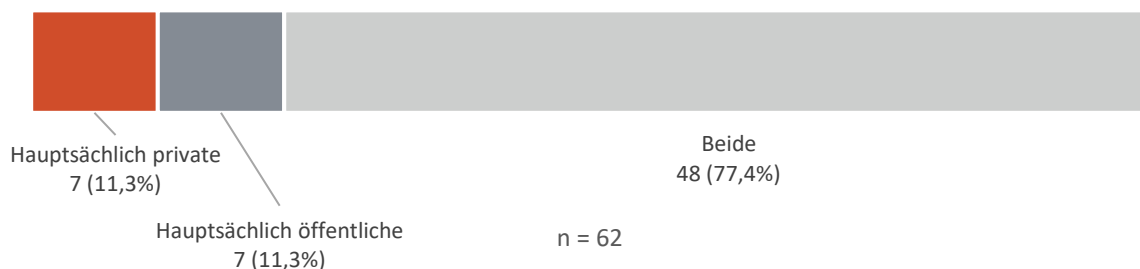


Abbildung 6-49: Soll es in Zukunft hauptsächlich private Angebote (Organisationen aus dem Dritten Sektor) oder hauptsächlich öffentliche Angebote im Bereich der Geflüchteten geben?

Auf das Warum haben 32 Personen mit einem Kommentar geantwortet. Jene, die ein Angebot sowohl von Seiten privater als auch öffentlicher Anbieter bevorzugen, nannten als Grund

vorwiegend das Thema Zusammenarbeit und Synergien schaffen (N=15), aber auch die Möglichkeit zur Verbesserung bzw. Erweiterung des Angebots (N=4). Fünf Befragte nannten in ihren Kommentaren die expliziten Vorteile des privaten Sektors gegenüber der öffentlichen Hand (Anpassungsfähigkeit, schnellere Reaktion u.a.). Vier Befragte nannten hingegen die Vorteile des öffentlichen Sektors (Qualität des Angebots und Zugang zu Diensten, Finanzierung u.a.).

Die Befragten sehen ganz klar **Vorurteile in der Gesellschaft gegenüber geflüchteten Personen**.

Gibt es Ihrer Meinung nach Vorurteile in der Gesellschaft gegenüber Geflüchteten?

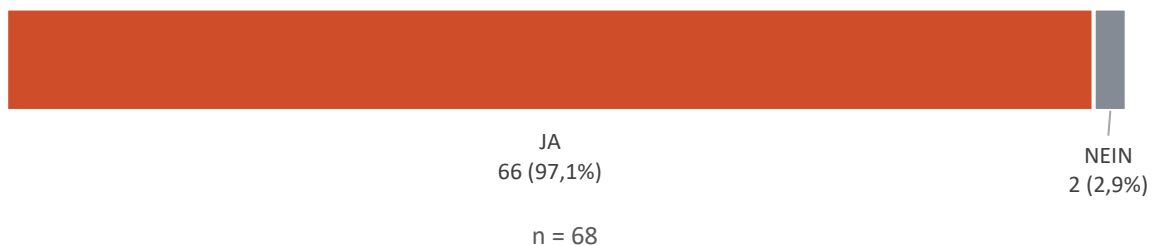


Abbildung 6-50: Gibt es Ihrer Meinung nach Vorurteile in der Gesellschaft gegenüber Geflüchteten?

47 der Befragten haben auch konkrete **Beispiele für Vorurteile in der Gesellschaft** angeführt. Beispielsweise, dass Geflüchtete wenig zuverlässig seien, den Einheimischen gegenüber bevorzugt würden oder faul seien u.a. (allgemeine Vorurteile, N=33) oder gar gefährlich seien (N=13). Geflüchtete Personen würden auch zu viele öffentliche Leistungen beziehen und auf Kosten der einheimischen Bevölkerung leben (N=23). Es herrsche eine Unwissenheit der Bevölkerung bezüglich der wirklichen Situation der Geflüchteten (N=4).

Von den Befragten haben 41 auch Vorschläge gemacht, **wie diese Vorurteile abgebaut werden könnten**. Beispielsweise wurde mehr Kontakt mit und dadurch mehr Verständnis für die Geflüchteten (auch Sinne von kulturellem Austausch und Integration) gefordert (N=25). Grundsätzlich bedarf es mehr Sensibilisierungsarbeit und Information (N=22). Insbesondere sollten mehr Beispiele von Flüchtlingen, die es „geschafft“ haben – die integriert sind und vor allem Arbeit haben – aufgezeigt werden (N=3). Aber auch die Wichtigkeit der Arbeit für die Integration wurde von drei Befragten genannt.

Auf die offene Frage nach **Beispielen, Einzelpersonen oder Projekten, wo Integration gelungen ist**, haben 32 Befragte geantwortet. Zu den genannten Erfolgsgeschichten gehört beispielsweise das Projekt „A casa vostra“ in Trient oder der Schulbesuch eines jungen Flüchtlings in einer Südtiroler Gemeinde. Zwölf Befragte führten in ihren Kommentaren an, dass es auch an der individuellen Bereitschaft der Geflüchteten liegt, inwieweit Integration gelingt. Von acht Befragten wurde der persönliche Kontakt von Einheimischen mit Geflüchteten als Grund für das Gelingen von Integration genannt.

Schlussendlich haben 33 Personen Vorschläge gemacht, **wie Freiwillige bei der Integration von Flüchtlingen sinnvoll eingebunden werden können**. Als Beispiele wurde von zwölf Befragten die Hilfe beim Erlernen der Sprache sowie bei Hausaufgaben genannt. Elf Befragte nannten die Unterstützung bei Alltagstätigkeiten (Behördengänge, Arbeitssuche, Wohnen), neun die Einbindung Freiwilliger für ein gegenseitiges Kennenlernen der Kulturen. Bei der Gestaltung von Freizeitangeboten sehen acht Befragte den Einsatz von Freiwilligen als sinnvoll.

6.2.5 Prävention in den Bereichen Sinti und Rom, Flüchtlinge und Obdachlose

Die Befragten sprechen sich tendenziell für einen Ausbau der Präventionsarbeit in allen drei Bereichen aus. Im Bereich Obdachlose ist der Anteil derjenigen, die einen Ausbau fordern, am größten.

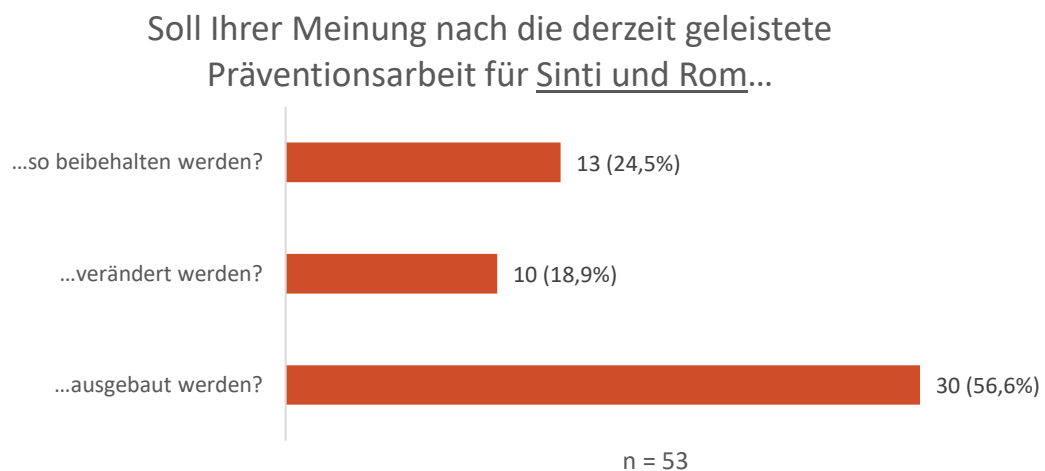


Abbildung 6-51: Soll Ihrer Meinung nach die derzeit geleistete Präventionsarbeit für Sinti und Rom...

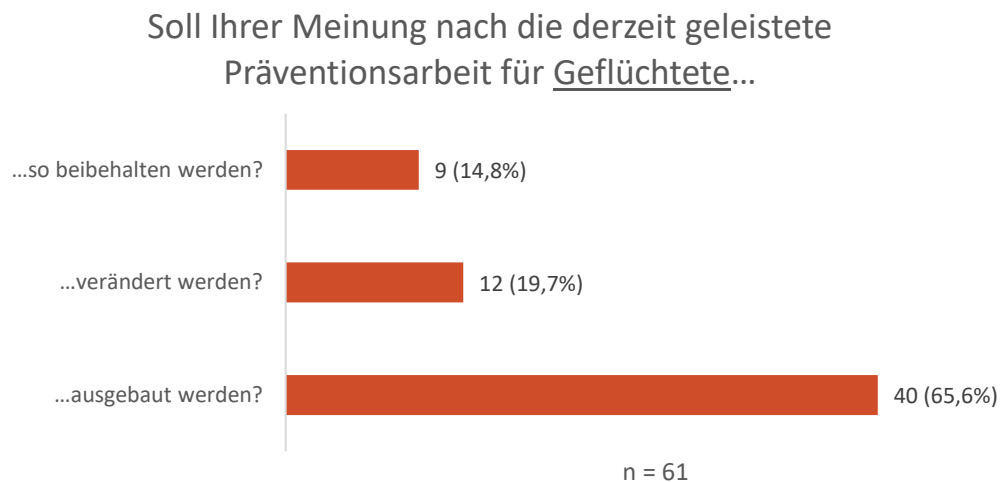


Abbildung 6-52: Soll Ihrer Meinung nach die derzeit geleistete Präventionsarbeit für Geflüchtete...

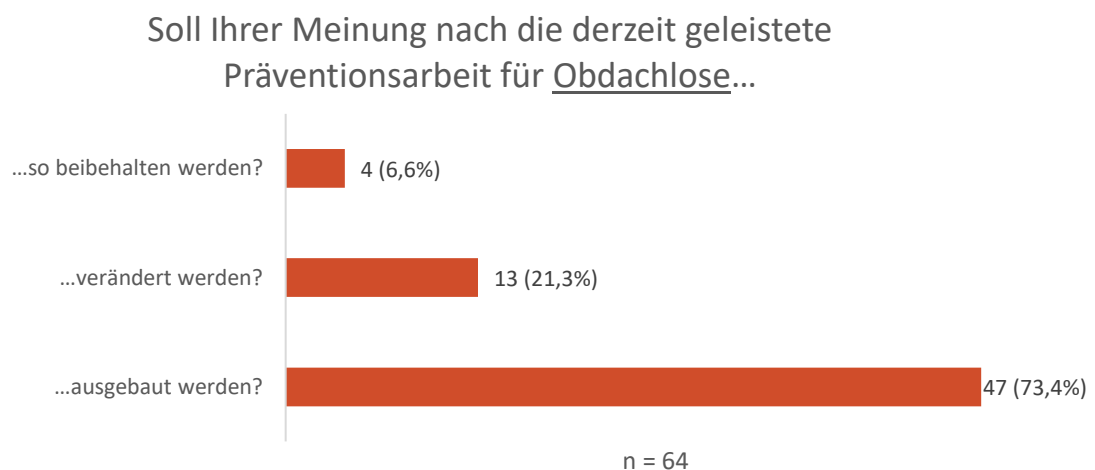


Abbildung 6-53: Soll Ihrer Meinung nach die derzeit geleistete Präventionsarbeit für Obdachlose...

Auf die offene Frage, **wie die drohende Obdachlosigkeit einer Person, also der Verlust der Unterkunft, konkret verhindert werden kann**, haben 42 der Befragten geantwortet. Die genannten Ansätze betreffen vor allem die frühzeitige Intervention und Prävention (N=14), den Wohnungsmarkt zugänglicher zu machen (Mietpreise) (N=9) sowie den Arbeitsplatz zu erhalten bzw. Arbeit zu beschaffen (N=8).

Die folgenden Grafiken zeigen die wichtigsten **äußeren Faktoren für Präventionsaktivitäten** in den drei Bereichen (Mehrfachantworten möglich):

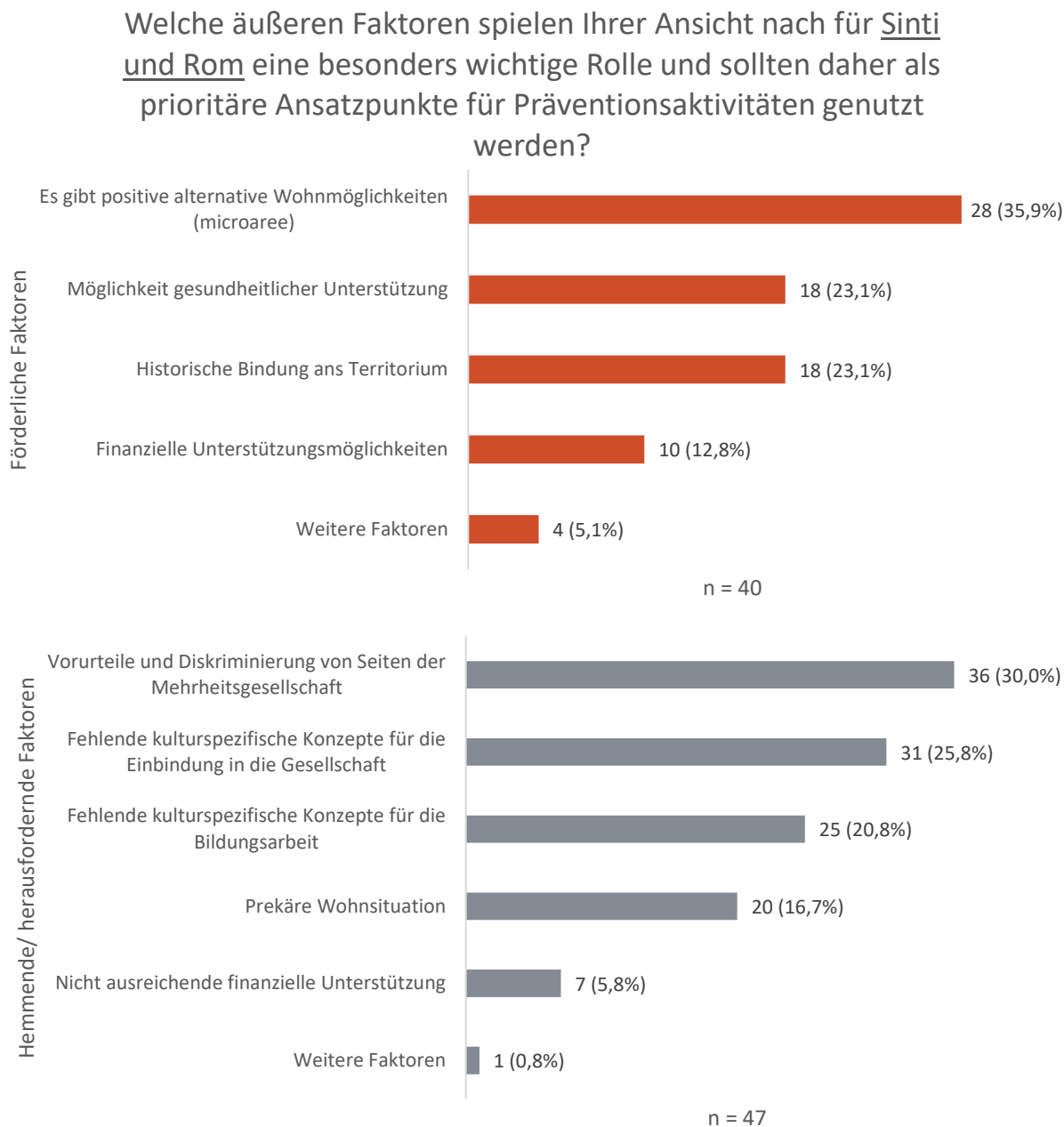


Abbildung 6-54: Welche äußeren Faktoren spielen Ihrer Ansicht nach für Sinti und Rom eine besonders wichtige Rolle und sollten daher als prioritäre Ansatzpunkte für Präventionsaktivitäten genutzt werden?

Welche äußeren Faktoren spielen Ihrer Ansicht nach für
Flüchtlinge eine besonders wichtige Rolle und sollten daher als
prioritäre Ansatzpunkte für Präventionsaktivitäten genutzt
werden?

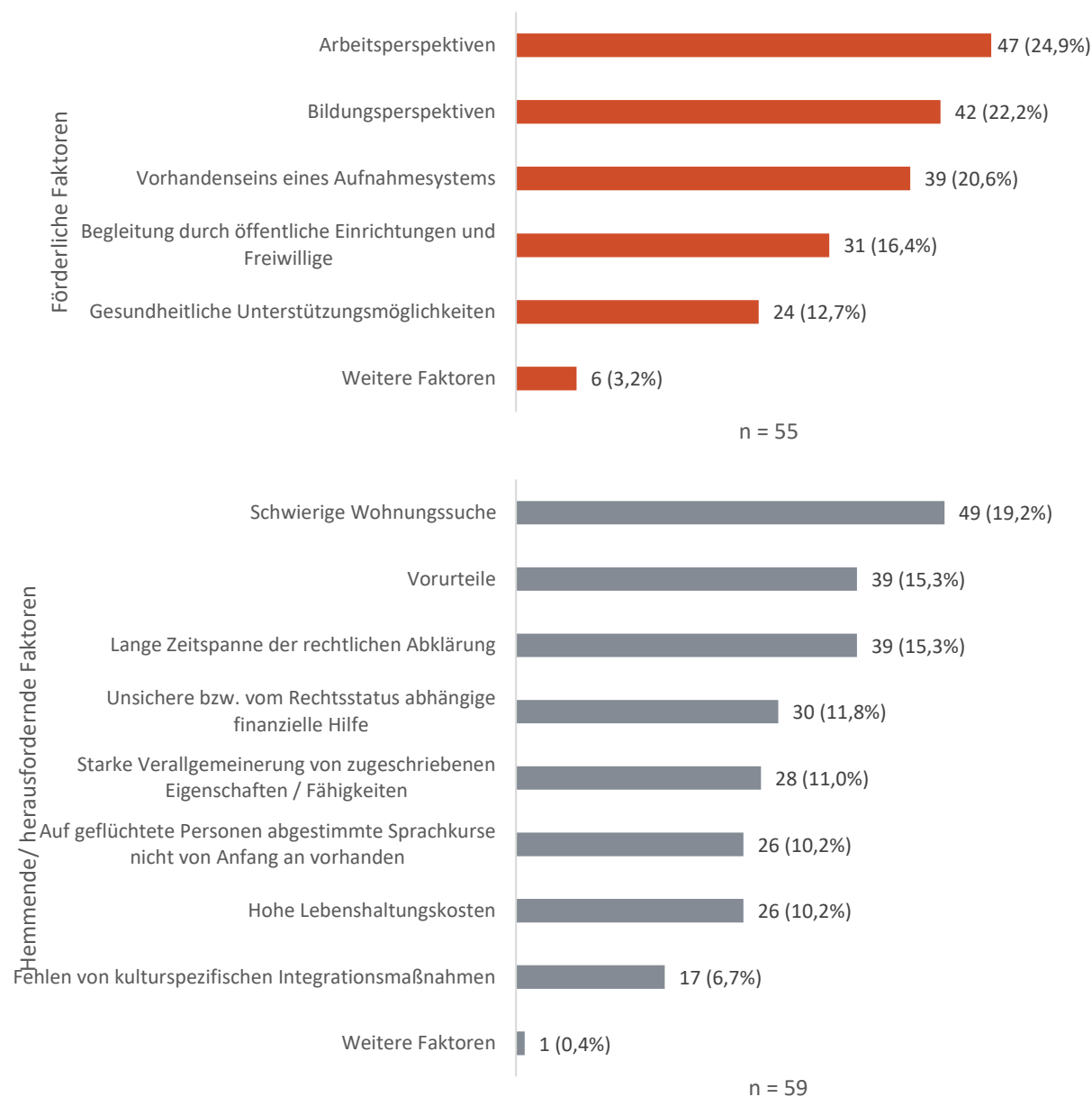


Abbildung 6-55: Welche äußeren Faktoren spielen Ihrer Ansicht nach für Flüchtlinge eine besonders wichtige Rolle und sollten daher als prioritäre Ansatzpunkte für Präventionsaktivitäten genutzt werden?

Welche äußeren Faktoren spielen Ihrer Ansicht nach für Obdachlose eine besonders wichtige Rolle und sollten daher als prioritäre Ansatzpunkte für Präventionsaktivitäten genutzt werden?

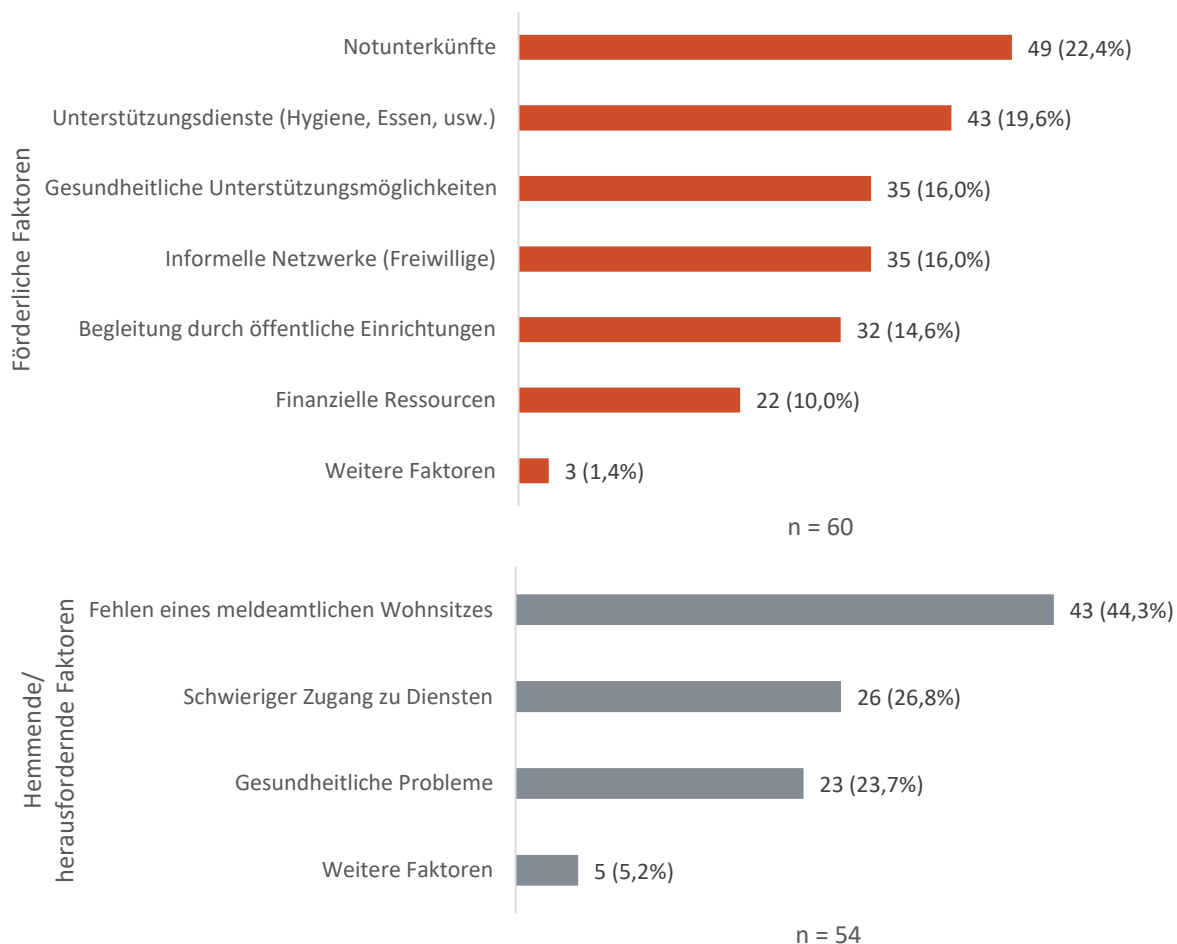


Abbildung 6-56: Welche äußeren Faktoren spielen Ihrer Ansicht nach für Obdachlose eine besonders wichtige Rolle und sollten daher als prioritäre Ansatzpunkte für Präventionsaktivitäten genutzt werden?

Die Befragten haben folgende Maßnahmen als zentral für die Präventionsarbeit in den drei Bereichen identifiziert (Mehrfachauswahl möglich).

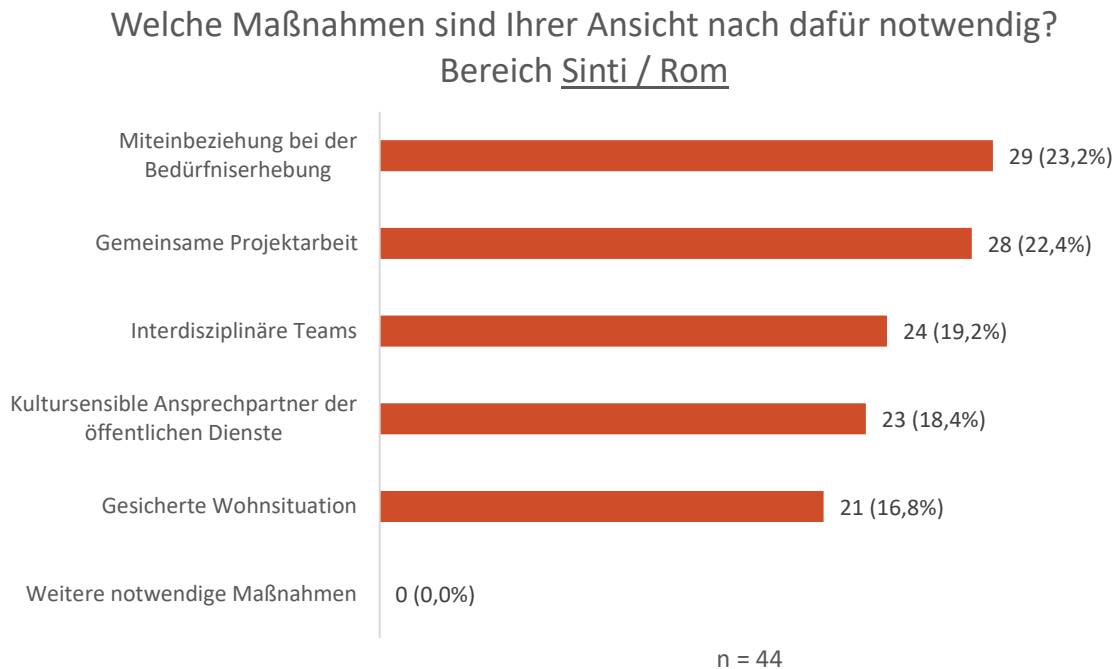


Abbildung 6-57: Welche Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach dafür notwendig? Bereich Sinti / Rom

Zwölf der Befragten haben Faktoren bzw. Bereiche angeführt, die für die Mitarbeiter*innen der öffentlichen und privaten Sozialdienste hilfreich sein können. Insbesondere wurden Offenheit und Neugierde (N=4), Flexibilität (N=2) und Motivation (N=2) u.a. genannt.

Welche Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach dafür notwendig? Bereich Flüchtlinge

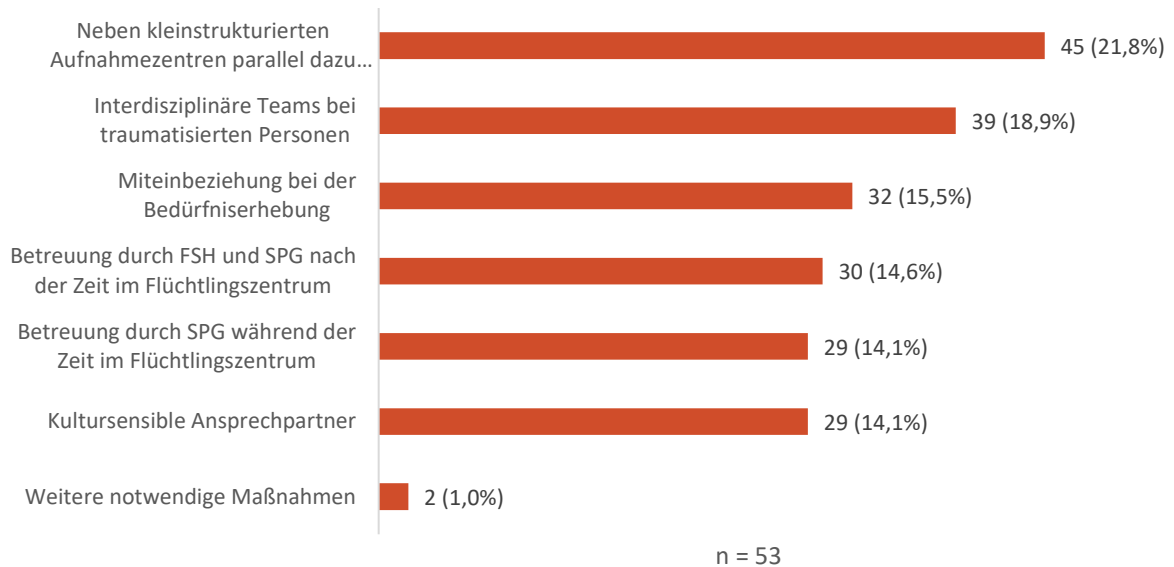


Abbildung 6-58: Welche Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach dafür notwendig? Bereich Flüchtlinge

15 der Befragten haben Faktoren bzw. Bereiche angeführt, die für die Mitarbeiter*innen der öffentlichen und privaten Sozialdienste hilfreich sein können. Insbesondere wurden Anpassungsfähigkeit (N=5), Motivation (N=3), Sprachbegabung (N=3) sowie ein kulturelles Interesse und Verständnis (N=2) u.a. genannt.

Welche Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach dafür notwendig?
Bereich Obdachlose

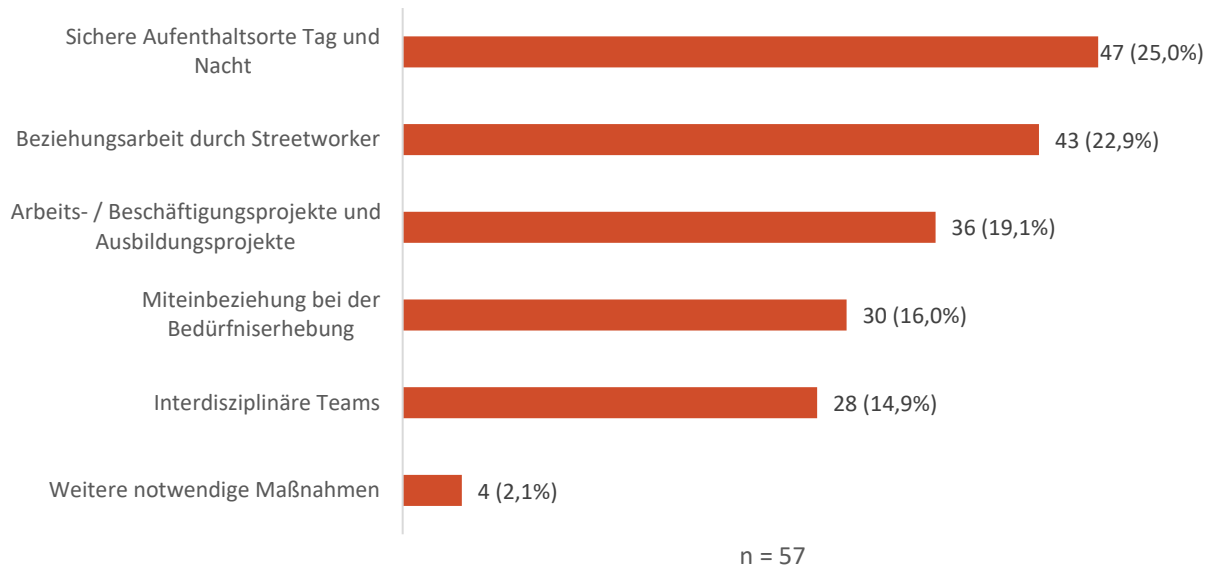


Abbildung 6-59: Welche Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach dafür notwendig? Bereich Obdachlose

16 der Befragten haben Faktoren bzw. Bereiche angeführt, die für die Mitarbeiter*innen der öffentlichen und privaten Sozialdienste hilfreich sein können. Insbesondere wurden Offenheit, Empathie und Flexibilität (N=4), Anpassungsfähigkeit (N=3) und Motivation (N=3) u.a. genannt.

Welche herausfordernden Verhaltensweisen oder Bereiche
sind oft im Vordergrund und sollten daher vorrangig von den
öffentlichen und privaten Sozialdiensten berücksichtigt
werden?

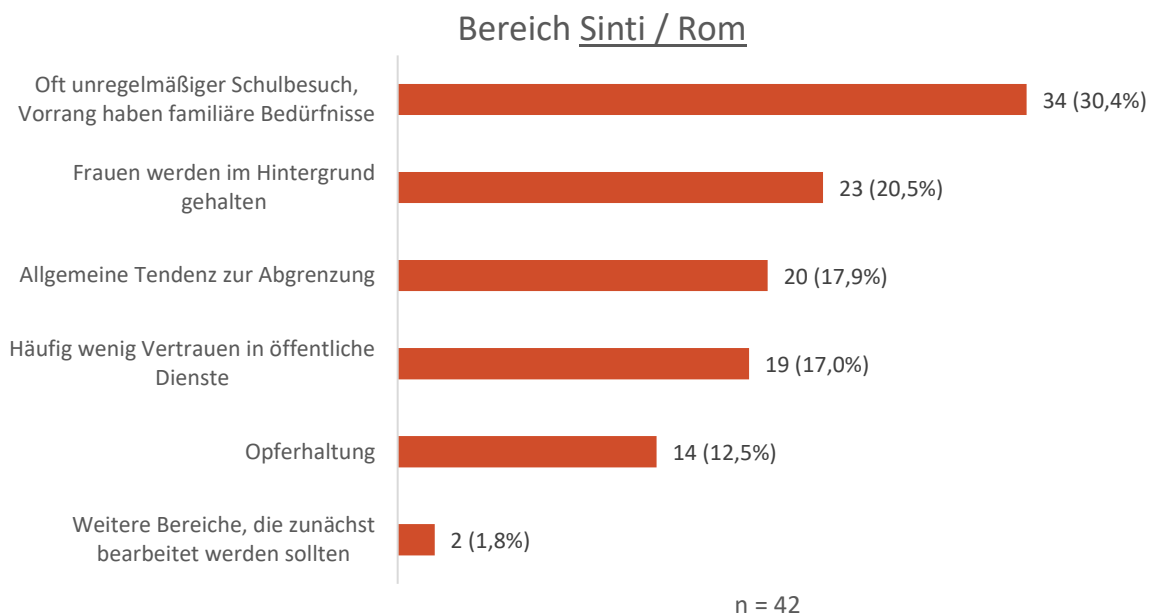


Abbildung 6-60: Welche herausfordernde Verhaltensweisen oder Bereiche sind oft im Vordergrund und sollten daher vorrangig von den öffentlichen und privaten Sozialdiensten berücksichtigt werden? Bereich Sinti / Rom

Welche herausfordernden Verhaltensweisen oder Bereiche
sind oft im Vordergrund und sollten daher vorrangig von den
öffentlichen und privaten Sozialdiensten berücksichtigt
werden?

Bereich Flüchtlinge

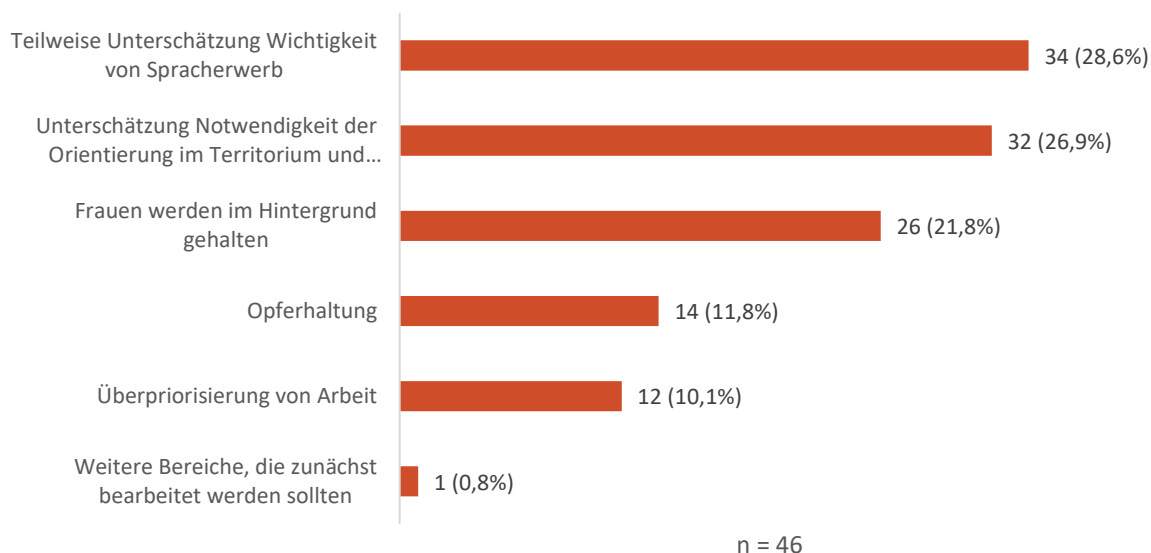


Abbildung 6-61: Welche herausfordernde Verhaltensweisen oder Bereiche sind oft im Vordergrund und sollten daher vorrangig von den öffentlichen und privaten Sozialdiensten berücksichtigt werden? Bereich Flüchtlinge

Welche herausfordernden Verhaltensweisen oder Bereiche
sind oft im Vordergrund und sollten daher vorrangig von den
öffentlichen und privaten Sozialdiensten berücksichtigt
werden?

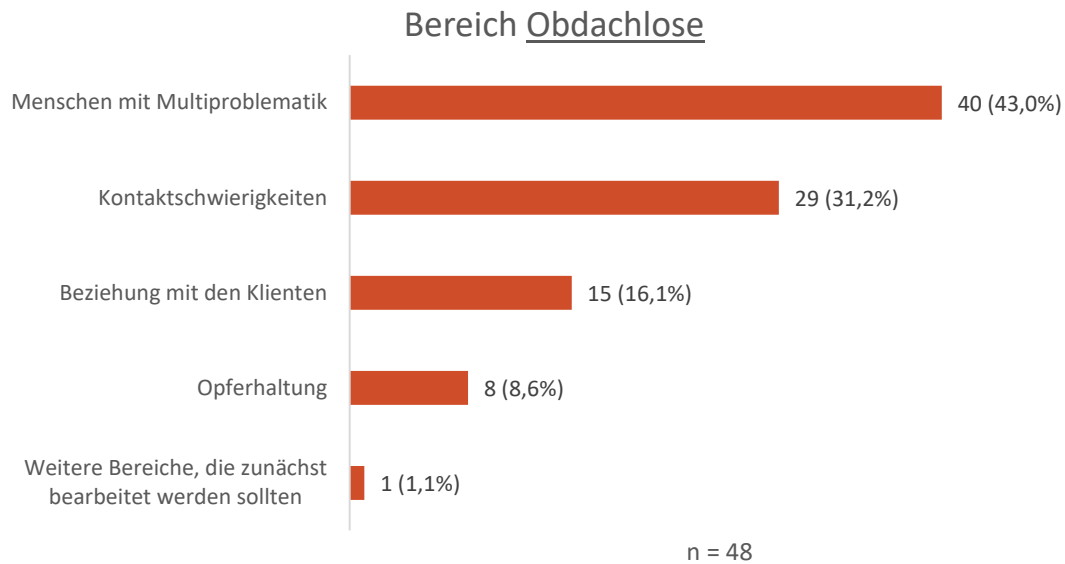


Abbildung 6-62: Welche herausfordernde Verhaltensweisen oder Bereiche sind oft im Vordergrund und sollten daher vorrangig von den öffentlichen und privaten Sozialdiensten berücksichtigt werden? Bereich Obdachlose

Wie kann eine Verschlimmerung der aktuellen Situation
verhindert werden (d.h. Verhinderung von Folgeschäden)?
Bereich Sinti / Rom

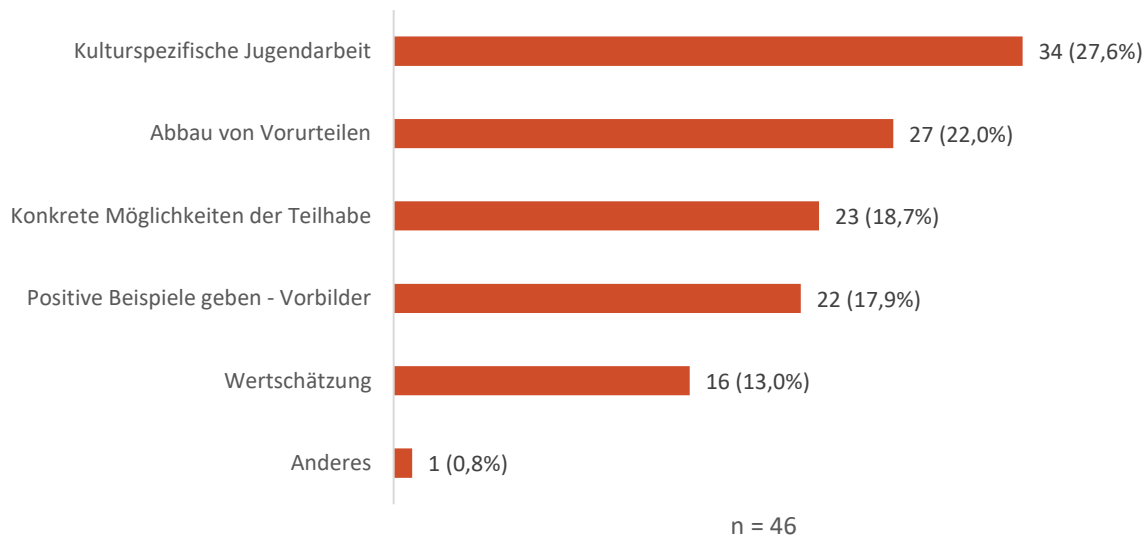


Abbildung 6-63: Wie kann eine Verschlimmerung der aktuellen Situation verhindert werden (d.h. Verhinderung von Folgeschäden)? Bereich Sinti / Rom

Wie kann eine Verschlimmerung der aktuellen Situation
verhindert werden (d.h. Verhinderung von Folgeschäden)?
Bereich Flüchtlinge

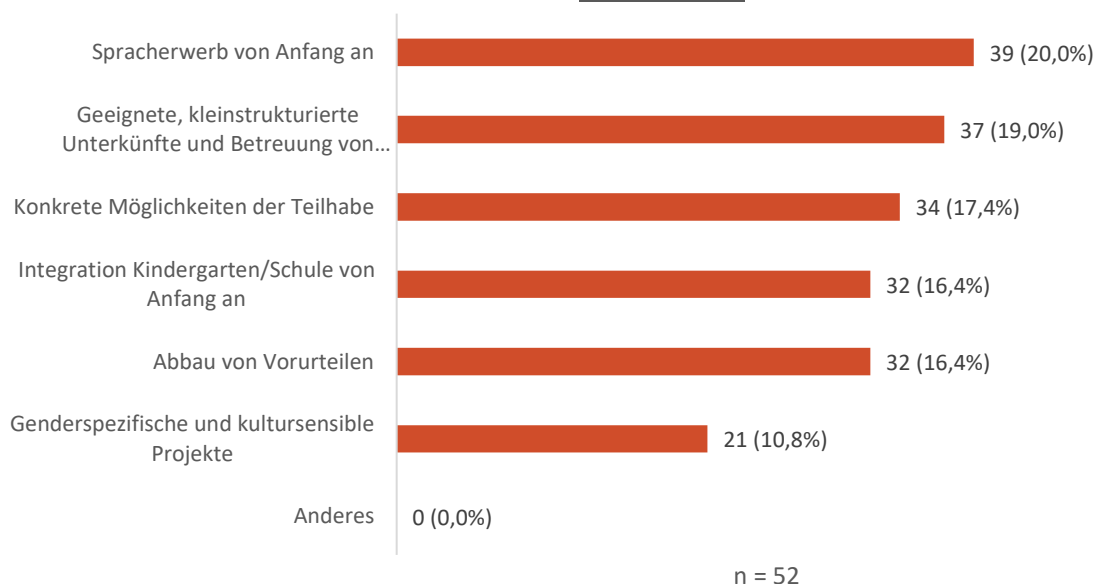


Abbildung 6-64: Wie kann eine Verschlimmerung der aktuellen Situation verhindert werden (d.h. Verhinderung von Folgeschäden)? Bereich Flüchtlinge

Wie kann eine Verschlimmerung der aktuellen Situation
verhindert werden (d.h. Verhinderung von Folgeschäden)?
Bereich Obdachlose

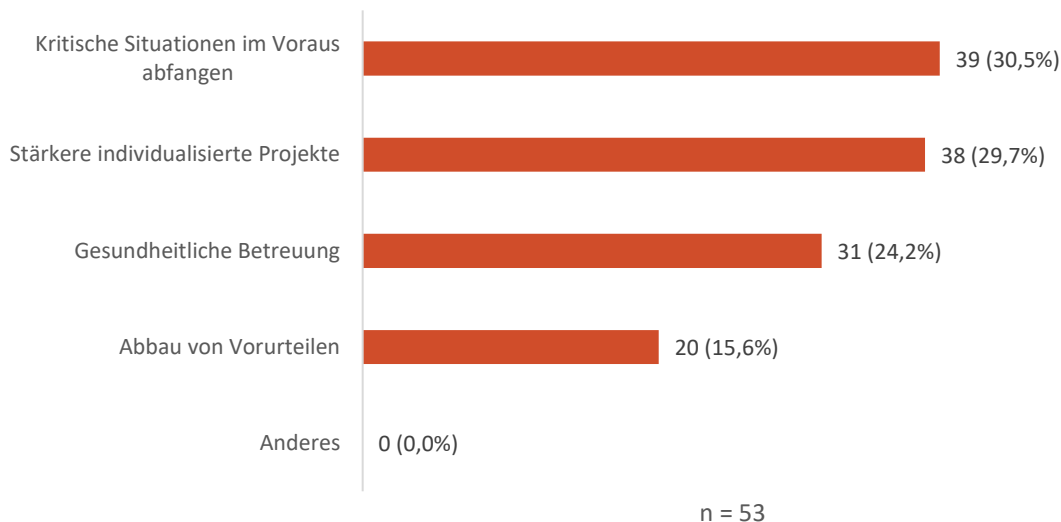


Abbildung 6-65: Wie kann eine Verschlimmerung der aktuellen Situation verhindert werden (d.h. Verhinderung von Folgeschäden)? Bereich Obdachlose

Die Mehrheit der Befragten gibt an, dass es **interdisziplinäre Teams** gibt, die gemeinsame Ziele verfolgen und gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Gibt es in Ihrer Organisationseinheit interdisziplinäre Teams,
die gemeinsame Ziele verfolgen und gemeinsam
Verantwortung übernehmen?



Abbildung 6-66: Gibt es in Ihrer Organisationseinheit interdisziplinäre Teams, die gemeinsame Ziele verfolgen und gemeinsam Verantwortung übernehmen?

Als wichtigste externe teilnehmende Dienste an diesen interdisziplinären Teams wurden im Bereich Sinti und Rom die Sozialdienste/Sprengel (N=3) und das öffentliche Bildungswesen (N=2) u.a. genannt (insgesamt 5 Nennungen). Bei den Geflüchteten sind dies hingegen Organisationen des Dritten Sektors (N=7), Flüchtlingsheime/CAS (N=3), karitative Organisationen (N=3), die Sozialdienste/Sprengel (N=2) sowie die Gemeinden (N=2) u.a. (insgesamt 11 Nennungen). Im Bereich Obdachlose haben acht Befragte einen Kommentar abgegeben. Als wichtigste externe teilnehmende Dienste wurden in diesem Bereich die Sozialdienste/Sprengel (N=3), die Gemeinden (N=2), das Gesundheitswesen (N=2) sowie der SIS Dienst des Betriebs für Sozialdienste Bozen (N=2) u.a. genannt.

Am häufigsten haben sich die Befragten für interdisziplinäre Teams im Bereich der Flüchtlinge ausgesprochen (Mehrfachantworten möglich):

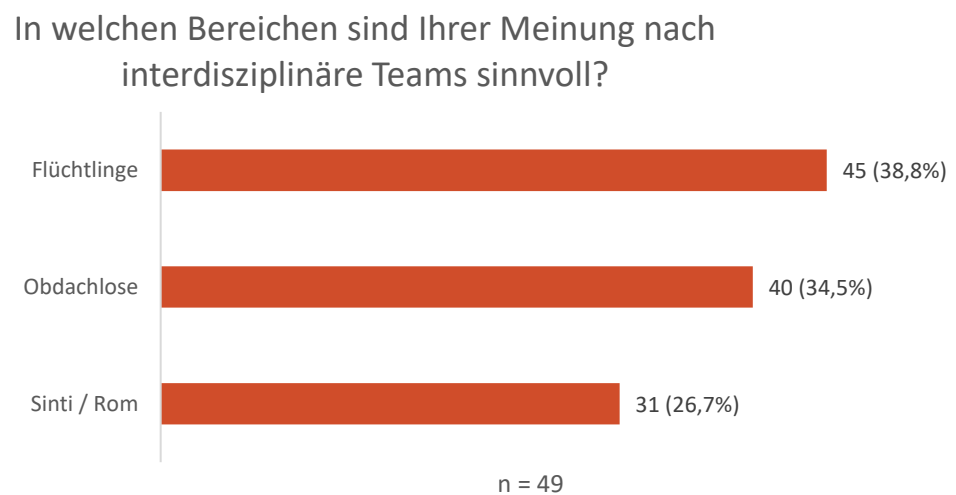


Abbildung 6-67: In welchen Bereichen sind Ihrer Meinung nach interdisziplinäre Teams sinnvoll?

Die Wichtigkeit von Faktoren zur Bildung von interdisziplinären Teams wurde dabei wie folgt gereiht (Mehrfachantworten möglich):

Welche der folgenden Faktoren sind Ihrer Meinung nach
notwendig zur Bildung von interdisziplinären Teams?

Bereich Sinti / Rom

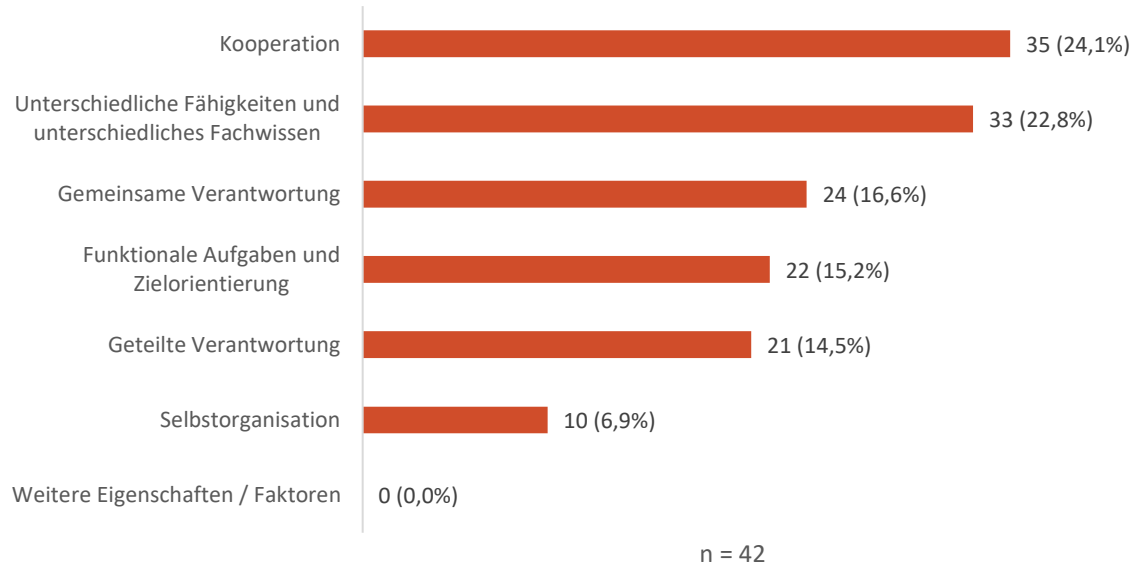


Abbildung 6-68: Welche der folgenden Faktoren sind Ihrer Meinung nach notwendig zur Bildung von interdisziplinären Teams? Bereich Sinti / Rom

Welche der folgenden Faktoren sind Ihrer Meinung nach
notwendig zur Bildung von interdisziplinären Teams?
Bereich Flüchtlinge

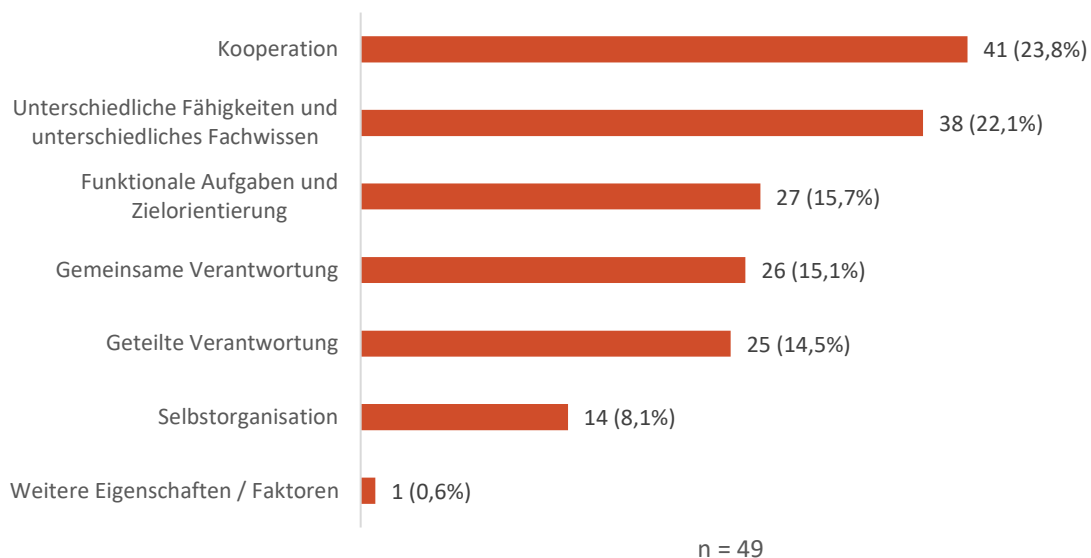


Abbildung 6-69: Welche der folgenden Faktoren sind Ihrer Meinung nach notwendig zur Bildung von interdisziplinären Teams? Bereich Flüchtlinge

Welche der folgenden Faktoren sind Ihrer Meinung nach notwendig zur Bildung von interdisziplinären Teams?

Bereich Obdachlose

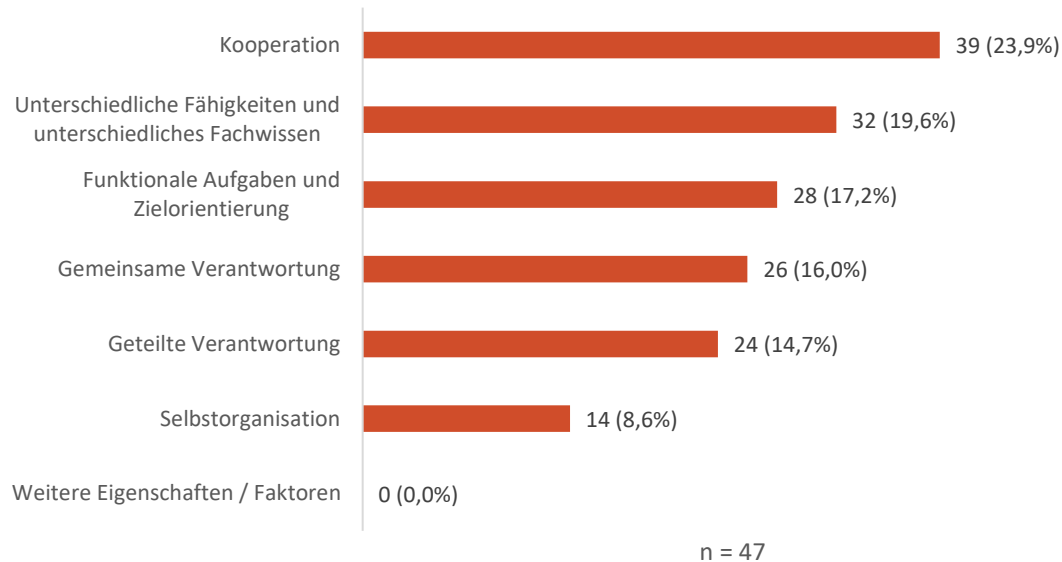


Abbildung 6-70: Welche der folgenden Faktoren sind Ihrer Meinung nach notwendig zur Bildung von interdisziplinären Teams? Bereich Obdachlose

6.3 Ergebnisse der Workshops

Die Workshops mit Expert*innen aus der Praxis des jeweiligen Bereichs bilden einen zentralen Bestandteil des Forschungsprojekts. Ziel dieser Expertengespräche ist es, in Form von Fokusgruppen längere und vertiefende Fachdiskussionen zu führen, um die Wünsche und Notwendigkeiten für die Ausrichtung des zukünftigen Landessozialplans aus der Praxis zu erheben.

Die Workshops der einzelnen Bereiche setzen sich dabei aus einem allgemeinen Teil mit Impulsreferaten und einen in mehrere Arbeitsgruppen gegliederten Diskussionsteil zusammen. Im Rahmen der Impulsreferate präsentiert das bzw. die zuständigen Fachämter der Provinz den Ist-Stand und Eurac Research (inter)nationale Erkenntnisse und Denkanstöße für die zukünftige Entwicklung (siehe Kapitel 6.1) sowie Ergebnisse der Vorab-Umfrage (siehe Kapitel 6.2). Diese Informationen dienen als Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppen.

Eurac Research übernimmt die Moderation und Dokumentation des gesamten Workshops und der einzelnen Arbeitsgruppen. In den Arbeitsgruppen werden themenspezifische Fragestellungen, die von dem bzw. den Fachämtern in Zusammenarbeit mit Eurac Research ausgearbeitet wurden, behandelt. Im Bereich „Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen“ waren folgende Themen vorgesehen:

- **Arbeitsgruppe 1: Prävention aus sozialer und gesundheitlicher Sicht in den Bereichen Obdachlose, Flüchtlinge und Sinti und Rom**

Wie sehen Sie die heutige Präventionsarbeit in diesen Bereichen? Soll Prävention in Zukunft gestärkt werden? Wie lässt sich Prävention in diesem Bereich überhaupt umsetzen? Welche Präventionsansätze könnten / sollten umgesetzt werden? Welche sind die Notwendigkeiten in diesen Bereichen aus gesundheitlicher Sicht?

- **Arbeitsgruppe 2: System der bestehenden Angebote und Dienste im Bereich der sozialen Inklusion von Obdachlosen: ist das aktuelle Angebot bedarfsgerecht ausgerichtet bzw. welche Anpassungen und/oder Neuerungen sind zukünftig notwendig?**

Ist das heutige Angebot ausreichend bedarfsorientiert ausgerichtet? Was fehlt noch bzw. sollte gestärkt oder angepasst werden? Wie sollte in Zukunft der Angebotsmix durch öffentliche und private Träger gestaltet werden? Wie soll zukünftig die Vernetzung zwischen den Diensten und Angeboten ausgestaltet werden? Gibt es einen Bedarf an mehr Schulungen / Weiterbildung?

- **Arbeitsgruppe 3: Frauen in schwierigen Situationen (Gewalt, Menschenhandel, mit Migrations- oder Fluchthintergrund)**

Ist das heutige Angebot ausreichend? Ist eine Erweiterung des Angebotstypologie notwendig? Was fehlt noch bzw. sollte gestärkt oder angepasst werden? Wie soll zukünftig die Zusammenarbeit zwischen den Sozialdiensten und den Fachdiensten verbessert werden? Braucht es spezifische Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit? Welchen Schwierigkeiten gibt es in der Praxis bei der Aufnahme von Frauen mit unterschiedlicher Herkunft/Ethnie? Gibt es in Ihrem Dienst einen Bedarf für ein interdisziplinäres Team? Gibt es einen Bedarf an mehr Schulungen / Weiterbildung?

- **Arbeitsgruppe 4: Sinti und Rom**

Ist die aktuelle Wohnsituation für diese Zielgruppe ausreichend? Wenn nicht, wie könnte sie verbessert werden? Wie kann die Integration in die Arbeitswelt und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gefördert werden? Wie können die bestehenden Vorurteile gegenüber Sinti und Rom abgebaut werden? Wie kann die Beteiligung am

Bildungssystem und in Folge erfolgreiche Bildungsabschlüsse unterstützt werden? Wie können Sinti-Frauen in ihrer Autonomie (Arbeitsaufnahme) befähigt werden? Gibt es einen Bedarf an mehr Schulungen / Weiterbildung?

- **Arbeitsgruppe 5: Geflüchtete Personen**

Wie könnte die Zusammenarbeit zwischen staatlichen, provinziellen und kommunalen Akteuren optimiert werden? Wie soll der Übergang von der Notaufnahme zur Autonomie erfolgen? Wie kann die Unterstützung und Vernetzung für die gefährdete Zielgruppe gefördert werden? Ist es möglich, das Angebot an Sprach- und Berufskursen ab dem Zeitpunkt der Ankunft zu erweitern? Kann die Inklusion von Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen und in pädagogische Aktivitäten erleichtert werden? Sind die bereits vorhandenen außerschulischen Angebote ausreichend bzw. reichen sie aus, um die Integration zu fördern und objektive Schwierigkeiten zu überwinden? Wie können sie bei der Verarbeitung von Traumata unterstützt werden? Wie können ihr Wissen über das Territorium und ihre Orientierung auf dem Territorium gefördert werden? Gibt es einen Bedarf an mehr Schulungen / Weiterbildung?

Das Thema der Prävention aus sozialer und gesundheitlicher Sicht in den Bereichen Obdachlose, Flüchtlinge und Sinti und Rom ist auf wenig Interesse gestoßen und lediglich drei Personen haben sich für diese Arbeitsgruppe angemeldet. Da ein Arbeitstisch mit so wenigen Personen wenig zielführend erschien, wurde in Abstimmung mit den Fachämtern und der Abteilung deshalb beschlossen, die Arbeitsgruppe 1 nicht abzuhalten. Die drei angemeldeten Teilnehmer*innen wurden gemäß ihrer zweiten Präferenz auf die anderen Gruppen verteilt und das Thema Prävention in den einzelnen Arbeitstischen nach Zielgruppe diskutiert.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden in der Folge in Form von Ergebnisprotokollen präsentiert.

6.3.1 Arbeitsgruppe 2: System der bestehenden Angebote und Dienste im Bereich der sozialen Inklusion von Obdachlosen

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie zusammenfassend konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Ist das heutige Angebot ausreichend bedarfsorientiert ausgerichtet?

- Grundsätzlicher Tenor: die Anzahl der Angebote im Land reicht. Außer in Bozen, dort fehlen Plätze.
- Das Angebot muss sich an den schnell wechselnden Bedürfnissen der einzelnen Menschen orientieren und es soll ein einheitliches Angebot zur Integration sein, nicht nur Wohnraum.
- Verbesserung der Qualität und Reorganisation der Ressourcen in Übereinstimmung mit den aktuellen Bedürfnissen der Obdachlosen.
- Qualitativer Ausbau der niederschwelligen Angebote.
- Es fehlt eine Analyse (auf Provinzebene). Die Anzahl der Personen, die menschenwürdig untergebracht werden kann, muss ermittelt werden.
- Wohnungslosigkeit ist ein großes Problem. Es braucht Angebote auf mehreren Ebenen: Austausch mit den Wohnungseigentümern von leerstehenden Wohnungen, Privatpersonen sensibilisieren für einen gerechten Mietpreis, Ausbau des sozialpädagogischen Dienstes und Einrichtung eines Arbeitstisches auf Ebene der Provinz, wo man mit verschiedenen Stakeholdern mittel-/langfristig Lösungen findet.
- Grundsätzlich sehr gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden, manchmal ist noch besser zu klären wer welche Rolle hat.
- Es braucht mehr freie Wohnungen und kleine Aufnahmezentren für Migrant*innen in den Dörfern. Für Sozialarbeiter*innen und Kinder ist es in kleinstrukturierten Dörfern einfacher/besser.
- Die Legalisierung der Wohnsituation ist oft kompliziert und sollte einfacher gestaltet werden.
- Unterscheidung zwischen verschiedenen Gruppen (Asylbewerber*innen, Obdachlose, EU- und Nicht-EU-Bürger*innen usw.), damit eine bestimmte Dienstleistung angeboten werden kann, ohne eine Gruppe auszuschließen.
- Ein Tageszentrum ohne Zugangsvoraussetzungen hat in der Provinz Bozen schon immer gefehlt.
- In Peripherie auch strukturelle Schwierigkeiten, nicht jeder Dienst kann angeboten werden z.B. Dusch-Strukturen. Mit der Schließung der CAS nimmt die Nachfrage zu. Es braucht mehr Absprache bezüglich der Dienste, damit man gemeinsam einige dieser Grunddienste anbieten kann.
- Es ist schwierig, ein Projekt mit Menschen mit Abhängigkeiten durchzuführen. Eine Entgiftung ist ein Anfang, aber sie ist oft nicht möglich, denn dafür braucht es ein Netzwerk, das Betroffenen mit medizinischer bzw. medikamentöser Hilfe beisteht. Oft fehlt Menschen ohne festen Wohnsitz ein solches Netzwerk und eine Entgiftung ist nicht möglich.

Welche Bedürfnisse haben die verschiedenen Zielgruppen?

- Welche Menschen gehören zu den Obdachlosen? Viele Asylbewerber werden obdachlos (50% der Nutzer von Obdachlosendiensten sind Asylbewerber). Diese Zielgruppe sollte jedoch als Antragsteller*innen mit einem eigenen Ad-hoc Zugang und nicht als Obdachlose behandelt werden.
- Im letzten Jahr starker Anstieg in der Aufnahme junger Menschen (18+), die meistens keine Hilfe möchten. Das Zusammenwohnen von unterschiedlichen Zielgruppen in einem Haus ist schwierig, viele Reibungspunkte. Junge Personen haben häufig Suchtprobleme. Der Dienst für Abhängigkeiten (Serd) kann nicht viel helfen, wenn die jungen Menschen nicht dort hingehen, um nach Hilfe zu fragen.
- Prävention gegen Jugendobdachlosigkeit: Das Angebot muss zielgruppenspezifisch sein. Mini-Wohnungen mit sozialer Betreuung gibt es noch nicht. Es fehlt an Einrichtungen der zweiten Ebene.
- Für (schwangere) Frauen gibt es in der Notunterkunft in Meran einen separaten Ort, wo sie untergebracht sind. Das ist wichtig.
- Obdachlose Familien brauchen eine Unterkunft für die ganze Familie, ohne getrennt zu werden.

Auf welche Schwierigkeiten stoßen Obdachlose und wie können wir auf sie reagieren?

- Vorurteile von Vermieter*innen, die ein Haus bzw. eine Wohnung nicht vermieten wollen, auch wenn Betroffene einen Arbeitsvertrag haben.
- Bezahlbarer Wohnraum ist ein großes Problem. Migrationshintergrund ist ein Stigma. Unterstützung für Miete ist ein sehr bürokratischer Prozess, die finanzielle Sozialfürsorge rennt hinterher.
- Zugang zu verschiedenen Gesundheitsdiensten: Die Eintragung in ein Melderegister ist schwierig, wenn man keinen festen Wohnsitz hat. Aufgrund mangelnder Kenntnis der Gesetzgebung, die das Melderecht für Obdachlose vorsieht, wird eine Eintragung ohne festen Wohnsitz nicht gestattet. Die Registrierung in diesem Verzeichnis bringt auch Rechte mit sich. Einige Gesundheitsleistungen sind an den Wohnsitz gebunden, z. B. die Invalidität.
- Viele Menschen brauchen eine langfristige Betreuung. Menschen mit schwerwiegenden Suchtproblemen benötigen stationäre Dienste, haben aber keinen Anspruch, weil sie keinen Wohnsitz haben. Die Bearbeitungszeit seitens der Gemeinde ist zu lang.
- Stigmatisierung bei Männern (Bewertung/moralische Etikettierung) ist stark, anders als bei Familien.

Besteht die Notwendigkeit, die bestehenden Methoden der Sozialarbeit zu verändern, um eine bessere Integration der obdachlosen Menschen zu erreichen?

- Es braucht andere Methoden, neue Ansätze für ganz junge Menschen, die keine Begleitung/klassischen Angebote möchten. Es ist schwierig, ihre Bedürfnisse zu verstehen und entsprechend Angebote anzubieten. Es ist auch schwierig bei Menschen mit psychischen Schwierigkeiten.
- Netzwerkarbeit ist sehr wichtig, vor allem mit den sanitären Diensten. Alle Dienste sollten den gleichen Weg/das gleiche Ziel verfolgen. Es gibt bereits Zusammenarbeit mit dem Z.P.G. (Zentrum für Psychische Gesundheit), aber man braucht schon im Vorfeld mehr Gespräche zu einzelnen Fällen und mehr Transparenz zwischen den Akteuren.
- Veränderung Sozialsprengel von „Komm-Kultur“ zu „Geh-Struktur“. Obdachlosigkeit wird oft wie ein soziales Problem gesehen, aber dahinter stecken sehr viele Probleme (Sucht, Psyche...). Müssen auch aushalten können, wenn jemand keine Hilfe will (z.B. bei jungen Obdachlosen). Es braucht eine Veränderung von größeren Einrichtungen zu kleineren Einrichtungen.

Wie soll zukünftig die Vernetzung zwischen den Diensten und Angeboten ausgestaltet / optimiert werden?

- Z.P.G. und Suchtdienste sollen aufsuchender, näher an der Person sein. Zusammenarbeit mit den Suchtdiensten, dass man vor Ort Abklärungen machen kann (nicht zu abwartend sein).
- Abklären wer für die Vernetzung zuständig ist (Netzwerktreffen einberufen/moderieren)? Territoriale Netzwerke sind sehr hilfreich, auch für die Planung. Ist Frage von Ressourcen und Zuständigkeiten.
- Verstärkte Koordinierung zwischen Privat und Öffentlich notwendig. Rolle Ehrenamt... Es ist zu hinterfragen, für wie viel das Ehrenamt noch erhalten kann?
- Vernetzung auch mit der Gemeinde, damit man mehr Möglichkeiten hat (z.B. Wohnwagen).

Wie kann man die Konzentration auf die städtischen Gebiete etwas auflösen und auch periphere Gemeinden zur Verantwortungsübernahme bringen?

- Einzelwohnungen/WGs auch im ländlichen Gebiet schaffen. Caritas hat kleine Einzelwohnungen realisiert, das ist die beste Lösung. Für Betreuung ist örtliche Konzentration wichtig, für Inklusion wäre aber vielleicht eine räumliche Aufteilung besser.
- Erfahrungswerte der Caritas nutzen. Wir haben ein Wohnraumproblem, es ist rentabler das Haus leer stehen zu lassen als es zu vermieten.

Wie kann die Zusammenarbeit der Bereiche Soziales und Gesundheit verbessert werden?

- Infopoint/Infostand einrichten in den Straßen wo sich vermehrt Obdachlose aufhalten. Mitarbeiter*innen der Sanität könnten vor Ort die Bedürfnisse der Obdachlosen erheben und unbürokratisch Hilfe leisten.
- Nach Eintragung beim Meldeamt kann auch ein Hausarzt gewählt werden, Hauspflegedienst... diese könnten zur Person hingehen. Wäre wichtig bezüglich Folgeschäden der Obdachlosigkeit bzw. Prävention. In welche Zuständigkeit fallen z.B. zahnärztliche Leistungen? Vereinbarungen sind zu treffen.
- Es braucht eine Person, welche die Koordination zwischen den verschiedenen Bereichen übernimmt und somit die Zusammenarbeit fördert. Die STP-Ambulanz (straniero temporaneamente presente) für Ausländer*innen ohne Papiere im Krankenhaus Bozen ist eine bewährte Einrichtung. Damit die Situation verbessert und entsprechende technische Lösungen gefunden werden, müssen die zuständigen Behördenvertreter*innen an einen Tisch zusammentreffen.

Gibt es einen Bedarf an mehr Schulungen / Weiterbildung?

- Es gibt einen Weiterbildungsbedarf. Sozialarbeit kann nur gut und professionell sein, wenn Weiterbildung besteht, da sich die Situation/das Phänomen dauernd ändert. Weiterbildung ist eine Frage des Geldes geworden, aber es sollte eine Frage der Qualität sein. In der Grundausbildung werden nicht alle Themen behandelt.
- Es bedarf einer ständigen Entwicklung sowohl des Angebots an Fortbildungen als auch der konstanten Betreuung der Mitarbeiter*innen (Vermeidung von Burnout).

Gibt es „Best Practices“, an denen man sich ein Beispiel nehmen kann?

- Housing First
- Das Modell von Graz könnte bei uns übernommen werden.
- Das Projekt „Oltre la strada“, welches aus dem monatlichen Bericht von Jänner 2021 hervorgeht, möchte die europäische Klassifizierung von Obdachlosigkeit und Ausgrenzung von Wohnraum ETHOS anwenden und eine Momentaufnahme des Phänomens Obdachlosigkeit erstellen. Es ist wichtig, das Phänomen zu quantifizieren und zu klassifizieren. Auf diesem Weg können auch Personen, welche einen Arbeitsplatz aber keinen festen Wohnsitz haben, ausfindig gemacht werden und man erhält weitere Informationen, um sich mit dem Thema besser auseinanderzusetzen.
- Man braucht flexible Lösungen. Beispiel: ein Herr, der am Bahnhof gelebt hat, konnte für ein Jahr in einem Haus, das abgerissen werden sollte, leben (das Haus war noch

bewohnbar). Danach konnte er in eine Sozialwohnung (Stufenmodell). Das war eine gute Kombination, um leerstehenden Wohnraum zu nutzen.

- Centro Astalli Trento, arbeitende wohnungslose Personen bekommen eine Wohnung zu niedrigen Mietkosten, es ist ein großes Gebäude, das von dem Träger gemietet ist und der es vermietet.

Zusammenfassung und konkrete Maßnahmen:

- ❖ Zielgruppe muss unterschieden werden. Differenzierung zwischen Obdachlosen und Wohnungslosen ist wichtig, auch Unterscheidung von Asylbewerbern und Obdachlosen.
- ❖ Angebot spezifisch auf Zielgruppe ausrichten.
- ❖ Sensibilisierung, Information und Beratung für Wohnungseigentümer zum Abbau von Vorurteilen.
- ❖ Klärung der Rollen und Zuständigkeiten zwischen Gemeinden und Sozialdiensten.
- ❖ Einrichtung eines Arbeitstisches auf Landesebene mit verschiedenen Stakeholdern zur mittel- und langfristigen Planung der notwendigen Maßnahmen, um der Wohnungslosigkeit zu begegnen.
- ❖ Mehr Angebote der zweiten Ebene schaffen.
- ❖ Mehr kleinere Einrichtungen schaffen als größere Einrichtungen.
- ❖ Schaffung von Angeboten für obdachlosen Familien, damit diese nicht getrennt werden müssen.
- ❖ Analyse des Phänomens auf Landesebene, wie viele Personen können in Würde aufgenommen und betreut werden. Auch Quantifizierung und Klassifizierung des Phänomens ist wichtig.
- ❖ Zugang zu Gesundheitsdiensten vereinfachen, über Gemeindeverband u.a. Klarheit bei Gemeinden schaffen bezüglich Eintragung in Melderegister.
- ❖ Netzwerk stärken, vor allem mit sanitären Diensten, um Fälle bereits im Vorfeld besprechen zu können (mehr Transparenz zwischen Akteuren).
- ❖ Dienste – vor allem sanitäre – sollen aufsuchender sein.
- ❖ Mehr Absprache zu Diensten in der Peripherie, um Grunddienste gemeinsam anbieten zu können (Anlaufstelle für Grunddienste?).
- ❖ Veränderung der Sozialsprengel von einer „Komm-Kultur“ in eine „Geh-Struktur“.
- ❖ Zuständigen Player (öffentlich oder privat) für die Vernetzung im Territorium ausfindig machen und auch entsprechend honorieren.
- ❖ Verstärkte Koordinierung zwischen öffentlich und privat, auch Einbeziehung der Gemeinden.
- ❖ In Gemeinden Wohnungen mit sozialpädagogischer Betreuung zur Verfügung stellen.
- ❖ Kreativ bestehende Möglichkeiten nutzen (z.B. Ferienwohnungen), auch die Kirche einbinden.
- ❖ Angebot der mobilen Ambulanzen auch auf andere Gemeinden ausweiten (z.B. auch Infopoint Sanität).

- ❖ Einbindung von Hausärzten und Hauspflegediensten bezüglich Prävention und Folgeschäden der Obdachlosigkeit (nach erfolgter Eintragung beim Meldeamt).
- ❖ Koordinierung unter den zuständigen Behörden (Soziales/Gesundheit) forcieren.

6.3.2 Arbeitsgruppe 3: Frauen in schwierigen Situationen

Das aktuelle Angebot an Dienstleistungen umfasst verschiedene Bereiche: **Wohnen, Beratung, Arbeit** und **Gesundheit**. Ziel dieser Arbeitsgruppe war es, zu beurteilen, ob das derzeitige Angebot der Provinz den Bedürfnissen entspricht oder ob Anpassungen und Neuerungen notwendig sind.

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Wohnen:

Reicht das derzeitige Angebot an Plätzen aus oder ist es notwendig, die Anzahl der Plätze zu erhöhen? Und wo?

Frauen mit **Migrations- und Fluchthintergrund** und **Opfer von Menschenhandel**

Die Teilnehmer*innen sind sich einig, dass das aktuelle Angebot nicht ausreicht.

- Es braucht **Langzeitunterkünfte** und **Strukturen mit multidisziplinären Teams**
- Es braucht mehr Einrichtungen in **peripheren Gebieten**
- Es braucht Flüchtlingsunterkünfte, die **nur Frauen aufnehmen**
 - Ein Zusammenleben mit Männern ist schwierig, wenn Traumata erfolgt sind
- Es braucht mehr Begleitung und Betreuung bei der **Wohnungssuche** und Begleitung auf dem Weg zum selbstständigen Wohnen und Leben:
 - Zuweisungskriterien der **WOBI-Wohnungen** müssen dringend überarbeitet werden
 - Es braucht Unterstützung bei der Wohnungssuche auf dem **freien Markt**
 - Es braucht **Garantien für die Vermieter** auf dem freien Markt
 - Es braucht ein **Training für das Zusammenleben** in unserer Gesellschaft – z.B. hinsichtlich der Einhaltung der Regeln in Kondominien
 - **Netzwerkarbeit** ist entscheidend für die Integration
- Die Integration von Migrantinnen aus Osteuropa gelingt besser als bei jenen aus afrikanischen Ländern (weniger sprachliche und kulturelle Barrieren)

Gewaltopfer und besonders vulnerable Frauen

- Das Platzangebot in Notunterkünften ist theoretisch ausreichend, aber
 - Es gibt „weiße Flecken“ – es braucht **mehr Angebote in der Peripherie**
 - Der **Aufenthalt in Notunterkünften wird häufig verlängert**, weil die Betroffenen keine Aussicht auf eine eigene Wohnung haben
- Es braucht mehr Unterstützung bei der **sozialen und beruflichen Inklusion**, damit die Frauen genug Geld verdienen, um selbstständig leben zu können
 - Es braucht insbesondere Unterstützung für **Frauen mit Kindern**
- Sozialsprengel und Anlaufstellen müssen auch während der COVID-19-Pandemie zugänglich sein

Beratung:

Ist das derzeitige Beratungsangebot ausreichend?

Grundsätzlich sind Beratungsmöglichkeiten in Südtirol gegeben. Die Menschen tun sich allerdings oft schwer, sich in psychologische Beratung zu begeben. Zudem braucht es laut den Teilnehmer*innen mehr **interdisziplinäre Beratung**. Die Begleitung und die **Vernetzung** kommen oft zu kurz.

Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund

Menschen anderer Kulturen haben häufig eine andere Auffassung und Verständnis von Psychologie. Die Beratung insbesondere von Migrant*innen erfordert deshalb **Zeit**, um einen Dialog herzustellen und Vertrauen aufzubauen.

- Das Problem bei psychologischer Beratung ist die **sprachliche Barriere**
 - Es braucht mehr und flächendeckende **Ethnotherapie** und **Ethno-Psychiater*innen**
 - Übersetzer und interkulturelle Mediator*innen können Therapie in der Muttersprache nicht ersetzen
- Es braucht Fortbildung der Berater*innen, um mit **interkulturellen Erfahrungen** umgehen zu können

Opfer von Menschenhandel

- Betroffene Frauen können die Dienstleistungen des **Projekts „Alba“** in Anspruch nehmen
- Die **sprachliche Barriere** ist ein großes Problem
 - Es braucht **sprachliche und kulturelle Mediator*innen** (Personen aus demselben Herkunftsland)

- Insbesondere Frauen, die von Traumata betroffen sind, haben oft **kein Vertrauen in Übersetzer**

Gewaltopfer und besonders vulnerable Frauen

- Migrant*innen – hauptsächlich männliche Muslime – haben oft **andere Anschauungen zum Thema Gewalt**
 - Sie müssen abgeholt werden und unsere Kultur verstehen lernen
 - Dazu müssen Berater*innen sehr gut fortgebildet sein und interkulturelles Verständnis haben
- Frauen in der **Peripherie** sind oft schwer zu erreichen und zu unterstützen
- Es braucht **bessere Ausbildung**, denn Gewalt ist sehr weitreichend und vielfältig
- Die **Finanzierung** ist schwierig, weil psychologische Beratung von Frauenhausstrukturen nicht selbst angeboten werden kann

Beratung für gewalttätige Männer

- Männer, die mit **Aggressionen** Schwierigkeiten haben, aber nicht zu expliziten Gewalttättern gehören, müssen ermuntert werden, Hilfe anzunehmen
 - Sie müssen den Umgang mit Aggressionen erlernen: ein **psychoedukativer Ansatz** ist erforderlich
- Hilfsstrukturen sollten **flächendeckend** angeboten werden
- Bei expliziten Gewalttätern sollte man mehr in Richtung Therapie als Beratung gehen

Gesundheit:

Besteht ein Bedarf an spezifischen Interventionen zum Schutz der Gesundheit von Frauen?

Die Teilnehmer*innen sehen eine große Notwendigkeit an **psychologischer Betreuung** für Frauen, die Opfer von Gewalt oder Traumata wurden und zu den besonders vulnerablen Gruppen gehören.

Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund und Opfer von Menschenhandel

- Die **sprachlichen und kulturellen Barrieren** bei den Dienstleistungen müssen überwunden werden
- Es braucht interkulturelle Kompetenzen und **multidisziplinäre Teams** und **Zusammenarbeit mit dem Sanitätsbereich**
- Viele Frauen wissen über ihren Körper nicht Bescheid. Es braucht **Basiskurse zum Thema Gesundheitspflege und Körper** (auch zur Vorbeugung von Schwangerschaft)

- **Prävention** ist fundamental. Es ist wichtig, dass die Frauen die angebotenen **Dienstleistungen der Provinz kennenlernen**, sodass sie bei Bedarf in Anspruch genommen werden können

Gewaltopfer und besonders vulnerable Frauen

- Alle Dienste für Gewaltopfer sollten **kostenlos** beansprucht werden können

Arbeit:

Besteht ein Bedarf an spezifischen Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen in der Arbeitswelt?

Die Teilnehmer*innen sind sich einig, dass Frauen beim Zugang zur Arbeitswelt unterstützt werden sollen. Arbeit und eigenes Einkommen sind eine wichtige Grundlage zur Selbstbestimmung.

Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund

- Die **Sprache** ist das größte Hindernis beim Zugang zur Arbeitswelt und zur beruflichen Weiterbildung
 - Es braucht **spezifische Sprachkurse für Migrant*innen**, die auch den Genderaspekt aufgreifen, um den Stellenwert der Frau zu steigern
 - Es braucht **Möglichkeiten des Austausches** wie z.B. Sprachkaffes, wo die Sprache praktiziert werden kann
 - Der Spracherwerb muss von der Gesellschaft aber auch eingefordert werden
- **Studentitel aus den Herkunftsländern** sollten anerkannt werden
- Es braucht **Ausbildungsmöglichkeiten für Erwachsene**, um z.B. den Mittelschulabschluss nachzuholen

Gewaltopfer und besonders vulnerable Frauen

- Für Frauen in **Gewaltsituation** ist es **besonders schwierig, zu arbeiten** und sich selbstständig zu machen
- Für **Frauen mit Kindern** ist es generell schwierig, Arbeit zu finden
 - Es fehlt an Möglichkeiten der **Kinderbetreuung**, Kita-Plätze sind Mangelware
- Frauen in vulnerablen Lagen können es sich **finanziell oft nicht leisten**, auf Arbeit zu verzichten, um eine **Berufsschule** zu besuchen oder ein **Praktikum** zu absolvieren

Netzwerkarbeit:

Wie soll zukünftig die Zusammenarbeit verbessert werden?

Eine bessere **Zusammenarbeit und Vernetzung** wurde in allen Bereichen (Wohnen, Beratung, Arbeit und Gesundheit) als **zentrale Aufgabe** für die Zukunft genannt.

- Es braucht **interdisziplinäre Teams und Anlaufstellen**, die die sozialen und sanitären Dienste bündeln
 - Es braucht flächendeckend Auskunftsschalter oder Portale zum **Empowerment für Frauen**, die über verfügbare Dienstleistungen informieren
- Das **gemeinsame Ziel** muss immer die **Person oder Familie** sein
 - Man sollte sich nicht nur auf seine berufliche Rolle fixieren, sondern sich um die Menschen kümmern
- Damit die Zusammenarbeit funktioniert, braucht es eine **gemeinsame Kultur und Zielsetzung** sowie gegenseitiges Verständnis
- Als besonders wichtig wurde die Zusammenarbeit mit den **psychologischen Diensten**, den **Hausärzten und Gesundheitssprengeln** sowie **Justiz und Ordnungskräften** genannt
- Gute **zwischenmenschliche, persönliche Beziehungen** sind ausschlaggebend für das Gelingen der Zusammenarbeit
- **Gemeinsame Aus- und Weiterbildung** kann dabei helfen, die Zusammenarbeit zu verbessern
 - Auch Kulturmediator*innen sollten in die Weiterbildung einbezogen werden

6.3.3 Arbeitsgruppe 4: Sinti und Rom

Situazione abitativa
Wohnsituation

**Integrazione nel mondo del lavoro /
partecipazione alla vita sociale**
Integration in die Arbeitswelt /
Gesellschaftliches Leben

Pregiudizi
Vorurteile

L'offerta attuale per Sinti e Rom è adeguata ai loro bisogni?

Quali cambiamenti sono necessari in futuro?

**Ist das aktuelle Angebot für Sinti und Rom bedarfsgerecht
ausgerichtet?**

Welche Neuerungen sind zukünftig notwendig?

Partecipazione al sistema educativo
Beteiligung am Bildungssystem

Autonomia delle donne
Autonomie der Frauen

Istruzione e formazione
Schulungen &
Weiterbildung

eurac research

Abbildung 6-71: Arbeitsgruppe 4 - Ist das aktuelle Angebot für Sinti und Rom bedarfsgerecht ausgerichtet?

Stereotipi nella nostra società
Stereotype in unserer Gesellschaft

Pregiudizi nel lavoro con Sinti e Rom
Vorurteile bei der Arbeit mit Sinti und Rom

**Quali sono le sfide/difficoltà nella pratica per quanto
riguarda l'integrazione di Sinti e Rom?**

**Welche Herausforderungen/Schwierigkeiten gibt es in der
Praxis bei der Integration von Sinti und Rom?**

Come ridurre i pregiudizi e costruire la fiducia
Vorurteile abbauen und Vertrauen aufbauen

eurac research

Abbildung 6-72: Arbeitsgruppe 4 - Welche Herausforderungen/Schwierigkeiten gibt es in der Praxis bei der Integration von Sinti und Rom?

Stereotype in unserer Gesellschaft und Vorurteile bei der Arbeit mit Sinti und Rom

- Wir sollten das Wort Nomaden durch das Wort Juden ersetzen und überlegen, welche Wirkung das hätte (“Dovremmo sostituire la parola nomadi con la parola ebrei e pensare che effetto avrebbe”). Dieses Gedankenspiel hilft, um zu verstehen, wie stark der Antiziganismus in der Gesellschaft verwurzelt ist.
- Die Verfolgung und Diskriminierung gegenüber Sinti und Rom in Italien (im Vergleich zu anderen europäischen Ländern) wurde bis jetzt weder auf politischer oder rechtlicher noch kulturhistorischer Ebene ausgewertet. Das Fehlen einer solchen Ausarbeitung lässt eine kontinuierliche Reproduktion der Diskriminierung in allen Bereichen zu.
- In Südtirol, Land des Schutzes von Minderheiten, wurde die Minderheit der Sinti noch **nicht auf gesetzlicher Ebene oder als sprachliche und kulturelle Minderheit anerkannt**.
- Vorurteile sind ein Mittel, um die Komplexität des gesellschaftlichen Lebens zu reduzieren. Das Problem liegt in der sozialen Reproduktion der Vorurteile und in deren unachtsamen Verwendung in Bezug auf sprachliche Feinheiten. **Die Komplexität und Vielschichtigkeit können nur verstanden werden, wenn der Dialog gesucht wird.**
- Für jemanden, der weiß (und männlich) ist, ist es sehr schwierig, Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen einzuschätzen. **Zuhören** ist der erste Schritt.
- Die Sinti wollen **keine Integration aber eine Interaktion** ausgehend von der eigenen kulturellen und sprachlichen Identität als Teil einer Gesellschaft, die Minderheiten mit Respekt gegenübertritt.
- Das **Fernbleiben von der Schule** ist nicht nur auf die Entscheidung der Sinti-Familien, den Schulbesuch zu verweigern, zurückzuführen. Oft trägt auch die **Tendenz der Schulen, Sinti auszugrenzen**, zu diesem ablehnenden Verhalten bei.
- Oft hindern Stereotypen Sinti und Rom an einer erfolgreichen **Arbeitssuche** (viele Sinti und Rom arbeiten informell).
- Die soziale Stigmatisierung beginnt bei den **Namen und Nachnamen oder beim Wohnsitz**. Personen mit einem „Sinti“-Namen oder einer Zugehörigkeit zu dieser Ethnie werden seltener eingestellt. Um ohne Diskriminierung arbeiten und die Schule besuchen zu können, mussten viele Sinti ihre eigene ethnische Zugehörigkeit vor „nicht sinti“ Mitmenschen, Mitschüler*innen und Lehrpersonen verstecken.
- Es gibt mehrere Arbeitsintegrationsprojekte für Sinti, aber der **Arbeitsmarkt** ist stellenweise sehr misstrauisch.
- Die Beziehung muss durch Dialog und Austausch aufgebaut werden.
- Wir lernen nicht aus der Geschichte, sondern aus den Traumata (Erfahrungen), die wir gemacht haben (“Non impariamo dalla storia ma dei traumi (esperienze) vissute”).

Vorurteile abbauen und Vertrauen aufbauen:

- In durchgeführten Projekten und in der täglichen Sozialarbeit soll die Aktion/Reaktion-Dynamik überwunden und ein **Ansatz des Zuhörens, der Reflexion und der kritischen Bewertung** angewandt werden.
- Das **Zuhören** als erforderliche Voraussetzung für das Erkennen/Eindämmen eines Vorurteils.
- Die Suche nach **Dialog** als Grundvoraussetzung, um von stigmatisierender Vereinfachung/Verallgemeinerung zur Anerkennung der Komplexität und des kulturell Anderen zu gelangen.
- **Anerkennung der Präsenz der Sinti und Rom** auf historischer und kultureller Ebene.
- Kennenlernen hilft, Vorurteile abzubauen. Die aktive Beteiligung der Sinti ermöglicht ein gegenseitiges Kennenlernen.
- Anerkennung einer Entschädigung für Mediator*innen zwischen der öffentlichen Verwaltung (Sozialarbeiter*innen, Lehrer*innen, etc.) und der Sinti-Gemeinschaft.
- **Miteinbeziehen** der älteren Mitglieder aus der Sinti-Gemeinschaft in alle Bereiche, die die Sinti betreffen, sowohl bei der Entscheidungsfindung als auch bei der Bewältigung von schwierigen/konfliktreichen Situationen.
- Entwicklung einer Fähigkeit zum **Kompromiss** (Respekt vor Vielfalt und Einhaltung vereinbarter Regeln).
- Anerkennung der Kompetenzen und Eigenschaften der Sinti wie beispielsweise des Stellenwerts der Familie.
- Schaffung von Begegnungsräumen (z.B. Sinti Museum)
- Interkulturelle, anthropologische, antirassistische und juristische Ausbildung der Mitarbeiter*innen.
- **Sensibilisierung für kulturelle Vielfalt und im Allgemeinen.**
- **Normative Verankerung:** Staats-/Landes-Gesetz, das die Sinti-Gemeinschaft anerkennt (Orientierung am Statut für die deutsche und ladinische Minderheit in Südtirol: z.B. Sinti im Gesetzestext/Präambel zu den Südtiroler Minderheiten aufnehmen) mit direkter Beteiligung von Seiten der Sinti.

Contatto, cooperazione,
responsabilizzazione
Kontakt, Mitarbeit,
Verantwortungsübernahme

Assistenti sociali con preparazione
culturalmente sensibile
Sozialarbeiter mit kultursensiblen Ausbildung

**È necessario cambiare gli attuali metodi del lavoro sociale
per raggiungere l'obiettivo dell'integrazione?**

**Besteht die Notwendigkeit, die bestehenden Methoden der
Sozialarbeit zu verändern, um Integration zu erreichen?**

Formazione per i collaboratori
Schulungen / Weiterbildung für die
Mitarbeiter

eurac research

Abbildung 6-73: Arbeitsgruppe 4 - Besteht die Notwendigkeit, die bestehenden Methoden der Sozialarbeit zu verändern, um Integration zu erreichen?

- **Beteiligung der Sinti an strategischen /operativen Entscheidungen:** Einbindung der ansässigen Familiengruppen in alle Bereiche, die Sinti betreffen, sowohl in die konkrete Entscheidungsfindung als auch in anderweitig Angelegenheiten (= Kommunikation/kontinuierlicher Dialog)
- Überprüfung der aktuellen Mechanismen der Schule bei der Inklusion und bei der möglichen Bereitstellung neuer Technologien (Ressourcen gehen oft nicht an marginalisierte Personen).
- Verstärkung der **schulischen Integration**.
- Kontinuierliche kritische Reflexion der sozialen Arbeit durch interdisziplinäre Ausbildung.
- Reizvollere Gestaltung der aktuellen Mechanismen der **wirtschaftlichen Unterstützung** (wirtschaftliche und moralische Anerkennung der Bemühungen).
- Der Übergang vom Zustand der Bedürftigkeit zur Autonomie ist sehr instabil: Notwendigkeit einer Überprüfung der Mechanismen des **Mindestlohns und der Förderung der Weiterbildung**, um Anreize zu schaffen.
- „**Positive Diskriminierung**“: Die Methoden zur Wiederherstellung des Gleichgewichts, welche eine gleiche Ausgangsbasis für alle garantieren, sind wirksam (zinslose Mikrokredite...).
- Orientierung an verschiedenen Logiken/Methoden, der **kulturellen Anerkennung** der Sinti, Anerkennung der Sinti als **nationale ethnische Minderheit, Interaktion auf Basis von Dialog, Reziprozität, Respekt**.

- **Interdisziplinäre und interkulturelle Professionalisierung der Mitarbeiter*innen und Direktor*innen in den Bezirken und Schulen.**
- **Einbindung der Sinti Mediator*innen**, um Spannungen und Konflikte in den Bezirken und Schulen durch das Miteinbringen der Geschichte und der Gegenwart der Sinti-Gemeinschaft gegenüberzutreten.
- Ein neuer **sensibler Sprachgebrauch** für eine neue Ebene der Reflexion darüber, was sie für uns sind, nicht nur, wer wir für sie sind (z.B. genaue Definition der Rolle des*r interkulturellen Mediators*in, eines*r sozialen Akteurs*in mit dem Ziel, das soziale Gefüge zu verbinden).
- Das Konzept *„Die lebensweltorientierte Sozialarbeit“* und interkulturelle und anthropologische Ausbildung der Mitarbeiter*innen.
- **Landesweites Netzwerk** aus Expert*innen mit Beteiligung der Sinti.
- Aufnahme der **Anerkennung der Sinti** und ihres symbolischen kulturellen Wertes in Südtirol als Schlüsselbedingung für alle politischen Maßnahmen in die **Vision des Sozialplans der Provinz.**

Situazione abitativa
Wohnsituation

Integrazione nel mondo del lavoro e
partecipazione alla vita sociale
Integration in die Arbeitswelt /
Gesellschaftliches Leben

Varie offerte di integrazione

Verschiedene Integrationsangebote

Partecipazione al sistema
educativo
Beteiligung am Bildungssystem

Arbeit:

- **Strategie zur Arbeitsintegration** (Zusammenarbeit zwischen Sinti und Verwaltung) zur Unterstützung der **Arbeitsautonomie** der Sinti.
- Stärkung der **beruflichen Grundausbildung**.
- Unterstützung der Arbeitsautonomie durch Ausbildung und zinslose Mikrokredite.
- **Projekte für Sinti** auf der Grundlage ihrer spezifischen Ressourcen und Kompetenzen mit Arbeitsmöglichkeiten. Einbeziehung von Sinti, um geeignete Projekte zu finden (vom Arbeitsmarkt nicht abgedeckte Nischen). Siehe das Projekt „ferro vecchio“.
- Anreize für Formen der Bildung und Arbeitsvermittlung auf Basis der bestehenden Richtlinien der Provinz schaffen (Landesgesetz 381/1991).
- Zusammenarbeit zwischen den Schulen, der sozialen Arbeit und der Arbeitswelt (Die Herangehensweise muss noch geklärt werden).
- **Mehr finanzielle Ressourcen** zur Unterstützung der Arbeit der Sinti und der Vereine, welche in diesem Bereich tätig sind, mit speziellem Augenmerk auf die Vereine der Sinti.

Wohnsituation:

- Starke Verbindung zwischen **Wohnsituation und Arbeit**: Problem der einkommensabhängigen Wohnungsvergabe.
- Sinti von Beginn an in die Organisation von ausgestatteten Wohnplätzen, sog. Microaree, **einbinden** (Von einer Notsituation kann nicht die Rede sein, wenn man es mit Situationen zu tun hat, die jahrelang toleriert wurden und dann von heute auf morgen nicht mehr toleriert werden).
- Viele Sinti Familien ziehen es vor, in WOBI Gebäuden bzw. Institutswohnungen oder in Microaree zu wohnen. Vor allem damit keine soziale und kulturelle Trennung geschaffen wird.
- Ein funktionierendes Modell für erweiterte Familien ist die **familiäre Microarea (erweiterte Verwandtschaft)**.
- **Anerkennung der Microaree als kultureller Wohnraum** in der Stadtplanung.
- Microaree als Thema des sozialen Wohnbaus. **Regelung des Rechts auf angemessenen und diversifizierten Wohnraum für die spezifischen Bedürfnisse der Sinti-Gemeinschaft.**
- Positives Beispiel (auf nationaler Ebene) der **Microarea in Lana**, welche auf der Grundlage der **Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde, der Provinz und der Sinti-Gemeinschaft** entstanden ist.
- Konzept für die Unterbringung auf Basis der **Zusammenarbeit von Sinti-Verwalter*innen**. Folgende Kriterien sind dabei sehr wichtig: wenig Bürokratie, Flexibilität, Anpassung an die Situation.
- **Unterstützung für die Gemeinden** (Zuschüsse für die Errichtung von Microaree).

Bildung:

- Bildung der Mehrheitsgesellschaft vs. Bildung der Sinti: Bildung unter Berücksichtigung des **Multikulturalismus** und der **historischen Präsenz der Sinti** als Kulturgruppe in Südtirol (Einbinden der Geschichte und Kultur der Sinti in die Lehrpläne der Schulen).
- Fernbleiben von der Schule / Furcht der Sinti Familien um ihre Kinder aufgrund des strukturellen Rassismus, welcher in den Schulen präsent ist: Vertrauen zwischen den Sinti Familien und den schulischen Institutionen aufbauen. Somit wird den Familien Schritt für Schritt ermöglicht, Ausbildungswege zur Förderung junger Sinti zu schaffen.
- **Ausbildung der Lehrkräfte** (interkulturelle Pädagogik).
- Dreieck Schule-Ausbildung-Arbeit: Schlüsselrolle der Schulen für eine **berufliche und individuelle Bildung**.
- **Individuelle Coachs zur Eingliederung**.
- Stärkung der **aktiven Arbeitspolitik** (Angebot von Schulungen für Nicht-Erwerbstätige, ohne Formen der wirtschaftlichen Unterstützung zu streichen).
- Anerkennung der Sprache der Sinti als Erstsprache und infolgedessen Bedarf an Lehrkräfte mit spezieller Ausbildung (*Deutsch/Italienisch als zweite Sprache*).
- Thematisierung der problematischen und komplexen Thematik der Bildung im Sozialplan bezugnehmend auf das Prinzip der autonomen Minderheit, welches für alle Sektoren der sozialen Politiken gilt.
- **Interdisziplinäre Arbeit, Zusammenarbeit, Austausch von Informationen** zwischen Expert*innen (Sinti-Mediator*innen und Expert*innen, Mitarbeiter*innen mit zehnjähriger Erfahrung, Anthropolog*innen), Schule, soziale Unterstützung.

Invecchiamento
Alterung

Cambio generazionale
Generationenwechsel

Sottogruppi diversi **Verschiedene Untergruppen**

Autonomia delle donne
Autonomie der Frauen

Istruzione e formazione
Schulungen & Weiterbildung

eurac research

Abbildung 6-75: Arbeitsgruppe 4 - Verschiedene Untergruppen

Alterung /Generationenwechsel:

- Die **Großfamilie / Wohnplätze („Microarea“)** ist die geeignetste Umgebung für die Pflege eines pflegebedürftigen älteren Familienmitglieds. Die Pflege in der Familie ist an den Respekt gegenüber der pflegebedürftigen Person und an ihre Würde gebunden.
- Hauspflegekräfte („Badanti“) sind keine geeignete Lösung (dadurch geht der ausgeprägte Sinn für Respekt und Würde des Menschen sowie seine Intimität in Bezug auf die Körperpflege verloren).
- Pflegeheime sind nur im Falle eines fehlenden Familiennetzwerks eine angemessene Lösung.
- Ab dem Alter von 50-60 Jahren ist es schwierig, einen Arbeitsplatz zu finden. Transversales Problem, wie kann wirtschaftliches Einkommen gesichert werden.
- **Prävention** ist ein transversales Schlüsselthema: Miteinbeziehen der Sinti, um Lösungen für ihre spezifische Bedürfnisse zu finden.

Autonomie der Frauen:

- Die Arbeit im Haushalt wird allen Frauen (Angehörige der Sinti oder nicht) weder vergütet noch anerkannt (Systemproblem).
- Anerkennung der von Frauen geleisteten Arbeit im Haushalt (z.B. **bedingungsloses Grundeinkommen** („reddito di cittadinanza“); Überprüfung der aktuellen Kriterien für die Zuordnung von Beiträgen).

- Sowohl für Frauen als auch für Männer ist ihre Familien der Lebensmittelpunkt.
- In der Kultur der Sinti haben Frauen **Wahlfreiheit** und beide Geschlechter werden gleichermaßen respektiert. Es wäre ein starker Eingriff, wenn der Sozialplan Ad-hoc-Strategien für Frauen enthielte.

Ausbildung und Weiterbildung: (siehe vorherigen Punkt).

Input für den zukünftigen Sozialplan

- Interkulturelle, anthropologische, rechtliche und antirassistische Ausbildung der Mitarbeiter*innen.
- Verstärkung der interdisziplinären Arbeit.
- Thematisierung der gesetzlichen Anerkennung der sprachlichen und kulturellen Minderheit der Sinti und Rom im Sozialplan.
- Transversaler Ansatz in allen Phasen der Verwaltung (Planung – Überwachung – Bewertung).
- Definition eines eigenen Budgets im Sozialplan.
- „Positive Diskriminierung“ für eine grundlegende Gleichstellung (z.B. Mikrokredite für autonome Arbeit, Eingliederung in Genossenschaften...).
- Strukturiertes Netzwerk und interdisziplinäre Arbeit.
- Institutionalisierung der Kompetenzen: Kompetenzzentrum mit beratenden/überwachenden Aufgaben für alle Körperschaften (z.B. Konfliktlösung, Unterstützung der Zusammenarbeit, Anleitung zu Good Practices).
- Task Force, die sich regelmäßig zum Vergleich, zum Lernen, zur Ausarbeitung innovativer Lösungen, zur Verbesserung des Ansatzes für strukturell gefährdete Gruppen virtuell (digitale Plattformen) trifft.
- Kommunikativer und partizipativer Ansatz: Alles was gemacht wird, muss unter Einbeziehung der Sinti und Rom gemacht werden (“tutto quello che viene fatto per loro va fatto insieme a loro”)
- Strukturell schwach, kulturell stark (“Deboli strutturalmente, forti culturalmente”): Notwendigkeit der Anerkennung des Wertes als Minderheit sowie der Werte und Fähigkeiten (Kinderbetreuung, Familie, Anpassungsfähigkeit, Resilienz...) auch durch den Gesetzgeber.
- Startbudget plus strukturelles Budget für Interventionen, die unter Einbeziehung von Expert*innen (Sinti-Mediator*innen, Mitarbeiter*innen mit jahrzehntelanger Erfahrung, Anthropolog*innen) beschlossen werden.
- Kontrollauftrag
- Die Veränderungen müssen abgestimmt mit den direkt Betroffenen von unten beginnen (Bottom-up-Strategie).

6.3.4 Arbeitsgruppe 5: Geflüchtete Personen

Welche Schwierigkeiten gibt es in der Praxis bei der Integration von anerkannten Geflüchteten und Asylbewerbern?

- Die größten Schwierigkeiten treten auf, **wenn der Aufenthalt im Aufnahmezentrum beendet ist**, da die bestehenden Wohnangebote meist voll und die Wartezeiten lang sind
- **Schwierigkeiten im Zusammenhang mit privatem Wohnraum:**
 - **Vorurteile** von Vermietern
 - **Negative Rückmeldungen von Vermietern** des privaten Wohnungsmarkts (z.B. sind auf Kosten sitzengeblieben) und daher geringes Interesse an Geflüchtete zu vermieten
 - Wenn Personen **kein Anrecht auf Unterstützung** der finanziellen Sozialhilfe haben (z.B. wenn sie nicht als Flüchtling anerkannt werden), sind viele Wohnungen, auch in der Peripherie, zu teuer
 - Für **Familien** ist es am schwierigsten, Wohnungen zu finden, für **alleinstehende Männer** z.T. etwas leichter (auf der anderen Seite gibt es für Familien mehr Unterstützung von der Bevölkerung, wohingegen sich Einzelpersonen eher selbst helfen müssen)
 - Geflüchteten **fehlen oft die Kenntnisse** darüber, was es bedeutet in einer Mietwohnung zu leben (von Verwaltungsprozeduren bis zu Kondominiumsregeln und z.T. auch alltägliche Tätigkeiten der Hausarbeit)
 - Günstige Wohnungen in der Peripherie sind oft **schlecht ans Netz des öffentlichen Nahverkehrs angebunden** -> Nachteil bei Arbeitstätigkeiten, da sie oft über keinen anerkannten Führerschein verfügen
- **Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Arbeitstätigkeiten:**
 - Anerkennung des **Führerscheins** / Neuerwerb eines hiesigen Führerscheins (bei fehlenden Sprachkenntnissen schwierig)
 - Betriebszeiten der öffentlichen Verkehrsmittel, die gerade in der Peripherie oft nicht mit Arbeitszeiten kompatibel sind
- Geflüchtete haben **kein soziales Netzwerk**, auf das sie z.B. bei der **Kinderbetreuung** zurückgreifen können, wenn sie arbeiten müssen und es kein Kinderbetreuungsangebot gibt
- Bei **traumatisierten Personen** ist meist zunächst eine Bewältigung des Traumas nötig, bevor z.B. an eine Arbeitstätigkeit gedacht werden kann, worüber sich viele in der Sozialarbeit nicht bewusst sind

Wie könnten Schwierigkeiten und Vorurteile konkret überwunden werden? Was braucht es, damit die Integration besser gelingt?

- Es braucht **bereits in den Aufnahmezentren Informationen und Maßnahmen**, um Geflüchtete auf ein Leben hier vorzubereiten
- Es bräuchte auch **nach dem SAI (Sistema di Accoglienza e Integrazione) oft noch Anschlussangebote, da vor allem traumatisierte Menschen mehr Zeit für die Integration in Arbeit und das selbständige Leben brauchen**
- Sowohl Vermieter als auch Geflüchtete brauchen **Ansprechpartner*innen**, die ihnen beim Prozess des Vermietens / Mietens zur Seite stehen – in Trient gibt es z.B. eine kirchliche Organisation, die Wohnberatungen für Geflüchtete anbietet und Abwicklung von Mietverträgen sowie Haftung übernimmt (www.centroastallitrento.it)
- Für Vermieter sollte es eine Art **Garant** geben, der das Risiko des Vermietens an Flüchtlinge mildert (eine Initiative im Pustertal zur Einrichtung eines Garantiefonds scheiterte allerdings in der Vergangenheit)
- Es könnten **Überbrückungshilfen** von Gemeinden gewährt werden, wenn Geflüchtete in finanzieller Not sind und Schwierigkeiten haben, eine Wohnung zu finden
- Es müssten **Arbeiterwohnheime** geschaffen werden bzw. die Möglichkeit **Zimmer** anstatt ganze Wohnungen zu mieten
- Es könnte ein einfacher **Leitfaden** für Geflüchtete erstellt werden, der praktische Informationen gibt (z.B. auch zur Selbstpräsentation in den sozialen Medien), der dann in der ganzen Provinz eingesetzt wird
- Es braucht mehr **Sprach- und Integrationskurse nur für Frauen**, die außerdem auch während des Unterrichts eine Möglichkeit der **Kinderbetreuung** anbieten
- Es hat sich in der Vergangenheit als hilfreich erwiesen, **Sprachkurse getrennt nach Herkunftsländern** anzubieten
- Schwierigkeiten können v.a. dann überwunden werden, wenn Akteure in **Netzwerken** zusammenarbeiten

Wie soll der Übergang von der Notaufnahme zur Autonomie erfolgen? Welche Angebote sind notwendig?

- **Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote (z.B. vom ESF angeboten)**
 - Diese haben den positiven Nebeneffekt, dass sie auch der **sozialen Integration** (unter den Kursteilnehmer*innen) dienen
 - Z.T. müssen allerdings erst **Vorbereitungskurse** (meist sprachlicher Art) angeboten werden, um Geflüchtete zu einem Aus- oder Weiterbildungskurs (z.B. als Hauspflegekraft) zu befähigen
 - Wichtig ist, dass es auch Aus- und Weiterbildungskurse gibt, die speziell auf die Zielgruppe der Geflüchteten **zugeschnitten** sind

- **Kurze, niederschwellige und gezielte Vorbereitungsangebote**, wenn größere Arbeitsbedarfe bekannt werden (wie z.B. bei der Eröffnung der Eurospar-Filiale in der Romstr. Bozen) können sehr erfolgreich sein
- **Praktika / Arbeitstätigkeit**
 - Hierzu sind **Kontakte mit Unternehmen** / dem Unternehmerverband wichtig
 - Es muss vorab **Sensibilisierungsarbeit** geleistet werden
 - **Positive Beispiele** der Integration in die Arbeitswelt sollten bekannt gemacht werden
 - **Positive Erfahrungen** führen außerdem dazu, dass Unternehmen diese dann zu anderen Unternehmen weitertragen
 - Wenn Unternehmen ein Interesse an einem Geflüchteten als Arbeitskraft haben, könnten sie evtl. auch als Vermittler / **Unterstützer bei der Wohnungssuche** und -mietung eingespannt werden
- **Integrationskurse**
 - Zur Vermittlung von **Kultur und Alltagsleben**
 - Könnten (und sollen) auch durch den **ESF** angeboten werden, aber an die Zielgruppe angepasst

Kann die Inklusion von Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen (Krippen und Tagesmutter) und in pädagogische Aktivitäten erleichtert werden, sobald sie ankommen?

- Auch Familien mit noch nicht anerkanntem Status / Familien ohne Arbeit sollten **kostenlosen Zugang** zu Kinderbetreuungsangeboten haben
- Wichtig ist die **früh in die Integration der Kinder zu investieren**, d.h. die Ermöglichung von Betreuung bereits im Kleinkindalter – diese Investition zahlt sich dann später durch bessere Integration aus
- Familien mit Kindern in Betreuungseinrichtungen brauchen oft noch Unterstützung im Alltag durch (am besten weibliche) **Kulturmediator*innen**
- Betreuungspersonal braucht **noch mehr Wissen** über die Begleitung von geflüchteten Personen und Kindern

Sind Ihrer Meinung nach die bereits vorhandenen außerschulischen Angebote ausreichend bzw. reichen sie aus, um die Integration zu fördern und objektive Schwierigkeiten zu überwinden?

- Erstrebenswert ist vor allem, dass Kinder mit Migrationshintergrund **gemeinsam mit allen anderen** ihre außerschulische Zeit verbringen (z.B. in (Sport)Vereinen, Jugendzentren)
- **Nachmittagsbetreuung** an Schulen sollte mehr von Migrantenfamilien genutzt werden, muss dazu aber günstiger / kostenfrei sein
- In Schulen sollte jeden Tag ein **Mensadienst** angeboten werden, nicht nur an Tagen mit Nachmittagsunterricht, so dass Kinder (mit Migrationshintergrund) mittags versorgt sind
- Es bräuchte vor allem **im Sommer** noch mehr kostengünstige Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Weitere Themen:

- Es sollten im Rahmen der Schulautonomie **einheitliche Regeln** erstellt werden, wie von den Schuldirektor*innen damit umzugehen ist, wenn Kinder mit Migrationshintergrund wegen Heimatreisen öfters über **mehrere Wochen der Schule fernbleiben**
- In diesem Zusammenhang braucht es auch noch mehr **interkulturelle Arbeit mit den Eltern**, um ihnen die Wichtigkeit des Schulbesuchs zu vermitteln
- Wichtig sind **Kursangebote für Frauen (und Teenager)** zu:
 - Kindererziehung (kulturelle / rechtliche Aspekte)
 - Sexualaufklärung / eigener Körper

Hier könnten auch die Familienberatungsstellen mitwirken

- **Schulpersonal** kümmert sich nicht immer ausreichend um Kinder mit Migrationshintergrund – dies müsste noch mehr eingefordert werden

Wie können Geflüchtete bei der Verarbeitung von Traumata unterstützt werden (Ethnotherapie)?

- Es bräuchte viel **mehr Wissen / Kompetenz zu Ethnotherapie**, da Psychiater*innen / Psycholog*innen ohne Zusatzausbildung bei Geflüchteten oft an sprachliche Grenzen stoßen
- Ethnopsychiater*innen müssten **Weiterbildungen für alle Mitarbeiter*innen** des Sozialwesens anbieten

- In diesem Zusammenhang muss die **Zusammenarbeit mit dem Gesundheitswesen** und anderen Netzwerkpartnern noch verstärkt werden; es sollen auch (weiterhin) **interdisziplinäre Weiterbildung** angeboten werden

Gibt es einen Bedarf an mehr Schulungen / Weiterbildung für ihre Mitarbeiter?

Es bräuchte mehr Aus- und Weiterbildung zu:

- Ethnotherapie
- Fachliche und rechtliche Themen
- Diversity / interkulturelle Themen

Folgende Personengruppen sollten mehr Aus- und Weiterbildung erhalten:

- Sozialpsychiatrische Dienste
- alle im Gesundheitswesen Tätige
- alle im Sozialwesen Tätige
- Auszubildende an den Berufsschulen
- Lehrer*innen
- Das Thema Aus- und Weiterbildung sollte auch am **Kompetenzzentrum** für soziale Innovation an der Universität Bozen / Brixen aufgegriffen werden
- Ein weiteres wichtiges Thema im Zusammenhang mit Personal: es gibt sehr viel **Wechsel** (z.B. bei den privaten Anbietern, wegen schlechter Bezahlung oder prekären Arbeitsverhältnissen), wodurch aufgebaute **Kompetenz und Fachkenntnisse verloren gehen** / verschenkt werden

Prävention

- Prävention kann nur in **interdisziplinärer Zusammenarbeit** gelingen:
 - Sanität
 - Kulturmediation
 - Netzwerkpartner
- Dazu braucht es auch **interdisziplinäre Weiterbildungen** (z.B. im Bereich Gesundheit für Mitarbeiter*innen des Sozialwesens)...
- ...sowie das **Teilen von Informationen und Erfahrungen** in Netzwerken
- Es müssen aber auch **unrealistische Vorstellungen** von Geflüchteten darüber, was sie hier bekommen, von Anfang an durch Informationen korrigiert werden

- Die **Ressourcen** von Geflüchteten nutzen heißt auch, ihnen **Eigenverantwortung** zugestehen und sie nicht vom System abhängig zu machen (oftmals wird Geflüchteten durch Unterstützung signalisiert, dass diese nicht mit Verpflichtungen verbunden ist – hier muss ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen Hilfsangeboten und Stärkung der Eigenverantwortung (= **Empowerment**))

Zusammenfassung

- Mehr Wohnbegleitung und Vorbereitung von Geflüchteten auf ein autonomes Leben
- Mehr Betreuungsmöglichkeiten für Klein- und Schulkinder
- Spezifische interdisziplinäre Aus- und Weiterbildungen für Personal des Sozialwesens und Auszubildende an den Berufsschulen, zu den Themen Recht, Ethnotherapie, Umgang mit anderen Kulturen
- Mehr Arbeit an Schulen gegen Vorurteile
- Mehr Netzwerkarbeit (auch zwischen privaten und öffentlichen Organisationen) zur Stärkung von Präventionsarbeit
- Gleichgewicht zwischen Hilfe / Unterstützung und Eigenverantwortung finden
- Mehr Kontakt zu Arbeitgebern und Firmen suchen
- ESF Projekte an sprachliche Voraussetzungen der Flüchtlinge anpassen
- Leistbare und zeitlich ausgeweitete Kinderbetreuung / Mensa, damit ein Arbeiten der Eltern ermöglicht wird, ohne dass die Kinder alleine zu Hause sein müssen
- Erwachsenenbildung: Eltern befähigen ihre Kinder in/mit zwei Kulturen aufwachsen zu lassen
- Mehr niederschwellige Kurse (z.B. auch Vorbereitungskurse, um den eigentlichen Kursbesuch zu ermöglichen)
- Mehr Weiterbildung zu interkulturellen Themen von Tagesmüttern
- Mehr Angebote für Geflüchtete für ihre Traumabewältigung
- Familienberatungsstellen sollten mehr Gruppenangebote für geflüchtete Frauen anbieten, vor allem im Bereich Sexualpädagogik
- Weiterhin Stärkung / Ausbau von Qualifizierungen im Bereich Ethnotherapie
- Ausbildungen zu Kulturmediator*innen und vermehrte Einsetzung derselben
- Prävention fördern

6.4 Politische Handlungsspielräume

Dieses Kapitel zeigt strategische Handlungsoptionen in Form von Maßnahmen auf, die aus der Analyse der aktuellen und historischen Daten, den (inter)nationalen Erkenntnissen, Entwicklungstrends sowie Good Practice-Beispielen, der Auswertung der Online-Befragung und den Workshop-Ergebnissen abgeleitet werden können. Es obliegt der Politik bzw. politikvorbereitenden Verwaltung, eine Auswahl zu treffen und im Rahmen des Landessozialplans als strategische Ausrichtung der zukünftigen Maßnahmen festzulegen.

6.4.1 Obdachlose

Entsprechen die derzeitigen **Angebote für obdachlose Menschen** den Bedürfnissen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

Handlungs- option	Das heutige Angebot ist ausreichend bedarfsorientiert ausgerichtet	Anpassung und qualitative Verbesserung des Angebots
	Grundsätzlicher Tenor der Workshops war, dass die Anzahl der Angebote im Land ausreichend ist. Allerdings sind Anpassungen und qualitative Verbesserungen anzudenken.	Das Angebot muss sich an den schnell wechselnden Bedürfnissen der einzelnen Menschen orientieren und es soll ein einheitliches Angebot zur Integration sein, nicht nur Wohnraum. Dafür braucht es besonders in folgenden Bereichen Anpassungen: Zielgruppen • Differenzierung zwischen Obdachlosen und Wohnungslosen ist wichtig, auch Unterscheidung von Asylbewerbern und Obdachlosen. • Es braucht spezifische Angebote für unterschiedliche Zielgruppen: ○ Junge Menschen ○ Obdachlose Familien ○ (Schwangere) Frauen ○ Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen ○ Asylbewerber Methoden & Ansätze der Sozialarbeit • Dienste sollen aufsuchender, näher an der Person sein ○ Veränderung der Sozialsprengel von einer „Komm-Kultur“ in eine „Geh-Struktur“ • Qualitativer Ausbau der niederschweligen Angebote • Es braucht neue Ansätze für junge Menschen, die keine Begleitung / klassischen Angebote möchten

Ansätze und Auswirkungen

Vernetzung

- Analyse des Phänomens auf Landesebene
- Die grundsätzlich gute Zusammenarbeit mit den **Gemeinden** soll noch weiter ausgebaut werden
 - **Rollen und Zuständigkeiten** klären
 - **Kleinstrukturierte Angebote in der Peripherie** schaffen, um bessere Integration zu ermöglichen
 - **Niederschwellige Angebote** (z.B. Dusch-Strukturen) in der Peripherie
- Zusammenarbeit mit der **Sanität** verbessern
 - **Zugang zu Gesundheitsdiensten** vereinfachen
- Dienste sollen **aufsuchender, näher an der Person** sein

Tabelle 6-3: Entsprechen die derzeitigen Angebote für obdachlose Menschen den Bedürfnissen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

6.4.2 Frauen in schwierigen Situationen

Das aktuelle Angebot an Dienstleistungen umfasst verschiedene Bereiche: **Wohnen, Beratung, Arbeit und Gesundheit**. In diesem Abschnitt sollen Handlungsoptionen in den einzelnen Felder aufgezeigt werden.

Entsprechen die derzeitigen **Angebote im Bereich Wohnen** den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

Handlungs- option	Das aktuelle Angebot reicht nicht aus, Anpassungen und Neuerungen sind erforderlich	Das aktuelle Angebot reicht aus
	Die Teilnehmer*innen der Workshops waren sich einig, dass das aktuelle Angebot nicht ausreicht. Es braucht folgende Anpassungen: Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund und Opfer von Menschenhandel • Es braucht Langzeitunterkünfte und Strukturen mit multidisziplinären Teams • Es braucht mehr Einrichtungen in peripheren Gebieten • Es braucht Flüchtlingsunterkünfte, die nur Frauen aufnehmen • Es braucht mehr Begleitung und Betreuung bei der Wohnungssuche und Begleitung auf dem Weg zum selbstständigen Wohnen und Leben Gewaltopfer und besonders vulnerable Frauen • Es braucht mehr Notunterkünfte in der Peripherie • Es braucht mehr Unterstützung bei der sozialen und beruflichen Inklusion ○ Insb. eigene Wohnung nach Aufenthalt in einer Notunterkunft	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Abbildung 6-76: Entsprechen die derzeitigen Angebote im Bereich Wohnen den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

Entsprechen die derzeitigen **Angebote im Bereich Beratung** den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

Handlungs- option	Das aktuelle Angebot reicht nicht aus, Anpassungen und Neuerungen sind erforderlich	Das aktuelle Angebot reicht aus
	Grundsätzlich sind Beratungsmöglichkeiten in Südtirol gegeben. Die Menschen tun sich allerdings oft schwer, sich in psychologische Beratung zu begeben. Zudem braucht es mehr interdisziplinäre Beratung und die Vernetzung kommen oft zu kurz. Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund und Opfer von Menschenhandel - Die sprachliche Barriere muss abgebaut werden - Es braucht mehr und flächendeckende Ethnotherapie und Ethno-Psychiater*innen - Es braucht sprachliche und kulturelle Mediator*innen - Es braucht Fortbildung der Berater*innen, um mit interkulturellen Erfahrungen umgehen zu können Gewaltopfer und besonders vulnerable Frauen - Frauen in der Peripherie müssen besser erreicht und unterstützt werden - Die Finanzierung der psychologischen Beratung muss sichergestellt werden Beratung für gewalttätige Männer: Männer, die mit Aggressionen Schwierigkeiten haben, aber nicht zu expliziten Gewalttätern gehören, müssen ermuntert werden, Hilfe anzunehmen	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Abbildung 6-77: Entsprechen die derzeitigen Angebote im Bereich Beratung den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

Entsprechen die derzeitigen **Angebote im Bereich Gesundheit** den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

Handlungs- option	Das aktuelle Angebot reicht nicht aus, Anpassungen und Neuerungen sind erforderlich	Das aktuelle Angebot reicht aus
	Es gibt eine große Notwendigkeit an psychologischer Betreuung für Frauen, die Opfer von Gewalt oder Traumata wurden. Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund und Opfer von Menschenhandel - Die sprachlichen und kulturellen Barrieren müssen abgebaut werden - Es braucht multidisziplinäre Teams und Zusammenarbeit mit dem Sanitätsbereich - Viele Frauen wissen über ihren Körper nicht Bescheid. Es braucht Basiskurse zum Thema Gesundheitspflege und Körper - Es ist wichtig, dass die Frauen die angebotenen Dienstleistungen der Provinz kennenlernen, sodass sie sie bei Bedarf in Anspruch nehmen können Gewaltopfer und besonders vulnerable Frauen - Alle Dienste für Gewaltopfer sollten kostenlos beansprucht werden können	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Abbildung 6-78: Entsprechen die derzeitigen Angebote im Bereich Gesundheit den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

Entsprechen die derzeitigen **Angebote im Bereich Arbeit** den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

Handlungs- option	Das aktuelle Angebot reicht nicht aus, Anpassungen und Neuerungen sind erforderlich	Das aktuelle Angebot reicht aus
	Arbeit und eigenes Einkommen sind eine wichtige Grundlage zur Selbstbestimmung. Frauen sollen deshalb beim Zugang zur Arbeitswelt (stärker) unterstützt werden. Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund - Die Sprache ist das größte Hindernis beim Zugang zur Arbeitswelt - Es braucht spezifische Sprachkurse für Migrant*innen, die auch den Genderaspekt aufgreifen - Es braucht Möglichkeiten des Austausches wie z.B. Sprachkaffes Studientitel aus den Herkunftsländern sollten anerkannt werden - Es braucht Ausbildungsmöglichkeiten für Erwachsene Gewaltopfer und besonders vulnerable Frauen Frauen in Gewaltsituationen müssen besonders unterstützt werden, um sich durch Arbeit selbstständig machen zu können - Für Frauen mit Kindern ist es generell schwierig, Arbeit zu finden - Es fehlt an Möglichkeiten der Kinderbetreuung	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Abbildung 6-79: Entsprechen die derzeitigen Angebote im Bereich Arbeit den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

6.4.3 Sinti und Rom

Sind die derzeitigen Maßnahmen zur **Integration der Sinti und Rom** ausreichend oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

Handlungs- option	Die derzeitigen Maßnahmen reichen nicht aus, Anpassungen und Neuerungen sind erforderlich	Die derzeitigen Maßnahmen reichen aus
Ansätze und Auswirkungen	Die Teilnehmer*innen der Workshops waren sich einig, dass die derzeitigen Maßnahmen nicht ausreichen. Es braucht folgende Anpassungen: Stereotype in der Gesellschaft • Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern wurde die Verfolgung und Diskriminierung von Sinti und Rom in Italien nie aufgearbeitet • Sinti und Rom sind nicht als Minderheit anerkannt • Stereotype behindern Sinti und Rom in der Schul- und Arbeitswelt • Sinti und Rom wollen keine Integration in die Gesellschaft, sondern eine Interaktion Vorurteile gegenüber Sinti und Rom • Gegenseitige Kenntnis hilft, Vorurteile abzubauen ○ Die historische und kulturelle Präsenz der Sinti und Rom muss anerkannt werden ○ Orte der Begegnung schaffen ○ Den Dialog und Austausch suchen • Normative Verankerung: die Gemeinschaft der Sinti und Rom mit Staats- oder Landesgesetz anerkennen	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Abbildung 6-80: Sind die derzeitigen Maßnahmen zur Integration der Sinti und Rom ausreichend oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

Besteht die Notwendigkeit, die bestehenden **Methoden der Sozialarbeit** zu verändern, um Integration zu erreichen?

Handlungs- option	Die Methoden der Sozialarbeit sollen verändert werden	Die Methoden der Sozialarbeit sind angemessen
Ansätze und Auswirkungen	Die Methoden der Sozialarbeit sollen generell angepasst werden: • Inklusion der Sinti und Rom bei allen sie betreffenden Entscheidungen • Die schulische Integration verbessern ○ Aus- und Weiterbildung des Personals in interkulturellen Aspekten ○ Einbeziehung von Mediator*innen • Einfache, unbürokratische finanzielle Unterstützung Hinzu kommen bereichsspezifische Anpassungen: Arbeit • Strategie zur Zusammenarbeit zwischen Sinti und Rom und der öffentlichen Verwaltung, um ihre Arbeitsautonomie sicherzustellen • Berufsbildung und fachspezifische Ausbildung verstärken • Mehr finanzielle Mittel zur Arbeitseingliederung der Sinti und Rom Wohnen • Sinti und Rom bei der Organisation und Gestaltung von Wohnplätzen („Microaree“) von Beginn an einbeziehen • Unterstützung der Gemeinden für die Errichtung von Wohnplätzen Bildung • Schulen für multikulturelle Aspekte und die geschichtliche Präsenz der Sinti und Rom im Territorium sensibilisieren • Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte hinsichtlich interkultureller Aspekte	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Alterung und Generationenwechsel

- Die **Großfamilien und Wohnplätze** sind das am besten geeignete Umfeld, um ältere Personen zu pflegen und betreuen
 - Hauspflegekräfte („Badanti“) sind keine geeignete Lösung
 - Seniorenwohnheime sind nur in Ausnahmefällen und bei fehlenden familiären Netzwerken eine geeignete Lösung

Autonomie der Frauen

- In der Kultur der Sinti und Rom haben die Frauen Wahlfreiheit
- **Hausarbeit** muss anerkannt und vergütet werden
 - z.B. durch bedingungsloses Grundeinkommen („reddito di cittadinanza“)

Abbildung 6-81: Besteht die Notwendigkeit, die bestehenden Methoden der Sozialarbeit zu verändern, um Integration zu erreichen?

6.4.4 Geflüchtete Personen

Entsprechen die derzeitigen **Angebote für Geflüchtete** den Bedürfnissen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

Handlungs- option	Das aktuelle Angebot reicht nicht aus, Anpassungen und Neuerungen sind erforderlich	Das aktuelle Angebot reicht aus
	Ansätze und Auswirkungen	
	Die größten Schwierigkeiten treten auf, wenn der Aufenthalt im Aufnahmezentrum beendet ist. Es braucht folgende Anpassungen: • Mehr Wohnbegleitung und Vorbereitung von Geflüchteten auf ein autonomes Leben • Bessere Integration in die Arbeitswelt ○ Ausweitung der Kinderbetreuung, damit die Arbeit der Eltern ermöglicht wird • Aus- und Weiterbildungen für Personal des Sozialwesens ○ Themen: Recht, Ethnotherapie, Umgang mit anderen Kulturen ○ Ausbildung von Kulturmediator*innen • Niederschwellige Angebote ○ z.B. Vorbereitungskurse, um den eigentlichen Kursbesuch zu ermöglichen • Mehr Angebote zur Traumabewältigung Dabei gilt es immer, das Gleichgewicht zwischen Hilfe / Unterstützung und Eigenverantwortung zu finden und das Empowerment der Geflüchteten zu fördern.	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Abbildung 6-82: Entsprechen die derzeitigen Angebote für Geflüchtete den Bedürfnissen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?

7 Bereich Dritter Sektor

Das Südtiroler Sozialwesen umfasst einerseits Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung (Abteilung 24, Bezirksgemeinschaften und Gemeinden) und andererseits Organisationen des Dritten Sektors (Vereine, Sozialgenossenschaften, Stiftungen, religiöse Einrichtungen, Dachverbände).

Den rechtlichen Rahmen bilden das Staatsgesetz 106/2016, die *Delegierung der Regierung für die Reform des Dritten Sektors, des Sozialunternehmens und der Disziplin des allgemeinen Zivildienstes*,⁶³ sowie die Gesetzesverordnung 117/2017, der *Kodex des Dritten Sektors*.⁶⁴

Die wichtigsten Akteure des Dritten Sektors sind in der folgenden Grafik zusammengefasst:



Abbildung 7-1: Die Akteure des Dritten Sektors⁶⁵

⁶³ Legge 106/2016 "Delega del Governo per la riforma del Terzo Settore, dell'impresa sociale e per la disciplina del servizio civile universale"

⁶⁴ D.Lgs.117/2017 "Codice del Terzo Settore"

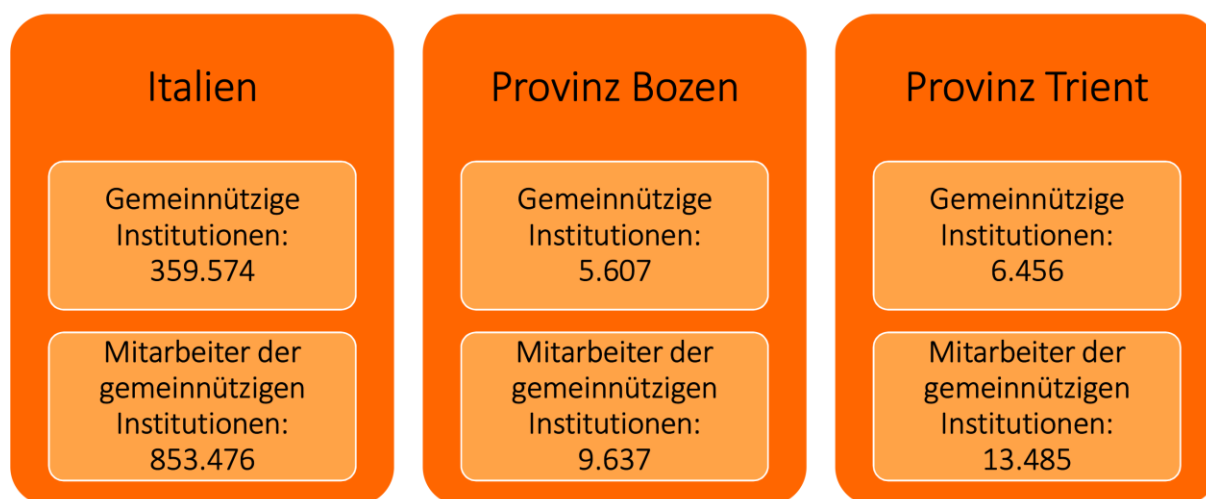
⁶⁵ Trentini (2021)

Die öffentliche Verwaltung nimmt im Dritten Sektor, insbesondere hinsichtlich der Einbeziehung der Körperschaften des Dritten Sektors, eine Schlüsselrolle ein. Art. 55 des Kodex des Dritten Sektors definiert diese so:⁶⁶

„Die öffentlichen Verwaltungen gewährleisten in Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, des Grundsatzes der Zusammenarbeit, der Wirksamkeit, der Effizienz und der Wirtschaftlichkeit bei der Ausübung ihrer Planungs- und Organisationsaufgaben, betreffend die Maßnahmen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse auf territorialer Ebene, die aktive Miteinbeziehung der Körperschaften des Dritten Sektors in Form von gemeinsamer Programmierung, der Mitgestaltung und der Akkreditierung, ...“⁶⁷

In Südtirol wie auch in Italien nimmt der Dritte Sektor – gemessen an der Zahl der gemeinnützigen Institutionen und ihrer Mitarbeiter*innen – eine bedeutende Rolle im Sozialbereich ein.

Gemeinnützige Institutionen und Mitarbeiter Jahr 2018



Quelle: Istat, Struttura e profili del settore non profit, 2020

Abbildung 7-2: Gemeinnützige Institutionen und Mitarbeiter*innen des Dritten Sektors⁶⁸

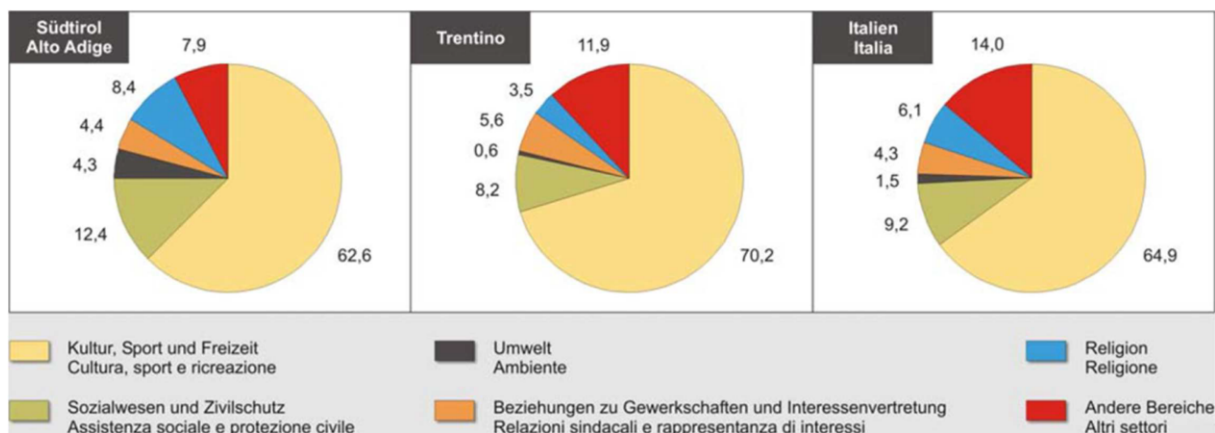
Die meisten Non-Profit-Organisationen (NPOs) haben ihren Haupttätigkeitssektor im Bereich *Kultur, Sport und Freizeit*. In Südtirol ist der Anteil der NPOs mit Haupttätigkeitssektor im *Sozialwesen und Zivilschutz* deutlich höher als im Rest Italiens.

⁶⁶ D.Lgs.117/2017 “Codice del Terzo Settore”

⁶⁷ Trentini (2021)

⁶⁸ Trentini (2021)

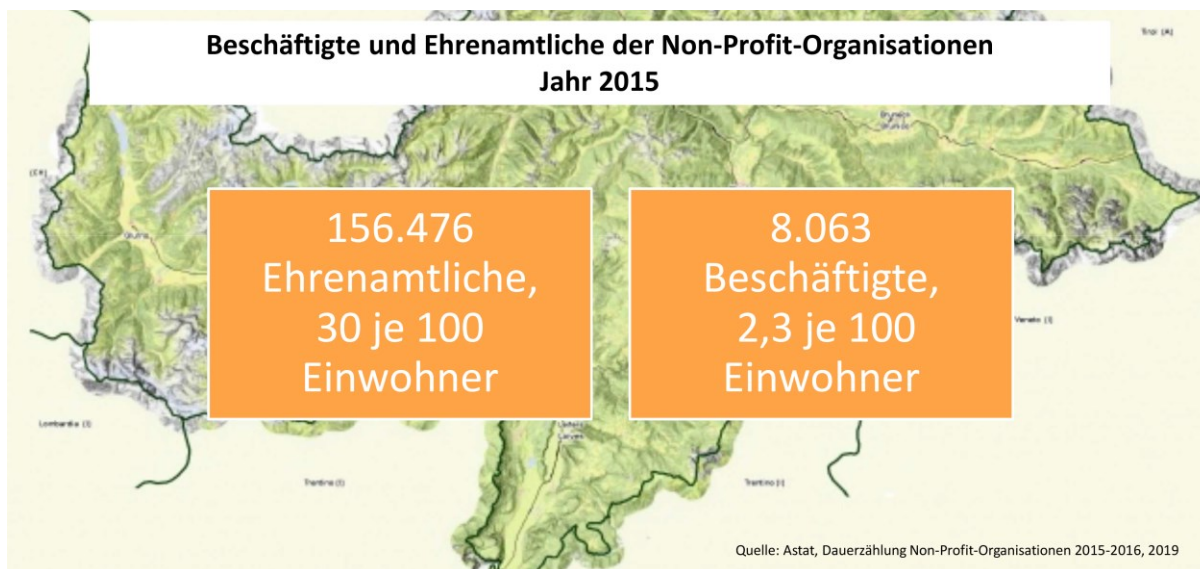
Non-Profit-Organisationen nach Haupttätigkeitssektor Jahr 2015



Quelle: Astat, Dauerzählung Non-Profit-Organisationen 2015-2016, 2019

Abbildung 7-3: Non-Profit-Organisationen nach Haupttätigkeitssektor⁶⁹

Dabei spielt Südtirols stark ausgeprägtes Freiwilligenwesen eine zentrale Rolle. Die Zahl der ehrenamtlich Tätigen übersteigt jene der Beschäftigten der NPOs um das Vielfache.



Quelle: Astat, Dauerzählung Non-Profit-Organisationen 2015-2016, 2019

Abbildung 7-4: Beschäftigte und Ehrenamtliche der Non-Profit-Organisationen Südtirols⁷⁰

Auch aus finanzieller Sicht ist der Dritte Sektor von Bedeutung:

⁶⁹ Trentini (2021)

⁷⁰ Trentini (2021)

Einnahmen und Ausgaben der Non-Profit-Organisationen Jahr 2015



Einnahmen 753 Millionen Euro:

- 35 % Kultur, Sport und Freizeit;
- 20,7 % Sozialfürsorge und Zivilschutz;
- 12,2 % Gesundheit;
- 8,9 % Bildung und Forschung;
- 23,2 % Weitere.

Ausgaben 727 Millionen Euro

Quelle: Astat, Dauerzählung Non-Profit-Organisationen 2015-2016, 2019

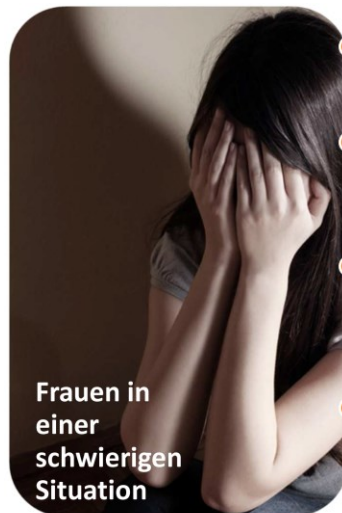
Abbildung 7-5: Einnahmen und Ausgaben der Non-Profit-Organisationen Südtirols⁷¹

Die nachfolgenden Abbildungen zeigen die wichtigsten Indikatoren des Dritten Sektors in den verschiedenen Bereichen des Sozialwesens:



**Kinder und
Familien in Not**

- Aktive Organisationen in Kontakt mit den Ämtern: **22**
- Organisationen die mit laufenden Beiträgen finanziert werden: **10**
- Gewährte Beiträge für laufende Spesen: **1.475.429,36 €**
- Haupttätigkeiten:
 - 30% Sommer- und Winteraufenthalte
 - 20% Freizeit- und Sportaktivitäten
 - 20% Beratung und Patronatstätigkeit
 - 20% Information und Sensibilisierung



**Frauen in
einer
schwierigen
Situation**

- Aktive Organisationen in Kontakt mit den Ämtern: **13**
- Organisationen die mit laufenden Beiträgen finanziert werden: **10**
- Gewährte Beiträge für laufende Spesen: **698.518,31 €**
- Haupttätigkeiten:
 - 60% Beratung und Patronatstätigkeit
 - 30% Soziale Wohlfahrtsaktivitäten und -dienstleistungen

Quelle: Autonome Provinz Bozen, Abteilung Soziales, 2018

Abbildung 7-6: Indikatoren zu Kindern und Familien in Not & Frauen in einer schwierigen Situation⁷²

⁷¹ Trentini (2021)

⁷² Trentini (2021)



Quelle: Autonome Provinz Bozen, Abteilung Soziales, 2018

Abbildung 7-7: Indikatoren zu Erwachsenen in sozialer Ausgrenzung & Asylbewerbern⁷³



Quelle: Autonome Provinz Bozen, Abteilung Soziales, 2018

Abbildung 7-8: Indikatoren zu Menschen mit Behinderungen, mit einer psychischen Erkrankung und Abhängigkeitserkrankungen & Senioren⁷⁴

⁷³ Trentini (2021)

⁷⁴ Trentini (2021)



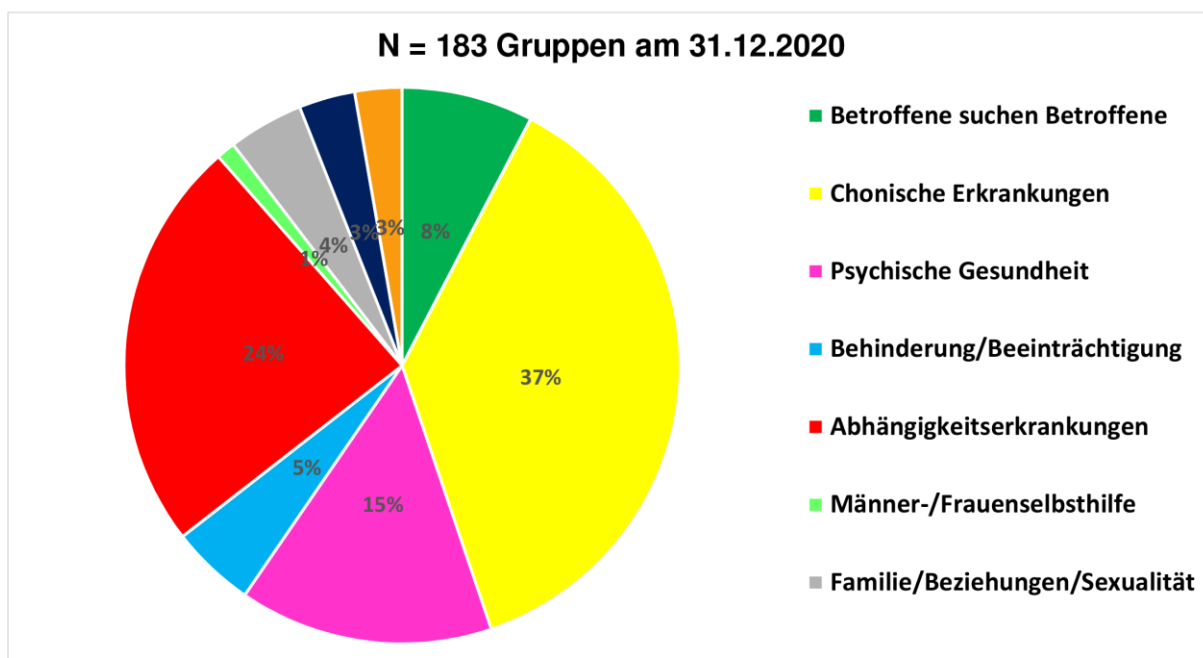
Quelle: Autonome Provinz Bozen, Abteilung Soziales, 2018

Abbildung 7-9: Indikatoren zu Mitarbeiter*innen des Sozialwesens & lokalen Gemeinschaften⁷⁵

Schlussendlich darf nicht vergessen werden, dass neben den organisierten Formen wie NPOs und Vereinen auch nicht organisierte Formen der Gemeinwesenarbeit einen wichtigen Bestandteil des Dritten Sektors in Südtirol bilden. Ein Beispiel dafür ist die große Zahl an Selbsthilfegruppen:

⁷⁵ Trentini (2021)

Selbsthilfegruppen nach Themenbereichen Jahr 2020



Quelle: Dachverband für Soziales und Gesundheit, Tätigkeitsbericht 2020

Abbildung 7-10: Selbsthilfegruppen nach Themenbereichen⁷⁶

Die Dienste und Leistungen des Dritten Sektors sind also äußerst vielfältig und divers. Die Vereine, NPOs und insbesondere auch Selbsthilfegruppen und Freiwillige passen ihre Tätigkeiten und ihr Angebot laufend an die Bedürfnisse der Menschen an. Aus diesem Grund können in diesem Bereich keine wissenschaftlich validen Prognosen erstellt werden. In der Folge werden stattdessen (inter)nationale Erkenntnisse und Entwicklungstrends aufgezeigt, anhand derer sich die zukünftige Entwicklung auch in Südtirol abschätzen lässt.

⁷⁶ Trentini (2021)

7.1 (Inter)Nationale Erkenntnisse, Entwicklungstrends und Good Practice-Beispiele

Die Eckdaten aus der Einleitung dieses Kapitels geben bereits einen Eindruck des Umfangs und der Bedeutung des Dritten Sektors. Internationale Untersuchungen fassen diese Bedeutung in Zahlen. Im Jahr 2014 – das letzte Jahr, für das die Daten vollumfänglich verfügbar sind – beschäftigte der Dritte Sektor der EU 28 Mitgliedstaaten und Norwegen 29,1 Millionen Vollzeitäquivalente. Dies umfasst sowohl die bezahlten Mitarbeiter*innen als auch ehrenamtlich beschäftigte. Gemessen an den Arbeitskräften liegt der Dritte Sektor damit an dritter Stelle aller Wirtschaftszweige.⁷⁷

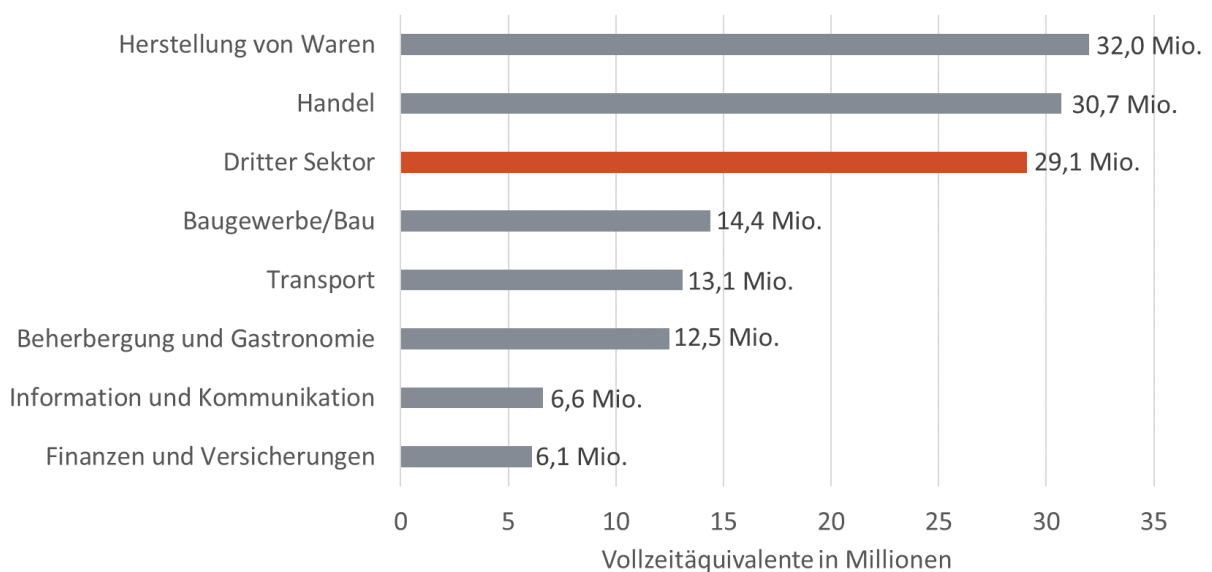


Abbildung 7-11: Die Bedeutung des Dritten Sektors in Europa⁷⁸

⁷⁷ Salamon & Sokolowski (2018)

⁷⁸ Salamon & Sokolowski (2018)

Mit 16 Millionen Vollzeitäquivalenten machen die Freiwilligen mehr als die Hälfte der Arbeitsleistung des Dritten Sektors aus:

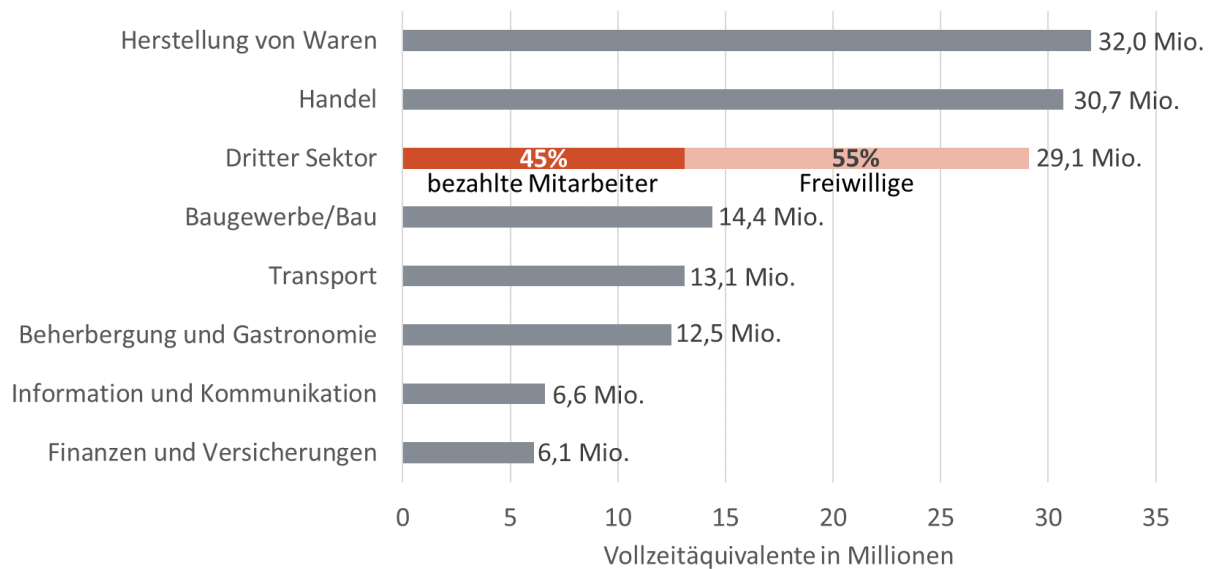


Abbildung 7-12: Die Bedeutung des Dritten Sektors in Europa - bezahlte Mitarbeiter*innen & Freiwillige⁷⁹

Knapp Sieben Millionen Vollzeitäquivalente der ehrenamtlich Tätigen erbringen ihre Arbeitsleistung dabei in organisierter Form, also durch Non-Profit-Organisationen, Vereine und dergleichen. Ungefähr Neun Millionen Vollzeitäquivalente sind hingegen nicht organisiert und Erbringen ihre Arbeitsleistung direkt, beispielsweise in Form von Gemeinwesenarbeit und Nachbarschaftshilfe.⁸⁰

Auf internationaler Ebene setzt sich der Dritte Sektor dabei wie folgt zusammen:

⁷⁹ Salamon & Sokolowski (2018)

⁸⁰ Salamon & Sokolowski (2018)

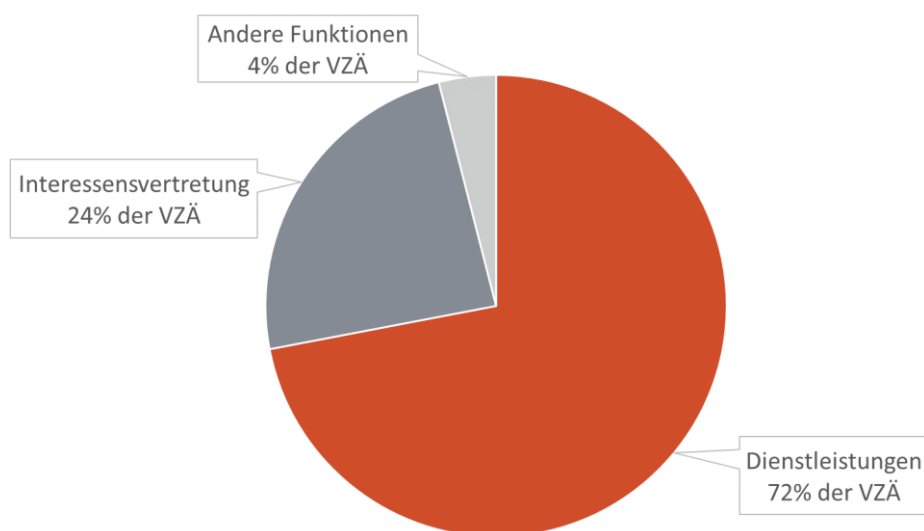


Abbildung 7-13: Zusammensetzung des Dritten Sektors in Europa⁸¹

Für Südtirol von besonderem Interesse ist dabei der Dienstleistungssektor, der wie folgt weiter in Dienstleistungen in organisierter Form und nicht organisierte Freiwilligenarbeit unterschieden werden kann:

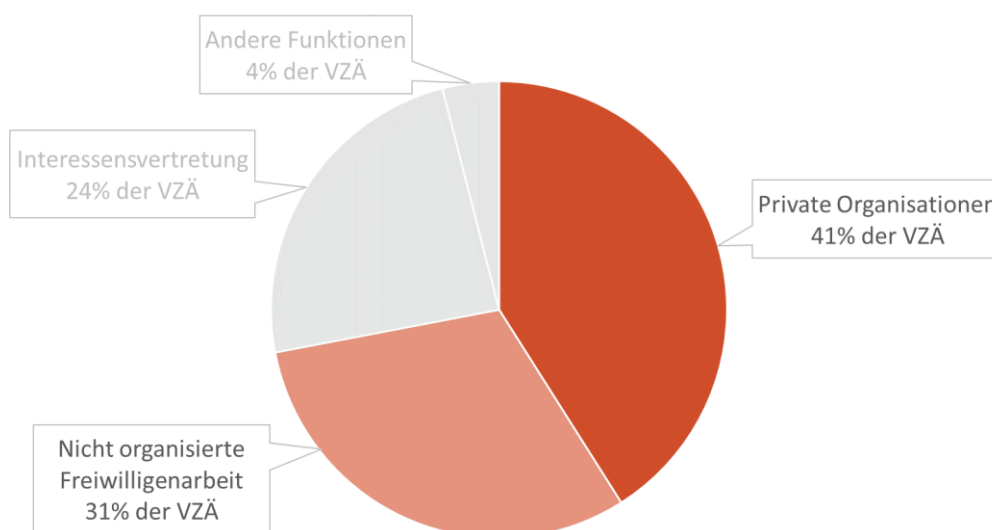


Abbildung 7-14: Zusammensetzung des Dritten Sektors in Europa - private Organisationen & nicht organisierte Freiwilligenarbeit⁸²

⁸¹ Salamon & Sokolowski (2018)

⁸² Salamon & Sokolowski (2018)

Die Entwicklung der bezahlten Beschäftigten des Dritten Sektors – vor allem auch im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – veranschaulicht die stetig wachsende Bedeutung dieses Bereichs.

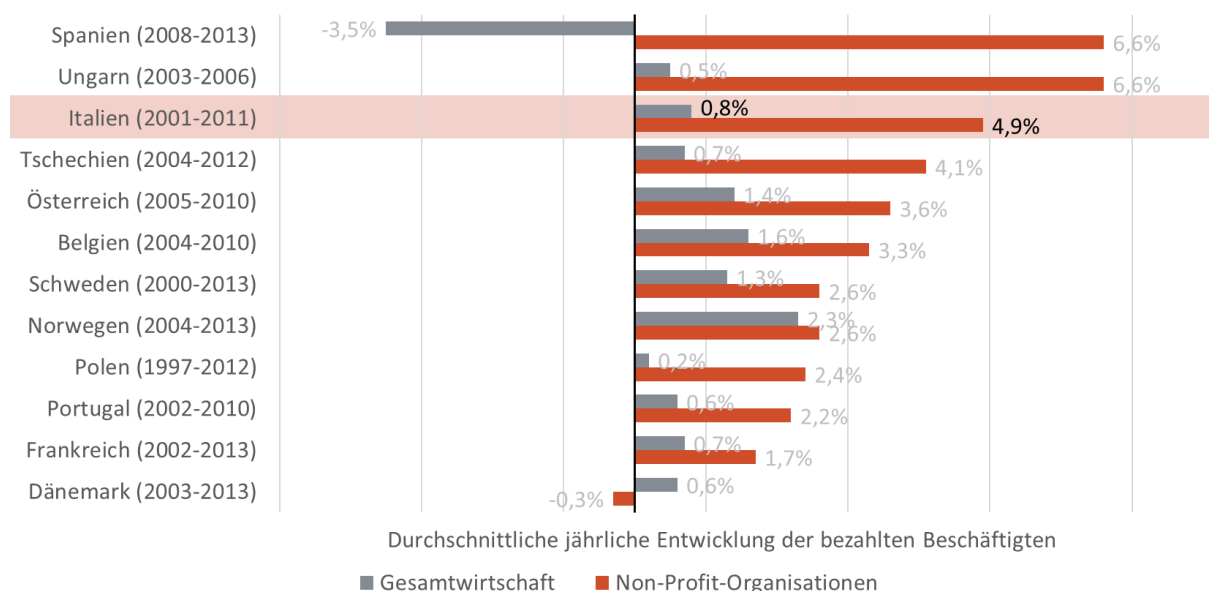


Abbildung 7-15: Durchschnittliche jährliche Entwicklung der bezahlten Beschäftigten⁸³

Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt und die Bedeutung des Dritten Sektors (inter)national und in Südtirol weiter zunimmt. Deshalb gilt es, Trends und Herausforderungen, die sich heute bereits auf europäischer Ebene abzeichnen, genau zu beobachten, da sie zukünftig auch für Südtirol von großer Bedeutung sein werden.

Eine der großen Entwicklungstendenzen ist der Wandel hin zu mehr **Leistung und Wettbewerb**, auch im Dritten Sektor. Öffentliche Verwaltungen arbeiten bereits heute mit profit- und nichtgewinnorientierten Anbietern unter Konkurrenzbedingungen zusammen. Um langfristig bestehen zu können, müssen die Organisationen des Dritten Sektors marktnäher operieren und sich dem Wettbewerb stellen.⁸⁴ Ein Beispiel für diese Entwicklung in Südtirol ist der wachsende Fokus auf Vergabeverfahren bei der Beauftragung von Dienten und Leistungen im Sozialwesen.

⁸³ Salamon & Sokolowski (2018)

⁸⁴ Priller (2014), Simsa & Zimmer (2014)

Die Organisationen des Dritten Sektors antworten auf den wirtschaftlichen Druck mit ökonomischer Professionalisierung, Effizienzsteigerung und Wirkungsorientierung. Einerseits können diese Entwicklungen vorteilhaft sein und sind zu begrüßen. Die große Herausforderung ist aber, dass die Organisationen und der Dritte Sektor insgesamt ihren sozialen Charakter nicht verlieren dürfen.⁸⁵

Der zunehmende Wettbewerb und Leistungsdruck haben auch erhebliche Auswirkungen auf die **Beschäftigung und Arbeitsbedingungen** im Dritten Sektor. Insbesondere die Beschäftigungsverhältnisse selbst sind kompetitiver, instabiler und zeitlich überwiegend befristet geworden. Hinzu kommt, dass das Lohnniveau im Dritten Sektor traditionell geringer und der Frauenbeschäftigungsanteil höher ist als in anderen Wirtschaftszweigen. Eine Herausforderung ist demnach das Risiko eines Attraktivitätsverlusts und möglicherweise sogar der Entwicklung des Dritten Sektors zu einem Billiglohnsektor primär für Frauen.⁸⁶

Der zunehmende Wettbewerb macht auch vor den **Freiwilligen** nicht Halt. Leistungsdruck, Wettbewerb und Professionalisierung erschweren die Einbindung von Freiwilligen. Diese können sich oft nur stundenweise und unregelmäßig einbringen, was eine Planung natürlich ungemein erschwert. Dies gilt insbesondere für effizient gemanagte Organisationen, die in starker Konkurrenz mit anderen Einrichtungen stehen. Gleichzeitig sind Freiwillige heutzutage weniger bereit, sich lebenslang an eine Organisation zu binden. Sie üben vielmehr immer häufiger zeitlich begrenzte, projektförmige Aktivitäten aus und werden bei der Auswahl ihrer Betätigungsbereiche immer selektiver. Auch Südtirols Organisationen des Dritten Sektors müssen sich auf diese Trends einstellen und den ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen Raum zur Entfaltung bieten, um nicht zu riskieren, sie ganz zu verlieren.

⁸⁵ Priller (2014), Simsa & Zimmer (2014)

⁸⁶ Priller (2014)

7.2 Online-Umfrage

Um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen und das allgemeine Stimmungsbild als Diskussionsgrundlage der Workshops heranziehen zu können wurde den Stakeholdern ein Zugangslink zu einer Online-Umfrage zugesandt.

Beim Fragebogen für den Dritten Sektor handelte es sich um einen gemeinsam von den Vertreter*innen der Wissenschaftlichen Begleitung (Institut für Public Management der Eurac Research) mit den Vertreter*innen der zuständigen Landesämter in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe des Projektes konzipierten Online-Erhebungsbogen mit insgesamt 44 Fragen, darunter auch 15 offene Fragen und vorab zugesandtem Zugangslink.

Die von Eurac Research im System Opinio realisierte Umfrage bestand konkret aus den Bereichen Rolle der öffentlichen Verwaltung im Sozialwesen, Rolle des Dritten Sektors im Sozialwesen, Rolle der gewinnorientierten Unternehmen im Sozialwesen, Beteiligung des Dritten Sektors an der Gestaltung von sozialen Dienstleistungen und Zusammenarbeit, Forschung und Innovation im Sozialwesen, Kommunikation und Netzwerkarbeit im Sozialwesen, Rolle von Freiwilligen im Sozialwesen, Rolle von bezahlten Mitarbeiter*innen im Sozialwesen, Zusammenarbeit von Freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter*innen im Sozialwesen, Anerkennung der Freiwilligenarbeit im Sozialwesen sowie Nachwuchsförderung und Zukunft der Freiwilligen im Sozialwesen. Der Link für den Zugang wurde über die offizielle Email-Adresse der zuständigen Landesrätin an zahlreiche von Seiten der jeweiligen Landesämter und -abteilung ausgewählte Organisationen, Stakeholder und Personen im Feld übermittelt und angeregt, den Link an interessierte Personen weiterzuleiten.

Die Ergebnisse der Befragung (inkl. quantitativer Daten) wurden von der Eurac Research neben den wissenschaftlichen Prognosen als „Vorab-Umfrage“ in den jeweiligen Arbeitsgruppen (ca. eine Woche später bei insgesamt fünf AGs im Falle des Dritten Sektors) zur Diskussion gestellt.

Insgesamt haben 310 Personen die Umfrage abgerufen und 181 Personen (teilweise) ausgefüllt, sodass diese in der Auswertung berücksichtigt werden konnten. Die Teilnehmer*innen der Befragung machten von der Möglichkeit einer auch qualitativen Antwort umfassend Gebrauch. In der nachfolgenden Tabelle sind die insgesamt 626 Statements entsprechend den einzelnen Themenbereichen aufgeschlüsselt.

Bereich	Anzahl Statements
Die Rolle der öffentlichen Verwaltung im Sozialwesen	keine offenen Fragen
Die Rolle des Dritten Sektors im Sozialwesen	keine offenen Fragen
Die Rolle der gewinnorientierten Unternehmen im Sozialwesen	62
Beteiligung des Dritten Sektors an der Gestaltung von sozialen Dienstleistungen und Zusammenarbeit	158
Forschung und Innovation im Sozialwesen	58
Kommunikation und Netzwerkarbeit im Sozialwesen	45
Die Rolle von Freiwilligen im Sozialwesen	36
Die Rolle von bezahlten Mitarbeiter*innen im Sozialwesen	keine offenen Fragen
Zusammenarbeit von Freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter*innen im Sozialwesen	127
Anerkennung der Freiwilligenarbeit im Sozialwesen	79
Nachwuchsförderung und Zukunft der Freiwilligen im Sozialwesen	61

Tabelle 7-1: Übersicht über die Anzahl der Statements zu den Fragen mit offen gehaltener Antwortmöglichkeit im Fragebogen (nach Themenbereichen aggregiert)

Bei der Auswertung der offenen Fragen mussten einige wenige der Antworten (z.B. Platzhalter wie „X“ oder Zahlen) ausgeschieden werden, weil sie nicht eindeutig interpretierbar waren.

Die methodischen Anmerkungen zur qualitativen Auswertung werden am Beispiel des Bereiches „Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen“ im Abschnitt 8.2.1 erläutert.

Die Befragten setzen sich wie folgt zusammen:

- 70 Teilnehmer*innen (38,7 %) sind in gemeinnützigen privaten Organisationen, 40 Teilnehmer*innen (22,1 %) in Genossenschaften, 37 Teilnehmer*innen (20,4 %) im öffentlichen Dienst, 20 Teilnehmer*innen (11 %) in Stiftungen, 12 Teilnehmer*innen (6,6 %) in sonstigen privaten Einrichtungen und 2 Teilnehmer*innen (1,1 %) in Selbsthilfegruppen tätig.
- Von diesen 181 Personen waren 78 Mitarbeiter*innen (43,1 %), 71 Führungskräfte (39,2 %), 18 Freiwillige (9,9 %) und 14 Personen (7,7 %) in einer sonstigen Funktion.

7.2.1 Rolle der öffentlichen Verwaltung, des Dritten Sektors und der gewinnorientierten Unternehmen im Sozialwesen

Vergleichend kann gesagt werden, dass die Befragten sowohl eine zukünftig stärker werdende Rolle der öffentlichen Verwaltung (Landesverwaltung, Bezirksgemeinschaften und Gemeinden) als auch der Organisationen des Dritten Sektors (Non-Profit-Organisationen) im Vergleich zu heute sehen.

- Diese stärker werdende Rolle der öffentlichen Verwaltung betrifft die Steuerung & Festlegung der Rahmenbedingungen, die Ausrichtung & Koordination, die Kontrolle, die Qualitätssicherung, die Freiwilligenarbeit, die Selbst-, Interessens- und Betroffenenvertretung, Innovation & Forschung und die Sensibilisierung & Information. Hinsichtlich der Erbringung eigener Leistungen und der Finanzierung sehen die Befragten keine veränderte Rolle der öffentlichen Hand.

Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach die öffentliche Verwaltung (Provinz, BZG, Gemeinden) im Sozialwesen?

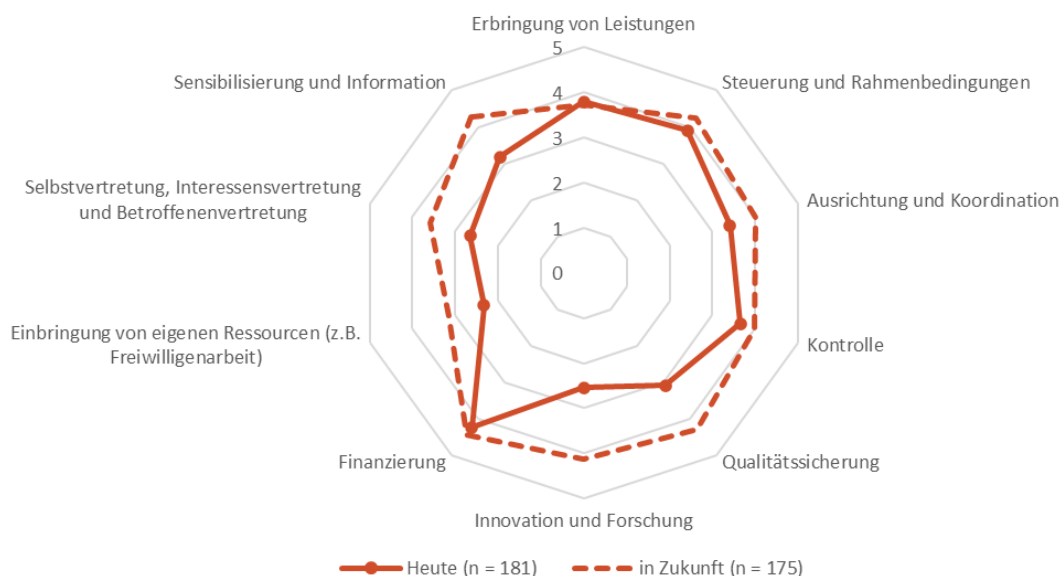


Abbildung 7-16: Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach die öffentliche Verwaltung (Provinz, BZG, Gemeinden) im Sozialwesen?

- In Bezug auf die Qualitätssicherung als auch hinsichtlich Innovation & Forschung wird eine aktivere Rolle der öffentlichen Verwaltung erwartet.

- Eine stärker werdende Rolle des Dritten Sektors wird in der Steuerung & Festlegung der Rahmenbedingungen, in der Ausrichtung & Koordination, in der Kontrolle, in der Qualitätssicherung, in der Freiwilligenarbeit, in der Selbst-, in der Interessens- und Betroffenenvertretung, in der Innovation & Forschung und in der Sensibilisierung & Information erwartet. Hinsichtlich der Einbringung von eigenen Ressourcen (z.B. Spenden oder Freiwilligenarbeit) wird keine Rollenänderung erwartet.

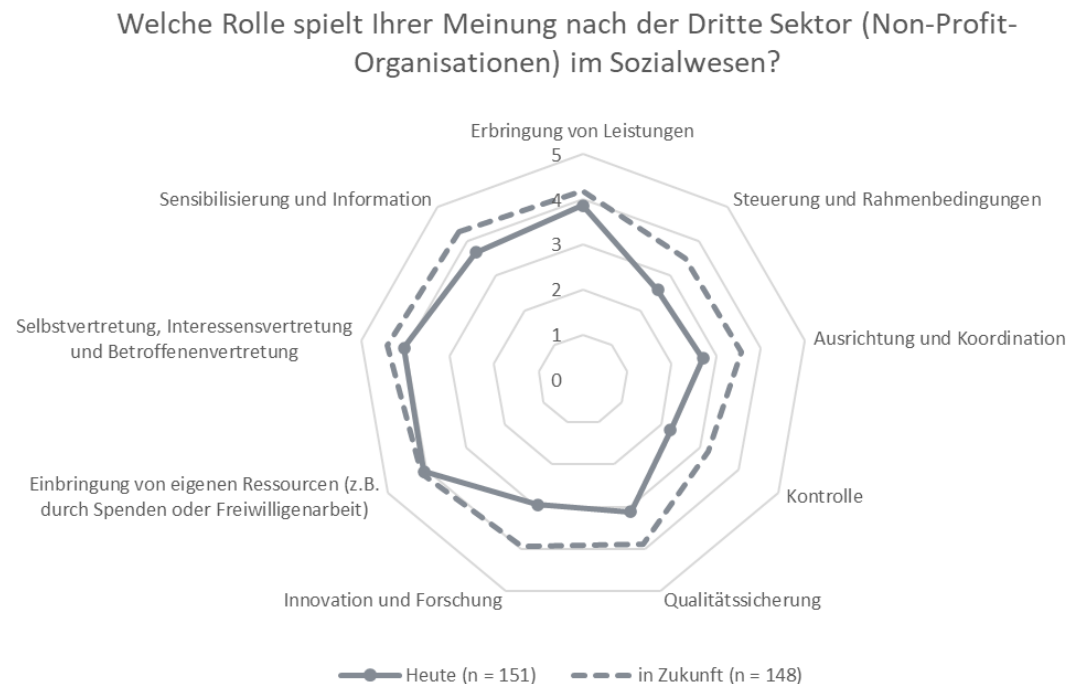


Abbildung 7-17: Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach der Dritte Sektor (Non-Profit-Organisationen) im Sozialwesen?

- In der Einschätzung der Befragten werden gewinnorientierte Unternehmen im Sozialwesen wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft keine wichtige Rolle spielen, insbesondere was die Erbringung von Sozialleistungen betrifft.



Abbildung 7-18: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach gewinnorientierte Unternehmen im Sozialwesen?

Der Vergleich der von Befragten eingeschätzten Rollen gegenwärtig und zukünftig bestätigt die weiterhin untergeordnete Rolle der gewinnorientierten Unternehmen im Südtiroler Sozialwesen. Weiters zeigt der Vergleich, dass die Befragten eine zukünftig stärkere Rolle der öffentlichen Verwaltung sehen und auch deren Wahrnehmung erwarten. Aus der Befragung geht auch hervor, dass sich der Dritte Sektor stärker als Leistungserbringer sieht.

Zukünftige Rolle der öffentlichen Verwaltung, des Dritten Sektors und der gewinnorientierten Unternehmen im Sozialwesen



Abbildung 7-19: Zukünftige Rolle der öffentlichen Verwaltung, des Dritten Sektors und der gewinnorientierten Unternehmen im Sozialwesen

7.2.2 Leistungsangebot gewinnorientierter Unternehmen

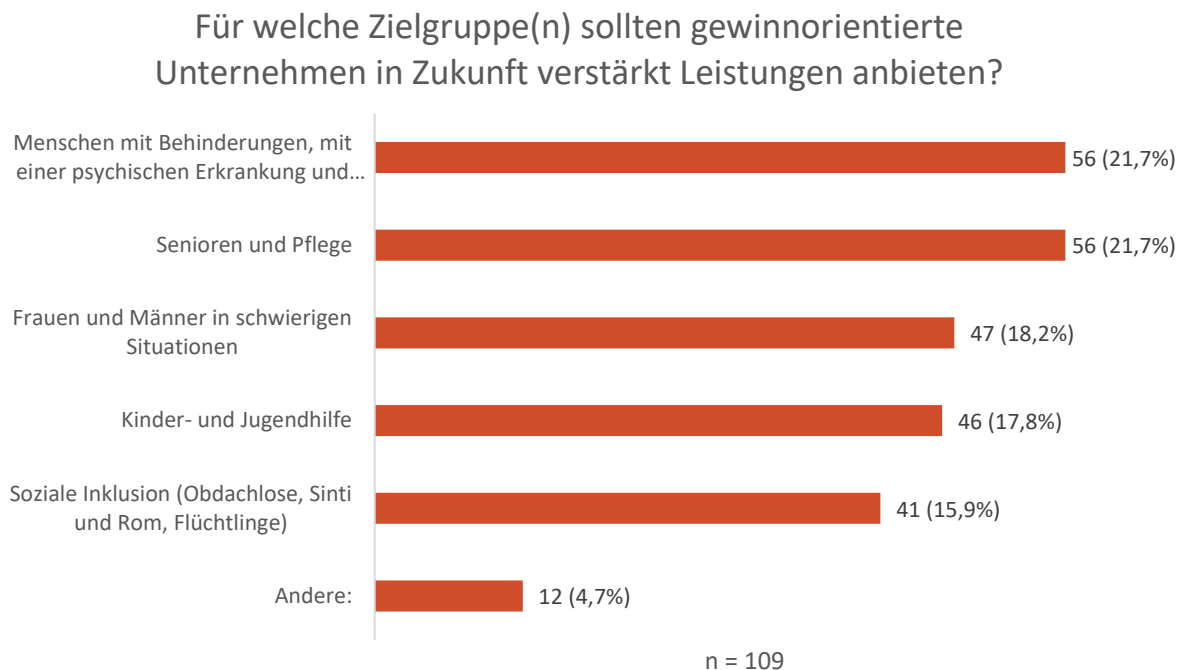


Abbildung 7-20: Für welche Zielgruppe(n) sollten gewinnorientierte Unternehmen in Zukunft verstärkt Leistungen anbieten?

Frage 10: Welche Leistungen sollten die gewinnorientierten Unternehmen verstärkt anbieten?

Bei der offenen Frage 10 wurden 50 Statements abgegeben, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- (1) Gewinnorientierte Unternehmen sollen im Sozialwesen keine Rolle spielen (13 explizite Nennungen). Begründet wird diese Meinung wie folgt:
 - Gewinnorientierung im Sozialwesen geht zu Lasten der Qualität.
 - Gefahr einer Mehrklassengesellschaft.
 - Schlechte Erfahrungen mit den gewinnorientierten Unternehmen im Sozialwesen.
 - Gefahr, dass lukrative Bereiche ausgegliedert werden und die Allgemeinheiten den „Rest“ finanzieren muss.
- (2) Gewinnorientierte Seniorenwohnheime ausschließlich für Wohlhabende.
- (3) Ergänzung zu den mit Steuermittel finanzierten Leistungen.

7.2.3 Einbindung des Dritten Sektors in die Planung und Gestaltung des Angebots an Sozialleistungen

- Die Einbindung des Dritten Sektors in Planung und Gestaltung des Leistungsangebots beurteilen 16,5 % der Befragten mit ausgezeichnet bis gut, während 46,3 % der Befragten diese mit genügend bis ungenügend bewerten. Daraus lässt sich der Wunsch nach mehr Einbindung in die Planung und Gestaltung des Leistungsangebots im Sozialwesen ableiten.

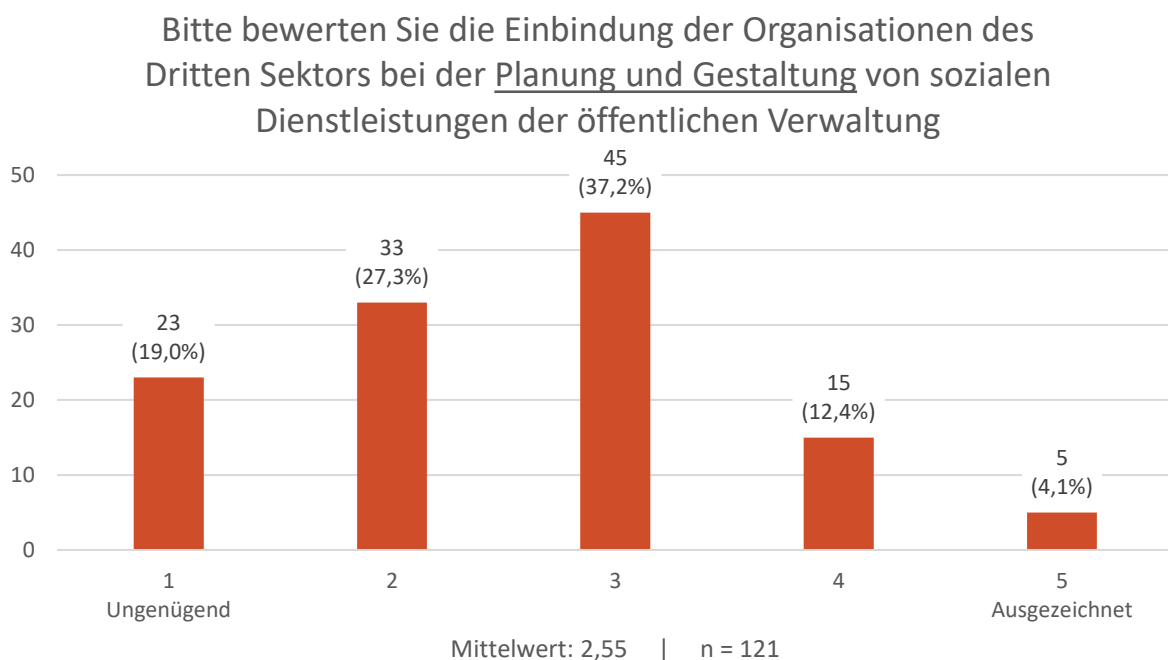


Abbildung 7-21: Bitte bewerten Sie die Einbindung der Organisationen des Dritten Sektors bei der Planung und Gestaltung von sozialen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung

- Etwas besser bewerten die Befragten die Einbindung der Organisationen des Dritten Sektors bei der Umsetzung und Verwirklichung von sozialen Dienstleistungen.

Bitte bewerten Sie die Einbindung der Organisationen des Dritten Sektors bei der Umsetzung und Verwirklichung von sozialen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung

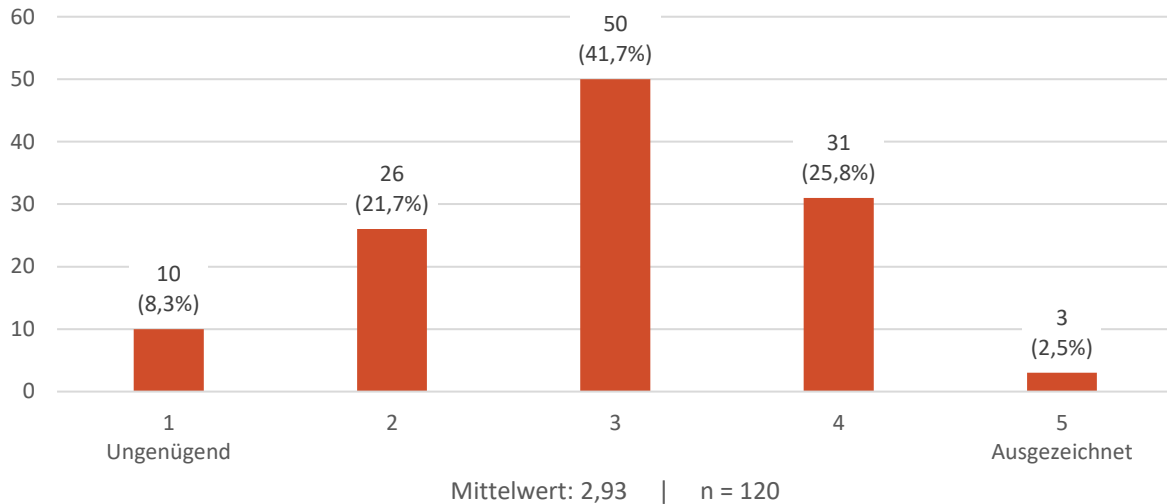


Abbildung 7-22: Bitte bewerten Sie die Einbindung der Organisationen des Dritten Sektors bei der Umsetzung und Verwirklichung von sozialen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung

Frage 13: Nennen Sie konkrete Beispiele, wo die Partnerschaft in Südtirol gut funktioniert

Bei der offenen Frage 13 wurden 50 Statements abgegeben und Beispiele für gut funktionierende Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen im Sozialwesen angeführt. Angemerkt wird, dass zwar die Zusammenarbeit gut ist, aber man nicht von einer Partnerschaft sprechen kann.

Ausgewählte Beispiele:

- Zusammenarbeit Gericht - Sozialdienste - Familienberatungsstellen
- privat geführte SWH (Grieserhof, Martinsbrunn, Firmian, Völlan usw.) inhaltlich: Hauspflege Meran und Lana, Caritas, Integra usw.
- Ehrenamt, Dachverband
- Arbeitsintegration
- Bereich Menschen mit Behinderung - Seniorenbereich
- HPD der Caritas, Führung der Mensen

- Zusammenarbeit zwischen Sozialdienste/Fachambulanz und sozialtherapeutische Wohngemeinschaft
- Zusammenarbeit mit dem Amt für Menschen mit Behinderung
- Jugendarbeit, Schüler*innenheime
- Amt für Jugendarbeit, Amt für Außenbeziehungen
- im Bereich Jugendschutz (ambulante und stationäre Dienste)
- Kommunikation mit Amt für Menschen mit Behinderung
- Blindenverband
- Tourismus und Skigebiete und Bergwanderung
- Kinder - Sommerbetreuung
- Wohngemeinschaften für Jugendliche
- Bereich der Menschen mit Behinderung, z.B. Umsetzung Art. 25 für Selbstbestimmtes Leben
- Einbindung von Betroffenenorganisationen bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen des LG7/15 (Arbeit, Wohnen) Netzwerkarbeit für die verschiedenen Organisation (z.B. Sonntagsbetreuung)
- Arbeitsintegration, Seniorenbereich, Kinderbetreuung
- Arbeitsamt
- Sozialgenossenschaft Vinschgau (Schlanders)
- Minderjährigen-Schutz
- Bürgerhof Prags
- Senioren
- Bezirk Burggrafenamt: Private Organisationen mit der BZG
- Seniorenwohnheime
- Freiwillige Dienste und Dienste von Hilfsorganisationen wie Volontarius, Vinzenzgemeinschaft, Caritas, verschiedene
- Sozialgenossenschaften für die Integration von "benachteiligten" Menschen
- Projekt Berufskodes und Landesgesetz für die Sozialberufe mit Fach- Berufsausbildung
- Haus Arché
- Arbeitstisch COVID CRAIS
- über den Dachverband über VDS
- BZG Eisacktal
- Senioren
- Jugendliche
- Verteilung von Kleidung und Lebensmitteln durch die Sankt Vinzenz Stiftung
- famMedia, taxi + Emergenza Anziani, Servizio di coordinamento per l'integrazione, Migrazione e alfabetizzazione, Giustizia

- Riparativa, Buon lavoro Alto Adige! in collaborazione tra Inail e Ipl
- Centro Educativo Polo Ovest - Bolzano Rete Firmian - Bolzano
- La collaborazione nell'ambito delle persone senza dimora, richiedenti asilo e MSNA
- Dove un progetto viene costruito insieme...non dove lì ente privato da le informazioni all'ente pubblico sui contenuti del
- servizio che poi va a esternalizzare...
- Aiutare cooperative piccole ad emergere
- Collaborazione tra Centrali cooperative e rappresentanze del Non Profit nella programmazione e gestione di progetti di sviluppo
- Università di Bolzano - facoltà di design e arti che all'interno del proprio percorso di studi si sta aprendo a progetti territoriali di qualifica e riqualifica con sempre maggiore costanza e continuità
- Il Servizio Iris e Casa Emmaus

Frage 14: Nennen Sie konkrete Beispiele, wo die Partnerschaft in Südtirol verbesserungsfähig ist!

Bei der offenen Frage 14 wurde 51 Statements abgegeben und eine Vielzahl von Beispielen angeführt, in denen die Partnerschaft verbesserungsfähig ist. In einigen Statements wurde auch zum Ausdruck gebracht, dass von Seiten der öffentlichen Hand auch die Voraussetzungen für eine Partnerschaft geschaffen werden müssen.

Ausgewählte Beispiele:

- Kinder- und Jugendlichenpsychologie und -psychotherapie
- wo soziale Dienstleistungen ausgeschrieben werden (Dynamik des Preisverfalls und Verlust von wertvollen Diensten an provinzfremde Dumping-Anbieter)
- Es fehlt an der Haltung der Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Dies müsste eine Selbstverständlichkeit sein, ist es aber nicht. Das gilt aber eher für die Landesebene. Auf Ebene der Sprengel und der Bezirksgemeinschaften ist das teilweise besser.
- Innovation
- Minderjährigenbereich
- Systemisch ansetzen und die Voraussetzungen für eine Partnerschaft schaffen
- Es wäre positiv, die Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen denjenigen, die Entscheidungen treffen (Provinz), und denen, die diese Bestimmungen tatsächlich umsetzen und in die Praxis umsetzen, zu verbessern. Diejenigen, die auf dem Gebiet

arbeiten, sehen und berühren mit ihren eigenen Händen die Probleme und Grenzen vieler Aufführungen; Eine gute Zusammenarbeit und Wechselbeziehung würde sicherlich zu einer Optimierung der Ressourcen führen

- Alle freiwilligen Vereinigungen
- Interreg-Projekte, Kontinuierliche und gemeinsam verwaltete Schulung des Personals, Validierung / Zertifizierung nicht formaler Fähigkeiten
- Betreuung der Senioren, Betreuung von Menschen mit multipler Behinderung in der Betreuung der Freizeit und sozialen Inklusion für Menschen mit Doppeldiagnose Sucht/psychische Probleme
- Flüchtlingsmanagement und Aufnahme von Einwanderern
- BZG haben territoriale Hoheit u verhindern deshalb ein Entstehen des Marktes
- Verwendung des digitalen Gutscheins für Zöliakiekranken
- Behindertenbereich - Wohnen
- Sozialbereich, stationäre Kinder- und Jugendhilfe
- Mehr Zeit für Planung und Austausch
- Familien Agentur
- es braucht höhere und stabilere Finanzierungen, damit die Partner des Dritten Sektors mehr Planungssicherheit haben und die Mitarbeiter*innen Sicherheit haben
- alle
- BZG
- Trennung Staat und Kirche - Kirche soll bilanzpflichtig werden
- Personalmangel in Soziale Dienste Krankenhaus
- Betreuung Senioren
- System zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen
- Bereich der psychisch Kranken mit Verhaltensstörungen konkrete Inklusionsmaßnahmen
- Sanität
- Die Integration von Sozial- und Gesundheitsdiensten. Die Lieferkette der Arbeitsvermittlung.
- Minderjährige in Vormundschaft
- Zusammenarbeit des 3. Sektors und öffentlicher Verwaltung Unterstützung der ESF Projekte /Gelder
- Der Sozialplan wird mit der Methode der 90er Jahre durchgeführt, es fehlen zentrale Konzepte in Bezug auf Perspektiven, Politik und Governance
- Altersheim, Kindergarten, Kitas und Schulen
- Betrachten Sie kleine Realitäten, die von wenigen Provinzmitteln für eine zu strenge Gesetzgebung profitiert haben

- Leider in allem
- Anfrage für Dienstleistungen / Produkte von coop. sozialer Typ B, Investitionsplanung, gemeinsames Management und Anfrage an gemeinnützige Organisationen nach Ideen und Projekten
- der 3. Sektor sollte stärker in die Planung der Dienste einbezogen werden
- in der Vergabe von Aufträgen an Ortsansässigen Sozialgenossenschaften
- Amt für Genossenschaftswesen
- Herstellung einer stärkeren Verbindung zwischen verschiedenen rechtlichen Realitäten wie assoziativen Realitäten und kooperativen Realitäten
- Schule
- Migranten - Obdachlose Menschen
- Bozen, Meran, Brixen
- Der Iris Service und das Emmaus House
- Auf Landesebene gibt es wenig Zusammenarbeit mit privaten Leistungsanbietern
- Forschung und Innovation auf verschiedenen Ebenen und Bedürfnissen der Bevölkerung (demografischer Wandel etc.)
- In allen Belangen des Sozialen muss die Netzwerkarbeit zwischen öffentlicher Hand und Organisationen des Dritten Sektors verbessert werden, um zukünftig alle Ressourcen gut einzusetzen
- In allen Bereichen verbesserungsfähig, sei es bei der Mitgestaltung und Mitbestimmung zum Thema Soziales in Südtirol, sei es die finanzielle Unterstützung und Rahmenbedingungen für Freiwilligenarbeit
- kalte Notfalleinrichtungen
- Kulturelle / soziale Planung
- direkte Kommunikation vom Land zu den Trägern
- Kleinkinderbetreuung, Kinderbetreuung, Entlastung von berufstätigen Frauen
- Flüchtlinge

Frage 15: Mit welchen Maßnahmen kann die Partnerschaft gestärkt werden?

Bei der offenen Frage 15 wurden 57 Statements abgegeben, die sich wie folgt gruppieren lassen:

- (1) Gemeinsame Planung im Sinne des Gesetzes 328/2000 (15 explizite Nennungen).

- (2) Vertrauensbildende Maßnahmen, damit auf Augenhöhe miteinander gearbeitet werden kann.
- (3) Einrichtung von gemeinsamen Arbeitstischen (zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Organisationen des Dritten Sektors).
- (4) Lösung des Problems der Mehrfachrollen der lokalen öffentlichen Träger (verantwortliche Körperschaft für die Planung, direkter Anbieter von Dienstleistungen, Vergabestelle an private Anbieter, Kontrolleur der Dienstleistungserbringung privater Anbieter).
- (5) Strikte Trennung der Rolle der Auftraggeber (= Geldgeber) und der Erbringer (= Auftragnehmer) der Sozialleistungen (öffentlich oder privat).
- (6) Gemeinsame Fortbildung der Mitarbeiter*innen.
- (7) Verlässliche Finanzierungsmodelle für Organisationen des Dritten Sektors, um mehr Planungssicherheit zu schaffen.
- (8) Verzicht auf Konventionen, die jährlich verlängert werden müssen und mehr Direktvergaben.
- (9) Stärkere Vernetzung der Organisationen des Dritten Sektors untereinander.

7.2.4 Forschung und Innovation

- Die Befragten äußern einen umfassenden Bedarf an Forschung und Innovation im Sozialwesen.

In welchen Bereichen des Sozialwesens gibt es Ihrer Meinung nach besonderen Bedarf nach mehr Forschung und Innovation?

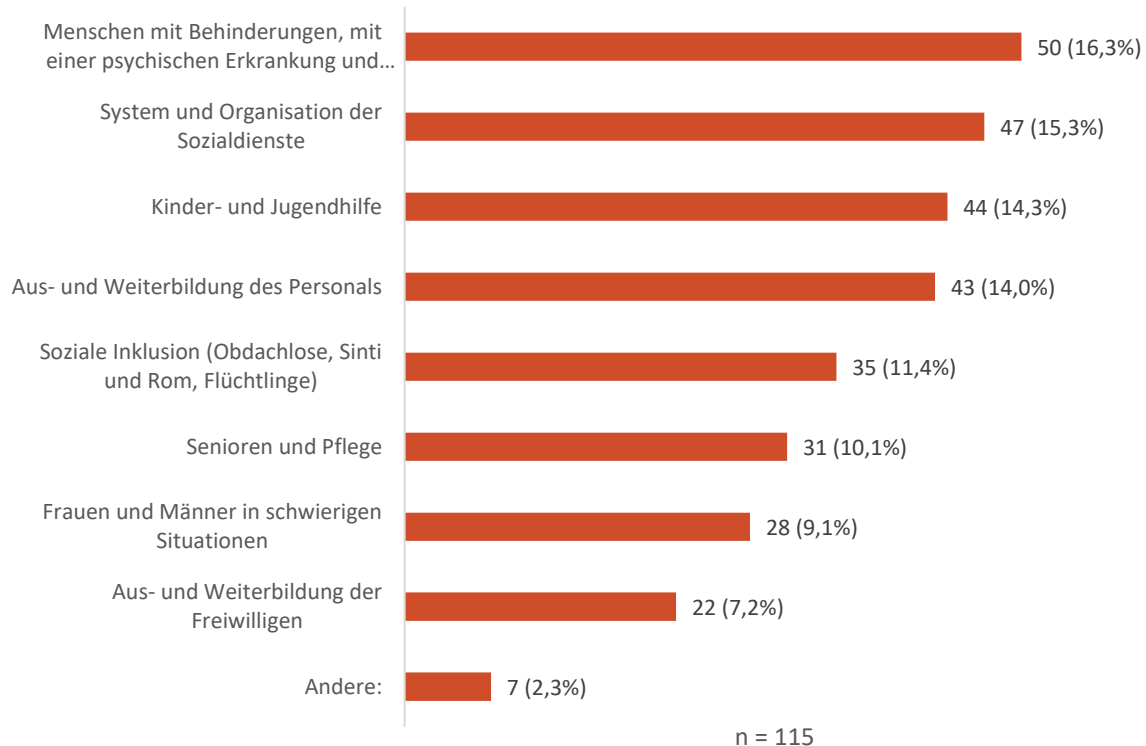


Abbildung 7-23: In welchen Bereichen des Sozialwesens gibt es Ihrer Meinung nach besonderen Bedarf nach mehr Forschung und Innovation?

- Ein besonderer Bedarf nach mehr Forschung und Innovation wird in der Arbeitseingliederung (inserimento lavorativo) und in der Familienhilfe gesehen.
- Als treibende Kräfte in der Forschung und Innovation werden von den Befragten die Forschungseinrichtungen gefolgt von der öffentlichen Verwaltung gesehen. Dem Dritten Sektor wird bei der Forschung und Innovation nur eingeschränkte Bedeutung zugeschrieben.

Welche Akteure sind Ihrer Meinung nach primär gefordert, um Forschung und Innovation voranzutreiben?

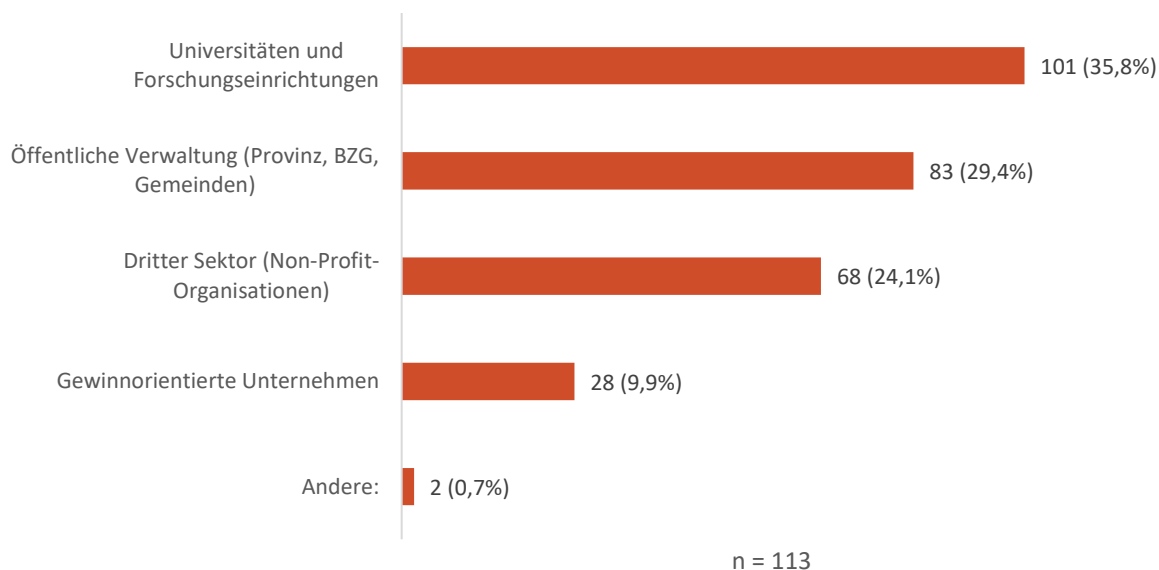


Abbildung 7-24: Welche Akteure sind Ihrer Meinung nach primär gefordert, um Forschung und Innovation voranzutreiben?

Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die folgenden Akteure, um Forschung und Innovation voranzutreiben?

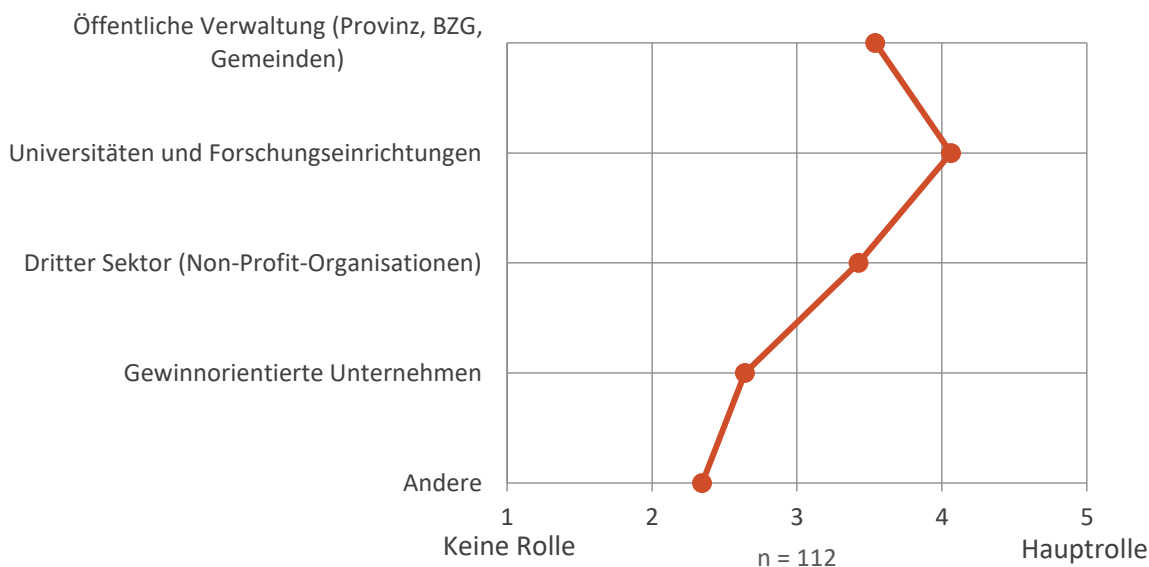


Abbildung 7-25: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die folgenden Akteure, um Forschung und Innovation voranzutreiben?

Frage 19: Wie können Forschungsprojekte für den Sozialbereich besser vernetzt werden?

Bei der offenen Frage 19 wurden 49 Statements abgegeben, die inhaltlich wie folgt zusammengefasst werden können:

- (1) Koordination der Forschungsaktivitäten durch die Errichtung einer eigenen Koordinationsstelle (Observatorium).
- (2) Aufbau einer Plattform, die über abgeschlossene, laufende und geplante Forschungsprojekte informiert.
- (3) Verbesserung des Zugangs zu Forschungsergebnissen durch die Organisationen des Sozialwesens.
- (4) Durchführung von Tagungen zum Zwecke des Wissenstransfers.
- (5) Mehr Geld für Forschung und mehr Interesse der öffentlichen Hand an Forschung.

7.2.5 Kommunikation und Netzwerkarbeit

- Die Qualität und das Ausmaß der Kommunikation zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Organisationen des Dritten Sektors werden ähnlich schlecht bewertet. Um die 45 % der Befragten bewerten die Qualität und das Ausmaß der Kommunikation mit ungenügend bis genügend.

Wie bewerten Sie die Qualität der Kommunikation zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Organisationen des Dritten Sektors?

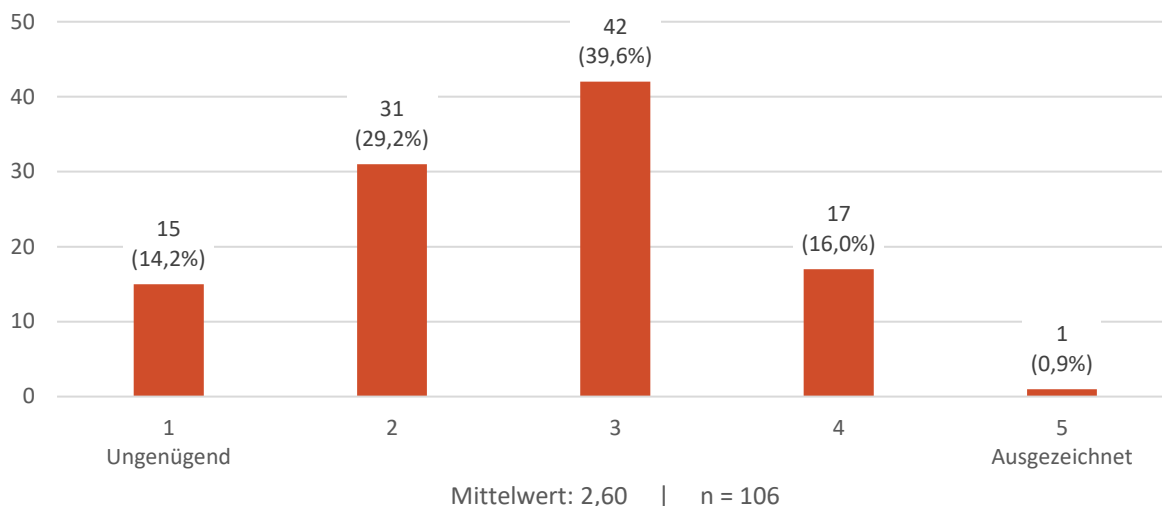


Abbildung 7-26: Wie bewerten Sie die Qualität der Kommunikation zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Organisationen des Dritten Sektors?

Wie bewerten Sie das Ausmaß der Kommunikation zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Organisationen des Dritten Sektors?

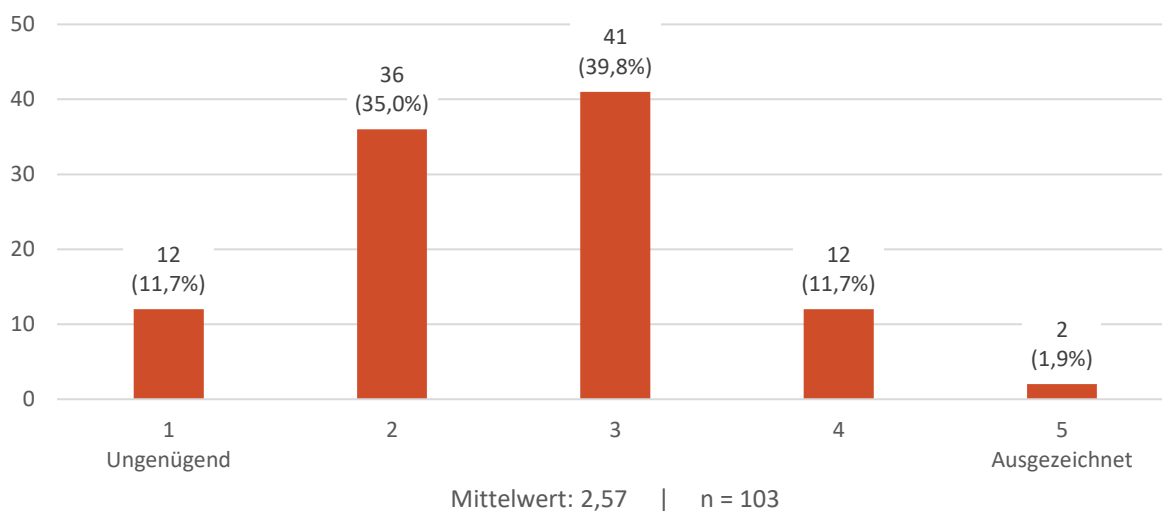


Abbildung 7-27: Wie bewerten Sie das Ausmaß der Kommunikation zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Organisationen des Dritten Sektors?

- Ein ähnliches Meinungsbild zeigt die Bewertung der Qualität und des Ausmaßes der Kommunikation zwischen den Organisationen des Dritten Sektors. Um die 40 % der Befragten bewerten die Qualität und das Ausmaß der Kommunikation mit genügend bis ungenügend.

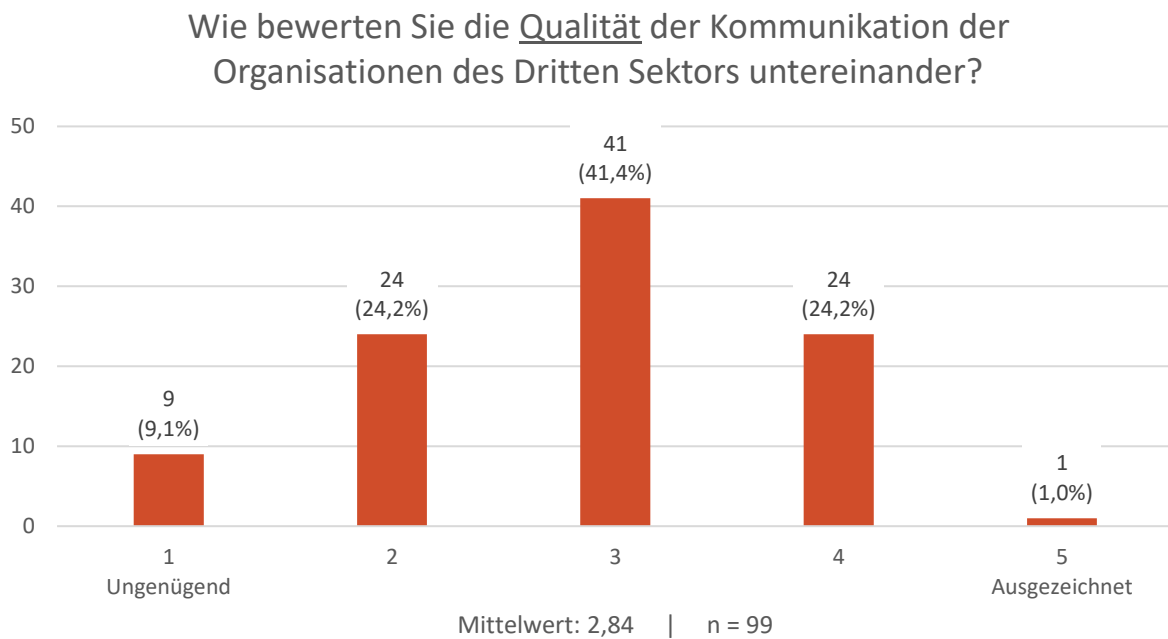


Abbildung 7-28: Wie bewerten Sie die Qualität der Kommunikation der Organisationen des Dritten Sektors untereinander?

Wie bewerten Sie das Ausmaß der Kommunikation der Organisationen des Dritten Sektors untereinander?

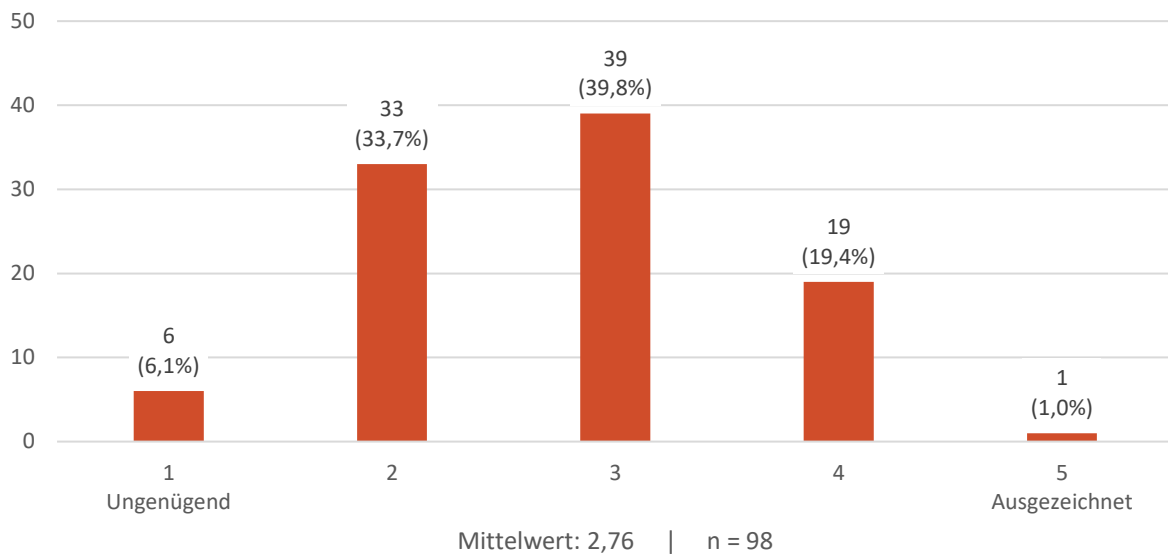


Abbildung 7-29: Wie bewerten Sie das Ausmaß der Kommunikation der Organisationen des Dritten Sektors untereinander?

- Ähnlich schlecht wird die Vernetzung aller Dienste im Sozialwesen, aber auch die Vernetzung der Organisationen des Dritten Sektors, beurteilt.

Wie bewerten Sie die Vernetzung der Dienste (aller Dienste, sowohl der öffentlichen Verwaltung als auch des Dritten Sektors) im Sozialwesen?

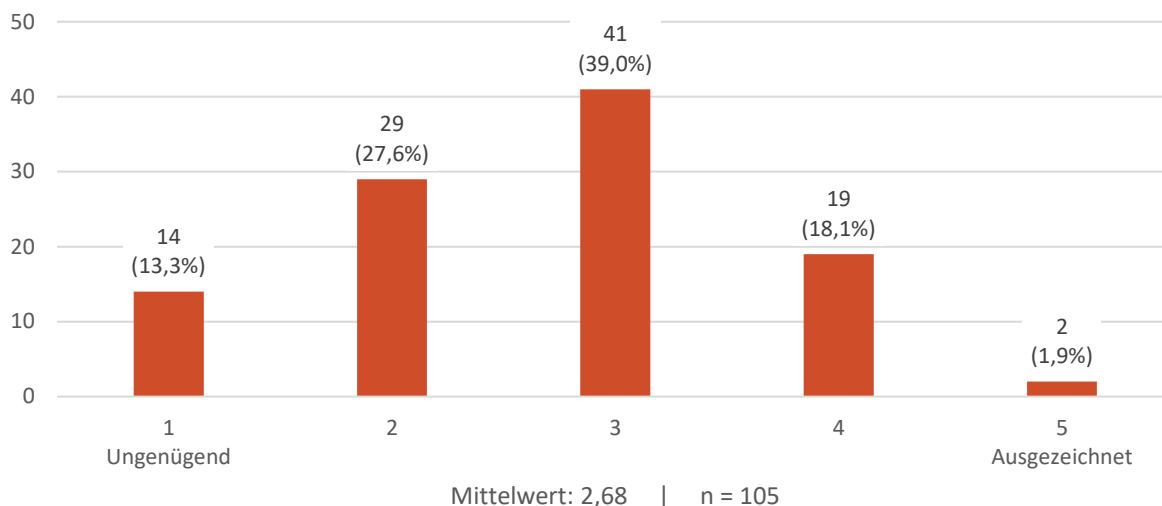


Abbildung 7-30: Wie bewerten Sie die Vernetzung der Dienste (aller Dienste, sowohl der öffentlichen Verwaltung als auch des Dritten Sektors) im Sozialwesen?

Wie bewerten Sie die Vernetzung der Organisationen innerhalb des Dritten Sektors?

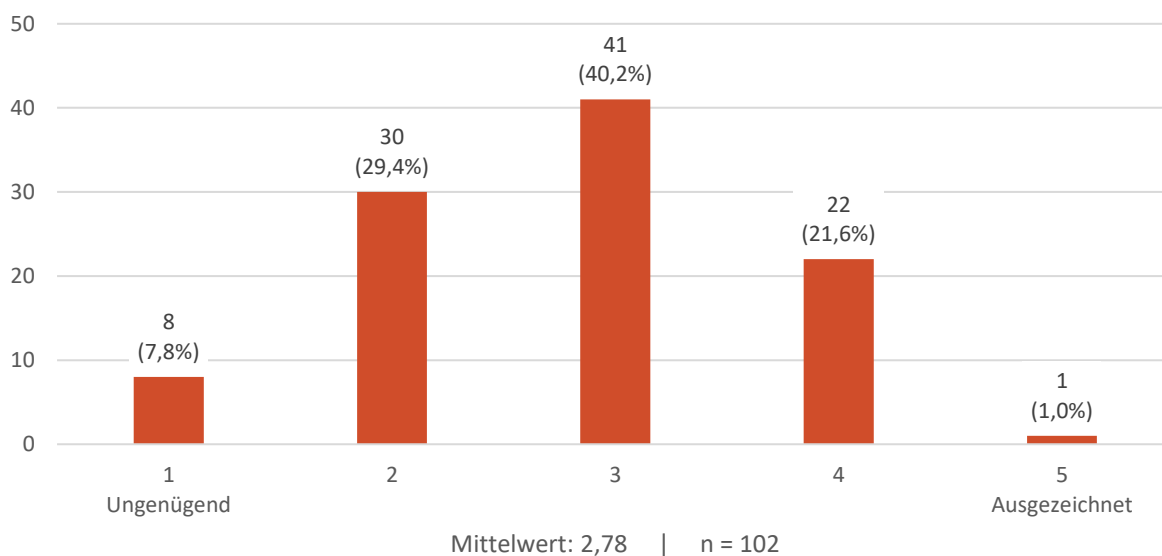


Abbildung 7-31: Wie bewerten Sie die Vernetzung der Organisationen innerhalb des Dritten Sektors?

Frage 26: Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Vernetzung zu verbessern?

Bei der offenen Frage 26 wurden 45 Statements abgegeben, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- (1) Einrichtung von Arbeitstischen zwischen öffentlicher Verwaltung und den Organisationen des Dritten Sektors, verbunden mit der Erwartung, dass auf Augenhöhe kommuniziert und kooperiert wird.
- (2) Gemeinsame Planung im Sinne des Gesetzes 328/2000.
- (3) Durchführung von gemeinsamen Projekten (öffentliche Verwaltung und Organisationen des Dritten Sektors).
- (4) Einrichtung einer Kooperationsplattform.

- Nach Einschätzung der Befragten gibt es beträchtliche Doppelgleisigkeiten zwischen den Diensten, die in Zukunft vermieden werden sollten.

Gibt es heute Doppelgleisigkeiten zwischen den Diensten?

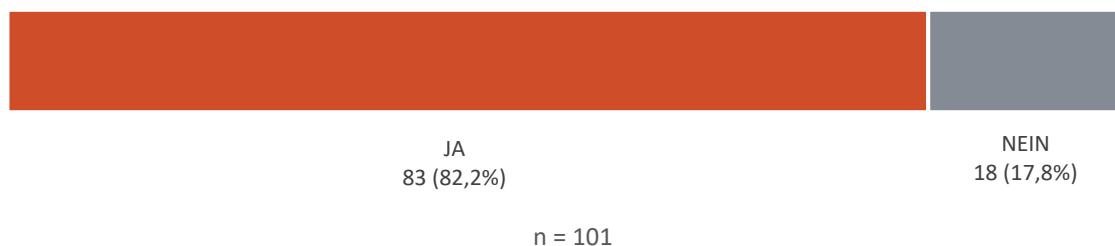


Abbildung 7-32: Gibt es heute Doppelgleisigkeiten zwischen den Diensten?

Müssen diese Doppelgleisigkeiten in Zukunft vermieden werden?

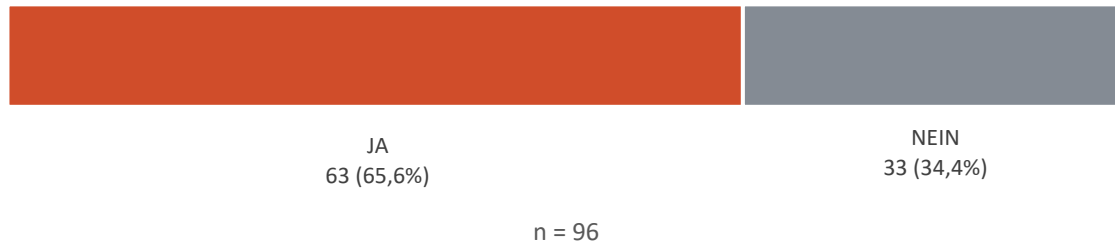


Abbildung 7-33: Müssen diese Doppelgleisigkeiten in Zukunft vermieden werden?

- Anzumerken ist, dass ein Abbau der Doppelgleisigkeiten zu einer Verringerung der Wahlmöglichkeiten der Nutzer*innen führen kann.

7.2.6 Freiwillige und bezahlte Mitarbeiter*innen

- Nach Einschätzung der Befragten werden die Freiwilligen in allen Bereichen des Sozialwesens im Vergleich zu heute in der Zukunft eine wichtigere Rolle spielen. Dies trifft auch auf die bezahlten Mitarbeiter*innen im Sozialwesen mit Ausnahme des Bereiches Senioren und Pflege zu.



Abbildung 7-34: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach Freiwillige in diesen Bereichen des Sozialwesens?



Abbildung 7-35: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach bezahlte Mitarbeiter*innen in diesen Bereichen des Sozialwesens?

- Freiwillige spielen gegenwärtig nur in den Bereichen „Familien und Nachbarschaft“ und „Männer und Frauen in schwierigen Situationen“ eine größere

Rolle. In allen anderen Bereichen werden die bezahlten Mitarbeiter*innen als bedeutender angesehen. Im Bereich „Soziale Inklusion“ wird die Rolle der Freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter*innen gleich bewertet.

Welche Rolle spielen Freiwillige und bezahlte MitarbeiterInnen heute in diesen Bereichen des Sozialwesens?

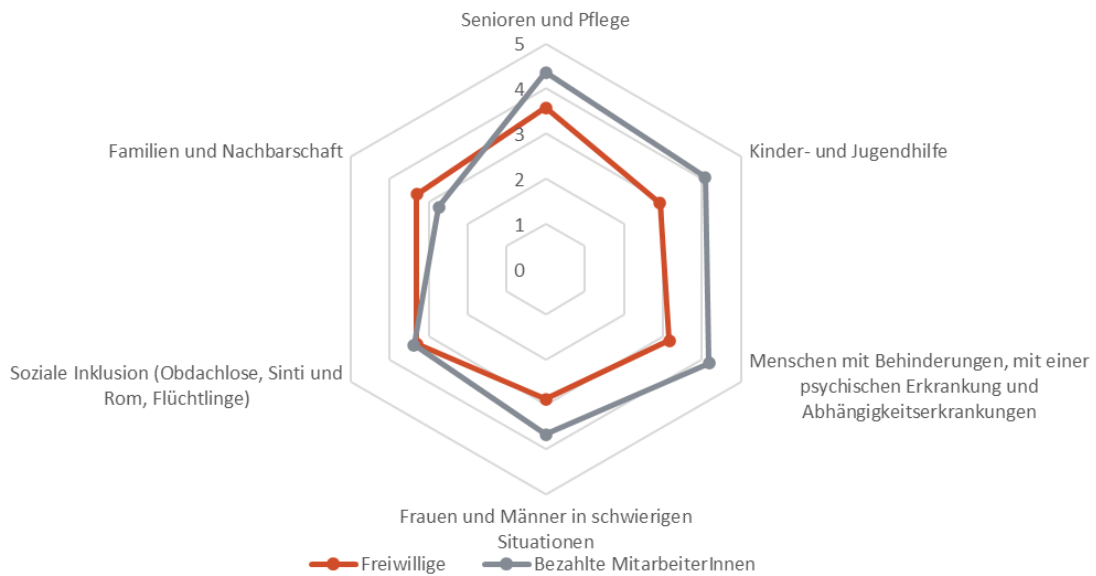


Abbildung 7-36: Welche Rolle spielen Freiwillige und bezahlte Mitarbeiter*innen heute in diesen Bereichen des Sozialwesens?

- Die Rolle der bezahlten Mitarbeiter*innen wird in der Zukunft zunehmen und als bedeutender eingeschätzt als die Rolle der Freiwilligen – mit Ausnahme des Bereichs „Familien und Nachbarschaft“.

Welche Rolle spielen Freiwillige und bezahlte MitarbeiterInnen zukünftig in diesen Bereichen des Sozialwesens?

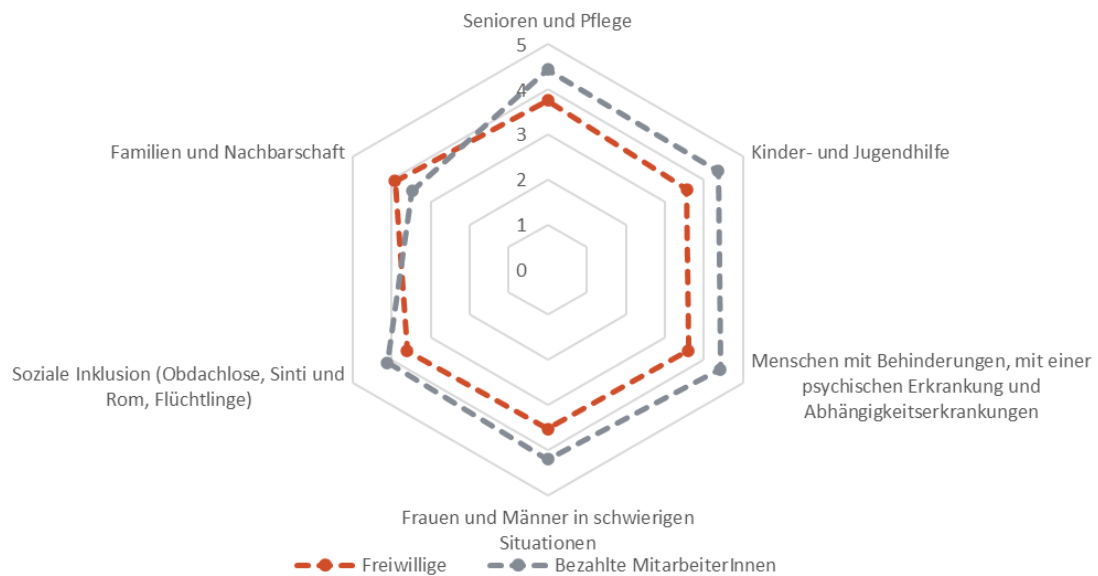


Abbildung 7-37: Welche Rolle spielen Freiwillige und bezahlte Mitarbeiter*innen zukünftig in diesen Bereichen des Sozialwesens?

Frage 31: Könnten Freiwillige in Zukunft auch zur Unterstützung anderer Personengruppen oder in anderen Situationen eingesetzt werden?

Bei der offenen Frage 31 wurden 36 Statements abgegeben. Von diesen haben 33 Statements die Frage bejaht und folgende Bereiche des Sozialwesens erwähnt:

- Jugendprojekte
- Soziale Inklusion
- Kleinkinder- und Kinderbetreuung
- Bei der Beurteilung der Frage, ob es ein Spannungsfeld in der Zusammenarbeit von Freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter*innen gibt, sind die Meinungen gespalten. 30,6 % der Befragten verneinen ein derartiges Spannungsverhältnis, hingegen bejahen 31,6 % ein solches.

Gibt es Ihrer Meinung nach ein Spannungsfeld in der Zusammenarbeit von Freiwilligen und bezahlten MitarbeiterInnen?

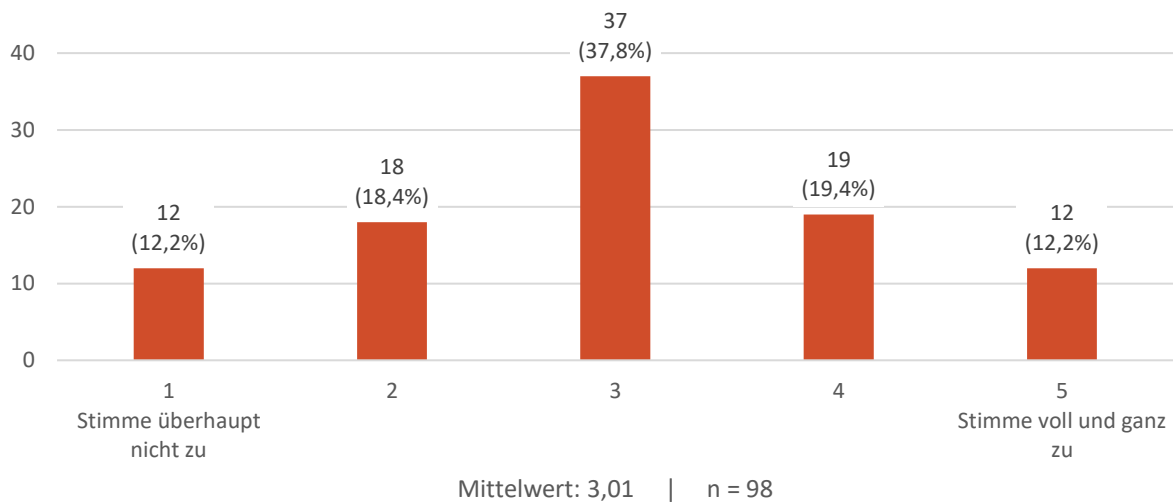


Abbildung 7-38: Gibt es Ihrer Meinung nach ein Spannungsfeld in der Zusammenarbeit von Freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter*innen?

Frage 34: Gibt es Ihrer Meinung nach ein Spannungsfeld in der Zusammenarbeit von Freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter*innen?

Bei der offenen Frage 34 wurden 62 Statements abgegeben. Der überwiegende Anteil der Antworten bestätigt das Vorhandensein eines Spannungsfeldes. Als häufigste Gründe werden genannt:

- (1) Unterschiedliches Rollenverständnis
- (2) Unklare Rollen
- (3) Unterschiedliche Persönlichkeitsstrukturen
- (4) Unterschiedliche Sichtweise auf die Tätigkeit
- (5) Unterschiedliche Beweggründe (Motive) für die Tätigkeit
- (6) Fehlende Wertschätzung der Freiwilligenarbeit
- (7) Konkurrenzverhältnis zwischen Freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter*innen
- (8) Freiwillige fühlen sich ausgenutzt, wenn sie Tätigkeiten verrichten für die Andere bezahlt werden

- 38,5 % Prozent der Befragten geben an, dass die Arbeit von Freiwilligen im Sozialbereich anerkannt wird. 26 % sind der gegenteiligen Meinung.

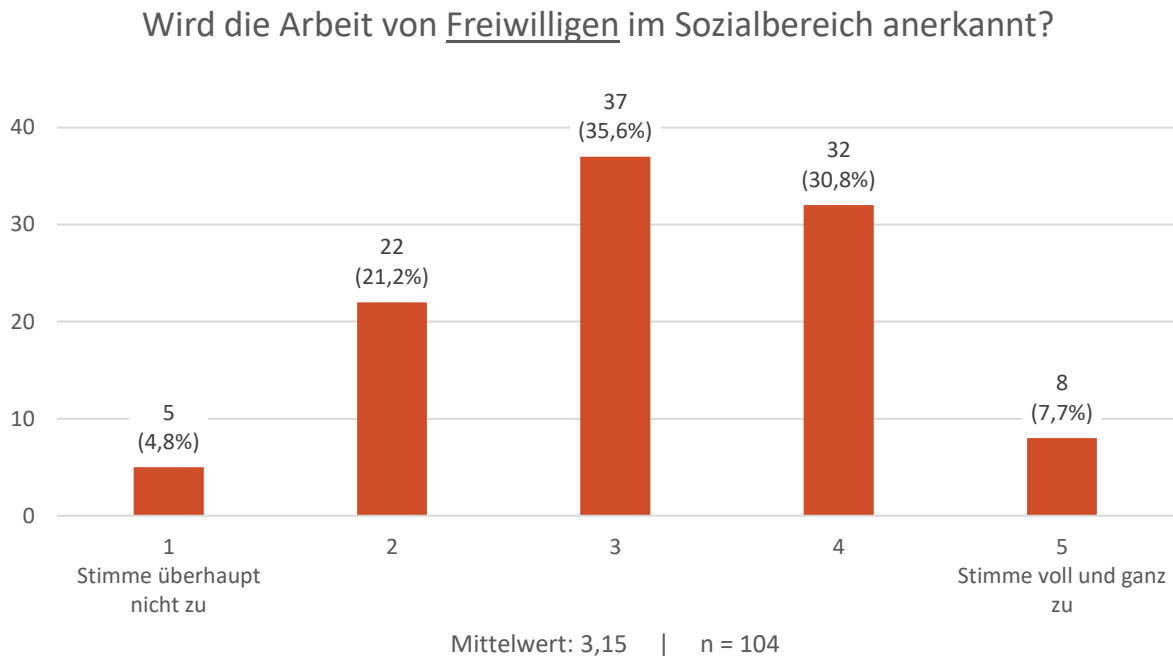


Abbildung 7-39: Wird die Arbeit von Freiwilligen im Sozialbereich anerkannt?

- 41,7 % der Befragten bringen die Meinung zum Ausdruck, dass die Freiwilligenorganisationen im Sozialbereich anerkannt sind. 16,5 % sind gegenteiliger Meinung.

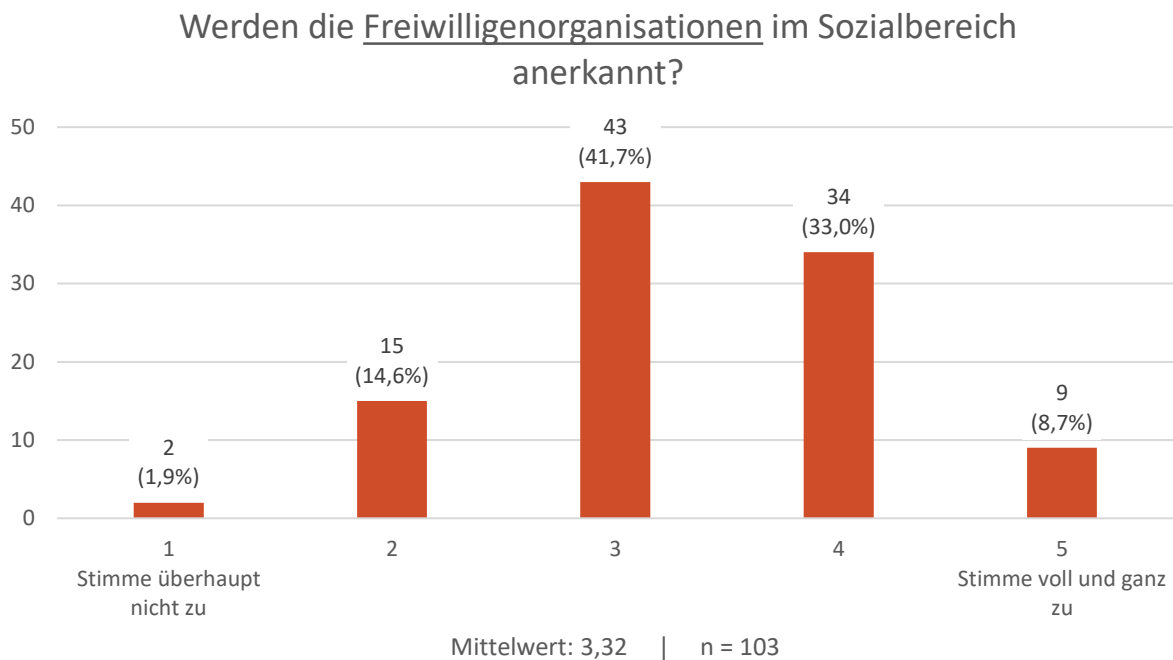


Abbildung 7-40: Werden die Freiwilligenorganisationen im Sozialbereich anerkannt?

Frage 35: Wie kann eine gute Zusammenarbeit zwischen Freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter*innen sichergestellt werden?

Bei der offenen Frage 35 wurden 65 Statements abgegeben. Die Anregungen zur Sicherstellung einer guten Zusammenarbeit zwischen Freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter*innen lassen sich wie folgt gruppieren:

- (1) Klare Trennung der Rollen (Aufgaben und Kompetenzen bzw. Zuständigkeiten) von Freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter*innen. Die bezahlten Mitarbeiter*innen tragen die Verantwortung und die Freiwilligen leisten Hilfsdienste.
- (2) Gemeinsame Weiterbildung bzw. Öffnung der geförderten Weiterbildungskurse für Freiwillige. Es wird angemerkt, dass geförderte Weiterbildungskurse für die Freiwilligen zugänglich sind.
- (3) Coaching/Supervision der Freiwilligen (Freiwilligenarbeit sollte professionell begleitet werden)
- (4) Installierung von Koordinatoren für Freiwilligentätigkeit
- (5) Gemeinsame Planung und gemeinsame Projekte

- (6) Respektvoller Umgang miteinander und Aufbau einer wertschätzenden Kultur

Frage 38: In welcher Form sollen die Anerkennung der Freiwilligen und Freiwilligenorganisationen verbessert werden?

Bei der Frage 38 wurde 47 Statements abgegeben. Die gemachten Vorschläge zur Verbesserung der Anerkennung der Freiwilligen und Freiwilligenorganisationen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- (1) Sichtbarmachung der Leistungen der Freiwilligenorganisationen und der Freiwilligen in der Gesellschaft durch intensivere Öffentlichkeitsarbeit (Nutzung Sozialer Netzwerke im Internet, Tag des Ehrenamtes, Sensibilisierungskampagnen etc.)
- (2) Unterstützung und Begleitung der Freiwilligenorganisationen durch Netzwerkorganisationen (siehe Dienstleistungszentrum für das Ehrenamt Südtirol EO <https://dze-csv.it/dze/>).
- (3) Anerkennung der Freiwilligentätigkeit
 - Anerkennung der Freiwilligentätigkeit als Arbeitserfahrung
 - Freistellungen für Freiwilligentätigkeiten, Weiterbildungskurse und Tagungen
 - Anerkennung durch Honorierung (z.B. Kulturpass, Freifahrtsscheine)
 - Versicherungsschutz für Freiwilligentätigkeiten
- (4) Ausweiten der Programme freiwilliges soziales Jahr, Zivil- und Freiwilligendienst
- (5) Finanzielle Unterstützung der Freiwilligenorganisationen

- 90 % der Befragten sprechen sich dafür aus, dass die Freiwilligen einen Nachweis für ihre geleisteten Tätigkeiten und erworbenen Kompetenzen erhalten sollen.

Soll sichergestellt werden, dass Freiwillige einen Nachweis
über ihre geleisteten Tätigkeiten erhalten?

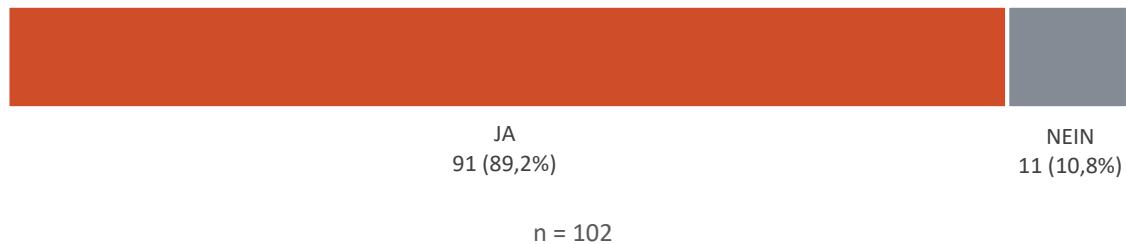


Abbildung 7-41: Soll sichergestellt werden, dass Freiwillige einen Nachweis über ihre geleisteten Tätigkeiten erhalten?

Soll sichergestellt werden, dass Freiwillige für ihre bei der
Freiwilligenarbeit erworbenen Kompetenzen einen Nachweis
erhalten?

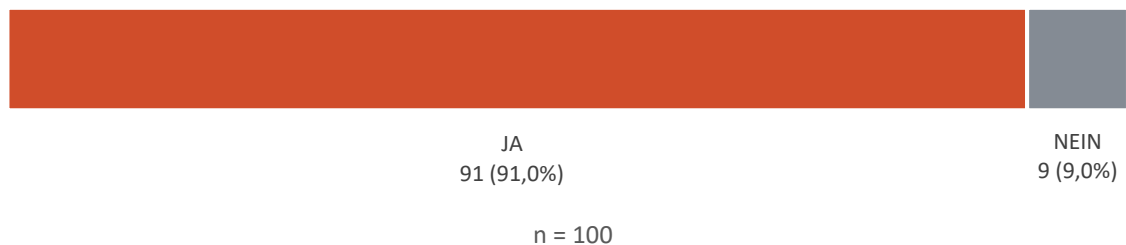


Abbildung 7-42: Soll sichergestellt werden, dass Freiwillige für ihre bei der Freiwilligenarbeit erworbenen Kompetenzen einen Nachweis erhalten?

Frage 41: Was sollte an der Situation der Anerkennung der Tätigkeiten und Kompetenzen verbessert werden?

Bei der offenen Frage 41 wurden 32 Statements abgegeben, die fast einstimmig eine sichtbare Anerkennung der Freiwilligentätigkeit und der dabei erworbenen Fähigkeiten (Kompetenzen) befürworten und einfordern.

- Die befragten sind mehrheitlich der Meinung, dass in Zukunft nicht mehr ausreichend Personen geben wird, die einen freiwilligen Dienst im Sozialwesen leisten werden.

Glauben Sie, dass auch in Zukunft ausreichend Personen einen freiwilligen Dienst im Sozialwesen leisten werden?

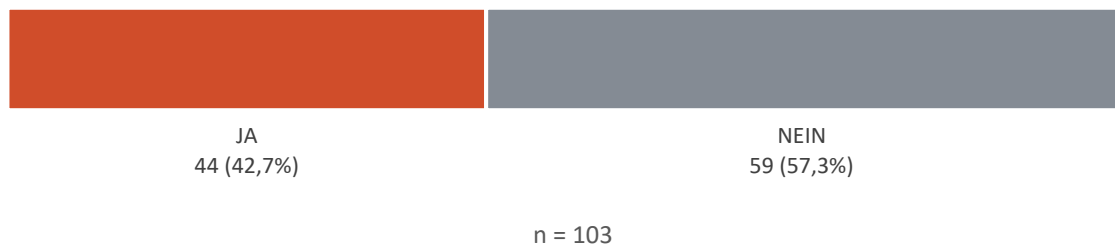


Abbildung 7-43: Glauben Sie, dass auch in Zukunft ausreichend Personen einen freiwilligen Dienst im Sozialwesen leisten werden?

Frage 43: Wie können zusätzliche Personen für Freiwilligenarbeit gewonnen werden?

Bei der offenen Frage 43 wurden 61 Statements abgegeben. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Gewinnung von zusätzlichen Personen für die Freiwilligenarbeit können wie folgt zusammengefasst werden:

- (1) Öffentlichkeitsarbeit
- (2) Sensibilisierung der Zivilgesellschaft durch entsprechende Medienarbeit. Aufzeigen des Angebots, sich ehrenamtlich zu betätigen.
- (3) Sensibilisierungsarbeit beispielsweise in Schulen, Projekte wie „Zeit schenken“, „72H ohne Kompromiss“ der „Young Caritas“.
- (4) Anreize schaffen, indem man für die Freiwilligen innerhalb einer Organisation oder auch Veranstaltungen, Feiern, Fortbildungen oder ähnliches organisiert.
- (5) Verbesserung der Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeit
- (6) Beruf, Privatleben und Ehrenamt ist immer weniger miteinander vereinbar. Menschen müssen die Möglichkeit haben, sich ehrenamtlich zu betätigen; die Berufswelt lässt dies nicht zu.

- (7) Anerkennung der Freiwilligentätigkeit (Versicherung, Anrechnung von Versicherungszeiten, Freistellungen, monetäre Anreize, Zertifikate, Punkte bei der Vergabe öffentlicher Stellen etc.
 - (8) Schaffung eines attraktiven Angebotes für ehrenamtliche Betätigung.
 - (9) Öffentliche Wertschätzung
- Freiwilliger Zivil- & Sozialdienst, Praktika, Gemeinnützige Arbeiten und Freiwilligenarbeit zur Überbrückung von Arbeitslosigkeit ergänzen nach Auffassung der Befragten in sinnvoller Weise die Freiwilligenarbeit.

Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die folgenden Akteure, um Forschung und Innovation voranzutreiben?

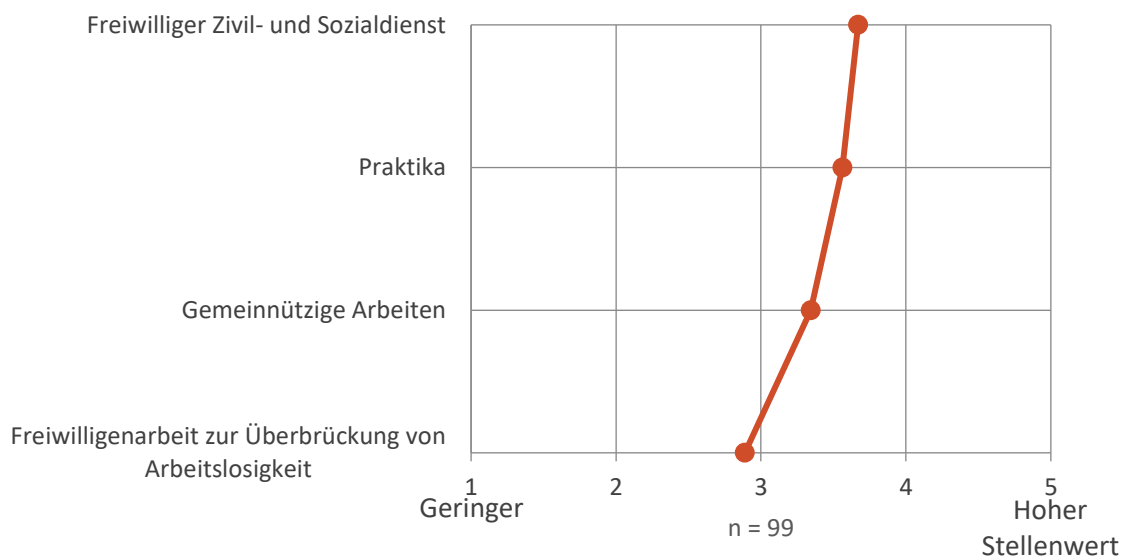


Abbildung 7-44: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die folgenden Akteure, um Forschung und Innovation voranzutreiben?

7.3 Ergebnisse der Workshops

Die Workshops mit Expert*innen aus der Praxis des jeweiligen Bereichs bilden einen zentralen Bestandteil des Forschungsprojekts. Ziel dieser Expertengespräche ist es, in Form von Fokusgruppen längere und vertiefende Fachdiskussionen zu führen, um die Wünsche und Notwendigkeiten für die Ausrichtung des zukünftigen Landessozialplans aus der Praxis zu erheben.

Die Workshops der einzelnen Bereiche setzen sich dabei aus einem allgemeinen Teil mit Impulsreferaten und einen in mehrere Arbeitsgruppen gegliederten Diskussionsteil zusammen. Im Rahmen der Impulsreferate präsentiert das bzw. die zuständigen Fachämter der Provinz den Ist-Stand und Eurac Research (inter)nationale Erkenntnisse und Denkanstöße für die zukünftige Entwicklung (siehe Kapitel 7.1) sowie Ergebnisse der Vorab-Umfrage (siehe Kapitel 7.2). Diese Informationen dienen als Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppen. Eurac Research übernimmt die Moderation und Dokumentation des gesamten Workshops und der einzelnen Arbeitsgruppen. In den Arbeitsgruppen werden themenspezifische Fragestellungen, die von dem bzw. den Fachämtern in Zusammenarbeit mit Eurac Research ausgearbeitet wurden, behandelt. Im Bereich „Dritter Sektor“ wurden folgende Themen behandelt:

- **Arbeitsgruppe 1: Wie sieht die Zukunft der privaten Organisationen im Sozialbereich aus?**

Diese Arbeitsgruppe betrifft die Organisationen des Dritten Sektors:

- Dachverbände
- Vereine
- Sozialgenossenschaften (Typ A und Typ B)
- Stiftungen
- Religiöse Organisationen

Welche positiven Aspekte charakterisieren die privaten Organisationen im Sozialsektor?

Welche kritischen Aspekte charakterisieren die privaten Organisationen im Sozialsektor und müssen verbessert werden? Welche Herausforderungen müssen bewältigt werden? Mit welchen Maßnahmen?

- **Arbeitsgruppe 2: Wie sieht die Zukunft der Freiwilligenarbeit, Gemeinwesenarbeit und Selbsthilfegruppen aus?**

Diese Arbeitsgruppe betrifft die folgenden Bereiche:

- **Freiwilligenarbeit:** von Einzelpersonen geleistet
- **Gemeinwesenarbeit:** vor allem Arbeit im eigenen Stadtviertel / Dorf, die der Gemeinschaft der dort lebenden Menschen zu Gute kommt und den Austausch und das gemeinschaftliche Leben fördert, auch Nachbarschaftshilfe
- **Selbsthilfegruppen:** selbstorganisierte Gruppen v.a. im Gesundheitsbereich

Welche positiven Aspekte charakterisieren die Gemeinwesenarbeit, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfegruppen?

Welche kritischen Aspekte charakterisieren die Gemeinwesenarbeit, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfegruppen und müssen verbessert werden? Welche Herausforderungen müssen bewältigt werden? Mit welchen Maßnahmen?

Welche positiven Beispiele gibt es in Südtirol?

Wie kann die Herausforderung zur Beschaffung neuer Freiwilliger angegangen werden?

- **Arbeitsgruppe 3: Welcher Mix aus Sach- und Dienstleistungen von öffentlichen und privaten Anbietern soll den Bürger*innen in Zukunft zur Verfügung stehen?**

Wie sieht das heutige Angebot aus? Welche Rolle spielen Profit- und Non-Profit-Organisationen im Sozialbereich?

In welchen Bereichen könnten sich Organisationen des Dritten Sektors mehr einbringen? In welchen Bereichen sind diese Organisationen heute zu wenig / zu viel vertreten? Welche Bereiche sollten in öffentlicher Hand bleiben?

Welche Wahlmöglichkeiten hat ein*e Bürger*in heute? Wie lassen sich die Wahlmöglichkeiten erhöhen?

Welche Dienstleistungspalette geht am besten auf die Bedürfnisse / den Bedarf der Bürger*innen ein?

Hat das Pflegegeld die Angebote / den Mix der Angebote in Südtirol in der Vergangenheit beeinflusst?

Wie kann das Pflegegeld in Zukunft ein Instrument sein, um das private Angebot (Profit und Non-Profit) auszubauen?

- **Arbeitsgruppe 4: Eigenverantwortung, Wahlfreiheit und Partizipation der Betroffenen**

Welche Möglichkeiten und Grenzen der Wahlfreiheit gibt es heute im Sozialbereich?
Wie können Betroffene zukünftig auch hinsichtlich Verantwortungsübernahme mehr einbezogen werden?

Welche positiven Beispiele gibt es im Zusammenhang mit Wahlfreiheit im Sozialbereich?

Was gibt es heute als Beteiligungsinstrumente / Partizipationsmöglichkeiten? Was funktioniert? Was könnte es noch zusätzlich geben?

- **Arbeitsgruppe 5: Wie soll in Zukunft die Governance des Sozialwesens aussehen: Entwicklung des Dritten Sektors und Rolle der öffentlichen Verwaltung**

Welche Rolle soll die öffentliche Verwaltung bei der Governance des Sozialwesens einnehmen?

Was braucht es, um den Dritten Sektor weiterzuentwickeln? Welche Rolle soll die öffentliche Verwaltung dabei einnehmen?

In welchen Bereichen soll sich der Dritte Sektor entwickeln?

Wie sollen derzeitige Instrumente, die den Dritten Sektor mitbestimmen (z.B. Akkreditierungssystem, Vergabewesen, Beitragssystem), in Zukunft aussehen?

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden in der Folge in Form von Ergebnisprotokollen präsentiert.

7.3.1 Arbeitsgruppe 1: Wie sieht die Zukunft der privaten Organisationen im Sozialbereich aus?

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Welches sind die Stärken der privaten Organisationen im Sozialbereich?

- Die **Mitarbeiter*innen/Freiwilligen sind oft Betroffene**, deswegen **kennen sie die Bedürfnisse sehr gut**. Erfahrungskompetenz von den Menschen, die mitarbeiten, ist ein großer Mehrwert. Man kann die Menschen gut einbinden.
- Man **stärkt die betroffenen Menschen**, wenn sie etwas Sinnvolles machen können.

- Private Organisationen sind **authentischer**.
- **Flexibilität**, kurze Entscheidungswege, weniger Hierarchie, **flache Strukturen**. Deswegen kann man **schnell agieren/reagieren**. Neue Dienste können schnell entstehen, wenn notwendig. Durch kapillares Netz gelangen Informationen schnell zu jedem Bezirk und wieder zurück. Man kann spontan auf Bedürfnisse eingehen, es gibt viele Menschen, die von heute auf morgen Hilfe brauchen.
- **Innovationspotential**, man muss sich arrangieren mit der Situation.
- Raum für **zivilgesellschaftliches Engagement**, Solidarität wird gefördert.
- Starker **Fokus auf bestimmte Felder** möglich, private Organisationen kennen Felder in der Tiefe. Starke *Advocacy*-Funktion. Personenzentriertes Arbeiten.
- **Partizipation** von betroffenen Menschen, mit denen man arbeitet, aber auch Beteiligung der Mitarbeiter*innen (hängt von Struktur der Organisation ab).
- **Sozialräumliche Verortung**, Feld-Verortung, sektoriell. Konzept der Territorialität/Verwurzelung im Territorium, Nähe, direkte Beziehung, lokale Freiwillige.
- In **manchen Situationen weniger Bürokratie**.
- Die Wichtigkeit von **Netzwerken**; die Fähigkeit, ein Netzwerk aufzubauen und darin zu arbeiten. Die **Vernetzung** mit anderen, Verbände tauschen sich untereinander aus auch für Sensibilisierung.
- Angebote zu **günstigeren Preisen** (aber das ist auch ein Risiko).

Wie können die Stärken für die Zukunft erhalten / ausgebaut werden?

- Die **Stärkung der gemeinsamen Planung und Projektierung mit der öffentlichen Verwaltung**, aber auch zwischen den verschiedenen lokalen privaten Organisationen, ist grundlegend (Es besteht das Risiko, Dienste bei Ausschreibungen an Organisationen außerhalb des Netzwerks zu verlieren). Der Artikel 55 des Gesetzes 117/2017 ist eine Chance.
- **Klarheit über die Richtlinien** der Ausschreibungen, eine Interpretation der Regeln zur Ausschreibung ist schwierig.
- Eine **gemeinsame Ausbildung** (Kurse) **für öffentliche und private Führungskräfte**, Schaffen einer Gemeinsamkeit. Kompetenzen angleichen, gemeinsamer Weg.
- Möglichkeit zur **Teilhabe von betroffenen Personen im Entscheidungsprozess** (als Mitglieder bei Genossenschaften oder Beiräte bei Vereinen). So hat man große Nähe zu den bedürftigen Personen.
- **Covid-19** bringt auch **neue Gelegenheiten**: agile innovative Angebote, neue Arbeitsformen, effiziente Lösungen, innovative Organisationsmodelle entwickeln. Denn die Spendenfreude wird irgendwann nachlassen (man ist sehr auf Spenden angewiesen, und es ist eine große Arbeit Spenden zu suchen).
- **Sensibilisierung**: viele Möglichkeiten durch Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Begegnungsstunden mit Schüler*innen).

Welches sind die Schwächen der privaten Organisationen im Sozialbereich und wie können sie überwunden bzw. die Herausforderungen bewältigt werden?

- **Wirtschaftlicher Teil, Ausschreibungen**, Programmierung und Planung sind komplex. Projekte sind auf 2-3 Jahre begrenzt, auch die Personalplanung ist schwierig.

- **Kleine Organisationen haben geringe Planungskapazitäten**, über rechtliche Aspekte wird nicht nachgedacht. Der Markt in Südtirol ist (noch) ziemlich geschlossen und geschützt, aber dabei, sich für große Organisationen zu öffnen, die von Rechtskanzleien unterstützt werden. Bei Ausschreibungen sind kleine Organisationen im Nachteil, große Organisationen erhalten oft den Auftrag. Es ist schwer zu konkurrieren, weil große Organisationen spezialisiertes Personal (Anwälte etc.) beschäftigen. Die Belastung, die mit der Ausschreibung zusammenhängt, ist viel zu groß.
- **Mitarbeitergehälter: Konkurrenz durch Lohndumping.** Deshalb ist es schwierig, öffentliche Aufträge zu erhalten (laut Ausschreibung sollten die Gehälter unter denen des öffentlichen Sektors liegen).
- **Die Auszahlungszyklen der öffentlichen Beiträge** sind zu lang, daher ist es oft notwendig, bei Banken Vorschüsse aufzunehmen (Verschuldung, Garantien, Bürgschaften...). Auch die Zeit zwischen Projektantrag und Zuschlag der Öffentlichkeit ist zu lang. Im Allgemeinen hat Covid-19 die Geschwindigkeit der öffentlichen Verwaltung verringert. Man muss sich mit der öffentlichen Verwaltung befassen, vielleicht kann so dem System geholfen werden. Eine Alternative sind akkreditierte Dienste, aber dabei handelt es sich um eine politische Entscheidung (für Innovation und Fortschritt sind Beiträge interessanter). Viele verschiedene Einzelheiten, Bedarf an einer Überarbeitung des Systems zur Akkreditierung, der Beiträge und Berichte.
- Ausschreibungen sind ein Versuch, Dynamik zu schaffen, aber es ist auch schwierig, weil man aus **alten Ideen einen Wettbewerb** macht...
- **Asymmetrie zwischen Drittem Sektor und öffentlichen Einrichtungen.** Öffentliche Einrichtungen müssen die Qualität kontrollieren/bewerten. Das ist wichtig, aber die Eingriffe sind oft zu invasiv. In keinem anderen Sektor greift die öffentliche Hand so stark ein. Private sind vom Wohlwollen der öffentlichen Institutionen abhängig und dem Markt ausgesetzt. Es braucht eine Aufwertung des privaten Sektors gegenüber dem öffentlichen, nicht eine Privatisierung. Es gibt genügend Kontrollen, Akkreditierung u.a., so dass private mit öffentlichen Dienstleistungen gleichgestellt werden können. Heute sind wir untergeordnet.
- **Der Dritte Sektor wird auf den freien Markt getrieben.** Organisationen müssen sich an die Gesetze des freien Marktes halten, unterliegen aber zusätzlichen Einschränkungen und Verpflichtungen.
- Die öffentliche Verwaltung sollte den Dritten Sektor fragen, welche Dienste angeboten werden sollen. Private werden von den öffentlichen Trägern nicht in die **Programmierung einbezogen**.
- **Sozialgenossenschaften des Typs B** müssen auf dem freien Markt mit for-profit Unternehmen konkurrieren (z.B. Gartenreinigung). Der Prozentsatz, der dem Non-Profit-Sektor gewidmet ist, ist gering. Gewinn zu generieren ist schwierig. Personen und Organisationen müssen beim Einstieg begleitet werden – dies ist aufwendig.
- Es gibt einen **Zwang, um zum Dritten Sektor zu gehören**, das verursacht viel Aufwand und Bürokratie im Büro, man braucht eigens Personal dafür. Die Herausforderung ist, ob man das Personal findet. Die Ausbildung für Fachkräfte soll gefördert werden.
- **Öffentliche Auftraggeber haben mehrere Rollen**, sie schreiben Leistung aus, führen sie selbst auch aus und kontrollieren selbst (Beispiel Kleinkinderbetreuung BSB). Man hat interne Konkurrenz, Interessenskonflikte.
- **Schwierigkeit, Personal zu halten**, Mitarbeiter*innen werden vom öffentlichen Sektor abgeworben (andere Vertragsbedingungen). Das Personal wechselt sehr schnell, dadurch geht viel verloren, ein Netzwerk ist wichtig.

- **Es fehlt eine Lobby.** Schwierigkeiten bei der Interpretation der Regeln zur Ausschreibung. Man kann sich nicht öffentlich beschweren. Wie können wir uns angesichts dieser Umstände stärker machen?

Was ist die zukünftige Rolle der privaten Organisationen im Sozialbereich?

- ? *Gemeinsames Verständnis von Subsidiarität?*
- ? *Gestaltung der Rolle im Vergleich zu den öffentlichen Diensten?*
- ? *Wie groß soll die Selbstorganisation sein, wo muss die öffentliche Hand Verantwortung übernehmen?*
- ? *Innovation im Sozialbereich*

- Es braucht eine **Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor** mit aktiver Rolle des privaten Sektors auch in der Entscheidungsfindung. Private Organisationen als Anbieter von Leistungen, die die öffentliche Hand immer weniger selbst erbringen kann. Der private Sektor ist besser in der Lage, auf Bedürfnisse zu reagieren. Es muss ein besseres Gleichgewicht geschaffen werden. Mit der Öffentlichkeit im Dialog sein, wo liegen die Probleme, wie kann man daran arbeiten. Gemeinsame Planung im Sozialbereich ausdehnen als gemeinsame Verantwortungsnahme (Zusammenarbeit auf Augenhöhe). Die öffentliche Hand hat Kontroll-/Garantenfunktion auf soziale Dienstleistungen als solche (mit gesamter Bevölkerung im Blick). Die privaten Organisationen haben Blick mehr auf Sektoren gerichtet. Es ist ein Rahmen zu schaffen, dass private Organisationen gesehen und gehört werden. Zusammenarbeit ist sehr notwendig.
- **Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe, stärkeres Vertretungsnetzwerk** zwischen den verschiedenen Akteuren. Es braucht ständigen Austausch, nicht nur wenn man laut wird. Innovation gibt es, aber die Umsetzung ist problematischer wegen finanzieller Probleme oder weil ein erfolgreiches Projekt nach ein paar Jahren in den „normalen Betrieb“ eingeht und dann über Vergabesystem ausgeschrieben wird. Eine verstärkte Vernetzung (öffentlich/privat), aber auch mit der Bevölkerung, ist für die Zukunft wichtig (Beteiligung der Bürger*innen auch an kommunalen Entscheidungen).
- Wir müssen **mehr Lobbyarbeit betreiben**. Wir sind Vertreter der Menschen, die wir begleiten, aber wir sind auch Arbeitgeber.
- **Rechte der Arbeitnehmer*innen**, es ist immer noch weit verbreitet, dass im Dritten Sektor mehr Freiwillige als Angestellte tätig sind (Dabei handelt es sich um eine Stärke, aber gleichzeitig auch eine Schwäche). Gefühl der Zugehörigkeit zur Sozialarbeit, aber manchmal wird es damit verwechselt, dass man von der Arbeit nicht gut leben kann (auch die Karriere zu machen, ist schwierig). Garantie der Rechte der Arbeitnehmer*innen: Möglichkeit der Vertretung auf institutioneller Ebene.
- Private soziale Organisationen können **als Schnittstelle zwischen unmittelbar Betroffenen und dem öffentlichen System** der sozialen Dienste fungieren. Rahmen, dass *Advocacy* möglich ist.
- **Betroffene sollten selbst entscheiden können welchen Dienst sie haben möchten**. Das ist heute nicht so. Soziale Dienstleistungen sollten dort eingekauft werden können, wo ich mich wohler fühle. Bei Werkstatt z.B. kann man nur anfragen, wo man den Wohnsitz hat. Man sollte im gesamten Land auswählen können.
- Die **Lücke zwischen Denkzentren und Arbeitszentren** soll geschlossen werden (Grad der Zusammenarbeit privater Organisationen mit Eurac/UniBZ als Denkzentren). Barriere für den Zugang zu Innovationen (Ausschreibungen der Provinz); aufgrund unterschiedlicher Regeln ist es schwierig, teilzunehmen.

- Der **Sozialplan soll ein *Work in progress* sein**, auch während der Pandemie gibt es ständig Veränderungen und man ist nicht mehr in der Lage, für 10 Jahre zu planen. Dem Sozialplan soll jedes Jahr eine Seite hinzugefügt werden.

SWOT-Analyse der privaten Organisationen im Sozialbereich

Abschließend wird versucht, die wichtigsten Punkte der Teilnehmer*innen der Arbeitsgruppe anhand der Matrix der SWOT-Analyse nach Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken einzuteilen.

Interne Faktoren	Stärken • Flexibilität (schnelle Reaktion möglich) • Weniger Hierarchie/flache Strukturen • Netzwerkarbeit • Betroffene verstehen Bedürfnisse am besten • Innovationspotenzial • Fördern Solidarität/geben zivilgesellschaftl. Engagement Raum • Starker Fokus, man kann mehr in die Tiefe gehen • Sozialräumliche Verortung • Partizipation von Betroffenen und Mitarbeiter*innen (je nach Organisationsform) • <i>Angebote zu günstigeren Preisen</i>	Schwächen • Wirtschaftlicher Teil: öffentliche Beiträge, es vergeht zu viel Zeit (-> Verschuldung bei Banken); Ausschreibungen: Schwierigkeiten bei der Planung, Konkurrenz mit niedrigen Gehältern, Covid-19 verringert die Geschwindigkeit der öffentlichen Verwaltung • Asymmetrie zwischen Drittem Sektor und öffentlichen Einrichtungen (starke Eingriffe durch die öffentliche Hand) • Forciertes Agieren des Dritten Sektors auf dem freien Markt mit größeren Einschränkungen • Fehlen einer Lobby • Es fehlt Partnerschaft/Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen privaten Organisationen und öffentlichem Bereich, keine Einbeziehung bei Programmierung • Fehlende Planungskapazitäten der kleinen Organisationen
Externe Faktoren	Chancen • Gemeinsame Planung und Projektierung (Art. 55 Gesetz 117/2017), welche gemeinsamen Systeme und Mittel gibt es? • Gemeinsame Ausbildung für öffentliche und private Führungskräfte • Private Organisationen als Schnittstelle zwischen Betroffenen und öffentlichem System (<i>Advocacy</i>) • Durch Covid-19 Gelegenheit, agile innovative Angebote, neue Arbeitsformen, effiziente Lösungen und innovative Organisationsmodelle zu entwickeln	Risiken • Ausschreibungen, die von Organisationen außerhalb des Gebiets / lokalen Netzwerks gewonnen werden • Zwang, dem Dritten Sektor anzugehören (mehr Aufwand, Bürokratie, braucht eigens Personal dafür) • <i>Angebote zu günstigeren Preisen</i>

Tabelle 7-2: Arbeitsgruppe 1 - SWOT Analyse der privaten Organisationen im Sozialbereich

7.3.2 Arbeitsgruppe 2: Wie sieht die Zukunft der Freiwilligenarbeit, Gemeinwesenarbeit und Selbsthilfegruppen aus?

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Freiwilligenarbeit und Selbsthilfegruppen

Stärken

- Hohe **Motivation** der Freiwilligen
- Jeder kann auch wieder aufhören, **jederzeit aussteigen**
- Freiwilligenarbeit ist oft **niederschwellig**
- Freiwillige sind oft **ähnlich zu den Empfänger*innen** ihrer Arbeit (Senioren, Bäuerinnen...) – dies steigert die Akzeptanz von Angeboten, Wahrnehmung „auf Augenhöhe“
- Freiwilligenarbeit gibt auch viel zurück, z.B.:
 - das Gefühl Gutes zu tun, sinnvolle Tätigkeiten auszuführen
 - Erfahrungen und Kompetenzen, die auch im Berufsleben eingebracht werden können (und z.B. nützlich bei Bewerbungen sein können)
- Freiwilligenarbeit ist äußerst **vielfältig** und bietet daher für alle etwas – jede/r kann etwas finden, das zu ihm / ihr passt
 - > um dies nutzbar zu machen, können folgende Maßnahmen / Strategien hilfreich sein:
 - Strukturen destrukturieren – kann für Jugendliche attraktiver sein
 - Auch projektbezogene Freiwilligenarbeit anbieten
 - Auch am Image („Freiwilligenarbeit ist cool“) arbeiten
- In der **Coronapandemie** konnte sowohl nicht-organisierte (z.B. Nachbarschaftshilfe) als auch organisierte Freiwilligenarbeit (z.B. Young Caritas) niederschwellig einspringen und auch junge Menschen zur Mitarbeit motivieren

Schwächen

- Die Ausstellung eines **aussagekräftigen Kompetenznachweises** hängt von der einzelnen Organisation ab und kann daher qualitativ sehr unterschiedlich ausfallen
 - > hier müsste es eine Vereinheitlichung geben (z.B. **Kompetenzpass**, der auf Provinzebene für alle gleich ist)
- Nicht immer gelingt es, konstant und auf Dauer die **Zusammenarbeit** zwischen verschiedenen Organisationen aufrechtzuerhalten – z.B. zwischen Altenheimen und Kindergärten / Schulen und so Freiwilligenpotential (z.B. von jungen Menschen) voll auszuschöpfen
- Manche Freiwilligentätigkeiten mussten während der **Coronapandemie** ausgesetzt werden und werden auch noch länger verzögert sein (v.a. für ältere Freiwillige)
- **Netzwerkarbeit** ist anstrengend – Organisationen unterliegen daher der Versuchung alleine zu arbeiten, da dies (zunächst) der einfachere Weg ist
- Es gibt die Tendenz zur **Selbstbezogenheit**
 - > oft braucht es mehr Öffnung, z.B. in Richtung Forschung (z.B. Uni Bozen)
- Manchmal läuft Freiwilligenarbeit unreflektiert, automatisch, so wie immer ab – dies führt dazu, dass es beim **Generationenwechsel** Probleme gibt

-> es sollten **systematisch Bedarfe erhoben** werden, was sich Freiwillige heute wünschen und was sie brauchen (Weiterbildung, Austausch, Selbstverwirklichung...)

- Oft **zu hohe Erwartungen** an die Freiwilligen: diese können jedoch nicht „die ganze Last“ übernehmen, da heute z.B. viele ganztags berufstätig sind und de facto nicht so viele Stunden leisten können

Welche Rahmenbedingungen muss die öffentliche Verwaltung gewährleisten?

- **Finanzierung:**
 - Organisationen sollten für die Freiwilligenarbeit **100% Finanzierung** erhalten – Eigenanteile sind für die Organisationen nicht aufzubringen
 - Freiwillige sollten **keine Ausgaben** im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit haben (z.B. für Fahrtkosten)
 - **Voucher** sollten im Dritten Sektor wieder eingeführt werden
- Der **Kompetenznachweis** (der sowohl das Ausmaß der geleisteten Tätigkeiten als auch die erworbenen Kompetenzen enthält) sollte formalisiert und vereinheitlicht werden
- Freiwilligenstunden sollten in gewissem Rahmen **als Arbeitsstunden anerkannt** werden (wie jetzt schon bei Einsätzen der freiwilligen Feuerwehr)
- Passende **Räumlichkeiten** (Situation verschärft in der Coronapandemie, da Räume noch größer sein müssen) sind essentiell, v.a. für Treffen von Selbsthilfegruppen, sind aber oft nicht vorhanden
- Projekte wie „**Haus der Solidarität**“ (in Bozen bereits in Planung) sollten unter Beteiligung der Organisationen des Dritten Sektors verwirklicht werden, so könnte z.B. auch die Raumsituation verbessert werden
- **Sozialer und gesundheitlicher Sektor** müssen noch mehr integriert werden
-> z.B. auch durch die Verknüpfung des Landessozialplans und des Landesgesundheitsplans
- Der **ländliche Raum** muss gezielt gestärkt werden
- Der **bürokratische Aufwand** bei der Dokumentation von geleisteten Stunden muss vereinfacht werden

Aus- und Weiterbildung der Freiwilligen

- Die **Teilnahme an Kursen** sollte für die Freiwilligen finanziert werden (ist eine Anerkennung für die Person, nützt aber auch der Freiwilligenorganisation und den Empfänger*innen der Tätigkeiten)
- **Organisierter Austausch** mit einer festen Ansprechperson der Organisation oder auch Supervisionsmöglichkeiten bei professionellen Fachkräften sind in bestimmten Bereichen der Freiwilligenarbeit wichtig
- **Kommunikationsseminare** können bei Konflikten zwischen Freiwilligen helfen
- **Wissen der „Expert*innen aus Betroffenheit“** sollte mehr genutzt und formalisiert werden

Positive Beispiele

- **Young Caritas:**
Wurde über Kommunikation unter Jugendlichen aber auch durch Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen zum Selbstläufer und konnte junge Menschen besonders während der Pandemie zur Freiwilligenarbeit motivieren (ca. 650):
 - Jugendliche fühlen sich „cool“

- Sie fühlen sich als Teil einer Gemeinschaft
- Sie bekommen einen Raum, in dem sie sich auch ausprobieren / experimentieren können
- **Südtiroler Bäuerinnenorganisation (Lebensberatung für die bäuerliche Familie):**
 - Findet sehr viele Freiwillige, die mitarbeiten möchten
 - Vermutung: sowohl Weiterbildungen als auch soziale Aspekte scheinen die Menschen sehr anzusprechen
- Der **DSG** organisiert regelmäßige Treffen zum Austausch von Hauptamtlichen und Freiwilligen – diese Treffen könnten institutionalisiert und ausgeweitet werden
- In München gibt es einen **Fonds für Selbsthilfegruppen**, die nicht zu einer Organisation gehören, aus dem kleine Beträge z.B. für Vorträge von Fachreferent*innen, unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden

Gemeinwesenarbeit

- Gemeinwesenarbeit als **übergreifendes gelebtes Konzept**, das über die bloße Nachbarschaftshilfe hinausgeht
- Gemeinwesenarbeit umfasst **alle wesentlichen gesellschaftlichen Themen** wie Arbeit, Bildung, Energieversorgung und sollte daher entsprechend strukturell gefördert werden
- Im Landessozialplan sollte die Gemeinwesenarbeit als **konstante und geplante strukturelle Entwicklung** für alle städtischen und ländlichen Gemeinden festgeschrieben werden
- Zunächst müssten systematisch **Bedarfsanalysen** durchgeführt werden
- Die **Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Organisationen** muss konstant erfolgen (nicht nur in Krisensituationen) zum Wohl des Gemeinwesens
- Das Thema Gemeinwesenarbeit sollte auch **in den Gemeindeverwaltungen repräsentiert** sein, d.h. durch Personen und Ämter mitverfolgt und gefördert werden
- Das Thema **Prävention** (und nicht nur die Behandlung von bereits eingetretenen Problemen) sollte im Landessozialplan eine wichtige Stellung einnehmen

Positives Beispiel

- Erste Südtiroler **Gemeinwesengenossenschaft** in Mals (<http://www.legacoopfvfg.it/futuro-a-malles-costituita-la-prima-cooperativa-di-comunita-dellalto-adige/>)

Zusammenfassung: Wie soll die Freiwilligenarbeit der Zukunft in Südtirol aussehen?

- Sie ist flexibel, in Projekten organisiert und bietet auch zeitlich begrenzte Mitarbeit, so dass Ein- und Ausstiege als Freiwillige erleichtert werden
- Sie geht auf die verschiedenen Bedürfnisse ein, die es heute bei Menschen gibt, die freiwillig arbeiten möchten
- Es werden systematisch Gelegenheiten zum Austausch angeboten, auch gemeinsam mit Hauptamtlichen
- Freiwillige werden professionell durch Supervision und feste Ansprechpartner*innen („Freiwilligenbegleiter*innen“) in den Organisationen begleitet

- Es werden ausreichend Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Freiwillige angeboten oder finanziert, dadurch wird auch die Anerkennung für die geleisteten Tätigkeiten ausgedrückt
- Bürokratische Abläufe z.B. zur Stundendokumentation werden soweit wie möglich vereinfacht
- Der Dritte Sektor ist inklusiv: alle (privat, öffentlich, Dritter Sektor) ziehen gemeinsam an einem Strang und werden nicht gegeneinander ausgespielt
- Freiwilligenarbeit ist gleichermaßen in das Sozial- und Gesundheitswesen eingegliedert
- Freiwilligenarbeit geht in Gemeinwesenarbeit über und findet dann Aufnahme in politische Maßnahmen

7.3.3 Arbeitsgruppe 3: Welcher Mix aus Sach- und Dienstleistungen von öffentlichen und privaten Anbietern soll den Bürger*innen in Zukunft zur Verfügung stehen?

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Welfare mix:

Welche **Rolle** spielen die öffentliche Verwaltung (Provinz, BZG, Gemeinden), der Dritte Sektor (Non-Profit-Organisationen) und gewinnorientierte Unternehmen im Sozialwesen und welche **Sach- und Dienstleistungen** sollen sie anbieten?

Die Teilnehmer*innen sind sich einig, dass es im Sozialwesen einen (guten) Mix aus allen drei Sektoren braucht, bei dem die Nutzer*innen im Mittelpunkt stehen:



Abbildung 7-45: Arbeitsgruppe 3 - Welfare mix im Sozialwesen

Heute ist das Sozialwesen in Südtirol stark zentralisiert, d.h. die öffentliche Hand nimmt eine zentrale Rolle ein. Dies wird von den Teilnehmer*innen grundsätzlich positiv gesehen. Gleichzeitig haben gewinnorientierte Unternehmen eine untergeordnete Bedeutung – auch dies sei so gewollt und wird von den Teilnehmer*innen befürwortet.

Zur Anpassung und Verbesserung des *Welfare mix* sehen die Teilnehmer*innen deshalb bei folgenden Punkten (nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie) die öffentliche Verwaltung in der Pflicht:

- **Finanzierung** des Sozialwesens sowie Sicherstellung eines zielgerichteten, effizienten und effektiven Einsatzes der Mittel und Ressourcen.
- **Koordinierung und Supervision** des Sozialwesens, also aller drei Sektoren.
 - Grundlage sollen regelmäßige **Studien und Erhebungen der Bedürfnisse** im Sozialbereich bilden, die von der öffentlichen Verwaltung durchgeführt werden.
 - Diese Daten sollen als Grundlage für die **Strategie und Planung** der Politik dienen, aber auch den anderen Sektoren zur Verfügung gestellt werden.
- Sicherung und Kontrolle der **Qualität** von sozialen Diensten und Leistungen.
 - Dabei sehen die Teilnehmer*innen die **Definition von Standards** als vordergründig, um die Leistungen über alle drei Sektoren hinweg homogen zu gestalten.
 - Dabei muss auf stärkere **Professionalisierung** gesetzt werden, beispielsweise durch **Akkreditierungssysteme und Berufsverzeichnisse**.
Als konkretes Beispiel hierfür wurden die privaten Hauspflegekräfte („Badanti“) genannt.
 - Auf der anderen Seite muss **Preisdumping und übermäßige Konkurrenz** im Sozialwesen verhindert werden.
- Eng mit der Qualitätssicherung verbunden ist der Wunsch nach Stärkung und Verbesserung der **Aus- und Weiterbildung**.
 - In erster Linie fordern die Teilnehmer*innen bessere **Schulausbildung und Studiengänge**, die junge Menschen auf Berufe im Sozialwesen vorbereitet, aber auch das Interesse daran wecken.
 - **Erwachsenenbildung und Umschulung** muss gestärkt werden. Diese Angebote müssen berufsbegleitend ausgelegt sein. Die Absicherung der Auszubildenden muss sichergestellt werden, z.B. durch Fortbildung während der Arbeitszeit, sodass sie keinen Verdienstausschlag haben und Renten- und Sozialbeiträge weiterhin eingezahlt werden.
 - **Werbekampagnen** sollen auf die Möglichkeiten und Vorteile der Sozialberufe hinweisen und so Interesse wecken und Berufe im Sozialwesen attraktiveren.
- Ein zentrales Anliegen der Teilnehmer*innen ist die Sicherstellung der **Lohngerechtigkeit** im Sozialwesen.
 - Dies ist entscheidend für die Attraktivität der Sozialberufe und auch eng verbunden mit der Professionalisierung und Qualitätssicherung sowie Aus- und Weiterbildung.
- Das **Angebot** an Sach- und Dienstleistungen fördern, ausbauen, koordinieren und natürlich finanzieren.
 - Die Teilnehmer*innen fordern nicht zwingend, dass die öffentliche Hand selbst mehr Leistungen anbietet. Vielmehr sollte sie die **Leistungserbringung an den Dritten Sektor delegieren**.
- **Innovation** vorantreiben und Standards und Kriterien festsetzen.
 - Dies gilt insbesondere im Bereich der **IT und neuer Technologien**, die im Sozialwesen Einzug halten.

- Die Teilnehmer*innen fordern, diese Entwicklungen nicht einzig dem freien Markt zu überlassen, sondern steuernd einzugreifen, um die Qualität von Diensten und Leistungen sicherzustellen.

Wahlmöglichkeiten und Pflegegeld:

Welche Wahlmöglichkeiten haben die Bürger*innen heute und wie lassen sich diese erhöhen? Welche Rolle spielt dabei das Pflegegeld? Hat es das Angebot beeinflusst?

Die Schaffung von **Wahlmöglichkeiten** für die Nutzer*innen des Sozialwesens wird von den Teilnehmer*innen grundsätzlich befürwortet. Allerdings weisen sie auf einen generellen **Angebotsmangel** in mehreren Bereichen hin. Es fehlt also nicht (nur) eine Auswahlmöglichkeit, sondern teilweise grundsätzlich die Möglichkeit, soziale Dienste und Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Insbesondere wurden folgende Bereiche genannt:

- **Senioren** und insb. private **Hauspflege („Badanti“)**
 - Den Teilnehmer*innen zufolge gibt es in Südtirol einen Grundpflegebedarf von 18 Mio. Pflegestunden im Jahr. Hinzu kommen 2 bis 3 Mio. Pflegestunden, die von Familienangehörigen geleistet werden.
 - Es sei sehr schwierig, geeignete **Pflegekräfte** für diese Dienste zu finden, die sowohl die **fachlichen als auch persönlichen/sozialen Qualifikationen** vorweisen können.
 - Die Wahlmöglichkeit ist demnach unzureichend und wird zusätzlich erschwert, weil es in diesem Bereich kein **Berufsverzeichnis oder Akkreditierungssystem** gibt.
 - Von Seiten der **Gemeinden** wünschen die Teilnehmer*innen bei der Seniorenarbeit mehr **Unterstützung im Bereich Kommunikation**. Oft gibt es Angebote für Senioren, die aber nicht bekannt sind und deshalb nicht genutzt werden.
- **(Klein)Kinderbetreuung**
 - Die Betreuungssituation **unterscheidet sich von Gemeinde zu Gemeinde**. In manchen Gemeinden ist sie gut abgedeckt, in anderen muss sie ausgebaut werden.
 - Kleingemeinden sollen sich zusammenschließen und **übergemeindliche Angebote** schaffen.
 - Generell wünschen die Teilnehmer*innen mehr **Flexibilität** – beispielsweise Betreuungsangebote auch am Freitagnachmittag.
 - Die Wahlmöglichkeit der Kinderbetreuung durch die Eltern muss ebenfalls gefördert und ausgebaut werden. Beispielsweise fordern die Teilnehmer*innen die Möglichkeit der **Verlängerung der Mutterschaft** auch in der Privatwirtschaft sowie die (volle) **Anerkennung der Erziehungszeit für die Rente**.
- **Menschen mit Behinderungen**
 - Für diese Personengruppe werden Wahlmöglichkeiten oft durch **Barrieren** (architektonischer, kommunikativer oder anderer Natur) eingeschränkt. Diese gilt es abzubauen, um Wahlfreiheit zu ermöglichen.
- **Kinder- und Jugendschutz**
 - Den Teilnehmer*innen zufolge gibt es zu wenige **sozialtherapeutische Angebote** und viel zu lange **Wartezeiten**.
 - Allerdings sind in diesem Bereich die Wahlmöglichkeiten aufgrund der Schutzfunktion und durch Dekrete des Jugendgerichts eingeschränkt.

Die Teilnehmer*innen sind sich einig, dass das **Pflegegeld** einen Beitrag zu mehr Wahlmöglichkeiten leistet.

In erster Linie kommt das Pflegegeld bei der **Seniorenbetreuung und Pflege Zuhause** zum Einsatz. Die Teilnehmer*innen befürworten die Unterstützung der Pflege Zuhause, fordern aber eine **Anpassung des Pflegegeldsystems**:

Insbesondere sollte das Gesetz eine angemessene **Kontrolle** vorsehen, wie bzw. wofür das Pflegegeld ausgegeben wird. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die privaten Hauspflegekräfte („Badanti“) **qualifiziert** und entsprechend **ausgebildet** sind. Neben den professionellen Kompetenzen sollten auch die persönlichen Fähigkeiten nachgewiesen werden. Die Teilnehmer*innen schlagen hierfür ein **Berufsverzeichnis** mit **Akkreditierungssystem**, sowie eine **Abrechnung** der Ausgaben durch die Pflegegeldempfänger*innen vor.

Grundsätzlich soll das System des Pflegegelds mit den **vier Pflegestufen** laut den Teilnehmer*innen **beibehalten** werden, um einer Zersplitterung vorzubeugen. Allerdings könnten die **Zugangskriterien** zu den einzelnen Pflegestufen verbessert und verändert werden.

Ergänzend zum Pflegegeld wünschen sie sich die Möglichkeit, Versicherungen etwa in Form eines **Zusatzpflegefonds** vorzusehen.

7.3.4 Arbeitsgruppe 4: Eigenverantwortung, Wahlfreiheit und Partizipation der Betroffenen

Libertà di scelta e vita autodeterminata
Wahlfreiheit, selbstbestimmtes Leben

Persone con disabilità, anziani, giovani
MmB, Senioren, junge Erwachsene

Possibilità e limiti della **libertà di scelta / libertà di scelta e responsabilità personale**

Möglichkeiten und Grenzen der **Wahlfreiheit**: Wie können Betroffene zukünftig auch in der **Verantwortungsübernahme** mehr einbezogen werden?

Limiti alla libertà di scelta
Grenzen der Wahlfreiheit

1. Wahlfreiheit und selbstbestimmtes Leben

- Unterstützung der weiteren **Entwicklung und Stärkung der Gemeinschaft / Entwicklungswshops der Gemeinschaft, aktive Bürgerbeteiligung** basierend auf den Wünschen der Bürger*innen und der Aktivierung verfügbarer Ressourcen, nach dem Beispiel der in der Stadt Bozen bereits umgesetzten Projekte zur Stärkung des Verantwortungsgefühls und der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft. (z.B. Stadtviertel Firmian, Viertel Oberau-Haslach)
- Die Entwicklung von bewussten Bürger*innen und Beziehungsräumen (z.B. angeleitet von Expert*innen) sind Voraussetzungen für die Entwicklung der Fähigkeit zur Selbstbestimmung für alle Zielgruppen.
- **(Mehr) Information und Beratung** für Bürger*innen/Nutzer*innen als Voraussetzung für die Wahlfreiheit.
- **Selbstbestimmung der Nutzer*innen und wirtschaftliche Hilfsmittel**: bei konkreten Projekten möglicher Konflikt zwischen der Freiheit zur Selbstbestimmung und der Verbindlichkeit von Hilfsmitteln (z.B. Gesetz zum Pflegegeld und Hilfsmitteln wie Dienstleistungsgutscheine; Inklusionseinkommen („reddito di inclusione REI“), bedingungsloses Grundeinkommen („reddito di cittadinanza“).
- Notwendigkeit, von einem reaktiven zu einem **proaktiven Ansatz** überzugehen (**Aufsuchende Sozialarbeit**): Sozialarbeiter*innen müssen in Bewegung sein und die Bürger*innen aufsuchen.
- Kombination von **Wirtschaftshilfe und Aufsuchender Sozialarbeit**.
- **“Good practice” von den Seniorenheimen**: Richtlinien des „Verband der Seniorenwohnheime Südtirols“ für ein möglichst selbstbestimmtes Leben (z.B. Dialog mit den Senioren; Ansprechpartner*innen auf Bezirksebene; Wohnortnahe Betreuung; Netzwerk aus Sozial- und Gesundheitsdiensten; Flexibilität im Angebot von stationären, teilstationären und häuslichen Pflegeleistungen; zentrale Rolle der sozialen Kompetenz des Anbieters; Lebensqualität und soziale Beziehungen).

2. Grenzen der Wahlfreiheit

- Auf dem Gebiet der Provinz und vor allem in den kleinen Tälern gibt es nur ein **geringes Angebot**. Bei Vorliegen eines Gerichtsbeschlusses ist die Entscheidung endgültig. In weniger schwierigen Fällen gibt es mehr Möglichkeiten, wobei auch auf die Zusammenarbeit/Empowerment mit der Familie gesetzt werden kann. Generell ist das Angebot an Plätzen in Einrichtungen (z.B. Pflegeheime) in der ländlichen Gegend sehr begrenzt.
- In einigen Bereichen (z. B. Behinderung, psychische Erkrankung, Abhängigkeit) gibt es ein **striktes System der Finanzierung** von Sozialdienstleistern, die verpflichtet sind, ihre Dienste in erster Linie den Bewohner*innen des jeweiligen Gebiets anzubieten. Dieses System stellt eine Einschränkung der Wahlfreiheit für Menschen dar, die aus verschiedenen Gründen Dienstleistungen in Anspruch nehmen wollen/müssen, die weit von ihrem Wohnort entfernt sind/in einem anderen Bezirk angeboten werden.
- **Individuelle Grenzen** der Wahlfreiheit: selbstbestimmtes Leben vs. individuelle Wünsche
- **Personen ohne festen Wohnsitz/Obdachlose**: Das aktuelle Modell bietet keine Wahlfreiheit. Es ist notwendig dieses Modell unter Einbezug des Konzepts „**Housing First**“ zu überdenken, wobei die zentrale Rolle des*r Nutzers*in als Entscheider*in und der Aufbau von

Beziehungsnetzwerken hervorgehoben wird → Orientierung an den Landesrichtlinien und an den in den letzten Jahren aktiven Pilotprojekten. Dies erfordert eine große Investition von Ressourcen (siehe Wohnungsknappheit).

- Achtung: Die Selbstbestimmung der Nutzer*innen kann zu einer Form der **Entbindung von Verantwortung von Seiten der Dienste** führen (Ein Sich-Selbst-Überlassen von Menschen in Schwierigkeiten).
- Rechtsschutz für betagte Personen: Die Möglichkeit für die betreute Person, eine*n **Sachwalter*in** zu wählen, sollte erweitert werden.
- Personen mit Behinderung: Die Autonomie beinhaltet die Möglichkeit, um Hilfe zu bitten: Das Angebot an **persönlichen Pflegeleistungen** muss verbessert werden.
- Vorsicht bei „doppioni“ (gleiche Dienstleistungen werden doppelt angeboten): Gefahr der Unübersichtlichkeit und Orientierungslosigkeit für die Nutzer*innen.
- Das Angebot an **persönlichen Pflegeleistungen** muss verbessert werden (z. B. Pflegegeld und private Sozialarbeit).
- Information und Aktualisierung über die angebotenen Dienste für die **Sachwalter*innen**.
- **Minderjährige mit Behinderung**: Fehlen von spezialisierten Strukturen, schulischer Inklusion, Unterstützung für die Familie, Freizeitangeboten/Sozialisierung.
- **Vereinfachung der Bürokratie** für die Vereine.

Quali sono gli attuali strumenti di **partecipazione** / possibilità di partecipazione?
Che cosa funziona? **Che cosa si potrebbe aggiungere?**

Was gibt es heute als **Beteiligungsinstrumente** / Partizipationsmöglichkeiten?
Was funktioniert? **Was könnte es noch zusätzlich geben ?**

- **Projekte zur Entwicklung der Gemeinschaft**, die sowohl von privaten Sozialdiensten als auch von öffentlichen Einrichtungen durchgeführt werden.
- Ein auf das Wohl der Gemeinschaft ausgerichtetes **Dienstleistungsnetzwerk zwischen privaten und öffentlichen sozialen Einrichtungen, Fachverbänden und Bürger*innen (z.B. Stadtviertel Firmian)**: periodische gemeinsame Aktionspläne, um das Wachstum von Bewusstsein und Verantwortung gegenüber der eigenen Nachbarschaft ("Solidargemeinschaft") zu fördern.

- **Minderjährige:** Planung/Projektierung basierend auf der Beteiligung der Nutzer*innen und auf der Pflege der **Beziehung zwischen Nutzer*innen und Anbietern**.
- Für eine **Person mit Behinderung** bedeutet Teilnahme, die Möglichkeit zu haben, am öffentlichen und sozialen Leben teil zu haben: **barrierefreier Zugang** zu öffentlichen Dienstleistungen und Verkehrsmitteln, Software, Internet usw.
- **Landesgesetz 7/2015;** Beratungsausschuss, der die Umsetzung überwacht (Beispiel für einen partizipativen Ansatz).
- **Technische Arbeitsgruppen** der Provinz (Psychiatrie, Abhängigkeit, etc.).
- **Dialog zwischen Expert*innen und „Expert*innen durch Erfahrung“;** Investition in die Ausbildung von Expert*innen durch Erfahrung.
- Landesgesetz zum aktiven Altern (Beispiel eines partizipativen Ansatzes).
- Enge Beziehung zwischen Beteiligung und Verantwortung → **Empowerment von Personen mit Behinderung**.
- **Individuelle Projekte:** Planung, Realisierung, Überwachung mit starker Beteiligung des*r Nutzer*in.
- **Aktives Leben im Alter:** Wenn aus gesundheitlichen Gründen ein Dialog mit der älteren Person nicht mehr möglich ist, ist die **Professionalität und soziale Kompetenz** des*r Betreuers*in, der*die mit der älteren Person arbeitet, von grundlegender Bedeutung (richtige Unterscheidung zwischen den **Bedürfnissen der älteren Person** und den Bedürfnissen der Familie).
- Personen mit Behinderung: **Abbau von Kommunikationsbarrieren** mit alternativen Strategien/Maßnahmen (z. B. Piktogramme).
- **Öffentliche Ausschreibungen** sollen unter Einbezug von Vereinen erarbeitet werden.
- Stärkung der **Gemeinwesensarbeit**.

Zusammenfassung: Input für den zukünftigen Sozialplan

- Stärkung der **Aufsuchenden Sozialarbeit**.
- Bessere **Begleitung von Personen, die Strukturen verlassen** (nicht nur öffentliche Dienste, sondern auch Formen der Unterstützung zur Entwicklung einer Gemeinschaft).
- Paradigmenwechsel für Personen ohne festen Wohnsitz/Obdachlose („**Housing First**“).
- Mehr sozio-sanitäre Zusammenarbeit.
- **Öffentliche Ausschreibungen:** einen dauerhaften Weg des Zusammenspiels von Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen finden.
- Stärkung der „**Quartiersarbeit**“ durch eine bessere Zusammenarbeit zwischen Provinz, Gemeinden, Diensten und Bürger*innen und Mediation des „Kümmerers“.
- **Attraktivität und Aufwertung des sozialen Sektors** (mehr Professionalisierung, Vergütung der Mitarbeiter*innen, Investition in die Ausbildung der Mitarbeiter*innen, neue Ausbildungswege und berufliche Einordnung für bspw. Frauen oder Jugendliche).
- **Gemeinschaften fördern**, Kategorisierungen und Spezialisierung von Maßnahmen vermeiden, Räume der Vernetzung schaffen.
- Investition in die **Vernetzungsarbeit zwischen Diensten, Bürger*innen, Vereinen und Einrichtungen**.

- Beteiligung "fördern", aber nicht "instrumentalisieren": akzeptieren, dass Vertreter anderer Interessens- und Wissensgruppen unsere Arbeitshypothesen in Frage stellen können; das Risiko des Scheiterns eines Versuchs auf sich nehmen.
- Bürokratieabbau für Bürger*innen und Vereine.
- Teilnahme an allen Phasen: **Planung, Entscheidungsfindung, Auswertung.**
- **Einbindung der Außendienstmitarbeiter*innen** in Entscheidungsprozesse.
- „**Nicht über uns ohne uns**“ ("Niente per noi senza di noi"): Einbindung der Nutzer*innen in Entscheidungsprozesse.
- Beteiligung, Verantwortung und Autonomie der **Personen mit Behinderung**: persönliche Betreuung und Unterstützung sowie technische Hilfsmittel.
- Neue Formen der **Erfassung der Bedürfnisse von vulnerablen Personen.**
- Wahlfreiheit: mehr wirtschaftliche Hilfen zur Unterstützung z.B. eines selbständigen Lebens (Neuvergabe von Aufträgen an WOBI).
- **Finanzierung des Sozialbereichs** durch starke Vernetzung zwischen dem öffentlichen und privaten sozialen Sektor.

7.3.5 Arbeitsgruppe 5: Wie soll in Zukunft die Governance des Sozialwesens aussehen: Entwicklung des Dritten Sektors und Rolle der öffentlichen Verwaltung

In der Arbeitsgruppe 5 „Governance des Sozialwesens“ haben 18 Vertreter*innen aus der Landesverwaltung, den Bezirksgemeinschaften und dem Dritten Sektor teilgenommen. Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landessozialplan genannt wurden.

3. Rolle der öffentlichen Verwaltung bei der Governance des Sozialwesens?

- Die Rolle der öffentlichen Verwaltung wird heute - so wie in den letzten 30 Jahren - vom LG 13/1991 bestimmt. Die Landesverwaltung erbringt mit Ausnahme der Landeskleinkinderheime und der Pflegeeinstufung keine Sozialleistungen selbst. Sie beauftragt die Gemeinden und die Bezirksgemeinschaften mit der Führung von Sozialdienste bzw. der Erbringung von Sozialleistungen. Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend, wurde entschieden, diejenigen Verwaltungen mit der Erbringung von Sozialleistungen zu beauftragen, die den Bürger*innen am nächsten stehen. Die Gemeinden und die Bezirksgemeinschaften entscheiden dann selbst, ob sie die Dienstleistungen selbst (mit eigenem Personal usw.) erbringen möchten oder ob sie lieber den Dritten Sektor beauftragen wollen. Die Provinz beschäftigt sich auch mit der Planung und der Definition der Bedürfnisse, auf deren Basis die Regeln für die Finanzierung der Sozialleistungen beschlossen werden.
- In der Zukunft sollte der Dialog mit dem Dritten Sektor intensiviert werden, da dieser bereits sehr viele Sozialleistungen anbietet. Dabei ist es wichtig, die Nachhaltigkeit des aktuellen Systems in Zeiten demographischer Veränderungen (siehe Alterung der Bevölkerung) zu gewährleisten. Ehrenamtliche Arbeit soll auch in Zukunft unterstützt werden.

- Auf Seiten der öffentlichen Verwaltung erfolgt die Governance vor allem durch die Landesverwaltung und die Bezirksgemeinschaften. Der Dritte Sektor wird als positives unbürokratisches Instrument in der Erbringung sozialer Dienstleistungen wahrgenommen.
- Die Governance-Rolle der BZG wird häufig kritisiert, da sie sich in einer Doppelrolle befinden. Auf der einen Seite die Rolle der Programmierung des territorialen Bedarfes an Sozialleistungen und andererseits die Rolle als Bereitsteller von Sozialleistungen.
- Der Dritte Sektor scheint in Südtirol auch nicht auf die Logik des Marktes (Ausschreibungen) vorbereitet zu sein. Es existieren gegenwärtig verschiedene Probleme mit dem Ausschreibungssystem, das den Eindruck erwecken, dass die Kostenkriterien stärker gewichtet werden als die Qualitätskriterien. Ausschreibungsverfahren sind sehr bürokratisch.
- Eine Vorgabe der Politik, wie viel öffentlich und wie viel privat angeboten werden soll, wird eingefordert. Es ist mehr Transparenz und Klarheit erforderlich, wenn der öffentliche Sektor diese Linie zieht.
- In Südtirol überwiegt oft die öffentliche Hand, es wäre interessant zu verstehen, was beispielsweise das Trentino zahlenmäßig macht (Benchmarking).
- Die privaten Akteure sollten gleich wie die öffentlichen Träger finanziert werden. Die Ressourcen, um die neuen Herausforderungen zu bewältigen sind da, aber man braucht Klarheit, was von den Privaten erwartet wird.
- Um den EU-Strukturfonds besser nutzen zu können, sollten die sogenannten „doppioni“ (gleiche Dienstleistungen werden doppelt angeboten) durch mehr Koordination zwischen den NPOs vermieden werden. Es ist unklar, wer die Finanzen verwaltet und wie die eingereichten Projekte priorisiert werden.
- Wie die Bezirksgemeinschaften haben auch viele NPOs eine Doppelrolle. Sie sind gleichzeitig Adressaten und Anbieter von Dienstleistungen.
- Die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung ist gegenwärtig gut, es gibt jedoch Anliegen bezüglich der Akkreditierung. Es wird immer schwieriger die Anforderungen bezüglich Ausbildung und Bürokratie zu erfüllen. Verbindliche Finanzierungszusagen kommen erst spät oder mit Verzögerung, und das erschwert die gesamte Programmierung.
- Die Kontinuität und die Qualität der bestehenden Dienste zu gewährleisten, wird immer schwieriger. Es stimmt jedoch nicht, dass nur der Preis in den Ausschreibungen ausschlaggebend ist: Die Qualität wird mit 80 Prozent gewichtet. Es ist eine Tatsache, dass es sich nur um Qualität „auf dem Papier“ handelt.
- Die Vertragssumme spielt eine große Rolle für die Art der Vergabemethode. Somit gibt es Bereiche, in denen es oft zu Ausschreibungen kommt und andere, in denen eine Direktvergabe erfolgt.
- Bürokratie wird oft extrem negativ betrachtet, jedoch ist sie auch notwendig.
- "Bürokratie" ist ein sehr abstrakter Begriff. Schaut man sich die Richtlinien an, die das Arbeitsministerium in Bezug auf die Auftragsvergabe entwickelt hat, tauchen folgende Prinzipien auf: Transparenz, Unparteilichkeit, Partizipation und Gleichbehandlung. Dies erfordert einen erheblichen Arbeitsaufwand seitens der öffentlichen Verwaltung.
- Es muss gesagt werden, dass sich das System der gemeinsamen Planung nicht völlig vom Ausschreibungssystem unterscheiden wird. Die öffentliche Stelle hat eine sehr schwierige Beweislage. Es wird gefordert, dass die öffentliche Einrichtung durch die gemeinsame Planung gewisse Einsparungen im Vergleich zur Nutzung des Marktes durch Ausschreibungen

nachweist. Der Preis von Dienstleistungen ist immer ein Problem, das nicht gelöst werden kann. Wie ist die Angemessenheit nachzuweisen?

- Bislang wurden Dienstleistungen nur dann ausgelagert, wenn die öffentlichen Verwaltungen große Schwierigkeiten hatten, Personal zu finden. Aus Gewohnheit, Tradition oder Sicherheit neigt die öffentliche Verwaltung immer dazu, Probleme mit ihren eigenen Mitteln zu lösen.
- Hinsichtlich ESF besteht folgendes Problem: Oft müssen Projekte so stark abgeändert werden, damit sie für ESF tauglich werden. Eine gemeinsame intensivere Planung könnte dabei helfen, viele Probleme zu lösen.

4. Was braucht es, um den Dritten Sektor weiterzuentwickeln und welche Rolle spielt dabei die öffentliche Verwaltung?

- Es braucht eine Vision und klare Leitlinien für die Entwicklung des Dritten Sektors im Sozialwesen, die im Einklang mit den rechtlichen Rahmenbedingungen stehen.
- Der Dritte Sektor muss sich weiterentwickeln. Dazu müssen die Rahmenbedingungen für mehr bürgerliches Engagement geschaffen werden. Der Dritte Sektor akquiriert auch externe Finanzierungen und bringt Freiwilligenarbeit ein.
- Die Mitsprache der NPOs muss gewährleistet werden. Dazu braucht es auch eine gewisse Flexibilität auf beiden Seiten, um das zu ermöglichen. Es ist eine Frage des Wollens und des Könnens.
- Die Politik spielt eine sehr wichtige Rolle in der Unterstützung des Dritten Sektors. Also sollten Politik, öffentliche Verwaltung und die Dachorganisationen gemeinsam an einen Tisch kommen.
- Bürokratische Verfahren verschwenden Ressourcen. Es braucht ein ausgewogenes Gleichgewicht: die Mittel sind so zu vergeben, dass vor allem die Adressaten der Sozialleistungen etwas davon haben.
- Bei der Pflege älterer Menschen ist zu bedenken, dass sich die Bedürfnisse ändern, auch im Hinblick auf die Pandemie. Die Rolle der Landesverwaltung besteht auch darin, die Entwicklung der angebotenen Sozialleistungen zu überwachen und dann die wirtschaftliche Unterstützung entsprechend der tatsächlich erbrachten Dienstleistung und entsprechend den Änderungen anzupassen.
- Die Akkreditierung könnte anstelle der Ausschreibung auch auf andere Bereiche des Sozialwesens ausgeweitet werden (nicht nur Seniorenwohnheime).
- Ein engerer Austausch zwischen Vertreter*innen der Landesverwaltung und der NPOs ist wünschenswert. Das Fachwissen muss in den Ämtern der Abteilung Soziales vorhanden sein, was schwierig werden kann, wenn die Landesverwaltung keine Dienste mehr selbst führt.
- Eine Integration von stationären und ambulanten Diensten wäre notwendig. Gegenwärtig sind es zwei Welten, die kaum miteinander vernetzt sind.
- Die Kreativität und die Innovationskraft des Dritten Sektors sind sehr wichtig. Anzustreben ist ein ausgewogener Mix zwischen privat und öffentlich angebotenen Sozialleistungen.
- Hinsichtlich der Ausbildung der Mitarbeiter*innen wäre eine engere Vernetzung der Ausbildungsstellen mit den zukünftigen Arbeitgebern wünschenswert, damit der Arbeitswelt gut ausgebildete Mitarbeiter*innen zur Verfügung stehen. Es gibt zurzeit einen großen Fachkräftemangel.

- Der Dritte Sektor ist im Sozialwesen in den letzten 20 Jahren stark gewachsen. Das Bewusstsein für die Rolle des Dritten Sektors im Sektor selbst sollte geschärft werden. Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit innerhalb des Sektors intensiviert werden, um die Verhandlungsposition gegenüber der öffentlichen Verwaltung zu verbessern.

5. In welchen Bereichen soll sich der Dritte Sektor entwickeln?

- Der Dritte Sektor im Sozialwesen ist Repräsentant und Sprachrohr des Territoriums. Organisationen, die sich außerhalb des Territoriums befinden (nicht nur in Bezug auf die physische Adresse), sind oft nicht in der Lage, angemessene Dienste anzubieten. Die Aufwertung und Belebung des Territoriums ist eine Schlüsselrolle des Dritten Sektors, daher muss das Ausmaß der "Repräsentation des Territoriums" ein relevantes Kriterium bei der Auswahl von Organisationen werden, die Sozialleistungen anbieten.
- Der Dritte Sektor ist sehr anpassungsfähig, da er im Vergleich zur öffentlichen Verwaltung in der Lage ist, viel flexibler auf Veränderungen zu reagieren. Die Sozialplanung soll an Veränderungen anpassbar sein und nicht alles für die nächsten Jahre determinieren.
- Früher gab es (dann abgeschaffte) Konsultationen zwischen den Akteuren des Sozialwesens. Die Einbindung des Dritten Sektors erfolgt oft nur dann, wenn eine Dringlichkeit besteht. Die Herausforderung heute besteht darin, die finanziellen Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds zu nutzen. Regelmäßige Treffen und ständige Reflexion würden helfen, diese Institution für die Weiterentwicklung des Dritten Sektors zu nutzen.
- Covid-19 hat die Integration zwischen öffentlicher Verwaltung, Gesundheits- und Sozialwesen sowie dem Dritten Sektor vorangetrieben. Es sollten weniger anlassbezogene Treffen (Meetings, die auf sofortiges Handeln ausgerichtet sind) stattfinden, sondern mehr Zusammenarbeit und Reflexion, die längerfristig ausgerichtet sind.
- Früher war es für NPOs einfacher, Finanzierungen für innovative Pilotprojekte zu bekommen. Gegenwärtig ist der ESF für Pilotprojekte nicht nutzbar. Wenn kleinere Private den ESF nutzen wollen, dann brauchen sie einen Verwaltungsapparat, der sie unterstützt, die Kriterien des ESF zu erfüllen. Die notwendige verwaltungstechnische Unterstützung könnte vom öffentlichen Sektor angeboten werden.
- Der ESF möchte innovative Pilotprojekte fördern. Dafür ist es wichtig zu definieren, welche Ziele diese Projekte verfolgen sollten, um spätere Einwendungen der EU-Kommission zu vermeiden.
- Der Dritte Sektor sollte nicht nur im Sozial-, sondern auch im Gesundheitswesen präsent sein. Dafür braucht es jedoch auch mehr Selbstverantwortung: Wer ein Problem hat, ist sicher auch Teil der Lösung. Der Dritte Sektor soll daher selbst sagen, wohin er sich entwickeln will, statt eine allgemeine Diskussion über die Richtungen einer möglichen Entwicklung zu starten.

6. Wie sollen die derzeitigen Instrumente (z.B. Akkreditierungssystem, Vergabewesen, Beitragssystem) aussehen?

4.1. Akkreditierungssystem

- Das Akkreditierungssystem betrifft nicht alle Institutionen des Südtiroler Sozialwesens, sondern nur bestimmte Einrichtungen wie Seniorenheime und Behinderteneinrichtungen. Das Akkreditierungssystem ist für alle stationären und teilstationären Einrichtungen relevant und basiert auf einem Staatsgesetz.
- Das Ziel der Akkreditierung ist die Sicherung bzw. Verbesserung der Qualität der zu erbringenden Sozialleistungen.
- Gegenwärtig umfasst die Akkreditierung 15 Standards, deren Einhaltung von der Landesverwaltung zum Teil sehr streng kontrolliert wird und für die NPOs herausfordernd ist.
- Es wird angeregt, dass bei der Definition und der Anpassung dieser Akkreditierungsrichtlinien auch ein Austausch mit den betroffenen Einrichtungen (NPO) stattfinden soll. Vorgeschlagen wird ein periodischer „Monitoring-Tisch“ (halbjährlich oder jährlich) zwischen Landesverwaltung und NPO.

4.2. Vergabewesen

- Prüfung der Möglichkeit, den klassischen Weg des Ausschreibens zu verlassen. Wer sich mit den Ausschreibungen beschäftigt, muss Landesrecht mit nationalem Recht und europäischen Richtlinien kombinieren.
- Das Vergabewesen ist sehr kompliziert. Es gibt viele Regeln und selbst bei einer geringfügigen Regelverletzung wird Einspruch erhoben. Die Vergabepaxis zeigt, dass der Zweitgereichte fast immer in Berufung geht, weil er Anspruch auf Entschädigung hat, selbst wenn die Unregelmäßigkeiten im Vergabeprozess minimal sind. Das Landesrecht allein ist in diesem Zusammenhang zu schwach, um etwas zu ändern.
- Der Dritte Sektor sollte allerdings keine allzu große Angst vor dem Wettbewerb haben. Oftmals geben sich diejenigen, die dem Wettbewerb ausgesetzt sind, mehr Mühe und können innovativere und bessere Lösungen anbieten.
- Wettbewerb ist in Ordnung, aber nur, wenn er fair ist (d. h. nicht durch unfaire Praktiken wie Gehaltsdumping, Steuerhinterziehung oder Ähnlichem verzerrt wird).
- Es ist daher sehr herausfordernd, sich alleine auf Ausschreibungen vorzubereiten. Das Problem liegt in der Kleinstrukturiertheit des Dritten Sektors. Es wird notwendig sein, dass die NPOs sich zusammenschließen, um Synergien zu nutzen (siehe die Provinz Trient).
- Ausschreibungen sollten zwischen NPOs und gewinnorientierten Organisationen unterscheiden.

4.3. Finanzierung über Beiträge

- Die Beiträge decken definitionsgemäß nicht 100 %, sondern maximal 80 % der anfallenden Ausgaben. Für größere NPOs ist dies im Vergleich zu kleineren NPOs kein Problem. Der Beitrag kann jedoch nicht 100 % der Ausgaben decken, da es sich sonst nicht mehr um einen Beitrag handelt, sondern um eine Umgehung der Ausschreibung.
- Beitragsgesuche von NPOs sind auf Grund der haushaltsrechtlichen Bestimmungen jährlich einzubringen. Da die Erstellung von Beitragsgesuchen häufig aufwendig ist und die

Beitragsverfahren als bürokratisch erlebt werden, wird der Wunsch geäußert, dass diese auf einer Mehrjahresbasis vergeben werden sollten.

- Die Landesverwaltung arbeitet an der Vereinfachung dieser Beitragsverfahren durch Digitalisierung, wobei noch die organisatorischen und technischen Voraussetzungen zu schaffen sind.
- Es wird angemerkt, dass es bei der Auszahlung der Beiträge zu Verzögerungen kommen kann, die zu Liquiditätsengpässen bei den NPOs führen können. Dem wird entgegnet, dass die Landesverwaltung am Anfang des Jahres ungefähr 70 oder 80 % des Vorjahresbeitrags an die Genossenschaften ausbezahlt, um mögliche Cashflow-Probleme zu vermeiden.
- Es wird vorgeschlagen, Beiträge auch für die Entwicklung innovativer Sozialleistungen zu gewähren.

7.4 Politische Handlungsspielräume

Dieses Kapitel zeigt strategische Handlungsoptionen in Form von Maßnahmen auf, die aus der Analyse der aktuellen und historischen Daten, den (inter)nationalen Erkenntnissen, Entwicklungstrends sowie Good Practice-Beispielen, der Auswertung der Online-Befragung und den Workshop-Ergebnissen abgeleitet werden können. Es obliegt der Politik bzw. politikvorbereitenden Verwaltung, eine Auswahl zu treffen und im Rahmen des Landessozialplans als strategische Ausrichtung der zukünftigen Maßnahmen festzulegen.

7.4.1 SWOT-Analyse der privaten Organisationen im Sozialbereich

Einschätzung der Teilnehmer*innen des Workshops zu den **Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken** des Dritten Sektors.

Interne Faktoren	Stärken • Flexibilität (schnelle Reaktion möglich) • Weniger Hierarchie/flache Strukturen • Netzwerkarbeit • Betroffene verstehen Bedürfnisse am besten • Innovationspotenzial • Fördern Solidarität/geben zivilgesellschaftl. Engagement Raum • Starker Fokus, man kann mehr in die Tiefe gehen • Sozialräumliche Verortung • Partizipation von Betroffenen und Mitarbeiter*innen (je nach Organisationsform) • <i>Angebote zu günstigeren Preisen</i>	Schwächen • Wirtschaftlicher Teil: öffentliche Beiträge, es vergeht zu viel Zeit (-> Verschuldung bei Banken); Ausschreibungen: Schwierigkeiten bei der Planung, Konkurrenz mit niedrigen Gehältern, Covid-19 verringert die Geschwindigkeit der öffentlichen Verwaltung • Asymmetrie zwischen Drittem Sektor und öffentlichen Einrichtungen (starke Eingriffe durch die öffentliche Hand) • Forciertes Agieren des Dritten Sektors auf dem freien Markt mit größeren Einschränkungen • Fehlen einer Lobby • Es fehlt Partnerschaft/Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen privaten Organisationen und öffentlichem Bereich, keine Einbeziehung bei Programmierung • Fehlende Planungskapazitäten der kleinen Organisationen
Externe Faktoren	Chancen • Gemeinsame Planung und Projektierung (Art. 55 Gesetz 117/2017), welche gemeinsamen Systeme und Mittel gibt es? • Gemeinsame Ausbildung für öffentliche und private Führungskräfte • Private Organisationen als Schnittstelle zwischen Betroffenen und öffentlichem System (<i>Advocacy</i>) • Durch Covid-19 Gelegenheit, agile innovative Angebote, neue Arbeitsformen, effiziente Lösungen und innovative Organisationsmodelle zu entwickeln	Risiken • Ausschreibungen, die von Organisationen außerhalb des Gebiets / lokalen Netzwerks gewonnen werden • Zwang, dem Dritten Sektor anzugehören (mehr Aufwand, Bürokratie, braucht eigens Personal dafür) • <i>Angebote zu günstigeren Preisen</i>

Tabelle 7-3: SWOT Analyse der privaten Organisationen im Sozialbereich

7.4.2 Governance-Strukturen des Südtiroler Sozialwesens

Die Rolle der öffentlichen Verwaltung wird auch heute noch vom LG 13/1991 bestimmt, das der Landesverwaltung die Steuerungsrolle (Planung, Kontrolle, Regulierung) im Sozialwesen zuweist. Die Landesverwaltung erbringt mit Ausnahme der Landeskleinkinderheime und der Pflegeeinstufung keine Sozialleistungen selbst. Sie beauftragt die Gemeinden und die Bezirksgemeinschaften mit der Führung von Sozialdienste bzw. mit der Bereitstellung von Sozialleistungen. Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend wurde entschieden, diejenigen Verwaltungen mit der Erbringung von Sozialleistungen zu beauftragen, die den Bürger*innen am nächsten stehen. Die Gemeinden und die Bezirksgemeinschaften entscheiden dann selbst, ob sie die Dienstleistungen selbst (mit eigenem Personal usw.) erbringen möchten oder ob sie die Organisationen des Dritten Sektors beauftragen wollen. Als Regulierer hat die Landesverwaltung ein Akkreditierungssystem aufgebaut, das auf Qualitäts-, Leistungs- und Personalstandards beruht. Die Provinz beschäftigt sich auch mit der Planung und der Definition der Bedürfnisse, auf deren Basis die Regeln für die Finanzierung der Sozialleistungen beschlossen werden.

Wie soll in Zukunft die **Governance** des Sozialwesens aussehen und was ist die **Rolle der öffentlichen Verwaltung**?

Handlungs- option	Beibehaltung der bestehenden Governance-Strukturen	Ergänzung der bestehenden Governance-Strukturen
	Governance-Aufgaben der öffentlichen Verwaltung:	Governance-Aufgaben der öffentlichen Verwaltung:
Ansätze und Auswirkungen	• Finanzierung des Sozialwesens ○ Sicherstellung eines zielgerichteten, effizienten und effektiven Einsatzes der Mittel und Ressourcen • Koordinierung und Supervision des Sozialwesens ○ Erhebung der Bedürfnisse als Grundlage der Planung • Sicherung und Kontrolle der Qualität der Sozialleistungen ○ Definition von Standards als Voraussetzung für ein homogenes Leistungsangebot ○ Professionalisierung durch Akkreditierungssysteme und Berufsverzeichnisse (z.B. für „Badanti“) ○ Verhinderung von Preisdumping und ruinöser Konkurrenz • Förderung der Aus- und Weiterbildung ○ Schulausbildung und Studiengänge ○ Erwachsenenbildung und Umschulung ○ Werbekampagnen • Sicherstellung der Lohngerechtigkeit ○ Förderung der Attraktivität der Sozialberufe • Innovation vorantreiben ○ Durch Förderung der Digitalisierung des Sozialwesens	• Die öffentliche Verwaltung und der Dritte Sektor planen gemeinsam auf der Grundlage der sich verändernden sozialen Bedürfnisse das Angebot an Sozialleistungen im Territorium (siehe Gesetz 117/2017) • Die Stärkung der Co-Programmierung und Co-Planung mit der öffentlichen Verwaltung, aber auch zwischen den verschiedenen lokalen privaten Organisationen, ist von wesentlicher Bedeutung (Risiko des Verlusts von Diensten bei Ausschreibungen an Organisationen außerhalb dieses Netzwerks)

Tabelle 7-4: Wie soll in Zukunft die Governance des Sozialwesens aussehen und was ist die Rolle der öffentlichen Verwaltung?

7.4.3 Welfare-Mix

Im Südtiroler Sozialwesen nimmt die öffentliche Hand eine zentrale Rolle ein. Dies wird von den Teilnehmer*innen grundsätzlich positiv gesehen. Gleichzeitig haben gewinnorientierte Unternehmen eine untergeordnete Bedeutung – auch dies sei so gewollt und wird von den Teilnehmer*innen befürwortet.

Welcher **Mix aus Sach- und Dienstleistungen** von öffentlichen und privaten Anbietern soll den Bürger*innen in Zukunft zur Verfügung stehen?

Handlungs- option	Beibehaltung des gegenwärtigen Welfare-Mix	Aufwertung des Dritten Sektors	Mehr gewinnorientierte Sozialunternehmen
Ansätze und Auswirkungen	Die Teilnehmer*innen sind sich einig, dass es im Sozialwesen einen (guten) Mix aus allen drei Sektoren (öffentlicher Sektor, Dritter Sektor und gewinnorientierte Unternehmen) braucht, bei dem die Nutzer*innen im Mittelpunkt stehen	- Vorgeschlagen wird eine vermehrte Delegation der Erbringung von Sozialleistungen an den Dritten Sektor - Die Teilnehmer*innen fordern, die Weiterentwicklung des Sozialwesens nicht einzig dem freien Markt zu überlassen, sondern steuernd einzugreifen, um die Qualität von Diensten und Leistungen sicherzustellen	Diese Option wird von den Teilnehmer*innen des Workshops als kritisch gesehen

Tabelle 7-5: Welcher Mix aus Sach- und Dienstleistungen von öffentlichen und privaten Anbietern soll den Bürger*innen in Zukunft zur Verfügung stehen?

7.4.4 Akkreditierungssystem

Das auf einem Staatsgesetz beruhende Akkreditierungssystem betrifft nicht alle Institutionen des Südtiroler Sozialwesens, sondern nur bestimmte Einrichtungen wie Seniorenheime und Behinderteneinrichtungen und ist die Voraussetzung für die laufende Finanzierung. Mit der Akkreditierung wird das Ziel der Qualitätssicherung und -verbesserung verfolgt. Es umfasst 15 Standards.

Wie sollen in Zukunft das **Akkreditierungssystem** im Sozialwesen ausgestaltet werden und was ist die **Rolle der öffentlichen Verwaltung**?

Handlungs- option	Status Quo mit Anpassungen	Ausweitung des Akkreditierungssystems
Ansätze und Auswirkungen	- Die Landesverwaltung kontrolliert sehr streng die Einhaltung dieser Standards - Die Einhaltung dieser Standards ist für die Einrichtungen sehr herausfordernd - Standards erscheinen nur eingeschränkt aufeinander abgestimmt - Angeregt wird eine temporäre Aufweichung bzw. eine Flexibilisierung der Akkreditierungsstandards - Modifizierungen sollten mit dem Dritten Sektor abgesprochen werden (Einrichtung eines Monitoring-Tisches)	Direkte Finanzierung aus dem Landessozialfonds (kein Vergabeverfahren notwendig)

Tabelle 7-6: Wie sollen in Zukunft das Akkreditierungssystem im Sozialwesen ausgestaltet werden und was ist die Rolle der öffentlichen Verwaltung?

7.4.5 Öffentliches Vergabewesen

Das Landesgesetz vom 17. Dezember 2015, Nr. 16 über die öffentliche Auftragsvergabe enthält im 10. Abschnitt „Soziale und andere Dienstleistungen“ spezielle Regelungen für das Sozialwesen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie diese Bestimmungen im Südtiroler Sozialwesen umgesetzt werden können, insbesondere die „vereinfachte Vergabe (Direktvergabe)“.

Wie sollen in Zukunft das **Vergabewesen** im Sozialwesen ausgestalten werden und was ist die **Rolle der öffentlichen Verwaltung**?

Handlungs- option	Verzicht auf öffentliche Ausschreibungen	Vereinfachtes Vergabeverfahren (Direktvergabe)	Intensivierung öffentlicher Ausschreibungen
Ansätze und Auswirkungen	- Es wird angemerkt, dass ein durch Ausschreibungen eingeführtes Wettbewerbs- und Marktsystem im Sozialwesen nicht zum Dritten Sektor passt - Die Landesverwaltung ist sich nicht bewusst, welche Dynamiken öffentliche Ausschreibungen auslösen	Ausschreibungen sollten zwischen NPOs und gewinnorientierten Organisationen unterscheiden. Derzeit suchen die Ausschreibungen nur die beste Preis-Leistungs-Relation auf dem Papier, es wird aber danach gar nicht mehr geprüft, ob das Versprochene auch eingehalten wurde	Der Dritte Sektor sollte allerdings keine allzu große Angst vor dem Wettbewerb haben. Oftmals geben sich diejenigen, die dem Wettbewerb ausgesetzt sind, mehr Mühe und können innovativere und bessere Lösungen anbieten. Der Dritte Sektor hat bisher privilegiert gelebt und ist jetzt den Wettbewerb nicht gewohnt und hat deshalb Ausschreibungen verloren

• Das Vergabewesen ist sehr kompliziert. Es gibt viele Regeln und selbst bei einer geringfügigen Regelverletzung wird Einspruch erhoben. Die Vergabep Praxis zeigt, dass der Zweitgereichte fast immer in Berufung geht, weil er Anspruch auf Entschädigung hat, selbst wenn die Unregelmäßigkeiten im Vergabeprozess minimal sind. Das Landesrecht allein ist in diesem Zusammenhang zu schwach, um etwas zu ändern • Es ist schwierig, alle Vorschriften einzuhalten, die für die Ausübung einer unternehmerischen Tätigkeit notwendig sind. Es ist daher sehr herausfordernd, sich alleine auf Ausschreibungen vorzubereiten. Das Problem liegt in der Kleinstrukturiertheit des Dritten Sektors. Es wird notwendig sein, dass die NPOs sich zusammenschließen, um Synergien zu nützen (siehe die Provinz Trient)	• Wettbewerb ist in Ordnung, aber nur, wenn er fair ist (d.h. nicht durch unfaire Praktiken wie Gehaltsdumping, Steuerhinterziehung oder Ähnlichem verzerrt wird). Wir brauchen ein System, bei denen sowohl der öffentliche als auch der private Sektor weiß, in welche Richtung er arbeiten muss

Tabelle 7-7: Wie sollen in Zukunft das Vergabewesen im Sozialwesen ausgestaltet werden und was ist die Rolle der öffentlichen Verwaltung?

7.4.6 Finanzierung über Beiträge

Die Beiträge decken definitionsgemäß nicht 100 Prozent, sondern maximal 80 Prozent der anfallenden Ausgaben. Für größere NPOs ist dies im Vergleich zu kleineren NPOs kein Problem. Der Beitrag kann jedoch nicht 100 Prozent der Ausgaben decken, da es sich sonst nicht mehr um einen Beitrag handelt. Die Logik des Beitrags besteht darin, dass sich die NPOs zumindest teilweise selbst finanzieren können. Wenn der Beitrag alles abdecken würde, wäre das eine Umgehung der Ausschreibung. Die Finanzierung über Beiträge funktioniert nur dann, wenn die NPOs auch Einnahmen erzielen.

Wie sollen in Zukunft das **Beitragssystem** im Sozialwesen ausgestaltet werden und was ist die **Rolle der öffentlichen Verwaltung**?

Handlungs- option	Anpassung der Beitragsfinanzierung	Keine Änderung der Beitragsfinanzierung
Ansätze und Auswirkungen	- Beitragsgesuche von NPOs sind auf Grund der haushaltsrechtlichen Bestimmungen jährlich einzubringen. Da die Erstellung von Beitragsgesuchen häufig aufwendig ist und die Beitragsverfahren als bürokratisch erlebt werden, wird der Wunsch geäußert, dass diese auf einer Mehrjahresbasis vergeben werden sollten - Die Landesverwaltung arbeitet an der Vereinfachung dieser Beitragsverfahren durch Digitalisierung („Weniger Papier durch mehr Online-Verfahren“), wobei noch die organisatorischen und technischen Voraussetzungen zu schaffen sind - Es wird vorgeschlagen, dass alle Ämter bei der Betragsvergabe gleich bzw. abgestimmt vorgehen sollten - auch in Sachen Jahresabschlüsse, Statuten, Kontrollen und Rechtsgrundlagen - damit eine Vereinfachung der Prozesse erreicht werden kann. Angeregt wird eine Harmonisierung der Vergabekriterien bzw. -verfahren für Beiträge im Sozialwesen	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

- Es wird angemerkt, dass es **bei der Auszahlung der Beiträge zu Verzögerungen** kommen kann, die zu **Liquiditätsengpässen** bei den NPOs führen können. Dem wird entgegnet, dass die Landesverwaltung am Anfang des Jahres ungefähr 70 oder 80 Prozent des Vorjahresbeitrags an die Genossenschaften ausbezahlt, um mögliche Cashflow-Probleme zu vermeiden. Hier gibt es eine Verwechslung zwischen dem Sozialwesen und anderen Sektoren. Vorschüsse gibt es im Sozialwesen, aber nicht im Gesundheitswesen
- Angeregt wird die Einrichtung eines **Arbeitstisches zwischen Landesverwaltung und NPOs** zum Thema Beitragswesen, um bestehende und auftauchende Probleme zu klären. Früher gab es eine paritätische besetzte Kontaktgruppe, in der die jährlichen Anpassungen der Beitragskriterien besprochen wurden
- Es wird vorgeschlagen, **Beiträge auch für die Entwicklung innovativer Sozialleistungen** zu gewähren

Tabelle 7-8: Wie sollen in Zukunft das Beitragssystem im Sozialwesen ausgestaltet werden und was ist die Rolle der öffentlichen Verwaltung?

7.4.7 Wahlmöglichkeiten und Wahlfreiheiten

Sollen in Zukunft **Wahlmöglichkeiten für die Nutzer*innen** geschaffen bzw. ausgebaut werden?

Handlungs- option	Wahlmöglichkeiten für die Nutzer*innen schaffen und ausbauen	Keine Wahlmöglichkeiten schaffen
Ansätze und Auswirkungen	Die Schaffung von Wahlmöglichkeiten für die Nutzer*innen des Sozialwesens wird von den Teilnehmer*innen des Workshops grundsätzlich befürwortet. • Allerdings weisen sie auf einen generellen Angebotsmangel in mehreren Bereichen hin. Es fehlt also nicht (nur) eine Auswahlmöglichkeit, sondern teilweise grundsätzlich die Möglichkeit, soziale Dienste und Leistungen in Anspruch zu nehmen. Zu diesen Bereichen zählen: ○ Senioren und insb. private Hauspflege („Badanti“) ○ (Klein)Kinderbetreuung ○ Menschen mit Behinderungen ○ Kinder- und Jugendschutz (sozialtherapeutische Angebote) • Finanzielle Beiträge wie beispielsweise das Pflegegeld eröffnen Wahlmöglichkeiten ○ Allerdings nur, wenn sie nicht zweckgebunden sind • Die aufsuchende Sozialarbeit soll ausgebaut werden • Die Quartiersarbeit soll ausgebaut und durch bessere Zusammenarbeit gestärkt werden • Mit Beteiligung und Wahlmöglichkeiten muss auch eine Verantwortungsübernahme durch die Betroffenen erfolgen ○ Empowerment der Betroffenen	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 7-9: Sollen in Zukunft Wahlmöglichkeiten für die Nutzer*innen geschaffen bzw. ausgebaut werden?

7.4.8 Gemeinwesenarbeit, Freiwilligenarbeit (Ehrenamt) und Selbsthilfegruppen

Ein charakteristisches Merkmal des Dritten Sektors ist der große Anteil ehrenamtlich tätiger Personen, die sich durch eine hohe intrinsische Motivation auszeichnen.

Wie sieht die Zukunft der **Gemeinwesenarbeit, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfegruppen** im Sozialwesen aus?

Handlungs- option	Förderung der Gemeinwesenarbeit, der Freiwilligenarbeit (Ehrenamt) und von Selbsthilfegruppen	Beibehaltung des Status Quo
Ansätze und Auswirkungen	Freiwilligenarbeit und Selbsthilfegruppen: • Der demografische Wandel und das Fehlen von qualifiziertem Personal machen es notwendig, die ehrenamtliche Tätigkeit zu fördern • Maßnahmen: ○ Strukturen destrukturieren – kann für Jugendliche attraktiver sein ○ Auch projektbezogene Freiwilligenarbeit anbieten ○ Auch am Image („Freiwilligenarbeit ist cool“) arbeiten ○ Ausstellung von aussagekräftigen Kompetenznachweisen • Realistische Erwartungen an die Freiwilligen: diese können nicht „die ganze Last“ übernehmen • Ausreichend Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Freiwillige müssen angeboten finanziert werden • Bürokratische Abläufe (z.B. Stundendokumentation) werden soweit wie möglich vereinfacht Gemeinwesenarbeit: • Gemeinwesenarbeit als übergreifendes gelebtes Konzept, das über die bloße Nachbarschaftshilfe hinausgeht • Zunächst müssten systematisch Bedarfsanalysen durchgeführt werden • Im Landessozialplan sollte die Gemeinwesenarbeit als konstante und geplante strukturelle Entwicklung für alle städtischen und ländlichen Gemeinden festgeschrieben werden	<i>Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurden keine Ansätze und Entwicklungsszenarien für diese Handlungsoption genannt.</i>

Tabelle 7-10: Wie sieht die Zukunft der Gemeinwesenarbeit, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfegruppen im Sozialwesen aus?

8 Bereich Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen

Folgende Grafik gibt einen Überblick über die Dienste und Leistungen für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen.

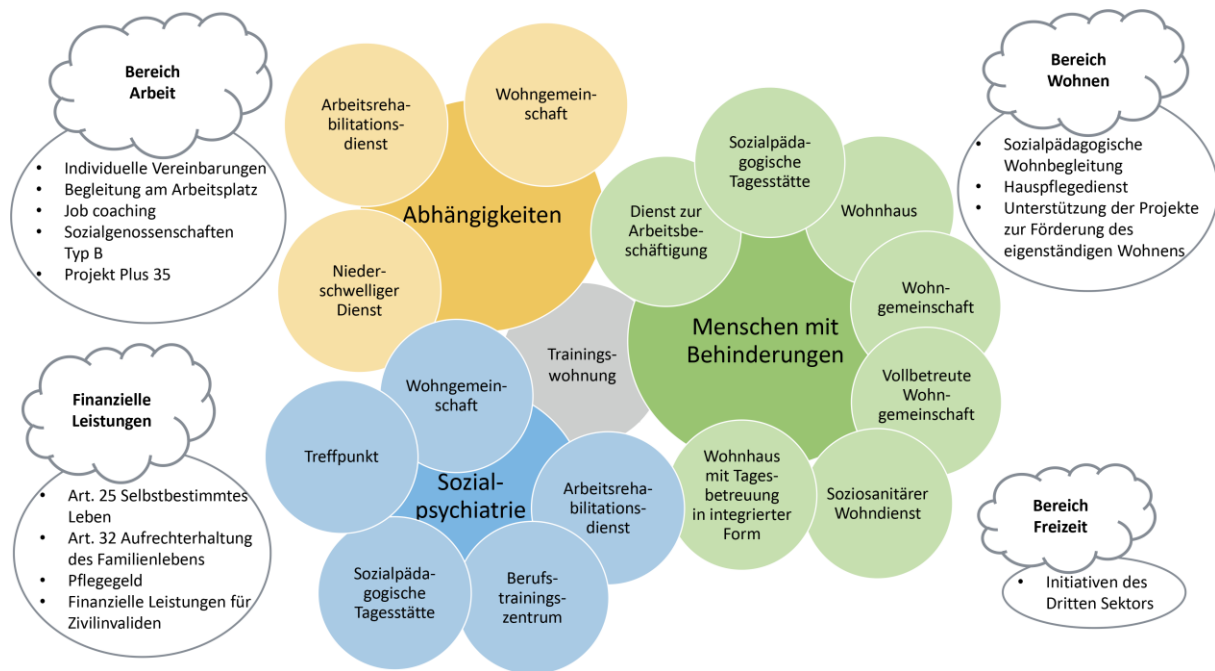


Abbildung 8-1: Dienste und Leistungen im Bereich Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen

Für die zentralen Dienste und Leistungen wurden von Eurac Research (inter)nationale Erkenntnisse, Entwicklungstrends und Good Practice-Beispiele identifiziert und Prognosen über die Entwicklung der betreuten Personen erstellt.

8.1 Entwicklungstrends und wissenschaftliche Prognosen

8.1.1 Entwicklungstrends im Bereich Menschen mit Behinderungen

Internationale Studien prognostizieren, dass die Zahl der Menschen mit Behinderungen beispielsweise in England bis 2025 um **25% steigen wird**. Allerdings ist diese Zunahme in erster Linie auf die **Alterung der Gesellschaft** zurückzuführen und nicht auf einen Anstieg der

Prävalenz von Behinderungen. Senioren leiden überproportional häufig unter altersbedingten Beeinträchtigungen.⁸⁷

Andererseits ist die primäre Zielgruppe der Dienste und Leistungen im Bereich Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen die Altersklasse der 18- bis 65-jährigen. Ältere Personen, insbesondere Personen, die aufgrund ihres Alters an Beeinträchtigungen leiden, werden meist in Senioreneinrichtungen betreut.

Die aktuelle Zahl der Menschen mit Behinderungen in Südtirol lässt sich in den Statistiken zum Gesetz 104/92 einsehen:⁸⁸

Handicap art. 3 comma 1 (2020)

ASL	(2015-2020) Età - Alter: 0-5	(2003-2014) Età - Alter: 6-17	(1996-2002) Età - Alter: 18-24	(1995-1976) Età - Alter: 25-44	(1975-1961) Età - Alter: 45-59	(1960-1956) Età - Alter: 60-64	(1955-1946) Età - Alter: 65-74	1945 o prima / 1945 oder vorher Età - Alter: 75 e oltre/und darüber	TOTALE - INSGESAMT
101	7	84	49	134	367	130	163	559	1.493
102	5	35	46	163	442	160	176	383	1.410
103	5	24	20	88	211	73	76	257	754
104	3	16	13	55	79	38	39	163	406

Tabelle 8-1: Menschen mit Behinderungen (Gesetz 104/92, Art. 3, Abs. 1) - Jahr 2020⁸⁹

⁸⁷ Guzman-Castillo et al. (2017)

⁸⁸ Legge 5 febbraio 1992, n. 104: "Legge-quadro per l'assistenza, l'integrazione sociale e i diritti delle persone handicappate."

⁸⁹ Amt für Menschen mit Behinderungen (2021)

Handicap art. 3 comma 3 (2020) Handicap grave

ASL	(2015-2020) Età - Alter: 0-5	(2003-2014) Età - Alter: 6-17	(1996-2002) Età - Alter: 18-24	(1995-1976) Età - Alter: 25-44	(1975-1961) Età - Alter: 45-59	(1960-1956) Età - Alter: 60-64	(1955-1946) Età - Alter: 65-74	1945 o prima / 1945 oder vorher Età - Alter: 75 e oltre/und darüber	TOTALE - INSGESAMT
101	111	438	160	320	698	255	360	1.427	3.769
102	59	274	133	252	459	187	300	1.377	3.041
103	58	170	66	166	289	109	169	462	1.489
104	38	123	70	147	215	73	103	350	1.119

Tabelle 8-2: Menschen mit schweren Behinderungen (Gesetz 104/92, Art. 3, Abs. 3) - Jahr 2020⁹⁰

Setzt man die aktuelle Zahl von Menschen mit Behinderungen in Relation zur Bevölkerung der jeweiligen Altersklasse und zieht man dann die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung heran, so lässt sich die zukünftige Anzahl der Menschen mit Behinderungen prognostizieren:

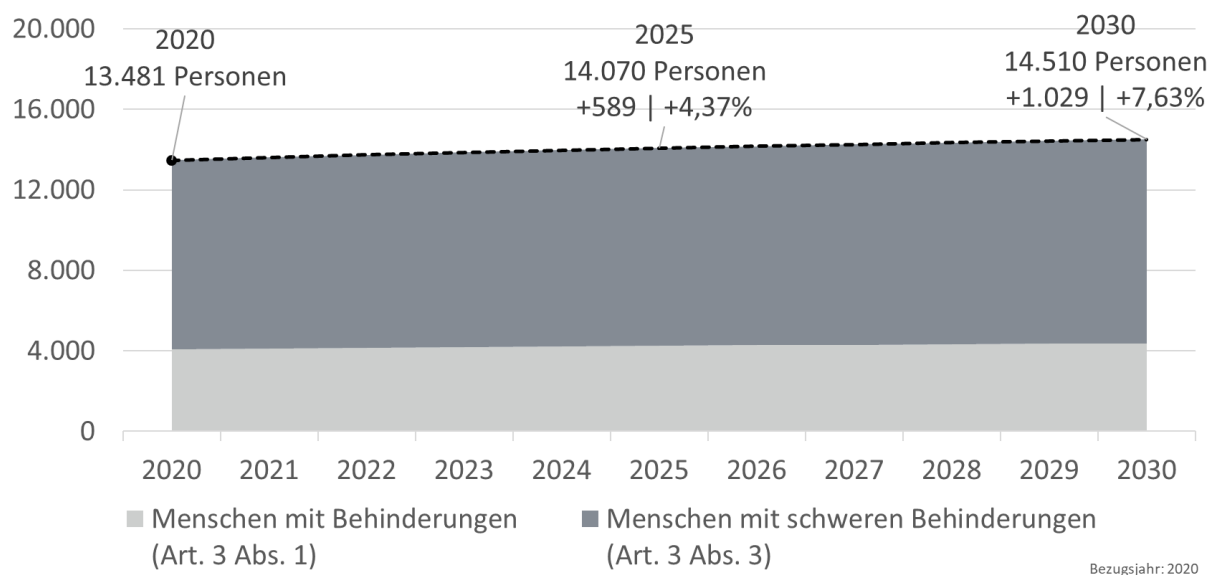


Abbildung 8-2: Prognose der Menschen mit Behinderungen nach Altersklassen

⁹⁰ Amt für Menschen mit Behinderungen (2021)

Auch in Südtirol zeichnet sich demnach eine Zunahme der Menschen mit Behinderungen ab. Eine genauere Analyse nach Altersklassen zeigt, dass besonders ältere Menschen von Behinderungen betroffen sind:

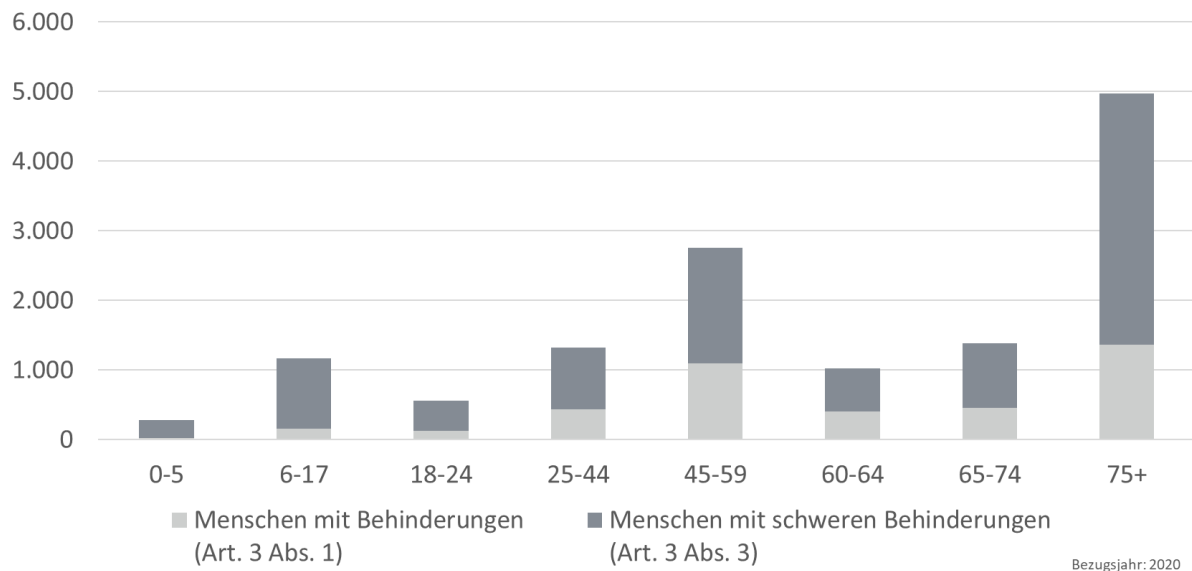


Abbildung 8-3: Gesetz 104/92 - Menschen mit Behinderung nach Altersklassen

Zusätzlich zu den Menschen über 75 Jahren scheint es besonders in der Altersklasse 45-59 viele Menschen mit Behinderungen zu geben. Dieser Eindruck entsteht vor allem durch die große Anzahl von Einwohner*innen in dieser Altersklasse. Setzt man die Zahl der Menschen mit Behinderungen in Relation zu den Einwohner*innen der jeweiligen Altersklasse, so relativiert sich das Bild und der große Anteil von Menschen mit Behinderungen Seniorenbereich wird noch deutlicher.

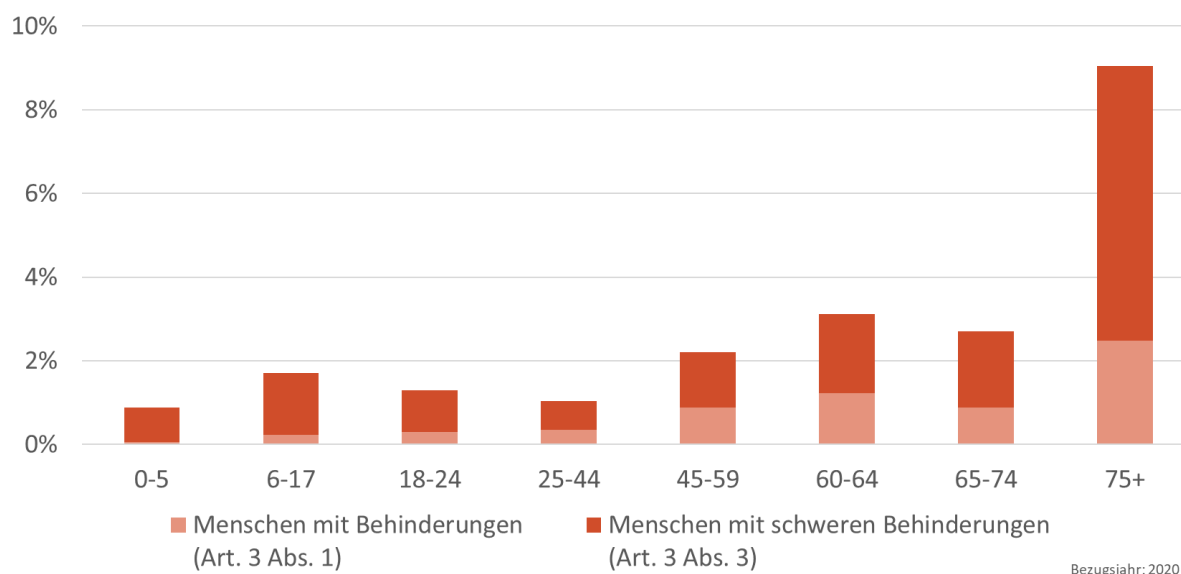


Abbildung 8-4: Gesetz 104/92 - Anteil Menschen mit Behinderung nach Altersklassen an der Bevölkerung

Im Jahr 2020 waren 47,21% der Menschen, denen vom Gesetz 104/92 eine Behinderung attestiert wurde, 65 Jahre oder älter. Knapp die Hälfte der Menschen mit Behinderungen in Südtirol fallen demnach nicht in die Hauptzielgruppe des Bereichs Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen.

Dem gegenüber stehen die neuen „Richtlinien für Wohndienste und -leistungen für Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen“, die mit Beschluss Nr. 284 vom 30.03.2021 von der Landesregierung verabschiedet wurden. Diese sehen in Artikel 14 hinsichtlich der *Aufnahme und Begleitung in den Diensten für Senioren* vor, dass der Verbleib im Alter in ihrem Zuhause zu fördern ist. Anders als bisher sollen Menschen mit Behinderungen, die in Strukturen und Einrichtungen des Bereichs betreut werden, zukünftig also nicht mehr mit Erreichung des 65. Lebensjahres in Einrichtungen und Strukturen des Seniorenbereichs übergehen.

Dies hat natürlich Auswirkungen auf die künftige Zahl der Nutzerinnen und Nutzer und wird in der Prognose der stationären Einrichtungen berücksichtigt, indem die Wartelisten der Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen einbezogen werden.

8.1.2 Prognosen im Bereich Wohnen

Im Bereich der Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen werden die Prognosen nach Einrichtungstypologie zusammengefasst. Die Prognosen im Bereich Wohnen beziehen sich demnach auf die Jahressumme der Nutzer*innen der stationären Einrichtungen folgender Dienste und Leistungen:



Abbildung 8-5: Stationäre Dienste und Leistungen für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen

Die Prognosen werden dabei für die drei Zielgruppen Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen in einer Grafik zusammengefasst. Der Aufbau dieser Grafik erfolgt schrittweise, sodass die einzelnen Zielgruppen gut zu unterscheiden sind.

Die erste stationäre Einrichtung sind die Trainingswohnungen. Diese richten sich an alle drei Zielgruppen und zeigen gemäß der prognostizierten Entwicklung der Altersklasse 18-65 einen flachen Verlauf:

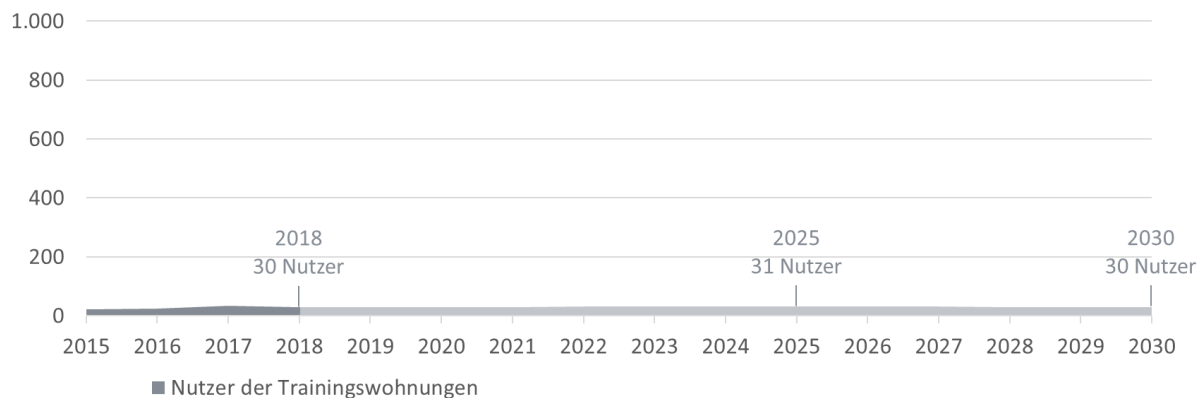


Abbildung 8-6: Prognose der Nutzer*innen der Trainingswohnungen

Dieser flache Verlauf spiegelt sich auch in den Prognosen der Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen wider.

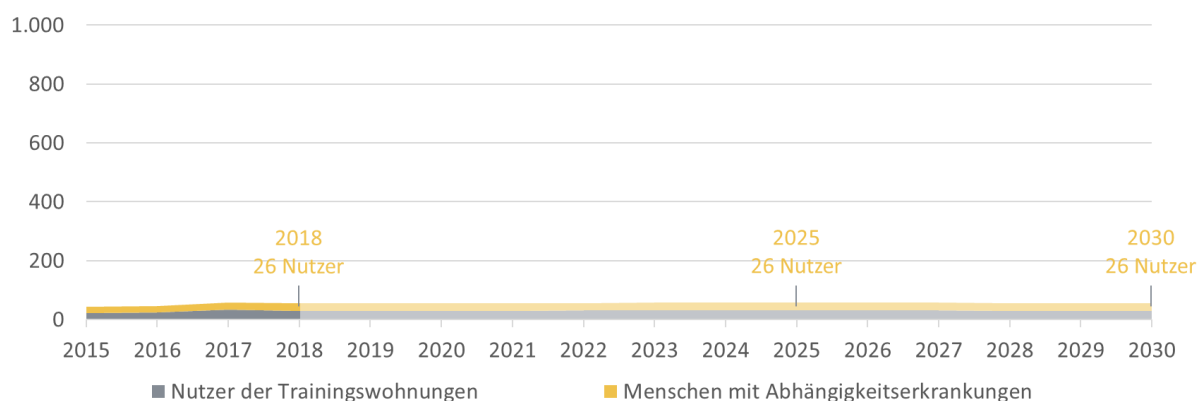


Abbildung 8-7: Prognose der Nutzer*innen der stationären Einrichtungen für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen

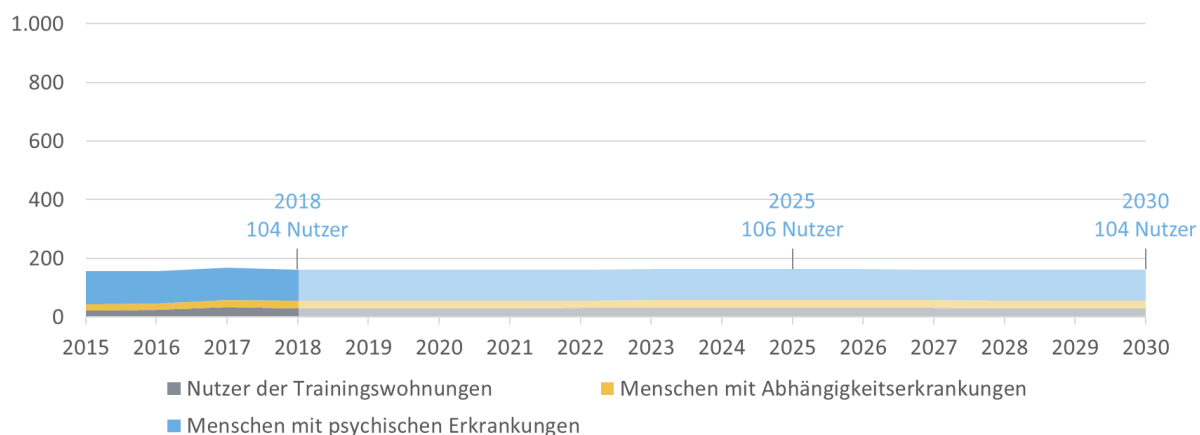


Abbildung 8-8: Prognose der Nutzer*innen der stationären Einrichtungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen

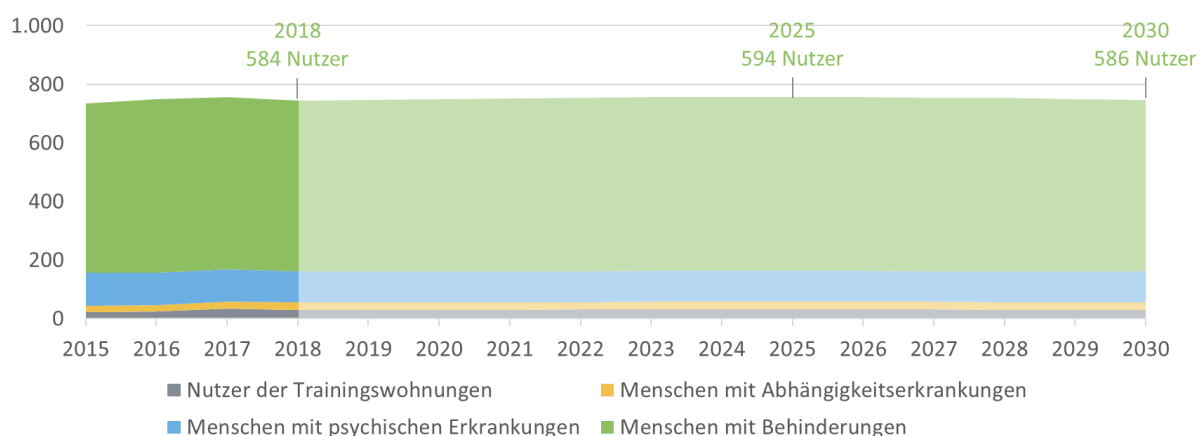


Abbildung 8-9: Prognose der Nutzer*innen der stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen

Für die stationären Einrichtungen der Menschen mit Behinderungen werden zudem einheitliche und umfangreiche Wartelisten geführt, deren Entwicklung ebenfalls prognostiziert wurde.⁹¹

⁹¹ Für die anderen Zielgruppen gibt es zwar teilweise ebenfalls Wartelisten, allerdings werden diese Angaben des Fachamtes zufolge nicht umfassend und konsequent geführt und können daher für wissenschaftlich valide Prognosen nicht herangezogen werden.

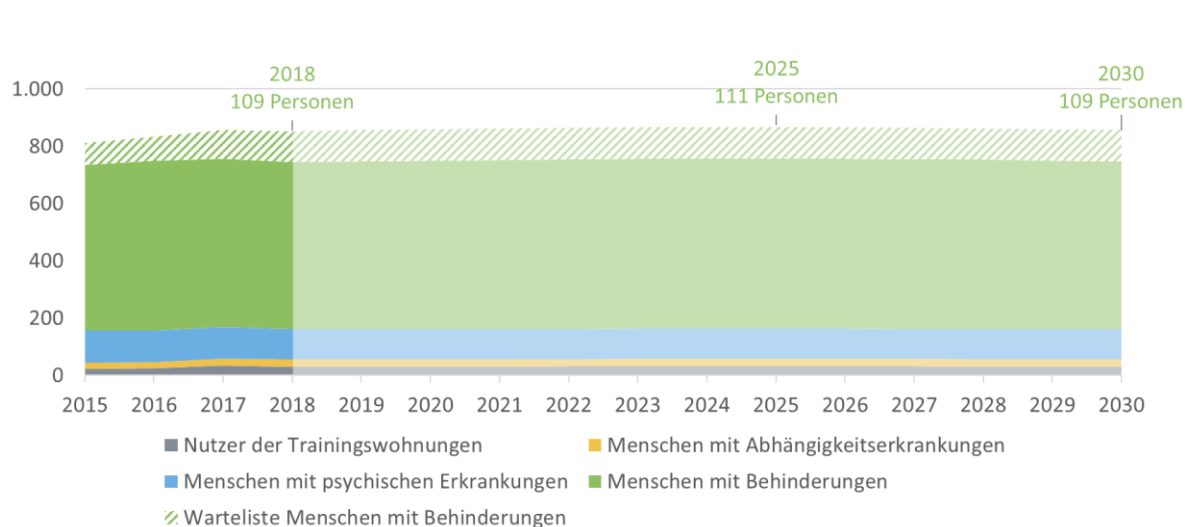


Abbildung 8-10: Prognose der Entwicklung der Wartelisten der stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen

Fasst man alle Zielgruppen zusammen und strebt eine Deckung der Nachfrage – in Form der Wartelisten im Bereich Menschen mit Behinderungen – bis 2030 an, so ergibt sich folgende Prognose der Nutzerinnen und Nutzer:

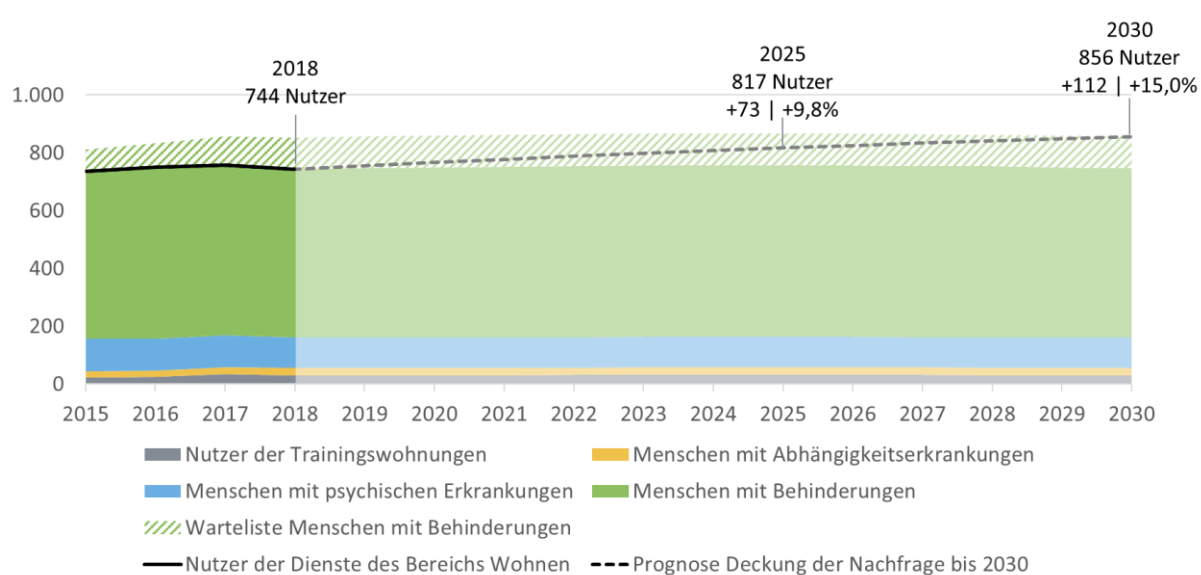


Abbildung 8-11: Prognose der Nutzer*innen der Dienste des Bereichs Wohnen mit Deckung der Nachfrage bis 2030

Zur Abrundung des Bereichs Wohnen wurde neben den Diensten auch die Entwicklung der Nutzer*innen der sozialpädagogischen Wohnbegleitung prognostiziert:

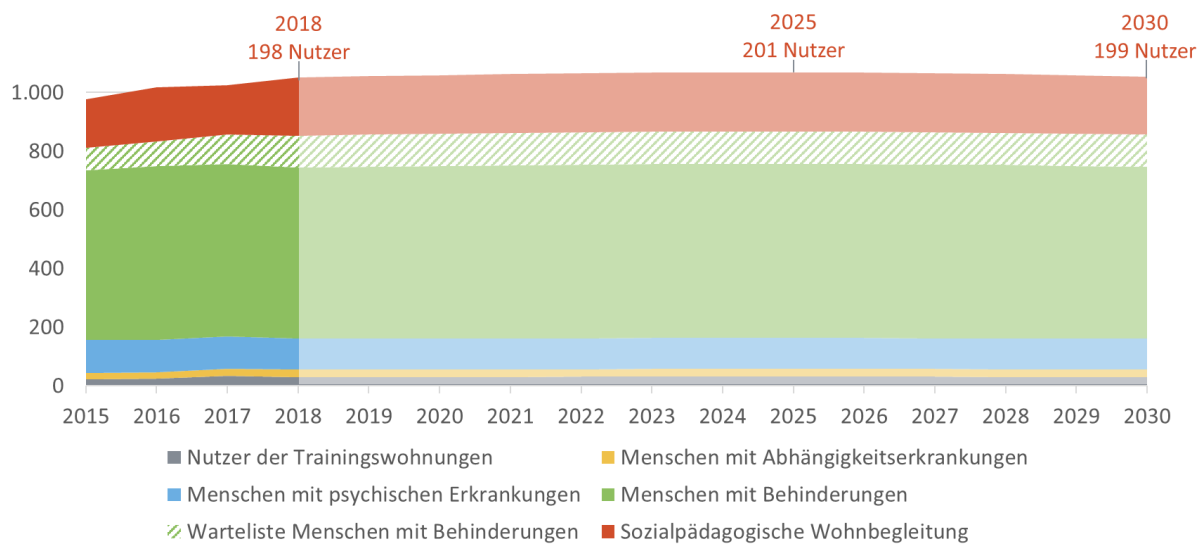


Abbildung 8-12: Prognose der Nutzer*innen der sozialpädagogischen Wohnbegleitung

8.1.3 Entwicklungstrends im Bereich Menschen mit psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen

Internationale Studien zeigen, dass sich die Prävalenzen psychischer Erkrankungen in der Gesamtbevölkerung – also der Anteil der Menschen, die unter psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen leiden – nur geringfügig verändert. Tatsächlich zeigt eine umfassende Studie am Beispiel Deutschland sogar einen Rückgang der epidemiologischen 12-Monats-Prävalenz für psychische Störungen insgesamt:⁹²

⁹² Rabe-Menssen et al. (2020)

Entwicklung der epidemiologischen 12-Monats-Prävalenz

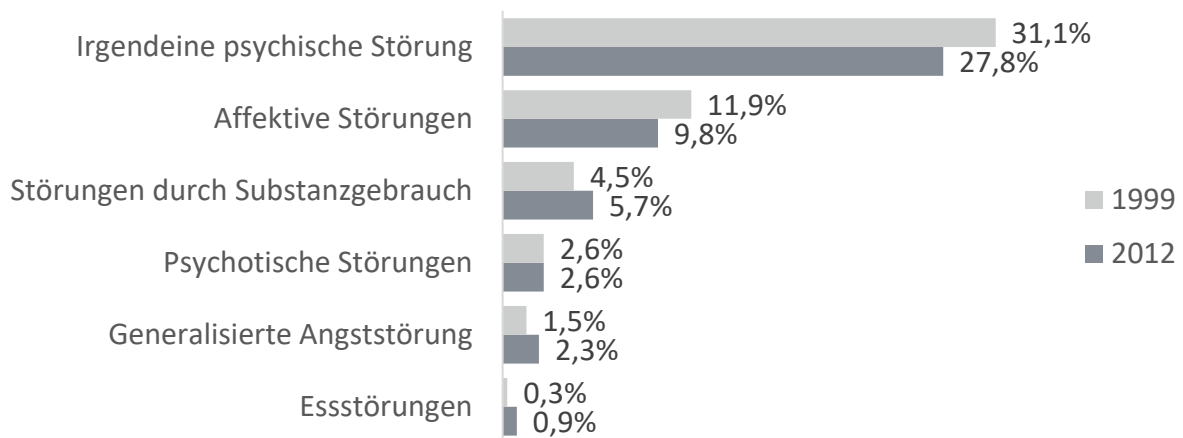


Abbildung 8-13: Entwicklung der epidemiologischen 12-Monats-Prävalenz von 1999 und 2012 in Deutschland für ausgewählte Störungsgruppen⁹³

Spezifische Formen psychischer Erkrankungen, insbesondere Störungen durch Substanzgebrauch, also Abhängigkeitserkrankungen, haben in den letzten Jahren jedoch zugenommen.

Hinzu kommt, dass psychische Diagnosen in der ambulanten fachspezifischen Behandlung stetig zunehmen. Dieser Anstieg ist demnach nicht auf eine Zunahme der Erkrankungen selbst zurückzuführen, sondern auf eine Zunahme der Diagnosehäufigkeit aufgrund höherer Sensibilität, verbesserter Kenntnisse und Diagnostik sowie offenerer Umgang mit der Thematik.⁹⁴

Die folgenden Analysen zeigen Projektionen auf Basis der aktuellen Nutzerzahlen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung. Die hier angeführten Entwicklungstrends können die prognostizierten zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer entsprechend beeinflussen.

⁹³ Rabe-Menssen et al. (2020)

⁹⁴ Rabe-Menssen et al. (2020)

8.1.4 Prognosen im Bereich Beschäftigung und Tagesbegleitung

Im Bereich der Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen werden die Prognosen nach Einrichtungstypologie zusammengefasst. Die Prognosen im Bereich Beschäftigung und Tagesbegleitung beziehen sich demnach auf die Jahressumme der Nutzer*innen der teilstationären Einrichtungen folgender Dienste und Leistungen:



Abbildung 8-14: Teilstationäre Dienste und Leistungen für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen

Die Prognosen werden dabei für die drei Zielgruppen Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen in einer Grafik zusammengefasst. Der Aufbau dieser Grafik erfolgt schrittweise, sodass die einzelnen Zielgruppen gut zu unterscheiden sind.

Gemäß der prognostizierten Entwicklung der Altersklasse 18-65, die die Hauptzielgruppe der Dienste und Leistungen darstellt, zeigen die Prognosen einen flachen Verlauf:

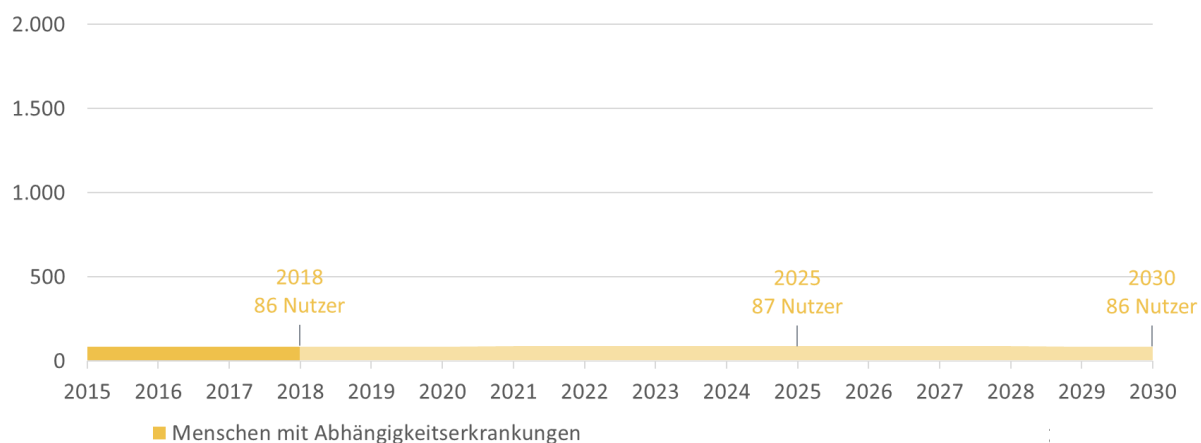


Abbildung 8-15: Prognose der Nutzer*innen der teilstationären Einrichtungen für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen

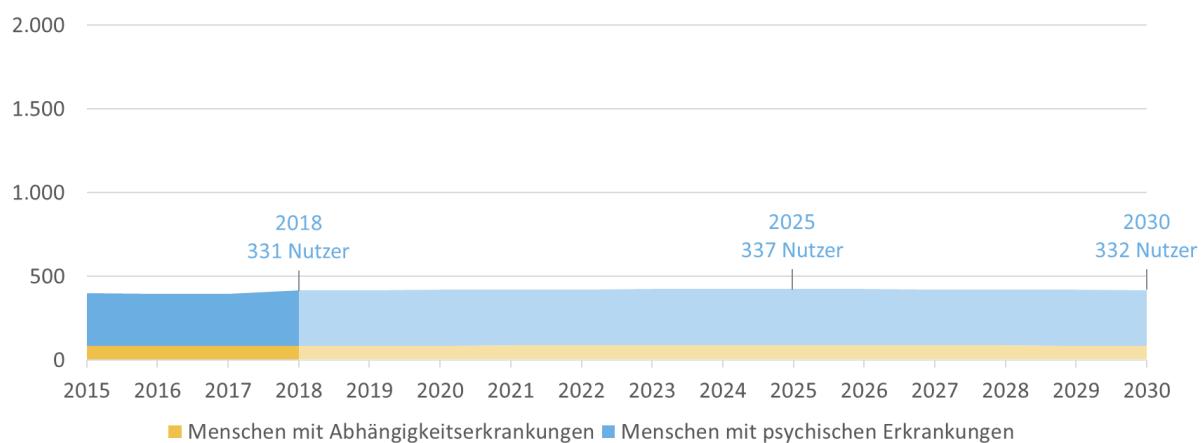


Abbildung 8-16: Prognose der Nutzer*innen der teilstationären Einrichtungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen

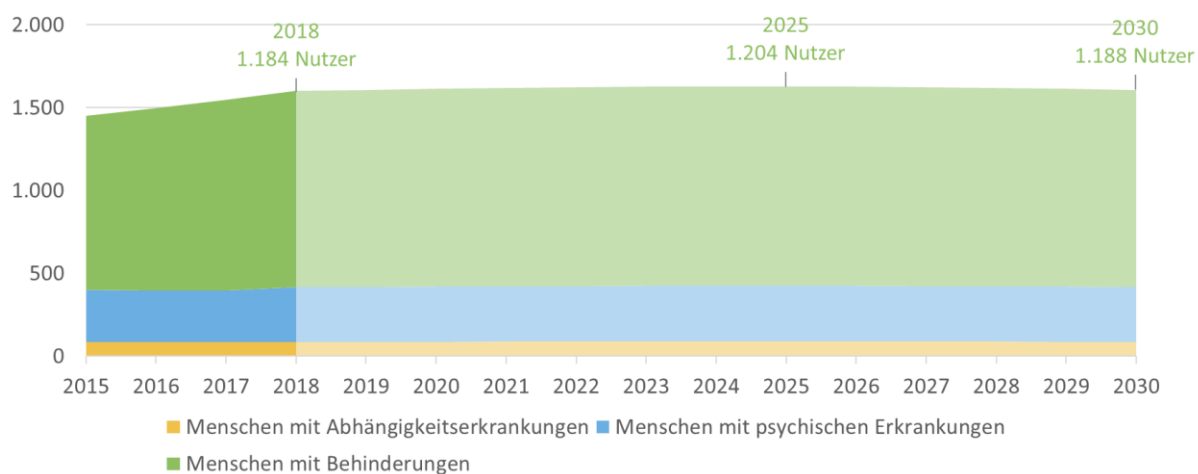


Abbildung 8-17: Prognose der Nutzer*innen der teilstationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen

Für die teilstationären Einrichtungen der Menschen mit Behinderungen werden zudem einheitliche und umfängliche Wartelisten geführt, deren Entwicklung ebenfalls prognostiziert wurde.⁹⁵

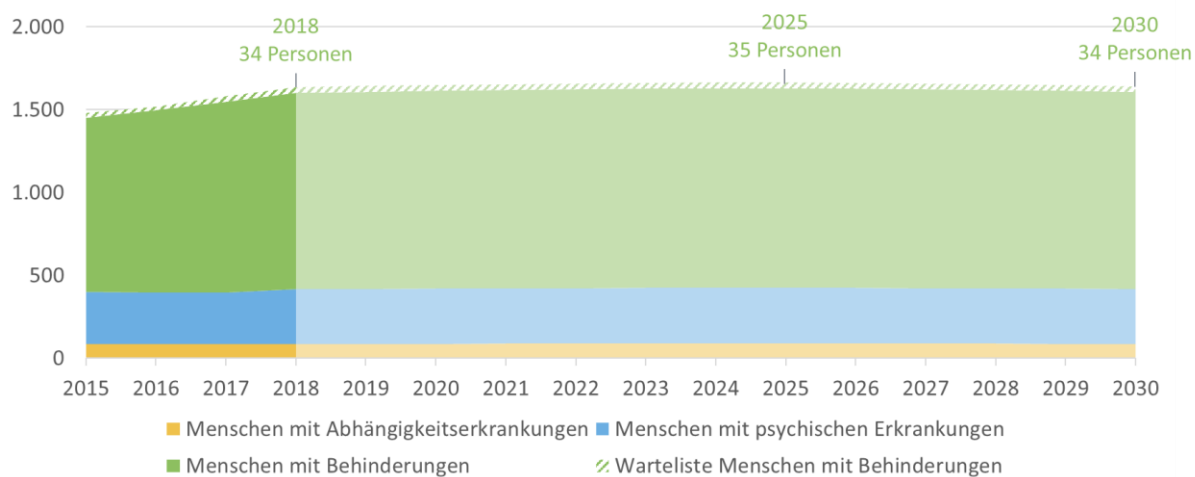


Abbildung 8-18: Prognose der Entwicklung der Wartelisten der teilstationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen

Fasst man alle Zielgruppen zusammen und strebt eine Deckung der Nachfrage – in Form der Wartelisten im Bereich Menschen mit Behinderungen – bis 2030 an, so ergibt sich folgende Prognose der Nutzerinnen und Nutzer:

⁹⁵ Für die anderen Zielgruppen gibt es zwar teilweise ebenfalls Wartelisten, allerdings werden diese Angaben des Fachamtes zufolge nicht umfassend und konsequent geführt und können daher für wissenschaftlich valide Prognosen nicht herangezogen werden.

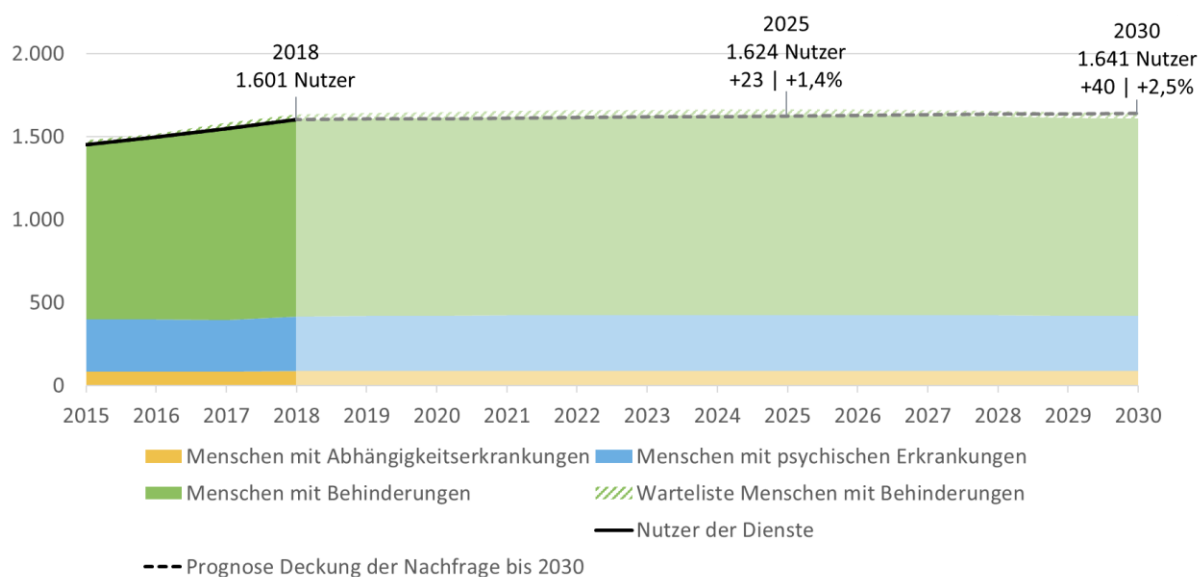


Abbildung 8-19: Prognose der Nutzer*innen der Dienste des Bereichs Beschäftigung und Tagesbegleitung mit Deckung der Nachfrage bis 2030

Zur Abrundung des Bereichs Beschäftigung und Tagesbegleitung wurden neben den Diensten auch die Entwicklung der Vereinbarungen zur Arbeitsbeschäftigung prognostiziert:

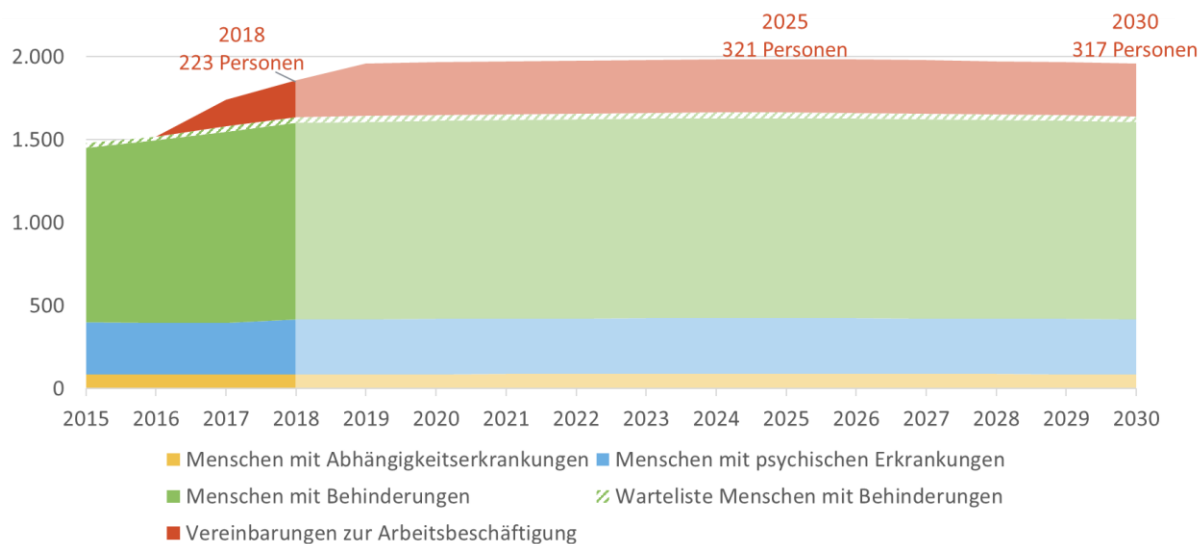


Abbildung 8-20: Prognose der Vereinbarungen zur Arbeitsbeschäftigung

Dabei handelt es sich um eine kürzlich eingeführte Leistung für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen. Nach dem starken anfänglichen Anstieg an Nutzer*innen wird auch hier ein flacher Verlauf prognostiziert.

8.2 Online-Umfrage

Um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen und das allgemeine Stimmungsbild als Diskussionsgrundlage der Workshops heranziehen zu können wurde den Stakeholdern ein Zugangslink zu einer Online-Umfrage zugesandt.

Beim Fragebogen für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen handelte es sich um einen gemeinsam von den Vertreter*innen der Wissenschaftlichen Begleitung (Institut für Public Management der Eurac Research) mit den Vertreter*innen des zuständigen Landesamtes in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe des Projektes konzipierten Online-Erhebungsbogen mit insgesamt 40 Fragen, darunter auch 19 offene Fragen und vorab zugesandtem Zugangslink.

Die von Eurac Research im System Opinio realisierte Umfrage bestand konkret aus den Bereichen Angebotspalette und Dienste, Umfang der Angebotsformen und Finanzierung, Wartelisten, Fragen an direkt Betroffene und Angehörige, Wahlfreiheit, Übergang zwischen Körperschaften, ältere Menschen, Freizeit, Selbstbestimmung, Fachkräfte, System des Pflegegeldes sowie Good Practice-Beispiele und allgemeine Wünsche und Ideen für den Bereich. Der Link für den Zugang wurde über die offizielle Email-Adresse der zuständigen Landesrätin an zahlreiche von Seiten der jeweiligen Landesämter und -abteilung ausgewählte Organisationen, Stakeholder und Personen im Feld übermittelt und angeregt, den Link an interessierte Personen weiterzuleiten.

Die Ergebnisse der Befragung (inkl. quantitativer Daten) wurden von der Eurac Research neben den wissenschaftlichen Prognosen als „Vorab-Umfrage“ in den jeweiligen Arbeitsgruppen (ca. eine Woche später bei insgesamt vier AGs im Falle der Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen) zur Diskussion gestellt.

Insgesamt haben 711 Personen die Umfrage abgerufen und 481 Personen (teilweise) ausgefüllt, sodass diese in der Auswertung berücksichtigt werden konnten. Die Teilnehmer*innen der Befragung machten von der Möglichkeit einer auch qualitativen Antwort umfassend Gebrauch. In der nachfolgenden Tabelle sind die insgesamt 2.981 Statements entsprechend den einzelnen Themenbereichen aufgeschlüsselt.

Bereich	Anzahl Statements
Angebotspalette und Dienste	217
Umfang der Angebotsformen und Finanzierung	1.813
Wartelisten	keine offenen Fragen
Fragen an direkt Betroffene und Angehörige	55
Wahlfreiheit	keine offenen Fragen
Übergang zwischen Körperschaften	keine offenen Fragen
Ältere Menschen	keine offenen Fragen
Freizeit	93
Selbstbestimmung	96
Fachkräfte	272
System des Pflegegeldes	99
Good Practice-Beispiele, Wünsche und Ideen	336

Tabelle 8-3: Übersicht über die Anzahl der Statements zu den Fragen mit offen gehaltener Antwortmöglichkeit im Fragebogen (nach Themenbereichen aggregiert)

Bei der Auswertung der offenen Fragen mussten einige wenige der Antworten (z.B. Platzhalter wie „X“ oder Zahlen) ausgeschieden werden, weil sie nicht eindeutig interpretierbar waren.

8.2.1 Methodische Anmerkungen zur qualitativen Auswertung am Beispiel des Bereiches Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen⁹⁶

Für die strukturierte Auswertung der qualitativen Antworten wurde ein pragmatisches Herangehen gewählt, ohne auf die gebotene Nachvollziehbarkeit zu verzichten. Hierzu soll auch die gegenständliche Beschreibung der methodischen Vorgehensweise dienen. Bekanntermaßen stehen in der qualitativen Auswertungspraxis diverse Programme wie beispielsweise MAXQDA⁹⁷ zur Verfügung, welches u.a. auch an der Eurac Research in verschiedenen qualitativ angelegten Erhebungen resp. deren Auswertung genutzt wird.

Für die qualitative Analyse der Ergebnisse der Online-Befragung wurde eine „einfache Excel-Auswertung“ durch Nutzung der sogenannten „Filter-Funktion“ vorgenommen. Hierzu wurden die Antworten auf die offenen Fragen in das Programm eingespielt und in einem ersten Schritt überblicksartig gesichtet. In einem zweiten Schritt wurde die Vielfältigkeit der einzelnen Rückmeldungen durch die Zuordnung zu abstrakteren und in entsprechenden Fachdiskursen bewährten Kategorien⁹⁸ verdichtet⁹⁹. Beispielsweise lassen sich Antworten, die sich für „Freizeitgestaltung“, „inklusive Sportangebote“ oder „begleitete Freizeitclubs“ aussprechen in die Kategorie „Begleitung bzw. Betreuung bei inklusiven Freizeit- und Sportangeboten“ zusammenfassen. In der Folge konnten mithilfe der Filterfunktion die einzelnen darunter subsummierten Antworten/Statements nochmals überblicksmäßig gesichtet, evtl. Korrekturen i.S. von „Verschiebungen“ vorgenommen und auch in ihrer Quantität erfasst werden (Häufigkeiten als Kriterium markanter Ausprägungen i.S. der typisierenden Strukturierung¹⁰⁰, wie sie auch Mayring¹⁰¹ vorsieht). Kategorien mit den häufigsten Ausprägungen wurden im Bericht besonders hervorgehoben.

⁹⁶ Das Team der Wissenschaftlichen Begleitung der Eurac Research dankt Herrn Prof. Meinrad Ziegler (ehem. Leiter der Abteilung für Theoretische Soziologie und Sozialanalysen am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz) für seine wertvollen Anregungen zur methodischen Reflexion.

⁹⁷ Rädiker & Kuckartz (2019)

⁹⁸ Kategorien werden oft auch als Variable, Merkmal oder Merkmalsausprägung bezeichnet. Siehe dazu: Hilbig (2018)

⁹⁹ Siehe zu einem Überblick unterschiedlicher Techniken: Schreier (2014)

¹⁰⁰ Gläser-Zikuda (2013)

¹⁰¹ Mayring (2015)

An dieser Stelle sei aus methodischer Sicht auf zwei zentrale Aspekte zur Qualität qualitativer Inhaltsanalyse hingewiesen, was den Prozess der Datenauswertung (Interpretation) betrifft. Zum einen ist dies konkret die Frage der Entwicklung von praxisnahen Kategorien, zum anderen das Konzept einer dialogischen Evaluierung der Ergebnisse¹⁰².

1. Kategorienbildung in der sozialwissenschaftlichen Forschung

In der qualitativen Forschung werden Antworten auf offene, nicht-standardisierte Fragen eines Fragebogens und narrative Aussagen über individuelle Erfahrungen interpretiert, indem die in der Alltagssprache formulierten Aussagen in bewährte wissenschaftliche Konzepte und Kategorien transformiert werden. Die „Konstruktionen erster Ordnung“ aus der alltäglichen Praxis werden in „Konstruktionen zweiter Ordnung“¹⁰³, die sich auf sozialwissenschaftliche Diskurse beziehen, übertragen. Die Besonderheit der Kategorien, die in der qualitativen Forschung Verwendung finden, liegt demnach darin, dass sie einerseits sich stets am Ausgangsmaterial orientieren, also Praxisnähe aufweisen, und andererseits durch die Bindung an bewährte Fachdiskurse objektivieren und intersubjektiv nachvollziehbar sind.

Es empfiehlt sich an dieser Stelle, das im konkreten Forschungsprozess bei der Kategorienbildung eingeflossene vorhandene und relevante Vorwissen explizit zu benennen:¹⁰⁴

Die Vertreter der wissenschaftlichen Begleitung, das heißt die Forschenden, befassen sich seit mehr als 20 Jahren mit der leistungsorientierten Steuerung des Südtiroler Sozialwesens und haben hierzu zahlreiche Projekte mit den lokalen Akteuren wissenschaftlich begleitet. Dazu zählen beispielsweise die „Zweite Begleitende Schulung“ für das System Sozialdienste (1998-1999)¹⁰⁵, welche u.a. zu einem partizipativ erstellten Leistungskatalog für das Sozialwesen mit über 60 Sozialleistungen geführt hat. Für die hier vorliegende Themenauswahl und Kategorienbildung konnten u.a. zentrale Elemente einer leistungsorientierten Steuerung (Zielgruppen, Organisationseinheiten, Kosten- und Qualitätskriterien usw.) mitbedacht und genutzt werden. Auch das strategische Demografiemanagement, mit dem sich das Institut für Public Management der Eurac Research in Bezug auf den

¹⁰² Flick (2019)

¹⁰³ Zu Konstruktionen erster und zweiter Ordnung siehe Schütz (1974)

¹⁰⁴ Ruin (2019)

¹⁰⁵ Promberger et al. (1999)

kommunalen Beratungsschwerpunkt seit Jahren befasst, kann als Beispiel für entsprechendes Vorwissen der Forschenden angeführt werden.

Um das Vorwissen der an der Befragung Teilnehmenden, also die Handlungskontexte und Interessenslagen zu verdeutlichen, kann speziell für den Bereich der Menschen mit Behinderung festgestellt werden, dass diese sich mehrheitlich als Vertreter von Institutionen und Interessensorganisationen (öffentliche und private Leistungsanbieter, Vereine, Land und Gemeindeverwaltung) kategorisiert haben (57,38% im Vergleich zu 42,62% Betroffene/Angehörige).

2. Dialoggesteuerte Evaluation

Das methodische Konzept orientierte sich grundsätzlich am Modell einer „dialoggesteuerten Evaluation“¹⁰⁶. Dieser Ansatz bezieht Beteiligte und Betroffene als „Erkenntnisinstrumente“ in den Forschungsprozess ein. Ihre Erfahrungen und Deutungen, Bedürfnisse und Vorstellungen sollen in die Diskussionen über den Ausbau der Sozialdienste integriert werden.

Die Integration erfolgte über zwei unterschiedlich konzipierte Workshops (Gruppendiskussionen und Feedback-Treffen). Einerseits fanden Gruppendiskussionen zur Kommentierung und Beurteilung der Ergebnisse der Vorab-Umfrage mit jenen Personen aus dem Feld statt, die auch potenziell an der Umfrage teilgenommen hatten. Andererseits gab es zum Abschluss all dieser Gruppendiskussionen spezielle Feedback-Treffen für die jeweiligen Bereiche (im Falle von jenem der „Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen“ am 28. April 2021 ca. 1,5 Monate später und somit am 16. Juni 2021) mit Experten (hier als „Inhaber speziellen Fachwissens“ die Verantwortlichen des jeweiligen Fachamtes sowie politisch-administrative Führungsspitze auf Landesebene resp. Landesrätin, Ressortdirektor und Abteilungsdirektorin). Es ging in diesem Prozess des Rückspiegels nicht um eine Infragestellung, sondern um eine reflexive Weiterentwicklung der Ergebnisse (dargestellt als „politische Handlungsoptionen“) insofern, als die aggregierten Ergebnisse aus den Workshops und der Online-Befragung präsentiert und die Expert*innen um ihre Einschätzung der Zusammenfassung, Ergänzungen/Präzisierungen und politische Verwertbarkeit (Umsetzungsmöglichkeiten und -prioritäten) gebeten wurden. Die Anmerkungen aus Sicht genannter Expert*innen wurden in einem eigenen Ergebnisprotokoll dokumentiert und getrennt vom Abschlussbericht der Wissenschaftlichen Begleitung

¹⁰⁶ Beywl (2009)

(und deren „eigener“ Interpretation) an die Entscheidungsträger auf Landesebene übermittelt.

Qualität qualitativer Inhaltsanalyse



Abbildung 8-21: Methodischer Ansatz zur qualitativen Auswertung der Online-Umfragen

8.2.2 Ergebnisse der Umfrage

Die Abfrage der Daten zur Person zeigen, dass sich besonders Mitarbeiter*innen sozialer Dienstleister, direkt Betroffene und deren Angehörigen an der Umfrage beteiligt haben.

Welcher Organisation gehören Sie an?

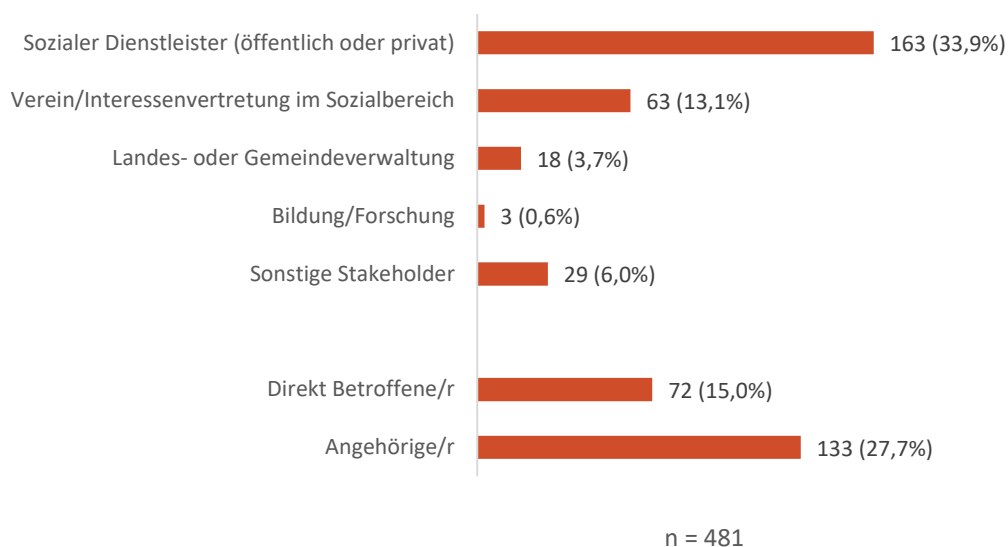


Abbildung 8-22: Welcher Organisation gehören Sie an?

Welche Funktion bekleiden Sie?

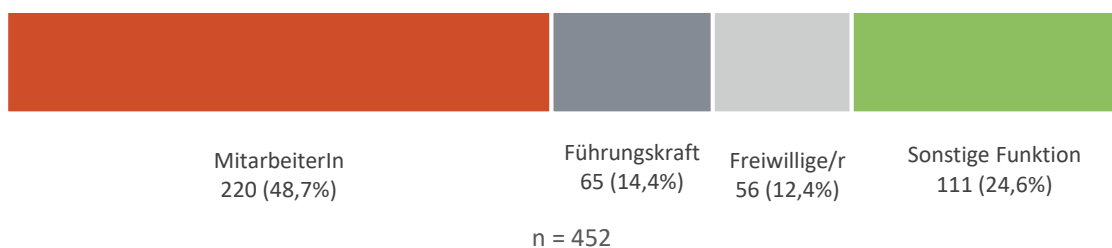


Abbildung 8-23: Welche Funktion bekleiden Sie?

Die Mehrheit der Befragten gibt an, dass die **derzeitigen Dienste und Leistungen nicht ausreichend am Bedarf der Personen orientiert** sind.

Ist das derzeitige Angebot an Diensten und Leistungen für Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen ausreichend am Bedarf der Personen orientiert?

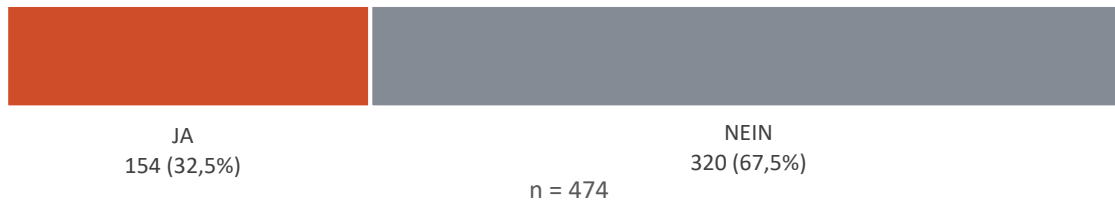


Abbildung 8-24: Ist das derzeitige Angebot an Diensten und Leistungen für Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen ausreichend am Bedarf der Personen orientiert?

Auf die offene Frage, **welche Dienste und Leistungen fehlen und in Zukunft ergänzt werden sollen**, haben 217 der Befragten geantwortet. Insbesondere die Themen Wohnen in seiner gesamten Breite mit den diversen Angebotsformen (84 Nennungen), insbesondere mehr (individuelle) Wohnbegleitung (43 Nennungen) wurden angesprochen und vor allem die Zielgruppe der Menschen mit psychischen Erkrankungen (32 Nennungen) in den Mittelpunkt gestellt.

Hinsichtlich des **Umfangs des Angebots von Diensten und Leistungen** wurde für verschiedene Bereiche erhoben, welche Dienste und Leistungen abgeschafft, reduziert oder ausgebaut werden sollen:

- **Bereich Wohnen**

- 39 Personen haben Angaben zu abzuschaffenden Diensten und Leistungen gemacht. Die Mehrzahl hat angegeben, dass keine Dienste und Leistungen abgeschafft werden sollen. Einzelne Vorschläge betrafen die Abschaffung von Mehrbettzimmern, großen Wohnheimen und großen Teams.
- 33 Personen haben Angaben über zu reduzierende Dienste und Leistungen gemacht. Beispielsweise wurde die Trennung nach Beeinträchtigungen kritisiert. Auch hier haben sich viele der Teilnehmer*innen gegen eine Reduzierung ausgesprochen.
- 183 Personen haben Angaben zu auszubauenden Diensten und Leistungen gemacht. Die Wünsche und Anregungen betreffen vor allem die Wohnbegleitung/-betreuung (knapp 50 Nennungen), insbesondere in Wohngemeinschaften, wobei auf ein möglichst selbständiges Wohnen abgezielt wird.

- **Bereich Beschäftigung und Tagesbegleitung**
 - 26 Personen haben Angaben zu abzuschaffenden Diensten und Leistungen gemacht. Ein großer Teil hat angegeben, dass keine Dienste und Leistungen abgeschafft werden sollen. Einzelne Vorschläge betrafen die Abschaffung des (psychiatrischen) Taschengelds.
 - 23 Personen haben Angaben über zu reduzierende Dienste und Leistungen gemacht. Beispielsweise wurden die Werkstätten angeführt. Auch hier haben sich viele der Teilnehmer*innen gegen eine Reduzierung ausgesprochen.
 - 137 Personen haben Angaben zu auszubauenden Diensten und Leistungen gemacht. Die Wünsche und Anregungen betreffen alle Bereiche. Eine häufige Nennung (46) ist die Arbeitsbegleitung, -integration, -coaching.
- **Bereich niederschwellige Dienste**
 - 16 Personen haben Angaben zu abzuschaffenden Diensten und Leistungen gemacht. Der überwiegende Teil hat angegeben, dass keine Dienste und Leistungen abgeschafft werden sollen.
 - 17 Personen haben Angaben über zu reduzierende Dienste und Leistungen gemacht. Auch hier hat sich der überwiegende Teil der Befragten gegen eine Reduzierung ausgesprochen.
 - 64 Personen haben Angaben zu auszubauenden Diensten und Leistungen gemacht. Häufige (18) Nennungen betreffen die Begleitung bzw. Begleitsdienste für Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie Tagesangebote (Treffpunkte, Tagesstätten, Tageszentren, Clubs).
- **Bereich Freizeit**
 - 19 Personen haben Angaben zu abzuschaffenden Diensten und Leistungen gemacht. Die überwiegende Mehrheit hat angegeben, dass keine Dienste und Leistungen abgeschafft werden sollen. Einzelne Vorschläge betrafen lediglich jene Dienste und Leistungen, die nicht inklusiv arbeiten.
 - 18 Personen haben Angaben über zu reduzierende Dienste und Leistungen gemacht. Beispielsweise wurden spezielle Angebote für eine 'Behinderungssparte' kritisiert. Auch hier haben sich viele der Teilnehmer*innen gegen eine Reduzierung ausgesprochen.
 - 114 Personen haben Angaben zu auszubauenden Diensten und Leistungen gemacht. Häufig genannt werden die Begleitung bzw. Betreuung bei (inklusive) Freizeit- und Sportangeboten (35 Nennungen), vor allem auch an Wochenenden.
- **Bereich Beiträge und finanzielle Leistungen**
 - 26 Personen haben Angaben zu abzuschaffenden Diensten und Leistungen gemacht. Ein großer Teil hat angegeben, dass keine Dienste und Leistungen abgeschafft werden sollen. Einzelne Vorschläge betrafen die Abschaffung des (psychiatrischen) Taschengelds.
 - 17 Personen haben Angaben über zu reduzierende Dienste und Leistungen gemacht. Die überwiegende Mehrheit hat sich gegen eine Reduzierung ausgesprochen. Es wurde aber eine bessere Kontrolle der Verwendung der Beiträge und finanzielle Leistungen gefordert.

- 80 Personen haben Angaben zu auszubauenden Diensten und Leistungen gemacht. Die Wünsche und Anregungen betreffen alle Bereiche. Beispielsweise wurden Gutscheine für individuelle Betreuung in den Bereichen Wohnen, Schulungen und Freizeit gefordert.

Die Mehrheit der Befragten gibt an, dass in erster Linie **innovative Projekte für alle** umgesetzt werden sollen und nicht die Wartelisten abgebaut.

Sollte die Provinz Ihrer Meinung nach in erster Linie versuchen, die Wartelisten abzubauen, um die Nachfrage nach Plätzen in stationären und teilstationären Diensten zu erfüllen oder innovative Projekte für alle umzusetzen?



Abbildung 8-25: Sollte die Provinz Ihrer Meinung nach in erster Linie versuchen, die Wartelisten abzubauen, um die Nachfrage nach Plätzen in stationären und teilstationären Diensten zu erfüllen oder innovative Projekte für alle umzusetzen?

Die folgenden drei Fragen wurden nur den **direkt Betroffenen sowie ihren Angehörigen** gestellt.

Hinsichtlich der Wohnhäuser und Wohngemeinschaften wünschen diese zu gleichen Teilen, dass sie eine kleine Größe haben und in Kondominien in Wohngebieten angesiedelt werden sollen.

Wie sollten die Wohnhäuser und Wohngemeinschaften Ihrer Meinung nach in Zukunft verändert werden?

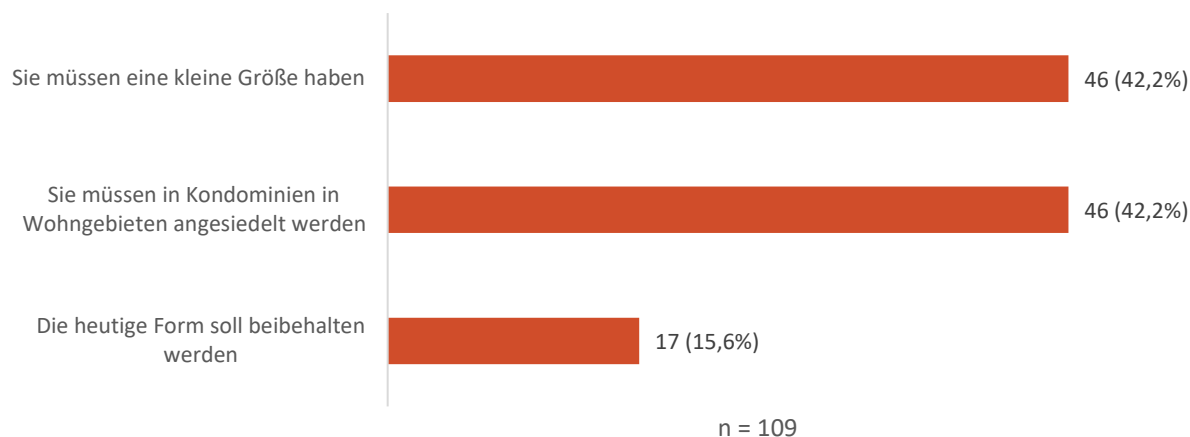


Abbildung 8-26: Wie sollten die Wohnhäuser und Wohngemeinschaften Ihrer Meinung nach in Zukunft verändert werden?

Bei den Diensten zur Arbeitsbeschäftigung hat sich die Mehrheit für inklusive Tätigkeiten, die für die Eingliederung in die Arbeitswelt konkret genutzt werden können, ausgesprochen.

Wie sollten die Dienste zur Arbeitsbeschäftigung Ihrer Meinung nach in Zukunft verändert werden?

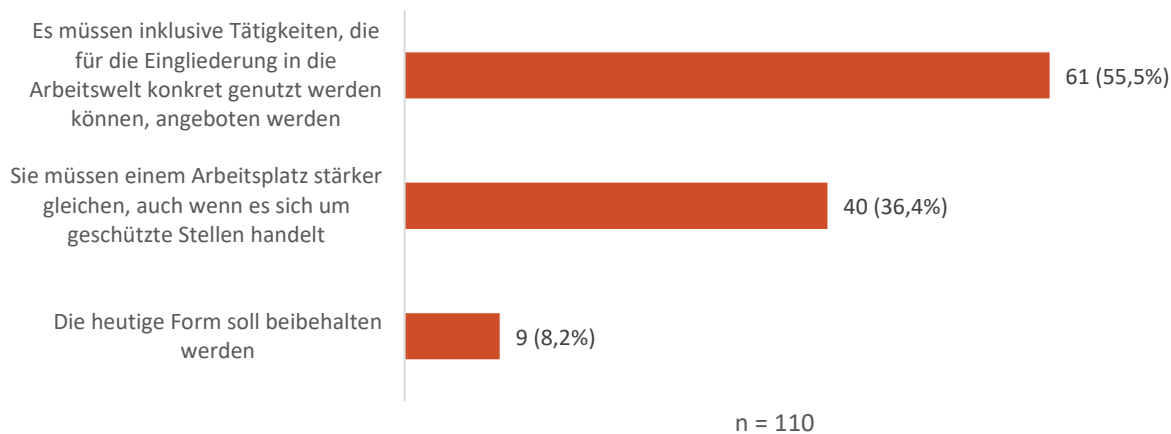


Abbildung 8-27: Umfrage Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen - Wie sollten die Dienste zur Arbeitsbeschäftigung Ihrer Meinung nach in Zukunft verändert werden?

Der Großteil hat angegeben, die Ansprechpartner*innen auf dem Territorium zu kennen:

Kennen Sie die Ansprechpartner für die verschiedenen Dienste und Leistungen zugunsten von Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen auf Ihrem Territorium?



Abbildung 8-28: Kennen Sie die Ansprechpartner*innen für die verschiedenen Dienste und Leistungen zugunsten von Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen auf Ihrem Territorium?

Die **direkt Betroffenen** wurden weiters nach ihrer favorisierten Wohnsituation sowie Unterstützung bei der Planung ihrer Zukunft befragt:

Falls Sie derzeit mit Ihren Angehörigen zusammenwohnen, wie möchten Sie in Zukunft am liebsten wohnen?

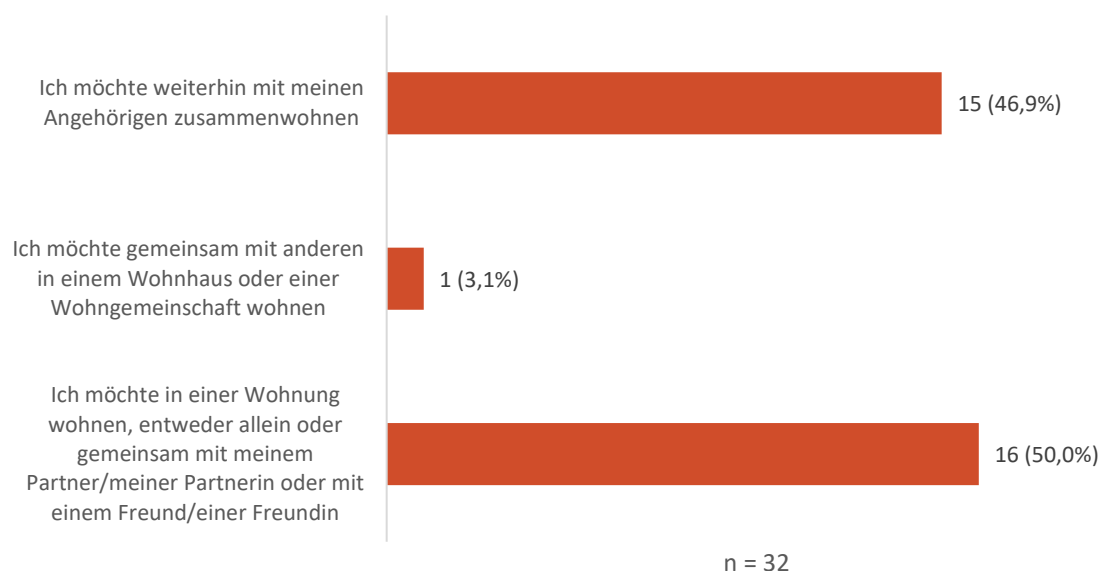


Abbildung 8-29: Falls Sie derzeit mit Ihren Angehörigen zusammenwohnen, wie möchten Sie in Zukunft am liebsten wohnen?

Von wem möchten Sie bei der Planung Ihrer Zukunft unterstützt werden?

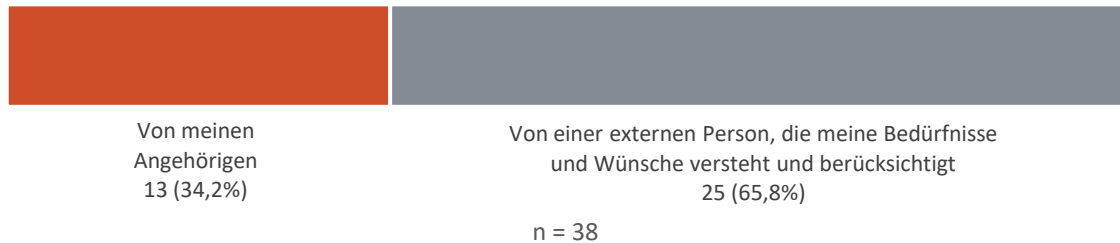


Abbildung 8-30: Von wem möchten Sie bei der Planung Ihrer Zukunft unterstützt werden?

Die **Angehörigen** wurden ebenfalls nach ihren Wünschen für die Zukunft befragt:

Was wünschen Sie sich für die Zukunft Ihres Angehörigen, mit dem Sie zusammenwohnen?

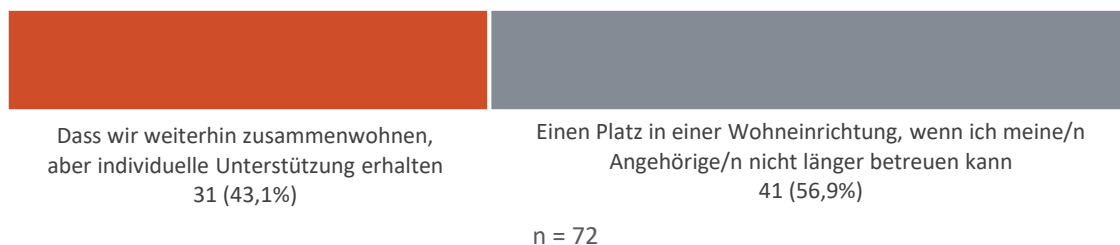


Abbildung 8-31: Was wünschen Sie sich für die Zukunft Ihres Angehörigen, mit dem Sie zusammenwohnen?

Die verbleibenden Fragen richteten sich wieder an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage.

Der Großteil sieht eine Notwendigkeit, etwas an den **bestehenden Diensten und Leistungen zu ändern**:

Besteht Ihrer Meinung nach die Notwendigkeit, etwas an den bestehenden Diensten und Leistungen zu ändern?

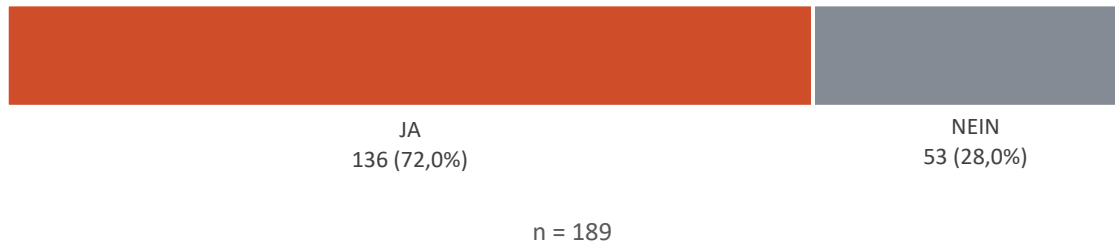


Abbildung 8-32: Besteht Ihrer Meinung nach die Notwendigkeit, etwas an den bestehenden Diensten und Leistungen zu ändern?

Die offene Frage nach **konkreten Maßnahmen zur Förderung von Projekten des eigenständigen Wohnens der** Personen auf dem Territorium haben 152 Teilnehmer*innen beantwortet. Beispielsweise wurde der grundsätzliche Wohnraum- und Wohnungsmangel (32 Nennungen) kritisiert. Oft bleiben psychisch Kranke in öffentlichen Reha-Strukturen, weil es keine Alternativen gibt. Außerdem wurden mehr finanzielle Mittel gefordert, um den Zugang zu Pflege- und Betreuungsleistungen zu ermöglichen.

137 der Befragten haben Angaben dazu gemacht, **was konkret benötigt wird, um die Arbeitseingliederung stärker zu fördern**. Die Vorschläge sind sehr vielfältig, beispielsweise mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen im öffentlichen Sektor sowie niederschwellige Projekte, mehr Personal, geeignete Räume und Werkerzieher*innen zur Unterstützung.

Behinderung ist ein transversales Thema. Die Teilnehmer*innen wurden um **Verbesserungsvorschläge in verschiedenen Bereichen gebeten, um die Teilhabe und Inklusion zu garantieren:**

- **Sanität**

72 Personen haben Verbesserungsvorschläge zu einer Vielzahl von Themen abgegeben. Beispielsweise wünschen sie einen psychologischen Krisendienst, der Rund um die Uhr und an sieben Tagen in der Woche erreichbar ist.

- **Schule und Bildung**

83 Personen haben Verbesserungsvorschläge zu einer Vielzahl von Themen abgegeben. Beispielsweise fordern sie die Anschaffung von Hilfsmitteln, z.B. Computer.

- **Arbeit**

89 Personen haben Verbesserungsvorschläge zu einer Vielzahl von Themen abgegeben. Beispielsweise wurde eine Aufstockung des Personals gefordert, um eine gute und qualitativ hochwertige Begleitung bei der Arbeitsintegration sicherstellen zu können.

- **Familienpolitik**

55 Personen haben Verbesserungsvorschläge zu einer Vielzahl von Themen abgegeben. Beispielsweise wünschen sie sich, dass Familien nach einer Diagnose besser aufgefangen und aufgeklärt werden, welche Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung es gibt.

- **Geförderter und sozialer Wohnbau**

78 Personen haben Verbesserungsvorschläge zu einer Vielzahl von Themen abgegeben. Beispielsweise fordern sie, dass Wohnhäuser stärker an den Bedürfnissen der verschiedenen Pathologien ausgerichtet werden.

- **Kultur, Freizeit, Sport, Tourismus**

70 Personen haben Verbesserungsvorschläge zu einer Vielzahl von Themen abgegeben. Häufige (29) Nennungen betreffen mehr lokale, breit gefächerte Angebote inkl. Mitgestaltungsmöglichkeiten.

- **Mobilität und Zugänglichkeit**

66 Personen haben Verbesserungsvorschläge zu einer Vielzahl von Themen abgegeben. Beispielsweise fordern sie barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel, Taxi und Transportsysteme für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zu einem bezahlbaren Preis.

- **Dritter Sektor**

27 Personen haben Verbesserungsvorschläge zu verschiedenen Themen abgegeben. Beispielsweise wünschen sie sich eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Dritten Sektor, wenn die öffentliche Hand nicht selbst Dienste und Leistungen von hoher Qualität anbieten kann.

- **Anderes**

15 Personen haben Verbesserungsvorschläge zu verschiedenen Themen abgegeben. Beispielsweise wünschen sie die Förderung der Dienste am Klienten im privaten Bereich (zu Hause).

Als **Finanzierungsquelle des Ausbaus der Leistungen** wurden in erster Linie *zusätzliche öffentliche Mittel*, aber auch *Projekte des Europäischen Sozialfonds* und eine *höhere Kostenbeteiligung durch das Pflegegeld*, genannt (Mehrfachantworten möglich).



Abbildung 8-33: Durch welche Maßnahmen soll ein Ausbau der Leistungen finanziert werden?

Hinsichtlich der **Wahlfreiheit** spricht sich die überwiegende Mehrheit der Befragten dafür aus, dass die Betroffenen unabhängig von ihrem Wohnsitz zwischen allen angebotenen Diensten auf Landesebene wählen können sollten.

Sollten die Betroffenen Ihrer Meinung nach zwischen allen
angebotenen Diensten auf Landesebene wählen können,
unabhängig von ihrem Wohnsitz?

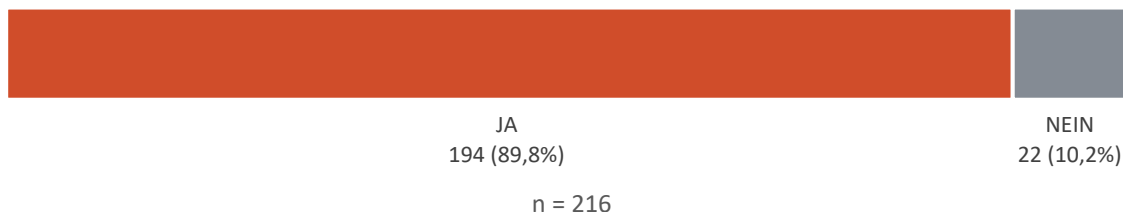


Abbildung 8-34: Sollten die Betroffenen Ihrer Meinung nach zwischen allen angebotenen Diensten auf Landesebene wählen können, unabhängig von ihrem Wohnsitz?

Dabei ist in erster Linie das Prinzip der Wahlfreiheit zu garantieren:¹⁰⁷

Welches der folgenden Prinzipien muss Ihrer Meinung nach in
erster Linie garantiert werden?

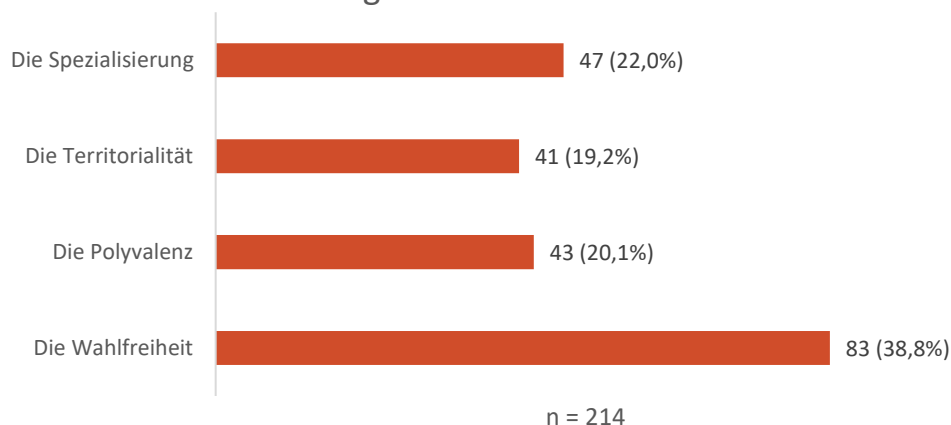


Abbildung 8-35: Welches der folgenden Prinzipien muss Ihrer Meinung nach in erster Linie garantiert werden?

¹⁰⁷ Folgende Prinzipien standen zur Auswahl:

Die Spezialisierung: Spezifische Dienste für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen, Abhängigkeitserkrankungen, Autismus, blinde oder sehbehinderte Menschen usw., auch wenn sie weit vom Wohnort des / der Betroffenen entfernt sind

Die Territorialität: Dienste in der Nähe des Wohnortes des / der Betroffenen

Die Polyvalenz: Dienste, die sich an verschiedene Zielgruppen mit gleichem Bedarf richten, aber nahe am Wohnort des / der Betroffenen angesiedelt sind

Die Wahlfreiheit: Dienste für alle und wo die Betroffenen es sich wünschen

Hinsichtlich des **Übergangs zwischen Körperschaften** hat sich der größte Teil der Befragten für einen Verbleib in den bisherigen Diensten ausgesprochen, wobei diese an die Bedürfnisse angepasst werden müssen.

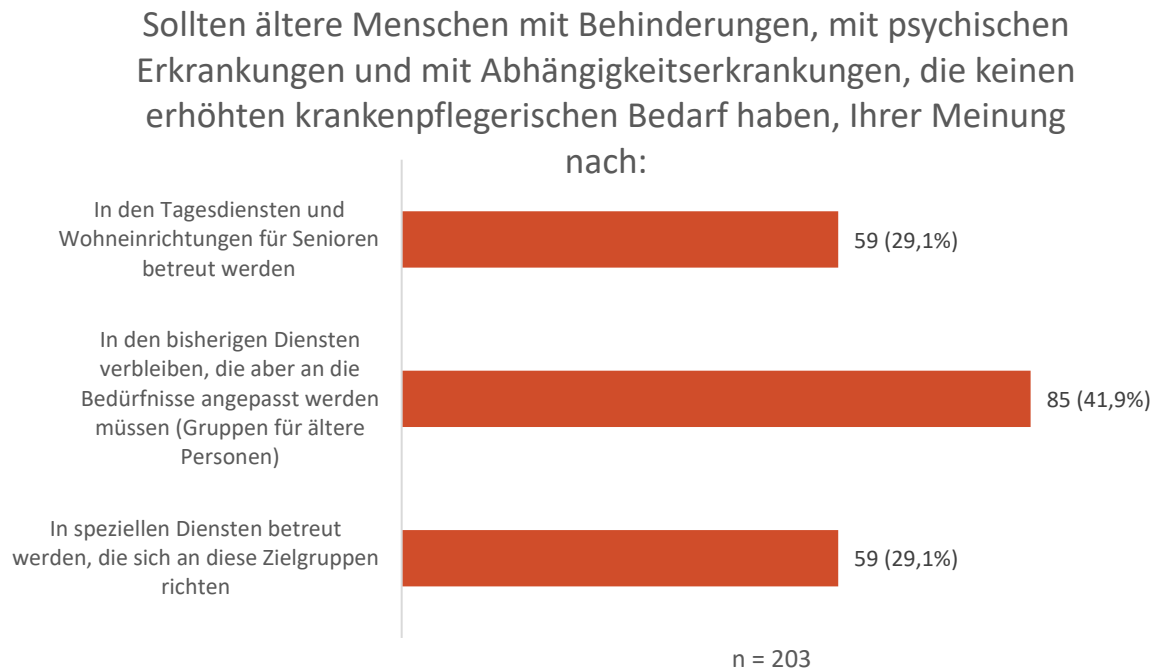


Abbildung 8-36: Sollten ältere Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen, die keinen erhöhten krankenflegerischen Bedarf haben, Ihrer Meinung nach:

Falls ein Übergang erfolgen sollte, schlagen die meisten Befragten dafür ein Alter von 60 oder 65 Jahren vor:

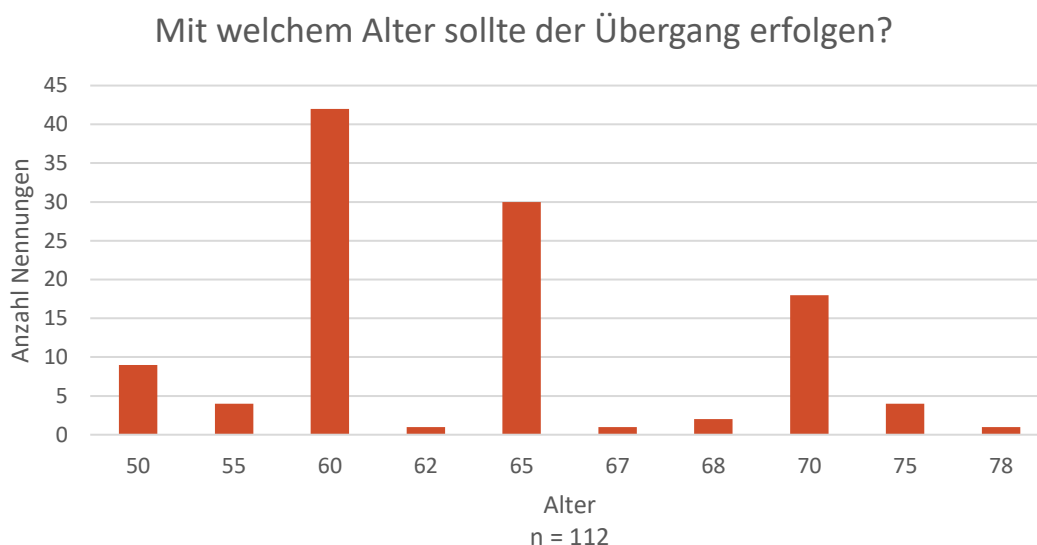


Abbildung 8-37: Mit welchem Alter sollte der Übergang erfolgen?

Im Bereich der **Freizeitangebote** geben knapp 60% an, inklusive Initiativen öffentlich zu fördern, die sich an die Gesamtbevölkerung richten (40% spezifische Initiativen).

Welche Initiativen sollten Ihrer Meinung nach verstärkt durch öffentliche Beiträge unterstützt werden?

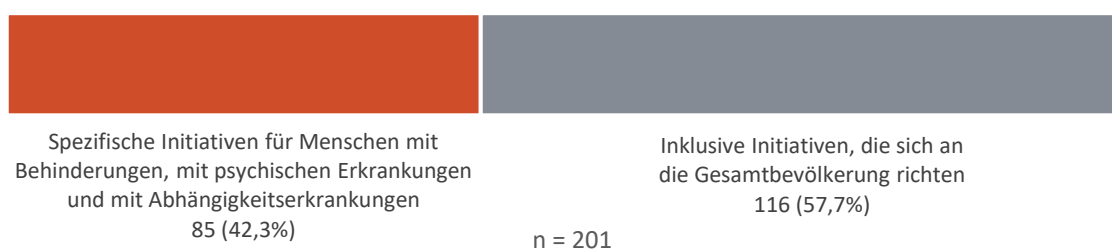


Abbildung 8-38: Welche Initiativen sollten Ihrer Meinung nach verstärkt durch öffentliche Beiträge unterstützt werden?

Die Befragten geben überwiegend an, dass das aktuelle Angebot im Freizeitbereich den Bedürfnissen von Menschen mit schweren Behinderungen nicht entspricht. Zudem sollten spezifische Freizeitangebote für junge Erwachsene vorgesehen werden.

Entspricht das aktuelle Angebot im Freizeitbereich auch den Bedürfnissen von Menschen mit schweren Behinderungen?

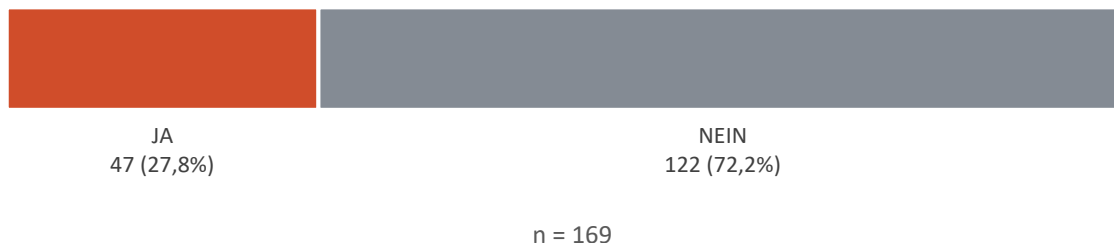


Abbildung 8-39: Entspricht das aktuelle Angebot im Freizeitbereich auch den Bedürfnissen von Menschen mit schweren Behinderungen?

Sollten Ihrer Meinung nach spezifische Freizeitangebote für junge Erwachsene vorgesehen werden?

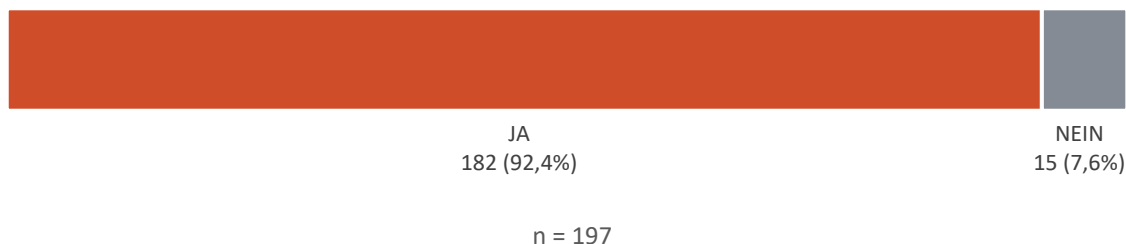


Abbildung 8-40: Sollten Ihrer Meinung nach spezifische Freizeitangebote für junge Erwachsene vorgesehen werden?

Auf die offene Frage, **wie die individuelle Freizeit- und Urlaubsgestaltung gefördert werden kann**, haben 93 der Befragten geantwortet. Ein wiederkehrender Wunsch ist die Aufstockung der (bestehenden) Angebote und den Inklusionsgedanken in Urlaub und Freizeit zu integrieren. Dadurch sollen umfassende Wahlmöglichkeiten ermöglicht werden. Natürlich muss auch spezialisiertes Personal und ggf. Freiwillige zur Verfügung stehen, um die Menschen zu begleiten und zu betreuen. Schlussendlich müssen auch entsprechende Transportdienste angeboten werden, damit die Menschen die Angebote auch erreichen können.

96 der Befragten haben Anmerkungen gemacht, **wie die Selbstbestimmung der Menschen in den Diensten und hinsichtlich der Organisation und Entwicklung der Dienste gefördert werden kann**. Zentrales Thema sind die Möglichkeiten der Information, Kommunikation und

Partizipation (insgesamt 30 Nennungen mit Ansätzen wie Gespräche, Arbeitsgruppen, Räte, Umfragen, moderierte regelmäßige Treffen, demokratische Abstimmungen).

Bereits heute sieht der Großteil der Befragten einen **Fachkräftemangel** in den Bereichen Menschen mit Behinderungen, Sozialpsychiatrie und Abhängigkeiten:

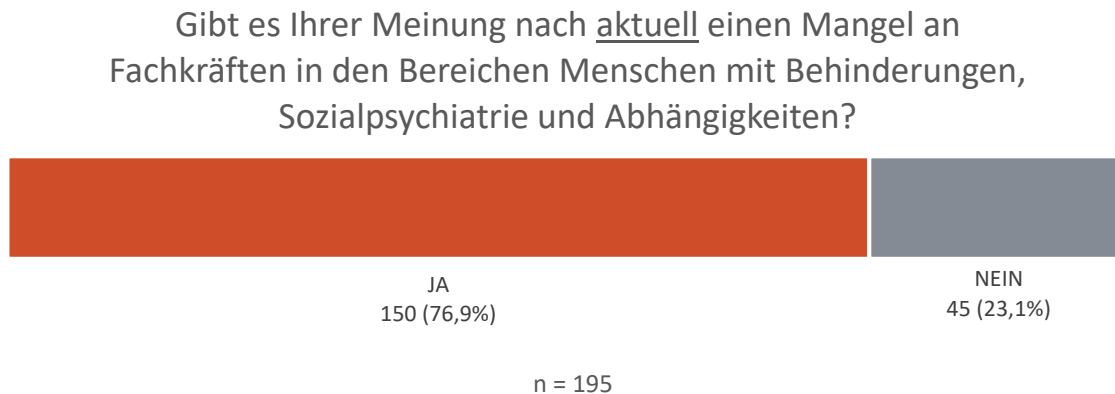


Abbildung 8-41: Gibt es Ihrer Meinung nach aktuell einen Mangel an Fachkräften in den Bereichen Menschen mit Behinderungen, Sozialpsychiatrie und Abhängigkeiten?

119 Personen haben angegeben, **bei welchen Diensten oder Leistungen im Besonderen** sie einen Fachkräftemangel sehen. Dabei wurden beispielsweise generell die Bereiche Menschen mit Behinderungen und Sozialpsychiatrie genannt, aber auch Arbeitseingliederung, Hauspflege und teilstationären Dienste.

Die Teilnehmer*innen befürchten, dass der Fachkräftemangel in Zukunft noch zunimmt.

Befürchten Sie in Zukunft einen Mangel an Fachkräften in
den Bereichen Menschen mit Behinderungen,
Sozialpsychiatrie und Abhängigkeiten?

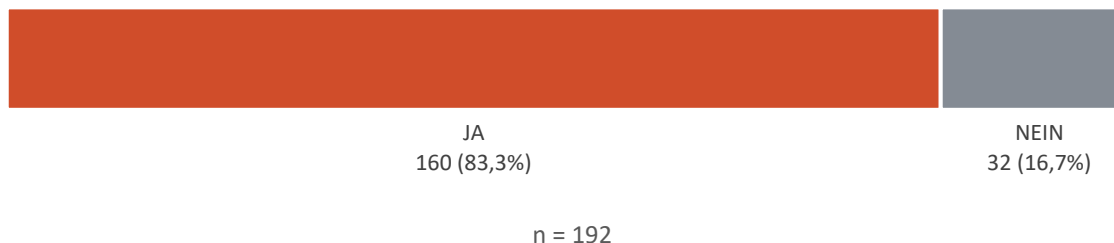


Abbildung 8-42: Befürchten Sie in Zukunft einen Mangel an Fachkräften in den Bereichen Menschen mit Behinderungen, Sozialpsychiatrie und Abhängigkeiten?

Auf die offene Frage, **wie sichergestellt werden kann, dass (auch) in Zukunft genügend qualifizierte Fachkräfte in diesen Bereichen zur Verfügung stehen**, haben 153 Personen geantwortet. Häufig wird das Berufsbild der Psychiater/Psychologen und Psychotherapeuten genannt (29 Nennungen). Allein 65 Nennungen betreffen das Thema (höhere, angemessenere, gerechtere) Bezahlung, 44 Statements die Aus- und Weiter- bzw. Fortbildung.

Auf die Frage, ob Änderungen am derzeitigen **System des Pflegegelds** nötig sind, gibt es keine klare Mehrheit:

Sind Ihrer Meinung nach Änderungen am derzeitigen System
des Pflegegelds nötig?

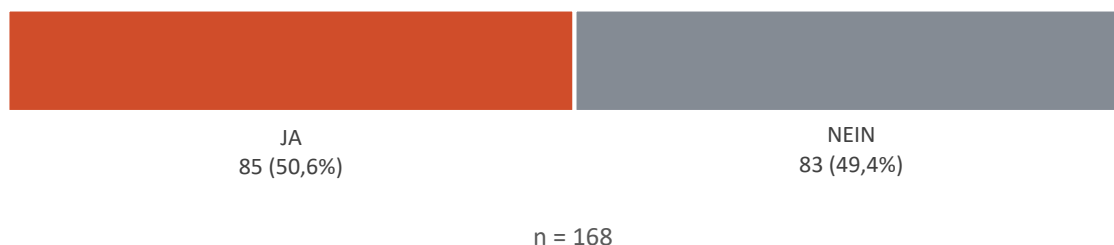


Abbildung 8-43: Sind Ihrer Meinung nach Änderungen am derzeitigen System des Pflegegelds nötig?

Die Mehrheit spricht sich gegen die Ersetzung des Pflegegelds durch Gutscheine für Dienste und Leistungen aus.

Sollte Ihrer Meinung nach das Pflegegeld durch Gutscheine
für Dienste und Leistungen ersetzt werden?

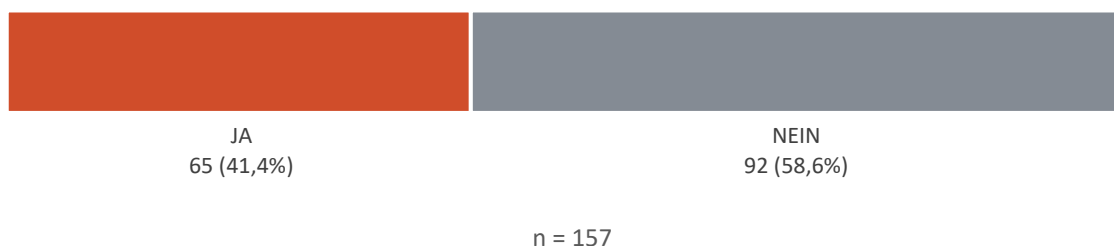


Abbildung 8-44: Sollte Ihrer Meinung nach das Pflegegeld durch Gutscheine für Dienste und Leistungen ersetzt werden?

Die Mehrheit der Befragten glaubt, dass durch eine Dokumentation der Ausgaben bzw. Abrechnung sichergestellt werden kann, dass das Pflegegeld zielgerichtet eingesetzt wird. Durch eine periodische Planung könnte zudem die Lebensqualität der Betroffenen gesteigert werden.

Wäre es Ihrer Meinung nach sinnvoll, eine Dokumentation
der Ausgaben bzw. Abrechnung vorzusehen, um
sicherzustellen, dass das Pflegegeld zielgerichtet eingesetzt
wird?

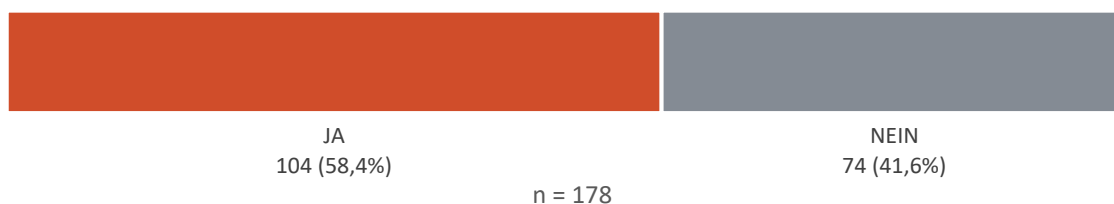


Abbildung 8-45: Wäre es Ihrer Meinung nach sinnvoll, eine Dokumentation der Ausgaben bzw. Abrechnung vorzusehen, um sicherzustellen, dass das Pflegegeld zielgerichtet eingesetzt wird?

Könnte die Lebensqualität der Betroffenen Ihrer Meinung nach gesteigert werden, wenn das Pflegegeld an eine periodische Planung geknüpft würde?

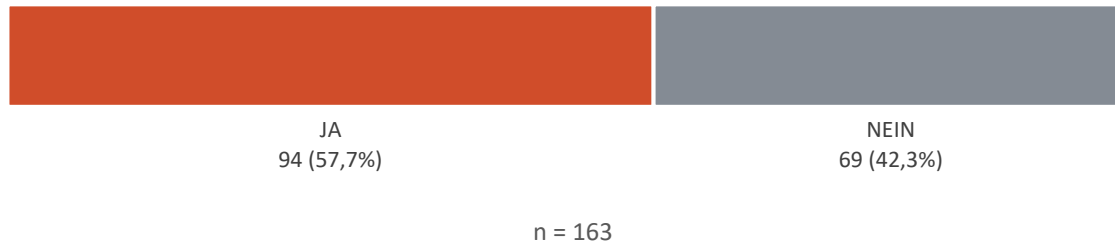


Abbildung 8-46: Könnte die Lebensqualität der Betroffenen Ihrer Meinung nach gesteigert werden, wenn das Pflegegeld an eine periodische Planung geknüpft würde?

Die offene Frage, **welche Dienste und Leistungen fehlen, damit Menschen mit Behinderungen durch das Pflegegeld in ihrer freien Wahl der eigenen Pflege und Betreuung unterstützt werden**, haben 60 Personen beantwortet.

Als konkrete (sehr heterogene) Beispiele wurden etwa Vermittlungsstellen für den kurzfristigen Einsatz von Betreuungspersonen sowie vereinfachte Anstellungsmöglichkeiten gefordert. Generell wünschen sich die Befragten eine bessere Verknüpfung des Pflegegelds mit dem autonomen Lebensprojekt der Betroffenen.

39 der Befragten haben **sonstige Anmerkungen zum Pflegegeld** gemacht. Beispielsweise wurden mehr Kontrollen angeregt, um sicherzustellen, dass die Betroffenen eine gute und qualitativ hochwertige Betreuung durch die Angehörigen erhalten. Zudem wurde u.a. gefordert, dass der psychosoziale Aspekt mehr berücksichtigt wird, denn die körperliche Pflege steht immer noch im Vordergrund.

Im Fall von Betroffenen, die mit ihren Familien wohnen: **Welche Maßnahmen und Projekte müssen vorgesehen werden, um die Familien bei der Pflege und Betreuung zu unterstützen?**

- **Bei der Pflege und Betreuung von Erwachsenen:**

101 der Teilnehmer*innen haben verschiedenste Maßnahmen und Projekte vorgeschlagen. Beispielsweise wird der regelmäßige Austausch mit einer professionellen Fachkraft gefordert.

- **Bei der Pflege und Betreuung von Minderjährigen:**

80 der Teilnehmer*innen haben verschiedenste Maßnahmen und Projekte vorgeschlagen. Beispielsweise wünschen sie sich mehr sportliche Aktivitäten und Freizeitveranstaltungen – sowohl spezifische als auch inklusive.

60 Personen haben **Ideen und Vorschläge oder Konzepte zur Hauspflege durch Privatpersonen, zur Unterstützung von Projekten des eigenständigen Wohnens oder von Freizeitaktivitäten** eingebracht. Beispielsweise wurden Genossenschaften von Assistent*innen und Hauspflegekräften („Badanti“) oder die Finanzierung individueller Therapieprogramme vorgeschlagen.

Auf die offene Frage nach **Good Practice-Modellen oder anderen innovativen Lösungen** mit Potential für Südtirol haben 45 Personen geantwortet. Einig der vorgeschlagenen Beispiele sind:

- Pilotprojekt WG Lyla in Brixen
- Soziale Landwirtschaft
- Recovery-zentrierte Projekte in der Schweiz (traversa, Wohncoaching Töpferhaus, Treffpunkt büli u.ä.)
- Projekt „Vivo e Accompagnamento Ass. Ariadne“

Schlussendlich wurde den Teilnehmer*innen die Möglichkeit gegeben, **wichtige Themen, die in der Umfrage nicht behandelt wurden**, zu thematisieren. 50 Personen haben diese Möglichkeit genutzt und eine Vertiefung beispielsweise der Bereiche Obdachlosigkeit sowie Sexualberatung und Begleitung für Menschen mit Behinderungen angeregt.

8.3 Ergebnisse der Workshops

Die Workshops mit Expert*innen aus der Praxis des jeweiligen Bereichs bilden einen zentralen Bestandteil des Forschungsprojekts. Ziel dieser Expertengespräche ist es, in Form von Fokusgruppen längere und vertiefende Fachdiskussionen zu führen, um die Wünsche und Notwendigkeiten für die Ausrichtung des zukünftigen Landessozialplans aus der Praxis zu erheben.

Die Workshops der einzelnen Bereiche setzen sich dabei aus einem allgemeinen Teil mit Impulsreferaten und einen in mehrere Arbeitsgruppen gegliederten Diskussionsteil zusammen. Im Rahmen der Impulsreferate präsentiert das bzw. die zuständigen Fachämter der Provinz den Ist-Stand und Eurac Research die wissenschaftlichen Prognosen (siehe Kapitel 8.1) sowie Ergebnisse der Vorab-Umfrage (siehe Kapitel 8.2). Diese Informationen dienen als Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppen. Eurac Research übernimmt die Moderation und Dokumentation des gesamten Workshops und der einzelnen Arbeitsgruppen. In den Arbeitsgruppen werden themenspezifische Fragestellungen, die von dem bzw. den Fachämtern in Zusammenarbeit mit Eurac Research ausgearbeitet wurden, behandelt. Im Bereich „Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen“ wurden folgende Themen behandelt:

- **Arbeitsgruppe 1: Wohnen**

Wie kann ein möglichst selbstbestimmtes Wohnen in Zukunft gewährleistet werden?

Wie soll der Mix zwischen dem Angebot an Plätzen in Wohndiensten und den sozialpädagogischen und finanziellen Leistungen zur Unterstützung des selbstständigen Wohnens in Zukunft gestaltet werden?

- **Arbeitsgruppe 2: Arbeitsbeschäftigung, Dienste zur sozialpädagogischen Tagesbegleitung, niederschwellige Dienste**

Wie kann die Arbeitseingliederung bestmöglich gefördert werden?

In welcher Form sollen die Sozialdienste in Zukunft Arbeitsbeschäftigung und Tagesbegleitung garantieren?

Wie soll der Mix zwischen dem Angebot an Plätzen in Diensten zur Arbeitsbeschäftigung und die inklusiven sozialen Leistungen zur Förderung der Arbeitsbeschäftigung und der Arbeitseingliederung in Zukunft gestaltet werden?

Wie sollen die Dienste zur sozialpädagogischen Tagesbegleitung und das niederschwellige Angebot (Treffpunkte, niederschwellige Dienste für Abhängigkeitserkrankungen) weiterentwickelt werden?

- **Arbeitsgruppe 3: Freizeit, Barrierefreiheit, Mobilität**

Wie kann der selbstbestimmte Zugang zu Freizeitaktivitäten gefördert werden?

Wie soll das derzeitige Freizeitangebot zwischen inklusiven Initiativen und an Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen spezifisch gerichteten Angeboten weiterentwickelt werden?

Wie kann die individuelle Gestaltung der Freizeit und des Einzel- und Gruppenurlaubs durch die Personen selbst gefördert werden?

Welche pädagogische und finanzielle Unterstützung und welche Betreuung sind notwendig?

- **Arbeitsgruppe 4: Wahlfreiheit, Teilhabe, Eigenverantwortung**

Möglichkeiten und Grenzen der Wahlfreiheit. Wie können Hindernisse beseitigt und die Wahlfreiheit von Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen in allen Lebensbereichen bestmöglich gefördert werden? Wie kann die Selbstbestimmung gefördert werden?

Wie kann die Teilhabe an dem gesellschaftlichen Leben gefördert werden?

Welche Rolle spielen die Eigenverantwortung und die Verantwortung der Gesellschaft?

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden in der Folge in Form von Ergebnisprotokollen präsentiert.

8.3.1 Arbeitsgruppe 1: Wohnen

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Wie können Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen so weit wie möglich außerhalb von Einrichtungen unterstützt werden?

- Die neuen „**Richtlinien für Wohndienste und -leistungen** [...]“ beantworten diese Frage bereits gut – die dort beschriebenen Maßnahmen müssen jetzt finanziert und umgesetzt werden
- Es müssen in Südtirol mehr Angebote der **persönlichen Assistenz** geschaffen werden, auch für spezifische Zielgruppen (z.B. sehbehinderte Menschen) und im Form von kurzfristiger Hilfe; gutes Beispiel: Selbstbestimmtes Leben in Innsbruck (Dienste: persönliche Assistenz, Info in leichter Sprache, Peer-Berater*innen)
- Mehr **sozialpädagogische Wohnbegleitung**: Kleine Teams in jeder Bezirksgemeinschaft / BSB einrichten, die sich auf spezifische Zielgruppen spezialisieren (z.B. Menschen mit psychischen Erkrankungen, mit aktiven Abhängigkeitserkrankungen)
- Vor allem der **Wohnraum** ist das Problem:
 - Es müssten vor allem **kleine bezahlbare Wohnungen (Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen)** geschaffen werden (z.B. durch das Wobi, indem große Wohnungen umgebaut werden sowie im Reformgesetz des Wohnbaus ein Prozent der Wohnungen für soziale Kategorien vorsehen)
 - Das Wobi müsste **Einzelverträge mit allen Mitgliedern von Gemeinschaftswohnungen** machen, so dass nicht ein*e Hauptmieter*in für die Mietzahlungen aller verantwortlich ist. Die echte Deinstitutionalisierung beginnt, wenn die Person ihren Vertrag unterschreibt und für sich selbst verantwortlich ist.
 - Viele Menschen haben **kein soziales oder familiäres Netz** – für sie müsste es mehr Möglichkeiten geben, z.B. mit ein oder zwei anderen Personen zusammen (Wohn)Unterstützung und Begleitung zu erhalten
 - Wobi: Anträge auf vereinfachte Verfahren und kürzere Zuteilungszeiten
 - Was helfen wird, ist klar im **Wohnbauförderungsgesetz** vorgesehen: Wohnungen für Gemeinschaftswohnungen werden auch in Zukunft von Bezirksgemeinschaften / dem Betrieb für Sozialdienste Bozen und privaten Organisationen zu niedrigen Preisen angemietet werden können. Projekte, in denen private Organisationen Gemeinschaftswohnungen führen, sollen erweitert werden
 - Es müsste systematische **Leerstandserhebungen** geben, die Planung dafür sollte in Zusammenarbeit Wobi-Gemeinden-Sozialdienste stattfinden (evtl. + jährlicher Koordinierungstisch + geteilte Vergabekriterien (z.B. kein Einkommen der Eltern rechnen) bzw. Kriterien für die Rangordnung?)
 - **Leerstehende Gebäude** im Dorf, oder Gebäude der Kirche könnten den Sozialdiensten zur Verfügung gestellt werden (Sensibilisierung durch die Sozialdienste)
 - Idee: **Wohnungsbörsen** organisieren, bei denen leerstehende Immobilien kurzfristig für die Zielgruppen genutzt werden können und ein öffentlicher Träger als Garant auftritt

- Mehr **barrierefreier Wohnraum** könnte geschaffen werden, indem nur öffentliche Wohnbauförderungen an Privatpersonen vergeben werden, die barrierefrei planen und bauen (sollte im neuen Wohnbauförderungsgesetz verankert werden)
- Es sollte schon **so früh wie möglich** (z.B. durch Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung des persönlichen Wohnprojekts, sozialpädagogische Wohnbegleitung, oder den Hauspflegedienst) **Institutionalisierung verhindert werden**, d.h. die Unabhängigkeit von Familien und ihren Angehörigen gestärkt werden. Dann ist auch keine Deinstitutionalisierung nötig und Chronifizierung wird verhindert
- Indem **Wohnungen** aber auch **Einrichtungen mitten in der Stadt oder im Dorf** liegen und die Bewohner*innen so in die Gemeinschaft inkludiert sind
- Menschen mit **psychischen Erkrankungen** haben oft besondere Schwierigkeiten, da man ihre Problematik nicht gut von außen erkennt – dadurch muss aktiv Akzeptanz in Wohnumgebungen geschaffen werden. Good Practice: Projekt „**Sviluppo di comunità**“ in Bozen (Don-Bosco-Viertel): Dieses Projekt soll insgesamt den Gemeinsinn stärken (z.B. innerhalb eines Condominiums) und so allen Menschen, die vulnerabel sind, helfen. **Aufsuchende soziale Arbeit**: Erzieher*innen können in den Stadtvierteln herumgehen und dem Bedarf entgegenkommen
- Im ländlichen Raum könnten wieder **Dorfhelfer*innen** eingeführt werden
- Für manche Menschen / Personengruppen sind **Einrichtungen auch sehr wichtig**:
 - z.B. **Menschen mit aktiven Suchterkrankungen**, die auf dem freien Markt kaum eine Chance haben eine Wohnung zu finden. Vor allem für jugendliche Menschen mit aktiven Suchterkrankungen bräuhete es Einrichtungen
Kritischer Aspekt: in den von den Sozialdiensten geführten Wohngemeinschaften gilt die Voraussetzung der Abstinenz. Konsum von Substanzen ist jedoch anders als eine Abhängigkeitserkrankung, die oft bei Jugendlichen noch nicht besteht: eine pädagogische Intervention ist daher unerlässlich und kann entscheidend sein
 - Schutzräume für **Obdachlose mit Abhängigkeitserkrankungen** (nicht nur im Winter!)
 - z.B. **mittelalte / ältere Menschen**: sie fragen z.B. im Burggrafenamt häufig einen institutionellen Wohnplatz an, die Wartelisten sind lang
 - **(Junge) Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen** (Situation ist für sie während der Pandemie noch schwieriger geworden): teilstationärer Dienst (nach der Schule) in Zusammenarbeit mit dem gesundheitlichen Fachdienst

Welche sozialpädagogische und finanzielle Unterstützung und welche Betreuung ist notwendig um selbständiges Wohnen und Teilhabe zu fördern?

- Finanzielle Instrumente: **persönliches Budget / budget di salute** (ressourcenübergreifendes individuelles Projekt mit finanzieller Unterstützung) und **Fonds für die Autonomie / Fondo per l'autonomia possibile** (anziani). Richtung Selbstbestimmung und personenzentrierte Betreuung: für Jeden eine angemessene und maßgeschneiderte Unterstützung und Begleitung
- **Häusliche Begleitung** (sozialpädagogische Wohnbegleitung und Hauspflegedienste) müsste erweitert werden und gezielt geliefert werden (z.B. auch für Menschen mit Sehbehinderung).

- Sozialdienste müssten mehr mit den sanitären Diensten zusammenarbeiten, so dass es **spezifische Arbeitsteams** für verschiedene Zielgruppen (Abhängigkeitserkrankungen, Minderjährige, Senioren, bestimmte Behinderungen...) gibt
- Personengruppen, für die es mehr Unterstützung bräuchte:
 - **Ältere Menschen**, die aber zu jung fürs Altenheim sind
 - **Obdachlose Menschen**
 - **Menschen mit Suchterkrankungen**
 - Ambulante Betreuung und Begleitung durch Fachpersonal auch für Menschen mit aktiven Abhängigkeitserkrankungen entwickeln: spezifische Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsfachdienst (Dienst für Abhängigkeitserkrankungen) und Sozialdienste soll eingerichtet werden. Auch für Minderjährige und ältere Menschen. DfA kann Schulung anbieten.
 - in dieser Thematik bräuchte das Fachpersonal der Sozialdienste mehr Weiterbildung, z.B. darüber, dass oft viele andere Probleme hinter dem Substanzkonsum liegen, dafür braucht es Berufsbilder des Bereiches Soziales (z.B. Erzieher*in)
 - sie können nicht immer mit anderen (jungen) Menschen zusammenleben, sondern müssen evtl. alleine in eine kleine Wohnung
 - **Junge Menschen** zwischen 18 und 30 (für sie gibt es wenige WG-Plätze, für ihre Familien wäre mehr finanzielle Unterstützung wichtig)
- Es bräuchte mehr **Kurzaufnahmemöglichkeiten** in Einrichtungen / **teilstationäre Angebote** (auch am Wochenende?) – hier besteht eine große Nachfrage; Entlastung der Familien von Menschen mit einer schweren Behinderung verzögert die endgültige Aufnahme in eine Einrichtung und verlangsamt die Institutionalisierung
- Oft gibt es kein **geplantes Wohnprojekt** für Menschen mit Behinderungen, psychischen oder Abhängigkeitserkrankungen (z.B. erst wenn die Eltern sterben, ziehen sie aus)
- **Jugendliche** bräuchten mehr Wohnmöglichkeiten, Therapie-WGs reißen sie oft aus ihrem Schulleben oder der Ausbildung heraus
- (Betreuungs)Personal müsste zum Teil **spezifischer weitergebildet** sein
- Es bräuchte mehr **männliche** Betreuer
- Instrument **Dopo di noi**:
 - Sollte eigentlich als „Durante noi“ bereits frühzeitig das Leben von behinderten Kindern ohne die Eltern vorbereiten
 - Die Kernaufgabe ist es sicherzustellen, dass die Pflege und die Betreuung der Kinder mit Behinderung weitergeht, wenn die Eltern sie nicht mehr unterstützen können oder verstorben sind: wichtig ist die Gewährleistung der Kontinuität des Projekts auch über diejenigen hinaus, die es fördern und umsetzen (z.B. Vormund oder Sachwalter*in)
 - Richtlinien Wohnen: es können innovative Wohnprojekte, Forschung und Studien finanziert werden. Nach interessanten Projekten suchen und diese in das Gebiet bringen und anpassen
 - Das Wobi sollte in die Anwendung des Instruments einbezogen werden: Kollektivwohnungen, die von Privatpersonen für soziale Zwecke gespendet werden, können von Wobi verwaltet werden.

- Es wird in Südtirol daran gearbeitet, eine Stiftung zu schaffen, die sich um den Nachlass von verstorbenen Eltern kümmert
- Gerade wird ein Konzept durch eine Genossenschaft für Südtirol ausgearbeitet
- In Trient gibt es bereits verschiedene Erfahrungen, die man nutzen könnte

Pädagogische Leistungen am Wohnort, finanzielle Leistungen, Wohnplätze – für welche Leistungen sollten zukünftig die Ressourcen vor allem eingesetzt werden?

- Dies ist eine **politische Entscheidung**
- Es ist gefährlich die verschiedenen Leistungen gegeneinander auszuspielen und Prioritäten zu setzen: die Selbstbestimmung steht im Vordergrund. Das Angebot muss vielfältig und flexibel sein. Übergänge sollen fließend sein. **Es braucht alle** Leistungen
- Prinzipiell müssen Maßnahmen so sehr wie möglich **individualisiert** angeboten werden, die ausführliche und frühzeitige Beratung und Begleitung von Familien mit Kind mit Behinderung im Ablösungsprozess ist sehr wichtig
- Menschen mit Behinderung / ihre Familien müssen **Wahlfreiheit** haben
- Insgesamt ist die **Zusammenarbeit** von verschiedenen Teams wichtig
- Auch die **Ressourcen** einer betroffenen Person müssen so gut wie möglich genutzt werden

Wie soll das Angebot zur Entlastung von Familien verbessert werden?

- **Erwachsene Menschen** mit Behinderung / Suchterkrankung / Abhängigkeitserkrankung:
 - Für junge Erwachsene gibt es von der **Lebenshilfe** ein **Wohnprojekt** (Wohntraining) in Bozen, wo wochenendweise oder auch über einen mehrmonatigen Zeitraum das selbständige Wohnen und die Ablösung von den Eltern trainiert werden können. Das Projekt erhält von Eltern sehr viel Zuspruch
- **Minderjährige** mit Behinderung / Suchterkrankung / Abhängigkeitserkrankung:
 - Minderjährige mit **Verhaltensauffälligkeiten, Aggressivität und Autismus-Spektrum-Störungen** müssten spezielle Plätze in stationären Einrichtungen erhalten (gibt es nur außerhalb der Provinz)
 - Es fehlen oft **ambulante Plätze**, die manchmal mehr Sinn machen würden als eine stationäre Aufnahme
 - Bei Minderjährigen sind oft die Familie / die Eltern Teil des Problems – das ganze System muss mit **individuellen** Maßnahmen unterstützt werden
 - Familien, die ihre Kinder **palliativ** pflegen, bräuchten mehr pflegerische, psychologische und pädagogische Unterstützung
- Insgesamt sind Erleichterungen für Familien am **Wochenende** sehr wichtig
- Dienste müssen **flexibler** und kurzfristig in Anspruch genommen werden können

Welche Wohnangebote braucht es für ältere Menschen?

- Schaffung von **polivalenten soziosanitären Einrichtungen / Residenze Sanitarie Assistite (RSA)**, die sich an Personen jeden Alters mit hohem Pflegebedarf richten
 - Diese Einrichtungen wären vor allem für die Personen, für die die klassischen Projekte und Einrichtungen nicht mehr geeignet sind (z.B. starke Verschlechterung des Gesundheitszustands, Verhaltensauffälligkeiten, Überwachungsbedarf)
 - Diese Einrichtungen könnten auch sehr gut in Altenheimen integriert werden (für die ebenfalls gilt, dass sie sich mitten in der Gesellschaft befinden sollten)
 - Die Alterung der Bevölkerung sollte unbedingt in der Planung der Dienste berücksichtigt werden: schon jetzt werden viele Menschen mit psychischen Erkrankungen außerhalb des Landes in RSA zugewiesen
- „**Budget di salute**“ würde älteren Menschen mehr Wahlfreiheit geben
- „**Nuclei di assistenza estensiva**“ / **extensive Betreuungsplätze** für Menschen mit Behinderungen und psychische Erkrankungen in den Seniorenwohnheimen: werden bisher nicht sehr gut angenommen – sie müssten daher besser mit Personal ausgestattet werden, so dass Ängsten bzgl. nicht ausreichender Betreuung entgegengewirkt wird
- **Teilbetreute Wohngemeinschaften** auch für ältere Menschen mit Behinderungen
- Mehr **Hauspflegeangebote**
- Manchmal ist weniger das Alter als die **Art der Behinderung** ausschlaggebend für die benötigte Unterstützung
- Auch das **Gesetz zum Wohnen im Alter** sollte in das neue Wohnbauförderungsgesetz eingearbeitet werden, so wie die Richtlinien zum Wohnen zum LG 7/2015

Wie sollen die Wartelisten abgebaut werden?

- Da die Gesamtbevölkerung immer älter wird, ist für die Zukunft mit noch mehr Bedarf zu rechnen (die Wartelisten werden womöglich noch länger)
- Sowohl durch **innovative Wohnprojekte** als auch **neue Wohnplätze** – die beiden Maßnahmen können **nicht gegeneinander ausgespielt** werden
- Auch die Umfrage vor diesem Workshop hat gezeigt, dass **beides wichtig** ist
- Vor allem sollten **bestehende Strukturen innovativ erneuert** werden
- Wichtig ist, dass es viele **verschiedene Angebote** gibt
- Im Moment **konkurrieren** Menschen, die deinstitutionalisiert werden sollen, sowie junge Menschen, die gar nicht erst institutionalisiert werden sollen, um Plätze
- **Freie Plätze in Wohneinrichtungen schaffen:** durch den Ausbau von ambulanten Diensten, Deinstitutionalisierung, Ausbau von Angeboten zur Entlastung der Familie, Verlegung von Plätzen für Kurzaufenthalte

Ist das Beratungsangebot zugänglich und ausreichend?

- Es sollte in Südtirol mehr Angebote geben, z.B. nach dem **Vorbild von „Selbstbestimmt leben“ in Innsbruck** (www.selbstbestimmt-leben.at)
- Es braucht mehr zugängliche Informationen über alle möglichen Leistungen (dieser Punkt ist in den neuen Richtlinien enthalten und sollte bei ihrer Umsetzung auch aufgegriffen werden)
- Besonders junge Familien müssen früh und individuell beraten und begleitet werden

Polyvalenz vs. spezifische Angebote?

- In **Treffpunkten** (z.B. Vinschgau) kann Polyvalenz sehr gut umgesetzt werden, sie können außerdem Beratungsangebote geben
- Ist oft eine **individuelle Frage**: manche können gut gemeinsam mit anderen unterstützt werden, manche brauchen spezifische Angebote. Im Allgemeinen sollte der Bedarf und nicht die Behinderung berücksichtigt werden

8.3.2 Arbeitsgruppe 2: Arbeitsbeschäftigung, Dienste zur sozialpädagogischen Tagesbegleitung, niederschwellige Dienste

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Arbeitsbeschäftigung und Arbeitseingliederung:

- Arbeit/Arbeitserfahrungen, vor allem auch in einem realen Kontext, sind sehr wichtig (Recht auf Arbeit ist in Verfassung verankert).
- Personen sollten nicht nur im Arbeitsumfeld begleitet werden, sondern auch im Bereich Wohnen. Das Thema ist ganzheitlich zu sehen: Coaching in Lebensphase, nicht „nur“ Job Coaching.
- Menschen mit Behinderung brauchen Begleitung von außen.
- Es wird mehr Personal benötigt, um einen hochwertigen Dienst sicherstellen zu können, hier müssen Wege gefunden werden mehr qualifiziertes Personal zu gewinnen.
- Betriebe müssen überzeugt werden, Menschen mit Behinderung aufzunehmen. Es sollte positive Anreize geben (z.B. Förderungen, Begünstigungen bei Beiträgen, Prämien für Bezugspersonen), da Menschen mit Behinderung einen Mehrwert bringen.
- Es braucht ein Abkommen mit den Sozialpartnern, um auch von der Seite die Integration zu fördern.
- Die Arbeitsassistenten sind zu verbessern/auszubauen. Auch private Organisationen sollten Arbeitsassistenten machen können.
- Es geht darum einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen, hierfür braucht es eine Änderung der Kultur.

- Die Entlohnung der Menschen mit Behinderung ist zu gering, ist eher als Entschädigung zu sehen.
- Betriebe müssen darauf vertrauen können, dass sie entsprechend unterstützt werden; sie möchten keine „Betreuungsorganisation“ sein und reagieren sehr sensibel darauf.
- Es braucht einen Ausbau der Arbeitsplatzbetreuung. Job Coaching und finanzielle Unterstützung für Betriebe sind notwendig. Auch das *wording* ist wichtig: Assistenz statt Betreuung.
- Die Trennung von Arbeitseingliederung und Arbeitsbeschäftigung war nicht so glücklich. Mit Splitten gehen viele Ressourcen verloren.
- Arbeitsintegration funktioniert nur im großen Netzwerk.
- Multiprofessionale Teams haben höhere Erfolgsquote (Beispiel Pfiff-Kurse).
- Menschen mit Behinderung möchten auch in anderen Bezirksgemeinschaften arbeiten, aber da fehlt oft die Unterstützung der eigenen Herkunfts-Bezirksgemeinschaft.
- Es herrscht Unklarheit, wohin sich die Personen wenden müssen. Oft fehlen notwendige Informationen von vornherein.
- Nach dem Schulabschluss müssen Menschen mit Behinderung oft warten, bis sie eine Beschäftigung finden (Wartelisten). Die Familien müssen diese Zeit überbrücken, alternative Angebote fehlen.
- Personen brauchen nach dem Schulabschluss Zeit, sich auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Dies gilt vor allem für Menschen mit Behinderung. Wir haben Arbeitstrainings organisiert, die Betriebe sind sehr offen. Betriebe brauchen schnelle Begleitung, wenn es ein Problem gibt.
- Wir haben eine gute Basis (gute Dienste, gute Einvernehmensprotokolle). Die ganzen Möglichkeiten müssen aber besser verknüpft sein, besser zusammenspielen. Noch ausbaufähig sind die Praktika in den Schulen, auch die Wirtschaft ist regelmäßig einzubeziehen.
- Menschen mit Behinderung brauchen am Arbeitsplatz spezifische Hilfsmittel bzw. Programme. Ohne diese Programme kann man nicht zeigen was man kann (z.B. bei Praktika). Oft sind die Programme der Betriebe nicht mit den Hilfsmitteln kompatibel (z.B. weil sehr grafisch). Hier wäre eine persönliche Assistenz sehr sinnvoll.
- Ex-In Projekte für Menschen mit psychischer Erkrankung sind sehr wertvoll, denn es ist möglich zu genesen. Bei geschützten Arbeitsplätzen ist es wichtig, dass die Menschen nicht eine erklärte Beeinträchtigung brauchen. Das führt zu Einstufung und Stigmatisierung. Menschen sollten nicht kategorisiert werden, z.B. durch die Feststellung der Arbeitsfähigkeit.
- Finanzielle Unterstützung der Sozialgenossenschaften ist sehr kritisch, sie müssen sich oft von Banken vorfinanzieren lassen, da die Beiträge spät ausbezahlt werden. Dies führt zu Planungsunsicherheit. Genossenschaften leisten aber einen sehr wertvollen Beitrag für die Integration von Menschen mit Behinderung und sollten deshalb mehr Beiträge erhalten.
- Das Projekt „Plus +35“ war sehr erfolgreich, und läuft hoffentlich nicht aus.
- Es braucht eine Erweiterung der Märkte zur Förderung des sozialen Ausgleichs und der Ausweitung der Arbeitsangebote (Kultur...).
- Die Bürokratie und die Anforderungen an die Betriebe müssen so niedrig wie möglich gehalten werden.
- Es fehlt die Sensibilisierung und die Umsetzung der geschaffenen Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Landesverwaltung.

Sozialpädagogische Tagesbetreuung und niederschwellige Angebote (insbesondere für Minderjährige mit Abhängigkeitserkrankungen)

- Bedarf an niederschwelligen Angeboten für Minderjährige besteht. Ein Projekt in Bozen dazu ist in Planung.
- Grundsätzliches Problem bei den Sozialdiensten ist, dass diese mit den derzeitigen Bestimmungen nur abstinenten Personen aufnehmen können, die gibt es aber nicht.
- Niederschwellige Angebote sind sehr wichtig, sich zu treffen und wo ein Austausch möglich ist. Die Angebote zur Unterstützung für Familien und niederschwellige Dienste müssen weiterentwickelt werden. Das Projekt „naturalmente“ des BSB und von La Strada durchgeführt, hat sich als sehr sinnvoll dargestellt.
- Es braucht einen niederschweligen Dienst 24/7 für Menschen mit einer psychischen Erkrankung, das ist sehr wichtig. Das Zentrum für psychische Gesundheit (Z.P.G.) sollte der erste Ansprechpartner sein.
- Wichtig ist eine Flexibilisierung der Dienste, um den Notwendigkeiten der Nutzer*innen besser entgegenzukommen. Eine Anpassung/Ausweitung der Öffnungszeiten ist notwendig. Auch Rückintegrationen in die Tagesstätten müssen möglich sein.
- Es gibt ein Problem bei der Nachbesetzung der professionellen Stellen. Bessere wirtschaftliche Bedingungen für die Sozialberufe müssen geschaffen werden (Aufwertung der Berufsbilder).
- „Offener Dialog“ (Modell aus Finnland) wäre für uns wichtig: schnelles Eingreifen der Betreuer*innen innerhalb 24 Stunden.
- Entlastung der Familie ist ein wichtiges Thema. An Wochenenden oder wenn keine Schule ist, gibt es kein Angebot. Es braucht Entlastungsangebote für die Freizeitgestaltung. Bei Härtefällen gibt es bereits Projekte, aber diese Projekte sollten regelmäßig angeboten werden.

Teilstationäre Dienste / Inklusive Projekte

- Es ist wichtig, neue Plätze in den teilstationären Diensten zu schaffen. Es gibt Wartelisten, und es können nur einzelnen Personen Plätze gegeben werden. Auch inklusive Projekte müssen möglich sein. Denn somit könnten sich auch die Wartelisten verkürzen. Grundsätzlich braucht es mehr Personalressourcen, es gibt einen Mangel an Personal.
- Es gibt eine Durchlässigkeit bei den einzelnen Diensten. Für Personen in teilstationären Diensten, die Chance auf Arbeit hätten, kann dies ermöglicht werden. Aber es sollte auch möglich sein zu „switchen“, d.h. wenn jemand eine gute Phase hat, sollte er/sie arbeiten können, und dann aber wieder zurück in einen Tagesdienst dürfen.
- Die Richtlinien der Arbeitseingliederung und die Einstufung der Arbeitsfähigkeit lassen kaum Wahlfreiheit der Menschen mit Behinderung zu – spiegelt sich auch in den Empfehlungen der Arbeitseingliederung wider.
- Es ist wichtig zu differenzieren. Die teilstationären Dienste sind wichtig, Plätze müssten aufgestockt werden. Bei Arbeitseingliederung wären aber inklusive Projekte wichtig. Hier ist Vernetzung und Vertrauen wichtig. Die Angebote sollten ineinandergreifen.
- Die Selbstbestimmung der Menschen soll in den Vordergrund gerückt werden. Es gibt einen Unterschied zwischen Betreuung und Assistenz, neue Modelle müssen hier angedacht werden. Weniger Institutionalisierung - dadurch entfernt man sich nur mehr von echter Inklusion.

- Es braucht mehr inklusive Projekte und weniger Werkstätten. Menschen mit Behinderung sollen im echten Arbeitsmarkt eingegliedert werden.

Finanzierung:

- Die Öffentliche Hand muss hierfür geradestehen. Chancengleichheit ist wichtig, der Mindestleistungsansatz diskriminiert. Wenn private Institutionen gute neue Projekte präsentieren, sollten sie direkt begutachtet und finanziert werden und nicht immer über die Bezirksgemeinschaften gehen. Private Organisationen sind keine Bittsteller.
- Die große Fragmentierung der Leistungen muss in Zukunft abgebaut werden. Viele wissen nicht an wen sie sich wenden können. Die Fragmentierung ist auch für Betriebe ein Problem. Bei einer Zusammenführung würden die Bürger*innen profitieren und auch die Verwaltung könnte Ressourcen einsparen.
- Mehr Synergien schaffen, das Potential wäre da. Es gibt bürokratische Hürden, die aus dem Weg geräumt werden können. Synergien zwischen den Diensten sind besser zu nutzen.

Zusammenfassung der wichtigsten Punkte der Teilnehmer*innen

- Sichere Finanzierung für langfristige Planung
- Auszahlungsprozess der Beiträge optimieren (Vorstreckung der Gelder von Seiten der privaten Organisationen sollte es nicht geben)
- Politischer Auftrag für Arbeitseingliederung ist voranzubringen
- Gemeinsame sozialpartnerschaftliche Lösungen
- Synergien nutzen, mehr Vertrauen zwischen den einzelnen Institutionen
- Verbesserung des Netzwerkes
- Mehr Sensibilisierungsarbeit/Öffentlichkeitsarbeit: Menschen mit Behinderung haben Mehrwert (z.B. Siegel oder Zertifikat für Betriebe)
- Kulturwandel: Eine Person mit Beeinträchtigung zu integrieren ist ein Gewinn für ein Unternehmen; diese Denkschule ist zu fördern.
- Stärkere Einbindung der Wirtschaft, auch im Denken neuer Modelle und Lösungsansätze (sonst wird Kulturwandel schwierig)
- Gerechter Lohn statt Taschengeld
- 360°-Betreuung auch außerhalb der Arbeit
- Mehr inklusive Projekte
- Verstärkung der Arbeitsassistenz
- Wahlfreiheit zwischen Arbeitsstätten der verschiedenen Bezirksgemeinschaften
- Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung für Beratung und Unterstützung
- Lösungen finden zum Übergang Schule/Arbeit
- Klare Übersicht welcher Dienst welche Zuständigkeit hat, Nutzer*innen sollten die gesetzlichen Bestimmungen nicht zu spüren bekommen
- Erhöhung der Arbeitsmöglichkeiten (Berufswahl) durch Ausweitung der Tätigkeitsbereiche
- Förderung des Ehrenamts im Territorium (Kulturwandel ermöglicht neue Möglichkeiten)
- Großes Anliegen der persönlichen Assistenz: Unterscheidung zwischen Betreuung und Assistenz; oft braucht es keine Betreuung, aber Hilfe (Assistenz)

- Territoriale Anlaufstelle schaffen zum Thema Arbeit
- Entbürokratisierung
- Selbstbestimmung hervorheben
- Mehr finanzielle und „menschliche“ Unterstützung für Betriebe
- Selbständigkeit der Personen im Bereich Arbeit und Wohnen fördern
- Zusammenarbeit der verschiedenen Dienste sehr wichtig (gesamtheitliches Projekt für nachhaltige Integration)
- Zugänglichkeit der Dienste erleichtern (Angebote sind zersplittert, vielschichtig), z.B. Kompetenzzentrum oder andere Form
- Teilstationäre Dienste aufstocken, aber auch bestehende Modelle anschauen und überprüfen (gibt es den Bedarf noch?)

8.3.3 Arbeitsgruppe 3: Freizeit, Barrierefreiheit, Mobilität

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landesozialplan genannt wurden.

Wie kann der **selbstbestimmte Zugang** zu Freizeitaktivitäten gefördert werden?

Die zentralen Themenfelder der Diskussion im Workshop waren **Kommunikation** sowie **physischer Zugang** zu Veranstaltungen und Freizeitaktivitäten:

Kommunikation

Dieses Themenfeld umfasst die Kommunikation bei Veranstaltungen und Aktivitäten selbst, insbesondere aber auch die Information und Bekanntmachung im Vorfeld.

- Kommunikation muss funktionieren: **sprachliche und kommunikative Barrieren** bei Veranstaltungen und Freizeitaktivitäten abbauen
- Genauso wichtig ist den Teilnehmer*innen eine **barrierefreie und inklusive Information** über Veranstaltungen und Aktivitäten
- Dazu wird eine einheitliche, digitale **Informationsplattform** gefordert:
 - **Einheitliche Plattform für ganz Südtirol** mit allen sportlichen und kulturellen Veranstaltungen, zur Vernetzung zwischen Vereinen und Menschen und zwischen verschiedenen Personengruppen
 - Information über **inklusive und spezifische Angebote**
 - **Zugänglich für alle Menschen**, unabhängig von ihrer Beeinträchtigung
 - Steuerung und Finanzierung durch die öffentliche Hand
- Nicht nur digitale Kommunikation – Informationen und Angebote müssen **in allen Kanälen, auch in Papierform**, zur Verfügung stehen

Zugang und Mobilität

- Die **architektonische Zugänglichkeit** von Veranstaltungen ist sicherzustellen
- Die **Erreichbarkeit** von Veranstaltungen und Freizeitaktivitäten ist ebenfalls entscheidend:
 - **Mobilität:** Die Teilnehmer*innen fordern mehr Transportmöglichkeiten im öffentlichen Nahverkehr, insbesondere mehr Verbindungen am Abend und bessere Erreichbarkeit der Veranstaltungsorte
 - **Veranstaltungen in Wohnortnähe**, also auch in der Peripherie und nicht nur in den großen Zentren
- **Persönliche Begleitung** bei Freizeitaktivitäten sicherstellen – insbesondere auch durch Begleitpersonen, die keine direkten Angehörigen sind

Wie soll das derzeitige **Freizeitangebot** zwischen **inklusiven Initiativen** und an Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen **spezifisch gerichteten Angeboten** weiterentwickelt werden?

Den Teilnehmer*innen zufolge geht die **Tendenz in Richtung inklusiver Freizeitgestaltung**. Bestehende Freizeiteinrichtungen sollen für Beeinträchtigte geöffnet werden.

- Es gilt **Veranstalter und andere Stakeholder zu sensibilisieren** und aufzuzeigen, welche Schritte sie setzen können, damit der Zugang erleichtert wird
 - Es braucht entsprechende **Beratung und Hilfestellung**
 - Die Bereitschaft zur Inklusion ist groß, sie scheitert heute allerdings häufig an **Sicherheitsbedenken**, die Unversehrtheit der Menschen garantieren zu können
- Es soll auch ein **digitaler Zugang** zu Freizeitangeboten über eine zentrale Plattform, die für alle Zielgruppen nutzbar ist, ermöglicht werden
 - Das Land soll für die Pflege und die Finanzierung der Plattform verantwortlich sein
 - Allerdings müssen auch Personen, die nicht die Kompetenz haben, auf die digitale Plattform zuzugreifen, eingebunden werden
- Der Zugang für **Menschen mit Hörbeeinträchtigungen** muss sichergestellt werden. Dazu braucht es Sensibilisierung schon in der Schule.

Es soll parallel auch **spezifische Angebote** für Menschen mit Beeinträchtigungen geben.

- Grundlegende Frage: Inklusion ja, aber wie weit schaffen die Menschen das?
- Derzeit fehlen Angebote und **Treffpunkte für Suchtkranke** und abhängige Menschen
- Spezifische Angebote haben auch eine wichtige **soziale Komponente**: Sie ermöglichen es Menschen, sich wiederholt in einer Gruppe zu treffen und so Kontakte und Freundschaften zu knüpfen

Wie kann die **individuelle Gestaltung der Freizeit** und des **Einzel- und Gruppenurlaubs** gefördert werden?

Mobilität

- Die Teilnehmer*innen fordern einen Ausbau der **individuellen Mobilität**
 - Es gibt keine **leistbare** individuelle Mobilität wie beispielsweise im Trentino
 - Das Land muss kostengünstige Dienste zur individuellen Mobilität fördern

- In den größeren Städten bieten die **öffentlichen Verkehrsmittel** viele Möglichkeiten, in kleineren Gemeinden und bei Überlandfahrten ist das Angebot unzureichend
- Individualreisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind kompliziert und insbesondere **Umsteigen** ist sehr schwierig für Menschen mit Beeinträchtigungen (Umstiegshilfen funktionieren nur teilweise)

Einzel- und Gruppenurlaub

- Bei **Gruppenurlaub** Problem des Transportes und der Unterkunft – es fehlen geeignete **Angebote für größere Gruppen**
- Die Teilnehmer*innen wünschen eine **individuelle Gestaltung der Urlaube**
 - Zielgruppen haben unterschiedliche Bedürfnisse
 - **Personenzentriertes Leitbild**: Menschen befähigen, selbst Wünsche zu äußern und ihren Urlaub zu planen, anstatt nur vorgefertigte Pakete in Anspruch nehmen zu können
 - Die Lebenshilfe sollte als eine Art Reisebüro fungieren: Unterstützung, Beratung und Empowerment, um maßgeschneiderte Angebote zu erstellen – inklusive Begleitung und Unterstützung im Urlaub
- Besonders auch im Urlaub den **Austausch von Menschen mit und ohne Betroffenheit** unterstützen und fördern
- Individuelle **Betreuung und Assistenz** sicherstellen
 - Österreichisches Assistenzsystem als Vorbild: gewisse Anzahl an Assistenzstunden, die individuell eingesetzt werden können

Welche **pädagogische** und **finanzielle Unterstützung** und welche **Betreuung** sind notwendig?

Finanzielle Unterstützung

- Generell wünschen sich die Teilnehmer*innen **mehr finanzielle Unterstützung**, um Zusatzausgaben bei Freizeitaktivitäten und Urlaub bezahlen zu können
- Bei Hilfgeldern **bürokratische Hürden** abbauen und für mehr **Transparenz und Klarheit** sorgen
 - Oft nicht klar, ob und wieviel man erhält bzw. rückerstattet wird
 - Lange Wartezeiten
 - Es braucht **Informationskampagnen** mit Werbung und besserer Information, welche Unterstützungen in Anspruch genommen werden können
 - Personen die Scham nehmen, Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen
 - Es braucht eine **Sensibilisierung** der Verwaltungsmitarbeiter*innen
- Verstärkte Regulierung oder Kontrollen des **Pflegegelds** werden abgelehnt
- **Menschen mit Abhängigkeiten und psychischen Erkrankungen** fallen bei den Hilfgeldern oft durchs Raster
- Personen werden aufgrund des Einkommens oder Besitz ihrer Familie von finanziellen Hilfsleistungen ausgeschlossen

Pädagogische Unterstützung und Betreuung

- Den **Menschen in den Mittelpunkt** stellen:
 - Fragen, was Betroffene möchten und welche (individuellen) Hilfestellungen sie brauchen
- **Private Betreuung und medizinische Dienstleistungen** wie beispielsweise Physiotherapie sollen ebenfalls finanziert werden
- **Fachpersonal** muss für ambulante Dienste und Freizeitangebote zur Verfügung stehen
 - Gradwanderung: Flexibler Einsatz von Fachpersonal, das aber generell fehlt

In welchen Situationen stoßen Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen am häufigsten auf **architektonische und andere Barrieren**?

- Nicht nur die **Institutionen und Anlagen** selbst müssen barrierefrei sein, sondern auch der **Zugang** und der Weg bis dort hin
 - Dies gilt insbesondere für **öffentliche Verkehrsmittel**, z.B.:
 - Sprachausgabe und Durchsagen für blinde Menschen sehr wichtig – fehlt derzeit in Überlandbussen
 - Schlechte Akustik und nur einmalige Durchsage von Ansagen
 - Unterschiedliche Niveaus der Bahnhöfe und Züge von Trenitalia
- In der Theorie barrierefrei deklariert Anlagen (WCs, Busse, ...) sind für Menschen mit Bewegungseinschränkung ohne Hilfe oft nicht zugänglich
 - **Anpassung der Richtlinien** und Vorgaben nötig
- Beim Bau von öffentlichen Einrichtungen und Infrastrukturen müssen Verbände und Interessensvertretungen **bereits in der Planungsphase einbezogen** werden
- **Sensibilisierung** der Bediensteten im öffentlichen Dienst, aber auch von Privatangestellten mit Kundenkontakt
 - Bewusstsein für allen Formen der Sinnesbehinderungen schaffen
- **Barrieren bei digitalen Systemen** abbauen
 - Technische und digitale Systeme müssen in ganz Südtirol einheitlich sein
- Psychologische Erkrankungen und **psychologische Barrieren** berücksichtigen und abbauen
 - z.B. dunkle, unzureichend beleuchtete Orte und Infrastrukturen, die Angstgefühle verstärken

Welche Maßnahmen sollen vorrangig umgesetzt werden, um **Barrieren in der Kommunikation** abzubauen?

- Die **digitale Kommunikation** wird immer wichtiger und es gilt, digitale Barrieren abzubauen:
 - **Webseiten barrierefrei gestalten** – z.B. sind Sicherheitsabfragen, sog. Captcha, für Sehbehinderte oft nicht lösbar
 - **Soziale Medien** sollen verstärkt eingesetzt werden, um vor allem Jüngere zu erreichen
 - Unter Beachtung des Datenschutzes und der Privacy
 - Neue Darstellungsmöglichkeiten wie **Videos und Animationen** sollen genutzt werden, um Sachverhalte einfach und verständlich zu erklären
 - Öffentliche Ämter sollten **Chat-Möglichkeiten** anbieten

- Nichtsdestotrotz sind weiterhin auch **analoge Kommunikationskanäle** zu nutzen
 - Informationsblätter und Broschüren gezielt in Ämtern und Vereinen verteilen
- Dienstleistungen müssen in **einfacher Sprache** und **Gebärdensprache** kommuniziert werden
- **Lichtsignale und Anzeigen** zur Ergänzung von Durchsagen und akustischen Signalen für hörbeeinträchtigte Menschen vorsehen
- **Emotionale Kommunikation:** Mimik und Gestik spielen eine wichtige Rolle

8.3.4 Arbeitsgruppe 4: Wahlfreiheit, Teilhabe, Eigenverantwortung

Bereich 1: Möglichkeit und Grenzen der Wahlfreiheit und der Selbstbestimmung

Grenzen der Wahlfreiheit und der Selbstbestimmung

- Nutzer*innen können die Dienste des Zentrums für psychische Gesundheit (Z.P.G.) nur in Anspruch nehmen, wenn sie verschreibungspflichtige Medikamente einnehmen.
- **Administrative Organisation der Dienste** und System zur **Finanzierung der Dienste:**
 - Problem bei der Zulassung zu Dienstleistungen, die in einem anderen Bezirk als dem des Wohnsitzes angeboten werden.
- Einschränkungen bei der **freien Wahl der Fachkräfte**, vor allem in größeren Gebieten, in denen die Gesundheitsbezirke zwei/drei Bezirksgemeinschaften umfassen.
- System der **übermäßigen Absicherung und Selbstschutz von Seiten der Dienste.**
- **Generelle Arbeitskultur**, die nicht bereit ist, **das Risiko der Selbstbestimmung** auf sich zu nehmen.
 - z.B. Bedenken der Nachbarschaft bei begleitetem und betreutem Wohnen in Kondominien.
- Geringe **Aufgeschlossenheit der Mitarbeiter*innen**, die oft für die Nutzer*innen entscheiden und eine nicht individualisierte Arbeitsorganisation.
- **Geringe Information** über das Angebot der verfügbaren Dienste.
- **Wohnen:**
 - Geringes Angebot
 - Zu hohe Kosten
 - Begleitung
- **Arbeitseingliederung:**
 - Zu lange Wartezeiten
 - Kommunikationsbarrieren (für bspw. gehörlose Personen)
- Eine **Diagnose** hat auf Betroffene eine starke kategorisierende Wirkung und schränkt die Wahlfreiheit ein.
 - Vorsicht bei den steigenden Zahlen der Diagnosen im Schulalter.
- **Architektonische und kommunikative Barrieren** (zu komplexe Dokumente ohne Piktogramme oder ohne einfache Wortwahl).

- Die **Isolierung von spezialisierten Diagnostikzentren** ist ein großes Hindernis für die Wahlfreiheit: Es ist erforderlich, den*die Patienten*in, sein*ihr Umfeld und die Lebensumstände des*der Patienten*in zu kennen (Hausbesuche).
- **Fragmentierung der Dienste** für Personen mit Behinderung (Übergang von einer Altersgruppe in die nächste).

Ermöglichung und Förderung von Wahlfreiheit und Selbstbestimmung / notwendige Maßnahmen

- Verstärkung der **Informationsweitergabe an Familien und Jugendliche** über das große Angebot an öffentlichen und privaten Diensten.
- **Individuelles Eingreifen** in die Familie bei Jugendlichen mit Sucht- und Abhängigkeitsproblemen.
- **Stärkung der Kommunikation** mit den Betroffenen, um individuelle Lösungen zu finden.
- Zur Garantie der Wahlfreiheit braucht es **Arbeitsintegrationsprojekte** mit angemessener Entlohnung, Altersvorsorge und betreutem Wohnen.
- **Flexibilisierung der Organisation der Arbeit.**
- **Zukunftsplanung:** Es ist wichtig, bereits in jungem Alter einzugreifen.
- Wahlfreiheit und individuelle Wege erfordern ein gutes **vernetztes Arbeiten zwischen den Diensten** (Schule, Sozialdienste, Gesundheitsdienste etc.)
- Jugendliche mit Substanzabhängigkeiten:
 - **Unterschiedliche Betreuungsangebote für abhängige Erwachsene und Jugendliche**
 - **Den Betroffenen zuhören** und **aktive Beteiligung** der Jugendlichen an therapeutischen Maßnahmen.
- In Übereinstimmung mit dem individuellen Programm des*der Betroffenen die **Ressourcen mit den Personen verknüpfen** (z.B. Pflegegeld, Gesundheitsbudget).
- Die **Selbstbestimmung** einer Person mit Behinderung **auf Ebene der Familie** kontextualisieren. Wer entscheidet: die Familie, die betroffene Person oder ein*e Familienangehörige*r?
- **Eine inklusive Diagnostik**, welche dem*der Betroffenen eine Situation der Wahlfreiheit (auch in finanzieller Sicht) garantiert und die systemischen Schwierigkeiten überwindet.
- **Stärkung der Zukunftsplanung und Gewährleisten einer Kontinuität des Pflegeprozesses**
 - Übergang von einem Dienst zu einem anderen
 - Von der Diagnose zum **Unterstützungsnetzwerk**.
- **Finanzielle Ressourcen zur Unterstützung:** Einsatz von Ressourcen systematisch ermitteln (oft haben Betroffene keinen Zugang zu Ressourcen wie Pflegegeld).
- Quantitative und qualitative **Anpassung des Angebots an Strukturen** an die aufkommenden Bedürfnisse.
- **Das Angebot an stationären Einrichtungen für Personen mit Behinderung** muss überarbeitet und an den wachsenden Bedarf angepasst werden:
 - Mehr Raum für **begleitetes Wohnen**
 - Weniger Wohngemeinschaften, da sie bspw. für Personen mit psychischen Erkrankungen nicht geeignet sind.
- **Betroffenen zuhören** und **frühzeitiges eingreifen**.
- **Bezugsperson**, die die Person mit Behinderung und deren Familie ein Leben lang **begleitet**.

- Substanzabhängigkeiten und psychische Erkrankungen sind am stärksten stigmatisiert. Es gibt keine Gesundheit ohne die mentale Gesundheit (“non c’è salute senza salute mentale”): Die psychische Gesundheit muss zum Wohle aller stärker berücksichtigt werden.
- Stärkung des Systems der **Streetworker**, der **Arbeit mit Peers** und der **Zusammenarbeit zwischen diesen und der Sanität**.
- Jugendliche
 - **Mehr Erzieher*innen**
 - **Mehr Informationen über das Angebot** in der Umgebung.

Bereich 2: Teilnahme

2.1. Teilnahme am Leben der Gemeinschaft

Persönliche Betreuung

- **Sensibilisierung der Gemeinschaft** in Hinblick auf soziale Stigmatisierung (vor allem in Bezug auf Abhängigkeits- und psychische Erkrankungen):
 - Wenn betroffene Personen schlechte Erfahrungen gemacht haben, trauen sie sich selbst vieles nicht mehr zu.
 - Überwindung der Scham des Unbehagens und der Selbststigmatisierung.
- Die **Beteiligung von Erwachsenen mit Abhängigkeitserkrankungen** durch alternative Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und persönlicher Einbindung fördern
 - Schaffen von Umgebungen, die ausreichend geschützt, aber auch ausreichend frei sind, in denen Betroffene den **Alltag gestalten und bewältigen** können (Herausforderung: normative und bürokratische Komplexität der Selbstverwaltung - Recht des Dritten Sektors)
 - Förderung von Freiräumen ohne Stigmata, wo sich Personen mit unterschiedlichen Problemen treffen können. Dies kann nur durch die **transversale Zusammenarbeit** zwischen Selbstvertretungsgruppen möglich gemacht werden (Herausforderung: organisatorische und kulturelle Komplexität).
- **Schulungen und Unterstützung für Familien** von Jugendlichen mit psychischen Problemen
 - Die Teilnahme am Leben der Gemeinschaft beginnt in der Familie (“la partecipazione alla vita di comunità inizia in famiglia”).
- Es braucht **mehr Spezialist*innen** (Psycholog*innen und Psychiater*innen).
- **Integration** von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung **in Schulen**
 - Familien von Betroffenen anhalten, Kinder und Jugendlichen bereits im frühen Alter eine Teilnahme am Schulalltag zu ermöglichen.
 - Ausbildungen für Lehrer*innen und Fachkräfte
 - Von Bevormundung zu Vertrauen (Auf Bedürfnisse hören, aus Fehlern lernen, Risiken eingehen).

Architektonische und kommunikative Barrieren

- Das aktuelle Angebot an Unterkünften ist unzureichend und nicht an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung angepasst.
- Gemeinsame Ausbildung und Fachkenntnisse, um die Sprache bzw. Ausdrucksweise des anderen verstehen zu können.

2.2. Beteiligung an der Entwicklung der Sektoren

- Die Beteiligung von Personen mit Behinderung an Arbeitsgruppen etc. erfordert die Einrichtung einer geeigneten **technischen Umgebung ohne Kommunikationsbarrieren**.
- Beginnen beim **Zuhören**
- Reaktivierung von Partizipationsmöglichkeiten mit Treffen in Person.
- Personen mit Behinderung müssen über partizipative Verfahren **Bescheid wissen**.
 - Die Vereine sollten interessierte Personen direkt zu Gesprächsrunden einladen.

2.3. Beteiligung an der Organisation und Entwicklung der Dienste

- Erfahrung des Dienstes für Abhängigkeitserkrankungen von Bozen (Beispiel des Tageszentrums von Triest): Die **aktive Beteiligung** der Jugendlichen durch wöchentliche Treffen zwischen Mitarbeiter*innen, Erzieher*innen und Jugendlichen war Teil des Prozesses. In Bozen wurde eine „Promoting-Gruppe“ von abstinente Jugendlichen gegründet.
- Die **Arbeit** sollte **ressourcenorientiert** und nicht defizitorientiert sein.
- **Konstanter Dialog zwischen Institutionen** im Sinne des Dienstes an der Person (nicht der Kompetenzen) und **Diskussion mit dem privaten sozialen Sektor und Interessengruppen** zur Unterstützung von Entscheidungsprozessen
 - Die Beteiligung wird durch das **Limit der Kompetenzen** erschwert, vor allem in öffentlichen Ämtern, die Nutzer*innen immer wieder an andere Ämter verweisen.
- **Zentrale Rolle der Gemeinwesenarbeit:**
 - Für die Beteiligung der Personen am Leben der Gemeinschaft
 - Für die Selbstbestimmung
 - Für die positiven Auswirkungen auf den Sektor der Sozialarbeit.
- **Herausforderungen der Gemeinwesenarbeit:**
 - **Selbststigmatisierung der Mitarbeiter*innen** (Tendenz, den eigenen Bereich zu schützen, sich nicht in der Echtzeit an Veränderungen anzupassen und die Gemeinschaft als rehabilitatives Element zu vernachlässigen).
 - **Die Situation im Territorium** ist grundlegend: Jugendliche mit Suchtproblemen müssen wahrgenommen und unterstützt werden, damit sie den Ausstieg schaffen. Dies kann sehr schnell passieren, braucht aber die Unterstützung der Gemeinschaft.
- Mit **gezielten Projekten** und **besonderer Professionalität** arbeiten.
- Ist es notwendig darüber nachzudenken, **wie man als Institution kommuniziert**? Positives Beispiel der Lebenshilfe zur vereinfachten Sprache.
- Durch die Pandemie hat die Anzahl von Personen mit Abhängigkeitserkrankungen und die Tendenz, sich aus dem sozialen Leben zurückzuziehen, zugenommen. Es gibt den Bedarf an:
 - Mitarbeiter*innen die Betroffene „einbinden“, begleiten und unterstützen
 - Schulungen von Mitarbeiter*innen
 - Sensibilisierung der Bevölkerung.
- Die Beteiligung ist ein wichtiger Faktor für die **Qualitätsentwicklung der Dienste** für Menschen mit Behinderung.

Bereich 3: Persönliche Verantwortung, Verantwortung der Dienste und der Gesellschaft

- Generell hat in Italien und vielleicht auch in ganz Europa eine Kultur der Befreiung von Verantwortung Fuß gefasst. Jetzt ist es an der Zeit wieder **Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen**.
- Menschen mit Behinderung Verantwortung zu übertragen, bedeutet auch, als Expert*innen/Fachkräfte eine gewisse Verantwortung für das zu übernehmen, was passieren könnte.
 - Es muss darüber nachgedacht werden, **wie man Mitarbeiter*innen schützen kann**.
- Mittlerweile ist der Gedanke, dass alle Personen ein Recht auf Selbstbestimmung haben, weit verbreitet. Im Gegenzug aber ist die Bereitschaft, ein „kalkuliertes“ Risiko einzugehen, gesunken, weil es im Ernstfall auf den Einzelnen zurückfällt.
 - Wichtigkeit eines guten **Risikomanagements** der Dienste.
- **Neubildung** der Rolle des*r **Sachwalters*in**: eine Person, die von den Betroffenen ausgewählt wird.
- **Verantwortung des gesamten Betreuerteams** und nicht eines*r einzelnen Mitarbeiters*in
 - „Psychotherapeutische Erste Hilfe“
 - Beteiligung und Übernahme von Verantwortung seitens des*r Interessierten und deren Familie/nahestehende Personen
 - Therapeutisches Modell „Open Dialog“.
- Das **Konzept der Übernahme von Verantwortung** sollte überarbeitet werden, indem der **Schwerpunkt der Entscheidungsgewalt auf die betroffene Person** verlagert wird. Dabei muss in Kauf genommen werden, dass dies zu Schwierigkeiten oder kleineren Problemen führen kann.
 - Abschätzen der Risikostufen (Schutz und Selbstbestimmung).
- Heute gibt es eine starke Polarisierung zwischen Instanzen der Wahlfreiheit/Selbstbestimmung und einer immer geringeren Bereitschaft, **bestimmte Risiken zu akzeptieren**. Zivil- und Strafprozesse für Schäden/Unfälle nehmen zu und die Justiz ist langsam.
 - **Einbindung der einzelnen Mitarbeiter*innen, Dienste und Familienangehörige**.
- Keine Schadensminderung bei Jugendlichen, sondern **Verantwortlichmachen des*der Nutzers*in / der Familie („Paradigmenwechsel“)**
 - Verantwortungsbewusstsein in den Mitarbeiter*innen wecken.
 - **Team von Mitarbeiter*innen**.
- **Überwindung der Gegenüberstellung Eigenverantwortung / Sicherheit** und Versuch diese beiden Aspekte auszugleichen.
- Aus der Perspektive der Genesung und Wiedereingliederung der Person in die Gesellschaft arbeiten (z.B. keine Leibrente, sondern neue Einkommensmöglichkeiten für sich selbst).
- **Die Verantwortung der Mitarbeiter*innen beeinflusst das Recht zur Selbstbestimmung** der betroffenen Personen.
 - Die Angst, dass alles, was passiert, auf den*die Mitarbeiter*in zurückfällt, schränkt die Freiheit der betroffenen Person ein.
 - **Über die mit der Selbstbestimmung verbundenen Risiken als Gesellschaft nachdenken** ("pädagogisches Risiko").

- Die **administrative Verantwortung der Dienste** fällt zwangsläufig auch auf die Struktur und die Mitarbeiter*innen zurück (regulatorische und zivilrechtliche Verpflichtung).
- **Deinstitutionalisierung der Personenhilfe**
 - Übernahme von Verantwortung seitens der Dienste
 - Übernahme von Verantwortung seitens der Familie
 - Übernahme von Verantwortung seitens der Gemeinschaft („inklusive Gemeinschaft“).

8.4 Politische Handlungsspielräume

Dieses Kapitel zeigt strategische Handlungsoptionen in Form von Maßnahmen auf, die aus der Analyse der aktuellen und historischen Daten, den wissenschaftlichen Prognosen, Entwicklungstrends und Good Practice-Beispielen, der Auswertung der Online-Befragung und den Workshop-Ergebnissen abgeleitet werden können. Es obliegt der Politik bzw. politikvorbereitenden Verwaltung, eine Auswahl zu treffen und im Rahmen des Landessozialplans als strategische Ausrichtung der zukünftigen Maßnahmen im Kinder- und Jugendschutz festzulegen.

Selbstständiges Wohnen/Wohnbegleitung (v.a. in Wohngemeinschaften) werden...		
Handlungs- option	... ausgebaut	... NICHT ausgebaut
Ansätze und Auswirkungen	• Umsetzung „Richtlinie für Wohndienste und -leistungen“ • Wohnraum (Leerstandserhebungen) und dessen Bezahlbarkeit als Problem • Wohnbauinstitut (Wobi) einbinden • Wohnungsbörsen • Barrierefreiheit als Kriterium öffentlicher Förderungen • (Eher kleine) Wohnungen (aber auch Altenheime) in Ortszentren • Ehrenamt vor Ort stärken und Hauspflege erweitern • Frühzeitige Vorbereitung der Kinder auf das Leben ohne Eltern („durante noi per dopo di noi“), auch im Sinne von Wohntraining • Persönliches Budget • Individualisierte Angebote	• Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurde hierzu lediglich angeführt, dass für manche Personengruppen Einrichtungen auch sehr wichtig sind (Menschen mit Suchterkrankungen, ältere Menschen, junge Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen) und Einrichtungen für die Kurzzeitaufnahme sinnvoll sind • Bestehende Einrichtungen eher um-denn ausbauen (kleiner, in Ortszentren)

- **Realisierung innovativer Wohnprojekte**, die jeweils spezialisiert auf die Zielgruppen ältere Menschen und junge Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit (auch aktiven) Abhängigkeitserkrankungen sind
- Ausbau und Spezialisierung der **soziopädagogischen Wohnbegleitung**
- **Entlastungsangebote für Eltern:** mehr Angebote an Kurzeintaufnahmen, Rotationsplätze
- **Informations- und Beratungsangebot**
- Menschen mit **psychischen Erkrankungen** im Fokus
- **Persönliche Assistenz:** Ausbau des Angebotes für alle Lebensbereiche- Wohnen, Schule, Arbeit, Freizeit;
Österreichisches Assistenzsystem als Vorbild: gewisse Anzahl an Assistenzstunden, die individuell eingesetzt werden können

Tabelle 8-4: Selbstständiges Wohnen/Wohnbegleitung (v.a. in Wohngemeinschaften) werden...

(Arbeits-)Begleitung bzw. Assistenz/inklusive Projekte und Tagesangebote werden...

Handlungs- option	... ausgebaut	... NICHT ausgebaut
Ansätze und Auswirkungen	• Gewinnung von mehr qualifiziertem Personal • Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur Arbeitsbeschäftigung und Arbeitseingliederung, um die Aufsplitterung der Zuständigkeiten zwischen Sozialdiensten, Arbeitsservice und Berufsbildung zu überwinden und die Übergänge zu erleichtern, sowie den Einsatz der Ressourcen und die Ergebnisse zu optimieren • Ausbau der individuellen Vereinbarungen zur Arbeitsbeschäftigung: mehr Vereinbarungen aktivieren und mehr inklusive Projekte • Coaching in allen Lebensphasen • Schaffung eines Inklusiven Arbeitsmarktes durch Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Unterstützung und finanzielle Anreize für die Betriebe ○ Positive Anreize für Unternehmen ○ Abkommen mit Sozialpartnern • Angemessenere Entlohnung der Menschen mit Behinderung: Lohn und Pensionsversicherung Taschengeld • Informationen anbieten • Flexibilität (zwischen BZGs) ermöglichen • Übergang Schule-Arbeitswelt optimieren (Arbeitstrainings)	• Im Workshop / den Arbeitsgruppen wurde grundsätzlich immer für einen Ausbau argumentiert, aber auch angemerkt, dass es nicht (einseitig) „nur“ isoliert um das Arbeitsumfeld (nicht nur „Job Coaching“) geht, sondern um ein Coaching in verschiedenen Lebensphasen

- **Finanzielle Förderungen** für Genossenschaften **planbarer machen**
- **Flexibilität und Mix der Dienste und Leistungen:** Switch zwischen Einrichtung und Betrieb und zwischen individueller Vereinbarung zur Arbeitsbeschäftigung und Einrichtung
- **Begleitung** für Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie **Tagesangebote unterschiedlicher Form** (Treffpunkte, Tageszentren...)

Tabelle 8-5: (Arbeits-)Begleitung bzw. Assistenz/inklusive Projekte und Tagesangebote werden...

Das derzeitige Freizeitangebot und Angebot an niederschwelligen Diensten wird...		
Handlungs- option	... ausgebaut	... beibehalten (evtl. reduziert/ optimiert)
Ansätze und Auswirkungen	• Begleitung und Betreuung • Inklusive Freizeitangebote (knapp 60% der Befragten geben an, diese Initiativen gelte es auch verstärkt öffentlich zu fördern) mit mehr Auswahl auch vor Ort und Mitgestaltung • Freizeitangebote für Menschen mit schweren Behinderungen • Spezifische Angebote für junge Erwachsene ○ Niederschwellige Dienste für junge Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen • Einheitlicher barrierefreier digitaler Zugang und Interaktion über zentrale Plattform als wichtige Option • Mehr individuelle Mobilitätsangebote • Flexibilisierung der Dienste: ○ Ausweitung der Öffnungszeiten und Ausdehnung der Öffnungstage auf Wochenenden und schulfreie Zeiten als Entlastungsangebot für die Familien ○ Switch zwischen sozialpädagogischer Tagesstätte und Dienst für Arbeitsbeschäftigung • Bürokratie abbauen • Begleitdienste für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Tagesangebote ○ Niederschwelliger Dienst 24h für Menschen mit psychischen Erkrankungen	• Ausbauen ist das große Thema; es gibt aber auch vereinzelte spezifische Vorschläge explizit zur Abschaffung und Reduzierung: z.B. wenn Leistungen nicht inklusiv oder nur für eine spezifische Beeinträchtigung angeboten werden

Tabelle 8-6: Das derzeitige Freizeitangebot und Angebot an niederschwelligen Diensten wird...

Die Wahlfreiheit, Teilhabe und Selbstbestimmung werden...		
Handlungs- option	... gefördert	... so beibehalten
Ansätze und Auswirkungen	- Knapp 90% geben an, Betroffene sollten zwischen allen angebotenen Diensten auf Landesebene wählen können (Wahlfreiheit als prioritäres Prinzip) - Neue Kultur der Offenheit (auch bei Bediensteten) nötig - Verstärkung der Kommunikation, Sensibilisierung und flexiblerer Arbeitsweisen (Teamwork) Partizipationsmöglichkeiten (Umfragen, Treffen, Arbeitsgruppen)	Entspricht aktuellen Organisationskultur- und Finanzierungsbarrieren

Tabelle 8-7: Die Wahlfreiheit, Teilhabe und Selbstbestimmung werden...

Qualifizierte Fachkräfte werden...		
Handlungs- option	... mehr gefördert	... wie bislang unterstützt
Ansätze und Auswirkungen	77% sehen aktuellen Fachkräftemangel und mehr noch (80%) befürchten Zunahme - Bessere Arbeitsbedingungen - Gerechtere Entlohnung - Bedarf an Psychiatern/Psychologen und Psychotherapeuten Gehaltserhöhungen Aus- und Weiterbildung verbessern	Keine Gehaltsanpassungen Bestehendes Aus- und Weiterbildungssystem

Tabelle 8-8: Qualifizierte Fachkräfte werden...

Das derzeitige System des Pflegegeldes wird		
Handlungs- option	...geändert	... beibehalten/weiterentwickelt
Ansätze und Auswirkungen	• 50% grundsätzlich dafür • Gutscheine (40% dafür) • typische Begründungen: „in manchen Situationen sinnvoll und notwendig“; „teilweise Ersetzung durch Dienste und Leistungen wünschenswert“	• 50% grundsätzlich dafür • 60% gegen Gutscheine • Dokumentation der Ausgaben bzw. Abrechnung (60% dafür), einige Anmerkungen dazu aber auch explizit ablehnend („Was sollen denn die Familien zusätzlich zur Pflege noch alles leisten?“) • Einkommensbezogen • Korrekte Einstufung • Mehr Kontrolle • Knüpfung an periodische Planung (60% dafür) • Pflegegeld soll nicht gekürzt und für den Ausbau anderer Leistungen verwendet werden

Tabelle 8-9: Das derzeitige System des Pflegegeldes wird...

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1-1: Übersicht der Treffen und Besprechungen	19
Tabelle 4-1: Landessozialfonds - Finanzierung ausgewählter Dienste und Leistungen des Bereichs Senioren und Pflege (Stand: 2018)	28
Tabelle 4-2: Landessozialfonds - Finanzierungsbeitrag je Leistungseinheit ausgewählter Dienste und Leistungen des Bereichs Senioren und Pflege (Stand: 2018)	28
Tabelle 4-3: Pflegebedarf je Altersklasse	47
Tabelle 4-4: Übersicht über die Anzahl der Statements zu den Fragen mit offen gehaltener Antwortmöglichkeit im Fragebogen (nach Themenbereichen aggregiert)	53
Tabelle 4-5: Arbeitsgruppe 1 - Vor- und Nachteile von Sach- und Dienstleistungen oder Transferzahlungen.....	64
Tabelle 4-6: Arbeitsgruppe 1 - Bestehende und fehlende Dienste und Leistungen	65
Tabelle 4-7: Arbeitsgruppe 1 - Öffentliche und private Dienste und Leistungen	67
Tabelle 4-8: Arbeitsgruppe 3 - Zusammenfassung der Inputs und Vorschläge	76
Tabelle 4-9: Soll das heutige Finanzierungsmodell mit großem Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand beibehalten werden?	85
Tabelle 4-10: Soll das heutige Tarifsystem beibehalten werden oder sind Anpassungen nötig?	86
Tabelle 4-11: Sollen in Zukunft vermehrt Sach- und Dienstleistungen angeboten oder die Menschen durch Transferzahlungen unterstützt werden?	87
Tabelle 4-12: Soll die Pflege in der Familie auch in Zukunft zentrales Standbein der Pflegesicherung in Südtirol sein?	88
Tabelle 4-13: Soll das in der Pflege tätige Personal zukünftig stärker als heute unterstützt werden?.....	89
Tabelle 4-14: Soll die Ausbildung des in der Pflege tätigen Personals abgeändert und angepasst werden?	90
Tabelle 4-15: Soll die Nachwuchsförderung des in der Pflege tätigen Personals gesteigert bzw. die Attraktivität des Pflegeberufes erhöht werden?.....	91
Tabelle 4-16: Workshop Senioren und Pflege Soll die öffentliche Hand in Zukunft das System der Hauspflegekräfte („Badanti“) steuern oder dem freien Markt überlassen?.....	92

Tabelle 4-17: Soll das Pflegegeld in Zukunft einkommens- und vermögensabhängig gestaffelt werden?.....	93
Tabelle 4-18: Soll in Zukunft ein Zusatzpflegefonds in Analogie zum Pensplan realisiert werden?.....	94
Tabelle 4-19: Sollen in Zukunft gewinnorientierte Unternehmen zum Pflegemarkt zugelassen bzw. mit privaten gemeinnützigen Unternehmen gleichgestellt werden?	95
Tabelle 4-20: Soll das selbstbestimmte Wohnen im Alter Zuhause in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?	96
Tabelle 4-21: Soll das barrierefreie Wohnen in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?.....	97
Tabelle 4-22: Sollen Dienste und Leistungen zur Unterstützung des selbstbestimmten Wohnens in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?	98
Tabelle 4-23: Sollen Technologien zur Unterstützung des selbstbestimmten Wohnens (und der Umgang damit) in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?	99
Tabelle 4-24: Sollen Gemeinden stärker eingebunden und lokale Strukturen zur Unterstützung des selbstbestimmten Wohnens in Zukunft stärker ausgebaut und gefördert werden?.....	99
Tabelle 4-25: Landessozialfonds - Finanzierung ausgewählter Dienste und Leistungen des Bereichs Senioren und Pflege (Stand: 2018)	115
Tabelle 4-26: Landessozialfonds - Finanzierungsbeitrag je Leistungseinheit ausgewählter Dienste und Leistungen des Bereichs Senioren und Pflege (Stand: 2018)	115
Tabelle 5-1: Übersicht über die Anzahl der Statements zu den Fragen mit offen gehaltener Antwortmöglichkeit im Fragebogen (nach Themenbereichen aggregiert)	143
Tabelle 5-2: Arbeitsgruppe 3 - Familiäre Anvertraung	170
Tabelle 5-3: Soll Prävention im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes in Zukunft gestärkt werden?.....	180
Tabelle 5-4: Sollen Dienste und Leistungen durch Sprengel wieder mehr "hereingeholt" werden, z.B. um mehr Präventionsarbeit zu ermöglichen?	183
Tabelle 5-5: Soll das im Kinder- und Jugendschutz tätige Personal zukünftig stärker als heute unterstützt werden?	184
Tabelle 5-6: Soll die Aus- und Weiterbildung des im Kinder- und Jugendschutz tätigen Personals abgeändert und angepasst werden?	186

Tabelle 5-7: Soll die Nachwuchsförderung des im Kinder- und Jugendschutz tätigen Personals gesteigert bzw. die Attraktivität des Berufes erhöht werden?.....	187
Tabelle 5-8: Ist das heutige Angebot im Kinder- und Jugendschutz bedarfsorientiert ausgerichtet?.....	189
Tabelle 5-9: Wie sollte in Zukunft der Angebotsmix durch öffentliche und private Träger gestaltet werden?	193
Tabelle 6-1: Obdachlose Menschen - Erkenntnisse und Ansätze der OECD.....	203
Tabelle 6-2: Übersicht über die Anzahl der Statements zu den Fragen mit offen gehaltener Antwortmöglichkeit im Fragebogen (nach Themenbereichen aggregiert)	209
Tabelle 6-3: Entsprechen die derzeitigen Angebote für obdachlose Menschen den Bedürfnissen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?	283
Tabelle 7-1: Übersicht über die Anzahl der Statements zu den Fragen mit offen gehaltener Antwortmöglichkeit im Fragebogen (nach Themenbereichen aggregiert)	305
Tabelle 7-2: Arbeitsgruppe 1 - SWOT Analyse der privaten Organisationen im Sozialbereich	343
Tabelle 7-3: SWOT Analyse der privaten Organisationen im Sozialbereich	360
Tabelle 7-4: Wie soll in Zukunft die Governance des Sozialwesens aussehen und was ist die Rolle der öffentlichen Verwaltung?	362
Tabelle 7-5: Welcher Mix aus Sach- und Dienstleistungen von öffentlichen und privaten Anbietern soll den Bürger*innen in Zukunft zur Verfügung stehen?	363
Tabelle 7-6: Wie sollen in Zukunft das Akkreditierungssystem im Sozialwesen ausgestaltet werden und was ist die Rolle der öffentlichen Verwaltung?	364
Tabelle 7-7: Wie sollen in Zukunft das Vergabewesen im Sozialwesen ausgestaltet werden und was ist die Rolle der öffentlichen Verwaltung?	366
Tabelle 7-8: Wie sollen in Zukunft das Beitragssystem im Sozialwesen ausgestaltet werden und was ist die Rolle der öffentlichen Verwaltung?	368
Tabelle 7-9: Sollen in Zukunft Wahlmöglichkeiten für die Nutzer*innen geschaffen bzw. ausgebaut werden?.....	369
Tabelle 7-10: Wie sieht die Zukunft der Gemeinwesenarbeit, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfegruppen im Sozialwesen aus?	370
Tabelle 8-1: Menschen mit Behinderungen (Gesetz 104/92, Art. 3, Abs. 1) - Jahr 2020	372

Tabelle 8-2: Menschen mit schweren Behinderungen (Gesetz 104/92, Art. 3, Abs. 3) - Jahr 2020.....	373
Tabelle 8-3: Übersicht über die Anzahl der Statements zu den Fragen mit offen gehaltener Antwortmöglichkeit im Fragebogen (nach Themenbereichen aggregiert)	387
Tabelle 8-4: Selbstständiges Wohnen/Wohnbegleitung (v.a. in Wohngemeinschaften) werden.....	433
Tabelle 8-5: (Arbeits-)Begleitung bzw. Assistenz/inklusive Projekte und Tagesangebote werden.....	435
Tabelle 8-6: Das derzeitige Freizeitangebot und Angebot an niederschwelligen Diensten wird.....	436
Tabelle 8-7: Die Wahlfreiheit, Teilhabe und Selbstbestimmung werden... ..	437
Tabelle 8-8: Qualifizierte Fachkräfte werden.....	437
Tabelle 8-9: Das derzeitige System des Pflegegeldes wird... ..	438

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Rollenverteilung und Aufgaben im Projekt	20
Abbildung 3-1: Prognose der Entwicklung der Wohnbevölkerung.....	23
Abbildung 3-2: Prognose der Entwicklung der Altersklasse 75+	24
Abbildung 3-3: Prognose der Entwicklung der Minderjährigen (Altersklasse 0-17).....	25
Abbildung 3-4: Prognose der Entwicklung der Altersklasse 18-65	25
Abbildung 4-1: Dienste und Leistungen für Senioren	27
Abbildung 4-2: Entwicklung der Versorgungsdichte der Seniorenwohnheime.....	30
Abbildung 4-3: Annahmen zur zukünftigen Entwicklung der Versorgungsdichte der Seniorenwohnheime	31
Abbildung 4-4: Prognose der Plätze der Seniorenwohnheime.....	31
Abbildung 4-5: Prognose der Vollzeitäquivalente der Seniorenwohnheime	32
Abbildung 4-6: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Seniorenwohnheime ohne Kostensteigerung.....	32
Abbildung 4-7: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Seniorenwohnheime bei Kostensteigerung von jährlich 2%	33
Abbildung 4-8: Prognose der Plätze der Tagespflegeheime	34
Abbildung 4-9: Prognose der Vollzeitäquivalente der Tagespflegeheime.....	34
Abbildung 4-10: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Tagespflegeheime ohne Kostensteigerung.....	35
Abbildung 4-11: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Tagespflegeheime bei Kostensteigerung von jährlich 2%	35
Abbildung 4-12: Prognose der Plätze des begleiteten und betreuten Wohnens.....	36
Abbildung 4-13: Prognose der Pflegestunden der Hauspflege.....	37
Abbildung 4-14: Prognose der Vollzeitäquivalente der Hauspflege	38
Abbildung 4-15: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für die Hauspflege ohne Kostensteigerung	38
Abbildung 4-16: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für die Hauspflege bei Kostensteigerung von jährlich 2%	39
Abbildung 4-17: Prognose der Leistungen in den Tagesstätten der Hauspflege.....	39

Abbildung 4-18: Prognose der Vollzeitäquivalente der Tagesstätten der Hauspflege	40
Abbildung 4-19: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für die Tagesstätten der Hauspflege ohne Kostensteigerung	40
Abbildung 4-20: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für die Tagesstätten der Hauspflege bei Kostensteigerung von jährlich 2%.....	41
Abbildung 4-21: Prognose der vom Dienst Essen auf Rädern verteilten Essen.....	42
Abbildung 4-22: Prognose der Personen, die den Dienst Essen auf Rädern in Anspruch nehmen	42
Abbildung 4-23: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für den Dienst Essen auf Rädern ohne Kostensteigerung	43
Abbildung 4-24: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für den Dienst Essen auf Rädern bei Kostensteigerung von jährlich 2%.....	43
Abbildung 4-25: Prognose der Plätze der Seniorenmenschen	44
Abbildung 4-26: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Seniorenmenschen ohne Kostensteigerung	45
Abbildung 4-27: Prognose des Finanzierungsbeitrags aus dem Landessozialfonds für Seniorenmenschen bei Kostensteigerung von jährlich 2%.....	45
Abbildung 4-28: Pflegebedarf je Altersklasse	46
Abbildung 4-29: Prognose der durchschnittlichen Pflegegeldempfänger*innen pro Monat .	48
Abbildung 4-30: Prognose der Pflegegeldempfänger*innen des gesamten Jahres	48
Abbildung 4-31: Prognose des Pflegegelds zugunsten zu Hause lebender Empfänger*innen	49
Abbildung 4-32: Betreuung von pflegebedürftigen Senioren(Jahr 2018).....	50
Abbildung 4-33: Prognose der Betreuung von pflegebedürftigen Senioren(Jahr 2030)	51
Abbildung 4-34: Welcher Organisation gehören Sie an?	53
Abbildung 4-35: Welche Funktion bekleiden Sie?	54
Abbildung 4-36: Sind Ihrer Meinung nach Anpassungen an der Angebotspalette des Bereichs Pflege und Senioren nötig?	54
Abbildung 4-37: Welche der heutigen Dienste sind nicht mehr zeitgemäß?	55
Abbildung 4-38: Umfang der Angebotsformen und Dienste	56
Abbildung 4-39: Durch welche Maßnahmen soll ein Ausbau der Leistungen finanziert werden?.....	57

Abbildung 4-40: Sollten innerhalb der bestehenden Angebotsformen und Dienste bestimmte Leistungen/Leistungspakete angepasst werden?	57
Abbildung 4-41: Sind Ihrer Meinung nach Änderungen am heutigen System des Pflegegelds nötig?.....	58
Abbildung 4-42: Soll das Pflegegeld durch Gutscheine für Dienste und Leistungen ersetzt werden?.....	59
Abbildung 4-43: Soll in Zukunft stärker und kontinuierlich kontrolliert werden, ob die Empfänger*innen Anspruch auf das Pflegegeld haben?	59
Abbildung 4-44: Soll in Zukunft stärker und kontinuierlich kontrolliert werden, wofür das Pflegegeld ausgegeben wird?	60
Abbildung 4-45: Arbeitsgruppe 4 – Fragestellungen des ersten Teils	77
Abbildung 4-46: Arbeitsgruppe 4 – Fragestellungen des zweiten Teils.....	80
Abbildung 4-47: Arbeitsgruppe 5 - Was konkret heißt aktives und gesundes Altern in Bezug auf Wohnen in Südtirol?	82
Abbildung 4-48: Versorgung durch Pflegeheimplätze in Österreich	102
Abbildung 4-49: Prognose der Entwicklung der intergenerationellen Unterstützungsrate..	103
Abbildung 4-50: Schätzung und Prognose der Hauspflegekräfte	107
Abbildung 4-51: Prognose der Vollzeitäquivalente für ausgewählte Dienste des Bereichs Senioren und Pflege	109
Abbildung 4-52: Prognose der Entwicklung der Abhängigenquote.....	111
Abbildung 4-53: Prognose des öffentlichen Finanzierungsbeitrags für ausgewählte Dienste des Bereichs Senioren und Pflege ohne Kostensteigerung	116
Abbildung 4-54: Prognose des öffentlichen Finanzierungsbeitrags für ausgewählte Dienste des Bereichs Senioren und Pflege bei Kostensteigerung von jährlich 2%	117
Abbildung 4-55: Prognose des Pflegegelds zugunsten zu Hause lebender Empfänger*innen ohne Valorisierung	118
Abbildung 4-56: Prognose des Pflegegelds zugunsten zu Hause lebender Empfänger*innen inkl. Valorisierung der Pflegestufe 1	119
Abbildung 4-57: Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Ausgaben für Pflegedienstleistungen	126
Abbildung 5-1: Dienste und Leistungen im Bereich Kinder- und Jugendschutz	132

Abbildung 5-2: Prognose der Betreuten der Wohneinrichtungen	133
Abbildung 5-3: Prognose der Vollzeitäquivalente der Wohneinrichtungen.....	134
Abbildung 5-4: Prognose des öffentlichen Finanzierungsbeitrags der Wohneinrichtungen. 134	
Abbildung 5-5: Prognose der Betreuten des Landeskleinkinderheims.....	135
Abbildung 5-6: Prognose der Vollzeitäquivalente des Landeskleinkinderheims.....	136
Abbildung 5-7: Prognose der öffentlichen Finanzierung des Landeskleinkinderheims.....	136
Abbildung 5-8: Prognose der Betreuten der Tagesstätten	137
Abbildung 5-9: Prognose der Vollzeitäquivalente der Tagesstätten	138
Abbildung 5-10: Prognose des öffentlichen Finanzierungsbeitrags der Tagesstätten	138
Abbildung 5-11: Prognose der Anzahl der anvertrauten Minderjährigen	139
Abbildung 5-12: Prognose der Pflegefamilien bezogen auf die vollzeitig anvertrauten Minderjährigen.....	140
Abbildung 5-13: Prognose des öffentlichen Finanzierungsbeitrags für die familiäre Anvertrauung	140
Abbildung 5-14: Prognose der nationalen und internationalen Adoptionen	141
Abbildung 5-15: Prognose der Ausgaben der Dienststelle für Adoption Südtirol	142
Abbildung 5-16: Welcher Organisation gehören Sie an?	144
Abbildung 5-17: Welche Funktion bekleiden Sie?	144
Abbildung 5-18: Ist das heutige Angebot an Diensten und Leistungen im Kinder- und Jugendschutz ausreichend am Bedarf der Kinder und Jugendlichen orientiert?	145
Abbildung 5-19: In Bezug auf welche Maßnahme ist es notwendig, Anpassungen des Angebotes vorzunehmen?	146
Abbildung 5-20: In welcher Form sollte der Ausbau des bestehenden Angebotes finanziert werden?.....	147
Abbildung 5-21: Welche Dienste und welche Angebote fehlen Ihrer Meinung nach oder sollten in Zukunft stärker entwickelt werden?	148
Abbildung 5-22: In welcher Form sollte der Ausbau des zukünftigen Angebotes finanziert werden?.....	149
Abbildung 5-23: Gibt es ein Spannungsfeld zwischen der Schutz-/Kontrollfunktion und der Prävention?	150

Abbildung 5-24: Umfrage Kinder- und Jugendschutz – Wo liegt Ihrer Meinung nach heute der Fokus im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes?	152
Abbildung 5-25: Soll Prävention in Zukunft gestärkt oder (noch) weiter ausgebaut werden?	152
Abbildung 5-26: Glauben Sie, dass durch verstärkte Prävention die Schutzmaßnahmen zurückgehen werden?	154
Abbildung 5-27: Glauben Sie, dass durch verstärkte Prävention finanzielle Mittel frei werden?	154
Abbildung 5-28: Gibt es Ihrer Meinung nach aktuell einen Mangel an Fachkräften im Kinder- und Jugendschutz?	155
Abbildung 5-29: Befürchten Sie in Zukunft einen Mangel an Fachkräften im Kinder- und Jugendschutz?	155
Abbildung 5-30: Arbeitsgruppe 3 - Ist das heutige Angebot bedarfsorientiert?	168
Abbildung 5-31: Arbeitsgruppe 3 - Akteure – Angebotsmix – Vernetzung	172
Abbildung 6-1: Dienste und Leistungen für Frauen in schwierigen Situationen	194
Abbildung 6-2: Frauen in schwierigen Situationen - Eckdaten des Projekt „Alba“	195
Abbildung 6-3: Frauen in schwierigen Situationen - Eckdaten des Frauenhausdienstes	195
Abbildung 6-4: Obdachlose Menschen - Die Akteure	196
Abbildung 6-5: Obdachlose Menschen - Stufenmodell der Maßnahmen und Leistungen ...	196
Abbildung 6-6: Obdachlose Menschen - Eckdaten der Streetworkingdienste	197
Abbildung 6-7: Geflüchtete Personen - Bewohner*innen der Aufnahmezentren CAS	198
Abbildung 6-8: Geflüchtete Personen - Bewohner*innen der Aufnahmezentren CAS nach Geschlecht	199
Abbildung 6-9: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen in Europa (Stand: 2018)	201
Abbildung 6-10: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen in Italien (Stand: 2018)	201
Abbildung 6-11: Entwicklung der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen im Zeitraum 2008-2018	202
Abbildung 6-12: Sinti und Rom - Anteil Befragte, die sich in den vergangenen 5 Jahren diskriminiert gefühlt haben	204

Abbildung 6-13: Geflüchtete Personen - Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge in Europa	205
Abbildung 6-14: Geflüchtete Personen - Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge in Italien .	206
Abbildung 6-15: Welcher Organisation gehören Sie an?	209
Abbildung 6-16: Welche Funktion bekleiden Sie?	210
Abbildung 6-17: Ist das heutige Angebot zum Schutz von Frauen in schwierigen Situationen ausreichend an ihrem Bedarf orientiert?	210
Abbildung 6-18: In Bezug auf welche Maßnahme ist es notwendig, Anpassungen des Angebotes vorzunehmen?	211
Abbildung 6-19: In welcher Form sollte der Ausbau des bestehenden Angebotes finanziert werden?	213
Abbildung 6-20: In welcher Form sollte der Ausbau des zukünftigen Angebotes finanziert werden?	214
Abbildung 6-21: Ist das heutige Angebot an Diensten und Leistungen im Bereich der Obdachlosen ausreichend an ihrem Bedarf orientiert?	216
Abbildung 6-22: In Bezug auf welche Maßnahme ist es notwendig, Anpassungen des Angebotes vorzunehmen?	217
Abbildung 6-23: In welcher Form sollte der Ausbau des bestehenden Angebotes finanziert werden?	218
Abbildung 6-24: Welche Dienste und welche Angebote fehlen Ihrer Meinung nach oder sollten in Zukunft stärker entwickelt werden?	219
Abbildung 6-25: Sind die Tätigkeiten, die in den obgenannten Diensten angeboten werden, ausreichend oder zu viel?	219
Abbildung 6-26: In welcher Form sollte der Ausbau des zukünftigen Angebotes finanziert werden?	220
Abbildung 6-27: Kennen Sie die Unterschiede zwischen Sinti und Rom hinsichtlich deren Staatsbürgerschaft?	222
Abbildung 6-28: Reichen die Angebotsformen und Dienste (z.B. Sprachkurse, Familienhilfe), die es gibt und allen Personen mit bestimmten Voraussetzungen zugänglich sind, aus, d.h. werden sie den Rom gerecht?	222
Abbildung 6-29: Wenn neue spezifische Angebotsformen und Dienste geschaffen werden sollen oder bestehende ergänzt, in welchem Bereich?	223

Abbildung 6-30: Sollten für spezifische Personen innerhalb der Gruppe der Sinti und Rom spezifische Angebote und Projekte geschaffen werden?	224
Abbildung 6-31: Wenn ja, für welche Personengruppen?	224
Abbildung 6-32: Reichen die Angebote aus und es müssen die Methoden/Ansätze in der Sozialarbeit geändert werden, damit die Sinti/Rom besser erreicht werden / sie die Angebote auch annehmen können?	225
Abbildung 6-33: Sind die Mitarbeiter*innen der Sozialdienste für die Arbeit mit Sinti ausreichend informiert, ausgebildet, vorbereitet?	225
Abbildung 6-34: Sind die Mitarbeiter*innen der Sozialdienste für die Arbeit mit Rom ausreichend informiert, ausgebildet, vorbereitet?	226
Abbildung 6-35: Wenn nein, wo bräuchten sie mehr Information, Ausbildung, Unterstützung?	226
Abbildung 6-36: Spielen Ihrer Meinung nach auch objektive Rahmenbedingungen außerhalb des Sozialwesens eine Rolle, die gegeben sein oder geschaffen werden müssen, damit Sozialarbeit gelingt?	227
Abbildung 6-37: Soll es in Zukunft hauptsächlich private Angebote (Organisationen aus dem Dritten Sektor) oder hauptsächlich öffentliche Angebote im Bereich der Sinti und Rom geben?	228
Abbildung 6-38: Gibt es Vorurteile in der Gesellschaft gegenüber Sinti und Rom?	228
Abbildung 6-39: Sollen neben den staatlichen Grundförderungen auch lokale Gelder zur Verfügung gestellt werden, um die Integration so schnell wie möglich voranzubringen? ...	230
Abbildung 6-40: Reichen die Angebote an Sprachkursen, die allen Personen mit bestimmten Voraussetzungen zugänglich sind, aus, d.h. werden sie Geflüchteten gerecht?	230
Abbildung 6-41: Aufgrund des Salvini-Dekrets wurden Sprachkurse speziell für Geflüchtete gekürzt. Sollen daher lokal organisierte und finanzierte Sprachkurse mit professionellen Lehrkräften angeboten werden?	231
Abbildung 6-42: Sollen in den folgenden Bereichen neue Angebotsformen und Dienste geschaffen oder bestehende ergänzt werden?	231
Abbildung 6-43: Sollten für spezifische Personen innerhalb der Gruppe der Geflüchteten spezifische Angebote und Projekte geschaffen werden?	232
Abbildung 6-44: Wenn ja, für welche Personengruppen?	232

Abbildung 6-45: Reichen die bestehenden Angebote aus aber die Methoden/Ansätze in der Sozialarbeit müssen geändert werden, damit die Geflüchteten besser erreicht werden / sie die Angebote auch annehmen können?	233
Abbildung 6-46: Sind die Mitarbeiter*innen für die Arbeit mit Geflüchteten ausreichend informiert, ausgebildet, vorbereitet?	233
Abbildung 6-47: Wenn nein, wo bräuchten sie mehr Information, Ausbildung, Unterstützung?.....	234
Abbildung 6-48: Spielen Ihrer Meinung nach auch objektiven Rahmenbedingungen außerhalb des Sozialwesens eine Rolle, die gegeben sein oder geschaffen werden müssen, damit Sozialarbeit gelingt?.....	235
Abbildung 6-49: Soll es in Zukunft hauptsächlich private Angebote (Organisationen aus dem Dritten Sektor) oder hauptsächlich öffentliche Angebote im Bereich der Geflüchteten geben?	235
Abbildung 6-50: Gibt es Ihrer Meinung nach Vorurteile in der Gesellschaft gegenüber Geflüchteten?.....	236
Abbildung 6-51: Soll Ihrer Meinung nach die derzeit geleistete Präventionsarbeit für Sinti und Rom.....	237
Abbildung 6-52: Soll Ihrer Meinung nach die derzeit geleistete Präventionsarbeit für Geflüchtete.....	238
Abbildung 6-53: Soll Ihrer Meinung nach die derzeit geleistete Präventionsarbeit für Obdachlose.....	238
Abbildung 6-54: Welche äußeren Faktoren spielen Ihrer Ansicht nach für Sinti und Rom eine besonders wichtige Rolle und sollten daher als prioritäre Ansatzpunkte für Präventionsaktivitäten genutzt werden?.....	239
Abbildung 6-55: Welche äußeren Faktoren spielen Ihrer Ansicht nach für Flüchtlinge eine besonders wichtige Rolle und sollten daher als prioritäre Ansatzpunkte für Präventionsaktivitäten genutzt werden?.....	240
Abbildung 6-56: Welche äußeren Faktoren spielen Ihrer Ansicht nach für Obdachlose eine besonders wichtige Rolle und sollten daher als prioritäre Ansatzpunkte für Präventionsaktivitäten genutzt werden?.....	241
Abbildung 6-57: Welche Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach dafür notwendig? Bereich Sinti / Rom	242

Abbildung 6-58: Welche Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach dafür notwendig? Bereich Flüchtlinge	243
Abbildung 6-59: Welche Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach dafür notwendig? Bereich Obdachlose.....	244
Abbildung 6-60: Welche herausfordernde Verhaltensweisen oder Bereiche sind oft im Vordergrund und sollten daher vorrangig von den öffentlichen und privaten Sozialdiensten berücksichtigt werden? Bereich Sinti / Rom	245
Abbildung 6-61: Welche herausfordernde Verhaltensweisen oder Bereiche sind oft im Vordergrund und sollten daher vorrangig von den öffentlichen und privaten Sozialdiensten berücksichtigt werden? Bereich Flüchtlinge	246
Abbildung 6-62: Welche herausfordernde Verhaltensweisen oder Bereiche sind oft im Vordergrund und sollten daher vorrangig von den öffentlichen und privaten Sozialdiensten berücksichtigt werden? Bereich Obdachlose.....	247
Abbildung 6-63: Wie kann eine Verschlimmerung der aktuellen Situation verhindert werden (d.h. Verhinderung von Folgeschäden)? Bereich Sinti / Rom	248
Abbildung 6-64: Wie kann eine Verschlimmerung der aktuellen Situation verhindert werden (d.h. Verhinderung von Folgeschäden)? Bereich Flüchtlinge	248
Abbildung 6-65: Wie kann eine Verschlimmerung der aktuellen Situation verhindert werden (d.h. Verhinderung von Folgeschäden)? Bereich Obdachlose	249
Abbildung 6-66: Gibt es in Ihrer Organisationseinheit interdisziplinäre Teams, die gemeinsame Ziele verfolgen und gemeinsam Verantwortung übernehmen?	249
Abbildung 6-67: In welchen Bereichen sind Ihrer Meinung nach interdisziplinäre Teams sinnvoll?.....	250
Abbildung 6-68: Welche der folgenden Faktoren sind Ihrer Meinung nach notwendig zur Bildung von interdisziplinären Teams? Bereich Sinti / Rom	251
Abbildung 6-69: Welche der folgenden Faktoren sind Ihrer Meinung nach notwendig zur Bildung von interdisziplinären Teams? Bereich Flüchtlinge	252
Abbildung 6-70: Welche der folgenden Faktoren sind Ihrer Meinung nach notwendig zur Bildung von interdisziplinären Teams? Bereich Obdachlose	253
Abbildung 6-71: Arbeitsgruppe 4 - Ist das aktuelle Angebot für Sinti und Rom bedarfsgerecht ausgerichtet?.....	266
Abbildung 6-72: Arbeitsgruppe 4 - Welche Herausforderungen/Schwierigkeiten gibt es in der Praxis bei der Integration von Sinti und Rom?.....	266

Abbildung 6-73: Arbeitsgruppe 4 - Besteht die Notwendigkeit, die bestehenden Methoden der Sozialarbeit zu verändern, um Integration zu erreichen?	269
Abbildung 6-74: Arbeitsgruppe 4 - Verschiedene Integrationsangebote	270
Abbildung 6-75: Arbeitsgruppe 4 - Verschiedene Untergruppen	273
Abbildung 6-76: Entsprechen die derzeitigen Angebote im Bereich Wohnen den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?	284
Abbildung 6-77: Entsprechen die derzeitigen Angebote im Bereich Beratung den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?	285
Abbildung 6-78: Entsprechen die derzeitigen Angebote im Bereich Gesundheit den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?	286
Abbildung 6-79: Entsprechen die derzeitigen Angebote im Bereich Arbeit den Bedürfnissen von Frauen in schwierigen Situationen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?	287
Abbildung 6-80: Sind die derzeitigen Maßnahmen zur Integration der Sinti und Rom ausreichend oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?	288
Abbildung 6-81: Besteht die Notwendigkeit, die bestehenden Methoden der Sozialarbeit zu verändern, um Integration zu erreichen?	290
Abbildung 6-82: Entsprechen die derzeitigen Angebote für Geflüchtete den Bedürfnissen oder sind Anpassungen oder Neuerungen erforderlich?	291
Abbildung 7-1: Die Akteure des Dritten Sektors	292
Abbildung 7-2: Gemeinnützige Institutionen und Mitarbeiter*innen des Dritten Sektors...	293
Abbildung 7-3: Non-Profit-Organisationen nach Haupttätigkeitssektor	294
Abbildung 7-4: Beschäftigte und Ehrenamtliche der Non-Profit-Organisationen Südtirols..	294
Abbildung 7-5: Einnahmen und Ausgaben der Non-Profit-Organisationen Südtirols	295
Abbildung 7-6: Indikatoren zu Kindern und Familien in Not & Frauen in einer schwierigen Situation	295
Abbildung 7-7: Indikatoren zu Erwachsenen in sozialer Ausgrenzung & Asylbewerbern	296
Abbildung 7-8: Indikatoren zu Menschen mit Behinderungen, mit einer psychischen Erkrankung und Abhängigkeitserkrankungen & Senioren	296

Abbildung 7-9: Indikatoren zu Mitarbeiter*innen des Sozialwesens & lokalen Gemeinschaften	297
Abbildung 7-10: Selbsthilfegruppen nach Themenbereichen	298
Abbildung 7-11: Die Bedeutung des Dritten Sektors in Europa.....	299
Abbildung 7-12: Die Bedeutung des Dritten Sektors in Europa - bezahlte Mitarbeiter*innen & Freiwillige	300
Abbildung 7-13: Zusammensetzung des Dritten Sektors in Europa	301
Abbildung 7-14: Zusammensetzung des Dritten Sektors in Europa - private Organisationen & nicht organisierte Freiwilligenarbeit	301
Abbildung 7-15: Durchschnittliche jährliche Entwicklung der bezahlten Beschäftigten.....	302
Abbildung 7-16: Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach die öffentliche Verwaltung (Provinz, BZG, Gemeinden) im Sozialwesen?.....	306
Abbildung 7-17: Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach der Dritte Sektor (Non-Profit-Organisationen) im Sozialwesen?	307
Abbildung 7-18: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach gewinnorientierte Unternehmen im Sozialwesen?	308
Abbildung 7-19: Zukünftige Rolle der öffentlichen Verwaltung, des Dritten Sektors und der gewinnorientierten Unternehmen im Sozialwesen	309
Abbildung 7-20: Für welche Zielgruppe(n) sollten gewinnorientierte Unternehmen in Zukunft verstärkt Leistungen anbieten?.....	310
Abbildung 7-21: Bitte bewerten Sie die Einbindung der Organisationen des Dritten Sektors bei der Planung und Gestaltung von sozialen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung	311
Abbildung 7-22: Bitte bewerten Sie die Einbindung der Organisationen des Dritten Sektors bei der Umsetzung und Verwirklichung von sozialen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung	312
Abbildung 7-23: In welchen Bereichen des Sozialwesens gibt es Ihrer Meinung nach besonderen Bedarf nach mehr Forschung und Innovation?	318
Abbildung 7-24: Welche Akteure sind Ihrer Meinung nach primär gefordert, um Forschung und Innovation voranzutreiben?.....	319
Abbildung 7-25: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die folgenden Akteure, um Forschung und Innovation voranzutreiben?	319

Abbildung 7-26: Wie bewerten Sie die Qualität der Kommunikation zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Organisationen des Dritten Sektors?.....	321
Abbildung 7-27: Wie bewerten Sie das Ausmaß der Kommunikation zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Organisationen des Dritten Sektors?.....	321
Abbildung 7-28: Wie bewerten Sie die Qualität der Kommunikation der Organisationen des Dritten Sektors untereinander?	322
Abbildung 7-29: Wie bewerten Sie das Ausmaß der Kommunikation der Organisationen des Dritten Sektors untereinander?	323
Abbildung 7-30: Wie bewerten Sie die Vernetzung der Dienste (aller Dienste, sowohl der öffentlichen Verwaltung als auch des Dritten Sektors) im Sozialwesen?	324
Abbildung 7-31: Wie bewerten Sie die Vernetzung der Organisationen innerhalb des Dritten Sektors?	324
Abbildung 7-32: Gibt es heute Doppelgleisigkeiten zwischen den Diensten?.....	325
Abbildung 7-33: Müssen diese Doppelgleisigkeiten in Zukunft vermieden werden?	326
Abbildung 7-34: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach Freiwillige in diesen Bereichen des Sozialwesens?.....	327
Abbildung 7-35: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach bezahlte Mitarbeiter*innen in diesen Bereichen des Sozialwesens?	327
Abbildung 7-36: Welche Rolle spielen Freiwillige und bezahlte Mitarbeiter*innen heute in diesen Bereichen des Sozialwesens?	328
Abbildung 7-37: Welche Rolle spielen Freiwillige und bezahlte Mitarbeiter*innen zukünftig in diesen Bereichen des Sozialwesens?	329
Abbildung 7-38: Gibt es Ihrer Meinung nach ein Spannungsfeld in der Zusammenarbeit von Freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter*innen?	330
Abbildung 7-39: Wird die Arbeit von Freiwilligen im Sozialbereich anerkannt?	331
Abbildung 7-40: Werden die Freiwilligenorganisationen im Sozialbereich anerkannt?	332
Abbildung 7-41: Soll sichergestellt werden, dass Freiwillige einen Nachweis über ihre geleisteten Tätigkeiten erhalten?	334
Abbildung 7-42: Soll sichergestellt werden, dass Freiwillige für ihre bei der Freiwilligenarbeit erworbenen Kompetenzen einen Nachweis erhalten?	334
Abbildung 7-43: Glauben Sie, dass auch in Zukunft ausreichend Personen einen freiwilligen Dienst im Sozialwesen leisten werden?	335

Abbildung 7-44: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die folgenden Akteure, um Forschung und Innovation voranzutreiben?	336
Abbildung 7-45: Arbeitsgruppe 3 - Welfare mix im Sozialwesen.....	347
Abbildung 7-46: Arbeitsgruppe 4 - Möglichkeiten und Grenzen der Wahlfreiheit	350
Abbildung 7-47: Arbeitsgruppe 4 - Was gibt es heute als Beteiligungsinstrumente / Partizipationsmöglichkeiten?	352
Abbildung 8-1: Dienste und Leistungen im Bereich Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen	371
Abbildung 8-2: Prognose der Menschen mit Behinderungen nach Altersklassen	373
Abbildung 8-3: Gesetz 104/92 - Menschen mit Behinderung nach Altersklassen	374
Abbildung 8-4: Gesetz 104/92 - Anteil Menschen mit Behinderung nach Altersklassen an der Bevölkerung.....	375
Abbildung 8-5: Stationäre Dienste und Leistungen für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen	376
Abbildung 8-6: Prognose der Nutzer*innen der Trainingswohnungen	377
Abbildung 8-7: Prognose der Nutzer*innen der stationären Einrichtungen für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen	377
Abbildung 8-8: Prognose der Nutzer*innen der stationären Einrichtungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen.....	378
Abbildung 8-9: Prognose der Nutzer*innen der stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.....	378
Abbildung 8-10: Prognose der Entwicklung der Wartelisten der stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.....	379
Abbildung 8-11: Prognose der Nutzer*innen der Dienste des Bereichs Wohnen mit Deckung der Nachfrage bis 2030	379
Abbildung 8-12: Prognose der Nutzer*innen der sozialpädagogischen Wohnbegleitung....	380
Abbildung 8-13: Entwicklung der epidemiologischen 12-Monats-Prävalenz von 1999 und 2012 in Deutschland für ausgewählte Störungsgruppen.....	381
Abbildung 8-14: Teilstationäre Dienste und Leistungen für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen	382
Abbildung 8-15: Prognose der Nutzer*innen der teilstationären Einrichtungen für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen	383

Abbildung 8-16: Prognose der Nutzer*innen der teilstationären Einrichtungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen	383
Abbildung 8-17: Prognose der Nutzer*innen der teilstationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.....	383
Abbildung 8-18: Prognose der Entwicklung der Wartelisten der teilstationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen	384
Abbildung 8-19: Prognose der Nutzer*innen der Dienste des Bereichs Beschäftigung und Tagesbegleitung mit Deckung der Nachfrage bis 2030.....	385
Abbildung 8-20: Prognose der Vereinbarungen zur Arbeitsbeschäftigung	385
Abbildung 8-21: Methodischer Ansatz zur qualitativen Auswertung der Online-Umfragen	391
Abbildung 8-22: Welcher Organisation gehören Sie an?	392
Abbildung 8-23: Welche Funktion bekleiden Sie?	392
Abbildung 8-24: Ist das derzeitige Angebot an Diensten und Leistungen für Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen ausreichend am Bedarf der Personen orientiert?	393
Abbildung 8-25: Sollte die Provinz Ihrer Meinung nach in erster Linie versuchen, die Wartelisten abzubauen, um die Nachfrage nach Plätzen in stationären und teilstationären Diensten zu erfüllen oder innovative Projekte für alle umsetzen?	395
Abbildung 8-26: Wie sollten die Wohnhäuser und Wohngemeinschaften Ihrer Meinung nach in Zukunft verändert werden?	396
Abbildung 8-27: Umfrage Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen -Wie sollten die Dienste zur Arbeitsbeschäftigung Ihrer Meinung nach in Zukunft verändert werden?.....	396
Abbildung 8-28: Kennen Sie die Ansprechpartner*innen für die verschiedenen Dienste und Leistungen zugunsten von Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen auf Ihrem Territorium?	397
Abbildung 8-29: Falls Sie derzeit mit Ihren Angehörigen zusammenwohnen, wie möchten Sie in Zukunft am liebsten wohnen?.....	397
Abbildung 8-30: Von wem möchten Sie bei der Planung Ihrer Zukunft unterstützt werden?	398
Abbildung 8-31: Was wünschen Sie sich für die Zukunft Ihres Angehörigen, mit dem Sie zusammenwohnen?	398

Abbildung 8-32: Besteht Ihrer Meinung nach die Notwendigkeit, etwas an den bestehenden Diensten und Leistungen zu ändern?	399
Abbildung 8-33: Durch welche Maßnahmen soll ein Ausbau der Leistungen finanziert werden?	401
Abbildung 8-34: Sollten die Betroffenen Ihrer Meinung nach zwischen allen angebotenen Diensten auf Landesebene wählen können, unabhängig von ihrem Wohnsitz?	402
Abbildung 8-35: Welches der folgenden Prinzipien muss Ihrer Meinung nach in erster Linie garantiert werden?	402
Abbildung 8-36: Sollten ältere Menschen mit Behinderungen, mit psychischen Erkrankungen und mit Abhängigkeitserkrankungen, die keinen erhöhten krankenzpflgerischen Bedarf haben, Ihrer Meinung nach:	403
Abbildung 8-37: Mit welchem Alter sollte der Übergang erfolgen?	404
Abbildung 8-38: Welche Initiativen sollten Ihrer Meinung nach verstärkt durch öffentliche Beiträge unterstützt werden?	404
Abbildung 8-39: Entspricht das aktuelle Angebot im Freizeitbereich auch den Bedürfnissen von Menschen mit schweren Behinderungen?	405
Abbildung 8-40: Sollten Ihrer Meinung nach spezifische Freizeitangebote für junge Erwachsene vorgesehen werden?	405
Abbildung 8-41: Gibt es Ihrer Meinung nach aktuell einen Mangel an Fachkräften in den Bereichen Menschen mit Behinderungen, Sozialpsychiatrie und Abhängigkeiten?	406
Abbildung 8-42: Befürchten Sie in Zukunft einen Mangel an Fachkräften in den Bereichen Menschen mit Behinderungen, Sozialpsychiatrie und Abhängigkeiten?	407
Abbildung 8-43: Sind Ihrer Meinung nach Änderungen am derzeitigen System des Pflegegelds nötig?	407
Abbildung 8-44: Sollte Ihrer Meinung nach das Pflegegeld durch Gutscheine für Dienste und Leistungen ersetzt werden?	408
Abbildung 8-45: Wäre es Ihrer Meinung nach sinnvoll, eine Dokumentation der Ausgaben bzw. Abrechnung vorzusehen, um sicherzustellen, dass das Pflegegeld zielgerichtet eingesetzt wird?	408
Abbildung 8-46: Könnte die Lebensqualität der Betroffenen Ihrer Meinung nach gesteigert werden, wenn das Pflegegeld an eine periodische Planung geknüpft würde?	409

Literatur- und Quellenverzeichnis

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2018). Zweite Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung. Roma: ausgewählte Ergebnisse. doi:10.2811/392544.

Alzheimer Südtirol Alto Adige (2019). Sente-Mente. <https://alzheimer.bz.it/event/sente-mente/>. (Abgerufen am 08.06.2020).

Amt für Menschen mit Behinderungen (2021). Dati relativa alle persone con handicap accertato ai sensi della L. 104/1992. (Per Email übermittelt am 31.03.2021)

Beywl W. (2009). Evaluationsmodelle und qualitative Methoden. In: Flick U. (Hrsg.), Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 92-116; hier S. 104.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014). Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen. Eine sekundäranalytische Auswertung zur Differenzierung von Schweregraden, Mustern, Risikofaktoren und Unterstützung nach erlebter Gewalt. 5. Auflage, Paderborn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015). Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Bundesmodellprojekt. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/unterstuetzung-des-ausstiegs-aus-der-prostitution-80774>. (Abgerufen am 03.02.2021).

Buurtzorg Nederland (oJ). Buurtzorg – Persoonlijk en professioneel. <https://www.buurtzorgnederland.com>. (Abgerufen am 08.06.2020).

Deeg (2019). Älter werden in Südtirol: Pflege- und Sozialleistungen 2018. Pressekonferenz vom 20. Mai 2019. http://www.provinz.bz.it/news/de/news.asp?news_action=4&news_article_id=626798. (Abgerufen am 22.05.2019)

Dolomiten (2020). Privates Standbein soll Pflege absichern. Ausgabe vom Donnerstag, 23. Juli 2020, S. 11, Bozen.

- Ernst & Young (2009). Maatschaappelijke business case Buurtzorg. Report by Ernest & Young. <http://www.transitiepraktijk.nl/files/maatschappelijke%20business%20case%20buurtzorg.pdf>. (Abgerufen am 08.06.2020).
- Eurostat (2021). Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen [T2020_50]. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/product/page/T2020_50. (Abgerufen am 11.02.2021).
- Famira-Mühlberger, U., Firgo, M. (2018). Aktuelle und künftige Versorgungsfunktion der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste in Österreich. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2018/365-2/S/WIFO-Projektnummer: 4418, Wien.
- Flick U. (2019). Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. In: Bur N., Blasius J. (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 475 ff.
- Frei, P. (2021). Präsentation Workshop "Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen" am 22. Februar 2021. <http://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/soziales/landessozialplan.asp>. (Abgerufen am 02.03.2021).
- Gläser-Zikuda M. (2013). Qualitative Inhaltsanalyse in der Bildungsforschung – Beispiele aus diversen Studien. In: Aguado K., Heine L., Schramm K. (Hrsg.), Introspektive Verfahren und qualitative Inhaltsanalyse in der Fremdsprachenforschung. Frankfurt, M.: Lang, S. 144.
- Gräbel, E. (2017). Nicht-medikamentöse Aktivierungsmaßnahme für Menschen mit Demenz in der Tagespflege mit telefonischer Angehörigen-Kurzintervention zur Stärkung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (DeTaMAKS). Zentrum für Medizinische Versorgungsforschung Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Universitätsklinikum Erlangen, Erlangen.
- Guzman-Castillo, M., Ahmadi-Abhari, S., Bandosz, P., Capewell, S., Steptoe, A., Singh-Manoux, A., Kivimaki, M., Shipley, M. J., Brunner, E. J., O'Flaherty M. (2017). Forecasted trends in disability and life expectancy in England and Wales up to 2025. Lancet Public Health 2017. Volume 2, Issue 7, July 2017, Pages e307-e313. [http://dx.doi.org/10.1016/S2468-2667\(17\)30091-9](http://dx.doi.org/10.1016/S2468-2667(17)30091-9).
- Hilbig R. (2018). Internationale Geschäftsmodelle von Berufsbildungsdienstleistern, Wiesbaden: Springer Gabler.

- Jeon, S. (2019), Unlocking the Potential of Migrants: Cross-country Analysis, OECD Reviews of Vocational Education and Training, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/045be9b0-en>.
- Kingston, A., Comas-Herrera, A., Jagger, C. (2018). Forecasting the care needs of the older population in England over the next 20 years: estimates from the Population Aging and Care Simulation (PACSim) modelling study, Lancet Public Health, online veröffentlicht am 30. August 2018, [http://dx.doi.org/10.1016/S2468-2667\(18\)30118-X](http://dx.doi.org/10.1016/S2468-2667(18)30118-X).
- KPMG (2015). The Added Value of Buurtzorg Relative to Other Providers of Home Care: A Quantitative Analysis of Home Care in the Netherlands in 2013 [in Dutch] / KPMG-Plexus. De toegevoegde waarde van Buurtzorg t.o.v. andere aanbieders van thuiszorg. Een kwantitatieve analyse van thuiszorg in Nederland anno 2013.
- Kreisverwaltung Garmersheim (oJ). Was ist Pflegestrukturplanung? https://www.kreis-garmersheim.de/kv_garmersheim/Unsere%20Themen/Senioren%20-%20Altenhilfe/Pflegestrukturplanung/. (Abgerufen am 08.06.2020)
- Landesinstitut für Statistik – ASTAT (2014a). Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 2030. ASTAT Schriftenreihe 200, Bozen.
- Landesinstitut für Statistik – ASTAT (2014b). Senioren-Dasein in Südtirol 2013. ASTAT Schriftenreihe 202, Bozen.
- Letizia Espanoli (oJ). Sente-Mente® Project. <https://letiziaespanoli.com/sente-mente/>. (Abgerufen am 08.06.2020).
- Mayring P. (2015). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (12. Aufl.), Weinheim: Beltz.
- OECD (2020). “Better data and policies to fight homelessness in the OECD”, Policy Brief on Affordable Housing, OECD, Paris, <http://oe.cd/homelessness-2020>.
- OECD (2021). International Migration Database. <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=MIG>. (Abgerufen am 08.02.2021)
- Promberger K., Bernhart J., Gunsch R. (1999). Neue Wege im Management von Sozialleistungen. Eurac Research Arbeitsheft Nr. 16/99. Bozen.

- Priller E. (2014) Von der Jobmaschine Dritter Sektor zum Billiglohnsektor?. In: Zimmer A., Simsa R. (eds) Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Bürgergesellschaft und Demokratie, vol 46. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06177-7_5.
- Rabe-Menssen, C., Dazer, A., Maaß, E. (2020). Report Psychotherapie 2020. 1. Auflage März 2020 / Stand: Februar 2020. Deutsche PsychotherapeutenVereinigung e.V. Berlin.
- Rädiker S., Kuckartz U. (2019). Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA: Text, Audio und Video, Wiesbaden: Springer VS.
- Rechnungshof Österreich (2020). Pflege in Österreich. Bericht des Rechnungshofes. Wien.
- Reimer, R., Röder, S., Kaiser, M. (2020). Potenziale gemeinschaftlicher Wohnformen – eine Bilanz. Geschäftsstelle Modellprogramm „Gemeinschaftlich wohnen, selbstbestimmt leben“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hannover.
- Ruin S. (2019). Kategorien als Ausdruck einer ausgewiesenen Beobachter_innenperspektive? Ein Vorschlag für eine qualitativere qualitative Inhaltsanalyse, Forum Qualitative Sozialforschung, FQS 20(3), Art. 37.
- Salamon L.M., Sokolowski W. (2018). The Size and Composition of the European Third Sector. In: The Third Sector as a Renewable Resource for Europe. Palgrave Macmillan, Cham. https://doi.org/10.1007/978-3-319-71473-8_3.
- Schreier M. (2014). Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten, Forum: Qualitative Sozialforschung, FQS 15(1), Art. 18.
- Schütz A. (1974). Wissenschaftliche Interpretation und Alltagsverständnis menschlichen Handelns. In: Ders.: Gesammelte Aufsätze, Bd. 1: Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag: Nijhoff. S. 3-54.
- Servicestelle für kommunale Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung (2019). Arbeitshilfe zur Pflegestrukturplanung in Rheinland-Pfalz. 3. Auflage, 25.06.2019, Mainz.
- Steinbeisser, K., Schwarzkopf, L., Graessel, E., Seidl, H. (2020). Cost-effectiveness of a non-pharmacological treatment vs. "care as usual" in day care centers for community-dwelling older people with cognitive impairment: Results from the German randomized controlled DeTaMAKS-trial. The European Journal of Health Economics: HEPAC: Health Economics in

- Prevention and Care. Advance online publication. <https://doi.org/10.1007/s10198-020-01175-y>.
- Simsa R., Zimmer A. (2014) Quo vadis?. In: Zimmer A., Simsa R. (eds) Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Bürgergesellschaft und Demokratie, vol 46. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06177-7_1.
- Strati, F. (2011) Promoting Social Inclusion of Roma. A Study of National Policies. On behalf of the European Commission - DG Employment, Social Affairs and Inclusion.
- Trentini, M. (2021). Präsentation Workshop "Dritter Sektor" am 18. März 2021. <http://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/soziales/landessozialplan.asp>. (Abgerufen am 07.04.2021).
- Untermarzoner, J. (2016). Der Wohlfahrtsstaat Teil 3. Das Pflegegeld in Südtirol: Stand. Entwicklungen. Perspektiven. AFI Publikation Nr. 2|2016, Juni, Bozen.
- Vektis (2020). Factsheet Wijkverpleging. Kees Huijsmans en Harry Post. <https://www.vektis.nl/intelligence/publicaties/factsheet-wijkverpleging>. (Abgerufen am 08.06.2020)
- Waldner, B. (2020). Präsentation Workshop "Senioren und Pflege" am 28. September 2020. <http://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/soziales/landessozialplan.asp>. (Abgerufen am 02.12.2020).
- Waldner, B. (2021). Präsentation Workshop "Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen" am 22. Februar 2021. <http://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/soziales/landessozialplan.asp>. (Abgerufen am 02.03.2021).
- Wohnen im Alter (oj). Wohnen im Alter – Über uns. <http://www.wohnen-im-alter.it/ueber-uns.html>. (Abgerufen am 08.06.2020)

Anhangsverzeichnis

Kommentar-Bericht der Umfrage „Landessozialplan - Senioren und Pflege“

Kommentar-Bericht der Umfrage „Landessozialplan - Kinder- und Jugendschutz“

Kommentar-Bericht der Umfrage „Landessozialplan - Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Situationen“

Kommentar-Bericht der Umfrage „Landessozialplan - Dritter Sektor“

Kommentar-Bericht der Umfrage „Landessozialplan - Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen“